

BETEILIGUNGSBERICHT 2018

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06108 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

Foto Titelseite:

Copyright: EVH GmbH / Foto: Oliver Schreiber

Redaktionsschluss: 30. August 2019

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	14
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2018	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	19
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	21
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	23
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	25
	Finanzbeziehungen 2018 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018	35
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017	38
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016	41

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	44
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	49
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	54
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	55
	Stadtwerke Halle GmbH	56
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	76
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	77
	A/V/E GmbH	90
	Cives Dienste GmbH	97
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH	108
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	121
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	130
	EVH GmbH	139
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	157
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	162
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	173
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	200
	IT-Consult Halle GmbH	207
	RAB Halle GmbH	223
	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	234
	SHS Energiedienste GmbH	242
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH	248
	Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	257
	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	264
	WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	269
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	281

3.3	VERKEHR	293
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	294
	Hallesche Verkehrs-AG	300
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	316
	Servicegesellschaft Saale mbH	326
3.4	WOHNUNGSWIRTSCHAFT	335
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	336
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	341
	Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	352
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	360
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	382
3.5	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	385
	Bio-Zentrum Halle GmbH	386
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	401
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	407
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	413
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	421
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	431

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	446
	Bäder Halle GmbH	447
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	459
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	468
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	477
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	492
	Maya mare GmbH & Co. KG	498
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	511
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	515
	Serva GmbH	527
	Stadion Halle Betriebs GmbH	530
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	535
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	538
3.7	KULTUR	542
	Stiftung Händel-Haus	543
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	551
	Zoologischer Garten Halle GmbH	569
3.8	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	578
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	579
	Saalesparkasse	587

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Oberbürgermeisters

Unsere Stadt Halle (Saale) hat sich auch im Jahr 2018 weiter positiv verändert und die städtischen Beteiligungen haben einen bedeutenden Anteil an diesen Veränderungen.

Erwähnen möchte ich die Inbetriebnahme des weithin sichtbaren Energie- und Zukunftsspeichers im Rahmen des Projektes zur Modernisierung des Energieparks Dieselstraße, mit dem die Flexibilität der Strom- und Wärmeerzeugung erhöht und die Zukunftsfähigkeit langfristig sichergestellt werden soll.

Mit dem Neubau eines Zoorestaurants auf den Bergterrassen konnte ein Teilprojekt des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ realisiert und die Attraktivität des Zoos weiter gesteigert werden. Der Erfolg des Bergzoos Halle spiegelt sich insbesondere in einem zum wiederholten Male vermeldeten neuen Besucherrekord wider.



Ein wichtiges Ereignis für die Stadt Halle (Saale) als Technologiestandort in Mitteldeutschland war der 25. Jahrestag der Gründung des Technologieparks Weinberg Campus im Jahr 2018. Am Standort werden inzwischen neun Gebäude, in denen zahlreiche Unternehmen tätig sind, von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH sowie der Bio-Zentrum Halle GmbH betrieben.

Im Industriegebiet Star Park der Stadt Halle (Saale) konnte der Grundstein für ein modernes Montage- und Verpackungszentrum eines deutschen Autozulieferers gelegt werden.

Der vorliegende Beteiligungsbericht 2018 bietet umfangreiche Informationen zu den bedeutsamen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen im Konzern Stadt Halle (Saale).

Mein Dank und meine Anerkennung für die erbrachten Leistungen gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Geschäftsleitungen sowie den Mitgliedern in den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungen. Für die stets qualifizierte und vertrauensvolle Unterstützung in Beteiligungsangelegenheiten bedanke ich mich bei der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

Halle (Saale), im August 2019

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 130 Abs. 2 KVG LSA hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2018 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 2 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 44 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist (Gewähr-) Trägerin zweier Anstalten öffentlichen Rechts.

Diese 53 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen rund 7.000 Mitarbeitern und 230 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2018 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2017 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Bereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Bereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisch erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe
- d) Beteiligungen
- e) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- f) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geforderten Informationen sind enthalten.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2018



Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS		
Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
2. VER- UND ENTSORGUNG		
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	22,88
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	5.468	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	18,37
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	74	23,40
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	100	50,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	75,00

BETEILIGUNG		gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
6.	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT		
	Bäder Halle GmbH	300	100,00
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
	Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	311	
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
	Serva GmbH	26	100,00
	Stadion Halle Betriebs GmbH	25	100,00
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.382	
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	
7.	KULTUR		
	Stiftung Händel-Haus	6.473	
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
	Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00
8.	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00
	Saalesparkasse	0	

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2017 hat sich folgende wesentliche Veränderung in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Stadtwerke Halle GmbH hat im Berichtsjahr 2018 einen Geschäftsanteil von 15 % an der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH von der envia Mitteldeutsche Energie AG erworben.

Weitere wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation haben sich im Berichtsjahr 2018 nicht ergeben.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) unverändert an zwei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Die Stadt Halle (Saale) ist an zwei Anstalten öffentlichen Rechts, die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) und die Saalesparkasse, beteiligt. Für die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist die Stadt Gewährträgerin. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-)Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der beteiligungsberichtspflichtigen städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2.2 (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 9 KVG LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Zweckänderung, Zusammenlegung, Zulegung und Aufhebung sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens von Stiftungen im Sinne von § 121 Abs. 1 Nr. 2 und § 122 Abs. 1 KVG LSA, soweit der Stifterwille nicht entgegensteht (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 11 KVG LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

Einen „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. Juni 2014 beschlossen.

Diese Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich werden darin Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt nicht für Eigenbetriebe und Stiftungen.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen angemessenem Umgang mit den finanziellen Ressourcen und einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2018 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2018 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

		Angaben in TEUR									
		Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.18)	Stand Bürg- schaften (31.12.18)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
1.	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	6.797					2.309	12.400			
	Stadtwerke Halle GmbH	6.797 ¹⁾					2.309 ²⁾	12.400 ³⁾			
2.	VER- UND ENTSORGUNG						11.676		8.385		
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau							(459 ³⁾)			
	A/V/E GmbH							(308 ³⁾)			
	Cives Dienste GmbH							(14 ³⁾)			
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH ⁴⁾										
	Energieversorgung Halle Netz GmbH							(298 ³⁾)			

¹⁾ Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG (1.730 TEUR) und städtische Zuschüsse im Rahmen des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages zur Finanzierung des ÖPNV (5.067 TEUR)

²⁾ Bürgschaft für die ehemalige Hafen Halle GmbH (1.881 TEUR) und bürgschaftsähnliche Urkunde (428 TEUR)

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.18)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.18)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)						(105 ³⁾)			
EVH GmbH						(21.476 ³⁾)		8.092 ⁵⁾	
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH									
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH						(369 ³⁾)			
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH					11.676	(10.175 ³⁾)		293 ⁶⁾	
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH						(4.325 ³⁾)			
IT-Consult Halle GmbH						(2.609 ³⁾)			
RAB Halle GmbH						(202 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁵⁾ Im Ergebnis der Stadt auf Basis der Zahlungsflüsse werden 7.783 TEUR für Strom und Gas sowie 309 TEUR für Fernwärme ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH nach periodengerechter Zuordnung wird demgegenüber ein um 155 TEUR geringerer Aufwand von insgesamt 7.937 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (7.162 TEUR) und Gas (466 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (309 TEUR) gemäß Jahresabschluss 2018.

⁶⁾ Konzessionsabgabe Trinkwasser für 2017, die in 2018 an die Stadt gezahlt worden ist.

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.18)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.18)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

RES Recycling und Entsorgungs- Service Sangerhausen GmbH						(177 ³⁾)			
SHS Energiedienste GmbH									
TELONON Abwasserbehandlung GmbH						(20 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG						(377 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH						(1 ³⁾)			
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH						(1 ³⁾)			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH						(240 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.18)	Stand Bürg- schaften (31.12.18)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

3. VERKEHR	4.273					3.277	40			
-------------------	--------------	--	--	--	--	--------------	-----------	--	--	--

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin							40 ³⁾			
Hallesche Verkehrs-AG	3.000 ⁷⁾					3.277	(1.697 ³⁾)			
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.273									
Servicegesellschaft Saale mbH							(2 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁷⁾ Zuschuss § 8 ÖPNVG LSA (3.000 TEUR) und zusätzlich Zahlungen für Stadtbahnprogramm (1.372 TEUR) und Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR) sowie Zuschuss für Hilfen Sehbehinderte (189 TEUR)

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.18)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.18)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT						38.250	7.000		
------------------------------	--	--	--	--	--	---------------	--------------	--	--

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH						(285 ³⁾)			
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH						4.576 ⁸⁾	2.000 ⁸⁾		
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH									
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH						33.674 ⁹⁾	5.000 ⁹⁾		
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG									

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁸⁾ Bilanzgewinn 2017 in Summe 6.576 TEUR, aus Jahresüberschuss 2017 (4.804 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 169 TEUR) und Gewinnvortrag aus dem Vorjahr von 1.941 TEUR

⁹⁾ Bilanzgewinn 2017 in Summe 38.674 TEUR, aus Jahresüberschuss 2017 (20.595 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 2.060 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 20.139 TEUR

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.18)	Stand Bürg- schaften (31.12.18)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

5.	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.371			500		4.167	2.938		
	Bio-Zentrum Halle GmbH						22 ³⁾			
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG						4.111 ³⁾	2.938 ¹⁰⁾		
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH						16 ³⁾			
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH				500					
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.371 ¹¹⁾								
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH						18 ³⁾			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁰⁾ Entnahme aus der Kapitalrücklage

¹¹⁾ davon 210 TEUR für Projekt Standortmarketing

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.18)	Stand Bürg- schaften (31.12.18)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	47.147	3.307		500	526	9.239				82
Bäder Halle GmbH	4.303 ¹²⁾						(2 ³⁾)			
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) **	1.520									
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	40.454	3.307 ¹³⁾								
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					526	5.648				82

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2018 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹²⁾ Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) gemäß Bäderfinanzierungsvertrag von 3.816 TEUR (netto) zzgl. 267 TEUR USt. Zuwendungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 219 TEUR (brutto) erhielt die Bäder Halle GmbH für Sanierungsmaßnahmen an der Schwimmhalle Saline.

[Vorangegangen war eine Rückzahlung der Bäder Halle GmbH an die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2018 für das Jahr 2017 in Höhe von 252 TEUR (brutto).]

¹³⁾ davon für Kindertagesstätte „Am Stadtpark“ 2.547 TEUR, für Kindertagesstätte „Silberhöhe“ 720 TEUR und für Kindertagesstätte „Albrecht Dürer“ 40 TEUR

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.18)	Stand Bürg- schaften (31.12.18)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

**GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG
UND SPORT**

Serva GmbH										
Stadion Halle Betriebs GmbH	870			500 ¹⁴⁾						
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)						3.591				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										

7. KULTUR 40.039 256 90

Stiftung Händel-Haus	1.928									
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	35.056 ¹⁵⁾									
Zoologischer Garten Halle GmbH	3.055	256					90 ³⁾			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁴⁾ Pacht Erdgas Sportpark

¹⁵⁾ davon Zuschuss Liquidität in Höhe von 3.555 TEUR und Dynamisierung in Höhe von 1.750 TEUR in Umsetzung des Sanierungs- und Strukturangepassungskonzeptes als Bestandteil des Fördervertrages für die Halleschen Bühnen

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.18)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.18)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS		1.026						18		
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.026						18 ¹⁶⁾			
Saalesparkasse										
SUMME	100.653	3.563		500	1.026	26.501	54.965	9.938	8.385	82

¹⁶⁾ Co-Finanzierung im Folgejahr

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH*	13.365	8.090	11.507	460.692	362.772	94.809	228.011	49,5	89	11
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.927	7.779	-793	58.322	7.454	0	4.182	7,2	38	0
A/V/E GmbH	21.123	20.735	-1.604	7.764	566	447	1.754	22,6	344	13
Cives Dienste GmbH	662	661	-6	74	0	0	25	34,0	23	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH ¹⁾	14.888	14.622	-1.791	5.469	354	96	290	5,3	65	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	108.580	107.402	300	19.903	10.120	1.957 ²⁾	7.954	40,0	266	32
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.045	5.914	427	5.957	4.599	497	2.881	48,4	58	0
EVH GmbH	427.633	421.458	21.394	385.069	299.055	57.754 ²⁾	98.228	25,5	281	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-36	29	0	0	6	19,9	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	53.182	49.700	2.382	158.171	147.923	14.158	122.495	77,4	212	5
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	132.430	124.507	10.341	558.285	525.871	35.735	90.033	16,1	545	28
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	25.289	25.207	824	17.708	7.479	221	9.862	55,7	0	0
IT-Consult Halle GmbH	30.884	30.362	2.228	12.704	3.592	867	522	4,1	238	3
RAB Halle GmbH	7.288	7.186	261	3.155	2.294	202	1.708	54,1	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	5.213	4.921	363	4.106	1.317	397	3.769	91,8	54	0
SHS Energiedienste GmbH	96	96	-29	45	0	0	25	56,0	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	4.189	4.189	18	772	0	0	26	3,3	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.056	1.019	555	52.278	50.176	26	51.613	98,7	3	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

²⁾ inkl. Einlage des technischen Betriebsführungsgebäudes (818 TEUR) durch die EVH GmbH in die Energieversorgung Halle Netz GmbH

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	9	0	4	54	0	0	49	91,5	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH*	159	142	3	510	0	0	471	92,2	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.487	4.441	360	1.113	221	71	225	20,2	52	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	756	741	46	2.008	1.807	69	1.472	73,3	10	0
Hallesche Verkehrs-AG	91.268	59.667	10	306.749	286.288	38.966	83.583	27,2	735	38
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***	4.671	967	0	2.416	682	83	461	19,1	41	0
Servicegesellschaft Saale mbH	3.819	3.633	14	516	131	96	147	28,6	106	3
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.261	3.095	197	1.050	114	40	526	50,1	31	1
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	51.262	49.917	5.862	342.965	309.373	24.565 ¹⁾	178.354	52,0	111	5
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	1.247	1.247	63	26.818	26.671	38	7.644	28,5	0	0
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	101.039	89.962	14.448	632.485	567.250	23.585	290.106	45,9	234	7
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	4.433	4.433	0	66.779	66.767	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH***	1.791	1.820	7	9.060	7.359	47	6.864	75,8	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*	5.814	8.404	3.987	23.119	0	0	22.947	99,3	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*	840	826	-10	212	62	17	116	54,6	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*	1.550	536	-181	14.669	12.952	2.393	1.343	9,2	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH***	2.139	832	-36	529	34	24	101	19,2	27	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH***	4.478	4.564	22	27.245	21.989	128	14.596	53,6	11	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2018

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.771	5.532	2	14.017	11.935	825	6.845	48,8	48	4
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.372	6.853	652	14.840	12.096	218	6.124	41,3	64	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**										
Eigenbetrieb Kindertagesstätten*	48.307	45.332	30	44.832	37.557	2.613	20.320	45,3	943	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	26	1	66	0	0	55	83,4	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	7.788	5.799	0	8.117	7.132	203	3.517	43,3	138	6
Oelhäfe-Zeyesche-Stiftung	19	0	3	568	311	0	568	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	23.808	23.316	754	55.675	52.243	1.814	18.885	33,9	400	24
Serva GmbH	3.103	3.073	1	293	19	5	81	27,5	94	0
Stadion Halle Betriebs GmbH*	1.859	1.852	2	1.225	121	40	27	2,2	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	8.692	8.556	-670	30.482	28.339	113 ¹⁾	17.790	58,4	110	7
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	6	535	344	0	535	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.610	109	-282	10.747	8.404	210	10.129	94,2	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle*	39.076	3.492	135	26.435	23.443	447	21.739	82,2	478	4
Zoologischer Garten Halle GmbH*	8.788	3.845	572	21.718	20.101	2.610	6.126	28,2	84	6
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.047	0	93	624	163	14	222	35,6	9	0
Saalesparkasse	138.266 ²⁾	0	10.348 ³⁾	4.670.167	61.165	8.992	207.043	4,4	677	33

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

**Ein geprüfter Jahresabschluss 2018 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ Zugang zum Anlagevermögen (146 TEUR) abzgl. Umbuchung (33 TEUR)

²⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

³⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	19.020	7.295	12.400	402.448	305.115	60.101	216.505	53,8	91	8
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	7.524	5.396	459	57.404	7.467	25	4.976	8,7	37	2
A/V/E GmbH	22.103	21.582	1.289	7.329	344	108	3.358	45,8	355	12
Cives Dienste GmbH	683	683	14	95	4	0	25	26,3	23	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH ¹⁾	6.578	6.481	-163	4.277	1.756	24	290	6,8	62	1
Energieversorgung Halle Netz GmbH	112.149	110.033	298	18.600	9.414	1.352	7.136	38,4	265	25
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.331	6.174	525	6.251	4.559	1.151	2.754	44,1	59	0
EVH GmbH	452.404	445.339	21.476	352.905	263.399	46.905	95.628	27,1	278	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-34	50	0	0	42	84,9	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.620	45.395	1.615	151.835	142.813	12.979	120.113	79,1	209	5
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	129.566	120.229	10.175	546.210	510.536	33.221	87.942	16,1	552	27
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	30.413	30.401	4.325	19.452	10.773	61	9.039	46,5	0	0
IT-Consult Halle GmbH	27.774	26.889	2.609	12.619	3.230	939	522	4,1	216	2
RAB Halle GmbH	6.708	6.682	202	3.312	2.715	895	1.708	51,6	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.931	4.877	355	3.847	1.720	501	3.458	89,9	49	0
SHS Energiedienste GmbH	93	93	-23	165	0	0	25	15,2	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.777	3.777	20	648	0	0	26	3,9	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.123	747	2.051	55.798	51.777	187	54.881	98,4	3	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	10	0	4	93	0	0	45	48,6	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	178	148	1	516	2	0	468	90,6	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.940	3.897	240	853	232	81	225	26,3	49	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	714	698	97	2.047	1.833	152	1.427	69,7	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	90.697	54.698	1.697	302.162	282.909	34.484	83.583	27,7	716	37
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	4.224	915	0	2.024	808	39	461	22,8	36	0
Servicegesellschaft Saale mbH	3.126	3.012	2	487	129	36	134	27,5	93	2
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.410	3.221	285	1.194	114	50	526	44,0	30	1
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	53.664	49.523	4.804	331.489	301.506	29.645 ¹⁾	174.492	52,6	111	7
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	901	833	-128	27.569	27.155	6.254	7.581	27,5	0	0
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	104.804	89.213	20.595	618.483	558.941	22.226	280.659	45,4	227	5
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	4.602	4.602	0	68.080	68.067	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.832	1.789	43	9.547	7.903	2.519	6.856	71,8	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	5.417	9.161	4.111	22.271	0	0	21.899	98,3	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	961	930	16	359	69	7	125	34,9	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.474	612	-87	12.411	11.142	616	1.524	12,3	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.932	733	-17	284	25	4	137	48,3	25	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.126	4.020	29	28.792	23.678	1.609	14.573	50,6	10	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2017

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	6.220	4.946	2	13.886	11.869	1.083	6.842	49,3	47	3
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.548	6.179	161	14.957	12.660	340	5.473	36,6	66	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	6.190	694	0	10.633	37	23	37	0,3	356	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	45.663	44.149	-120	40.451	36.992	3.766	20.290	50,2	894	1
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	64	0	0	54	84,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	7.567	5.668	0	9.109	8.130	305	3.517	38,6	130	6
Oelhäfe-Zeysesche-Stiftung	18	0	8	565	311	0	565	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	22.334	22.044	827	55.414	52.289	1.575	18.131	32,7	390	23
Serva GmbH	3.025	2.995	21	350	22	1	81	23,1	81	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.800	1.765	0	1.252	199	0	24	1,9	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	8.504	8.329	164	30.878	29.086	87	18.460	59,8	95	7
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	15	0	2	529	344	0	529	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.650	107	-124	10.954	8.434	138	10.410	95,0	20	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	36.091	3.147	-1.111	25.739	24.350	333	21.604	83,9	478	5
Zoologischer Garten Halle GmbH	7.784	2.838	90	21.981	19.456	475	5.555	25,3	90	7
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	995	0	18	579	158	9	129	22,3	9	0
Saalesparkasse	135.762 ¹⁾	0	58.479 ²⁾	4.418.584	72.936	3.112	204.994	4,6	690	31

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	21.058	7.163	16.257	392.695	271.909	36.015	204.105	52,0	91	1
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	7.587	4.012	1.114	58.048	7.262	5.944	4.517	7,8	39	2
A/V/E GmbH	22.711	22.471	522	6.695	484	340	2.069	30,9	326	13
Cives Dienste GmbH	631	631	-1	90	6	0	25	27,9	24	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH ¹⁾	0	0	-9	97	0	0	90	93,0	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	124.971	123.313	283	17.352	9.487	1.200	7.136	41,1	269	24
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.750	5.619	630	5.518	4.046	452	2.529	45,8	61	0
EVH GmbH	410.475	403.541	23.219	343.583	237.465	39.564 ²⁾	89.878	26,2	282	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-44	34	0	0	27	78,0	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.109	44.571	3.231	149.100	138.935	10.511	118.498	79,5	209	6
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	127.753	118.374	10.097	539.600	497.400	24.019	85.907	15,9	565	33
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	25.549	22.232	4.382	20.194	14.419	159	4.713	23,3	0	0
IT-Consult Halle GmbH	26.290	26.202	2.704	12.396	2.733	817	522	4,2	198	4
RAB Halle GmbH	5.340	5.296	152	3.346	2.330	523	1.708	51,0	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.700	4.623	213	3.664	1.951	527	3.162	86,3	50	0
SHS Energiedienste GmbH	2.989	2.926	50	1.066	6	3	25	2,3	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.749	3.749	17	607	0	0	26	4,2	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	900	1.488	483	56.602	51.803	6.671	55.607	98,2	0	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

²⁾ inklusive Einlage der 100 %-Beteiligung an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH durch die Stadtwerke Halle GmbH zum Buchwert in Höhe von 8,5 Mio. €

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	82	82	4	63	0	0	41	65,2	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	209	191	25	522	5	0	466	89,2	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.630	3.574	314	1.076	227	65	225	20,9	48	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	710	689	116	1.958	1.771	69	1.330	67,9	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	89.319	51.394	2.100	304.557	280.257	27.263	83.583	27,4	722	34
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	3.718	781	0	2.170	863	248	461	21,3	33	0
Servicegesellschaft Saale mbH	2.683	2.600	0	431	149	57	132	30,6	82	3
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.308	3.252	364	1.359	115	27	526	38,7	30	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	51.289	49.055	4.379	324.068	291.344	17.797 ¹⁾	171.688	53,0	105	8
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	132	49	-108	21.450	21.183	14.299	7.709	35,9	0	0
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	96.248	87.389	11.291	597.523	544.197	16.702	265.064	44,4	232	5
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	4.723	4.723	0	69.441	69.429	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.794	1.775	68	9.984	6.978	1	6.814	68,2	3	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.485	3.616	1.136	21.315	0	0	20.590	96,6	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	787	759	38	273	84	60	109	39,9	4	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.017	631	-52	11.691	11.113	1.196	811	6,9	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.969	793	-22	296	29	7	154	52,2	24	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.747	3.896	46	30.321	25.435	536	14.544	48,0	6	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2016

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.800	1.334	2	13.690	12.497	1.334	6.841	50,0	46	2
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.383	6.053	96	15.556	13.084	177	5.312	34,1	66	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	4.923	595	0	5.888	30	10	37	0,6	289	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	44.004	41.921	56	39.586	35.007	2.283	20.073	50,7	793	1
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	60	0	0	53	88,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	7.066	5.255	0	9.579	9.050	777	3.517	36,7	131	7
Oelhäfe-Zeyessesche-Stiftung	18	0	5	556	311	0	556	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	20.910	20.702	129	56.290	52.558	2.029	17.304	30,7	372	11
Serva GmbH	2.938	2.923	-2	328	28	23	81	24,6	81	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.813	1.808	0	1.170	315	41	24	2,1	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	8.153	7.654	-189	31.197	29.912	210	18.296	58,6	89	8
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	-1	527	344	0	527	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.714	100	-204	13.481	8.535	194	12.972	96,2	21	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ¹⁾	15.240	1.263	9	26.583	25.446	249	22.715	85,4	478	6
Zoologischer Garten Halle GmbH	8.548	3.164	1.233	23.091	20.996	454	5.465	23,7	99	9
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	929	0	-24	493	155	13	111	22,5	9	0
Saalesparkasse	132.530 ²⁾	0	17.466 ³⁾	4.316.305	72.778	3.644	202.915	4,7	716	33

¹⁾ Rumpfgeschäftsjahr vom 1.08. bis 31.12.2016

²⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

³⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit Aktiva = Passiva.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Die vereinfachte, einheitliche Cashflow-Berechnung für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) wird unter Ziffer 2.7 Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen dargestellt.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag; Bilanzgewinn (-verlust)

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag sind Begriffe der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzgewinn (-verlust) wird die Ergebnisverwendung berücksichtigt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresüberschuss/-fehlbetrag zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Ein Sonderposten mit Rücklageanteil darf handelsrechtlich nicht mehr neu gebildet werden.

Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, sind in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzuziehen. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen.

(Quellen: Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, 18., aktualisierte und erweiterte Auflage 2014, Springer Fachmedien Wiesbaden; Handelsgesetzbuch)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses und Steuern dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital}} \\ \text{(bereinigt um Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzgewinn/Bilanzverlust*)}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Aktionären zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist (Leverage Effekt).

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

* Wenn die Bilanz unter Berücksichtigung der vollständigen oder teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt wurde.

Cash-flow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cash-flow

Kennzahlen-Aussage

Der Cash-flow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cash-flow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cash-flow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge
+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

Personalaufwandsquote

Personalaufwand x 100

Umsatzerlöse

+/- Bestandsveränderungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ sonstige betriebliche Erträge

+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben dem reinen Personalaufwand sind die Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen sowie die sozialen Abgaben. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

Sachanlagen x 100

Bilanzsumme

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und/oder Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss. Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Anstalten des öffentlichen Rechts

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	30.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafbetrieb, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias
	Arbeitsdirektor	Walther, René
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzende	König, Simona
		Berend, Stephanie
		Doege, Eberhard
		Dr. Brock, Inés
		Dr. Meerheim, Bodo
		Hilbig, Stefan
	Kocian, Burkhard	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

Aufsichtsrat:	Krause, Johannes
	Mischke, Brita
	Nagel, Elisabeth
	Otto, Renate
	Richter, Ulrich
	Scholtyssek, Andreas
	Thielemann, Dirk
	Wolter, Tom

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	408	735	610
Aufsichtsrat	30	32	31

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4	15,00
Trianel GmbH	317	1,57
mittelbar	T€	%
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,21
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka GmbH	2	0,63
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00

mittelbar	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	29.250	22,88
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		41,36
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,02
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	0,02
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Energie B.V.	1	1,57
Trianel Energieprojekte GmbH & Co. KG		1,57
Trianel Energieprojekte Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,16
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kraftwerk Krefeld Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.005	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	9	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,16

mittelbar

	T€	%
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum II Verwaltungs GmbH	0	0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Windpark Altendiez GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Thalfang GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,16
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
Windkraft Hessenweg GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,21
Windpark Doberschwitz GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,12
Windpark Großschirma GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Kleinschirma GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Königshain-Wiederau GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Kyffhäuserland GmbH & Co. KG		2,08
Windpark Twerberg GmbH & Co. KG		9,37
Windpark Twerberg Verwaltungs GmbH	2	9,37
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,56
WMD Windenergie Mitteldeutschland GmbH	1	2,08

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	362.772	79	305.115	76	271.909	69	57.657	19
Umlaufvermögen	96.977	21	96.211	24	120.493	31	766	1
Rechnungsabgrenzungsposten	943	0	1.122	0	293	0	-179	-16

Bilanzsumme

460.692	100	402.448	100	392.695	100	58.244	14
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	228.011	49	216.505	54	204.105	52	11.506	5
Sonderposten für Investitionszulagen	375	0	403	0	0	0	-28	-7
Rückstellungen	11.452	3	11.871	3	14.859	4	-419	-4
Verbindlichkeiten	220.044	48	172.705	43	173.593	44	47.339	27
Rechnungsabgrenzungsposten	810	0	964	0	138	0	-154	-16

Bilanzsumme

460.692	100	402.448	100	392.695	100	58.244	14
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen
Erträge aus Beteiligungen
Erträge aus anderen Wertpapieren und
Ausleihungen des Finanzanlagevermögens
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf
Wertpapiere des Umlaufvermögens
Aufwendungen aus Verlustübernahmen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.090	7.295	7.163
sonstige betriebliche Erträge	5.275	11.725	13.895
Personalaufwand	7.016	6.974	7.580
Abschreibungen	2.202	10.000	1.306
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.590	8.630	7.844
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	34.253	36.178	38.340
Erträge aus Beteiligungen	86	89	44
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.286	1.226	1.209
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.526	1.838	1.898
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	18.005	16.188	17.332
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.820	1.205	754
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.292	2.672	3.620
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-160	240	7.817
Ergebnis nach Steuern	11.751	12.442	16.296
sonstige Steuern	244	42	39
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11.507	12.400	16.257

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	142,24	169,98	226,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,31	6,08	8,65	%
Cash-Flow:	31.714	38.588	34.895	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	150	209	231	T€
Personalaufwandsquote:	52,50	36,67	36,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,72	5,67	5,68	%
Eigenkapitalquote:	49,49	53,80	51,98	%
Fremdkapitalquote:	50,51	46,20	48,02	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
 - 1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 4. Erklärung zur Unternehmensführung**
- 5. Lage der Gesellschaft**
 - 5.1. Ertragslage
 - 5.2. Finanzlage
 - 5.3. Vermögenslage
 - 5.4. Gesamtaussage zur Lage
- 6. Nachtragsbericht**
- 7. Chancen- und Risikobericht**
 - 7.1. Risikomanagementsystem
 - 7.2. Gesamtbild
- 8. Prognosebericht**
 - 8.1. Ergebniserwartung
 - 8.2. Investitionen
 - 8.3. Finanzierung
 - 8.4. Risiken

Hinweis zu den Zahlenangaben in diesem Lagebericht:

Die Zahlen in den Tabellen dieses Lageberichtes wurden exakt gerechnet und summiert. Die Darstellung der Beträge erfolgt in der Einheit TEUR. Hierdurch können sich in der Summenbildung Rundungsdifferenzen ergeben.

1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

In der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) bündelt die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen der kommunalen Ver- und Versorgungswirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und diverse Serviceleistungen. Mit der Zusammenfassung der vorgenannten Aktivitäten unter dem Dach der Holding wird das Ziel einer einheitlichen Steuerung zueinander affiner Unternehmen und der Nutzung von Größen- und Synergievorteilen verfolgt.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Unter der vorgenannten Zielsetzung vereinen wir als Muttergesellschaft der SWH-Gruppe in unserem Beteiligungsportfolio unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 31 Unternehmen. Die wirtschaftlichen Betätigungen unserer Beteiligungen erstrecken sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr, Hafen- und Containerterminalbetrieb sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt die Holding zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Personalmanagement, Revision, Compliance, interne/externe Kommunikation und Image-Marketing, Beteiligungscontrolling, Finanz- und Cash Pool-Management sowie Unternehmensbewertungen und Projektkoordination.

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance, Konzernrevision, Unternehmensentwicklung, Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Beteiligungs-/Controlling, Steuern, Konzern-Finanzmanagement und Risikomanagement) sowie Ansiedlungsmanagement gegliedert.

1.1.2. Geschäftsfelder

Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die strategischen Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“ entsprechend nachfolgender Übersicht:

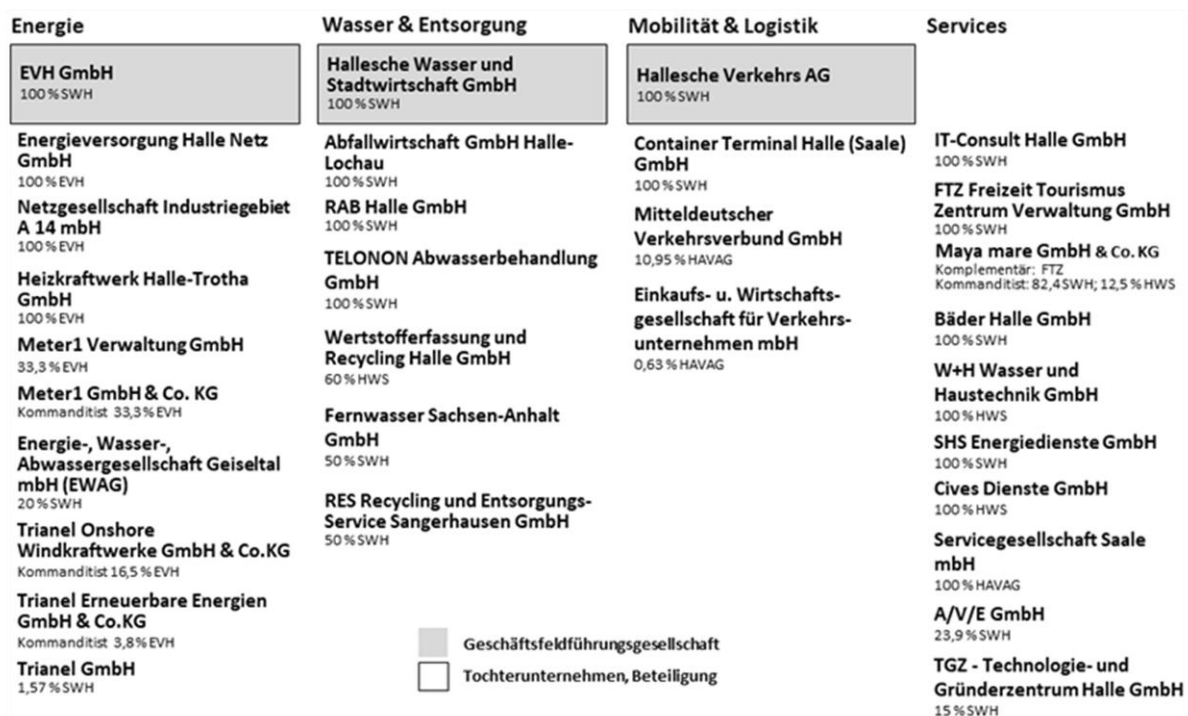


Abbildung 1: Konzernstruktur

1.2. Ziele und Strategien

Unsere Ziele sind auf den Ausbau der Ertragskraft, die dauerhafte Sicherung der Finanzierungsfähigkeit für Investitionen in der SWH-Gruppe sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt ausgerichtet. Wir verfolgen diese Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen und Standards.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogene Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Wir überprüfen die Strategien regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungsnotwendigkeit.

1.3. Steuerung

Wir steuern die SWH-Gruppe im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Prozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden. Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze sowie Verhaltenskodex) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Beteiligungsunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die Planung und Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung).

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschaft-/Gewerbesteuer und Kapitalertragsteuer. Der vorgenannte Netto-Cashflow bildet die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit der SWH-Gruppe erfolgt durch Verwendung eines eigenentwickelten Rating-Tools, mit dem quantitative Ratingelemente simuliert werden können. Mit dem Rating-Tool werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. der Jahresabschlüsse oder einzelner Investitionsvorhaben auf die Bonität anhand von sechs Finanzkennzahlen und elf Bonitätsklassen abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die finanzwirtschaftliche Zielstellung für die SWH-Gruppe besteht darin, die bisher erreichte Bonitätsklasse mindestens zu erhalten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung des Beteiligungsportfolios.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

1.4.1. Zentrale Dieselbeschaffung

Zur Hebung von organisatorischen und prozessualen Synergien der Einkaufsorganisationen der SWH-Gruppe wurde das SWH-Einkaufsboard initiiert, deren ständige Mitglieder (neben der SWH) die Einkaufsleiter der Unternehmen HAVAG, HWS, EVH und ITC sind.

Als erste Warengruppe für die Umsetzung eines Lead Buyer-Konzeptes wurde der Einkauf von Dieselmotoren für die Unternehmen HAVAG, HWS, CTHS sowie AWH identifiziert.

Dabei wurden zunächst in einer Testphase vor allem die Prozesse der Bedarfsermittlung (einheitlicher Rhythmus von vier Wochen) und der Vertragsgestaltung mit den Lieferanten (u. a. Besonderheiten der einzelnen Lieferstellen) definiert und umgesetzt. Der Lead Buyer wird dabei durch die HAVAG gestellt. Die Umsetzung ist beginnend mit einer ersten gemeinsamen Anfrage am 27. Februar 2018 und einer ersten Lieferung in der 10. Kalenderwoche 2018 erfolgt.

1.4.2. Carsharing

Die HWS hat für die Stadtwerke-Gruppe über einen Zeitraum von zwei Jahren ein Carsharing-Modell getestet. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass Carsharing bei Fahrzeugen mit jährlicher Laufleistung unter 3.500 km einem Erwerb vorzuziehen ist. In Folge dessen wurde mit einem Anbieter für die SWH-Gruppe ein Carsharing-Vertrag abgeschlossen. Der Vertrag umfasst derzeit acht Fahrzeuge. Für diese wurden Bestandsfahrzeuge ausgesondert. Eine Erweiterung ist geplant.

1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios

Im Geschäftsjahr erwarb die Holding einen Geschäftsanteil von 15 % an der TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH (TGZ Halle). Die TGZ Halle errichtet und betreibt Forschungsverfügungsbauten für Biotechnologie, Biomedizin, Medizintechnik, Umwelt- und Verfahrenstechnik, Nano-technologie sowie Informations- und Automatisierungstechnik. Die TGZ versteht sich als Schnittstelle zwischen angewandter Forschung, Entwicklung und Produktion. Der Erwerb erfolgte in der Absicht der Informationsgewinnung und der Wirtschaftsförderung.

In Begleitung der von der Stadt Halle (Saale) beschlossenen Direktvergabe der Leistungen des Öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen und Bussen im Stadtgebiet Halle an die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) wurde von der SWH ein Beherrschungsvertrag mit der HAVAG abgeschlossen. Zuvor bestand ein Ergebnisabführungsvertrag.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Konsortialfinanzierung

Mit dem Abschluss des Konsortialkreditvertrages am 15. November 2017 erfolgten im Berichtsjahr weitere Maßnahmen zur regulatorischen und organisatorischen Sicherstellung der mit der Konsortialfinanzierung einhergehenden Pflichten. In diesem Zusammenhang wurden bestehende Cash Pool-Verträge angepasst und Rahmenverträge mit den Tochterunternehmen betreffend der Inanspruchnahme von Gesellschafterdarlehen geschlossen. Zudem wurde ein Konzern-Kredithandbuch mit sämtlichen organisatorischen, zeitlichen und informationellen Obliegenheiten für die Tochterunternehmen erstellt und anschließend entsprechende Schulungen durchgeführt.

3.1.2. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz wurden die jährlichen Übersichten zu allen von der Stadtwerke Halle-Gruppe abgeschlossenen Werbevereinbarungen sowie Werbepartner und zu allen von der Stadtwerke Halle-Gruppe geleisteten Spenden für das Jahr 2018 erstellt und im Internet veröffentlicht. Ebenso wurden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage veröffentlicht.

3.1.3. Top Service Deutschland Award

Das Kölner Unternehmen Service-Rating vergibt jährlich den Preis „Top Service Deutschland“ in Kooperation mit dem Institut für Marktorientierte Unternehmensführung (IMU) der Universität Mann-heim, den Marktforschern von Ipsos und dem Handelsblatt. Anhand von Fragebögen und Audits analysiert Service-Rating die Kundenorientierung. Wie bereits im Vorjahr wurde der EVH erneut das Gütesiegel „Top Service Deutschland 2018“ verliehen.

Die branchenübergreifende Auszeichnung steht für Servicequalität und Kundenorientierung, die die Kunden- und Unternehmensperspektive mit einbezieht.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Maßgeblich für die Holding sind die Marktbeziehungen unserer Beteiligungen, die sich nach wie vor einem hohen Erlös- und Kostendruck auf ihren jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkten stellen müssen. Zugleich bestehen weiterhin hohe Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit der Produkte und Dienstleistungen.

Darüber hinaus haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für die Ergebnispotenziale unserer Beteiligungsunternehmen. Bezugsseitig haben die Preise für Gas, Kohle, erneuerbare Energien sowie für CO₂-Zertifikate und Wasserpreise den größten Einfluss auf die Kostenentwicklung unserer Beteiligungen, wobei absatzseitig weiterhin nur geringe Preisspielräume aufgrund der fortgesetzt hohen Wettbewerbsintensitäten bestehen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.3.1. Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS)

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung und die Verordnung zur Bestimmung kritischer Infrastrukturen bilden die maßgeblichen Grundlagen für die Einrichtung eines gruppenweiten Informationssicherheitsmanagementsystems.

Um die Aufwendungen bei der Erstellung unternehmensspezifischer Sicherheitskonzepte zu minimieren, übernahm die Energieversorgung Halle Netz GmbH im Jahr 2017 eine Pilotrolle und führte eine (den anderen Unternehmen vorgelagerte) IT-Sicherheitskonzeption durch. Gemäß vorliegendem Branchenstandard für Netzbetreiber wurde der Abschluss dieser Maßnahme im November 2017 zertifiziert.

Die erarbeiteten Unterlagen und Werkzeuge wurden den verbleibenden Unternehmen der SWH-Gruppe bereitgestellt. Die Einrichtung und Herstellung der Funktionsfähigkeit des ISMS für die SWH-Gruppe wurde im 3. Quartal 2018 abgeschlossen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ausschlaggebend für den Erfolg der Holding ist der Saldo aus den Organschaftsverhältnissen mit unseren Tochterunternehmen.

Direkte Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsverträge bestehen zur CTHS GmbH, EVH GmbH, Hallesche Verkehrs AG, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, IT-Consult Halle GmbH, RAB Halle GmbH, SHS Energiedienste GmbH und zur TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Der Saldo aus Organschaftsverhältnissen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um -2.540,5 TEUR bzw. -7,3 % und liegt leicht unter unseren Planerwartungen (32.736 TEUR):

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	2017	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
CTHS	-163,2	-1.790,9	-1.627,6	<-100
EVH	21.476,2	21.394,2	-82,0	-0,4
HAVAG	1.696,7	10,4	-1.686,3	-99,4
HWS	10.174,7	10.341,3	166,6	1,6
ITC	2.608,9	2.228,4	-380,5	-14,6
RAB	201,7	260,7	59,0	29,3
SHS	-22,9	-28,9	-6,0	-26,1
Hafen ¹	-1.018,4	-	1.018,4	-
TELONON	19,9	17,8	-2,1	-10,5
Saldo Organschaft	34.973,5	32.433,0	-2.540,5	-7,3

¹Organschaft bestand bis zum 30.06.2017 Tabelle 1: Saldo aus Organschaftsverhältnissen

4. Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der SWH betrug und beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2018 bei 56,3 %. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2018 unverändert bei 100 %. Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat der SWH liegt per 31. Dezember 2018 bei 37,5 %. Eine Zielstellung ist nicht festgelegt.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen ca. 22 % Frauenanteil bis Mitte 2017 und 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

5. Lage der Gesellschaft

5.1. Ertragslage

Wir konnten das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 11.506,7 TEUR abschließen. Dieses Ergebnis liegt somit leicht über unseren Planerwartungen (Plan: 11.183,0 TEUR).

Der handelsrechtliche Erfolgsausweis wird durch die zwischen der Stadt Halle (Saale) und SWH getroffenen Modalitäten zur Finanzierung des ÖPNV maßgeblich beeinflusst. Für die Analyse und Beurteilung der Ertragslage werden diese Modalitäten deshalb isoliert ausgewiesen:

Erfolgsrechnung SWH (Kurzfassung)	2017	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	7.294,7	8.089,9	795,2	10,9
Übrige betriebliche Erträge	11.725,6	5.275,0	-6.450,6	-55,0
Personalaufwand	6.973,9	7.016,8	42,9	0,6
Übrige betriebliche Aufwendungen	24.818,9	26.595,4	1.776,5	7,2
Ergebnis aus Beteiligungen und Zinserträge aus Ausleihungen	36.288,9	34.805,1	-1.483,9	-4,1
EBITDA	23.516,4	14.557,7	-8.958,7	-38,1
Erträge ÖPNV	7.330,6	5.066,6	-2.264,0	-30,9
Aufwand ÖPNV	16.188,3	18.005,4	1.817,1	11,2
Saldo ÖPNV	8.857,7	12.938,8	4.081,1	46,1
EBITDA (vor ÖPNV)	32.374,1	27.496,5	-4.877,6	-15,1
Abschreibungen	10.000,1	2.201,5	-7.798,6	-78,0
EBIT	22.374,0	25.295,0	2.921,0	13,1
Zinsergebnis	-834,5	-766,2	68,3	8,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)	21.539,5	24.528,8	2.989,3	13,9
Ertragsteuern	240,0	-160,5	-400,5	<-100
Sonstige Steuern	42,2	243,8	201,7	>100
Jahresüberschuss (vor ÖPNV)	21.257,3	24.445,4	3.188,1	15,0
Saldo ÖPNV	-8.857,7	-12.938,8	-4.081,1	-46,1
Jahresüberschuss	12.399,7	11.506,7	-893,0	-7,2

Tabelle 1: SWH Erfolgsrechnung 2017

Die Umsatzerlöse lagen mit 8.089,9 TEUR um +795,2 TEUR über dem Vorjahresniveau, was hauptsächlich auf die Steigerung der erbrachten Personaldienstleistungen gegenüber den Tochterunternehmen zurückzuführen ist.

Die übrigen betrieblichen Erträge verringerten sich deutlich um -6.450,6 TEUR oder -55,0 % gegenüber dem Vorjahr. Hintergrund des Rückganges war zum einen das hohe Vorjahresergebnis und die damit verbundene Entlastung des Stadt Halle (Saale) beim Betriebskostenzuschuss für den ÖPNV in diesem Geschäftsjahr (-2.471,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr). Zudem war der entsprechende Ertragsausweis des Vorjahres durch eine einmalige Auflösung von Fördermitteln (des auf die SWH verschmolzenen Hafens) geprägt.

Der Personalaufwand lag auf Vorjahresniveau.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 1.776,5 TEUR gestiegen. Maßgeblich hierfür war der Anstieg des Betriebskostenzuschusses für den ÖPNV (+1.817,1 TEUR bzw. +11,2 %) während die sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf Vorjahresniveau lagen.

Übrige betriebliche Aufwendungen	2017	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	16.188,3	18.005,4	1.817,1	11,2
<i>darunter ÖPNV-Zuschuss¹</i>	16.188,3	18.005,4	1.817,1	11,2
Sonstiger betrieblicher Aufwand	8.630,6	8.590,0	-40,6	-0,5
Gesamt (mit ÖPNV)	24.818,9	26.595,4	1.776,5	7,2

¹ Der gesamte ÖPNV-Zuschuss wird als verdeckte Einlage geleistet und direkt wieder abgeschrieben.

Tabelle 3: Übriger betrieblicher Aufwand

Das Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um -1.483,9 TEUR (-4,1 %) auf 34.805,1 TEUR, welches – wie dargelegt – auf den Saldo aus Organschaftsverhältnissen beruhte.

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	2017	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Ergebnisabführung	36.178,1	34.252,9	-1.925,2	-5,3
Aufwand aus Verlustübernahme	1.204,6	1.819,8	615,2	51,1
Saldo aus Organschaftsverhältnissen	34.973,5	32.433,1	-2.540,4	-7,3
Beteiligungserträge	89,2	85,8	-3,4	-3,9
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen das Finanzanlagevermögens	1.226,2	2.286,2	1.060,0	86,4
Gesamt	36.288,9	34.805,1	-1.483,9	-4,1

Tabelle 4: Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen

Das EBITDA fiel mit 14.557,7 TEUR erwartungsgemäß geringer aus als im Vorjahr (-8.958,7 TEUR oder -38,1 %). Das EBITDA (vor ÖPNV) gibt das operative Ergebnis der SWH vor Kapitaldienst und anderer Verpflichtungen (Co-Finanzierung des ÖPNV) wider.

Die Abschreibungen lagen mit 2.201,5 TEUR um -7.798,6 TEUR unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres, der wiederum durch Einmaleffekte (Wertberichtigung Hafens) belastet war. Auch die diesjährigen Abschreibungen beinhalten mit rd. 676 TEUR außerplanmäßige Wertberichtigungen auf Anlagen des Hafens.

Das Zinsergebnis verbesserte sich im Vorjahresvergleich auf -766,2 TEUR (+8,2 %) in Folge der Regeltilgungen der Altdarlehen (vor Konsortialfinanzierung).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV) umfasst alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio der SWH. Durch geringere Abschreibungen erhöhte es sich gegenüber dem Vorjahr um 2.989,3 TEUR auf 24.528,8 TEUR (+13,9 %).

Der (positive) Ertragsteuerausweis ist Folge der Auflösung von in Vorjahren gebildeten Steuerrückstellungen.

Der Jahresüberschuss lag mit 11.506,7 TEUR leicht unter Vorjahresausweis, jedoch über unseren Planerwartungen.

5.2. Finanzlage

5.2.1. Finanzmanagement

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzernweit einheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie geregelt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen. Seit Ende 2017 erfolgt die Finanzmittelversorgung der Stadtwerkeunternehmen einheitlich und zentral über die Holding. Die damit im Zusammenhang stehenden Obliegenheiten sind in einem Konzern-Kredithandbuch verbindlich hinterlegt.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei Banken, die Mitglied im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken sind, getätigt.

5.2.2. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr 2018 stieg zwar das Eigenkapital um den Jahresüberschuss in Höhe von +11.506,7 TEUR (bzw. +5,3 %) auf 228.011,4 TEUR an. Auch unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (375,0 TEUR) verringerte sich jedoch wirtschaftliche Eigenkapital von 53,9 % auf 49,6 %.

Der Rückgang der Quote wird sich auch in den folgenden Jahren fortsetzen. Der Grund für diese Entwicklung liegt in der zentralen Finanzmittelbeschaffung für die Stadtwerkeunternehmen im Namen und auf Rechnung der Holding. Die aufgenommenen Finanzverbindlichkeiten werden als Gesellschafterdarlehen weitergereicht und erhöhen so sukzessive die Bilanzsumme (Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie Kreditverbindlichkeiten). Mit diesem Anstieg kann das Eigenkapital nicht schritthalten.

Die Finanzverbindlichkeiten betragen 155.135,7 TEUR. Die Zunahme von 59.568,3 TEUR (+62,3 %) war durch die Aufnahme (und Weiterleitung) weiterer Tranchen aus dem Konsortialdarlehen verursacht.

Die liquiden Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten) der Holding (ohne Cash Pool-Salden der einbezogenen Tochter- und Beteiligungsunternehmen) betragen -1.317,1 TEUR und erhöhten sich im Vorjahresvergleich um +17.613,4 TEUR (+124,8 %). Durch die Regeltilgungen und den Liquiditätsaufbau verringerten sich die Nettofinanzverbindlichkeiten (ohne Berücksichtigung der weitergereichten Konsortialmittel) auf 46.391,4 TEUR.

Der Nettoverschuldungsgrad verbesserte sich auf den Faktor 1,7.

Die Finanzverbindlichkeiten umfassen Bankdarlehen in Höhe von 117.004,2 TEUR (ohne weitergereichte Gesellschafterdarlehen 8.259,9 TEUR) und Schuldscheindarlehen/Namensschuldverschreibungen in Höhe von 38.131,5 TEUR (jeweils inklusive Zinsabgrenzungen). Die Finanzverbindlichkeiten haben eine durchschnittliche Restlaufzeit von 5,95 Jahren. Die Restlaufzeit der Bankverbindlichkeiten beträgt 5,93 Jahre. Die Bankdarlehen werden überwiegend auf Basis des 3- bzw. 6-Monats-Euribor verzinst. Den Geschäftsbanken wurden Non-Financial-Covenants in Form von Negativ- und Gleichbehandlungserklärungen eingeräumt.

Finanzverbindlichkeiten	2017	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bankdarlehen	36.722,1	117.004,2	80.282,1	>100
dav. als Gesellschafterdarlehen weitergereicht	-25.005,2	-108.744,3	-83.739,1	<-100
Bankdarlehen Holding	11.716,9	8.259,9	-3.457,0	-29,5
Anleihen	15.302,1	15.302,1	0,0	0,0
Schuldscheindarlehen	43.543,2	22.829,4	-20.713,8	-47,6
Finanzverbindlichkeiten Holding	70.562,2	46.391,4	-24.170,8	-34,3

5.2.3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Investitionen in Höhe von 94.808,6 TEUR getätigt:

Investitionen	2018 TEUR
Immaterielles- und Sachanlagevermögen	1.193,8
Finanzanlagen	93.614,8
darunter Gesellschafterdarlehen	70.891,0
darunter Einlage HAVAG	18.005,4
darunter Kapitalrücklage EVH	2.600,0
darunter Kapitalrücklage HWS	2.088,0
Gesamt	94.808,6

Tabelle 6: Investitionen 2018

Mit den Investitionen konnten die Eigenkapitalausstattungen von EVH und HWS erneut ausgebaut werden. Bei der EVH diente die Kapitalzuführung der Finanzierung des Eigenanteils für die Modernisierung des Heizkraftwerkes Dieselstraße, bei der HWS der weiteren Entschuldung.

Daneben erfolgte eine verdeckte Einlage in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV (18.005,4 TEUR), die im Geschäftsjahr wieder abgeschrieben wurde. Darüber hinaus wurden Gesellschafterdarlehen in Höhe von zusammen 70.891,0 TEUR ausgereicht und als Zugänge ausgewiesen.

5.2.4. Liquidität

Im Geschäftsjahr verringerte sich der Finanzmittelfonds um -9.146,7 TEUR auf 40.595,3 TEUR.

Kapitalflussrechnung (i. S. d. DRS 21)	2017 TEUR	2018 TEUR	Abw. TEUR
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-3.790,0	-1.851,7	1.938,3
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-9.526,0	-36.984,9	-27.458,9
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	3.279,0	29.689,8	26.410,8
Zahlungswirksame Veränderungen	-10.037,0	-9.146,7	
Finanzmittelfonds zum 01.01.	59.779,0	49.742,0	
Finanzmittelfonds zum 31.12.	49.742,0	40.595,3	

Tabelle 7: Kapitalflussrechnung

Dabei verbesserte sich der operative Cashflow um 1.938,3 TEUR durch die Verringerung des Saldos aus Ergebnisabführung, der aus dem operativen Ergebnis zu eliminieren ist. Alle anderen Positionen blieben im Wesentlichen stabil.

Die deutlich gestiegenen Liquiditätsabflüsse hauptsächlich zugunsten des Finanzanlagevermögens sind Spiegelbild der zentralen Konzernfinanzierung über die Holding, die die aufgenommenen Fremdmittel in Form von Gesellschafterdarlehen als Zugang in den Finanzanlagen bilanziert.

Spiegelbildlich zu den vorgenannten Liquiditätsabflüssen für Investitionen erfolgte betragsmäßig eine entsprechende des Finanzmittelfonds durch die Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten.

5.3. Vermögenslage

Bilanz SWH (Kurzfassung)	2017	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	305.115,4	362.772,3	57.656,9	18,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	285,7	324,8	39,1	13,7
Sachanlagen	22.813,7	21.731,4	-1.082,3	-4,7
Finanzanlagen	282.016,1	340.716,1	58.700,1	20,8
Umlaufvermögen	97.332,2	97.919,2	587,0	0,6
Forderungen und sonstige VG	46.344,4	56.246,8	9.902,4	21,4
Wertpapiere und liquide Mittel	49.865,8	40.730,2	-9.135,6	-18,3
Rechnungsabgrenzungsposten	1.122,0	942,2	-179,8	-16,0
Bilanzsumme Aktiva	402.447,6	460.691,5	58.243,9	14,5
Eigenkapital	216.504,7	228.011,4	11.506,7	5,3
Investitionszuschüsse	403,4	375,0	-28,3	-7,0
Rückstellungen	11.871,2	11.451,4	-419,7	-3,5
Verbindlichkeiten	172.704,9	220.043,9	47.339,1	27,4
Rechnungsabgrenzungsposten	963,5	809,7	-153,7	-16,0
Bilanzsumme Passiva	402.447,6	460.691,5	58.243,9	14,5

Tabelle 8: Bilanz

Die Bilanzsumme stieg im Vorjahresvergleich von 402.447,6 TEUR auf 460.691,5 TEUR (+58.243,9 TEUR bzw. +14,5 %). Hierbei stieg die Aktiva hauptsächlich durch die Zunahme des Finanzanlagevermögens um 20,8 % auf 340.716,1 TEUR. Dieses ist durch die Eigenkapitaleinlagen in die HWS und die EVH sowie in der Ausreichung von Gesellschafterdarlehen begründet.

Das Umlaufvermögen lag auf Vorjahresniveau.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital durch die Einstellung des Jahresüberschusses des Vorjahres auf 228.011,4 TEUR an (+5,3 %). Die Gewinnthesaurierung konnte mit dem Zuwachs des Anlagevermögens nicht schritthalten, sodass eine Abnahme des Anlagendeckungsgrades auf 63,0 % resultierte:

Anlagendeckungsgrad	2017	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
wirtschaftliches Eigenkapital ¹	216.908,1	228.386,4	11.478,3	5,3
Anlagevermögen	305.115,4	362.772,3	57.656,9	18,9
Deckungsgrad	71,1	63,0		-11,4

¹ Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse

Tabelle 9: Anlagendeckungsgrad

Die Rückstellungen bemaßen sich auf Vorjahresniveau. Die Zunahme der Verbindlichkeiten war hauptsächlich Folge der Aufnahme von Konsortialdarlehen.

5.4. Gesamtaussage zur Lage

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Überschuss von 11.506,7 TEUR. Dieses Ergebnis wurde durch die stabilen Ertragslagen der Tochterunternehmen erreicht. Zugleich konnten weitere bilanzielle Risikovorsorgen getroffen und notwendige Wertberichtigungen (Hafen) vorgenommen werden.

Mit der Konsortialfinanzierung sind die Investitionsvorhaben der SWH-Gruppe für die nächsten Jahre gesichert. Die vertraglichen Regelungen erlauben einen ausreichenden Spielraum für mögliche, darüber hinaus gehende Investitionen.

In Folge dessen sind wir mit dem erreichten Ergebnis, der erreichten finanziellen und bilanziellen Absicherung insgesamt sehr zufrieden und sehen uns für die kommenden Jahre gut aufgestellt.

6. Nachtragsbericht

Nach Aufstellung des Jahresabschlusses sind keine Ereignisse oder Entwicklungen eingetreten, die Einfluss auf die Lagebeurteilung haben.

7. Chancen- und Risikobericht

7.1. Risikomanagementsystem

7.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

7.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

7.1.3. Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

7.2. Gesamtbild

Unter den identifizierten Risiken der Unternehmen der Stadtwerke Gruppe lagen insgesamt vier Einzelrisiken (Vorjahr: vier) über dem Schwellenwert und wurden demzufolge als Risiken in das Konzernrisikomanagement aufgenommen. Hierbei fanden Risiken mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit < 5 % keine Berücksichtigung.

Die konzernrelevanten Risiken (2018) verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	1
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	0	0	0
Rechtliche Risiken	3	1	2
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	4	1	3

Tabelle 10: Risikogruppen

Das einzige Risiko der Gruppe 1 besteht in der drohenden Steuernachzahlung in Folge der steuerlichen Betriebsprüfung im Organkreis der Stadtwerke. Für das Risiko wurde ausreichende bilanzielle Vorsorge getroffen.

Der für das Jahr 2019 maßgebliche Schadenserwartungswert der dargestellten konzernrelevanten Risiken (Bruttoschadenshöhe x Eintrittswahrscheinlichkeit) in Summe beträgt 6,6 Mio. EUR (Vorjahr 10,4 Mio. EUR).

Die vorgenannten Risiken werden im Risikomanagement als Bruttoerisiken erfasst. In den Planungen und Jahresabschlüssen unserer Unternehmen sind die Risiken zu einem großen Teil bereits berücksichtigt bzw. Risikosteuerungsmaßnahmen eingeleitet. Allen Risiken wurden Maßnahmen zur wiederkehrenden Überwachung und Steuerung zugeordnet. Dieses ermöglicht uns eine frühzeitige Reaktion bei Änderungen der Eintrittswahrscheinlichkeiten oder der Schadenshöhen.

8. Prognosebericht

8.1. Ergebniserwartung

Wir gingen in unseren Planungen für das Geschäftsjahr 2018 von einem Jahresüberschuss von 11.183 TEUR aus. Das leicht über unsere eigenen Erwartungen liegende tatsächliche Jahresergebnis wird im Folgejahr deutlich geringer ausfallen (ca. 4,6 Mio. EUR). Unsere Erwartungen stützen sich auf die nachfolgenden Ergebnisbeiträge der Organgesellschaften:

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	2018	2019	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
CTHS	-1.790,9	8,3	1.799,2	>100
EVH	21.394,2	19.794,6	-1.599,6	-7,5
HAVAG	10,4	0,0	-10,4	-100,0
HWS	10.341,3	10.007,1	-334,2	-3,2
ITC	2.228,4	1.397,3	-831,1	-37,3
RAB	260,7	278,4	17,7	6,8
SHS	-28,9	25,1	54,0	>100
TELONON	17,8	-5,0	-22,8	<-100
Saldo Organschaft	32.433,0	31.505,8	-927,2	-2,9

Tabelle 11: Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen

Der Ergebnisrückgang im Folgejahr wird zudem durch die Modalitäten der Finanzierung des ÖPNV bestimmt. Der durch die Stadt zu leistende Finanzierungsanteil wird sich um 640 TEUR verringern, während sich der Aufwand für den ÖPNV im Vergleich zu diesem Jahresabschluss um ca. 1.500 TEUR erhöhen wird. Darüber hinaus sind in allen Positionen des sonstigen betrieblichen Aufwandes Anstiege von zusammen ca. 2.300 TEUR berücksichtigt.

8.2. Investitionen

In der Planung für das 2019 sind Investitionen für die Akquisition energieaffiner Beteiligungen von 1.500 TEUR, Einlagen in die Kapitalrücklagen von EVH (3.400 TEUR), SHS (2.000 TEUR) sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 1.119,8 TEUR vorgesehen.

Investitionsplan	2019 TEUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.119,8
Anteile an verbundenen Unternehmen	5.400,0
Beteiligungen	1.500,0
Gesamt	8.019,8

Tabelle 12: Planinvestitionen 2018

Daneben ist als verdeckte Einlage in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV ein Betrag von 18.330 TEUR vorgesehen.

8.3. Finanzierung

Für die zentrale Finanzierung der Stadtwerke-Gruppe ist die Ziehung einer Tranche aus dem abgeschlossenen Konsortialdarlehen in Höhe von 148.400 TEUR für das Geschäftsjahr 2019 vorgesehen. Regeltigungen für Altdarlehen bzw. Schuldscheindarlehen belaufen sich auf -3.756 TEUR.

8.4 Risiken

Für das Jahr 2019 werden keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken erwartet.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	30					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">30</td> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	30	100,00
T€	%					
30	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Belger, Fredo

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	7.454	13	7.467	13	7.262	13	-13	0
Umlaufvermögen	50.856	87	49.924	87	50.774	87	932	2
Rechnungsabgrenzungsposten	12	0	13	0	12	0	-1	-8

Bilanzsumme

58.322	100	57.404	100	58.048	100	918	2
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	4.182	7	4.976	9	4.517	8	-794	-16
Rückstellungen	53.572	92	52.013	90	53.071	91	1.559	3
Verbindlichkeiten	568	1	415	1	460	1	153	37

Bilanzsumme

58.322	100	57.404	100	58.048	100	918	2
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus anderen Wertpapieren und
Ausleihungen des Finanzanlagevermögens
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.779	5.396	4.012
sonstige betriebliche Erträge	3.148	2.128	3.575
Materialaufwand	823	868	887
Personalaufwand	2.197	2.345	2.937
Abschreibungen	13	22	11
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.292	3.661	3.679
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	51	0	4
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	371	381	1.779
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	563	139	128
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.235	394	596
Ergebnis nach Steuern	-774	476	1.132
sonstige Steuern	19	17	18
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-793	459	1.114

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-10,20	8,51	27,77	%
Eigenkapitalrentabilität:	-15,94	10,16	32,74	%
Cash-Flow:	-780	481	1.125	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	288	203	195	T€
Personalaufwandsquote:	20,10	31,16	38,71	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,59	2,65	2,27	%
Eigenkapitalquote:	7,17	8,67	7,78	%
Fremdkapitalquote:	92,83	91,33	92,22	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Abfallmenge	594.043,00	360.312,00	535.449,00	Mg
Durchschnittserlöse	9,23	8,22	2,61	EUR/Mg

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 2.5. Marktbezogene Entwicklung
- 2.6. Politische und rechtliche Entwicklung
- 2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 2.8. Forschung und Entwicklung
- 2.9. Personal und Personalentwicklung

3. Lage der Gesellschaft

- 3.1. Ertragslage
- 3.2. Finanzlage
 - 3.2.1. Kapitalstruktur
 - 3.2.2. Investitionen
 - 3.2.3. Liquidität
- 3.3. Vermögenslage
- 3.4. Gesamtaussage

4. Chancen- und Risikobericht

- 4.1. Risikomanagementsystem
- 4.2. Chancen und Risiken
- 4.3. Gesamtbild

5. Prognosebericht

- 5.1. Umsatzentwicklung
- 5.2. Investitionen
- 5.3. Finanzierung
- 5.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau umfasst die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die Gesellschaft ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die AWH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Geschäftsbetrieb der AWH ist hauptsächlich auf die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgen noch Aktivitäten in der sonstigen Geschäftstätigkeit, welche die Vermietung/Verpachtung von Ansiedlungsflächen sowie Infrastrukturdienstleistungen für bereits am Standort Halle-Lochau befindliche Unternehmen betreffen. Außerdem gehört der Betrieb einer Boden- und Bauschuttbörse zur sonstigen Geschäftstätigkeit des Unternehmens. Mit der Verstromung von Deponiegas wurden Leistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Daher ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Leistungen verpflichtet.

1.2. Ziele und Strategien

Das Hauptziel der AWH ist die konsequente Durchführung einer umweltgerechten, nachhaltigen und kostenoptimierten Sicherung des Standortes Halle-Lochau mit dem Ziel, zum Abschluss der Nachsorge aus der abfallrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen zu werden. Ein weiteres Ziel ist gemäß dem Gesellschaftszweck die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Aufgrund der Komplexität und der Alleinstellungsmerkmale des Stilllegungsprozesses unterliegt die AWH seit Beginn der Stilllegung zum 1. Juni 2005 unterschiedlichsten Herausforderungen, die sich sowohl aus den rechtlichen als auch aus den betrieblichen Rahmenbedingungen ergeben. Diese Herausforderungen wurden bis dato in intensiver Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin und dem Landesverwaltungsamt Halle als zuständige Überwachungsbehörde angegangen und überwiegend positiv gestaltet.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der AWH gliedert sich außer der Geschäftsführung in die drei Abteilungen Umwelt- und Sicherheitscontrolling (USiCo), Technik und Kaufmann auf.

Zur Steuerung der AWH wurde mit Beginn der Stilllegungsphase zum 1. Juni 2005 eine Profit Center-Rechnung in die kaufmännische Abrechnung integriert, mit deren Hilfe eine exakte Trennung zwischen den beiden Geschäftsfeldern ermöglicht wird. Die sich hieraus ergebenden Steuerungsgrößen sind neben dem Jahresüberschuss, das Betriebsergebnis zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der sonstigen Geschäftstätigkeit und der jährliche Verbrauch der während der Ablagerungsphase der Deponie bis Mai 2005 gebildeten Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der jeweilige verbleibende Umfang dieser Rückstellung gibt dabei Hinweise auf die Entwicklung des zu realisierenden Rekultivierungsvorhabens sowie auf dessen zukünftige Finanzierbarkeit.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die bereits zum 1. Juli 2013 vollzogene Änderung der Organisationsstrukturen aufgrund personeller Veränderungen hat sich bis dato bewährt und wurde im vorigen Geschäftsjahr operativ weiter optimiert.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot somit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2018 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit zur Verwertung von Abfällen im Deponie-stilllegungsbetrieb sowie für die Behandlung von Boden- und Bauschuttabfällen auf der Boden- und Bauschuttbörse von der Entsorgungsgemeinschaft EdDE erneut bestätigt. Dabei erfolgte die externe Begutachtung erstmals nach den Anforderungen der neuen Entsorgungsfachbetriebeverordnung, welche Mitte 2017 in Kraft trat. Im September 2018 wurde durch ZER-QMS das turnusmäßige jährliche Qualitätsmanagement-Überwachungsaudit nach DIN EN ISO 9001:2015 durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung sowie den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse. Im Februar 2018 fand die turnusmäßige Überwachung des Tätigkeitsbereiches Probenahme und Bodenmechanik der AWH nach DIN ISO/IEC 17025 durch die DAkKS GmbH statt. Dabei wurde die bestehende Akkreditierung des bodenmechanischen Labors bestätigt, was insbesondere für die zahlreichen Aufgaben der Probenahme und Eigenüberwachung im Rahmen des Einbaubetriebes sowie des Monitorings ein wichtiger Qualitätsnachweis ist.

Im Jahr 2018 war für die AWH nach mehreren Jahren mit rückläufiger Entwicklung der Annahmemengen für die Einbaumaßnahmen des Stilllegungsbetriebes erstmals wieder eine deutliche Steigerung der Menge der angenommenen und verwerteten Abfälle zu verzeichnen. Diese Steigerung bezog sich insbesondere auf das Segment der geotechnischen Sicherung (Aschen, Schlacken u. ä. mineralische Abfälle mit geringer Wasserdurchlässigkeit). Möglich war diese Steigerung durch die Erteilung der Genehmigung zum überhöhten Abfalleinbau zwecks Vorwegnahme der noch kommenden Setzungen, welche Mitte 2017 durch das Landesverwaltungsamt erfolgte. Darauf aufbauend konnten mit zahlreichen früheren und neuen Anlieferern für geeignete Verwertungsabfälle neue Vereinbarungen und Verträge abgeschlossen werden, die zu der deutlichen Steigerung der Annahmemengen für die geotechnische Sicherung um über 90 % bezogen auf das Vorjahr 2017 führten. In diesem Zusammenhang ist insbesondere hervorzuheben, dass diese Trendumkehr bei der AWH gelang, obwohl die Annahme- und Einsatzbedingungen für die entsprechenden Abfälle mit der neuen Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt und dem QM-Plan wesentlich umfangreichere Anforderungen als früher umfassten und obwohl mit den neuen Verträgen entsprechend der Marktentwicklung deutlich höhere Annahmepreise als noch vor 2017 vereinbart wurden.

2.5. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2018 konnte die AWH eine deutliche Steigerung bei den angelieferten Mengen an Verwertungsabfällen verzeichnen. Dieser Umstand ist auf das Wirksamwerden der bereits genannten Genehmigung für den überhöhten Einbau zur Vorwegnahme der noch kommenden Setzungen im Deponiebereich zurückzuführen, welche bereits 2015/2016 beantragt wurde und durch die ein zusätzliches Einbauvolumen bei der geotechnischen Sicherung von ca. 750.000 m³ erschlossen werden konnte. Die sich bereits im Vorjahr abzeichnenden positiven Marktsignale wurden von der AWH GmbH bei den Vertragsverhandlungen konsequent eingepreist. Die hieraus erzielten Umsatzerlöse konnten so deutlich gesteigert werden. Damit wurden von der AWH die Weichen dafür gestellt, dass 2018 nicht nur wieder vergleichbare Mengen wie vor 2016, sondern damit verbunden auch deutlich höhere Umsatzerlöse erreicht wurden.

Für die Zukunft hat weiterhin der Ausbau der Marktposition bei der Annahme von Böden und Recyclingmaterialien zur Herstellung der Wasserhaushaltsschicht und der darunter aufzubauenden Drainage oberste Priorität. Hierfür ist ein regionaler und überregionaler Vertrieb zur Akquise der betrieblich notwendigen Mengen erforderlich, da es für diese Materialien eine große Anzahl an Wettbewerbern gibt. Im Geschäftsjahr 2018 hat die Geschäftsführung weiter an verschiedenen Projekten gearbeitet, mit deren erfolgreicher Umsetzung auch die Annahmemengen von Böden und Recyclingmaterialien auf einem moderaten Niveau gesichert werden konnten, obwohl die Anforderungen für die Annahme und den Einbau dieser Materialien seit Mitte 2016 mit den neuen Qualitätssicherungs-Anforderungen des Landesverwaltungsamtes wesentlich höher geworden sind.

2.6. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2018 waren keine signifikanten Änderungen im gesetzlichen Regelwerk der Deponieverordnung zu verzeichnen, sodass die gesetzlichen Rahmenbedingungen weitgehend konstant blieben. Allerdings ergab sich aus genehmigungsrechtlichen Änderungen und neuen Auflagen des Landesverwaltungsamtes für den Stilllegungsbetrieb im Jahr 2018 ein entsprechend höherer Aufwand zur Nachweisführung und Qualitätssicherung bei den verschiedenen Einbaumaßnahmen. Letzterer betraf sowohl die Eigenüberwachung als auch die zu beauftragenden Leistungen der Fremdprüfung. Im Vergleich zu früheren Jahren sind damit die Anforderungen des Landesverwaltungsamtes an den zu führenden Nachweis der Materialeignung sowie die Qualitätssicherung im Einbau deutlich gestiegen, die sich in deutlich höheren Kosten für die Planung und die Qualitätsüberwachung bei allen Maßnahmen zeigen.

Grundlage für die im Jahr 2018 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt weiterhin der im Juni 2008 durch das LVWA erlassene und inzwischen mit vier Ergänzungen und mehreren Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF-Forschungsvorhabens der AWH basiert. Durch die AWH wurden im vergangenen Jahr weitere Detail-Konzeptionen für Stilllegungsmaßnahmen bearbeitet, welche u. a. die im Drehpunkt vorgesehene Gestaltung als Gesamtmaßnahme beinhalteten.

Entsprechend der Forderungen des Landesverwaltungsamtes wurde für die Vergabe der Gesamtplanung des Drehpunktbereiches im Jahre 2016 durch die AWH eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. In deren Ergebnis wurden die Planungsleistungen für die Böschungsgestaltungsmaßnahmen (Los 1) und die Standsicherheit (Los 2) an ein Ingenieurbüro vergeben. Der Planungsauftrag für die naturschutz-fachlichen Belange (Los 3) ging an eine Bietergemeinschaft. Gegenwärtig wird von einer Vorlage der Entwurfsplanung Ende Februar 2019 ausgegangen.

Bereits im Jahr 2016 ergaben sich im Segment der Errichtung von Drainage- und Wasserhaushaltsschicht wesentliche Änderungen mit dem von der Behörde geforderten neuen Qualitätsmanagementplan für diese Maßnahmen. Im Ergebnis dessen resultierten wesentlich aufwändigere Kontroll-, Überwachungs- und Nachweispflichten in diesem Teilbereich. Dies führte dazu, dass auch im Jahr 2018 fast keine neuen Flächen fertig gestellt werden konnten, da erneute Abstimmungen der AWH gemeinsam mit dem Fremdprüfer und der Behörde erforderlich waren. Im Rahmen dieser Abstimmungen konnte 2018 eine praktikable Lösung für den Nachweis der Anforderungen bei der Errichtung des drainablen Horizontes erarbeitet werden, sodass hier 2019 wieder substantielle Einbaufortschritte möglich werden. Für die Errichtung der Wasserhaushaltsschicht laufen diese Abstimmungen mit der Behörde noch und werden auch Anfang 2019 fortgeführt. Schwerpunkte hierbei sind der Nachweis eines ausreichenden Wasserrückhaltevermögens der eingesetzten Böden (Wasserretention) sowie die Nährstoffversorgung mittels Klärschlammbeimischung. Als Folge der mit dem neuen QM-Plan gestellten behördlichen Forderungen war bereits zu verzeichnen, dass die zur Bodenverbesserung der Wasserhaushaltsschicht geplanten Klärschlamm-mengen wegen der Nährstoffgehalte drastisch reduziert werden mussten. Die weitere Klärschlammannahme wurde deshalb Anfang 2018 beendet und im weiteren Verlauf der Stilllegung soll nur noch die Zugabe bereits angenommener Mengen erfolgen.

Im zweiten Halbjahr 2017 trat die Genehmigung des Landesverwaltungsamtes zur Überhöhung der Einbaubereiche der geotechnischen Sicherung aufgrund des vorgezogenen Setzungsausgleiches in Kraft (vierte Ergänzung vom 18. Mai 2017 zur Rekultivierungsanordnung vom Juli 2008). Damit verbunden war die Erarbeitung neuer Qualitätsmanagementpläne für diese Maßnahmen, die wesentlich höhere und zum Teil auch neue Anforderungen an die Annahme und den Einbau dieser Materialien enthielt. Diese Auflagen führen einerseits zu einem geringeren Portfolio einsetzbarer Materialien im Vergleich zu früheren Jahren als auch zu zeitlichen Verzögerungen und höheren Kosten bei Planung und Qualitätssicherung. Die AWH konnte durch intensive Vorbereitung der umfangreichen geforderten Nachweise und Dokumentationen sowie die Akquise neuer Kunden hier insofern erfolgreich gegensteuern, dass die Annahmemengen und Umsatzerlöse trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen im Jahr 2018 wieder kontinuierlich zunahmen.

Auch im Jahr 2018 fanden zahlreiche weitere Abstimmungen und Beratungen mit der Behörde statt und es erfolgte ein umfangreicher Schriftverkehr zu den verschiedenen Stilllegungsteilmaßnahmen mit dem klaren Ziel einer gemeinsamen Lösungsfindung.

Auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörsen ergaben sich 2018 keine wesentlichen Änderungen. Die für diesen Bereich vom Bundesgesetzgeber geplante „Mantelverordnung“ zur Neuregelung des Einsatzes von Abfällen als mineralische Ersatzbaustoffe außerhalb von Deponien liegt weiterhin nur im Entwurf vor. Die darin geplanten Vorgaben würden sich bei einem Inkrafttreten merklich sowohl auf das Annahme- und Abgabeportfolio der Boden- und Bauschuttbörsen als auch auf die Organisation und Logistik vor allem im Bereich der Abfallüberwachung im Sinne deutlich erhöhter Anforderungen auswirken.

2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wie in den Vorjahren waren auch im Geschäftsjahr 2018 die Umsatzerlöse aus der Annahme von Verwertungsabfällen ein wichtiger wirtschaftlicher Eckpfeiler. Hier konnte aufgrund der enormen Steigerung der angenommenen Menge an Verwertungsabfällen auf 594 TMg im Vergleich zum Vorjahr mit 360 TMg ein deutlich höherer Umsatz für diesen Bereich mit TEUR 5.486 im Vergleich zum Vorjahr mit 2.959 TEUR generiert werden. Der sehr ambitionierte Planwert von TEUR 7.205 konnte trotz der beschriebenen positiven Entwicklung nicht vollumfänglich erreicht werden.

Neben den Erlösen aus der Annahme von Verwertungsabfällen stellen die Erlöse aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas einen weiteren wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Hier konnte aufgrund der durchgeführten technischen Ertüchtigungsmaßnahmen im Bereich der Gasfassung sowie der Durchführung der turnusmäßigen Wartungsstufen bei den Deponiegasmotoren ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt werden. In Zahlen bedeutet dies einen Umsatz von TEUR 1.320 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 1.488 sowie zum Planwert von TEUR 837.

Auf der Aufwandsseite haben wie im Vorjahr die Einsparungen bei der Sickerwasserreinigung sowie bei den Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen zu einer geringeren Inanspruchnahme der Rekultivierungsrückstellung beigetragen. Der Aufwand für die Entsorgung von Sickerwasser hatte im Geschäftsjahr 2018 einen Umfang von TEUR 1.486. Die entsorgte Menge betrug knapp 130 Tm³. Damit ist die Ist-Menge merklich höher als im Vorjahr mit 115 Tm³. Ebenso ist der damit verbundene Aufwand oberhalb des Vorjahreswertes von TEUR 1.308. Die für 2018 angesetzten Planwerte in Höhe von 146 Tm³ und TEUR 1.674 konnten deutlich unterboten werden. Bei den Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind im Berichtsjahr TEUR 563 angefallen. Hiermit wurden sowohl der Vorjahreswert in Höhe von TEUR 797 als auch der Planwert mit TEUR 1.291 deutlich unterboten.

Ein weiterer Erfolgsfaktor waren die Zinserträge aus den im Februar 2017 erworbenen Schuldscheindarlehen sowie der bereits im Dezember 2016 getätigten Geldanlage im Allianz Portfolio-Konzept. Mit dieser neuen Anlage- und Risikostruktur konnten trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase an den Kapitalmärkten Erträge in Höhe von TEUR 419 erzielt werden.

2.8. Forschung und Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau basieren auf einem im Jahr 2002 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt bestätigten Forschungsvorhaben „Untersuchungen für die nachhaltige Stilllegung von Deponien, die in Restlöchern des Braunkohlenbergbaus eingerichtet wurden, am Beispiel der Deponie Halle-Lochau“, welches im Jahr 2007 beendet wurde. Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. im Monitoringprogramm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen.

Auf dieser Grundlage wird dann im Wesentlichen eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, sodass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können. Gemäß Rekultivierungsanordnung aus dem Jahr 2008 wird das hieraus entwickelte Stilllegungskonzept regelmäßig alle fünf Jahre modellprognostisch überprüft, letztmals im Mai 2014, und mit Fortschreiten des Stilllegungsbetriebes kontinuierlich weiter untersetzt. Die nächste Überprüfung findet turnusmäßig im ersten Quartal 2019 statt.

2.9. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 betrug der Personalbestand der AWH 37,6 VBE, was eine Abweichung von -0,8 VBE zum Plan bedeutet. Somit wurde die Personalplanung für das Jahr 2018 eingehalten. Grundsätzlich orientiert sich der Personalbestand der AWH an den aus dem Geschäftsbetrieb heraus resultierenden zu leistenden Aufgaben.

Für die nächsten Jahre wird von einer stetigen Absenkung des Personalbestandes ausgegangen, vor allem aufgrund des zunehmenden Projektfortschritts bei der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau. Für das Geschäftsjahr 2023 bedeutet das einen geplanten Personalbestand von 23,4 VBE. Zur Gewährleistung eines sozialverträglichen Personalabbaus wurden im Vorjahr vier neue ATZ-Verträge abgeschlossen, von denen 2 MA ihre Altersteilzeit im Geschäftsjahr 2018 begannen.

3. Lage der Gesellschaft

3.1. Ertragslage

Die Ertragslage der AWH hat sich im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert, was vor allem auf die gestiegenen Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Demnach konnten die Umsatzerlöse des Vorjahres mit TEUR 5.396 im Geschäftsjahr 2018 mit TEUR 7.779 deutlich verbessert werden. Der Planwert für das Berichtsjahr lag bei TEUR 8.961 und wurde somit nicht erreicht. Die positive Entwicklung gegenüber dem Vorjahr basiert vor allem auf der bereits erläuterten Anhebung der Anlieferpreise für die Annahme von Verwertungsabfällen als Konsequenz aus dem aktuellen Marktpreisniveau. Für die hieraus resultierenden Umsatzerlöse bedeutete das eine Steigerung von TEUR 2.959 auf TEUR 5.486. Der ambitionierte Planwert in Höhe von TEUR 7.204 konnte aber nur ansatzweise generiert werden. Die Unterschreitung des Planwertes ist ausschließlich das Ergebnis von Annahmemengenverlagerungen in die Folgejahre.

Daneben konnte die AWH auch bei den Erlösen aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas mit TEUR 1.320 ein durchaus beachtliches Ergebnis erzielen. Hiermit wurde zwar der Vorjahreswert von TEUR 1.488 nicht ganz erreicht, aber der Planwert von TEUR 837 wurde deutlich übertroffen. Dies wiederum ist auf die Stabilisierung der Gasmengen aufgrund der realisierten Ertüchtigungsmaßnahmen bei der Gasfassung und der turnusmäßigen Wartung der Deponiegasmotoren zurückzuführen.

Im Bereich der Erlöse aus Infrastrukturleistungen konnten sowohl die Planvorgabe von TEUR 422 als auch das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 448 mit dem erzielten Ist-Wert in Höhe von TEUR 478 vollumfänglich übertroffen werden. Ursache hierfür waren die Preissteigerungen bei den Dieselmotorkraftstoff- und Strombezugskosten.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge wird neben den Erträgen aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen aus dem Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge auf die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und die Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen verwiesen.

Auf der Aufwandsseite sind zum einen die Personalaufwendungen und zum anderen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als wesentlich anzusehen. Der Personalaufwand hat sich im Geschäftsjahr 2018 um TEUR 147 auf TEUR 2.197 im Vergleich zum Vorjahr vermindert. Ausschlaggebend für diese Verminderung sind die geringeren Zuführungen zu den Personalrückstellungen (ATZ).

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem der Aufwand aus der Entsorgung von Sickerwasser, die Aufwendungen für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen, Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen sowie beim Materialaufwand der Bezug von Dieselmotorkraftstoff und Strom als wesentlich anzusehen. Die Entwicklung des Aufwandes für die Entsorgung von Sickerwasser wurde bereits unter Punkt 3.4. näher ausgeführt. Die Höhe der Aufwendungen für Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen ist abhängig vom erreichten Projektfortschritt bei der Stilllegung der Deponie Halle-Lochau. Wesentliche Kostenpositionen waren im Geschäftsjahr das Brechen von Beton- und Bauschuttmaterialien sowie Planungskosten für die Lose 1 bis 3 im Rahmen der Neuplanung zum Projekt Böschungsgestaltung Drehpunktbereich. Beim Bezug von Dieselmotorkraftstoff und Strom sind im Berichtsjahr Aufwendungen in einer Höhe von TEUR 675 angefallen. Die Ist-Aufwendungen entsprachen somit genau dem Vorjahreswert von TEUR 676, lagen aber unter dem geplanten Aufwand mit TEUR 751.

3.2. Finanzlage

3.2.1. Kapitalstruktur

Bei den Rückstellungen hat sich der Gesamtumfang im Vergleich zum Vorjahr erhöht und hat zum 31. Dezember 2018 einen Wert von TEUR 53.572, was eine Abweichung von TEUR 1.559 bedeutet. Schwerpunkt bei den Rückstellungen bildet nach wie vor die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d. h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurden in Höhe des sich ergebenden Saldos eine Zuführung in Höhe von TEUR 505 gebucht. Diese Zuführung basiert auf der aktualisierten Deckungsrechnung (Stand 15. Februar 2019) und resultierte hauptsächlich aus der Verlagerung von für das Geschäftsjahr 2018 geplanten Kostenpositionen in die Folgejahre. Die Kostenverlagerung ist das Ergebnis der zeitlichen Verzögerungen bei den zahlreichen Abstimmungen und den daraus resultierenden Genehmigungen von Einzelmaßnahmen durch die beteiligten Behörden. Dies betrifft vor allem die Stilllegungsmaßnahmen Böschungsgestaltung Drehpunkt (Planungsleistungen) sowie die Aufbringung der Drainage- und Wasserhaushaltsschicht. Ein weiterer Faktor für die Erhöhung des Rückstellungsumfanges ist die notwendige Aufstockung der bestehenden Rückstellungen für Steuer- und Zinsnachzahlungen resultierend aus den Prüfungsfeststellungen des Finanzamtes Halle (Saale) im BP-Bericht vom 21. Dezember 2018. Demnach wurde die Rückstellung für Steuernachzahlungen um TEUR 1.032 sowie die Rückstellung für Nachzahlungszinsen um TEUR 483 aufgestockt.

Der Bestand der Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2018 mit TEUR 568 hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 416 erhöht.

3.2.2. Investitionen

Die im Rahmen der Stilllegung durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen werden gemäß dem BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005 direkt als Aufwand verbucht und nicht als Investitionen erfasst. Im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftstätigkeit“ hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 keine Investitionen vorgenommen.

3.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgehend gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool war im Geschäftsjahr 2018 nicht notwendig. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 bestand gegenüber dem SWH-Konzern ein positiver Cash Pool-Saldo in Höhe von TEUR 1.943.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

3.3. Vermögenslage

In der folgenden Darstellung sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2018 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2018 in TEUR	31.12.2017 in TEUR	Veränderung in TEUR
Sachanlagen	1.510	1.523	-13
Sonstige Ausleihungen/Wertpapiere	5.944	5.944	+0
Langfristig gebundenes Vermögen	7.454	7.467	-13
Vorräte (RHB)	66	44	+22
Forderungen aus LuL	765	580	+185
Forderung verb. Untern. (LuL)	97	71	+26
Forderung verb. Untern. (CP)	1.943	451	+1.492
Sonstige Vermögensgegenstände	45.425	45.425	+0
Flüssige Mittel	2.559	3.353	-794
Aktiver RAP	13	13	+0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	50.868	49.937	+931
Gesamtvermögen	58.322	57.404	+918
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	4.183	4.976	-793
Langfristige Rückstellungen	47.749	46.179	+1.570
Langfristiges Kapital	51.932	51.155	+777
Kurzfristige Rückstellungen	5.823	5.834	-11
Verbindlichkeiten aus LuL	245	91	+154
Verbindlichkeiten verb. Untern.	238	222	+16
Sonstige Verbindlichkeiten	84	102	-18
Kurzfristiges Kapital	6.390	6.249	+141
Gesamtkapital	58.322	57.404	+918

Aus der Darstellung der Vermögensstruktur wird ersichtlich, dass sich die Vermögenslage der AWH zum Vorjahr im Wesentlichen nicht verändert hat. Im Bereich des kurzfristig gebundenen Vermögens kam es zu einer Umgliederung von liquiden Mitteln in die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Cash Pool).

3.4. Gesamtaussage

Unter Beachtung der dargestellten Fakten schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem deutlich schlechteren Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr ab. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR -793 liegt somit unter dem Vorjahresergebnis mit TEUR 459 sowie dem Planwert mit TEUR 308. Zu beachten ist hierbei, dass der Jahresfehlbetrag nahezu ausschließlich durch die Sondereffekte aus der Aufstockung der Rückstellungen Betriebsprüfung für Steuer- und Zinsnachzahlungen resultiert.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

4.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2018 wurden für das Jahr 2019 bei der AWH insgesamt 15 Risiken ermittelt (Vorjahr: 16 Risiken). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt sechs Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	0
Beschaffungsmarkt	5	1	3
Konkurrenzunternehmen	1	0	1
Recht und Politik	1	0	0
Technologische Entwicklungen	3	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	1	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3	0	1
Gesamt	15	1	5

In der aktuellen Risikoeinschätzung der Gesellschaft weist die Risikokategorie Beschaffungsmarkt die meisten Einzelrisiken der Gruppen 1 und 2 aus. Die Risiken betreffen dabei sowohl den Umfang der noch zu beschaffenden Mengen als auch die damit in Zusammenhang stehenden Annahme- oder Einkaufspreise. Ein weiteres Risiko der Gruppe 2 betrifft die Risikokategorie Konkurrenzunternehmen und steht in direktem Zusammenhang zu den Risiken beim Beschaffungsmarkt. Aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen ist es für bestimmte Konkurrenzunternehmen einfacher, die notwendigen Mengen an Verwertungsabfällen zu akquirieren, was die Beschaffung für die AWH weiter erschwert. Ein weiteres Risiko der Gruppe 2 ist der Risikokategorie Sonstige Risiken zugeordnet. Hierbei handelt es sich um das Risiko von Steuer- und Zinsnachzahlungen als Folge der Betriebsprüfung für die Jahre 2011 bis 2014.

4.3. Gesamtbild

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder stellt die benötigte Menge an Boden, zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2019 bis 2024 unter Beachtung der vom LVvA festgelegten Annahmeparameter, ein Risiko dar, wenn die Materialien nicht wie geplant auch über den Markt erlösbringend akquiriert werden können, sondern überwiegend aufwandswirksam beschafft werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich dieses Risiko auf mehrere Geschäftsjahre verteilt und nicht als Einmaleffekt eintritt. Somit hat die Gesellschaft die Möglichkeit, mit geeigneten Gegenmaßnahmen das Risiko stetig zu minimieren.

5. Prognosebericht

5.1. Umsatzentwicklung

Für den geplanten Mittelfristzeitraum wird von konstanten Umsätzen ausgegangen, welche überwiegend durch die geplanten Annahmemengen an Verwertungsabfällen und den geplanten Annahmepreisen begründet sind. Diese Annahmemengen resultieren aus der Weiterführung der Überhöhung der Deponie als Vorwegnahme zukünftig prognostizierter Setzungen in den Jahren 2019 und 2020 sowie aus der Teilmaßnahme Gestaltung der Westböschung der Deponie als Bestandteil der Gesamtmaßnahme Drehpunktgestaltung.

Für die Erlöse aus der Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas wird von einer stetigen Reduzierung ausgegangen. Hintergrund ist die zu erwartende Abnahme der Deponiegasmengen unter Beachtung der vorliegenden Gasprognosen.

Die weiteren Umsatzerlöse werden für die kommenden Jahre als nahezu konstant angenommen.

5.2. Investitionen

Die Geschäftsführung der AWH weist darauf hin, dass im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie keine Investitionstätigkeit erfolgt, da die durchzuführenden Maßnahmen und Ersatz-beschaffungen direkt als Aufwand verbucht werden müssen (BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005). Diese Regelungen finden aber keine Anwendungen auf Neuinvestitionen außerhalb der Stilllegungstätigkeit.

Investitionen im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit sind für das Jahr 2019 nicht geplant.

5.3. Finanzierung

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 hat die Geschäftsführung der AWH die geplante Neuanlage der vorhandenen liquiden Mittel, welche aus der vollständigen Rückgabe der Anteile an den beiden Spezialfonds heraus resultierten, realisiert. Unter Beachtung der neuen Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt sowie der zugrundeliegenden Anlagerichtlinie wurden die Finanzmittel in diversen Schuldscheindarlehen angelegt. Damit soll auch wie schon im Geschäftsjahr 2018 in den kommenden Jahren eine Ertragsoptimierung unter Berücksichtigung von Marktrisiken erreicht werden.

Die Aufnahme von Darlehen ist für die kommenden Geschäftsjahre weiterhin nicht vorgesehen, so dass sich die AWH auch zukünftig über die vorhandenen Sicherheitsleistungen, die laufenden Einnahmen sowie über den Cash Pool des Stadtwerke-Konzerns finanziert.

5.4. Ergebniserwartung

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 geht die Geschäftsführung davon aus, dass in den Folgejahren wieder positive Jahresergebnisse erzielt werden. Hierfür muss zum einen die ständige Finanzierbarkeit des Rekultivierungsvorhabens gewährleistet sein und zum anderen müssen die Finanzanlagen eine positive Rendite aufweisen, um somit einen Ergebnisbeitrag zu leisten.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	142,5	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138,0	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138,0	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131,5	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.
- (2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
- (3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 128 KVG LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	566	7	344	5	484	7	222	65
Umlaufvermögen	7.110	92	6.884	94	6.151	92	226	3
Rechnungsabgrenzungsposten	88	1	101	1	60	1	-13	-13

Bilanzsumme	7.764	100	7.329	100	6.695	100	435	6
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.754	23	3.358	46	2.069	31	-1.604	-48
Rückstellungen	4.961	64	3.118	42	3.552	53	1.843	59
Verbindlichkeiten	1.049	13	853	12	1.074	16	196	23

Bilanzsumme	7.764	100	7.329	100	6.695	100	435	6
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	20.735	21.582	22.471
sonstige betriebliche Erträge	388	521	240
Materialaufwand	3.045	3.085	3.716
Personalaufwand	14.070	14.738	15.491
Abschreibungen	207	248	263
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.016	2.122	2.399
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	74	38	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	154	89	44
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	309	570	276
Ergebnis nach Steuern	-1.604	1.289	522
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.604	1.289	522

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-7,74	5,97	2,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	-47,77	62,33	33,71	%
Cash-Flow:	-1.397	1.537	785	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	61	62	70	T€
Personalaufwandsquote:	66,61	66,68	68,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,22	4,08	6,47	%
Eigenkapitalquote:	22,59	45,82	30,90	%
Fremdkapitalquote:	77,41	54,18	69,10	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Unternehmen

Seit 25 Jahren bietet die A/V/E GmbH für Unternehmen der Energiewirtschaft passgenaue Dienstleistungen an. Mit 350 Mitarbeitern erbringt der Servicespezialist deutschlandweit für über 50 Kunden aller Sparten, Marktrollen und Strukturen individuelle Prozessdienstleistungen entlang der Customer Journey. Ganz gleich vor welcher Herausforderung Stadtwerke und Energieversorgungsunternehmen stehen, mit A/V/E haben sie einen Partner, der sich in den Prozessen und der notwendigen IT-Landschaft auskennt. Dabei verfolgt der Dienstleister eine Strategie, die eine hohe Kundenzufriedenheit garantiert und nutzt die Digitalisierung, um für den Energiemarkt neue Ansätze und Lösungen zu finden.

2018 hat die A/V/E ihr 25. Firmenjubiläum gefeiert und sich dem Markt mit einer neuen Corporate Identity präsentiert. Dabei galt es nicht allein das Outfit zu ändern, viel mehr sich für die digitale Zukunft aufzustellen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Digitalisierung und die damit verbundenen Veränderungen für den Energiemarkt und deren Akteure setzen ein schnelles und flexibles Handeln in Strukturen, Leistungen und Technologien voraus. Das rückt vor allem neue und branchenfremde Marktteilnehmer, bspw. Start-ups oder Unternehmen aus der Technologie-Branche, in den Fokus, deren Agilität auf allen Ebenen gelebte Praxis ist. In Form von Kooperationen arbeiten Energieversorgungsunternehmen eng mit Wohnungswirtschaften zusammen (Mieterstromprojekte, Quartierskonzepte), kooperieren im Bereich der Elektromobilität mit IT- und Technologie-Unternehmen und Automobilkonzernen (Ladetechnik, Netzausbau, Speicherthematik), um die Energiewende umsetzen zu können.

Die Digitalisierung und damit die beginnende Revolutionierung des Zähl- und Messwesens hat 2018 auf A/V/E die stärkste Auswirkung gehabt. Die bereits getroffene Entscheidung, dass ohne eine konventionelle Zählwertbeschaffung das Geschäftsfeld Zählermanagement nicht mehr zum Leistungsspektrum der A/V/E gehört, wurde durch einen Verkauf realisiert. Mit der Paul Messdienste GmbH hat A/V/E einen Käufer gefunden, der zum 1. Dezember 2018 das gesamte Geschäftsfeld Zählermanagement übernommen, allen Mitarbeitern eine Beschäftigungssicherung garantiert und den Standort Halle (Saale) erhält. Für die Übernahme des Geschäftsfelds wurde dem Käufer eine Ausgleichszahlung gewährt sowie bis zum Jahr 2023 Garantiemengen einschließlich Preisbindung zugesagt. Im Zusammenhang mit der Übertragung des Geschäftsfelds zum 31. Dezember 2018 nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartende Verpflichtungen sind im Jahresabschluss 2018 abgebildet. Weitere Risiken aus der Übertragung sind derzeit nicht erkennbar.

In den anderen Geschäftsbereichen der A/V/E war eine vermehrte Nachfrage nach neuen Produkten und Dienstleistungen seitens Neukunden und vor allem Bestandskunden zu verzeichnen. Auch aus diesem Grund erhöhte sich der Personalbedarf in den operativen Bereichen. Die Arbeitsmarktlage in Halle (Saale) sowie die demographische Entwicklung beeinflussen die Personalakquise bei A/V/E. Den Personalbedarf zu decken, wird schwieriger.

Geschäftsentwicklung

Die A/V/E blickt auf ein wechselhaftes Jahr 2018 zurück, welches durch die Trennung vom Geschäftsfeld Zählermanagement geprägt war. Dies führte in 2018 zu einem negativen Jahresergebnis.

In der Kundenakquise konnten acht neue Kunden erfolgreich gewonnen werden, sowohl für einzelne Kampagnen aber auch mit längerfristigen Verträgen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage der A/V/E ist im Jahr 2018 teilweise durch die Auswirkungen des Teilbetriebsverkaufs des Zählermanagements geprägt. Im operativen Bereich stellt sich die Lage weiterhin stabil dar. Die Bilanzsumme der A/V/E erhöhte sich zum 31. Dezember 2018 gegenüber dem 31. Dezember 2017 um 6 % auf 7.764 T€.

Die Gesamtinvestitionen in das Anlagevermögen betragen 2018 insgesamt 447 T€ (im Vorjahr: 108 T€), wobei der wesentliche Teil auf die im Aufbau befindliche neue Telekommunikationsplattform entfällt.

Das Umlaufvermögen stieg stichtagsbezogen um 226 T€ auf 7.109 T€ (31. Dezember 2018: 6.884 T€). Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Zunahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung auf 603 T€ (31. Dezember 2018: 384 T€). Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind mit 6.500 T€ stichtagsbezogen auf dem gleichen Niveau wie zum Vorjahresbilanzstichtag (6.499 T€). Erstmals waren Forderungsausfälle (Insolvenz eines Drittkunden) in Höhe von 350 T€ zu verzeichnen. Auf Grund dieses Ereignisses wurden erstmalig Pauschalwertberichtigungen im Rahmen des Jahresabschlusses vorgenommen.

Das Eigenkapital verringerte sich um 1.604 T€ auf 1.754 T€ (31. Dezember 2017: 3.358 T€). Die Eigenkapitalquote sank infolge dessen stichtagsbedingt auf 23 % (31. Dezember 2017: 46 %).

Die Rückstellungen erhöhten sich stichtagsbezogen auf 4.961 T€ (31. Dezember 2017: 3.118 T€). Wesentliche Ursache des Anstiegs ist die Bildung einer Rückstellung für Verpflichtungen aus dem Teilbetriebsverkaufs des Zählermanagements in den kommenden fünf Jahren. Auf Grund einer abweichenden steuerlichen Behandlung dieser Rückstellung, wird für 2018 eine Ertragsteuerzahlung erwartet, folglich sind weiterhin Steuerrückstellungen vorhanden (413 T€). Die Pensionsrückstellungen sanken stichtagsbezogen um 30 T€.

Zum 31. Dezember 2018 lagen die Verbindlichkeiten mit 1.049 T€ um 196 T€ über dem Vorjahreswert von 853 T€. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sowohl im Bereich gegenüber verbundenen Unternehmen als auch gegenüber Dritten.

Die Gesellschaft finanzierte sich auch im Jahr 2018 vollständig aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Gleichwohl verfügt die A/V/E weiterhin über einen Cash-Managementvertrag mit der envia Mitteldeutsche Energie AG.

Der Jahresüberschuss 2017 in Höhe von 1.289 T€ wurde vollständig dem Gewinnvortrag zugeführt. Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2018 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2018 gewährleistet.

Der Umsatz ging im Jahr 2018 um 848 T€ (4 %) gegenüber dem Vorjahr zurück. Dieser Rückgang resultiert vorrangig aus geringeren Mengen im Bereich der verbundenen Unternehmen, sowie einem Drittkundenverlust durch Insolvenz. In der Marktrolle Lieferant wurden 68 % Umsatz generiert, auf die übrigen Markttrollen entfallen 32 %.

Im Bereich der betrieblichen Erträge ist ein Rückgang von 132 T€ gegenüber 2017 (520 T€) auf 389 T€ zu verzeichnen. Dieser Rückgang resultiert nahezu vollständig aus geringeren Auflösungen von Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Personalaufwendungen sanken um 668 T€ auf 14.070 T€ (Vorjahr: 14.738 T€). Diese Kostenverringerung resultiert im Wesentlichen aus dem Teilbetriebsverkauf des Zählermanagements sowie geringeren Kosten im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge.

Der Materialaufwand sank auch im Jahr 2018 im Bereich von Leiharbeits- und IT-Kosten. Dem gegenüber stiegen die Aufwendungen für Fremddablesung. Im Saldo ergibt sich ein Rückgang von 40 T€. Der Materialaufwand belief sich nach 3.085 T€ im Vorjahr nunmehr im Jahr 2018 auf 3.045 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Jahr 2018 stichtagsbezogen erheblich an. Von den 5.016 T€ (im Vorjahr 2.122 T€) entfallen 2.327 T€ auf die Rückstellungsbildung auf Grund des Teilbetriebsverkaufs und 371 T€ auf Einzel- und Pauschalwertberichtigungen im Forderungsbereich.

Das Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern und Zinsen) von -1.215 T€ (im Vorjahr: 1.909 T€) ist auf den Sondereffekt der Rückstellungsbildung für Verpflichtungen aus dem Teilbetriebsverkauf des Zählermanagements zurückzuführen.

Das Finanzergebnis sank um 29 T€ auf - 80 T€ (im Vorjahr: -51 T€).

Der Steueraufwand für das Jahr 2018 beläuft sich auf 309 T€. Dies bedeutet eine Reduzierung um 261 T€ gegenüber dem Vorjahr mit 570 T€.

Die A/V/E schloss das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresfehlbetrag von 1.604 T€ (im Vorjahr Jahresüberschuss von 1.289 T€) ab.

Leistungsindikatoren

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind für die A/V/E das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr -1.215 T€) und der Effizienzgrad (Auslastungsgrad).

Das Betriebsergebnis entspricht dem Jahresergebnis vor Steuern und Zinsen. Die Zielsetzung im Geschäftsjahr 2018, ein Betriebsergebnis von 329 T€ zu erreichen, wurde nicht erreicht. Wesentlich hierfür ist der Sondereffekt aus dem Teilbetriebsverkauf des Zählermanagements der negativen Ergebniswirkungen in den Folgejahren vorzieht. Die Übertragung dieses Teilbetriebs war im Planansatz für 2018 nicht enthalten. Unabhängig von diesem Einzelsachverhalt ist im Jahr 2018 ein positives operatives Ergebnis erzielt worden. Bereinigt um den Sondereffekt beträgt das Betriebsergebnis 1.112 T€ und liegt damit insbesondere aufgrund von geringeren Personalkosten über dem Planansatz.

Der Effizienzgrad ist eine wesentliche Kennzahl, mit der eine Aussage zum Personaleinsatz und zur Prozesseffizienz getroffen wird. Sie gibt dem Grunde nach das Verhältnis verschiedener gemessener und kalkulatorischer Zeiten an. Diese Kennzahl konnte 2018 um 2,2 Prozentpunkte auf 83,6 % gesteigert werden. Demzufolge wurde das Ziel, den Effizienzgrad auf Vorjahresniveau zu halten, übertroffen.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für A/V/E gelten die Bestimmungen des rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Die Dienstleistungen des Unternehmens wurden im Rahmen der Kontentrennung den Bereichen der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors und der anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie dem Bereich der Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors zugeordnet. Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden der Bundesnetzagentur vorgelegt.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Chancen und Risiken

Chancen und Risiken bestehen auch zukünftig in der Neukundengewinnung und in der Bestandskundenentwicklung. Diese werden bei A/V/E über ein gesondertes Chancen- und Risikomanagementsystem quartalsweise erfasst und verfolgt.

Bereits in der Angebotskalkulation wird jedes Angebot hinsichtlich Chancen und Risiken analysiert und bewertet. Besonderes Augenmerk liegt hier auf den zu vereinbarenden anspruchsvollen Service Level Agreements und dem Datenschutz.

Mögliche Risiken fließen bereits in den Planungsprozess ein, so dass diese keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung haben. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken für die Gesellschaft sind derzeit nicht erkennbar.

Die Beschaffung von qualifizierten Personal gewinnt als Risiko immer mehr an Bedeutung. Auf Grund der allgemeinen Arbeitsmarktlage und demografischen Entwicklung wird es Zusehens schwerer Personal zu akquirieren. Dem begegnet die A/V/E mit der Weiterentwicklung des Beschaffungskonzepts sowie Maßnahmen zum effektiven Halten von Bestandspersonal.

Als Chance sieht A/V/E auch zukünftig die Weiter- und Neuentwicklung von etablierten Prozessprodukten zu maßgeschneiderten Lösungen sowie in der erfahrungsbasierten Know-How-Sicherung für und bei unseren Kunden. Weiterhin bietet auch der weiter fortschreitende Ausbau von non-commodity-Produkten der Energieversorger und die sich damit ergebenden neuen Produkte Chancen für die A/V/E. Zudem werden neue Geschäftsfelder erschlossen, so übernimmt die Gesellschaft im Jahr 2019 Service-Desk-Aufgaben für die enviaM-Gruppe.

Strategie

Mit der Unternehmensstrategie richtet sich A/V/E in einem sich ändernden Umfeld auf Profitabilität und langfristige Wertsteigerung aus. Dabei ist die strategische Zielsetzung klar definiert: Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, Kundenzufriedenheit und sichere Arbeitsplätze für die Mitarbeiter.

Dafür stellt sich A/V/E in der digitalen Welt neu auf und nutzt die Chancen am Markt, sich vom klassischen Prozessdienstleister zum Service- und Supportspezialisten für die Digitalisierung in der Energiebranche zu entwickeln. Die aktuelle Marktentwicklung zeigt, dass Self-Services für die Abwicklung von Kundenprozessen weiter zu nimmt. Klassische Massenprozesse in der Kundenkommunikation werden durch intelligente Lösungen nach und nach ergänzt.

A/V/E findet genau dort ihr Leistungsspektrum, wo automatisierte Prozesse an ihre Grenzen kommen. Fragen und Probleme die entstehen wollen die Kunden beantwortet und gelöst haben. Die kundenorientierten A/V/E-Mitarbeiter mit technischem Know-how und logischem Sachverstand bieten hier den richtigen Support für alle Online-Portale und –Services.

Aussichten

Für das Geschäftsjahr 2019 weist die Mittelfristplanung ein Betriebsergebnis von 372 T€ aus. Der Effizienzgrad soll mindestens auf dem Niveau von 2018 gehalten werden.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Postanschrift: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltsreinigung in Gebäuden der Stadt Halle (Saale) und Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Muric, Antje

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	4	4	6	7	-4	-100
Umlaufvermögen	74	100	91	96	84	93	-17	-19

Bilanzsumme	74	100	95	100	90	100	-21	-22
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25	34	25	26	25	28	0	0
Rückstellungen	26	35	28	29	25	28	-2	-7
Verbindlichkeiten	23	32	42	45	40	44	-19	-45

Bilanzsumme	74	100	95	100	90	100	-21	-22
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	661	683	631
sonstige betriebliche Erträge	1	0	0
Materialaufwand	18	16	16
Personalaufwand	580	590	554
Abschreibungen	2	2	2
sonstige betriebliche Aufwendungen	68	61	60
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-6	14	-1
sonstige Steuern	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahmen	6	0	1
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	14	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,85	2,06	-0,14	%
Eigenkapitalrentabilität:	-22,45	56,41	-3,64	%
Cash-Flow:	-3	16	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	29	30	26	T€
Personalaufwandsquote:	87,48	86,32	87,76	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	3,93	6,78	%
Eigenkapitalquote:	33,99	26,34	27,88	%
Fremdkapitalquote:	66,01	73,66	72,12	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Cives Dienste GmbH fungierte im Geschäftsjahr 2018 am Markt als Dienstleister in den Bereichen der Gebäudereinigung sowie im Bereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen innerhalb der Stadt Halle (Saale).

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Beide Unternehmen werden in den Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die Cives Dienste GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Auch im Geschäftsjahr 2018 waren die beiden Geschäftsfelder Gebäudereinigung und Entsorgung unternehmensbestimmend.

Hauptaugenmerk im Bereich der Gebäudereinigung war die fach- und fristgerechte sowie zuverlässige und hygienische Unterhaltsreinigung in diversen Gebäuden der Stadt Halle (Saale).

Im Bereich der Entsorgungstätigkeit wurde die Gesellschaft mit der Behälterentsorgung für Leichtverpackungen (LVP) beauftragt. Die Gesellschaft strebt eine langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Beide Dienstleistungen wurden ausschließlich gegenüber der Muttergesellschaft erbracht.

1.2. Ziele und Strategien

Der Geschäftsbereich Gebäudereinigung geht zum 1. Januar des Geschäftsjahres 2019 auf die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) über.

Perspektivisch gilt es für die Cives Dienste GmbH, den Geschäftsbereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen stabil zu gestalten. Diese Dienstleistung wird gegenüber der Muttergesellschaft, der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, mit dem Anspruch eines hohen Qualitätsniveaus erbracht.

In den Unternehmen der SWH-Gruppe entsteht regelmäßig Bedarf für zeitlich befristete Leistungen, die von Mitarbeitern mit einer hohen fachlichen gewerblichen Qualifikation erbracht werden müssen. Diese Bedarfe bestehen regelmäßig nicht ganzjährig, sondern z. T. wesentlich kürzer und unterschreiten das Zeitvolumen einer ganzen Stelle mitunter deutlich. Vor diesem Hintergrund soll der Geschäftsbereich Entsorgung sukzessive weiterentwickelt werden. MitarbeiterInnen des Bereiches Entsorgung sollen durch gezielte Aus- und Weiterbildungen befähigt werden, zeitweise in anderen Unternehmen Leistungen zu übernehmen. Die Flexibilität und Reaktionsfähigkeit in den Unternehmen kann dadurch erhöht und externe Leiharbeit gemindert werden. Für die Mitarbeiter kann die Arbeitstätigkeit abwechslungsreicher gestaltet werden, was sich positiv auf die Mitarbeiterzufriedenheit und -bindung auswirken kann.

Zudem kommen ab 1. Januar 2019 neue Aufgaben im Rahmen der Implementierung des neuen Geschäftsbereiches „Ausbildungspool“ hinzu.

Gegenstand des Ausbildungspools ist die Vorbereitung von Schülern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aufgrund besonderer Umstände nur geringe Aussichten auf die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung haben, auf die Anforderungen eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes. Dabei können die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe zum Teil reguläre Ausbildungsstellen mit Teilnehmern des „Ausbildungspool.Halle“ besetzen. Zusätzlich soll der „Ausbildungspool.Halle“ für Klein- und Kleinstunternehmen aus und in Halle geöffnet werden. Ziel dieser Öffnung ist es, diesen Unternehmen, die vielfach auch Partner der SWH-Gruppe sind, ein Ausbildungsengagement zu ermöglichen. Schwerpunkt bleiben dabei die Unternehmen der SWH-Gruppe. Des Weiteren wird im Rahmen des „Ausbildungspool.Halle“ eine netzwerkorientierte Zusammenarbeit zwischen den Schulen, Handwerks- und Handelskammern, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Migrationsprojekten, den Klein- und Kleinstunternehmen, der SWH-Gruppe und der Stadt angestrebt.

Parallel setzt die Cives Dienste GmbH bei der Ausführung kaufmännischer und verwaltungstechnischer Aufgaben auf die vertragliche Vergabe im Konzernverbund.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Cives Dienste GmbH ist zukünftig in die Struktureinheiten Entsorgung, Ausbildungspool und Geschäftsführung gegliedert.

Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen und verwaltungstechnischen Leistungen an die Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer monatlichen Überprüfung unterzogen, um somit zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2018 keine Änderungen im Bereich der Organisationsstruktur vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Leistungskapazität der Gesellschaft war durch die vorhandenen Verträge mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zur Erbringung von Reinigungsleistungen und Entsorgungsleistungen für Leichtverpackungen fixiert. Eine Akquise von zusätzlichen Aufträgen war auf operativer Leistungsebene mit den derzeitigen Leistungskapazitäten nicht realisierbar.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch die in der Vergangenheit erfolgreiche Teilnahme der Muttergesellschaft an der Leistungsvergabe der Dienstleistungen Gebäudereinigung und Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen im Auftrag der Stadt Halle (Saale) sieht sich die Gesellschaft in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt. Die Vergabeergebnisse zeigen die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale). Dennoch wird zum Geschäftsjahr 2019 das Geschäftsfeld der Gebäudereinigung im Rahmen konzernpolitischer Entscheidungen auf das Konzernunternehmen der Servicegesellschaft Saale (SGS) übertragen.

Die Marktbedingungen der Cives Dienste GmbH sind im Rahmen der operativen Leistungserbringung stabil. Dennoch kann nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang sichern. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen.

Mit der Weiterentwicklung im Bereich Entsorgung und der Implementierung des Geschäftsbereiches Ausbildungspool will die Cives Dienste GmbH als Teil der Stadtwerke Halle-Gruppe dazu beitragen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Besondere politische und rechtliche Entwicklungen im Rahmen des Wirkens der Gesellschaft sind nicht bekannt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Die Gesellschaft strebt die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Im Bereich der Gebäudereinigung blickt die Gesellschaft auf ein konstantes Geschäftsjahr zurück. Der vertraglich vereinbarte Reinigungsumfang konnte nahezu ausschließlich durch Arbeitnehmer der Cives Dienste GmbH realisiert werden. Durch die Rücknahme der Leistungsreduzierungen in den zu reinigenden Objekten durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH mit Beginn des zweiten Quartals, wurden die vorhandenen Leistungskapazitäten wieder optimal ausgenutzt.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden somit nicht getätigt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 21 Beschäftigten zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen. Zum Stichtag 31. Dezember 2018 waren in der Cives Dienste GmbH 18,5 Vollbeschäftigteneinheiten beschäftigt. Dabei befinden sich neun KrAFFfahrer und Lader sowie ein Einsatzleiter in einem Arbeitsverhältnis von vierzig Stunden pro Woche. Im Bereich der Gebäudereinigung gilt für die zehn Reinigerinnen und Reiniger eine wöchentliche Beschäftigung von 30 Stunden sowie für den Objektleiter eine wöchentliche Beschäftigung von 40 Stunden.

Das Geschäftsjahr 2018 war im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen von einem überdurchschnittlichen Krankenstand geprägt. Aus diesem Grund sah die Gesellschaft sich gezwungen, zum Ende des Geschäftsjahres auf den temporären Einsatz von Leiharbeitskräften zurückzugreifen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH erfolgte im Geschäftsjahr 2018 die Rücknahme der getesteten Leistungsreduzierung im Bereich der Reinigungsintervalle der Sommermonate. Dies führte zu einer Mehrleistung im Rahmen der Leistungserbringung (2017: 292.997 m²; 2018: 308.687 m²; Abw. +15.690 m²). Monetär bewertet konnte die Gesellschaft im Bereich der Gebäudereinigung Umsatzerlöse von 292,1 TEUR generieren. Hierbei wurden 265,1 TEUR aus der Erbringung von Reinigungsdienstleistungen und 27,0 TEUR im Rahmen der Erbringung von Objektleitertätigkeiten realisiert (2017: gesamt 272,3 TEUR; Abw. 19,8 TEUR).

Im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen für Leichtverpackungen ist ein signifikanter Rückgang der Umsatzerlöse in Höhe von 42,6 TEUR (2017: 411,3 TEUR; 2018: 368,7 TEUR) zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Arbeitsleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen auf eine Gesamtleistung von 15.017 Arbeitsstunden. Dies entspricht einem Rückgang von 2.213 Arbeitsstunden. Begründet ist dies durch signifikanten Anstieg an krankheitsbedingten Ausfällen im Bereich Entsorgung (ohne Langzeitranke; 2017: 6,46 %; 2018: 16,91 %) bei einem identischen Personalbestand von 11,7 VBE.

Der Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Anstieg auf 18,1 TEUR (2017: 16,2 TEUR). Hier stehen den geringeren Aufwendungen für Reinigungsmaterial höhere Aufwendungen für Leihpersonal gegenüber. Dies war aufgrund der krankheitsbedingten Ausfälle im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen notwendig.

Der Personalaufwand sank von 590,1 TEUR im Geschäftsjahr 2017 auf 579,5 TEUR im Geschäftsjahr 2018. Dies entspricht einem Rückgang von -10,6 TEUR. Begründet ist dies durch höhere Rückerstattungen der Arbeitgeberaufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen auf Grund erhöhter Ausfallzeiten der Arbeitnehmer (2017: 18,1 TEUR; 2018: 37,4 TEUR; Abw. +19,3 TEUR). Im Gegensatz dazu führten die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zum neuen Dienstleistungstarifvertrag zu erhöhten Lohnaufwendungen.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein Kostenanstieg von 6,9 TEUR auf einen Wert in Höhe von 67,5 TEUR im Geschäftsjahr 2018 zu verzeichnen. Die Hauptkostenfaktoren im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen aus Aufwendungen für Shared-Service-Leistungen, für den Versicherungsschutz der Gesellschaft sowie für Beratungsleistungen im Rahmen der stattgefundenen Betriebsprüfung.

Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in einem Ergebnis vor Verlustausgleich in Höhe von -5,6 TEUR. Damit wird das geplante Jahresergebnis in Höhe von 10,2 TEUR um 15,8 TEUR unterschritten.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 25,0 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 25,3 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (8,5 TEUR; Vorjahr 10,7 TEUR), Personalrückstellungen (12,1 TEUR, Vorjahr 12,1 TEUR), Rückstellungen für die Schwerbehindertenabgabe (1,5 TEUR; Vorjahr 1,5 TEUR), Rückstellungen für die Anwartschaft auf Dienstjubiläen (2,9 TEUR, Vorjahr 2,8 TEUR) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe (0,3 TEUR; Vorjahr 0,6 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (14,0 TEUR, Vorjahr 0,5 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (6,0 TEUR, Vorjahr 38,3 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (3,1 TEUR, Vorjahr 3,4 TEUR) zusammen.

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2018 wurden keine Investitionen vorgenommen.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr unter Einhaltung der internen Cash-Pool-Kreditlinie gegeben.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2018 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2018 in TEUR	31.12.2017 in TEUR	Veränderung in TEUR
Anlagevermögen	0,0	3,7	-3,7
Langfristig gebundenes Vermögen	0,0	3,7	-3,7
Forderungen aus LuL	0,0	3,7	-3,7
Forderung verb. Unternehmen (LuL)	38,8	87,4	-48,6
Forderung verb. Unternehmen (EAV)	5,6	0,0	+5,6
Forderung verb. Unternehmen (CP)	27,0	0,0	+27,0
sonstige Vermögensgegenstände	2,1	0,1	+2,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	73,5	91,2	-17,7
Gesamtvermögen	73,5	94,9	-21,4
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
Langfristiges Kapital	25,0	25,0	0,0
Rückstellungen	25,3	27,7	-2,4
Verbindlichkeiten aus LuL	14,0	0,5	+13,5
Verbindlichk. verb. Unternehmen (LuL)	6,1	8,5	-2,4
Verbindlichk. verb. Unternehmen (EAV)	0,0	14,1	-14,1
Verbindlichk. verb. Unternehmen (CP)	0,0	15,7	-15,7
übrige Verbindlichkeiten	3,1	3,4	-0,3
Kurzfristiges Kapital	48,5	69,9	-21,4
Gesamtkapital	73,5	94,9	-21,4

Bei der Analyse der Bilanz verzeichnet die Gesellschaft auf der Aktivseite eine Reduzierung der Bilanzsumme um -21,4 TEUR. Im Bereich des Anlagevermögens führten die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sowie die finale Aussonderung des Betriebsvermögens zum 31. Dezember 2018 zu einer Minderung des langfristig gebundenen Vermögens in Höhe von -3,7 TEUR. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen gegen verbundene Unternehmen geprägt. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung des Bilanzwertes um -16,0 TEUR zu verzeichnen. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 73,5 TEUR (Vorjahr 94,9 TEUR).

Auf der Passivseite der Bilanz ist zunächst von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage (25,0 TEUR) zu berichten. Die Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 zeigen eine Minderung von -2,4 TEUR zum Vorjahreswert in Höhe von 27,7 TEUR. Offene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Verbundbereich resultieren aus dem Leistungsausgleich mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH sowie der Personalbetreuung durch die Stadtwerke Halle GmbH. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 6,1 TEUR aus. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung in Höhe von 2,4 TEUR dar.

Des Weiteren weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten in Höhe von 14,0 TEUR (Vorjahr 0,5 TEUR), welche nahezu vollumfänglich durch offene Verbindlichkeiten im Rahmen der Gestellung von Leiharbeitnehmern des Leistungsmonats Dezember begründet sind, aus.

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr von 94,9 TEUR auf 73,5 TEUR in dieser Berichtsperiode gesunken.

4.4. Gesamtaussage

Die Gesellschaft konnte im Vergleich zum Vorjahr ihr Ergebnis vor Gewinnabführung an ihre Gesellschafterin nicht bestätigen bzw. verbessern. Insbesondere die signifikanten krankheitsbedingten Ausfälle im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen belasteten die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 stark.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Gewinnabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Die Abhängigkeit vom Gesellschafter in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen muss generell als Risiko angesehen werden. Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente, insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten, ausgesetzt.

Der wirtschaftliche Markt, auf dem sich die Gesellschaft bewegt, unterliegt einer enormen Konkurrenz. Ein Ausbau der Leistungsfähigkeit über die Beauftragung der Muttergesellschaft, der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, hinaus ist nicht realisierbar. Aus diesem Grund bestehen aus derzeitiger Sicht keine kurz- und mittelfristigen Chancen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses.

5.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2019 plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen in Höhe von 587,4 TEUR. Aufgrund der gegebenen und der noch abzuschließenden Dienstleistungsverträge im Rahmen der betrieblichen Leistungserbringung können 442,2 TEUR dem Bereich der Entsorgungsdienstleistung im Rahmen der LVP-Sammlung und 32,2 TEUR der Arbeitnehmerüberlassung von Kraftfahrern und Ladem zugeordnet werden. Durch einen sukzessiven Aufbau des Geschäftsfeldes konzerninterner Arbeitnehmerüberlassung in den Geschäftsjahren 2019 bis 2021 plant die Gesellschaft mit steigenden Umsatzerlösen. Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches aus Entsorgungsdienstleistungen und Arbeitnehmerüberlassung betragen im Geschäftsjahr 2020 kumuliert 612,8 TEUR und steigen bis zum Geschäftsjahr 2023 auf 728,9 TEUR.

Des Weiteren plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen im Geschäftsbereich Ausbildungspool in Höhe von 113,0 TEUR für das Geschäftsjahr 2019. Unter der Prämisse eines gleichbleibenden Leistungsumfanges für den Mittelfristzeitraum entwickeln sich die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches nahezu konstant. Die Entwicklung der Umsatzerlöse berücksichtigt die allgemeinen inflationären Preisentwicklungen und weist im Geschäftsjahr 2023 einen Wert von 120,3 TEUR aus.

Der Geschäftsbereich Gebäudereinigung geht zum 1. Januar des Geschäftsjahres 2019 auf die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) über. Demzufolge werden aus der Gebäudereinigung im Jahr 2019 keine Umsatzerlöse mehr erzielt werden.

6.2. Investitionen

Gep plante Investitionen bestehen ausschließlich in der Beschaffung von EDV-Hard- und Software. Der Investitionsbedarf der Gesellschaft beläuft sich im Geschäftsjahr 2019 auf 3,0 TEUR. In den Folgejahren plant die Gesellschaft mit einer jährlichen Investitionssumme von 3,0 TEUR für EDV-Hardware.

6.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können aufgrund der guten Liquidität aus eigenen Mittel abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2019 soll der Cives Dienste GmbH ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 4,9 TEUR bringen. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

Container Terminal Halle (Saale) GmbH¹⁾

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben des Containerterminals und der Hafenanlagen in Halle-Trotha einschließlich aller damit zusammenhängenden Nebenleistungen, die Organisation von Zugverkehren sowie die Durchführung von Gütertransporten im Vor- und Nachlauf des kombinierten Verkehrs im Einzugsbereich der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist in der Standortsicherung und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Zurverfügungstellung von Infrastruktureinrichtungen zu sehen. Eingebunden in den Betrieb der Hafenanlagen und an die Straße stellt der Betrieb des Containerterminals die trimodale Schnittstelle der Transportwege Wasserstraße, Schiene und Straße dar.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Haschke, Andreas
Winkler, Torsten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2017 (vorher: Saalebus GmbH)

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	354	7	1.756	41	0	0	-1.402	-80
Umlaufvermögen	5.110	93	2.507	59	97	100	2.603	104
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	14	0	0	0	-9	-64

Bilanzsumme	5.469	100	4.277	100	97	100	1.192	28
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	290	5	290	7	90	93	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	36	1	68	1	0	0	-32	-47
Rückstellungen	292	5	168	4	7	7	124	74
Verbindlichkeiten	4.851	89	3.751	88	0	0	1.100	29

Bilanzsumme	5.469	100	4.277	100	97	100	1.192	28
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	14.622	6.481	0
sonstige betriebliche Erträge	266	97	0
Materialaufwand	10.078	4.420	0
Personalaufwand	2.359	1.037	0
Abschreibungen	1.559	114	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.615	1.141	9
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	42	19	0
Ergebnis nach Steuern	-1.765	-153	-9
sonstige Steuern	26	10	0
Erträge aus Verlustübernahmen	1.791	163	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	-9

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-12,25	-2,52		%
Eigenkapitalrentabilität:	-617,85	-56,32	-8,70	%
Cash-Flow:	-232	-49	-9	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	229	106		T€
Personalaufwandsquote:	15,84	15,76		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,57	39,50		%
Eigenkapitalquote:	5,30	6,78	92,97	%
Fremdkapitalquote:	94,70	93,22	7,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Containerumschlag	66.696	37.230	---	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.286.327	702.860	---	t
Hafenbahn	508.215	273.427	---	t
Straßengüterverkehr	778.112	429.433	---	t

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Entwicklung des Aufwands
- 7.3. Investitionen
- 7.4. Finanzierung
- 7.5. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

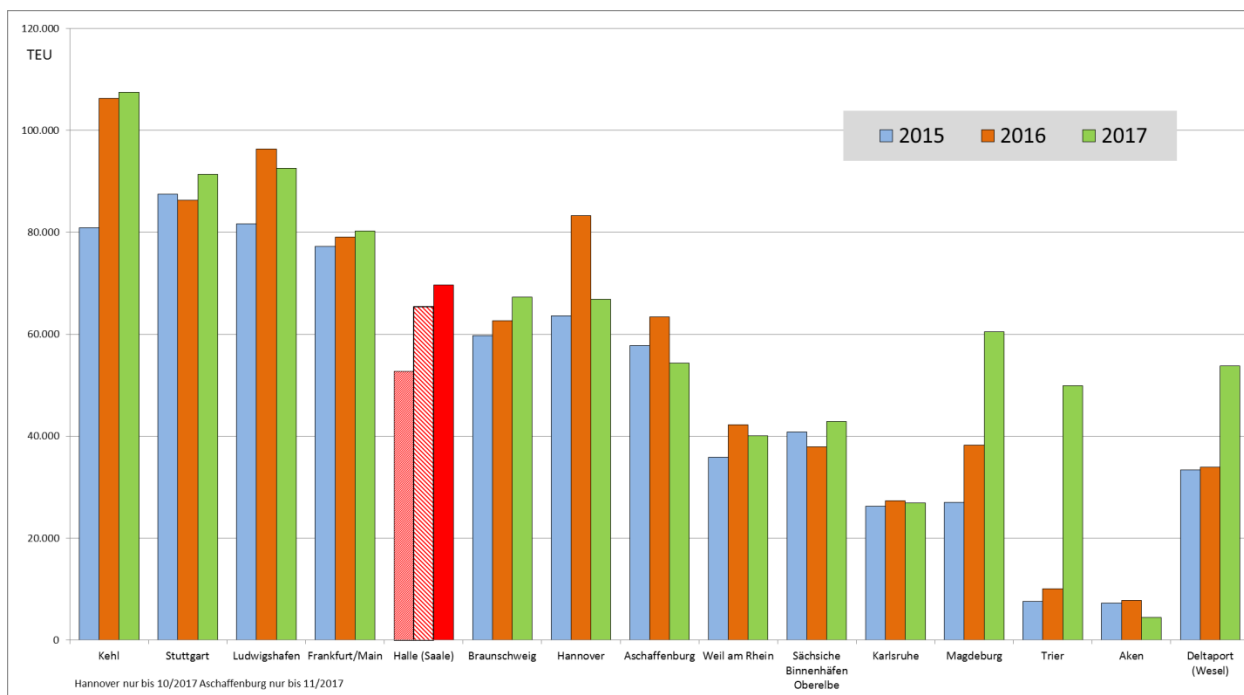
Am 30. Januar 2018 erfolgte rückwirkend zum 1. Juli 2017 die Abspaltung des Teilbetriebs Logistik der Hafen Halle GmbH (HFH) auf die Container Terminal Halle (Saale) GmbH (CTHS). Neben der Übernahme des mobilen Anlagevermögens wurden im Rahmen eines Betriebsübergangs auch sämtliche Beschäftigte der HFH durch die CTHS übernommen.

Mit handelsrechtlicher Eintragung am 23. Februar 2018 erfolgte rückwirkend zum 1. Juli 2017 die Verschmelzung des immobilien Anlagevermögens der HFH auf die Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

Wie zuvor die HFH ist auch die CTHS ein 100%iges Tochterunternehmen der SWH.

Die SWH hat mit der CTHS einen erstmals zum 31. Dezember 2038 kündbaren Pachtvertrag über die Nutzung der Liegenschaften (immobilien Anlagevermögen) abgeschlossen.

Die CTHS ist als Infrastrukturbetreiber und Dienstleister in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr tätig. Der Fokus unseres Leistungsangebotes liegt auf den landseitigen Verkehrsträgern Schiene und Straße. Neben dem Umschlag von Schütt-, Stück- und Flüssiggütern liegt der Tätigkeitsschwerpunkt auf der Abwicklung Kombierter Verkehre (KV) im Seehafen-Hinterland-Verkehr. Seit den ersten regelmäßigen Containerzügen im Jahr 2004 zwischen den deutschen Überseehäfen Hamburg und Bremerhaven und Halle ist das Aufkommen fast stetig gewachsen. Heute ist die CTHS das größte öffentliche Container-Terminal im Land Sachsen-Anhalt und nimmt bei den deutschen Binnenhäfen mit einem Umschlagsvolumen von bis zu 100.000 TEU (Twenty-foot Equivalent unit) einen vorderen Platz ein.



Grafik 1: Container-Umschlag Binnenhäfen bis 100.000 TEU (Twenty Feet Equivalent Unit), Jahre 2015 bis 2017

Neben den genannten Leistungsbereichen vermietet und verpachtet die Gesellschaft auch Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen und erbringt damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen.

Mit dem über 9 km langen Gleisnetz ist die CTHS gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz (AEG) auch Serviceeinrichtung. Damit bieten wir – in Verbindung mit unserem direkten Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG – für jeden Zugangsberechtigten einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen an.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich intern in die sechs Bereiche

- Containerumschlag,
- Dispositive Leistungen,
- Bahnleistungen,
- Infrastruktur und Ansiedlungen,
- Schiffsverkehr sowie
- Dienstleistungen.

Das Leistungsbild **Containerumschlag** umfasst das Handling und die Depotverwaltung von standardisierten See-Containern über das CTHS im Kombinierten Verkehr Schiene-Straße und umgekehrt.

Der wesentliche Leistungsinhalt der **Dispositiven Leistungen** ist die Organisation von komplexen Transportketten im Kombinierten Verkehr zwischen Überseehafen und Kunde. Hierbei werden Leistungen Dritter im Zug- und Lkw-Verkehr in Anspruch genommen. Im Lkw-Nach- und -Vorlauf zwischen CTHS und Kunden kommen partiell auch eigene Lkw zum Einsatz.

Unter den **Bahnleistungen** werden der Betrieb der Gleisinfrastruktur einschließlich Nebenanlagen und die Erbringung sämtlicher bahnseitiger Dienstleistungen abgebildet. Hierzu zählen u. a. die Erbringung von Zugleistungen/Traktionen, Rangierleistungen, Vermietung von Triebfahrzeugen und Personalen.

Die Leistungsbilder im Bereich **Infrastruktur und Ansiedlungen** umfassen – neben der Unterhaltung der Infrastrukturen – die Vermietung und Verpachtung von Flächen und Büros, den Verkauf von Dieselmotorkraftstoff an gewerbliche Dritte (Straßen- und Bahn-Fahrzeuge) sowie Umschlagsleistungen (z. B. Verwiegung von Straßenfahrzeugen Dritter, Verwiegung von Übersee-Containern gem. SOLAS-Richtlinie (International Convention for the Safety of Life at Sea) der Vereinten Nationen).

Der **Schiffsverkehr** umfasst sämtliche schiffsbezogene Infrastruktur. Das Leistungsbild beinhaltet im Wesentlichen die Unterhaltung der vorgenannten Strukturen sowie den Umschlag von Schiffsgütern. Aufgrund der unwirtschaftlichen Schifffahrtsbedingungen auf der Saale sind in den letzten Jahren hier kaum Leistungen erbracht worden.

Die neue Sparte **Dienstleistungen** beinhaltet vertraglich fixierte Leistungen, welche die Gesellschaft für die Stadtwerke Halle GmbH für den Bereich der Unternehmensentwicklung der Muttergesellschaft erbringt.

1.2. Ziele und Strategien

Mit Beginn des Jahres wurden die Zahl der Rundläufe (Hamburg-CTHS-Hamburg) auf regelmäßig fünf je Woche erhöht. Durch ein flexibles operatives Planungssystem konnte dabei in kurzem Zeitvorlauf weitestgehend auf Marktschwankungen reagiert werden.

In dem am 3. August 2016 durch das Bundeskabinett beschlossenen Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) wurde die Vollendung des Saaleausbaus mit dem „Bau eines Saalekanals bei Tornitz“ als Maßnahme des „Weiteren Bedarfs“ eingeordnet. Ungeachtet der späteren möglichen Umsetzbarkeit dieses Infrastrukturprojektes ist der wichtigste Punkt, die Saale als Bundeswasserstraße zu erhalten, untermauert worden. In den Folgejahren muss deshalb versucht werden, den Beweis zu erbringen, dass die Saale als Transportträger in der Lage ist, Güter-Schiffsverkehre aufzunehmen. Die praktische Erprobung und die Unterstützung der Wiederherstellung des Zustandes des Transportträgers Saale vor den Hochwassern der vergangenen Jahre werden dabei im Vordergrund stehen.

1.3. Steuerung

Die Organisationsstruktur des Unternehmens ist vergleichsweise flach gehalten. Neben der Geschäftsführung und der direkt angebundenen Hafenleitung ist das Unternehmen in die Bereiche Logistik und kaufmännische Verwaltung unterteilt. Der Bereich Logistik, dem etwa 90 % der Mitarbeiter zuzuordnen sind, umfasst die gesamten Tätigkeiten für **Containerumschlag**, **Dispositive Leistungen** (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie **Bahnleistungen**. Wesentliche Zielstellung bleibt es, die Prozesse weiter zu beschleunigen und bei höherer Auslastung Effizienzpotenziale zu heben. Die Planungen zur Unternehmensentwicklung (jährlicher Wirtschaftsplan, Mittelfristplanung für vier Folgejahre), monatliche Berichterstattung, das Controlling sowie das Risikomanagement erfolgen nach den vom Gesellschafter vorgegebenen Parametern und werden im Wesentlichen durch die Hafenleitung und den kaufmännischen Bereich realisiert. Die Buchhaltung erfolgt vertraglich gebunden im verbundenen Unternehmen Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Das deutlich höhere Abrechnungsvolumen konnte mit einer konstant gehaltenen Zahl von Mitarbeitern bislang noch bewältigt werden. Effizienzeffekte sollen zukünftig beispielsweise durch die Automatisierung der Prozesse der Rechnungsbearbeitung angestrebt werden. Dazu soll insbesondere auf Erfahrungen laufender Projekte der Konzernschwestern zurückgegriffen werden.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Bezüglich der Umstrukturierung der Gesellschaft wird auf Kapitel 1.1.1. verwiesen.

Das Geschäftsjahr 2018 war durch zahlreiche personelle Veränderungen innerhalb der Gesellschaft geprägt. Diese waren zum einen durch Beendigung von Arbeitsverhältnissen durch Mitarbeiter und deren notwendigen Ersatz, zum anderen durch Neueinstellungen entsprechend dem erhöhten Leistungsumfang in den operativen Betriebssparten erforderlich. Die Beschaffung qualifizierten Personals stellt sich zunehmend als schwierig dar, da sich die angespannte Situation am regionalen Arbeitsmarkt weiter verschärft hat. Insbesondere im Bereich qualifizierter Fahrpersonale für Straßen- und Schienenfahrzeuge sind am Markt keine Kapazitäten vorhanden. Dieses Problem verschärft sich durch eine hohe Wechselbereitschaft der Personale innerhalb der schon angespannten Situation.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Mit der Positionierung der Gesellschaft als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs (KV) in Mitteldeutschland ist es gelungen, international agierende Logistiker für eine Abwicklung ihrer Leistungen über das CTHS zu interessieren.

Die Anfang Dezember 2017 erfolgte Aufnahme von regelmäßigen Zugverkehren zwischen Rostock und dem CTHS mit zwei Halb-Zügen je Woche und Richtung hat sich erfolgreich etabliert.

Nach zweijähriger Unterbrechung wurden die kontinentalen KV-Verkehre mit Italien wieder aufgenommen.

Deutlich zugenommen haben die Leistungen der Sparte Bahnleistungen für das am Standort befindliche Bioölwerk.

In der 2. Jahreshälfte 2018 ist es gelungen, eine namhafte Reederei-Allianz zur Einrichtung eines Containerdepots am Standort zu gewinnen.

Trotz dieser erfreulichen Geschäftsentwicklungen konnten die durch die Beendigung der Geschäftsbeziehungen mit einem langjährigen Zugbetreiber entfallenen Mengen- und Umsatzanteile nur teilweise kompensiert werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Auch zum Jahresende 2018 zeigte sich weiter eine angespannte Situation im Welthandel. Zu den Verunsicherungen haben insbesondere der Protektionismus der USA und Chinas beigetragen. Dies spiegelt sich auch in der Außenhandelsbilanz Deutschlands wider. Während in den ersten acht Monaten 2018 eine Steigerung zum Vorjahr (kalender- und saisonbereinigt) von 18,0 % zu verzeichnen war, lag diese in den Monaten September bis November 2018 nur noch bei 3,6 %. Trotz der in 2018 im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Treibstoffkosten drängte der Straßentransport weiterhin intensiv in den Markt des Kombinierten Verkehrs.

Mit der Marke CTHS und der Qualität unserer Leistungen konnte die Gesellschaft auch im Berichtszeitraum ihre Marktposition im Kombinierten Verkehr (KV) weiter behaupten und ausbauen. Neben vertraglich gebundenen Großkunden haben wir zwischenzeitlich stabile geschäftliche Kontakte zu auch international tätigen Kunden des produzierenden Gewerbes, der Logistikbranche und auch Überseereedereien. Daneben sichert die Umschlagmöglichkeit von Containern über das öffentliche Terminal zahlreichen kleineren und mittleren Lkw-Transportunternehmen aus der Region ein kontinuierliches Arbeitsaufkommen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben im Geschäftsjahr 2018 keine für die Leistungserbringung durch die Gesellschaft relevanten Änderungen erfahren.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs und Dienstleister im Logistikbereich ist die Gesellschaft in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Daraus ergibt sich das Erfordernis, die von uns angebotenen Leistungen in einem besonders hohen Maß an Qualität und Zuverlässigkeit zu erbringen. Neben der Akquisition von Neukunden und deren langfristiger Bindung ist auch ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik für die Steigerung des Unternehmenserfolgs von großer Bedeutung.

So übernimmt die Gesellschaft neben den Umschlagleistungen im Terminal auch die Organisation komplexer Transportketten Überseehafen-Kunde und umgekehrt (Dispositive Leistungen). In den Bereichen **Containerumschlag** und **Dispositive Leistungen** erreichte die CTHS im Jahr 2018 einen Umsatz von 13.040 T€.

Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandsposten betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und Lkw-Verkehren durch Dritte). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für Mieten, Reparatur- und Instandhaltungskosten, Kosten für Beratungsleistungen sowie Versicherungskosten zu nennen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Innovationsdruck innerhalb der Logistikbranche ist im vergangenen Zeitraum stark angestiegen. Dies liegt einerseits an der Notwendigkeit, Prozesse aufgrund des steigenden Kostendruckes effizienter zu gestalten. Andererseits geht von innovationstreibenden Wettbewerbern als auch Technologieunternehmen ein enormer Innovationsdruck aus. Innovationen aus den Bereichen der Automatisierung, Autonomisierung und Digitalisierung von Infrastrukturen umzusetzen, verlangt sowohl ein hohes Maß an Planungs- und Finanzierungssicherheit als auch ein (inter-)nationales Regelwerk zu deren gesetzeskonformem Einsatz. Gleichermaßen werden aber Prozesse im Rahmen der Effizienzsteigerung stets auch im Rahmen sinnvoller Digitalisierungsmöglichkeiten hin überprüft und auf Grundlage der finanziellen Möglichkeiten der Gesellschaft umgesetzt.

Zukünftig wird man aber hierfür in einer höheren Geschwindigkeit handeln müssen. Denn der Automatisierungs- und Autonomisierungsdruck wächst in der Branche nicht nur im Rahmen der klimafreundlichen Prozessumsetzung, sondern auch im Rahmen der Qualitätsmanagements- und Forderungsportfolios der Auftraggeber der Gesellschaft.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Wie bereits unter 1.4. beschrieben, waren zahlreiche personelle Veränderungen zu bewältigen. Trotz dieser immer mit temporären Leistungseinschränkungen einhergehenden Prozesse konnten die anstehenden Arbeitsaufgaben durch den überdurchschnittlichen Einsatz der Mitarbeiter umfangreich erfüllt werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ist stärker als bei anderen Konzernunternehmen von der Weltwirtschaft abhängig. Im- und Exportaktivitäten der mitteldeutschen Wirtschaft, die über das CTHS zu den deutschen Überseehäfen gelangen, beeinflussen das nachgefragte Umschlags- und Verkehrsvolumen der Gesellschaft ebenso wie temporäre Schwankungen der weltweiten Handelsgeschäfte. Die CTHS GmbH erzielte im Jahr 2018 Umsatzerlöse in Höhe von 14.621,8 T€. Mit 12.438,9 T€ hatten die **Dispositiven Leistungen** einen Anteil von 85 % am Gesamtumsatz der Gesellschaft.

Die Gesellschaft erzielte sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 266,4 T€. Neben Erträgen aus der Auflösung von Fördermitteln (32,3 T€) wurden Versicherungserträge in Höhe von 72,8 T€ erzielt. Aus Weiterberechnung insbesondere von Aufwendungen für Baumaßnahmen ergaben sich 113,0 T€.

Der Materialaufwand belief sich im Berichtszeitraum auf 10.078,1 T€.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 1.285,6 T€ wurden durch den Aufwand an Kraft- und Hilfsstoffen (1.122,8 T€) sowie den Energiebezug Außenbetrieb (150,1 T€) geprägt. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen im Jahr 2018 bei 8.792,6 T€. Bestimmende Größe waren mit 8.161,2 T€ die Fremdleistungen für Zug- und Lkw-Verkehre durch Dritte.

Aufgrund des gestiegenen Leistungsumfangs waren im Jahr 2018 personelle Veränderungen erforderlich und führten zu einem Personalaufwand in Höhe von 2.358,8 T€. Die Abschreibungen beliefen sich auf 1.558,6 T€. Dabei entfielen 1.309,6 T€ auf die außerplanmäßige Abschreibung von zwei Diesellokomotiven sowie ein Ersatzgetriebe.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2018 bei 2.615,4 T€. Als signifikante Positionen sind die Aufwendungen für Mieten/Leasing von Maschinen und Anlagen (1.237,8 T€), Reparaturen und Instandhaltung von Maschinen und Anlagen (480,2 T€), Mautkosten (170,3 T€) sowie Versicherungen (232,6 T€) zu nennen. Der im Vergleich zum Anlagevermögen hohe Versicherungsaufwand ergibt sich daraus, dass sie Gesellschaft gemäß dem Pachtvertrag verpflichtet ist, den Pachtgegenstand ausreichend zu versichern.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das Zinsergebnis (-42,4 T€) der Gesellschaft wurde durch den Zinsaufwand für die Investitions-Darlehen der Diesellokomotiven, Aval-Zinsen für die Sicherheitsleistungen gemäß BImSchG-Genehmigung und die Zinsen für die Inanspruchnahme der Kreditlinie beim Gesellschafter geprägt.

4.2.2. Investitionen

Die CTHS GmbH investierte im Geschäftsjahr 2018 insgesamt 95,8 T€. Hiervon entfielen 21,4 T€ als Restrate auf die Herstellung und Lieferung einer Gefahrgut-Leckagewanne sowie 17,0 T€ als Teilrechnung auf die Lieferung und Inbetriebnahme einer Toranlage zur straßenseitigen Sicherung des Geländes. Weitere 38,2 T€ fielen für diverse Betriebs- und Geschäftsausstattungen insbesondere im DV- und TK-Bereich an.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft (SWH) in Höhe von 4.000 T€ im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Gewinnabführungsvertrag gesichert.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2018 betrug das Anlagevermögen der Gesellschaft 353,8 T€.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 5.110,8 T€ wurde maßgeblich durch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.340,7 T€ sowie gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 2.614,6 T€ bestimmt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft belief sich zum Bilanzstichtag auf 289,9 T€. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse lag bei 35,9 T€. Die Rückstellungen über 292,3 T€ wurden maßgeblich durch Rückstellungen für Personalaufwand (124,0 T€) sowie für ausstehende Rechnungen (144,9 T€) geprägt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich zum 31. Dezember 2018 auf 323,5 T€. Mit den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (900,3 T€), gegenüber verbundenen Unternehmen (3.596,9 T€, darunter 3.300,7 T€ aus Cash Pool) und sonstigen Posten (30,7 T€) belief sich die Summe der Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2018 auf insgesamt 4.851,4 T€.

Zum 31. Dezember 2018 ergab sich eine Bilanzsumme der Gesellschaft in Höhe von 5.469,4 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die Container Terminal Halle (Saale) GmbH hat im Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Verlustausgleich in Höhe von -1.790,9 T€ erzielt. Dieses Ergebnis ist maßgeblich durch die außerplanmäßige Abschreibung von zwei Diesellokomotiven in Höhe von 1.248,8 T€ geprägt.

Die in den Kernsparten **Containerumschlag**, **Dispositive Leistungen** und **Bahnleistungen** für das Geschäftsjahr prognostizierten Umsätze konnten annähernd erreicht werden. Dabei konnten die durch Weggang eines langjährigen Geschäftspartners entfallenen Umsätze in den Sparten **Containerumschlag** und **Bahnleistungen** durch Mehrumsätze der Sparte **Dispositive Leistungen** partiell ausgeglichen werden.

Aufgrund der höheren Umsätze der Sparte Dispositive Leistungen lagen die Aufwendungen für bezogene Leistungen über dem Planansatz für das Jahr 2018. Demgegenüber lagen der Materialaufwand etwa im prognostizierten Bereich und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen unter der Prognose.

Mit einer qualitativ hochwertigen Leistungspalette haben wir uns in einem wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich behaupten können. Neben dem hervorzuhebenden Einsatzwillen aller Mitarbeiter hat sich die Fokussierung der Geschäftstätigkeit auf den containergestützten Logistikbereich im Rahmen der Kapazitätsauslastung der Transportsysteme als richtig erwiesen.

Für den Erfolg unserer Geschäftstätigkeit als komplexer Dienstleister haben externe Rahmenbedingungen – wie z. B. die Abhängigkeiten von Geschäftsverläufen Dritter – unverändert große Bedeutung. Nur mit der stärkeren Bindung bestehender und der Akquisition neuer Verkehre, einem hohen qualitativen Anspruch an unsere Leistungserbringung und einer marktgerechten Diversifizierung unseres Leistungsportfolios haben wir die Möglichkeit, auf dem volatilen Logistikmarkt zu bestehen.

5. Nachtragsbericht

Für Vorgänge von besonderer Bedeutung verweisen wir auf den Anhang.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2018 wurden für das Jahr 2019 bei der Gesellschaft insgesamt 19 Risiken ermittelt (Vorjahr 27). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 11 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	1
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	5	2	3
Rechtliche Risiken	2	1	1
Technische Risiken	3	0	3
Gesamt	11	3	8

In der Risikokategorie Marktrisiken sehen wir in der derzeitigen globalen Entwicklung ein erhöhtes Risiko, dem durch uns kaum zu begegnen ist. Diese können sehr kurzfristig zu Veränderungen sowohl der Relationen als auch der Mengenströme der derzeitigen Verkehrsabwicklung führen. Hierzu wurde unter 3.2 Marktbezogene Entwicklung bereits ausgeführt.

Mit einer Fachmitteilung hat das Eisenbahnbundesamt (EBA) im Jahr 2018 die Unzulässigkeit der derzeit üblichen Praxis zur Erbringung von bahnseitigen Verkehrsleistungen zwischen Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) und Dritten erklärt. Dieses Vorgehen wird auch bei der Durchführung unserer Traktionsleistungen zwischen dem Güterbahnhof Halle (Saale) und dem CTHS und umgekehrt praktiziert. Unter Beiziehung eines fachlichen Rechtsbeistands ist derzeit ein rechtskonformer Vertragsentwurf mit dem für uns tätigen EVU in Bearbeitung.

In der Risikokategorie „Marktrisiken“ besteht weiterhin das Risiko der Sabotage.

Gegenüber dem Vorjahr unverändert sehen wir als Risiken in der Gruppe 2 die Risiken aus

- innerstädtischen Fahrverboten für Lkw (Gesetze und Vorgaben),
- dem Umschlag und der Lagerung von wassergefährdenden Stoffen (Technische Risiken),
- dem Wegfall oder der signifikanten Reduzierung der Mengen von Großkunden (Absatzmarkt),
- aggressiver Preispolitik im tangierenden Verkehrsgewerbe,
- extremen Hochwasserereignissen sowie
- der Ersatzbeschaffung von Zuggleistungen.

Neu aufgenommen wurde in der Risikogruppe 2 das Risiko der fehlenden Förderung für die geplanten Erweiterungen von Flächen des KV-Terminals (Finanzrisiken). Bis zur Erreichung eines für den Fördermittelantrag adäquaten Bearbeitungsstandes sind erweiterte Planungsleistungen erforderlich. Für den Fall einer Ablehnung des Zuwendungsantrags wären diese Kosten verlorener Investitionsaufwand.

Weiterhin neu ermittelt wurde das Risiko der Cyber-Kriminalität (Technische Risiken). Durch einen solchen möglicherweise erfolgreichen Angriff kann es zu einer massiven Störung der Geschäftsabläufe bis hin zu deren totalem Erliegen kommen. Mit dem Abschluss einer umfangreichen Versicherung wurden zumindest die direkten finanziellen Folgen eingegrenzt.

Die beschriebenen Risiken werden auch im Jahr 2019 und den Folgejahren fortbestehen.

Die größten Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft sehen wir im Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr.

Bei den **Dispositiven Leistungen** ergeben sich Chancen aus der weiteren Akquisition von global agierenden Logistik-Dienstleistern, welche das Terminal für die Abwicklung weltweiter Verkehre nutzen. Neben der Organisation der Transportketten ergeben sich Ansätze zum weiteren Ausbau terminalspezifischer Dienstleistungen. Der **Containerumschlag** partizipiert durch den bedarfsgerechten Ausbau der Terminalinfrastruktur insbesondere für unterbrechungsfreie Kühlketten und Nebenleistungen des Umschlags.

Aufgrund der vorhandenen BlmSchG-Genehmigung zur zeitlich begrenzten Zwischenlagerung von Abfällen besteht die Möglichkeit, Stoffströme in der Transportkette Erzeuger – Transporteure – Verwerter/Entsorger bedarfsgerecht zu steuern und die Attraktivität des Terminals deutlich zu erhöhen.

Für die **Bahnleistungen** können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den städtischen Gewerbepark an der A 14 weiterhin deutliche Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Aufgrund der Schifffahrtsbedingungen auf der Saale wird in den kommenden Jahren kaum nennenswerter **Schiffsverkehr** erfolgen. Allerdings hält die Gesellschaft daran fest, mit geeigneten Partnern die prinzipielle Durchführbarkeit von Schiffstransporten darzustellen.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Ausweitung von Terminal-Kapazitäten des Kombinierten Verkehrs Dritter ein. Bezüglich der Vollendung des Saaleausbaus gehen wir von einer Realisierung nach dem Jahr 2030 aus.

6.3. Gesamtbild

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht ermittelt.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

Für das Jahr 2019 gehen wir von Umsatzsteigerungen der Sparten **Containerumschlag**, **Dispositive Leistungen** und **Bahnleistungen** aus, die sich im Wesentlichen aus den Mehrumsätzen durch Fortführung der Beauftragung eigener Züge sowie der genannten Neuverkehre ergeben. Im Jahr 2019 haben wir im **Containerumschlag** Umsätze über etwa 1.121 T€ geplant. Bei den Umsätzen der **Dispositiven Leistungen** gehen wir für das Jahr 2019 von Umsätzen in Höhe von etwa 13.094 T€ und von jährlichen Zuwächsen um 330 T€ aus. Bei den **Bahnleistungen** erwarten wir Umsätze von jährlich etwa 620 T€.

7.2. Entwicklung des Aufwands

Im Jahr 2019 erwarten wir für Kraft- und Schmierstoffe, Energiebezug sowie Material Aufwendungen in Höhe von etwa 1.300 T€, die bis in das Jahr 2023 auf 1.566 T€ ansteigen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen werden auch in den Folgejahren zu über 90 % durch die Fremdleistungen in den **Dispositiven Leistungen** bestimmt, die sich entsprechend der Umsatzerwartungen einstellen. Für das Jahr 2022 wurde ein einmaliger Reparaturaufwand für die erforderliche Hauptuntersuchung nach § 32 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) unserer Diesellok BR 265 (Poseidon) in die Planungen eingestellt.

Der Personalaufwand wird sich in den Folgejahren bei annähernd gleichbleibendem Personalstand nur entsprechend der einzuplanenden Lohn- und Gehaltssteigerungen erhöhen. Korrespondierend mit vergleichsweise geringen Investitionen der CTHS (ohne Berücksichtigung Flächenerweiterung KV-Terminal) gehen die Abschreibungen kontinuierlich zurück. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, zu fast 70 % durch den Aufwand an Mieten und für Versicherungen geprägt, nehmen in den Folgejahren entsprechend der einzurechnenden Preisentwicklungen nur geringfügig zu und liegen zwischen etwa 1.970 T€ im Jahr 2019 und 2.076 T€ im Jahr 2023.

Bei einem Deckungsbeitrag zwischen 4.989 T€ im Jahr 2019 und 5.972 T€ in 2023 erwarten wir ein EBIT zwischen 121 T€ im Jahr 2019 und 333 T€ im Jahr 2023.

Das Finanzergebnis wird zwischen -88,0 T€ in 2019 und -58,3 T€ in 2023 erwartet. Für Kraftfahrzeugsteuern wurden jährlich 25 T€ in die Planungen eingestellt.

7.3. Investitionen

Unsere Investitionstätigkeit wird sich auch in den Folgejahren auf betriebsnotwendige Maßnahmen konzentrieren. Zur Absicherung eines nachfragekonformen Wachstums im Kombinierten Verkehr (Dispositive Leistungen) sind für das Jahr 2019 Investitionen für Flächenerweiterungen vorgesehen. Die Gesellschaft wird weiterhin versuchen, für anstehende Investitionen über entsprechende Landes- und Bundesprogramme eine angemessene anteilige Finanzierung zu erhalten.

7.4. Finanzierung

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

7.5. Ergebniserwartung

Für das Jahr 2019 planen wir ein Ergebnis von 8,3 T€. Bis zum Jahr 2023 wird sich dieses auf 250,1 T€ verbessern. Unsere positiven Erwartungen basieren dabei auf weiteren Leistungssteigerungen. Zum Ende des Geschäftsjahres 2018 hat sich gezeigt, dass mit annähernd gleichem Bestand an technischer Ausstattung und Personalen noch erhebliche Umsatzsteigerungen erreichbar und bei annähernd gleichbleibendem fixem Aufwand damit auch positive Ergebnisentwicklungen erzielbar sind.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Zum Heizkraftwerk 12 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	10.120	51	9.414	51	9.487	55	706	7
Umlaufvermögen	9.520	48	8.931	48	7.603	44	589	7
Rechnungsabgrenzungsposten	263	1	255	1	262	1	8	3

Bilanzsumme

19.903	100	18.600	100	17.352	100	1.303	7
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	7.954	40	7.136	38	7.136	41	818	11
Rückstellungen	6.761	34	6.754	36	6.103	35	7	0
Verbindlichkeiten	5.188	26	4.710	26	4.113	24	478	10

Bilanzsumme

19.903	100	18.600	100	17.352	100	1.303	7
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	107.402	110.033	123.313
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	62	83	291
sonstige betriebliche Erträge	1.116	2.033	1.367
Materialaufwand	73.401	84.957	97.065
Personalaufwand	19.391	18.771	19.150
Abschreibungen	1.249	1.424	1.693
sonstige betriebliche Aufwendungen	14.121	6.483	6.581
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	61	11	11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	118	142	168
Ergebnis nach Steuern	361	383	325
sonstige Steuern	61	85	42
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	300	298	283
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,28	0,27	0,23	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,77	4,17	3,96	%
Cash-Flow:	1.549	1.722	1.976	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	408	423	465	T€
Personalaufwandsquote:	17,86	16,74	15,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	40,56	44,34	45,27	%
Eigenkapitalquote:	39,96	38,36	41,12	%
Fremdkapitalquote:	60,04	61,64	58,88	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Netznutzung Fernwärme	0	0	613	GWh
Netznutzung Gas	1.137	1.183	1.183	GWh
Netznutzung Strom	789	799	807	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Energieversorgung Halle Netz GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) ist Strom- und Gasnetzbetreiber im Sinne des § 11 EnWG im Konzessionsgebiet Halle (Saale). Die Verteilernetze wurden durch die Netzgesellschaft Halle von der EVH GmbH (EVH) gepachtet. Darüber hinaus ist sie für die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH verantwortlich.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung von Dienstleistungen, hauptsächlich für die EVH. In deren Auftrag übernimmt sie kundennahe Energiedienstleistungen, den Betrieb von Fernwärme- und Nahwärmanlagen sowie die Planung und den Bau für Instandhaltungs-, Abrüstungs- sowie Investitionsmaßnahmen für die Medien Strom, Gas und Fernwärme.

Alleinige Gesellschafterin der Netzgesellschaft Halle ist die EVH. Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverteilnetzes im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die optimale Anwendung und Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Zielstellung der Netzgesellschaft Halle ist die Bereitstellung von den bereits genannten Dienstleistungen für die Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns.

1.3. Steuerung

Die Geschäftsführung der Netzgesellschaft Halle obliegt Frau Heike Göpfert. Die interne Organisation der Gesellschaft gliedert sich in die Struktureinheiten Netzbetrieb (Transportnetze und Stationen, Endverteilnetze, Lager), Netzstrategie (Strategie/Planung, Dokumentation, Liegenschaften), Netzvertrieb (Wechselprozesse, Vertragsmanagement) und Marktgebietsmanagement (Energiedaten-, Regulierungsmanagement, Netzcontrolling).

Die Planungs- und Berichtsstruktur stellt auf das Gesamtunternehmen ab. Als Steuerungsgröße dient jeweils das Betriebsergebnis (EBIT). Mit Hilfe dieser Kennzahl werden unternehmerische Entscheidungen getroffen.

Weitere wesentliche Steuerungsgrößen als Netzbetreiber sind die Höhen der zulässigen Erlöse aus Netznutzung Strom und Gas (Erlösobergrenzen), welche durch die Anreizregulierung reglementiert sind.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende hat die Netzgesellschaft Halle die Rolle des grundzuständigen Messstellenbetreibers 2017 bei der Bundesnetzagentur angezeigt. Seit dem Frühjahr 2018 hat die Netzgesellschaft Halle mit dem Rollout begonnen, um moderne Messeinrichtungen in den Haushalten einzubauen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr: 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Politische und rechtliche Entwicklung

Das europäische Richtlinienpaket zum Energiemarkt (das sogenannte „Winterpaket“) wurde vom Europäischen Parlament, vom Europäischen Rat und von der Europäischen Kommission beschlossen. Damit werden im Jahr 2019 auch die absehbaren Änderungen am EnWG selber in förmliche Gesetzgebungsverfahren überführt werden müssen. Das Winterpaket dient zur besseren Koordinierung nationaler Energiepolitiken, zur Reform der Richtlinien für Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien und soll die Energiepolitik bis 2030 in der EU prägen.

Im Dezember 2018 trat das novellierte Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) in Kraft. Ziel des Gesetzes ist es, die Genehmigungsverfahren für den länderübergreifenden und grenzüberschreitenden Leitungsausbau zu vereinfachen und zu optimieren.

Am 14. Dezember hat der Bundesrat das Energiesammelgesetz beschlossen, welches zum 1. Januar 2019 in Kraft tritt. Das Gesetz enthält neben Änderungen am NABEG auch Änderungen an weiteren Gesetzen und Verordnungen, so unter anderem am EEG, KWKG und EnWG und betrifft u. a. die Zusammenführung des Einspeisemanagements mit dem Redispatch im EnWG. Zukünftig wird der Einspeisevorrang von EE- und KWK-Anlagen aufgehoben, wenn dadurch die Abregelung konventionell erzeugten Stroms um ein Vielfaches gemindert werden kann. Diese Neuregelung dient in erster Linie dem Zweck, die Redispatchkosten zu senken.

Der Rollout von intelligenten Messsystemen verzögert sich, da erst am 12. Dezember 2018 das erste Smart Meter Gateway eine vollständige Zertifizierung des BSI erhalten hat. Erst wenn mindestens drei voneinander unabhängige Unternehmen durch das BSI zertifizierte intelligente Messsysteme am Markt anbieten und nach § 30 MsbG die technische Möglichkeit zur Ausstattung der Messstellen festgestellt wird, kann die Netzgesellschaft Halle mit dem Rollout intelligenter Messsysteme starten.

3.2. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) wird den Netzbetreibern eine Erlösobergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

Ein effizientes Kostenmanagement bildet unter Sicherstellung von Netzqualität und -stabilität einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der Netzgesellschaft Halle.

Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen in der zweiten Regulierungsperiode Strom (2014 bis 2018) erfolgte mit dem Beschluss der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur vom 18. Dezember 2014. Für die dritte Regulierungsperiode Gas (2018 bis 2022) ist die Bescheidung der Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt noch offen. Die im Anhörungsverfahren gewonnenen Erkenntnisse wurden im Geschäftsjahr 2018 bereits berücksichtigt.

3.3. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2018 beschäftigte die Netzgesellschaft Halle 292 Mitarbeiter und 37 Auszubildende. Die Mitarbeiterzahl stieg zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr (289 Mitarbeiter) um drei Mitarbeiter, was sich im Wesentlichen durch die Einstellung von Trainees sowie Jungfacharbeitern und den Übergang von drei Mitarbeitern von der EVH zur Netzgesellschaft Halle begründet. Demgegenüber stehen Freisetzungen bedingt durch personelle Einzelmaßnahmen.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 44 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 21 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB). Die Netzgesellschaft Halle stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieursausbildung bzw. duale Studiengänge. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demographischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken.

Einen weiteren Beitrag leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der Stadtwerke Halle-Gruppe (SWH) über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut. Er bietet den Teilnehmern eine große Bandbreite an Trainings, Talentwerkstätten und Projektarbeiten als Bausteine, welche jedes einzelne Talent fördern. Im Jahr 2018 startete die neue Bewerbungsphase für den neuen Talentpool ab 2019.

Eine weitere Möglichkeit, Nachwuchskräfte für die Netzgesellschaft Halle zu gewinnen, bietet die Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft.“ der SWH, welche bereits im Februar 2016 begann. Das Ziel dieser Initiative ist es, Jugendlichen zwischen 15 und 26 Jahren eine Ausbildung zu ermöglichen. Das Angebot richtet sich an junge Menschen, die aufgrund von Vermittlungshemmnissen (abgebrochene Ausbildung, fehlender/schlechter Schulabschluss, junge Eltern, Migranten/Flüchtlinge) den Übergang in den Beruf nicht aus eigenen Kräften bewältigen können.

Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikanten- und Trainee Stellen kontinuierlich ausgebaut.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2018 erzielte die Netzgesellschaft Halle ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss, der im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages an die EVH abgeführt wird, betrug 0,3 Mio. € und lag damit auf Vorjahresniveau. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2018	2017	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	107,4	110,0	-2,6	-2,4
Übrige Erträge	1,2	1,7	-0,5	-29,4
Materialaufwand	73,4	78,6	-5,2	-6,6
Deckungsbeitrag	35,2	33,1	2,1	6,3
Personalaufwand	19,4	18,8	0,6	3,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14,1	12,4	1,7	13,7
EBITDA	1,7	1,9	-0,2	-10,5
Abschreibungen	1,3	1,4	-0,1	-7,1
EBIT	0,4	0,5	-0,1	-20,0
Finanzergebnis	0,0	-0,1	0,1	0,0
Steuern	0,1	0,1	0,1	100,0
Jahresergebnis	0,3	0,3	0,0	0,0

Die Umsatzerlöse des abgelaufenen Geschäftsjahres sanken im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Mio. €. Grund hierfür waren im Wesentlichen geringere Umsatzerlöse aus Netznutzung Strom aufgrund einer geringeren Erlösobergrenze. Konträr wirkten höhere Umsatzerlöse aus Netznutzung Gas bedingt durch eine höhere Erlösobergrenze. Der Materialaufwand war mit einem Rückgang um 5,2 Mio. € im Wesentlichen durch geringere Aufwendungen für vermiedene und vorgelagerte Netznutzung sowie Reservenetzkapazität geprägt. Gegenläufig wirkte vor allem der höhere Aufwand für Netzpacht, wodurch sich im Ergebnis ein Anstieg des Deckungsbeitrages um 2,1 Mio. € ergab.

Die Position Personalaufwand wies im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 0,6 Mio. € aus. Dies beruht im Wesentlichen auf erfolgten Zuführungen zu Rückstellungen für variable Vergütung, Mehrarbeit und Urlaub sowie auf Aufwendungen für Altersversorgung. Auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 1,7 Mio. € im Wesentlichen aufgrund von Zuführungen zu Rückstellungen (Lieferanteninsolvenzen, Prozesskosten).

Im Ergebnis erreichte die Netzgesellschaft Halle ein gegenüber dem Vorjahr leicht gesunkenes EBIT in Höhe von 0,4 Mio. € sowie ein stabiles Jahresergebnis in Höhe von 0,3 Mio. €.

4.2. Finanzlage

Die Netzgesellschaft Halle wies zum 31. Dezember 2018 ein Eigenkapital in Höhe von 7,9 Mio. € aus. Dieses stieg im Vergleich zum Vorjahr bedingt durch eine Sacheinlage des Gesellschafters um 0,8 Mio. €. Die Eigenkapitalquote beträgt 40,0 Prozent (Vorjahr: 38,4 Prozent).

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Investitionen in Höhe von 1,2 Mio. € getätigt im Wesentlichen für Software, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Fahrzeuge.

Die Kapitalflussrechnung wies im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Finanzmittelabfluss in Höhe von 1,3 Mio. € (Vorjahr: Zufluss 1,1 Mio. €) aus.

Liquiditätsentwicklung	2018	2017
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	0,2	2,7
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1,2	-1,3
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-0,3	-0,3
Zahlungswirksame Veränderungen	-1,3	1,1
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	1,4	0,3
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	0,1	1,4

Die Verringerung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf stichtagsbedingte Effekte (im Wesentlichen höhere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände) zurückzuführen.

Insgesamt ergab sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand in Höhe von 0,1 Mio. €, der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die Netzgesellschaft Halle in das Cash Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Die Netzgesellschaft Halle hat mit der EVH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 19,9 Mio. € und lag somit 1,3 Mio. € über dem Vorjahr.

Auf der Aktivseite lag das Anlagevermögen mit 10,1 Mio. € um 0,7 Mio. € über dem Vorjahresniveau, was vor allem auf die Sacheinlage eines Grundstückes und den hohen Bestand an Anlagen im Bau zurückzuführen ist. Das Umlaufvermögen stieg um 0,6 Mio. € auf 9,5 Mio. € an.

Die Passivseite war im Vergleich zum Vorjahr vor allem durch ein um 0,8 Mio. € höheres Eigenkapital sowie um 0,5 Mio. € gestiegene Verbindlichkeiten geprägt.

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Netzgesellschaft Halle für das Geschäftsjahr 2018 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Entsprechend den Anforderungen des konzerneinheitlichen Risikofrüherkennungssystems betreibt die Netzgesellschaft Halle gemeinsam mit der EVH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld. Vor allem die Änderungen des regulatorischen Rahmens haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Netzgesellschaft Halle.

Die Berücksichtigung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors (GSP) sowie der Effizienzwert sind Bestandteile im Verfahren der Festlegung zur Erlösobergrenze. Der GSP ermittelt sich danach grundsätzlich aus der Abweichung des netzwirtschaftlichen vom gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und der gesamtwirtschaftlichen von der netzwirtschaftlichen Einstandspreisentwicklung. Mit Hilfe des GSP werden die Kostenentwicklungen im Netz im Vergleich zur Veränderung der Verbraucherpreise prognostiziert. Die Bundesnetzagentur hat sowohl für den Gas- als auch Strombereich für die 3. Regulierungsperiode erstmalig einen GSP festgelegt. In beiden Bereichen ist der Faktor in noch immer deutlich erlösmindernder Höhe festgesetzt.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

Die dargestellten Chancen und Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Gesellschaft entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Netzgesellschaft Halle verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Sparten Strom und Gas.

Die technischen Dienstleistungen für die Sparte Fernwärme werden im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages an die EVH erbracht.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Sparten Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Für die dritte Regulierungsperiode im Gas (2018 bis 2022) und für die dritte Regulierungsperiode im Strom (2019 bis 2023) erwartet die Netzgesellschaft Halle von den Regulierungsbehörden im Geschäftsjahr 2019 die Festlegungen der Ausgangsniveaus zur Bestimmung der Erlösbergrenze und der individuellen Effizienzwerte.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr von einem gleichbleibenden Niveau des Strommengenauflommens im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 0,3 Mio. €.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Peter Binder	26	10,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Energieversorgung, Abwasserent- und Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Binder, Peter
Schiller, Hartmut

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	4.599	77	4.559	73	4.046	73	40	1
Umlaufvermögen	1.280	22	1.609	26	1.451	27	-329	-20
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	6	0	8	0	1	17
Aktive latente Steuern	71	1	77	1	13	0	-6	-8

Bilanzsumme	5.957	100	6.251	100	5.518	100	-294	-5
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.881	48	2.754	44	2.529	46	127	5
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	396	7	315	5	241	4	81	26
Rückstellungen	288	5	457	7	503	9	-169	-37
Verbindlichkeiten	2.392	40	2.725	44	2.245	41	-333	-12

Bilanzsumme	5.957	100	6.251	100	5.518	100	-294	-5
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.914	6.174	5.619
andere aktivierte Eigenleistungen	58	47	42
sonstige betriebliche Erträge	73	110	89
Materialaufwand	1.333	1.205	1.130
Personalaufwand	2.081	2.032	1.944
Abschreibungen	457	633	352
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.532	1.676	1.396
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41	47	62
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	160	199	227
Ergebnis nach Steuern	441	539	639
sonstige Steuern	14	14	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	427	525	630

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,22	8,51	11,21	%
Eigenkapitalrentabilität:	17,39	23,56	33,17	%
Cash-Flow:	884	1.158	981	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	104	107	94	T€
Personalaufwandsquote:	34,42	32,10	33,81	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,78	72,70	72,99	%
Eigenkapitalquote:	48,36	44,06	45,84	%
Fremdkapitalquote:	51,64	55,94	54,16	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Absatz Fernwärme	20,6	19,5	19,1	GWh
Absatz Strom	18,6	16,8	15,8	GWh

f) Lagebericht

1. Geschäftsmodell und allgemeiner Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2018 blieben die Geschäftsfelder der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) mit den Bereichen Energieerzeugung und -verteilung, Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) und im Bereich Trinkwasserversorgung unverändert. Das betrifft ebenso die in gleicher Weise zur Verfügung stehende Anlagenkonfiguration.

Die in den Energieerzeugungsanlagen der EWAG erzeugte Wärme wird über eigene Fernwärmenetze in Braunsbedra (einschließlich Ortsteil Großkayna) und Mücheln den Kunden zur Verfügung gestellt. Die Energieerzeugung im Heizkraftwerk Braunsbedra, Grubenweg erfolgt im Prozess einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS). Die in den zwei weiteren Wärmeerzeugungsanlagen Großkayna und Mücheln produzierte Energie wird auf der Basis von Altholz (Reserve Heizöl leicht) bzw. Holzhackschnitzel (hier Reserve Erdgas) erzeugt.

Die im Heizkraftwerk Grubenweg und im Kraftwerk Geiseltalstraße (ehemals VKH) erzeugte Elektroenergie wird in das Netz der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM) eingespeist.

Auf Grundlage eines zwischen der GETEC Weimar GmbH und der EWAG vorhandenen Dienstleistungsvertrages erfolgt die Stromvermarktung durch die GETEC Weimar GmbH.

Zur optimalen wirtschaftlichen Vermarktung des Stroms wurde ein Leitfaden zum Energieverkauf entwickelt, der eine verbindliche Arbeitsgrundlage für die an der Vermarktung beteiligten Partner (GETEC Weimar GmbH und EWAG) darstellt.

Der Leitfaden regelt die Ziele der Verkaufsstrategie und die Verkaufsmethoden als solche. Hauptziele der Verkaufsstrategie sind:

1. Absicherung eines geplanten Mengenabsatzes und der geplanten Erträge.
2. Erzielung eines durchschnittlichen Verkaufspreises, der möglichst oberhalb der allgemeinen Marktentwicklung liegt.

Grundlage der Verkaufsmethode ist der Verkauf elektrischer Energie durch Ausschreibung fester 1-h- bzw. ¼-h-Verkaufspläne (Prognose). Grundlage der Verkaufspläne bilden historische Lastdaten sowie die Produktionsplanung der EWAG, die jeweils im Juni für die Folgejahre als Prognosen abgestimmt werden.

Ebenfalls Bestandteil des Energieverkaufs sind Regelungen bezüglich des Ausgleiches zwischen Mehr- und Mindermengen zwischen der GETEC und der EWAG. Die Strategie gemäß Leitfaden zum Energieverkauf wurde für die Reststrommenge (ab 01. August 2017) und für das Geschäftsjahr 2018 erfolgreich angewandt.

Obwohl sich die Gesamtleistung im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 286 verringert hat, ist der Verlauf des Geschäftsjahres grundsätzlich als sehr positiv einzuschätzen. Alle wesentlichen Planansätze im Bereich Umsatzerlöse wurden erfüllt und zum Teil wesentlich übererfüllt.

Das betrifft in ähnlicher Weise die Aufwandsposition Materialaufwand. Die im Vergleich zum Vorjahr um ca. TEUR 128 höheren Aufwendungen sind durch veränderte Markt- und Preisbedingungen begründet.

Die Erhöhung der Personalkosten um TEUR 49 im Vergleich zum Geschäftsjahr 2017 erfolgte planmäßig. Trotz Anpassung der Personalkosten wurde das Budget im Bereich Personalkosten noch um ca. TEUR 18 unterschritten.

Die Verringerung der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert vergleichsweise zum Vorjahr aus geringeren Aufwendungen für Reparaturen/Instandhaltungen und Fahrzeugkosten sowie aus der geringeren Inanspruchnahme von Dienst- und Fremdleistungen.

Tendenziell ist der technische Zustand der Energieerzeugungsanlagen an den Standorten Grubenweg und Geiseltalstraße als normal einzuschätzen. Der im August 2017 in Betrieb genommene Zellenkühlturm (2 Stück Ventilator-Nasskühlturmzellen) läuft nach Korrekturen an der Einstellung der Ventilatoren im Jahr 2018 zufriedenstellend.

Nicht zufriedenstellend ist nach wie vor die Verfügbarkeit des Kraftwerkes Geiseltalstraße (ehemals VKH). Das betrifft sowohl die Betriebszeiten der Kesselanlage als auch die durchgeführten Abschaltmaßnahmen im Rahmen des Netzsicherheitsmanagements der MITNETZ STROM (ca. 30 Abschaltungen im Geschäftsjahr 2018).

Der Betrieb der Wärmeerzeugungs- und -verteilungsanlagen in Mücheln, Großkayna und Braunsbedra (Atlantis-Center) ist auch für das Geschäftsjahr 2018 aus der Sicht des Instandhaltungs- und Störgeschehens als normal einzuschätzen.

Das gilt in gleicher Weise für den Bereich Trinkwassergewinnung und -verteilung. Wie in den vergangenen Geschäftsjahren wurden neben den notwendigen Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten weitere Absperrvorrichtungen mit dem Ziel einer weiteren Erhöhung der Netzstabilität verbaut. Ziel der Maßnahmen ist auch hier die Stabilisierung der Trinkwasserversorgung.

Im Jahre 2018 wurde der Ausbau des Fernwärmenetzes in Braunsbedra und Großkayna fortgeführt.

In Braunsbedra wurde der untere Teil der Wernsdorfer Straße an das Fernwärmenetz angeschlossen und somit um 14 Neuanschlüsse (ca. 210 kW) erweitert. Weitere 7 Neuanschlüsse ans Fernwärmenetz (ca. 105 kW) erfolgten im Stadtgebiet Braunsbedra.

In der Karl-Marx-Straße Großkayna wurde der im Jahr 2017 geplante und durch eine Straßensperrung der Landesstraße durch das Landesstraßenamt Sachsen-Anhalt bzw. den Landkreis Saalekreis in das Jahr 2018 verschobene Teilanschluss an das Fernwärmenetz realisiert und 4 Neukunden (ca. 400 kW) angeschlossen.

Im Rahmen der grundhafte Sanierungen wurden 16 Fernwärme-Hausanschlussstationen im Bereich Großkayna erneuert.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1. Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 427 erwirtschaftet (Vorjahr: TEUR 525).

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 260 vermindert. Vergleichsweise zum Budget haben sich die Umsatzerlöse jedoch um TEUR 238 erhöht. Erlösminderungen sind planmäßig bei den Erlösen Stromverkauf Dritte um TEUR 73 sowie bei den Erlösen Stromlieferung um TEUR 206 zu verzeichnen.

Die Minderung der Erlöse Stromverkauf Dritte ist durch die Kündigung der Stromlieferung eines Stromkunden (Wohnungsgesellschaft) zum 31. Dezember 2017 begründet.

Die geringeren Erlöse aus der Stromlieferung im Vergleich zum Vorjahr sind durch die Kündigung des Stromlieferungsvertrages durch die Berliner Verkehrsbetriebe AöR zum 31.07.2017 begründet. Die veränderten Stromvermarktungsbedingungen ab dem 01. August 2017 waren wesentlicher Bestandteil der Umsatzplanung für das Jahr 2018. Vergleichsweise zum Budget 2018 haben sich die Stromerlöse 2018 um TEUR 48 erhöht.

Weitere Erlösminderungen im Vergleich zum Vorjahr sind bei den Erlösen Wärmeenergie um TEUR 24 zu verzeichnen, die auf die klimatischen Bedingungen des Jahres 2018 zurückzuführen sind.

Erlössteigerungen sind bei den Erlösen Solarstrom um TEUR 2, bei den Erlösen Trinkwasser um TEUR 7 sowie bei den Erlösen Brennstoffe um TEUR 30 zu verzeichnen.

Die höheren Erlöse aus Solarstrom sind durch eine höhere Anzahl von Sonnenstunden im Vergleich zum Vorjahr begründet.

Auch die höheren Erlöse Trinkwasser infolge eines höheren Trinkwasserverbrauchs sind auf die klimatischen Bedingungen des Jahres 2018 zurückzuführen.

Die höheren Brennstoffenerlöse ergeben sich im Wesentlichen durch veränderte Marktpreise.

Die aktivierten Eigenleistungen, bestehend aus erbrachten Herstellungskosten für den Bau bzw. die Umrüstung von Fernwärme-Hausanschlussstationen sowie Herstellungskosten im Rahmen der Erweiterung des Fernwärmenetzes Braunsbedra, haben sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. TEUR 11 erhöht. Das Budget konnte jedoch nicht erreicht werden. Mangels erforderlicher Eigenpersonalkapazitäten wurde beim Bau, bei der Montage sowie auch beim Einbau der Fernwärme-Hausanschlussstationen auf Leistungen von Fremdfirmen zurückgegriffen.

Die um TEUR 37 geringeren sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich vergleichsweise zum Vorjahr aus niedrigeren sonstigen Erträgen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (periodenfremde Erträge, Erträge aus Schadensregulierung).

Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 128 erhöht. Dabei haben sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 95 und die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 33 erhöht.

Die Mehraufwendungen bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind im Wesentlichen durch zusätzliche Aufwendungen für den Strom um TEUR 49, für Holzbrennstoffe um TEUR 24 sowie für Hilfsstoffe um TEUR 27 begründet.

Bei der Bewertung der zusätzlichen Aufwendungen für den Strombezug sind unbedingt die planmäßig höheren Stromerlöse zu betrachten. Die Abweichungen der Erlöse und Aufwendungen sind auf die tatsächlichen Abrechnung der Einkauf- und Verkaufshandlungen zurückzuführen. Bei gleichzeitiger Betrachtung gleichen sich die Mehrerlöse Strom mit den Mehraufwendungen Strom nahezu aus.

Die höheren Brennstoffaufwendungen sind auf den Brennstoffeinsatz in der Wärmeversorgung Großkayna zurückzuführen. Ab Juni 2018 werden im Holzkessel Großkayna nur Waldholzhackschnitzel (bis Juni Altholzhackschnitzel) auf Grund einer Anordnung der zuständigen Genehmigungsbehörde eingesetzt. Durch höhere Preise des Einsatzbrennstoffes sind diese Aufwenderhöhungen für die Brennstoffe begründet.

Die höheren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind im Wesentlichen mit gesetzlichen Regelungen durch das Inkrafttreten der 42. BImSchV – Verordnung über Verdunstungskühlanlagen, Kühltürme und Nassabscheider seit dem 19. August 2017 begründet. Zur Einhaltung der entsprechenden Brauchwasserqualitäten sind zusätzlich chemische Stoffe zur Wasseraufbereitung erforderlich.

Witterungsbedingt, aber auch auf Grund neuer Lieferanten mit geringeren Einkaufspreisen, haben sich die Aufwendungen für Erdgas um TEUR 2 sowie für Heizöl um TEUR 9 verringert.

Die Erhöhung des Materialaufwandes für bezogene Leistungen im Vergleich zum Vorjahr sind auf um TEUR 44 höhere Entsorgungskosten der Filteraschen infolge des Anfalls größerer Aschemengen und um TEUR 19 höhere Entsorgungskosten für Schrottabfälle und sonstige Abfälle zurückzuführen. Dementgegen stehen TEUR 18 geringere Aufwendungen für die Entsorgung von Rostaschen sowie TEUR 18 geringere Aufwendungen für Emissionsmessungen und Funktionskontrollen.

Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 5.126 um TEUR 414 auf TEUR 4.712 T€ verringert.

Die Personalkosten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 48 erhöht.

Infolge der durchgeführten Investitionen haben sich die Aufwendungen für Abschreibungen planmäßig um TEUR 57 erhöht. Die Verringerung der Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 176 sind durch die im Jahr 2017 erfassten außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund einer dauerhaften Wertminderung der Anlagen des Kraftwerkes Geiseltalstraße (ehemals VKH) in Höhe von TEUR 233 begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 144 verringert und sind im Wesentlichen durch geringere Aufwendungen für Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 63, geringere Fahrzeugkosten in Höhe von TEUR 83 sowie geringere Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen in Höhe von TEUR 26 verbunden. Demgegenüber stehen höhere Aufwendungen bei den sonstigen Aufwendungen in Höhe von TEUR 35.

Im Vergleich zum Budget 2018 haben sich die Aufwendungen für Reparaturen/Instandhaltungen um TEUR 196 erhöht. Ursache dafür war eine notwendige, nicht geplante Reparatur des Dampferzeugers im Betriebsteil VKH. Auf Grund nicht vorhersehbarer Schäden am Mauerwerk der TNV (Thermische Nachverbrennung) musste das komplette Mauerwerk der TNV erneuert werden. Diese Reparatur erforderte außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von TEUR 207. Weiterhin sind Zuführungen zu den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von TEUR 11 enthalten.

Die Verringerung der Fahrzeugaufwendungen sowie der Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen verliefen planmäßig.

Die Erhöhung der sonstigen Aufwendungen erfolgte planmäßig und beinhaltet weitestgehend periodenfremde Aufwendungen aus der Auflösung der im Jahr 2017 zu hoch eingestellten Forderungen bezüglich der vermiedenen Netznutzungsentgelte für nicht in Anspruch genommene Stromleistung. Weitere periodenfremde Aufwendungen ergaben sich aus erforderlichen Nachzahlungen von Sozialversicherungsbeiträgen als Ergebnis der Betriebsprüfung gemäß SGB IV der Jahre 2012 bis 2017.

Durch ein stetiges Finanzmanagement aber auch durch die Entwicklung der Finanzmärkte, konnten die Zinsen um TEUR 6 gesenkt werden.

Die Steuern von Einkommen und Ertrag haben sich entsprechend zum Vorsteuerergebnis verringert. Die Steuerquote mit 27,5 % entspricht der des Vorjahres. Den Minderungen der Aufwendungen Körperschaftssteuer und Solidaritätsbeitrag um TEUR 22 und den Aufwendungen für Gewerbesteuer um TEUR 87 stehen die Erhöhung der latenten Steuern (ergeben sich aus Bewertungsunterschieden zwischen Steuerbilanz und Handelsbilanz) um TEUR 70.

Die Aufwendungen für Sonstige Steuern entsprechen nahezu denen des Vorjahres.

2.2. Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2018 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 6.251 um TEUR 294 auf TEUR 5.957 vermindert.

Die immateriellen Wirtschaftsgüter erhöhten sich um TEUR 11, die sich aus den Zugängen in Höhe von TEUR 15 vermindert um Abschreibungen auf immateriellen Wirtschaftsgütern in Höhe von TEUR 4 ergeben. In den Zugängen sind geleistete Anzahlungen in Höhe von TEUR 14 enthalten.

Die Sachanlagen erhöhten sich bedingt durch die getätigten Investitionen von TEUR 4.545 abzüglich der Abschreibungen um TEUR 29 auf TEUR 4.574. Die Zugänge berücksichtigen im Wesentlichen die Erweiterung der Fernwärmeleitungsnetze Braunsbedra und Großkayna mit TEUR 232, den Neuanschluss von Fernwärme-Hausanschlüsse in Braunsbedra und Großkayna in Höhe von TEUR 133 sowie die Sanierung vorhandener Fernwärme-Hausanschlüsse in Großkayna mit TEUR 192.

Weitere Zugänge sind bei technischen Einrichtungen in Höhe von TEUR 15 sowie bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungen in Höhe von TEUR 38 zu verzeichnen.

Das Umlaufvermögen hat sich um TEUR 329 vermindert. Die Vorräte sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben.

Die Erhöhungen des Forderungsbestandes um TEUR 114 ergeben sich aus höheren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 42 sowie höheren sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von TEUR 72. Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Steuerüberzahlung aus Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von TEUR 62, Steuerüberzahlungen Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 36 sowie Forderungen aus vermiedene Netznutzungsentgelte für nicht in Anspruch genommene Stromleistungen in Höhe von TEUR 50.

Demgegenüber stehen Verminderungen des Kassenbestandes und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe TEUR 443. Diese Verminderungen sind wesentlich auf die Eigenfinanzierung von Investitionen sowie auf die Gewinnausschüttung zurückzuführen.

Die gebildeten aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für Dienstleistungen, Versicherungen und Finanzierungskosten haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 1erhöht.

Die zum 31. Dezember 2018 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 71 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für Sachanlagen, langfristige Rückstellungen bzw. für steuerrechtliche Aktivierungen.

Das Eigenkapital hat sich infolge des erwirtschafteten Jahresüberschusses 2018, abzüglich einer Gewinnausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2017, von TEUR 2.755 um TEUR 126 auf TEUR 2.881 erhöht.

Der Bestand des Sonderpostens mit Rücklageanteil hat sich um TEUR 81 erhöht. Der Sonderposten mit Rücklageanteil untergliedert sich in den Sonderposten für Investitionszuschüsse, der sich um TEUR 1 verringert sowie den Sonderposten für Baukostenzuschüsse, der sich um TEUR 82 erhöht hat.

Seit 2015 wird für erhaltene öffentliche Fördermittel (Förderung der Erweiterung des Fernwärmenetzes) in Höhe von TEUR 17 der Sonderposten für Investitionszuschüsse passiviert. Dieser Sonderposten wird jährlich über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände abgegrenzt.

Für Neuanschlüsse an das Fernwärmenetz sowie an das Trinkwassernetz wurden Zuschüsse für Hausanschlusskosten erhoben. Diese werden in dem Sonderposten für Baukostenzuschüsse passiviert und über die Nutzungsdauer der entsprechenden Hausanschlüsse aufgelöst.

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 168, durch die Verminderung der Steuerrückstellungen um TEUR 17 sowie die Verminderung der sonstigen Rückstellungen um TEUR 151, verringert.

Wesentliche sonstige Rückstellungen sind Rückstellungen für Personalverpflichtungen mit TEUR 145 und Rückstellungen der Jahresabschlusskosten mit TEUR 13. Weitere Rückstellungen wurden für ausstehende Beiträge, für unterlassene Instandhaltungen sowie für gesetzliche Abgaben eingestellt.

Die Verbindlichkeiten haben sich von TEUR 2.725 um TEUR 333 auf TEUR 2.392 vermindert Dies ist auf um EUR 101 verminderte Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, auf um TEUR 35 verminderte Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie auf um TEUR 197 verminderte sonstigen Verbindlichkeiten zurückzuführen.

2.3. Finanzlage

Trotz der Verringerung der kurzfristigen Liquidität hat sich die Finanzlage im Geschäftsjahr weiter stabilisiert. Es wurden Auszahlungen für Investitionen in Höhe von TEUR 497 sowie für die Tilgung von Finanzkrediten in Höhe von TEUR 501 vorgenommen.

Aus erhobenen Anschlusskostenzuschüsse für Fernwärme-Neuanschlüsse sind Einnahmen in Höhe von TEUR 104 zu verzeichnen.

Die Investitionen wurden durch die Aufnahme von langfristigen Finanzkrediten in Höhe von TEUR 400 sowie durch Eigenkapital finanziert. Die Finanzierungsmittel aus der Kreditaufnahme beinhaltet Investitionsaufwendungen in Höhe von TEUR 80, die infolge der Verschiebung von Investitionen erst im Geschäftsjahr 2019 zur Finanzierung verwendet werden.

Die Kredittilgungen konnten im Wesentlichen durch den positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden.

Zum Bilanzstichtag standen Kontokorrentlinien in Höhe von TEUR 800 zur Verfügung. Verbindlichkeiten aus Kontokorrentkrediten gegenüber Kreditinstituten bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Aus dem Jahresüberschuss 2017 wurden gemäß Gesellschafterbeschluss TEUR 300 an die Gesellschafter ausgeschüttet, der Restbetrag wurde in den Gewinnvortrag eingestellt.

3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Investitionen in Höhe von TEUR 497 getätigt. Der Schwerpunkt der durchgeführten Investitionen lag im Bereich Energieanlagen mit TEUR 425 davon mit TEUR 75 sich im Bau befindliche Energieanlagen.

Die Erweiterung des Fernwärmenetzes wurde mit dem Leitungsbau des I. Bauabschnittes zur Erschließung der Wernsdorfer Straße in Braunsbedra mit TEUR 146 fortgesetzt. Für die Fernwärmeleitung zum Neuanschluss des Seniorenwohnheimes der Geiseltaler Wohnungsgesellschaft GmbH Braunsbedra wurde TEUR 43 (Anlage im Bau) aufgewendet. Für den Teilausbau der Karl-Marx-Straße in Großkayna wurden TEUR 43 verwendet.

In Braunsbedra wurden TEUR 38 für Fernwärme-Neuanschlüsse in den Bereichen Heinrich-Heine-Straße, Nordstraße, Häuerstraße und Steigerstraße investiert.

Im Versorgungsbereich Großkayna, Haupt- und Seestraße, wurden Hausanschlussstationen in Höhe von TEUR 74 saniert.

Die Sachanlagen erhöhten sich bedingt durch die getätigten Investitionen von TEUR 4.544 um TEUR 30 auf TEUR 4.574. Die Zugänge berücksichtigen im Wesentlichen die Erweiterung der Fernwärmeleitungsnetze Braunsbedra und Großkayna mit TEUR 232, den Neuanschluss von Fernwärme-Hausanschlüsse in Braunsbedra und Großkayna in Höhe von TEUR 133 sowie die Sanierung vorhandener Fernwärme-Hausanschlüsse in Großkayna mit TEUR 192.

Weitere Zugänge sind bei technischen Einrichtungen in Höhe von TEUR 15 sowie bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungen in Höhe von TEUR 38 zu verzeichnen.

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2018

Durch eine langfristige Vorbereitung bezüglich mengen- und terminmäßiger Anlieferung der notwendigen EBS in der im Allgemeinen kritischen Jahreswechselferperiode kam es zu keinerlei Engpässen. Die Versorgung war jederzeit stabil abgesichert.

Das betrifft in gleicher Weise alle notwendigen Entsorgungsaufgaben (Rost- und Filteraschen).

Bedingt durch das milde Klima in den Monaten Februar und März 2019 konnte mit den geplanten Investitionen begonnen werden. Auf dem Betriebsgelände Grubenweg wurde mit der Verlegung einer Fernwärme-Versorgungsleitung in Richtung Wernsdorfer Straße (II. Bauabschnitt) begonnen.

Die Bautätigkeiten in der Wernsdorfer Straße begannen ebenfalls im März 2019.

Die Bautätigkeiten der im November 2018 in das Jahr 2019 verschobene Verlegung der Anschlussleitung des Seniorenwohnheimes der Geiseltaler Wohnungsgesellschaft mbH an das Fernwärmenetz wurden im Monat März 2019 durchgeführt.

Laut Beschluss der Gesellschafterversammlung wird die Trinkwassersparte mit den Versorgungsgebieten Ortsteil Wunsch, Ortsteil Langeneichstädt bis zum 31. Dezember 2019 sowie den Ortsteil Klobikau bis zum 30. Juni 2019 veräußert. Mit potentiellen Käufern wurden Gespräche geführt und erforderliche technische und kaufmännische Maßnahme zur Vorbereitung des Verkaufs sowie einer reibungslosen Übernahme der Versorgungsaufgaben eingeleitet.

Mit den Ergebnissen eines in Auftrag gegebenen Sanierungskonzeptes des Kraftwerkes Grubenweg ist Ende März 2019 zu rechnen. In dem Konzept werden Maßnahmen zur Sanierung für die nächsten 10 Jahre definiert. Mit der Umsetzung dieser Sanierungskonzeption soll die stabile Energieerzeugung am Standort Grubenweg Braunsbedra gewährleistet und fortgesetzt werden.

5. Risikobericht

Die Versorgungsbedingungen des Geschäftsjahr 2018 können als stabil eingeschätzt werden.

Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) befinden sich auf einem ähnlichen Preisniveau wie im 2. Halbjahr des Geschäftsjahres 2018.

Gleiches gilt auch für die Entsorgungsbedingungen, für die Aufwendungen zur Entsorgung von Reststoffen (speziell Rost- und Filteraschen). Die im Geschäftsjahr 2018 vorhandenen Preisniveaus für die Ver- und Entsorgung setzen sich auch nach erfolgter betriebswirtschaftlicher Auswertung der Monate Januar und Februar 2019 fort. Risiken durch kurzfristigen Preisverfall sind derzeit nicht ersichtlich.

Durch die Anwendung der Stromvermarktungsstrategie wurden bereits im Geschäftsjahr 2018 die im Geschäftsjahr 2019 zu produzierenden Strommengen 2019 vermarktet. Das bedeutet, dass die monatlichen Strommengen und Stromerlöse für das Geschäftsjahr 2019 vertraglich fixiert sind.

Dadurch wird eine relative Planbarkeit der Stromproduktion erreicht. Dem entgegen steht das Risiko, die bereits verkauften Strommengen beider Anlagen auch zu produzieren.

Fehlende Strommengen müssten durch Stromzukäufe zu den aktuell gültigen Strommarktpreisen ausgeglichen werden. Die damit verbundenen zusätzlichen Aufwendungen aus dem Strombezug könnten das geplante Betriebsergebnis aus der Stromsparte wesentlich beeinflussen.

Erhöhte Anforderungen an die Vorbereitung, Organisation sowie Durchführung der täglichen Produktionsprozesse in beiden Anlagen sollen dazu beitragen, unvorhergesehene Produktionsausfälle zu minimieren. Durch eine gezielte, planmäßige und vorbeugende Instandsetzung der Schwerpunktanlagen (Bandanlage, Dampferzeuger, Turbine, Generator) soll die geplante Verfügbarkeit der Stromproduktion gewährleistet werden.

Weiterhin werden in Zusammenarbeit mit der GETEC Weimar GmbH als den Strombilanzkreisverantwortlichen die Entwicklungen am Strommarkt kontinuierlich ausgewertet, um rechtzeitig auf unvorhergesehene Marktveränderungen reagieren zu können.

Ein stetiger Zuwachs der Kosten ist seit einigen Jahren bei der Inanspruchnahme von Fremdleistungen zu verzeichnen. Vor allem durch abgerechnete Nebenkosten (Fahrt- und Reisekosten, Auslösen, Zuschläge usw.) sind die Stundensätze enorm gestiegen.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken werden umfassend im betrieblichen Risikomanagement bewertet.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2019 wird eine weitere Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage erwartet. Nach dem Verkauf der Trinkwassersparte konzentriert sich das Unternehmen hauptsächlich auf die Energieerzeugung/Energieversorgung in den Sparten Fernwärme und Strom.

Für das Geschäftsjahr 2019 ist ein Jahresergebnis vor erfolgsabhängigen Steuern von ca. TEUR 505 geplant.

Schwerpunkte der zu realisierenden Investitionen in Höhe von TEUR 781 sind der weitere Fernwärmeausbau in Braunsbedra und Großkayna sowie die weitere Sanierung der Fernwärme-Hausanschlussstationen in den Versorgungsgebieten Braunsbedra und Großkayna.

Die ab dem 25. Mai 2018 geltende EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) mit den erforderlichen Regelungen beim Erfassen, Verarbeiten und Löschen personenbezogener Daten wurden umgesetzt.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme; die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen; die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schneider, Olaf	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Kocian, Burkhard	
		Cierpinski, André	
		Eigendorf, Eric	
		Feigl, Christian	
		Gabrysch, Hubert	
		Gärtner, Steffen	
		Hajek, Andreas	
		Hilbig, Stefan	
		Koppitz, Erhard	(bis 31.03.2018)
		Krause, Johannes	
		Krimmling, Renate	
		Luppe, Ulrich	
		Mischke, Brita	

Aufsichtsrat:

Schramm, Rudenz

Teichfuß, Sylke

(seit 17.05.2018)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	27	28	28

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0	4,09
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.000	18,29
mittelbar	T€	%
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,15
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,09
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	9	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Altendiez GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,09

mittelbar

	T€	%
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Thalfang GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,09
Windkraft Hessenweg GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,16
Windpark Doberschwitz GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,06
Windpark Großschirma GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Kleinschirma GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Königshain-Wiederau GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Kyffhäuserland GmbH & Co. KG		2,04
Windpark Twerberg GmbH & Co. KG		9,33
Windpark Twerberg Verwaltungs GmbH	2	9,33
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,53
WMD Windenergie Mitteldeutschland GmbH	1	2,04

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	299.055	78	263.399	75	237.465	69	35.656	14
Umlaufvermögen	83.108	21	86.837	24	104.442	31	-3.729	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	2.906	1	2.669	1	1.676	0	237	9

Bilanzsumme	385.069	100	352.905	100	343.583	100	32.164	9
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	98.228	26	95.628	27	89.878	26	2.600	3
Sonderposten mit Rücklagenanteil	2.666	1	3.337	1	4.014	1	-671	-20
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	25.437	6	24.870	7	23.984	7	567	2
Rückstellungen	37.425	10	38.680	11	45.942	14	-1.255	-3
Verbindlichkeiten	221.313	57	190.390	54	179.761	52	30.923	16
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	4	0	0	0

Bilanzsumme	385.069	100	352.905	100	343.583	100	32.164	9
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	421.458	445.339	403.541
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-623	-63	-286
andere aktivierte Eigenleistungen	737	553	506
sonstige betriebliche Erträge	6.061	6.575	6.714
Materialaufwand	344.447	369.260	323.690
Personalaufwand	20.220	21.133	19.939
Abschreibungen	20.569	20.371	22.251
sonstige betriebliche Aufwendungen	15.388	16.416	17.381
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	300	298	283
Erträge aus Beteiligungen	333	117	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	188	227	294
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.323	3.392	3.682
Ergebnis nach Steuern	22.507	22.474	24.109
sonstige Steuern	1.113	998	890
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	21.394	21.476	23.219
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,08	4,82	5,75	%
Eigenkapitalrentabilität:	21,78	22,46	25,83	%
Cash-Flow:	41.963	41.847	45.470	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.522	1.627	1.456	T€
Personalaufwandsquote:	4,73	4,67	4,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,62	66,47	60,86	%
Eigenkapitalquote:	25,51	27,10	26,16	%
Fremdkapitalquote:	74,49	72,90	73,84	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Absatz Erdgas	3.942,00	4.065,00	2.267,00	GWh
Absatz Strom	2.035,00	2.460,00	1.934,00	GWh
Absatz Wärme	661,00	686,00	800,00	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die EVH GmbH (EVH) beliefert Privat- und Gewerbe- sowie Großkunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas. Der Strombedarf wird durch Eigenerzeugung im Energiepark Dieselstraße sowie durch Fremdbezug gedeckt. Auf Grundlage eines Bilanzkreismanagements besteht die Möglichkeit des strukturierten Einkaufs, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird. Die Wärmeversorgung erfolgt zum überwiegenden Teil durch Eigenerzeugung im Energiepark Dieselstraße sowie über einen Wärmebezugsvertrag mit dem Tochterunternehmen Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT).

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, in der Verpachtung von Anlagevermögen sowie in der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Die EVH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH.

Das Unternehmen ist alleiniger Anteilseigner an der Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle), welche als Strom- und Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Elektrizitäts- und Gasverteilnetzes verantwortlich ist. Für den technischen Betrieb des Fernwärmenetzes in Halle (Saale) ist sie als Dienstleister für die EVH tätig. Darüber hinaus ist die EVH alleiniger Anteilseigner an der KWT sowie der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH.

An der Meter1 GmbH & Co. KG sowie an der Meter1 Verwaltung GmbH hält die EVH jeweils 33,3 % der Anteile. Der operative Geschäftsbetrieb der Gesellschaft wurde bereits zum 31. Dezember 2015 eingestellt. Die Gesellschaft wird auch im Jahr 2019 zunächst als gesellschaftliche Hülle weitergeführt. Derzeit prüfen die Gesellschafter die Möglichkeiten einer Fortführung mit einem neuen Geschäftszweck.

Die EVH hält an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) (Kommandit-)Anteile in Höhe von 18,3 %. Ziel der Gesellschaft ist es, mittels der Beteiligung an Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland zu betreiben.

Weiterhin ist die EVH in Höhe von 4,1 % an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) als Kommanditist beteiligt. Der Unternehmensgegenstand der TEE umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie und Photovoltaik in Deutschland. Vor allem mittels der Beteiligung an Unternehmen mit Sitz in Deutschland soll ein Anlagenportfolio aufgebaut und betrieben werden.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Kern-Handlungsfelder der EVH werden strategisch mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur abgebildet. Strategische Kerngeschäftsfelder sind Energievertrieb, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft.

Um die Chancen der Digitalisierung nutzen zu können und die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Veränderungen zu organisieren, wurde bereits im Jahr 2017 der Geschäftsbereich „Digitalisierung/Neue Geschäftsfelder“ etabliert. Verschiedenste Projekte zur Optimierung und Modernisierung der IT-Landschaft im Hinblick auf die aktuellen und kommenden Marktanforderungen wurden seitdem in die Wege geleitet.

Die EVH betreibt eine kontinuierliche Analyse von Geschäftsprozessen in allen Geschäftsbereichen, um mögliche Verbesserungspotenziale identifizieren zu können. Ein starker Fokus liegt aktuell auf den Kundenserviceprozessen. Auf Basis der Prozessanalysen soll der Automatisierungsgrad von definierten Geschäftsprozessen erhöht werden. Hierzu werden die erforderlichen IT-Systeme, wie ein integriertes Kundenservice-Portal und ein System zur Automatisierung von Nutzereingaben, eingeführt.

Zur besseren Integration von Kalkulationsprozessen im Energievertrieb in die Prozesse der Portfoliobewirtschaftung wird das dort im Einsatz befindliche IT-System erweitert. Im Berichtszeitraum erfolgten hierfür die Anforderungsdefinition und die Schnittstellenabstimmung zum Customer-Relationship-Management-System (CRM). Darüber hinaus wird das vorhandene CRM-System erweitert.

Zur Optimierung der Schnittstellenarchitektur der heterogenen IT-Systemlandschaft wird eine zentrale Plattform für den Datenaustausch in Form eines Enterprise Service Bus (ESB) eingerichtet.

1.2. Ziele und Strategien

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen (EVU) haben sich mittlerweile fundamental verändert und unterliegen auch weiterhin kontinuierlich Veränderungsprozessen. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren komplexen Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte, welche höhere Anforderungen an die Flexibilität der Erzeugungsanlagen stellen sowie die Tendenz zur verstärkten Digitalisierung der gesamten Branche. Dieser Entwicklung muss sich auch die EVH stellen. Der intensive Wettbewerb in den Kundensegmenten der Gesellschaft führt gleichermaßen zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Wärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen.

Mit dem strategischen Geschäftsfeld Portfoliomanagement und Beschaffung sind sämtliche diesbezügliche Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO₂-Zertifikate zentral und koordiniert erfolgen.

Darüber hinaus betreibt die EVH im strategischen Geschäftsfeld Erzeugung mit dem Projekt „KWK35“ die Modernisierung des Energieparks Dieselstraße. Das Projekt beinhaltet unter Nutzung der Möglichkeiten des KWKG 2016 die vom Markt geforderte Erhöhung der Flexibilität für die Strom- und Wärmeerzeugung und soll die Zukunftsfähigkeit langfristig sicherstellen. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls eine Modernisierung des Kraftwerkes der KWT am Standort Halle-Trotha vorbereitet.

Im Zusammenhang mit dem strategischen Geschäftsfeld „Regenerative Erzeugung“ erwarb die EVH Anteile an den Beteiligungsgesellschaften TOW und TEE. Diese Beteiligungen tragen durch ihre wachsenden Erneuerbare-Portfolien in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen, ökologischen Stromproduktion der EVH bei. Darüber hinaus realisiert die EVH im Rahmen der Unternehmensstrategie eigenverantwortlich Projekte zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Durch den kontinuierlichen Ausbau des Portfolios bekennt sich die EVH zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und leistet einen wertvollen Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Die EVH verfügt zum 31. Dezember 2018 über eine regenerative Erzeugungskapazität (unter Einbeziehung mittelbarer Kapazitäten) von ca. 42 Megawatt (MW).

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der EVH ist vertikal in die Struktureinheiten Grundsatzfragen/Infrastruktur/Sicherheit, Digitalisierung/Neue Geschäftsfelder, Unternehmenssteuerung/kaufmännischer Service, Portfoliomanagement/Beschaffung, Energievertrieb sowie Zentrale Erzeugung gegliedert. Darüber hinaus werden Themen von strategischer Relevanz durch horizontal übergreifende Teams aus Fachexperten bearbeitet.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder. Diese beinhalten jeweils eigenständige Geschäftsmodelle, Verantwortliche, Erfolgsfaktoren und Kennzahlen. Im Sinne eines effizienten und messbaren Kosten- und Erlös-Managements wird jedes Geschäftsfeld separat geplant und verfügt über eine eigenständige Berichterstattung. Als kritische Steuerungsgrößen dienen Deckungsbeiträge sowie das EBIT des Geschäftsfeldes.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt des Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr: 8,4 %) und unterbot somit zum dritten Mal in Folge die 10%-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Zum 1. Januar 2018 sank die EEG-Umlage leicht auf 6,792 Cent je kWh (Vorjahr: 6,880 Cent je kWh). Dieser Sachverhalt sowie die permanente Optimierung der Beschaffung und weitere Effizienzsteigerungen ermöglichten es der EVH, die Strompreise gegenüber dem 1. Januar 2017 leicht zu senken. Die Preise für Erdgas im Netzgebiet Halle (Saale) wurden für variable Produkte und in der Grundversorgung im Vergleich zu 2017 konstant gehalten.

Im Mai 2018 wurde die von der EVH gelieferte Fernwärme mit dem Primärenergiefaktor (PEF) 0,00 zertifiziert. Der PEF beinhaltet einerseits das Verhältnis eingesetzter Primärenergie zu abgegebener End-(Nutz)-Energie – also die Effizienz – als auch die Versorgungssicherheit und die Klimaschädlichkeit (z. B. CO₂-Emissionen). Der PEF 0,00 entspricht auch Umweltenergien wie ihn Sonne oder Wind haben. So hat dieser Wert Vorteile für Umwelt und Nutzer, da er beispielsweise Bauherren bei der Erfüllung der Energieeinsparpflichten hilft und als gleichwertige Ersatzmaßnahme für den Einsatz erneuerbarer Energien gilt.

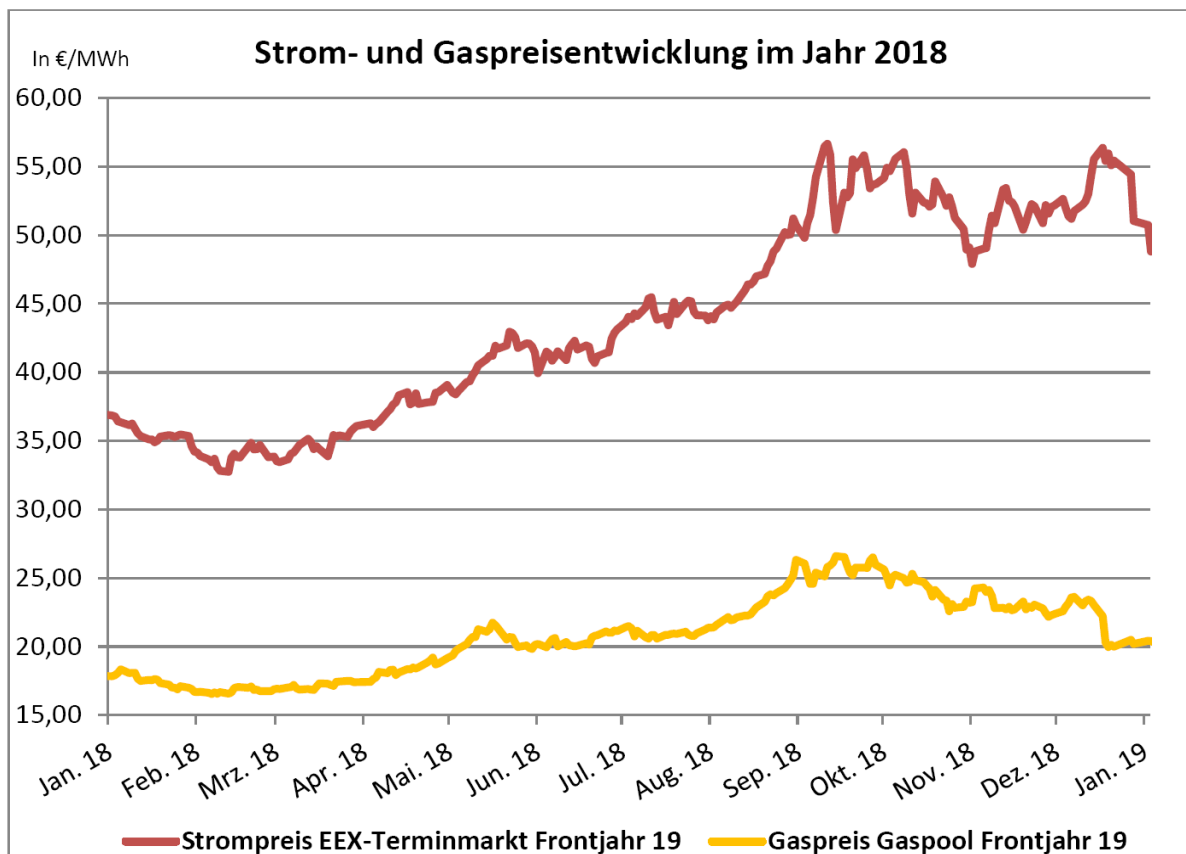
Am 19. September 2018 wurde der Energie- und Zukunftsspeicher im Energiepark Dieselstraße gemeinsam mit Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt), Halles Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand sowie 120 weiteren Gästen aus Politik und Wirtschaft feierlich in Betrieb genommen. Der Energie- und Zukunftsspeicher ist inzwischen zum Symbol der Energie-Initiative Halle (Saale) geworden. Aus diesem Grund wurden in diesem Rahmen zugleich fünf neue Partner der Initiative, welche bisher aus 21 Gründungsmitgliedern bestand, aufgenommen. Neu beigetreten sind das BG Klinikum Bergmannstrost Halle, die Franckeschen Stiftungen Halle, das Fraunhofer Institut Halle, die Paul-Riebeck-Stiftung Halle und die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii.

Im November 2018 wurde die EVH im Rahmen einer Festveranstaltung der IHK Halle-Dessau, bei der die Preise der Umweltallianz Sachsen-Anhalt 2018 verliehen wurden, für 20 Jahre EMAS-Auditierung gewürdigt. Diese als EU-Öko-Audit bekannte Auditierung wurde von der Europäischen Union entwickelt und ist ein Gemeinschaftssystem aus Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung für Organisationen, die ihre Umweltleistung verbessern wollen. An EMAS teilnehmende Organisationen haben eine Umwelterklärung zu veröffentlichen, in der sie u. a. über ihre Auswirkungen auf die Umwelt (direkt oder indirekt), ihre Umweltleistung und ihre Umweltziele berichten. Die Umwelterklärung wird von einem unabhängigen Umweltgutachter, der einer staatlichen Überwachung unterliegt, auf ihre Richtigkeit hin überprüft und ist jährlich zu aktualisieren. Die EVH wurde bereits vor Jahren aufgrund ihres Engagements im Umweltschutz als eines der ersten Unternehmen in Sachsen-Anhalt in die Umweltallianz aufgenommen. Da für eine erfolgreiche Unternehmensführung die ständige Verbesserung der Rohstoff- und Energieeffizienz von Produkten, Prozessen und Dienstleistungen unerlässlich ist, wurden mit dem diesjährigen Preis der Umweltallianz herausragende Leistungen sachsen-anhaltischer Unternehmen auf diesem Gebiet gewürdigt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt herrscht weiterhin ein starker Wettbewerb. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Kundenangebote mit verkürzten Wechselfristen sowie der verbesserte Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben Einfluss auf den Wettbewerb. Dabei ist bei insgesamt steigenden staatlichen Preisbestandteilen ein immer kleinerer Anteil des Preises tatsächlich noch im Wettbewerb gestaltbar.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für konventionelle Kraftwerke sind nach wie vor ambitioniert. Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien führt seit Jahren zu wachsenden regenerativen Erzeugungskapazitäten und Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2018 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom und Gas bedingen den für die EVH erfolgsrelevanten Clean Spark Spread für die Stromerzeugung. Durch die Erhöhung der Strompreise wuchs der Clean Spark Spread für zukünftige Perioden im Verlauf des Jahres von ca. 10 € pro MWh auf teilweise bis zu 25 € pro MWh im Dezember an. Ursächlich hierfür war der Anstieg der Strompreise, welcher stärker ausfiel als der zeitgleiche Anstieg der Gaspreise. Gegenläufig wirkten die kontinuierlich gestiegenen Preise für das Recht, klimarelevante Abgase zu emittieren. Diese sogenannten CO₂-Zertifikatspreise verdreifachten sich im Jahresverlauf nahezu und zehrten somit einen Teil des verbesserten Clean Spark Spread auf. Durch die langfristige Preissicherungsstrategie kann die EVH mittelfristig von der positiven Energiepreisentwicklung profitieren.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Oktober 2018 hat das Finanzministerium einen Gesetzentwurf für die Neuregelung von Stromsteuerbefreiungen vorgelegt. Nachdem die europäische Kommission einzelne Teile des Stromsteuergesetzes (StromStG) und der darin enthaltenen Regelungen für Stromsteuerbefreiungen als staatliche Beihilfe eingestuft hatte, soll im Wesentlichen der § 9 StromStG neu und beihilferechtskonform gefasst werden. Künftig soll nur noch Strom von der Stromsteuer befreit sein, der aus erneuerbaren Energieträgern oder mittels hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugt und zum Selbstverbrauch entnommen bzw. an Letztverbraucher im räumlichen Zusammenhang zur Stromerzeugungsanlage geleistet wird. Damit entfällt das Privileg für die sonstige konventionelle Stromerzeugung. Ferner soll das Erfordernis eines Grünstromnetzes als Voraussetzung für die Stromsteuerbefreiung ebenfalls entfallen, wodurch der Selbstverbrauch von erneuerbaren Energien weiter gefördert wird. Für Stadtwerke werden damit Geschäftsmodelle erleichtert, die erneuerbare Energien und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung in einen räumlichen Verbrauchszusammenhang setzen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat den Zwischenbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, der sogenannten Kohlekommission, vom 25. Oktober 2018 veröffentlicht. In diesem hat die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission die komplexen Fragestellungen, welche sich aus einem nationalen Ausstieg aus der Kohleverstromung ergeben sowie mögliche Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der kohlestromerzeugenden Regionen thematisiert. Aus einem solchem Kohleausstieg ergeben sich Chancen für die Erzeugung aus regenerativen Energiequellen sowie der weniger CO₂-intensiven Stromerzeugung aus Gaskraftwerken.

Nachdem das BMWi im Rahmen des Monitorings zur Angemessenheit der KWK-Fördersätze in Bezug auf die KWK-Bestandsanlagenförderung von einer Überförderung ausgeht, wurde zum Jahresende 2018 das sogenannte Energiesammelgesetz beschlossen. Dieses umfasst Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) und weiterer Bestimmungen des Energierechts. Im neuen KWKG wird nunmehr im Rahmen der Bestandsanlagenförderung zwischen Größenklassen der KWK-Anlagen, entsprechend der installierten Leistung, differenziert. Ab 2019 soll für Anlagen mit einer Leistung von mehr als 50 MW eine geringere KWK-Bestandsanlagenförderung gezahlt werden, was für die Anlagen Dieselstraße und Halle-Trotha (Größenklasse bis 100 MW) eine Reduzierung des Fördersatzes von 1,5 Cent je kWh auf 1,3 Cent je kWh bedeutet.

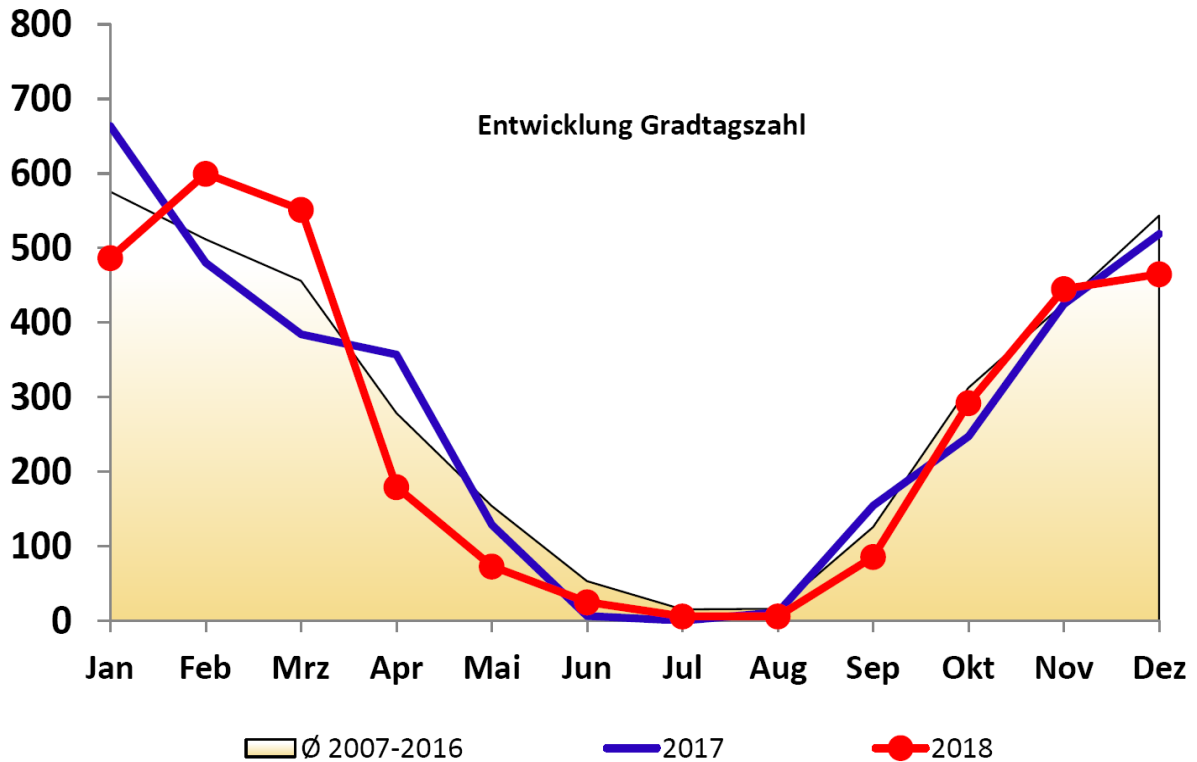
Im Dezember 2018 wurde das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG 2.0) vom Kabinett beschlossen und dem Bundestag und Bundesrat zugeleitet. Ziel des Gesetzes ist es, die Genehmigungsverfahren für den Leitungsausbau zu vereinfachen. Der Gesetzesentwurf enthält neben Änderungen am NABEG auch Änderungen an weiteren Gesetzen und Verordnungen, so unter anderem am EEG, KWKG und EnWG und betrifft u. a. die Zusammenführung des Einspeisemanagements mit dem Redispatch im EnWG. Zukünftig wird der Einspeisevorrang von EE- und KWK-Anlagen aufgehoben, wenn dadurch die Abregelung konventionell erzeugten Stroms um ein Vielfaches gemindert werden kann. Diese Neuregelung dient in erster Linie dem Zweck, Redispatchkosten zu senken. Es ist geplant, das Gesetz im ersten Quartal 2019 zu verabschieden.

Der Rollout von intelligenten Messsystemen verzögert sich, da erst am 12. Dezember 2018 das erste Smart Meter Gateway eine vollständige Zertifizierung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erhalten hat. Erst wenn mindestens drei voneinander unabhängige Unternehmen durch das BSI zertifizierte intelligente Messsysteme am Markt anbieten und nach § 30 MsbG die technische Möglichkeit zur Ausstattung der Messstellen festgestellt wird, kann das EVH-Tochterunternehmen Netzgesellschaft Halle mit dem Rollout intelligenter Messsysteme beginnen.

Das europäische Richtlinienpaket zum Energiemarkt (das sogenannte „Winterpaket“) wurde vom Europäischen Parlament, vom Europäischen Rat und der Europäischen Kommission beschlossen. Damit werden im Jahr 2019 auch die absehbaren Änderungen am EnWG selbst in förmliche Gesetzgebungsverfahren überführt werden müssen. Das Winterpaket dient zur besseren Koordinierung nationaler Energiepolitiken, zur Reform der Richtlinien für Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien und soll die Energiepolitik bis 2030 in der EU prägen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH für den Verkauf von Strom, Gas und Wärme ist das Verbrauchsverhalten infolge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die vergleichsweise warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2018 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.212 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2016 (Grundlage der Planung) eine Unterschreitung (-7,4 %). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine um 4,8 % niedrigere Gradtagszahl.



Neben den Witterungseinflüssen wirkt sich der ausgeprägte Wettbewerb erfolgsbestimmend auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment aus.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Clean Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz sowie die Kosten für CO₂-Zertifikate. Die in Gliederungspunkt 3.2 dargestellte Preisentwicklung verdeutlicht die nach wie vor volatile Marktsituation für konventionelle Kraftwerke, wenngleich sich der Gesamtmarkt im Jahresverlauf positiv entwickelt hat.

3.5. Forschung und Entwicklung

Forschungs- und Entwicklungsthemen, wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen, werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Das Unternehmen prüft kontinuierlich die Übernahme bzw. den Bau von Solarparks, um den Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung weiter auszubauen.

Das Investitionsportfolio beinhaltet das Projekt „KWK35“, welches die grundlegende Modernisierung des Energieparks Dieselstraße zum Inhalt hat und der zukunftsfähigen Flexibilisierung der Strom- und Wärmeerzeugung unter Nutzung der neuen Fördermöglichkeiten des novellierten KWKG dient.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2018 beschäftigte die EVH gemeinsam mit der Netzgesellschaft Halle 588 Mitarbeiter und 37 Auszubildende. 296 Mitarbeiter waren unmittelbar bei der EVH beschäftigt. Die Anzahl der Mitarbeiter der EVH ist im Vergleich zum Vorjahr um einen Mitarbeiter gesunken.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 46 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit lag bei 20 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin Herausforderungen für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist ein wichtiges Instrument, um diese Herausforderungen zu meistern. Mit dieser werden frühzeitig Handlungsfelder identifiziert und Maßnahmen entwickelt, um auch zukünftig eine qualifizierte Belegschaft zu erhalten und einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Einen weiteren Beitrag leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der Stadtwerke-Halle-Gruppe (SWH) über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut. Im Jahr 2018 startete die Bewerbungsphase für den neuen TalentPool, der in 2019 beginnen wird.

Eine weitere Möglichkeit, Nachwuchskräfte für die EVH zu gewinnen, bietet die Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft.“ der SWH, welche bereits im Februar 2016 begann. Das Ziel dieser Initiative ist es, Jugendlichen zwischen 15 und 26 Jahren eine Ausbildung zu ermöglichen. Das Angebot richtet sich an junge Menschen, die aufgrund von Vermittlungshemmnissen (abgebrochene Ausbildung, fehlender/schlechter Schulabschluss, junge Eltern, Migranten/Flüchtlinge) beim Übergang in eine qualifizierte Erwerbstätigkeit benachteiligt sind.

Darüber hinaus ist die EVH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden. Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2022 entwickelt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der EVH beträgt die Quote, weil nur ein Geschäftsführer bestellt ist, 0 %. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2018 bei 0 %. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2018 unverändert bei 22,8 %. Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen 25,0 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31,44 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der EVH liegt per 31. Dezember 2018 bei 17,6 %. Eine Zielsetzung hierfür wurde nicht festgelegt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2018 erzielte die EVH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 21,4 Mio. € und lag damit 0,1 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2018	2017	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	421,5	445,3	-23,9	-5,4
Übrige Erträge	6,2	7,1	-0,9	-12,6
Materialaufwand	344,5	369,3	-24,8	-6,7
Deckungsbeitrag	83,2	83,1	0,1	0,1
Personalaufwand	20,2	21,1	-0,9	-4,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15,4	16,4	-1,0	-6,3
Beteiligungsergebnis	0,6	0,4	0,2	52,5
EBITDA	48,2	46,0	2,2	4,8
Abschreibungen	20,6	20,4	0,2	1,0
EBIT	27,6	25,6	2,0	7,8
Finanzergebnis	-5,1	-3,1	-2,0	-62,2
Steuern	1,1	1,0	0,1	11,6
Jahresergebnis	21,4	21,5	-0,1	-0,4

Dabei fielen die Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich um 23,9 Mio. € (-5,4 %) niedriger aus. Dies war zum einen durch geringere Handelsaktivitäten innerhalb der kurzfristigen Portfoliobewirtschaftung sowie im Endkundengeschäft im Segment Strom bedingt. Die gestiegenen Handelsmengen der kurzfristigen Portfoliobewirtschaftung im Bereich Gas wirkten gegenläufig. Weiterhin wirkte sich in den Segmenten Gas und Wärme die im Vorjahresvergleich wärmere Witterung aus, welche geringere Absätze bedingte. Produktions- und absatzbedingt fielen geringere Aufwendungen für den Bezug von Energie an. Zusammen mit den damit einhergehenden geringeren Leistungen ergab sich ein um 24,8 Mio. € (-6,7 %) geringerer Materialaufwand. Der Deckungsbeitrag verblieb auf dem Vorjahresniveau (+0,1 Mio. €; +0,1 %).

Der im Vorjahresvergleich niedrigere Personalaufwand ist auf Sondereffekte des Vorjahres, wie eine tarifliche Einmalzahlung und Personalmaßnahmen im Rahmen der Integration des Teilbetriebes Stadtbeleuchtung zurückzuführen. Derartige oder vergleichbare Effekte waren im Jahr 2018 nicht zu verzeichnen. Weiterhin wirkten geringere sonstige betriebliche Aufwendungen, welche hauptsächlich auf geringere Aufwendungen für Rechts- und Beratungsleistungen, geringere Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Einsparungen bei Versicherungen zurückzuführen waren. Das EBITDA stieg daher um 2,2 Mio. € auf 48,2 Mio. €. Das Abschreibungsvolumen stieg investitionsbedingt gegenüber dem Vorjahr leicht an. Somit ergab sich zum 31. Dezember 2018 ein EBIT in Höhe von 27,6 Mio. €, welches 2,0 Mio. € über dem des Vorjahres lag. Das Finanzergebnis ist geprägt durch die Bildung einer Rückstellung für steuerliche Zinsrisiken.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die EVH wies zum 31. Dezember 2018 ein Stammkapital in Höhe von 10,3 Mio. € aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 126,3 Mio. €, was einer Steigerung von 2,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entsprach. Dies war hauptsächlich durch eine Kapitaleinlage der SWH in Höhe von 2,6 Mio. € bedingt.

Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten von 32,8 %. Gegenüber dem Vorjahr sank diese um 2,3 %-Punkte.

Entwicklung des Eigenkapitals	2018	2017	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	25,5	27,1	-1,6	-5,9
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	32,8	35,1	-2,3	-6,5

Die Kennzahlen zur Nettoverschuldung stellen sich folgendermaßen dar:

Nettoschulden	2018	2017	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	150,4	123,9	26,5	21,4
Liquide Mittel	29,1	31,5	-2,4	-7,6
Nettoschulden	121,3	92,4	28,9	31,3
EBITDA	48,2	46,0	2,2	4,8
Nettoschulden/EBITDA	2,5	2,0	0,5	25,2

Bei einer Abnahme liquider Mittel um 2,4 Mio. € erhöhte sich die Nettoverschuldung um 28,9 Mio. € auf 121,3 Mio. €. Zugleich erhöhte sich ebenfalls der Verschuldungsfaktor (Nettoschulden/EBITDA) auf einen Wert von 2,5. Die Finanzverbindlichkeiten betrafen Bankdarlehen sowie Gesellschafterdarlehen der SWH.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtsjahr 2018 tätigte die EVH Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 56,4 Mio. €.

Ein wesentlicher Anteil der Investitionen betrifft Planungs- und Bauleistungen für das Projekt „KWK35“, unter anderem die Errichtung des hinzugehörigen Energie- und Zukunftsspeichers.

Schwerpunkte im Fernwärmenetz waren die Sanierung, der Ersatz sowie die Anpassung und Erweiterung der Leitungen im Fernwärmeprimär- und -sekundärnetz innerhalb des Stadtgebietes Halle (Saale). Ebenso investierte das Unternehmen in die Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen für den Ersatz von Stationen, eines Schalthauses, Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Strom- und Gasbereich, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software getätigt. Im Rahmen des Stadtbahnprogramms wurden ebenfalls Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz durchgeführt. Weiterhin investierte die Gesellschaft in den Bau eines Ausbildungszentrums am Standort Dieselstraße.

Darüber hinaus führte die Gesellschaft auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionen in eigene Photovoltaikanlagen fort. Hierbei fielen Planungs- und Bauleistungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen an, deren Fertigstellung für das Jahr 2019 geplant ist.

In Höhe von 0,5 Mio. € erwarb die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr Finanzanlagen an der TEE, während eine Kapitalrückführung in Höhe von 0,1 Mio. € aus bereits realisierten Projekten der TEE den Buchwert gegenläufig beeinflusste. Im Rahmen der planmäßigen Kapitalrückführung flossen von der TOW 0,4 Mio. € zu, weshalb sich der Buchwert der TOW entsprechend verringerte.

4.2.3. Liquidität

Im Geschäftsjahr 2018 war bei der EVH ein Finanzmittelabfluss in Höhe von 2,4 Mio. € (Vorjahr: Abfluss 26,8 Mio. €) zu verzeichnen.

Liquiditätsentwicklung	2018	2017
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	46,4	30,0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-56,0	-46,3
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	+7,2	-10,5
Zahlungswirksame Veränderungen	-2,4	-26,8
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	31,5	58,3
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	29,1	31,5

Die Erhöhung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 16,4 Mio. € war auf stichtagsbedingte Effekte (Entwicklung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Rückstellungen) zurückzuführen.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 42,3 Mio. €, Tilgungen in Höhe von 15,7 Mio. € sowie die Abführung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 21,5 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH belief sich am 31. Dezember 2018 auf insgesamt 29,1 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash Pools mit der SWH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2018 betrug die Bilanzsumme der EVH 385,1 Mio. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 32,2 Mio. €.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um 35,7 Mio. € auf 299,0 Mio. €, was zum Großteil auf Anlagen im Bau sowie geleisteten Anzahlungen, vornehmlich für das Projekt KWK35 und Projekte der regenerativen Erzeugung, beruhte. Das Umlaufvermögen in Höhe von 83,1 Mio. € (Vorjahr: 86,8 Mio. €) war von einem geringeren Cash Pool-Guthaben geprägt.

Auf der Passivseite wirkten höhere Verbindlichkeiten sowie ein gestiegenes Eigenkapital infolge einer Kapitalzuführung durch den Gesellschafter, während sich der Bestand der Rückstellungen leicht rückläufig entwickelte.

4.4. Gesamtaussage

Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfeldes schloss die EVH das Geschäftsjahr 2018 mit einem Ergebnis über Plan ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2018 wurden bei der EVH insgesamt 22 Risiken ermittelt (Vorjahr: 18). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt vier Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe 1	Risikogruppe 2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	2	0	1
Führung/Organisation	2	0	0
Marktrisiken	10	0	1
Rechtliche Risiken	4	0	2
Technische Risiken	4	0	0
Gesamt	22	0	4

Risiken der höchsten Risikogruppe 1 lagen nicht vor.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Aufgrund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Preisfixierungen für Ein- und -verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Strom- und Gashandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limits fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner.

Die geltenden Limits für Energiebeschaffung und Vermarktung innerhalb der EVH wurden im Berichtszeitraum beachtet. Limitüberschreitungen wurden durch entsprechende Gegenmaßnahmen aufgehoben.

Aus der Bewirtschaftung der Energieportfolien ergeben sich systemimmanent das Risiko von Verlusten sowie die Chance auf Gewinne.

Für die dritte Regulierungsperiode im Gas (2018 bis 2022) und für die dritte Regulierungsperiode im Strom (2019 bis 2023) erwartet die Netzgesellschaft Halle von den Regulierungsbehörden im Geschäftsjahr 2019 die Festlegungen der Ausgangsniveaus zur Bestimmung der Erlösobergrenze und der individuellen Effizienzwerte. Damit besteht ein Risiko aus einer Verminderung der Erlösobergrenze ab der dritten Regulierungsperiode für die Strom- und Gasnetze, welche durch das Tochterunternehmen Netzgesellschaft Halle betrieben werden.

Infolge der aktuellen markt- und sicherheitspolitischen Entwicklungen überwacht und bewertet die Gesellschaft Risiken bezüglich des Ausfalls von DV-Systemen, potenziellem Datenverlust und -raub und deren mögliche Folgen für den gewöhnlichen Betriebsablauf. Entsprechende Sicherheitsmaßnahmen sind etabliert und werden regelmäßig an veränderte Gegebenheiten und technische Standards angepasst. Es bestehen Vereinbarungen mit dem Betreiber der IT-Systeme zur Sicherstellung der Verfügbarkeit. Eine entsprechende unternehmensinterne Weisung bezüglich Datenschutz und Datensicherheit besteht ebenfalls.

Durch die Modernisierung der Erzeugungsanlagen im Energiepark Dieselstraße und Halle-Trotha eröffnet das KWKG weitere Chancen die im Rahmen des Projektes „KWKG35“ gehoben werden sollen. Noch nicht abschließend bewertbare gesetzliche Rahmenbedingungen oder Gesetzesänderungen können das Projekt in Teilbereichen bedingt beeinflussen.

Zur Vermeidung negativer Auswirkungen eines möglichen Bauzeitverzuges innerhalb des Projektes „KWKG35“ auf die Förderung nach KWKG für die Anlagen im Energiepark Dieselstraße werden der Projektfortschritt fortlaufend überwacht und Maßnahmen zur Einhaltung des Zeitplans abgeleitet.

Aus dem Ende 2018 beschlossenen Energiesammelgesetz (siehe Punkt 3.3.) ergibt sich das Risiko einer Reduzierung des Fördersatzes der KWK-Bestandsanlagenförderung für die Anlagen im Energiepark Dieselstraße. Ein Risiko für die geplante Modernisierung dieser Anlagen im Rahmen des Projektes „KWKG35“ ist hieraus nicht erkennbar.

Das Energiesammelgesetz (ehemals 100-Tage-Gesetz genannt) sieht darüber hinaus eine Verschärfung hinsichtlich der Voraussetzungen für die Gewährung der Bestandsanlagenförderung für KWK-Anlagen vor. Eine Bestandsanlagenförderung soll nur für Anlagen gezahlt werden, deren Eigenversorgungsanteil ein Prozent des erzeugten Stroms nicht übersteigt. Auf Basis welcher Daten das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) den Nachweis zur Erfüllung der Voraussetzungen prüft, steht (noch) nicht fest. Das Risiko betrifft die Bestandsanlagenförderung für das Jahr 2019 für die Anlagen im Energiepark Dieselstraße.

Durch die Finanzbehörden wird aktuell bei Stadtwerken mit Netzverpachtungsmodell die umsatzsteuerliche Berücksichtigung der Verrechnung von Konzessionsabgabe zwischen Verpächter und Pächter geprüft. Laut Auslegung der Finanzbehörden soll – entgegen der in der Branche geübten Verfahrensweise – die Weiterberechnung der Konzessionsabgabe einen umsatzsteuerpflichtigen Vorgang darstellen. Im Rahmen einer Betriebsprüfung traf das Finanzamt eine solche Feststellung für die Verrechnung der Konzessionsabgabe zwischen der EVH und der Netzgesellschaft Halle. Die Umsatz-/Vorsteuer saldieren sich bei der EVH und der Netzgesellschaft Halle, sodass unmittelbar keine finanzielle Belastung erwächst. Die momentane Rechtslage sieht für die rückwirkende Rechnungslegung der geschuldeten Umsatzsteuer eine Verzinsung der Umsatzsteuerschuld in Höhe von 6 % p. a. vor. Wegen des anhaltend niedrigen Zinsniveaus sind hierzu aktuell Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen in der Diskussion. Die EVH hat Aussetzung der Vollziehung beantragt, die gewährt wurde. Für das bestehende Zinsrisiko wurde eine Rückstellung gebildet.

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorvorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2019 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Energie- und Rohstoffmärkte reagieren sehr sensibel auf den weltweiten Konjunkturverlauf und die politisch-rechtlichen Veränderungen. Vor diesem Hintergrund ist weiterhin mit volatilen Preisentwicklungen zu rechnen, was eine verlässliche Prognose des zukünftigen Geschäftsverlaufes erschwert.

6.1. Umsatzentwicklung

Die demographischen Rahmenbedingungen in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom und Gas innerhalb des Netzgebietes von Halle. In der Sparte Strom ist dabei von einer steigenden Anzahl von Zählern mit einem gleichzeitig leicht sinkenden spezifischen Verbrauch im Privat- und Gewerbekundenbereich auszugehen. Ursächlich hierfür sind sowohl gesellschaftliche Prozesse wie die Zunahme von Ein-Personen-Haushalten als auch Energieeinspareffekte bspw. durch LED-Beleuchtung. Um dem sinkenden Fernwärmebedarf zu begegnen, setzt das Unternehmen neben der Netzausweitung auf das Projekt „Verdichtung des Fernwärmenetzes“. Hierzu haben die EVH und die SWH zusammen mit der Stadt Halle (Saale), lokalen Wohnungsunternehmen und großen Fernwärmekunden die „Energie-Initiative-Halle (Saale)“ gegründet.

Positive Effekte auf die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld „Zentrale Erzeugung“ erwartet die EVH infolge des novellierten KWKG.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) veröffentlichten am 15. Oktober 2018 die Prognose der 2018 zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen nach EEG sowie die daraus resultierende Umlage für das Jahr 2019. Die EEG-Umlage ist von allen Letztverbrauchern für jede bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Sie sinkt im Jahr 2019 um ca. 5,7 % gegenüber dem Niveau des Jahres 2018 auf 6,405 Cent je kWh. Neben der EEG-Umlage sinken auch der Aufschlag nach dem KWKG sowie die Umlage zur Netzentgeltreduzierung stromintensiver Betriebe (§ 19 StromNEV) signifikant. Auch wenn sich die Umlage für abschaltbare Lasten im Jahr 2019 halbieren wird, so ist ihr Niveau von 0,005 Cent je kWh doch zu vernachlässigen. Im Zuge der Umsetzung des Netzentgeltmodernisierungsgesetzes (NEMoG) werden die Anschlusskosten für Offshore-Windparks, welche bisher Bestandteil der Netzentgelte waren, ab 2019 aus diesen herausgelöst und der bisherigen Offshore-Haftungsumlage hinzugerechnet. Die damit ab dem Jahr 2019 neu geschaffene Position trägt den Namen Offshore-Netzumlage und wird sich gegenüber der Offshore-Haftungsumlage des Vorjahres mit einem Anstieg auf 0,416 Cent je kWh mehr als verzehnfachen.

6.2. Investitionen

Die EVH baut mittelfristig regenerative Erzeugungskapazitäten weiter auf, um ihrer klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Dazu werden verschiedene Projekte wie der eigenständige Bau von Photovoltaikanlagen sowie die Übernahme von Solarparks geprüft.

Ziel ist es, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“, alternative Technik (BHKW, Nahwärmanlagen, Kältepumpen) auch in komplexer Kombination mit konventioneller Technik anzubieten. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen. Diesbezügliche Akquisitionen sollen vorwiegend innerhalb von Halle zu Investitionen führen.

Darüber hinaus werden Investitionen in Finanzanlagen u. a. für den Erwerb von weiteren Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft TEE getätigt.

Um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten, wird es in den Folgejahren bei den Verteilnetzen weitere Investitionen geben. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Fernwärmenetz.

Durch das Projekt „KWK35“ sind darüber hinaus umfassende Investitionen in die Kraftwerksstandorte geplant. Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme des Energie- und Zukunftsspeichers, welcher ein Bestandteil des Projektes ist und als weltweit größter seiner Bauart, eine stärkere Entkoppelung der Kraftwerkserzeugung vom Wärmeverbrauch ermöglicht, folgen nun im weiteren Projektverlauf Investitionen in die hocheffizienten KWK-Erzeugungsanlagen. Dabei wird der Energiepark Dieselstraße bis 2020 modernisiert und neueste Gasturbinentechnologie eingesetzt. Ab 2019 wird begonnen die beiden vorhandenen Gasturbinen zu erneuern. Weiterhin wird eine dritte neue Gasturbine hinzukommen. Ab dem Jahr 2021 soll perspektivisch der Energiepark der KWT in Halle-Trotha ertüchtigt werden. Insgesamt plant die EVH bis zum Jahr 2022 in diesem Bereich Investitionen in Höhe von 134 Mio. €.

6.3. Finanzierung

Die EVH geht davon aus, dass die geplanten Investitionen zentral über Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Konzernfinanzstrategie finanziert werden.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2019 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von 19,8 Mio. €.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:		T€	%
	MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	12,5	50,00
	Stadtwerke Halle GmbH	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Lauda, Winfried
Störzner, Uwe

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführer haben im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH erhalten.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		50,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		82,72

mittelbar

	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	58.500	45,77

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	29	100	50	100	34	100	-21	-42

Bilanzsumme

29	100	50	100	34	100	-21	-42
-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6	20	42	85	27	79	-36	-86
Rückstellungen	22	76	8	15	7	21	14	175
Verbindlichkeiten	1	4	0	0	0	0	1	

Bilanzsumme

29	100	50	100	34	100	-21	-42
-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	36	34	44
Ergebnis nach Steuern	-36	-34	-44
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-36	-34	-44

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-86,29	-44,88	-62,34	%
Cash-Flow:	-36	-34	-44	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	19,94	84,89	78,01	%
Fremdkapitalquote:	80,06	15,11	21,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Grundlagen

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH, Merseburg, und die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale).

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Diplom-Ing. (FH) Uwe Störzner und Herr Dr. Winfried Lauda.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 36,5 aus. Dieser resultiert maßgeblich aus Verwaltungskosten/Kosten für Rechtsangelegenheiten. Die FSA verfügt über keine nachhaltige Ertragsquelle.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erfolgt unentgeltlich.

Der Jahresfehlbetrag 2018 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Da die Geschäftstätigkeit der FSA seit Ende 2007 ausschließlich im Halten der mittelbaren Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau besteht und das Halten von Beteiligungen keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG darstellt, ist die FSA seit 2008 nicht mehr zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Beteiligungen

Gegenstand der Geschäftstätigkeit der FSA war das Halten mittelbarer Beteiligungen an der FWV. Hierzu war die FSA seit ihrer Gründung über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht, in Höhe von 25,5 %, sowie über eine „Kleine GbR“ mit der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) in Höhe von 20,2664 % an der FWV beteiligt.

Seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts verlangen die am 3. Oktober 1990 von der FWV Fernwasser beziehenden Kommunen die Kommunalisierung und unentgeltliche Übertragung der Anteile an der FWV. Nach dem Erlass diverser Bescheide, die sämtlich Gegenstand gerichtlicher Überprüfung waren, erließ zuletzt das Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) am 25. Januar 2016 den Übertragungsbescheid zum Quotierungsbescheid vom 30. Juli 2010. Der Übertragungsbescheid sieht eine unmittelbare dingliche Zuordnung sämtlicher Anteile an der FWV an die sächsischen und sachsen-anhaltischen Gemeinden vor.

Mit Urteil vom 12. Dezember 2018 hat das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz entschieden, dass die mit Bescheid vom 25. Januar 2016 erfolgte Zuordnung der Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH weitgehend rechtmäßig ist. Hiervon betroffen sind auch die Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, die die FSA über die „Große GbR“ und die „Kleine GbR“ hält. Die Begründung des Urteils wurde der FSA am 1. März 2019 zugestellt. Mit der Umsetzung des Urteils und der Einreichung der neuen Gesellschafterliste beim Handelsregister verliert die FSA ihre Geschäftsanteile an der FWV.

Mit Umsetzung des Urteils verliert die FSA die für ihre Geschäftstätigkeit wirtschaftlich bedeutsamen Beteiligungen. Auswirkungen auf den Jahresabschluss bestehen jedoch nur in geringem Umfang, da die Beteiligungen an der „Großen GbR“ und der „Kleinen GbR“ jeweils mit 1 EUR bewertet sind.

Ausblick

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 12. Dezember 2018 geht der Verlust der Geschäftsanteile an der FWV einher. Ersatzansprüche für die FSA bestehen nicht. Für das Käuferkonsortium MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und Stadtwerke Halle GmbH, welches die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH im Jahr 2004 vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR erworben hat, besteht jedoch ein Rücktrittsrecht gemäß § 12 Abs. 3 des Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag vom 22. Juli 2004. Entsprechende Ansprüche sind damit durch die Gesellschafter der FSA zu realisieren. Die FSA wird bis zur Umsetzung der Zuordnung ihren Pflichten nachkommen.

Ob und in welchem Umfang aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 12. Dezember 2018 sowie den zur Umsetzung dieses Urteils notwendigen Handlungen weitere Kosten auf die FSA zukommen, lässt sich aktuell nicht absehen. Soweit solche Kosten nicht aus dem Liquiditätsbestand der FSA gedeckt werden können, geht die FSA von einer fortgesetzten Unterstützung aus dem Gesellschafterkreis aus.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	65.190	51,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	31.317	24,50
Stadt Leipzig (als Treuhänder der Anteile der sächsischen Kommunen)	31.317	24,50

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

**Kaufmännische
Geschäftsführung:** Wollenberg, Jan

Technische Geschäftsführung: Dr. Michalik, Peter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Lux, Matthias
stellv. Vorsitzender	Müller, Volkmar
	Dallhammer, Wolf-Dieter
	Dr. Meyer, Ulrich
	Gründler, Cornelia
	Henning, Burkhard
	Hörning, Ulrich
	Mittelberger, Thiébauld

Aufsichtsrat:

Müller, Annerose
Schlicke, Friedhelm
Störzner, Uwe
Wenzel, Christian

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	26	26

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	147.923	94	142.813	94	138.935	93	5.110	4
Umlaufvermögen	10.171	6	8.966	6	10.094	7	1.205	13
Rechnungsabgrenzungsposten	77	0	56	0	71	0	21	38

Bilanzsumme	158.171	100	151.835	100	149.100	100	6.336	4
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	122.495	77	120.113	79	118.498	79	2.382	2
Sonderposten für Investitionszulagen	65	0	72	0	85	0	-7	-10
Empfangene Ertragszuschüsse	338	0	361	0	384	0	-23	-6
Rückstellungen	7.516	5	7.730	5	7.085	5	-214	-3
Verbindlichkeiten	27.757	18	23.559	16	23.048	16	4.198	18

Bilanzsumme	158.171	100	151.835	100	149.100	100	6.336	4
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	49.700	45.395	44.571
andere aktivierte Eigenleistungen	2.461	2.390	2.668
sonstige betriebliche Erträge	1.021	835	870
Materialaufwand	22.070	19.151	16.808
Personalaufwand	13.545	13.080	12.747
Abschreibungen	8.892	9.006	9.136
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.506	5.002	5.159
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	568	630	746
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	82	0	148
Ergebnis nach Steuern	2.519	1.751	3.367
sonstige Steuern	137	136	136
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.382	1.615	3.231

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,79	3,56	7,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,98	1,36	2,80	%
Cash-Flow:	11.274	10.621	12.367	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	251	233	230	T€
Personalaufwandsquote:	25,47	26,90	26,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,45	94,02	93,13	%
Eigenkapitalquote:	77,44	79,11	79,48	%
Fremdkapitalquote:	22,56	20,89	20,52	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	201.250,00	201.250,00	201.250,00	m ³
Fernleitungsnetz	775,00	775,00	770,00	km
Trinkwasserverkauf	81,40	76,00	76,30	Mio. m ³

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell; Ziele und Strategien

Die hydrologischen bzw. hydrogeologischen Verhältnisse im mitteldeutschen Raum um die Ballungszentren Leipzig/Halle waren vor mehr als 50 Jahren Veranlassung für die Gründung der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV). Die Erschließung der mächtigen Grundwasserressourcen in der Elbaue bei Torgau und die Nutzung des sich mit der Errichtung des Bodewerkes im Ostharz bietenden Reservoirs für die Trinkwasserversorgung ist die Kernaufgabe des Unternehmens.

Das an den genannten Standorten gewonnene Rohwasser wird in 3 Wasserwerken aufbereitet und als Trinkwasser über das Fernleitungssystem an die Kunden – Zweckverbände, Wasserversorgungsunternehmen und Stadtwerke in Sachsen/Sachsen-Anhalt und Randbereiche Thüringens – geliefert.

Eine stetig wachsende Bedeutung kommt der Versorgung von industriellen Großstandorten zu. Diese erreichte im Jahr 2018 eine Größenordnung von etwas mehr als 10 Mio. m³/a.

Die FWV ist damit auch ein wesentlicher Faktor für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung im Versorgungsraum.

Hervorzuheben ist, dass die genannte Kernaufgabe des Unternehmens im Berichtszeitraum ohne Abstriche erfüllt wurde. Dieser war durch eine Extremwetterlage mit sehr hohen Temperaturen bei monatelanger Trockenheit gekennzeichnet.

Die sich daraus ergebenden hohen Anforderungen an die Verfügbarkeit der Anlagen und Netze des Unternehmens leiten sich schon aus der Höhe der Wasserlieferung ab, die einen Wert von 81,4 Mio. m³/a erreichte.

Das Wasserwerk Wienrode im Ostharz speiste 47,7 Mio. m³, bzw. die beiden Elbaue-Wasserwerke 33,8 Mio. m³ in das Fernwasser-Netz ein.

Die durchschnittliche Tagesfördermenge der Wasserwerke betrug 222,9 Tm³/d – die maximale Tagesabgabe wurde am 08.08.2018 mit 291,0 Tm³/d registriert.

Mit der Erzeugung von rund 10 GWh regenerativer elektrischer Energie durch die Turbinen in der Ostharz-Ableitung und die Photovoltaikanlagen in der Elbaue und deren Einspeisung in das Stromnetz wurde das bisher beste Ergebnis seit der Inbetriebnahme dieser Anlagen erreicht.

Hier wirkten sich die oben beschriebenen Randbedingungen, hohe Ableitungsmengen in der Ostharz-Ableitung und anhaltende Sonnentage positiv auf das Ergebnis aus.

Die in der Gesamtbewertung sehr guten Ergebnisse des Jahres 2018 sind Bestätigung der kontinuierlichen, erfolgreichen Entwicklung des Unternehmens. Der unternehmerische Erfolg ist eng verbunden mit dem Engagement und der Leistungsfähigkeit aller 212 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Jahr 2018 aktiv in der FWV beschäftigt waren. Das erreichte Leistungsniveau zu erhalten bzw. stetig weiterzuentwickeln ist eine Schwerpunktaufgabe, vor der das Unternehmen in Anbetracht der auch hier wirkenden demografischen Prozesse in den nächsten Jahren steht. Eine wesentliche Grundlage bietet dafür das Personalentwicklungskonzept (PEK), auf dessen Grundlage eine vorausschauende Personalplanung erfolgt.

Die Unternehmensziele und die strategische Ausrichtung der FWV bewegen sich immer im Spannungsdreieck zwischen Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Unter diesen „Schlagwörtern“ sind Schwerpunktaufgaben zusammengefasst, die es in der konzeptionellen Arbeit stets zu beachten gibt.

So zählen zur Versorgungssicherheit solche Schwerpunkte wie:

- sichere Versorgung mit der erforderlichen Menge bei vertraglich vereinbartem Versorgungsdruck
- Einhaltung der hohen Qualitätsanforderungen an das Trinkwasser
- Vorhaltung einer angemessenen Kapazitätsreserve für außergewöhnliche Versorgungssituationen und weitergehende Redundanzbetrachtungen.

Unter den Nachhaltigkeits-Aspekt fallen u. a. Fragen der Höhe der Investitionen oder auch Instandhaltungsaufwendungen zum Erhalt und zur Weiterentwicklung des Versorgungssystems.

Großes Augenmerk ist unter diesem Bezug zweifelsfrei dem Ressourcenschutz zu widmen, wobei hier wieder eine enge Verzahnung mit den Anforderungen zur Gewährleistung der Trinkwasserqualität zu konstatieren ist.

Aber auch die Erhaltung und bedarfsgerechte Entwicklung des Fachwissens und der Kompetenz der Belegschaft zählt zum nachhaltigen Wirtschaften. Unter dem Blickwinkel der oben beschriebenen demografischen Prozesse ist dies eine besondere Herausforderung für die Zukunft.

Überlagert werden die aufgeführten Schwerpunktaufgaben von denen der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens. Die diesbezüglich vorzubereitenden und in Abstimmung mit dem Kreis der Gesellschafter zu treffenden Entscheidungen berücksichtigen maßgeblich das Spannungsfeld zwischen Betriebsergebnis und dem Umgang mit diesem sowie der Preispolitik des Unternehmens.

Letztere war in der Vergangenheit dadurch geprägt, mit den Kunden, die in Zukunft weitgehend deckungsgleich mit den Gesellschaftern sein werden, über die privat-rechtlichen Lieferverträge sehr moderate Wasserpreise zu vereinbaren.

Damit werden die Kunden – insbesondere aus dem Kreis der so genannten Weiterverteiler – in die Lage versetzt, die Trinkwasserversorgung im jeweiligen Verantwortungsgebiet zu sozial verträglichen Gebühren/Preisen zu gestalten. Mit dieser Herangehensweise wurde der gesellschaftlichen Gesamtsituation im mitteldeutschen Raum Rechnung getragen.

Der bisher eingeschlagene Weg ist auch bei zukünftigen Entscheidungen zu berücksichtigen, da die erwähnten privatrechtlichen Lieferverträge nur eingeschränkten Spielraum für Veränderungen eröffnen, zumindest schließen sie einseitige Aktionen aus.

Das integrale Unternehmenskonzept, das alle genannten Schwerpunktfragen bis auf die der Personalentwicklung (damit befasst sich das bereits erwähnte verabschiedete PEK) berücksichtigt, ist das Fernwasserentwicklungskonzept (FEK), welches Ende des Jahres 2017 in fortgeschriebener Fassung in wesentlichen Teilen beschlossen wurde. In diesem wurde u. a. die Frage aufgeworfen und beantwortet, welches Investitionsniveau in der Zukunft erforderlich sein wird, um die Leistungsfähigkeit des Fernwassersystems zu erhalten. Das damit im Vergleich zum davorliegenden Zeitraum leicht angestiegene jährliche Investitionsvolumen ist z. B. Ausdruck für eine Schlussfolgerung aus dem Konzept.

So wurden im Wirtschaftsjahr 2018 ca. 14 Mio. € in die Erneuerung der Anlagen und Netze des Unternehmens investiert.

Ein Großteil der dafür aufgewendeten Mittel entfiel auf komplexe Projekte, die über mehrere Jahre in Bauabschnitten bei laufendem Betrieb realisiert werden, um die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems nicht zu gefährden. Dazu zählen:

- die Kompletterneuerung des WW Mockritz (Teil-Neuwerk)
- die Erneuerung des HB Hohe Gieck einschließlich der zugehörigen Anlagenteile auf dem Nordring (z. B. SST Hohe Gieck)
- die schrittweise Erneuerung der Ostharz-Ableitung zwischen Bernburg und dem HB Hammelberge (nördlich von Halle)
sowie
- die Migration des Prozessleitsystems des Unternehmens.

Hinzu kommt eine Vielzahl kleinerer Vorhaben, die ergänzt werden mit Maßnahmen der planmäßigen Instandhaltung bzw. Sanierung von Anlagen in deren Bestand. Bei der Bewertung der in Summe dafür eingesetzten finanziellen Mittel muss auch die Entwicklung des in den letzten Monaten deutlich gestiegenen Preisniveaus für Bau- und Ausrüstungsleistungen einbezogen werden.

Nicht abschließend beantwortet wurden im FEK alle Fragen der Systementwicklung, hier speziell die der zukünftigen Vorhaltung der Gewinnungs- und Aufbereitungskapazitäten. Ursächlich ist dies auf die anstehende abschließende Verhandlung zu Wasserlieferverträgen, die signifikanten Einfluss auf die künftige Höhe der vorzuhaltenden Kapazität haben werden, zurückzuführen. Die Gespräche mit den betreffenden bzw. potenziellen Kunden sollen im Jahr 2019 abgeschlossen werden.

Mit den danach vorliegenden Ergebnissen werden die notwendigen Entscheidungen zur Beschlussfassung vorbereitet. Eingang in diesen Entscheidungsprozess müssen in jedem Fall Analysen der Versorgungslage der bereits erwähnten, durch die meteorologische Ausnahmesituation geprägten Jahr 2018 finden. Auszuwerten sind insbesondere die Auswirkungen auf kundenspezifische Wasserlieferungen, die Verfügbarkeit der Rohwasserressourcen und die Leistungsfähigkeit der Aufbereitungs- und Verteilungskapazitäten.

Neben den quantitativen Aspekten spielen auch solche der Rohwasserqualität einschließlich einer fundierten Risikobewertung eine wichtige Rolle.

Ein wichtiger Faktor bei der Beantwortung der Frage nach der Größe der vorzuhaltenden Gewinnungs- und Aufbereitungskapazität ist die nach der Höhe der Reserveleistung bzw. die damit verbundene Redundanzbetrachtung. Dafür gibt es insbesondere auch im Rückblick auf das mehrfach erwähnte Jahr 2018 keine verallgemeinerungsfähige Branchenmeinung. Diese Frage ist mithin unter detaillierter Bewertung der jeweils anzutreffenden Bedingungen bei Einbettung in das oben diskutierte strategische Zieldreieck zu beantworten.

Forschung und Entwicklung

Die FWV hat keinen eigenständigen Unternehmensbereich, der sich ausschließlich mit Aufgaben der Forschung und Entwicklung beschäftigt.

Aufgrund der Größe des Unternehmens und seiner zweigliedrigen Wassergewinnung (Grundwasser/Uferfiltrat in der Elbaue und Talsperrenwasser im Ostharz) ist es ein interessanter Ansprechpartner für die verschiedensten Themen in der Forschung der Wasserbranche. Traditionell findet dabei eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Fachverbänden statt, hier speziell dem regelsetzenden wissenschaftlich/technischen Verein – dem DVGW und seiner diesbezüglichen Institutionen.

Ausdruck findet dies auch in der Mitwirkung in den verschiedensten Gremien, Technischen Komitees und Projektkreisen des Vereins.

Analog zur Mitarbeit im DVGW ist die im BDEW oder auch der Arbeitsgemeinschaft Trinkwassertalsperren (ATT) zu benennen.

Gemeinsam mit dem Technologiezentrum Wasser des DVGW (TZW) wird an der weiteren Optimierung des Aufbereitungsprozesses im Wasserwerk Wienrode gearbeitet. Unter Auswertung der Erkenntnisse aus Forschungsprojekten der Vorjahre (z. B. TALKO) und der vorliegenden umfangreichen Betriebsdaten erfolgt u. a. die Ableitung von Handlungsanweisungen für die Zugabe von Flockungsmitteln bzw. Flockungshilfsmitteln. Dabei wird die Entwicklung der Qualität des Rohwassers – speziell die Huminstoffbelastung einbezogen. Die Erkenntnisse sind von großer Bedeutung für die Bestimmung der sicher verfügbaren Kapazität des Wasserwerks Wienrode im Rahmen der weit in die Zukunft reichenden Unternehmenskonzepte (FEK).

Die Arbeit der Arbeitsgruppe, die sich mit der Neufassung der Schutzzonenverordnung für die Trinkwasserschutzzone der Ostharztalsperren (Rappbodetalsperre, Vorsperren und Überleitungssperre) beschäftigt, hat im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung für das Rohwasser eine sehr wichtige Funktion. Auch diese Arbeit wurde unter maßgeblicher Mitwirkung der FWV in 2018 fortgesetzt.

Die Qualitätssicherung in den Fassungen der Elbaue erfolgt über das in der Vergangenheit mehrfach berichtete Monitoringprogramm im Einzugsgebiet der Gewinnungsstandorte. Für dieses wurde 2018 eine Überprüfung des Umfangs und des Inhaltes bei der HTWK Dresden beauftragt. Auch dafür sollen vorliegende sehr umfangreiche Datenbestände, insbesondere der Spurenstoffanalytik der letzten Jahre, ausgewertet werden.

Der Sicherung der Rohwasserqualität für die Gewinnung in der Elbaue hat sich auch die AWE verschrieben. Die Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Einzugsgebiet der Elbe wird von Mitarbeitern des Unternehmens organisiert und koordiniert. Auch in dieser findet eine fachliche Begleitung durch das TZW und die HTWK statt.

Im Jahr 2018 wurden die Voraussetzungen geschaffen, um kleintechnische Versuche für die Aufbereitung des Rohwassers aus den Brunnen des in Reserve gestellten WW Sachau durchzuführen. Die Versuchsanlage wurde inzwischen im Sammelbrunnen der Fassung aufgebaut – die Versuche sollen 2019 erfolgen. Erkenntnisse aus diesen werden in die Entscheidungsfindung zur Kapazitätsentwicklung, die in der abschließenden Bearbeitung dieses Punktes im FEK getroffen werden muss, einfließen.

Alle Bereiche unserer Gesellschaft werden von den Prozessen der Digitalisierung beeinflusst. Die Wasserbranche ist im Vergleich mit anderen Bereichen eher konventionell aufgestellt.

Der DVGW hat ein Forschungsprojekt initiiert, in welchem der Grad der Durchdringung einzelner Prozessstufen der Wasserversorgung mit Digitalisierungsanwendungen untersucht werden soll. In einem so genannten „Reifegradmodell“, welches vom IWW als Projektführer im Zusammenwirken mit verschiedenen Praxispartnern entwickelt wurde, sollte diese Bewertung vorgenommen werden. Die FWV war einer von mehreren Praxispartnern. Die Ergebnisse liegen inzwischen vor. Daraus lassen sich Schlussfolgerungen und Ansätze für die künftige Arbeit ableiten. Es ist vorgesehen, diese in eine Projektorganisation zu überführen.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Bundesrepublik erlebt derzeit mit der Fortsetzung des Wirtschaftswachstums eine der längsten konjunkturellen Phasen in ihrer Geschichte. Auch in der mitteldeutschen Region setzte sich die gute wirtschaftliche Entwicklung fort. Davon profitierte in unmittelbarer Folge auch der Arbeitsmarkt, die Arbeitslosenquoten erreichen die niedrigsten Stände seit der Wiedervereinigung.

Direkte Auswirkungen der positiven gesamtwirtschaftlichen Situation sind auch im Wasserverbrauch spürbar. Zum einen wurde, wie eingangs erwähnt, ein relativ hoher Anteil der Direktlieferung an industrielle Großverbraucher registriert – dies mit weiter steigender Tendenz durch den in Vorbereitung befindlichen Abschluss eines Liefervertrages mit einem neuen Industriekunden sowie vorliegende Anmeldungen der bereits belieferten Standorte.

Andererseits führt die mit der Beschäftigung verbundene weitere Verbesserung der Lebensverhältnisse für große Teile der Bevölkerung zu einem Einfrieren des Rückganges der spezifischen Wasserverbräuche dieser Verbrauchergruppe. Das Jahr 2018 zeigte diesbezüglich eher eine Trendumkehr, welche aber auf die außergewöhnlichen meteorologischen Verhältnisse zurückzuführen ist und nicht ohne Korrektur Basis für Prognoserechnungen sein kann.

Auswirkungen hat die anhaltend gute Wirtschaftslage in Verbindung mit der Zinspolitik der EZB auf das Preisniveau für Bau- und Ausrüstungsleistungen sowie die Verfügbarkeit entsprechender Kapazitäten am Markt. So mussten insbesondere bei Ausschreibungen von Bauleistungen sehr starke Preis-anstiege im Verhältnis zu bereits aktualisierten Kostenberechnungen registriert werden. Damit wird ein Teil des erhöhten jährlichen Investitionsbudgets verbraucht, der nicht für die gewünschte Erweiterung des Erneuerungsumfanges zur Verfügung steht.

Die branchenbezogenen Rahmenbedingungen sind aktuell geprägt von Diskussionen zu Gesetzen oder Verordnungen, die die Standards für die Trinkwasserqualität bzw. die Qualitätssicherung ins Blickfeld nehmen.

Nachdem Ende 2017 die 4. Änderung der Trinkwasserverordnung in Kraft getreten ist, hat die EU-Kommission Anfang des Jahres 2018 nach der Auswertung des diesbezüglich durchgeführten Evaluierungsprozesses den ersten Entwurf einer Neufassung der EU-Trinkwasserrichtlinie veröffentlicht.

Dieser war Gegenstand einer intensiven Diskussion auf den verschiedensten Ebenen. Die unternehmensseitig diesbezüglich abzugebende Stellungnahme wurde in die Statements der Fachverbände über die jeweiligen Gremien eingebracht.

Ob und wann die nunmehr vorliegende geänderte Fassung der novellierten EU-Trinkwasserrichtlinie beschlossen wird, ist zurzeit aufgrund der aufwendigen Abstimmungsprozedere zwischen EU-Rat, Parlament und Kommission (Trilog-Verfahren) nicht absehbar. Aus den bisher vorliegenden Entwürfen lässt sich in jedem Fall die Schussfolgerung ableiten, dass die Anforderungen zum Nachweis der Einhaltung der Trinkwasserqualität in Zukunft weiter steigen werden. Betroffen sind u. a. solche Punkte wie die Ausweitung der Risikobetrachtung vom Rohwasser über die Aufbereitung bis zum abgegebenen Trinkwasser sowie der Anstieg der Berichts- und Nachweispflichten einschließlich der transparenten Öffentlichkeitsarbeit.

Die Risikobetrachtung für das Trink- und Rohwasser steht in direkter Verbindung zu einer weiteren Aktivität der EU-Kommission: dem so genannten Fitness-Check für die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL).

Als Trinkwasserversorger müssen wir in unserer Stellungnahme insbesondere darauf hinweisen, dass nachgewiesene Spurenstoffe im Rohwasser, deren Konzentration sich als Risiko für die Trinkwasserversorgung entwickeln kann, ihren Niederschlag in den Umweltqualitätsnormen der WRRL finden – eine wie bisher praktizierte, vorwiegend an der Gewässerökologie ausgerichtete Richtlinie ist zukünftig nicht ausreichend!

Auf nationaler Ebene wurde der so genannte Stakeholder-Prozess zur Spurenstoffstrategie der BRD durch die Arbeit in 4 Arbeitsgruppen fortgesetzt. Der Abschlussbericht soll im Frühjahr 2019 vorliegen und der Umweltministerin übergeben werden. Wichtiges Anliegen der Wasserbranche ist es, in diesem das Verursacherprinzip stärker zu verankern.

Gestartet wurde zudem der nationale Wasserdialog durch das Bundesumweltministerium mit Unterstützung des Umweltbundesamtes. Auch hier sind weite Teile der Gesellschaft einschließlich der Branchenverbände einbezogen. Erarbeitet werden soll eine grundsätzliche Strategie zur nachhaltigen Sicherung unserer Wasserressourcen.

Die nach wie vor unbefriedigende Situation der steigenden Nitratbelastung des Grundwassers insbesondere in Regionen mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung war auch 2018 ein Schwerpunkt der Arbeit der Branchenverbände gegenüber der Politik. Die intensiv vorgetragenen Hinweise auf die einzureichenden Regelungen in der Düng-Verordnung und die Aufrechterhaltung der Klage der EU-Kommission gegen die BRD vor dem Europäischen Gerichtshof führten dazu, dass nunmehr an einer Überarbeitung der Düng-Gesetze durch das zuständige Landwirtschaftsministerium gearbeitet wird.

Die zu erwartenden Neuregelungen bleiben einer Bewertung vorbehalten. Obwohl für die FWV gegenwärtig keine Probleme mit erhöhten Nitratkonzentrationen erkennbar sind, muss geprüft werden, ob bzw. welche Schlussfolgerungen für die Zusammenarbeit mit den Landwirten in den Einzugsgebieten der Wasserfassungen abzuleiten sind.

Den Entwicklungen der branchenbezogenen Anforderungen wird mit der Anpassung der im Unternehmen etablierten Managementsysteme Rechnung getragen. So wurde das Risiko-Management bezüglich der Wasserqualitätsfragen erweitert.

Zur Überprüfung der Organisationssicherheit in der Wasserversorgung stellt das Technische Sicherheitsmanagement (TSM), welches die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik, diese basierend auf dem DVGW-Regelwerk und weiterer DIN-Normen, zum Inhalt hat, ein in der Praxis bewährtes Instrument dar.

Im Mai 2018 stand die Wiederholungsprüfung für die FWV nach Ablauf der jeweils 5 Jahre gültigen Zertifizierung an. Diese wurde ohne Beanstandungen absolviert.

Das Energiemanagementsystem (EnMS) wird den aktuellen Entwicklungen angepasst. Das letzte Überwachungsaudit fand Ende Januar 2019 statt, es konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Erstmals fand im September 2018 die Überprüfung nach dem IT-Sicherheitsgesetz vom Juli 2016 für Betreiber kritischer Infrastrukturen statt. Auch in dieser konnte nach intensiver Vorbereitung durch eine Projektgruppe der Nachweis erbracht werden, dass das Unternehmen alle diesbezüglichen Anforderungen erfüllt.

Geschäftsverlauf

Wie bereits erläutert, erreichte der Trinkwasserabsatz des Jahres 2018 mit 81,44 Mio. m³ im Mehrjahresvergleich einen absoluten Spitzenwert und lag damit deutlich über dem Vorjahresniveau von 75,98 Mio. m³. Die Planungen für das Wirtschaftsjahr 2018 wurden ebenso deutlich um ca. 5,76 Mio. m³ übertroffen. Mehrabsätze konnten sowohl im Bereich der Weiterverteiler und der industriellen Abnehmer erreicht werden. Neben den stark witterungsbedingten Mehrabnahmen durch die Weiterverteiler erfolgten ebenso höhere Abnahmen durch die direkt versorgten Industriekunden.

Die sonstigen Umsätze umfassten in 2018 8,92 Mio. € und lagen damit deutlich über dem Vorjahreswert von 6,32 Mio. €. Durch die erhöhte Trinkwasserabgabe aus dem Wasserwerk Wienrode und die sommerliche Witterung über weite Teile des Jahres konnten höhere Erlöse aus dem Verkauf von regenerativ erzeugtem Strom erzielt werden. Die von Dritten veranlassten Umverlegungen an unseren Anlagen lagen mit 7,16 Mio. € deutlich über den Planungen für 2018 (6,58 Mio. €) und dem Vorjahr (4,60 Mio. €). Diesen Umsatzerlösen stehen entsprechende Materialaufwendungen gegenüber. Die Erlöse von 143 T€ aus durchgeführten Trinkwasseranalysen für Kunden lagen im mehrjährigen Mittel.

Die Schwerpunkte der Investitions- und Sanierungstätigkeit in 2018 resultieren im Wesentlichen aus Fortführung von strategischen Investitionsprojekten der letzten Jahre. So wurde der Ersatzbau der Ostharzableitung zwischen Bernburg und dem Hochbehälter Hammelberge mit dem Bau eines 2,7 km langen Rohrleitungsabschnittes fortgesetzt. Ebenfalls weiter fortgeführt wurden die Ertüchtigungsarbeiten am Hochbehälter Hohe Gieck und die komplexen Erneuerungsarbeiten im Wasserwerk Mockritz. Wie in den Vorjahren wurden im Bereich der Elbaue 2 Brunnen zur Rohwasserförderung neu errichtet. Im Geschäftsjahr 2018 konnte die Installation des neuen Prozessleitsystems im Wasserwerk Torgau-Ost abgeschlossen werden. Durch einen Schaden an der Rohrleitung Reuden-Bitterfeld kam es zu einer ungeplanten Investition durch die Errichtung einer provisorischen Ersatzleitung in diesem Bereich im Verlauf des 1. Quartals 2018.

Die im letzten Geschäftsjahr am Schachtteich Wienrode zur Entwässerung der dort zwischengelagerten Filterspülabwässer errichteten Anlagen konnten in 2018 im Rahmen der durchgeführten Entsorgungskampagne ihre Funktionsfähigkeit nachweisen.

2018 wurde ein Jahresergebnis von 2,38 Mio. € realisiert und damit das geplante Jahresergebnis von 1,27 Mio. € deutlich übertroffen werden.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Der Trinkwasserverkauf in 2018 führte zu Umsatzerlösen von 40,78 Mio. €. Diese lagen sowohl deutlich über den Erlösen des Vorjahres von 39,08 Mio. € als auch über dem im Wirtschaftsplan mit 39,18 Mio. € eingeschätzten Umfang.

Die sonstigen Umsatzerlöse ergaben sich im Wesentlichen aus den von Dritten veranlassten Umverlegungsmaßnahmen an unseren Anlagen in einer Höhe von 7,16 Mio. € und der Erzeugung und dem Verkauf regenerativen Stroms in einem Umfang von 1,48 Mio. € und lagen damit oberhalb der Vorjahreswerte. In Summe beliefen sich die sonstigen Umsatzerlöse auf 8,92 Mio. €.

Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres 2018 umfassen 49,70 Mio. € und liegen somit 4,30 Mio. € deutlich über denen des Vorjahres.

Die aktivierbaren Eigenleistungen betreffen Tätigkeiten eigener Mitarbeiter für durchgeführte Investitionsprojekte. In 2018 konnten Eigenleistungen in einem Umfang von 2,46 Mio. € erbracht werden. Das Vorjahresniveau von 2,39 Mio. € wurde leicht übertroffen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe, Ermäßigungen für Netzentgelte und Versicherungsentschädigungen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden damit Erträge in einer Höhe von 1,02 Mio. € erzielt.

Im Geschäftsjahr 2018 konnte die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH eine Gesamtleistung von 53,18 Mio. € erzielen. Insbesondere aufgrund der höheren Umsatzerlöse aus der Trinkwasserlieferung und bei den Umverlegungen lagen diese 4,56 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Der Materialaufwand umfasst 22,07 Mio. € und liegt damit 2,92 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen höhere Aufwendungen zur Realisierung der von Dritten verursachten Umverlegungsmaßnahmen, die mit den entsprechenden Erlösen korrelieren. Weitere große Positionen sind u. a. die Stromkosten in einer Höhe von 4,73 Mio. € und die Aufwendungen für den Rohwasserbezug vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR in einer Höhe von 4,40 Mio. €. Die erhöhte Trinkwasserproduktion fand ihren Niederschlag in höheren Aufwendungen für Aufbereitungschemikalien und der Strombeschaffung, sowie notwendig gewordene Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (13,08 Mio. €) auf 13,55 Mio. €. Ursächlich hierfür sind die Ergebnisse der letzten Tarifverhandlungen und die Neubewertung der in der Vergangenheit gebildeten Pensions- und Jubiläumsrückstellungen. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte auf Basis externer finanzmathematischer Gutachten. Zum 31. Dezember 2018 beschäftigte das Unternehmen 212 aktive Mitarbeiter (Vorjahr 213).

In 2018 erfolgten Abschreibungen auf das Anlagevermögen des Unternehmens in einer Höhe von 8,89 Mio. €. Die Abschreibungen des Vorjahres beliefen sich auf 9,01 Mio. €.

Der sonstige betriebliche Aufwand umfasste 5,51 Mio. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahreswert von 5,00 Mio. €. Die Abweichung zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus höheren Entgelten bzw. Abgaben für die Wasserentnahme in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt bedingt durch die erhöhte Trinkwasserproduktion und nicht geplanten Aufwendungen zur Beseitigung von Versicherungsschäden.

Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Kreditmittel zur Teilfinanzierung notwendiger Investitionen waren jederzeit verfügbar. Im Jahr 2018 wurden zwei Kredite in einer Gesamthöhe von 7,10 Mio. € aufgenommen. Im gleichen Zeitraum erfolgten Kredittilgungen in einer Höhe von 4,02 Mio. €. Darin enthalten war eine Sondertilgung in einer Höhe von 1,94 Mio. €.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit sank gegenüber dem Vorjahr (12,15 Mio. €) leicht auf 10,99 Mio. €. Gestiegen sind der Jahresüberschuss, aber auch Forderungen und Verbindlichkeiten, die nicht den Investitions- oder Finanzierungstätigkeiten zuzuordnen sind. Ebenso verringerten sich die Rückstellungen geringfügig.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit stieg gegenüber dem Vorjahr (12,96 Mio. €) auf 14,15 Mio. € an. Es erfolgten Investitionen in das bestehende Anlagevermögen in einer Höhe von 14,16 Mio. €. Die erhöhten Kreditaufnahmen durch die gestiegene Investitionstätigkeit führten zu einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von 2,60 Mio. €.

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft verringerte sich zum Jahresende gegenüber dem Vorjahr um 0,55 Mio. € auf 2,27 Mio. €.

Die Eigenkapitalquote des Unternehmens ist gegenüber dem Vorjahr (79,1 %) durch die erläuterte Finanzierungstätigkeit leicht auf 77,4% gesunken.

Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivater Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung der Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt. Der Deckungsgrad II des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital liegt zum Jahresende bei 99,4 %.

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2018 wurden, wie bereits erläutert, im Wesentlichen in den Vorjahren begonnene Großprojekte weiter fortgeführt. Dies führte zu Investitionen in einer Höhe von 14,16 Mio. €. Bereits in Betrieb genommene Trinkwasserleitungen wurden in einer Höhe von 0,74 Mio. € aktiviert. 3,09 Mio. € wurden in technische Anlagen und Maschinen investiert sowie 0,87 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Darüber hinaus entfielen ca. 96 T€ auf immaterielle Wirtschaftsgüter und 0,29 Mio. € auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die positive Entwicklung in der Wasserlieferung an die Kunden in den letzten Jahren und neue und zu erwartende Vertragsabschlüsse führten zu einer Anhebung bisheriger Absatzprognosen. So wird für das Geschäftsjahr 2019 ein Trinkwasserabsatz von 77,4 Mio. m³ erwartet. Aufgrund von Liefererweiterungen wird eingeschätzt, dass sich die Absätze bis zum Jahr 2023 auf 79,5 Mio. m³ weiter erhöhen. Demographische Effekte insbesondere in ländlichen Bereichen des Versorgungsgebietes werden auch weiterhin in der Absatzplanung berücksichtigt.

Auf Basis der geplanten Trinkwasserabsätze in 2019 werden Umsatzerlöse in einer Höhe von 40,34 Mio. € erwartet. Darin enthalten sind bereits die zu berücksichtigenden Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Auf dem Niveau der Vorjahre werden für 2019 die sonstigen Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstigen Dienstleistungen mit 1,44 bzw. 0,23 Mio. € eingeplant. Die Umsätze aus der Realisierung der durch Dritte veranlassten Umverlegungen an den Anlagen der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH schwanken sehr stark zwischen den einzelnen Geschäftsjahren und sind durch das Unternehmen nicht beeinflussbar. Für das Geschäftsjahr 2019 werden Umsätze hieraus von 2,79 Mio. € erwartet. Diesen Umsätzen stehen entsprechende Materialaufwendungen gegenüber.

Auch in 2019 erwartet das Unternehmen aufgrund geplanter und teilweise schon begonnener Investitionsmaßnahmen auf Basis des Einsatzes eigener Mitarbeiter und Technik aktivierbare Eigenleistungen von 2,34 Mio. €. Dieser Wert liegt im mehrjährigen Durchschnitt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in einer Höhe von 0,47 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus der Erstattung von Netzentgelten bzw. Stromsteuer für energieintensive gewerbliche Unternehmen. Das hierzu notwendige Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 wurde eingeführt und zertifiziert.

Der Materialaufwand der Gesellschaft beinhaltet die erwarteten Material- und Fremdleistungseinkäufe. Auf Basis der Absatzplanungen für 2019 geht das Unternehmen von Kosten für Stromlieferungen von 4,52 Mio. € aus. Für den Rohwasserbezug für das Wasserwerk Wienrode vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt wurden 4,41 Mio. € in der Planung berücksichtigt. Weitere Materialaufwendungen betreffen Kosten für Aufbereitungskemikalien, Instandhaltungsleistungen und Entsorgungskosten für Wasserwerksrückstände. In Einzelpositionen mussten aufgrund der allgemeinen Marktentwicklung teilweise erhebliche Preissteigerungen berücksichtigt werden.

Der Personalaufwand wird auf Basis der gültigen Tarifvertragsabschlüsse TV-V und individualvertraglicher Regelungen eingeschätzt. Für das Geschäftsjahr 2019 wird mit Personalaufwendungen von 13,89 Mio. € gerechnet. Grundlage für die weitere Personalarbeit ist das 2016 beschlossene Personalentwicklungskonzept. Zielstellung ist es, mit einem Bestand von ca. 200 Mitarbeitern mittelfristig die Unternehmensaufgaben zu erfüllen. Durch das altersbedingte Ausscheiden einer Reihe von Mitarbeitern in den nächsten Jahren wird eine wesentliche Aufgabe darin bestehen, neue Arbeitskräfte zu akquirieren.

Die Investitionsstrategie der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH richtet sich nach der bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung der Kunden aus. Investitionsstrategien und -schwerpunkte wurden innerhalb des Fernwasserentwicklungskonzeptes analysiert und für die nächsten Jahre festgeschrieben. Für das Geschäftsjahr 2019 sind Investitionen in einem Umfang von 13,99 Mio. € eingeplant. Im Wesentlichen werden die Investitionsschwerpunkte des letzten Jahres weiter fortgeführt.

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben im Geschäftsjahr 2019 ist gesichert. Es bestehen auch weiterhin keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivater Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2019 wird mit einem Jahresergebnis von 1,62 Mio. € gerechnet. Mittelfristig wird eingeschätzt, dass sich die Jahresergebnisse unter den aktuellen Rahmenbedingungen leicht auf 1,85 Mio. € weiter verbessern werden.

Risikobericht

Die Gesellschaft hat seit dem Jahr 2000 ein den gesetzlichen Anforderungen (§ 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG) entsprechendes Risikomanagementsystem installiert. Zweimal pro Jahr werden bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt.

Die einzelnen erkannten Risiken werden folgenden Kategorien zugeordnet:

- Absatz
- Wirtschaftspolitisches Umfeld
- Ertrags- und Finanzlage
- Produktion
- Einkauf
- Personalmanagement
- Informationsmanagement
- Höhere Gewalt
- Rechtsstreitigkeiten.

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- Nutzung von Eigengewinnungsanlagen der Kunden zu Lasten des Trinkwasserbezuges aus dem FWV-System sofern möglich,
- weiterhin demographisch bedingte Bevölkerungsrückgänge im ländlichen Bereich des Versorgungsgebietes; gegenläufige Tendenzen in den urbanen Zentren,
- Änderungen der Energiepolitik bezüglich der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung,
- schwierigere Entsorgungsstrategien für Filtrerrückspülwässer durch Verschärfung der Umweltgesetze/-verordnungen,

- aufgrund der aktuellen konjunkturellen Situation stark steigende Preise für Material und Fremdleistungen,
- höhere Schadenshäufigkeit in einigen Bereichen älterer Rohrleitungsabschnitte und damit erhöhte Kosten der Schadensbeseitigung bzw. der Sanierung in diesen Abschnitten.

Für alle Einzelrisiken werden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung festgelegt.

Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine laufende, systematische Überwachung aller Risiken. Insbesondere durch das aktualisierte Fernwasserentwicklungskonzept wurden wesentliche Rahmenbedingungen analysiert und zukünftige Zielstellungen bzw. Handlungsrahmen formuliert. Bei der Feststellung von Abweichungen wird entsprechend zeitnah reagiert. Ergänzend erfolgt durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes eine Risikoreduzierung.

Es liegen keine Risiken vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden bzw. sind diese für die Zukunft auch nicht erkennbar.

Mit Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 12.12.2018 hat das seit 1993 laufende Verfahren um die Zuordnung der Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH seinen Abschluss gefunden. Das Gericht hat den am 25.01.2016 vom Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen erlassenen Übertragungsbescheid nur in Nuancen korrigiert. Damit hat das Unternehmen nunmehr 66 Gesellschafter. Der Gesellschafterkreis setzt sich aus Kommunen und kommunalen Zweckverbänden, der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH - TWM und dem bisherigen Gesellschafter „Große GbR“ (Letzterer jedoch nunmehr mit einem Anteil von weniger als 1 % des Stammkapitals) zusammen. Der formale Vollzug durch Einreichung der neuen Gesellschafterliste beim Handelsregister erfolgt nach Zustellung des Urteils.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbereiche errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schulze, Jörg	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Misch, Werner	
	stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara	
		Berend, Stephanie	
		Bernstiel, Christoph	
		Franke, Frank	(seit 14.08.2018)
		Geier, Egbert	
		Hilbig, Stefan	(bis 30.06.2018)
		Hinniger, Manuela	
		Koehn, Gottfried	
		Lange, Hendrik	

Aufsichtsrat:

Ranft, Melanie
Raschke, Jens
Weiland, Mathias

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	21	21	20

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	525.871	94	510.536	94	497.400	92	15.335	3
Umlaufvermögen	31.702	6	34.953	6	41.672	8	-3.251	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	712	0	721	0	528	0	-9	-1

Bilanzsumme

558.285	100	546.210	100	539.600	100	12.075	2
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	90.033	16	87.942	16	85.907	16	2.091	2
Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.191	1	5.507	1	5.837	1	-316	-6
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	157.095	28	144.662	27	130.676	24	12.433	9
Rückstellungen	16.435	3	18.034	3	22.616	4	-1.599	-9
Verbindlichkeiten	289.531	52	278.437	51	282.636	53	11.094	4
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	11.628	2	11.928	2	-11.628	-100

Bilanzsumme

558.285	100	546.210	100	539.600	100	12.075	2
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	124.507	120.229	118.374
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	25	-24	9
andere aktivierte Eigenleistungen	897	753	809
sonstige betriebliche Erträge	7.001	8.608	8.561
Materialaufwand	36.391	34.583	30.516
Personalaufwand	29.718	29.186	30.698
Abschreibungen	20.327	20.062	19.925
sonstige betriebliche Aufwendungen	25.695	24.899	25.077
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	360	254	314
Erträge aus Beteiligungen	0	0	12
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	32	29	32
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	6	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.225	10.827	11.660
Ergebnis nach Steuern	10.460	10.292	10.234
sonstige Steuern	119	117	137
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	10.341	10.175	10.097
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,31	8,46	8,53	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,49	11,57	11,75	%
Cash-Flow:	30.668	30.237	30.022	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	243	235	226	T€
Personalaufwandsquote:	22,44	22,53	24,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,98	93,30	92,00	%
Eigenkapitalquote:	16,13	16,10	15,92	%
Fremdkapitalquote:	83,87	83,90	84,08	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	10.536,00	10.397,00	10.338,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	18.584,00	17.738,00	18.197,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlage Halle-Nord	14.261,00	14.601,00	15.000,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	7.583,00	6.801,00	6.652,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	36.287,00	36.628,00	36.343,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	205.292,00	190.031,00	179.324,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	68.791.000,00	62.339.000,00	62.393.000,00	m ²
Hausanschlüsse	27.794,00	27.808,00	27.660,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung (Flächen)	8.090.118,00	6.670.489,00	6.723.485,34	m ²
Stadtreinigungsleistung (Straßen)	53.137,00	56.152,00	57.658,00	KKm (Kehr-Kilometer)

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser
 - 1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung/ Straßenreinigung und Winterdienst
 - 1.1.2.3. Geschäftsbereich Gebäudereinigung
 - 1.1.2.4. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf
 - 1.1.2.5. Geschäftsbereich Vertrieb
 - 1.1.2.6. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung

1.2. Ziele und Strategien

1.3. Steuerung

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

2.2. Arbeitsmarkt

2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.2. Marktbezogene Entwicklung

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

3.5. Forschung und Entwicklung

3.6. Personal und Personalentwicklung

3.6.1. Personalentwicklung

3.6.2. Führungskräfteentwicklung

3.6.3. Unternehmenserklärung Frauenquote

3.6.4. Unternehmenserklärung Entgelttransparenz

3.6.5. TalentPool

3.6.6. Zentrale Mitarbeiterschulungen

3.6.7. Betriebliches Gesundheitsmanagement

3.6.8. Compliance

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

4.2.2. Liquidität

4.3. Vermögenslage

4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.2. Chancen und Risiken

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

6.2. Investitionen

6.3. Finanzierung

6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). In der Branchen-, Geschäfts- und Führungsstruktur der SWH ist die HWS die Geschäftsfeldführungsgesellschaft für die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe. Im Rahmen dieser Funktion hat sie inhaltliche Führungsaufgaben, auch über ihre Beteiligungsgesellschaften hinaus, bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) sowie der RAB Halle GmbH (RAB). Zudem arbeitet die HWS intensiv mit der RES GmbH im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen der SWH und dem Landkreis Mansfeld-Südharz zusammen.

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H), Halle (Saale). Zu den Leistungen der W + H gehören die Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, der Bau von Trinkwasseranschlüssen und die Verlegung von Trinkwasserleitungen, die Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle (Saale), die Wartung und Instandhaltung der Fernwärmestationen der Energieversorgung Halle GmbH (EVH), der Gaszählerwechsel, die Installation von Hausanschlussstationen sowie sonstige Instandhaltungsmaßnahmen.

Darüber hinaus hält die HWS 100 % der Geschäftsanteile an der Cives Dienste GmbH (Cives), Halle (Saale). Die Cives erbrachte im Jahr 2018 für die HWS Dienstleistungen in der Logistik und der Gebäudereinigung.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile an der WER - Wertstofffassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen, u. a. für Altgläserfassung und -sammlung.

Neben der Hauptgesellschafterin SWH hält die HWS 12,5 % der Geschäftsanteile an der Maya mare GmbH & Co. KG.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft agiert insbesondere auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Dies betrifft die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe sowie Straßen- und Gebäudereinigung. Die Geschäftsfelder werden strukturell über die nachstehenden Geschäftsbereiche geführt.

1.1.2.1. Geschäftsbereich Wasser/Abwasser

Der Geschäftsbereich Wasser/Abwasser sichert die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) mit Trinkwasser sowie die gesetztes- und regelkonforme Ableitung und Behandlung von Abwässern. Für das Stadtgebiet Halle (Saale) in der Trinkwasserversorgung sowie für Halle (Saale) und das Entsorgungsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal in der Abwasserentsorgung und -reinigung wurden mit der Stadt Halle (Saale) langfristige Konzessionsverträge geschlossen. Auf der Grundlage dieser Verträge nimmt die HWS die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung auf eigene Rechnung wahr. Insofern ist die HWS sowohl für die laufende Instandhaltung der Netze und der wasser- und abwassertechnischen Anlagen als auch für die Planung und Ausführung von Investitionsmaßnahmen verantwortlich. Außerdem erbringt die HWS Dienstleistungen im Umland.

Die Erfüllung dieser Aufgaben wird durch die Abteilungen Wassertechnik, Abwassertechnik, Klärwerke, Automatisierungs- und Elektrotechnik, Investitionen und Geodienstleistungen sichergestellt.

1.1.2.2. Geschäftsbereich Entsorgung/Straßenreinigung und Winterdienst

Der Geschäftsbereich realisiert sämtliche Aufgaben der satzungsgemäßen Abfallentsorgung und der gewerblichen Sammlung, die damit verbundenen technischen Dienstleistungen, aber auch die Entsorgung von Papierkörben, die Reinigung der städtischen Sinkkästen sowie die Straßenreinigung und den Winterdienst im Stadtgebiet. Weiterhin sichert der Bereich die Wartung, Reparatur, Pflege und das Ausstellen und Einholen sämtlicher Müllgroßbehälter. Zu den Leistungen des Bereiches gehören ebenso die Entsorgung und die Erbringung von Dienstleistungen für gewerbliche Kunden und der Containerdienst.

Die zu dem Geschäftsbereich gehörende Werkstatt nimmt weiterhin für die SWH-Gruppe die Funktion der Zentralwerkstatt für reifengebundene Fahrzeuge wahr. Das in dem Bereich ebenfalls angegliederte zentrale Fuhrparkmanagement realisiert umfangreiche Dienstleistungen für alle Tochterunternehmen des SWH-Konzerns für diese Fahrzeuge.

1.1.2.3. Geschäftsbereich Gebäudereinigung

Durch den Geschäftsbereich Gebäudereinigung werden Gebäudereinigungsdienstleistungen insbesondere für die Stadt Halle (Saale), die SWH und ihre Tochtergesellschaften sowie für Dritte im Stadtgebiet erbracht.

1.1.2.4. Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf

Dieser Bereich erstellt die Jahres-, Mittelfrist- und langfristige Planung des Unternehmens. Im Rahmen der strategischen Unternehmensentwicklung koordiniert der Bereich die Umsetzung der operativen Exzellenz sowie die für die Erreichung der Ziele der operativen Exzellenz umzusetzenden „HWS 2020“-Projekte. Dazu werden als strategische Instrumente ein umfangreiches Kennzahlensystem und eine 30-Jahres-Planung fortgeschrieben.

Im Rechnungswesen sind sowohl die kaufmännischen Aufgaben für die Gesellschaft sowie für Dritte als Serviceleistung implementiert.

Im Geschäftsbereich ist zudem der Zentraleinkauf angesiedelt, welcher sämtliche vergabepflichtigen Einkaufsprozesse koordiniert und durchführt.

Zum Bereich gehört ebenfalls das zentrale Facilitymanagement der HWS.

1.1.2.5. Geschäftsbereich Vertrieb

Der Geschäftsbereich Vertrieb ist für die Kundenbetreuung im weitesten Sinne zuständig. In diesem Bereich sind die permanente Betreuung der Key-Accounts, die Neuakquise von Verträgen im gewerblichen Bereich, die Verhandlung von Dienstleistungsverträgen wie auch die Einführung und Kontrolle von Servicelevels der HWS angesiedelt. Der Bereich ist die zentrale Stelle für die Verhandlung und Gestaltung der Ver- und Entsorgungs- sowie der Dienstleistungsverträge der HWS.

Darüber hinaus führt der Bereich die Abstimmung und vertragliche Bindung mit den Kunden für Hausanschlussleitungen durch und betreibt und entwickelt die drei Wertstoffmärkte der HWS. Ferner fällt der Betrieb der Recyclinganlagen für Elektronikschrott, Papier und Folien in seinen Aufgabenbereich. Die Umschlags- und Aufbereitungsprozesse von Abfällen in der Äußeren Hordorfer Straße sowie die Ein- und Ausgangsverwiegung werden ebenfalls vom Bereich Vertrieb realisiert.

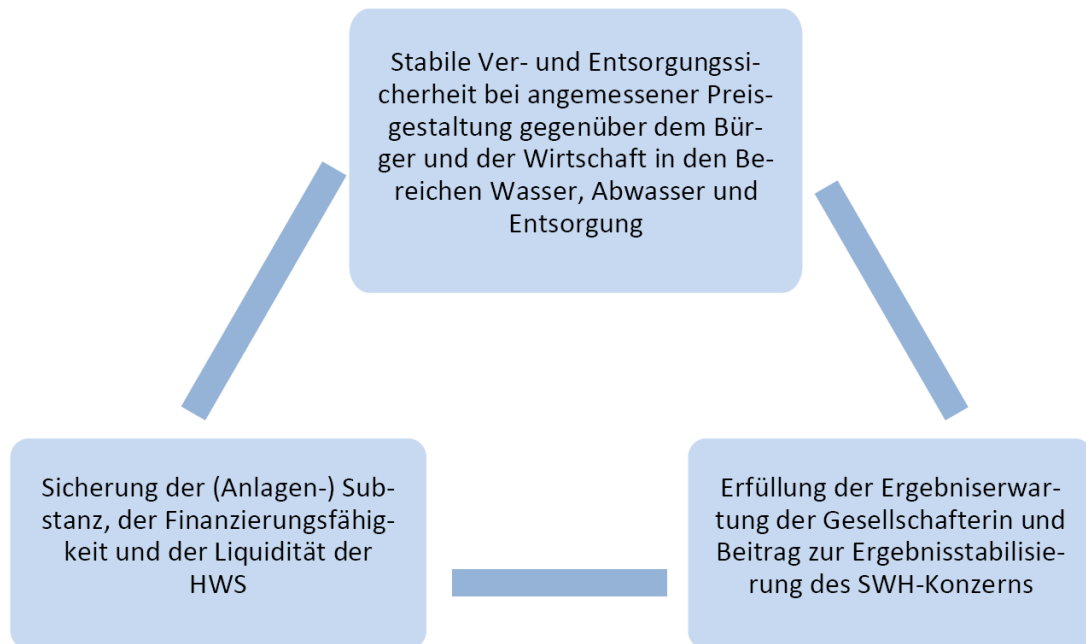
1.1.2.6. Geschäftsbereich Referat der Geschäftsführung

Das Referat der Geschäftsführung ist verantwortlich für das Betriebs- und Prozessmanagement, das Qualitäts- und Umweltmanagement des Unternehmens wie auch die Arbeitssicherheit, den Brand- und den Gesundheitsschutz. Darüber hinaus nimmt der Bereich die Werbe- und Marketingaufgaben, das betriebliche Gesundheitsmanagement und das betriebliche Eingliederungsmanagement, das Vertrags- sowie das Beschwerdemanagement der HWS wahr und verwaltet die Unternehmensversicherungen.

Zum Geschäftsbereich gehört ebenfalls das akkreditierte Zentrallabor der HWS, das Prüftätigkeiten für Trinkwasser, Abwasser und Abfall durchführt.

1.2. Ziele und Strategien

Aufgabe der HWS ist es, für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber die wesentlichsten Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung nachhaltig und langfristig anzubieten und zu erbringen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war und ist es Ziel der Gesellschaft, eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist das Bemühen der HWS, durch weitere Erschließung von Umsatz- und Effizienzpotenzialen zum einen die Entgelte für die Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau für die Bevölkerung zu halten, zum anderen die Gewinnerwartung des Gesellschafters zu erfüllen und um diese Ziele zu erreichen, die Substanzen des Unternehmens zu erhalten und auszubauen.



Die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung des Schmutz- und Niederschlagswassers sowie die Abfallentsorgung wurden 2018 wie auch in den vorangegangenen Jahren ohne Einschränkungen sichergestellt.

Die Preise für Trinkwasser im Versorgungsgebiet der HWS waren in den letzten 12 Jahren stabil. Unterbrochen wurde dies nur im Jahr 2012 mit der Einführung des sogenannten Wassercents durch die Landesregierung. Im Jahr 2015 wurde der Trinkwasserpreis gesenkt.

Im Jahr 2018 wurden 35.735 TEUR in die Infrastruktur der HWS investiert. Davon 18.903 TEUR aus Eigenmitteln.

Wie auch in den Vorjahren konnte das geplante Ergebnis 2018 vor Ergebnisabführung erfüllt und überboten werden. Die Ergebniserwartung des Gesellschafters vor Abführung des Gewinns wurde mit 399 TEUR übererfüllt.

Durch konsequente Umsetzung des Effizienz- und Effektivitätsprogramms „HWS 2020“ war es möglich, Umsatz- und Kostensenkungspotenziale zu erschließen. Diese wurden unter anderem eingesetzt, um Kostensteigerungen zu kompensieren, damit die Preise auf einem moderaten Niveau gehalten und zugleich die Ergebniserwartung des Gesellschafters erfüllt wurden. Durch Umsetzung des Paktes zur Schuldenreduzierung wurde darüber hinaus die Finanzierungsfähigkeit des Unternehmens weiter verbessert.

Im Rahmen des Strategie- und Kulturentwicklungsprozesses „SWH-Kompass 2020“ besteht für die HWS die Herausforderung, die Umsetzung der operativen Exzellenz zu gestalten. Das strategische Ziel der operativen Exzellenz formuliert dabei „Wir gehören innerhalb der jeweiligen Branche zu den 25 % der Besten in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz).“

Basierend auf dem vorhandenen Kennziffersystem der HWS sowie durch Marktanalysen und Benchmarking wurden Ausgangs- und Zielwerte der operativen Exzellenz pro Abteilung festgelegt. Die 2-jährige Testphase wurde 2018 abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden und werden in den Zielstellungen verankert. Ab 1. Januar 2019 beginnt der erste Zielzyklus von fünf Jahren.

Die operative Exzellenz beschreibt die strategischen Ziele der HWS. Mit dem Effizienz- und Effektivitätsprogramm „HWS 2020“ werden Projekte identifiziert und umgesetzt, um die strategischen Ziele zu erreichen.

Insgesamt wurden im Rahmen dieses Programms 74 Maßnahmen bereits abgeschlossen und in die laufende betriebswirtschaftliche Tätigkeit überführt. Derzeit werden weitere 38 Maßnahmen aktiv bearbeitet. Diese gliedern sich auf folgende Arbeitsschwerpunkte der HWS auf:

	Idee	Konzept	Umsetzung	beendet
Geschäftsentwicklung & Wachstum	2	1	3	16
Kundenorientierung & Servicequalität	0	0	3	5
Betriebsoptimierung	4	7	10	39
Langfristige Investitionsplanung	0	1	1	3
Personalentwicklung, Führung & Organisation	0	1	4	6
Interne & externe Kommunikation	0	0	1	5
Gesamt:	6	10	22	74

In den letzten drei Jahren hat die HWS die Voraussetzungen geschaffen, ab dem Kalenderjahr 2019 die Ermittlung der kalkulatorischen Abschreibungen bei der Entgeltkalkulation der Abwasserbeseitigung von Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) auf Wiederbeschaffungszeitwerte (WBZW) umzustellen. Die Möglichkeit der Umstellung auf diese Abschreibungsmethode ist in § 5 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) geregelt. Ziel ist es, die sogenannten Mehrerlöse investiv zu verwenden. Damit kann die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis der HWS gestärkt und die Fremdverschuldung auch bei Steigerung der Investitionen im Rahmen des Substanzwerterhaltungsprogramms im Abwasserbereich gesenkt werden. Im Jahr 2018 wurden die vorbereitenden Maßnahmen durch Analysetätigkeit, Berechnung der WBZW, Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt, dem Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) abgeschlossen. Die Mehrerlöse aus kalkulatorischer Abschreibung auf WBZW sind in die Kalkulation der Abwasserpreise für die Kalkulationsperiode 2019/2020 eingeflossen.

Ein weiterer Schwerpunkt, dessen Umsetzung 2018 intensiviert wurde, ist die Strategie zur Substanzwerterhaltung des Trink- und Abwassernetzes. Im Ergebnis einer zielgerichteten Analyse wurden projektbezogene Maßnahmen festgelegt und unter Wahrung der Grundsätze zur Sicherung der Finanzierbarkeit des Unternehmens umgesetzt.

Zentraler Punkt ist die Maßnahme Kostenoptimum der Kanalreparatur (im Bereich \leq DN 800), welche mit der Abschlussberichterstattung an die Geschäftsführung als Projekt beendet und in das Tagesgeschäft integriert wurde. Zum Zeitpunkt der Abschlussberichterstattung wurden im Rahmen der Maßnahme ca. 65 km in 14 Reparaturgebieten fertiggestellt. Zur Weiterverfolgung der Ergebnisse der Maßnahme wird eine jährliche Qualitätsberichterstattung erfolgen. Des Weiteren wird die Kennzahl Rehabilitationsrate Abwassernetz als Kennzahl der operativen Exzellenz eingeführt. Bis 2023 sollen 240 km Kanalnetz repariert und in eine bessere Zustandsklasse überführt werden.

Im September 2018 wurde die Ideenskizze zu der Maßnahme Instandhaltung Haupt- und Nebensammelkanäle in die Konzeptphase übergeleitet. Ziel der Maßnahme ist die Etablierung eines zusätzlichen Reparatur- und Instandhaltungsprogrammes für Haupt- und Nebensammelkanäle. Bis zum 31. Dezember 2019 soll dazu ein Reparaturkonzept erstellt und bereits vorbereitende Handlungen (TV-Befahrung etc.) vorgenommen werden. Auch hier steht der Erhalt des Substanzwertes bei optimalem Mitteleinsatz im Vordergrund.

Zur Erhöhung der Effizienz des Unternehmens wurden auch 2018 umfangreiche Maßnahmen zur Digitalisierung von Prozessen begonnen. Eine davon ist die im Juni 2018 begonnene „HWS 2020“-Maßnahme Geschäftsprozessmodellierung in der HWS, die sich derzeit in der Umsetzungsphase befindet. Ende Oktober 2018 wurden dabei die Arbeiten zur Aufnahme der Prozesse abgeschlossen. Im Ergebnis wurden, neben der IT-Landkarte der HWS, die Unternehmensprozesslandkarte sowie die Bereichslandkarten der HWS im Signavio abgebildet. In der Umsetzungsphase wurden die aufgenommenen Prozesse priorisiert. Für die mit hoher Priorität deklarierten Prozesse erfolgt derzeit die Detailmodellierung unter Berücksichtigung vorhandener Beschreibungen von Prozessen und Abläufen. Für die Detailmodellierung wurden sechs Modellierer in der HWS benannt.

Weitere Schwerpunkte in den Fachbereichen sind die Einführung eines Betriebsinformationssystems im Bereich Wasser/Abwasser und der digitale Leitstand im Bereich Entsorgung, um nur einige zu nennen.

1.3. Steuerung

Die auf Konzernebene gemeinsam erarbeiteten strategischen Ziele, Führungsgrundsätze und das Leitbild stellen den Rahmen für einen zukunftsorientierten Entwicklungsprozess aller Stadtwerkeunternehmen dar. Die im Konzern erarbeiteten Richtlinien und Handlungsgrundsätze sind die Grundlage für die Führungsstruktur, die Organisation und das Richtlinienmanagement der HWS.

Die Unternehmenssteuerung der HWS erfolgt über ein System verschiedener Instrumente. Analog der in 1.1. dargestellten Unternehmensstruktur ist auch die interne Führungsstruktur organisiert.

Die Geschäftsleitung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und vier Prokuristen wahrgenommen. Schwerpunkte der betriebswirtschaftlichen Steuerung sind die strategische, die Mittelfrist- und die jährliche Wirtschaftsplanung. Letztere umfasst die Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung, Bilanz, Personal, Investitionen sowie Mengenplan und Preise. Die Planung wird für weitere vier Jahre erstellt und somit mittelfristig fortgeschrieben. Die 30-Jahres-Planung wird jährlich durch Abstimmung mit den Jahresplanungen aktualisiert. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse und Kennzahlen ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt. Die Leistungsfähigkeit der HWS wird in ca. 300 Effektivitäts- und Effizienz Kennziffern abgebildet, welche monatlich ausgewertet werden.

Die Zielerreichung wird in monatlichen Auswertungen sowohl mit den Bereichsleitern als auch mit den Abteilungsleitern thematisiert. Strategische Aufgabenstellungen, wie die Umsetzung der „HWS 2020“-Projekte, das Gesundheits- und Personalmanagement, die Kennzahlenentwicklung und die Umsetzung der Investitionen werden durch den Geschäftsführer regelmäßig in den Quartalsgesprächen mit allen Bereichen umfassend behandelt. Die Vorbereitung und Nachbereitung der Quartalsgespräche erfolgt durch die Abteilung Controlling/Strategie und die Unternehmenssteuerung. Die weitere Auswertung erfolgt in den Dienstberatungen der Bereiche und Abteilungen sowie in den quartalsweisen Abteilungsleiterbesprechungen der Geschäftsführung.

Des Weiteren erfolgt eine Projektberichterstattung zu Meilensteinen der „HWS 2020“-Projekte. Dabei werden die Projekte über Projektnummern eindeutig den in 1.2. genannten sechs Arbeitsschwerpunkten des „HWS 2020“-Prozesses zugeordnet und ihr Fortschritt dokumentiert. In speziellen zweimal jährlich stattfindenden Strategieworkshops mit der Führungsebene kommt es deshalb insbesondere darauf an, Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu definieren, zu priorisieren und deren Abarbeitung festzulegen. Gleichzeitig werden Nachjustierungen an strategischen Zielen vorgenommen.

Eine laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service. Unter Führung der SWH ist auf Konzernebene ein Cash-Pool-Management eingerichtet, in dem Soll- und Haben-Salden auf Konten der beteiligten Unternehmen täglich zu Gunsten bzw. zu Lasten der Leitkonten bei der SWH valutarisch auf null gestellt werden. Dazu werden von der HWS täglich Ein- und Auszahlungen (Tagesvorschau, Vorschau für die nächsten 20 Arbeitstage sowie eine 12-monatige Einnahmen- und Ausgabenfortschreibung auf Basis der erstellten Jahresplanung) EDV-gestützt geplant, überwacht und an die SWH übermittelt.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit Ende 2017 grundsätzlich im Wege einer Konsortialfinanzierung über die SWH und wird über Gesellschafterdarlehen an die HWS entsprechend der Finanzbedarfsplanung ausgereicht.

Ein wesentliches Instrument für die Steuerungs- und Führungsprozesse ist das gemeinsam im Konzernverbund installierte Risikomanagementsystem. Es zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige potenzielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten sowie zu steuern und ist eng mit der Wirtschaftsplanung verknüpft.

Ein organisatorisches Element zur operativen Steuerung von Unternehmensvorgängen stellt das Unternehmensregelwerk dar, das in Abstimmung mit dem Konzern kontinuierlich überprüft und an die aktuellen rechtlichen, technischen und organisatorischen Gegebenheiten angepasst wird. Ergebnisse der Risikomanagementauswertungen und der im Rahmen des Jahresrevisionsplanes durchgeführten Prüfungen werden in die Nachjustierung der Regelungen einbezogen.

Zusätzlich wird über das zentrale Beschwerdemanagement der HWS durch die auf Leitungsebene erfolgende halbjährliche Auswertung der im Unternehmen eingegangenen Beschwerden Verbesserungspotenzial in Abläufen und Kommunikation aufgedeckt.

Ein weiteres Steuerungsinstrument ist die Umsetzung des Qualitäts- und Umweltmanagements in der HWS, welches im Referat der Geschäftsführung angegliedert ist. Im Auftrag der Geschäftsleitung werden zudem das Richtlinienmanagement, das Vertragsmanagement und die wesentlichen Beauftragtenfunktionen für das Unternehmen durch diese Struktureinheit wahrgenommen.

Schwerpunkte und gleichzeitig wesentliche Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungsgremien.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Zertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagement nach ISO 9001:2015 und ISO 14001:2015,
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgung zum Entsorgungsfachbetrieb und zur anerkannten Erstbehandlungsanlage für Elektroaltgeräte nach ElektroG,
- Reakkreditierung des Zentrallabors durch die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) nach DIN EN ISO/IEC 17025.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In Umsetzung des Effektivitäts- und Effizienzprogramms „HWS 2020“ wurden neue Optimierungspotenziale in Form von Strukturanpassungen und Prozessoptimierungen gehoben.

In den vergangenen Jahren fanden wesentliche Strukturänderungen statt, die im Jahr 2018 vollständig abgeschlossen wurden. So wurden alle Stabstellen aufgelöst und in das Referat der Geschäftsführung integriert. Des Weiteren wurde der Bereich Behälterservice aufgelöst und nach Tätigkeitsmerkmalen in die Bereiche Vertrieb und Entsorgung überführt. In diesem Zusammenhang wurde die Abfallbehandlung und Waage aus dem Bereich Entsorgung herausgelöst und dem Bereich Vertrieb zugeordnet. Ebenso fand eine Auflösung des Bereichs Informationstechnik statt, da alle IT-Leistungen auf die ITC übertragen wurden.

Seit dem 1. Januar 2018 besteht mit der ITC ein vollumfänglicher Geschäftsbesorgungsvertrag. Die HWS bestimmt Inhalt, Leistungsumfang und Qualität der Leistungen, die von der ITC erbracht werden. Diese Leistungen und die Servicelevel sind in einzelnen Leistungsblättern festgeschrieben. Die ITC ist Impulsgeber für den mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderungsprozess. Der Vertrag hat zunächst eine Laufzeit von fünf Jahren. Um die notwendige Steigerung der Qualität der Leistungen durch die ITC sicherzustellen, wurden Servicelevel definiert sowie Servicezeiten und Verfügbarkeiten angepasst. Jede Leistung wird im Vertrag über ein Leistungsblatt beschrieben, sodass eine hohe Transparenz bei der Realisierung der Aufgaben durch die ITC und den Kosten gegeben ist. Die Umsetzung wird über einen gemeinsamen Koordinierungsausschuss, bestehend aus HWS und ITC, angesteuert.

Im Jahr 2018 wurden die Voraussetzungen geschaffen, die Aufgaben der Abfallgebührenabrechnung zum 1. Januar 2019 von der ITC zurück in die HWS zu übertragen. Das Team aus sechs Mitarbeitern wird im Bereich Vertrieb angesiedelt.

Das Prozessleitsystem im Bereich Trinkwasser/Kanalnetz und Kläranlage wurde 2018 vollständig in Betrieb genommen. Damit konnte die 2017 vorgenommene Neuordnung der vorherig getrennten Leitwarten Trink- und Abwasser auch datentechnisch abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurde in diesem Zusammenhang auch die kritische Infrastruktur verbessert und sicherer gestaltet.

Der Wasserliefervertrag mit der Dow Olefinverbund GmbH konnte um zehn Jahre bis zum 30. Juni 2029 verlängert werden. Darüber hinaus wurde mit der Stadt Halle (Saale) der Winterdienstvertrag um Radwege erweitert.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-%-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Unternehmensübergreifend

Die im Jahr 2017 begonnene Testphase der operativen Exzellenz wurde mit dem Jahr 2018 abgeschlossen. In den beiden Testjahren wurde die Wirksamkeit der Kennziffern zur Zielerreichung überprüft. Insgesamt wurden 20 Kennziffern überarbeitet oder neuen Benchmarks angepasst. Für den ab 1. Januar 2019 beginnenden Zielzyklus bis 2024 wurden 69 Kennzahlen vereinbart, die die Gesamtleistung der HWS widerspiegeln. Damit wird auch eine Angleichung der Zyklusziele an die 5-Jahres-Planung erreicht. Die operative Exzellenz wird in der HWS in 28 Organisationseinheiten gemessen. Nach Möglichkeit spiegeln die Kennziffern Benchmarks wider. In den Bereichen, wo keine Benchmarks vorhanden sind, wurden Kennzahlen aus dem bestehenden Kennzahlensystem integriert. Mit dem Anspruch „Wir wollen zu den 25 % der Besten der Branche gehören“ formuliert die HWS ihre langfristige strategische Zielstellung, die durch Umsetzung von Maßnahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms „HWS 2020“ umgesetzt wird.

Insbesondere im Ergebnis des Effizienz- und Effektivitätsprogramms „HWS 2020“ konnten die strategischen Ziele der HWS auch 2018 erfüllt werden. Es wurden die Voraussetzungen geschaffen, die Ver- und Entsorgungssicherheit im Wasserbereich und die Entsorgungssicherheit für Abfälle bei moderater Preisentwicklung zu gewährleisten. Für die Kalkulationsperiode 2019/2020 bleibt der Trinkwasserpreis stabil, der Abwasserpreis sinkt und der Preis für Niederschlagswasser steigt leicht (in der Musterhaushaltsberechnung bedeutet das eine sehr moderate Preisentwicklung bei Einfamilienhäusern, bei Mehrfamilienhäusern eine Senkung der Abwasserkosten). Auch durch die geringfügige Entwicklung der Logistikkosten der HWS im Abfallbereich bleibt die Müllgebühr in der Stadt Halle (Saale) weiter konstant mit leichten Preissenkungen.

Die Maßnahmen zur Substanzwerterhaltung im Trink- und Abwasserbereich wurden planmäßig umgesetzt und durch Zusatzmaßnahmen die Zielstellung übererfüllt.

Im Abfallbereich wurden die technischen Voraussetzungen getroffen, um die jährlich akquirierten und umgeschlagenen Mengen effizient zu bearbeiten.

Wesentliche ökologische Zielstellungen, wie Senkung der Schmutzfracht im Mischkanalsystem, Reduzierung des Stickstoffabbaus im Klärwerk Nord und Verbesserung der hydraulischen Verhältnisse in der Abwasserbehandlung konnten durch den Abschluss der Investitionsvorhaben Brachwitzer Straße, Tafelwerder und Klärwerk Nord 2018 erreicht werden.

Die Ergebniserwartung des Gesellschafters vor Ergebnisverwendung konnte mit 399 TEUR über dem Plan realisiert werden.

Zur noch besseren Einbindung der Mitarbeiter in den Strategieprozess operative Exzellenz wurden 2018 Führungskräftekonferenzen mit den operativen Führungskräften und Abteilungsleitern durchgeführt. Diese sind die Grundlage für eine geplante zweijährige Kampagne mit allen Mitarbeitern unter dem Motto „Mitarbeiter erreichen“.

Insgesamt wurden in 2018 7 Maßnahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms „HWS 2020“ abgeschlossen und in den betriebswirtschaftlichen Regelbetrieb überführt.

Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung

Eine wesentliche Aufgabe im Geschäftsfeld Wasserversorgung und Abwasserentsorgung war und ist die Umsetzung der Substanzwerterhaltungsstrategie des Unternehmens. Beginnend im Jahr 2015 und fortführend mit der Planung 2019 bis 2023 wurden projektkonkrete Schwerpunkte in der Substanzwerterhaltung im Trink- und Abwassernetz abgebildet.

Auch wenn im Bereich Trink- und Abwasser zwischen 1994 und 2018 über 743 Mio. EUR Investitionen getätigt wurden, hauptsächlich um wasserrechtliche Auflagen zu erfüllen und Neuerschließungen durchzuführen, hat die HWS noch vielfältige Aufgaben in der Substanzwerterhaltung des Netzes und der damit verbundenen Anlagen zu erledigen. Darin eingeschlossen sind Projekte der HWS, die bei Nutzung optimaler Kosten- und Investitionsstrukturen eine hohe Ver- und Entsorgungssicherheit bei Einhaltung der umweltgerechten Rahmenbedingungen sicherstellen. Durch die HWS wurde 2018 die Abwasserzielplanung fortgeschrieben und mit der Stadt Halle (Saale) abgestimmt. Dabei wurde erstmalig der Planungszeitraum auf fünf Jahre festgelegt und somit mit der Planung der HWS synchronisiert. Die Abwasserzielplanung legt auf der Grundlage des Konzessionsvertrages die Entwicklungsziele in der Verbesserung und der Erhaltung der Anlagensubstanz fest.

Im Jahr 2018 wurden die konzeptionellen und technischen Voraussetzungen geschaffen, um eine Reparaturstrategie für die Großraumprofile (über DN 800) umzusetzen. Anschließend wird im Jahr 2019 mit der Reparatur im Hauptsammler in der Burgstraße begonnen. Ab 2020 sollen Substanzwerterhaltungsmaßnahmen planmäßig jährlich in den Großraumprofilen realisiert werden.

Eine zweite Aufgabenstellung in der Substanzwerterhaltungsstrategie bildet auch weiterhin die Reparaturstrategie Kanalnetz (\leq DN 800). Ziel hierbei ist es, die Zustandsklassen des Kanalnetzes wesentlich zu verbessern. Dies soll nicht durch aufwendige Erneuerungen oder Reliningverfahren, sondern durch punktuelle Reparaturen erfolgen. Durch Kamera-Befahrungen einzelner Gebiete werden die Schadstellen lokalisiert, eine Abwägung zwischen Reparatur, Erneuerung oder Reliningverfahren getroffen und dann gesamtheitliche Reparaturgebiete ausgeschrieben. Bis zum 31. Dezember 2018 konnten somit 65 km Kanalnetz in 14 Reparaturgebieten bearbeitet werden. Im Ergebnis konnten die Zustandsklassen 3 und besser erreicht werden. Der Vorteil dieser Methode besteht einerseits in seiner hohen Kosteneffizienz und andererseits in der schnellen und unkomplizierten Umsetzung, da oftmals Robotertechnik eingesetzt wird. So kann in vielen Fällen auf aufwändige Straßensperrungen verzichtet werden.

Darüber hinaus wurden zusätzliche Instandhaltungsmaßnahmen an technischen Anlagen und Gebäuden der Abwasserentsorgung umgesetzt.

Schwerpunkt im Trinkwasserbereich war die Instandhaltung schadensauffälliger Leitungen. So wurden 2018 insgesamt 2,3 km schadensauffälliger Leitungen repariert. Zukünftig werden die Ablösung von Doppelgraugussleitungen und Asbestzementleitungen stärker in den Fokus rücken. Einen weiteren Schwerpunkt im Trinkwassernetz bilden die Zubringerleitungen. Besonders störanfällig war 2018 die 1961 erbaute Zubringerleitung West. Fünf Reparaturen mussten 2018 ausgeführt werden. Da die Leitung eine wesentliche Bedeutung für die Redundanz der Versorgung der Stadt Halle (Saale) hat und darüber hinaus 25 % der täglichen Trinkwassermenge der Stadt Halle (Saale) im Bereich Halle Neustadt und dem WAZV-Gebiet sicherstellt, wurde unter Havariegesichtspunkten eine kurzfristige Erneuerung der Leitung auf 750 m veranlasst, die im ersten Halbjahr 2019 umgesetzt wird.

Im investiven Bereich wurden zunehmend technisch innovative Verfahren zur Renovation des Kanalnetzes angewandt. Darüber hinaus fanden Erneuerungen insbesondere im durch das Hochwasser 2013 geschädigten Leitungsnetz und den baulichen Anlagen statt. Insgesamt wurden im Jahr 2018 rund 33,7 Mio. EUR Investitionen im Trink- und Abwasserbereich umgesetzt. Nachfolgend sind die wesentlichen Maßnahmen der Investitionsschwerpunkte aufgeführt:

Abwasser

- Klärwerk Nord – zukunftsorientierter Neubau eines Belebungsbeckens und damit Erweiterung der Kapazität des Klärwerkes um 40.000 EW-Gleichwerte bei gleichzeitiger Verminderung der Ablaufwerte Stickstoff auf 13 mg/l (Klärwerk Nord),
- Ersatzneubau Hauptsammler Brachwitzer Straße – 1.259 m im halboffenen Vortrieb mit 3,60 m Außendurchmesser in Verbindung mit Schaffung eines Stauraums von ca. 4.000 m³ zur Mischwasserbehandlung,
- Ersatzneubau Rechenhaus Tafelwerder,
- Mischwasserkanal an der DB-Brücke B6/Raffineriestraße und S-Bahn Berliner Straße/Steintorbrücke,
- Erschließung B-Plan Heide-Süd,
- Mischwasserkanäle Immenweg/Nelkenstraße, Trennsystem Klostervorstadt

Trinkwasser

- Erneuerung der durch das Hochwasser geschädigten Hauptversorgungsleitungen Passendorfer Wiesen, Dow Olefinverbund GmbH, Gimritzer Damm, Riveufer
- Erneuerung alter störanfälliger bzw. schadhafter Trinkwasserleitungen (Raffineriestraße, Düker Riveufer, Salzmünder Straße, Teutschentaler Landstraße, K.-Tucholsky Str./Geseniusstraße/Wegscheider Straße)
- Maßnahmen der Stadtentwicklung, TWL Bugenhagenstraße und Baugebiet Heide-Süd
- Maßnahmen zum Stadtumbau – Erneuerung und Redimensionierung von Versorgungsleitungen Braunschweiger Bogen, Hans-Sachs-Straße, Hettstedter Straße

Komplexmaßnahmen mit Tiefbau mit Stadt Halle und EVH

- Trinkwasserleitung, Mischwasserkanal Thomasiusstraße
- Trinkwasserleitung Innenstadt Kollektor Schlossgasse-Gr. Klausstraße Mühlberg, TWL Zeisigweg mit EVH

Stadtbahnprogramm

- Folge- und Zusatzmaßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogramms - bei den Projekten Böllberger Weg, Veszpremer Straße, Merseburger Straße Nord, Große und Kleine Steinstraße, Gimritzer Damm.

Die Investitionen wurden sowohl aus Eigenmitteln und Krediten sowie aus Mitteln der Fluthilfe bzw. Fördermitteln im Rahmen des Stadtbahnprogramms und der Städtebauförderung finanziert.

Um die Planungssicherheit der Substanzwerterhaltung zu verbessern und mit dem langfristigen Investitionsplan (strategisches Anlagenmanagement) zu verbinden, wurde 2017 mit den Vorarbeiten zum Aufbau eines Alterungsmodells für das Kanalnetz der Stadt Halle (Saale) begonnen. Mit Hilfe statistischer Verfahren wird das Alterungsverhalten des Kanalnetzes in Abhängigkeit von Parametern wie Alter, Rohrmaterial, Lage im Verkehrsraum, Tiefenlage der Kanäle und vorliegende Schäden analysiert. Anders als bei der finanziellen Langfristplanung der HWS liegt hier der Fokus auf der Substanzwertentwicklung des Kanalnetzes. Es werden verschiedene Szenarien bezüglich des Einsatzes finanzieller Mittel (Höhe des Mitteleinsatzes und Verteilung auf Renovation und Erneuerung des Abwassernetzes) betrachtet und die sich daraus abzuleitenden mittelfristigen Effekte hinsichtlich Zustand, Substanzwert und Entgeltentwicklung analysiert. Diese Maßnahme wird begleitet von der Hochschule Aachen. 2018 erfolgte die Plausibilisierung der Datenbasis. 2019 soll die Entwicklung des prognosegestützten Sanierungsmodells beauftragt werden. Erste Ergebnisse werden 2021 erwartet.

Zur Minimierung von Beeinträchtigungen bei Starkniederschlagsereignissen wurden gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) Schwerpunktbereiche untersucht, wie unter anderem durch Nutzung von Freiflächen Niederschlagswasser zwischengespeichert werden kann, um Überflutungen zu vermeiden. Grundlage bildeten Regenschreiber und Prognosen, die im Auftrag der HWS vom IWS Leipzig (Institut HTWK Leipzig) erarbeitet wurden. Die Aufgabenstellung wird auch in den kommenden Jahren eine Arbeitsaufgabe gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) sein.

Im Jahr 2018 wurden durch die HWS unter Einbeziehung der Stadt Halle (Saale), des Landes Sachsen-Anhalt, der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH sowie dem Ingenieurbüro Bannewitz Schwerpunkte zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser im Havarie-, Katastrophenfall sowie bei terroristischen Anschlägen diskutiert. Daraus abgeleitet hat die HWS eine Aufgabenstellung für eine Analyse von Szenarien und den daraus resultierenden Schlussfolgerungen erarbeitet. Diese soll durch das Ingenieurbüro in Abstimmung mit allen Beteiligten 2019 umgesetzt werden.

Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe

Die Optimierung des Entsorgungsstandortes Äußere Hordorfer Straße wurde im Jahr 2018 weitestgehend durch Neugestaltung der Abfallbehandlungsfläche sowie verschiedene Maßnahmen zur Erweiterung bestehender Flächen abgeschlossen. Diese Maßnahmen waren erforderlich, um die mit der Umsatzentwicklung verbundene Erhöhung der umzuschlagenden Abfallmenge sicherzustellen. Sie tragen zur Steigerung der Sicherheit auf dem Gelände für Kunden und Mitarbeiter bei und führen zur Optimierung logistischer Abläufe.

Im Jahr 2018 wurde mit der Stadt Halle (Saale) der Vertrag zur Durchführung des Winterdienstes auf Radwegen, beginnend mit der Winterperiode 2018/2019, geschlossen. Die HWS hat hierfür ein separates Fahrzeug beschafft, damit die Aufgabe ordnungsgemäß und effizient umgesetzt werden kann.

Für die Stadt Halle (Saale) wurde des Weiteren ein Entsorgungskonzept entwickelt, welches die Papierkorbentleerung für festgelegte Naherholungsgebiete bzw. Grünflächen und Promenaden im Stadtgebiet neu regelt. Die HWS plant, diese Aufgabe 2019 von der Stadt Halle (Saale) zu übernehmen und somit auf die veränderte Nutzung der Grünflächen durch die Bürger und Gäste zu reagieren.

Durch den Bereich Entsorgung wurde im Jahr 2018 in Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale) und der Berufsgenossenschaft die Gefährdungsbeurteilung bei der Entsorgung in Straßen, in denen rückwärtsgefahren werden muss, abgeschlossen. Insgesamt wurden alle 530 Straßen der Stadt Halle (Saale) untersucht. Im Ergebnis wurden für 37 Straßen der Kategorie C und 146 Straßen der Kategorie B Festlegungen getroffen, wie eine Entsorgung auch unter sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen sichergestellt werden kann. Für diese relevanten Straßen wurden kleine Müllfahrzeuge angeschafft und in die Tourenplanung ab 2019 eingeordnet.

Anfang 2018 wurden die 15 Fahrzeuge im Bereich Straßenreinigung mit Navigationsgeräten ausgestattet. Ziel ist die Optimierung der Touren und die Erhöhung der Sicherheit des teilweise auch nachts fahrenden Personals.

Zur weiteren Erschließung von Effizienzreserven wurden 2018 für die Bereiche Containerdienst und Straßenreinigung konzeptionelle Voraussetzungen geschaffen, um mit digitaler Unterstützung Optimierungspotenzial in den Arbeitsprozessen zu erschließen.

2018 wurde in einer Testphase damit begonnen, die Bechippung der Container (analog zu den bereits umgesetzten MGBs) zu testen und im ersten Halbjahr 2019 für alle rund 1.000 Container abzuschließen.

Des Weiteren wurde in diesem Bereich eine Ideenskizze in den Entscheidungsprozess überführt, mit dem Ziel, durch Veränderungen in der Prozessgestaltung und digitalisierter Tourenplanung einen effizienteren Containerumschlag zu erreichen und die jährlich geplante Entwicklung im Containerdienst von 5 - 10 % zu erreichen.

Parallel dazu wird die seit 4 Jahren bewährte Zusammenarbeit mit der Hochschule Merseburg in der Tourenplanung der Müllentsorgung fortgesetzt. Nachdem nunmehr aus vergangenheitsbezogenen Daten Tourenoptimierungsmodelle entwickelt und umgesetzt wurden, geht es jetzt darum, eine Online Tourenplanung in Echtzeit zu entwickeln, um auf Verkehrsstörungen, unterschiedlich ausgelastete Fahrzeuge, Baustellen etc. sofort reagieren zu können.

Beide Arbeitsbereiche Containerdienst und Müllentsorgung sollen perspektivisch über einen digitalen Leitstand angesteuert werden. Dies wäre eine echte Neuerung in der Entsorgungsbranche.

Für die Bereiche Straßenreinigung und Winterdienst wird am digitalen Streu-, Räum- und Kehrbuch gearbeitet, das im Jahr 2019 umgesetzt wird.

Durch das zentrale Fuhrparkmanagement wurden in der HWS die einzelnen Bereiche auf Optimierungsmöglichkeiten im Fuhrpark untersucht. Dabei wurde der Fahrzeugbestand nach bestimmten Kriterien (Kosten, Laufleistung, Alter, Verbrauch etc.) analysiert und mit einem Punktesystem bewertet. Die Ergebnisse wurden zwischen dem Fuhrparkmanagement und dem jeweils nutzenden Bereich besprochen und fließen in die Investitionsplanung (Aussonderung, Ersatzinvestitionen, E-Mobilität, Car-Sharing) für die nächsten fünf Jahre ein. Durch die geplanten Maßnahmen wird eine Einsparung von ca. 100 TEUR erwartet. Für die Ersatzbeschaffung ist vorgesehen, sieben PKW und acht LKW bis 3,5 t durch Elektrofahrzeuge zu ersetzen.

Geschäftsfeld Gebäudereinigung

Im Dezember 2017 wurde durch die Stadt Halle (Saale) die Rücknahme aller Leistungsreduzierungen an den Schulen und Verwaltungen beschlossen. Dieser Beschluss wurde durch die HWS noch im Januar 2018 umgesetzt. Alle Leistungsverzeichnisse und Revierpläne wurden überarbeitet und den Nutzern übergeben. Der Zufriedenheitsgrad hat in den betroffenen Objekten deutlich zugenommen. Ein Indiz hierfür ist der Rückgang der Beschwerden bzw. Reklamationen von 104 im Jahr 2017 auf 57 im Jahr 2018.

Ein weiterer Schwerpunkt waren im Jahr 2018 die notwendigen Jahressonderreinigungen an den Schulen und Kindertagesstätten. Diese finden hauptsächlich in den Sommer-/Betriebsferien statt. Zudem wurden die Glas- und Rahmenreinigungen sowie die Leuchtenreinigungen in diesen Objekten ausgeführt. Hinzu kamen Bauendreinigungen, die im Zuge von umfangreichen Baumaßnahmen an den Schulobjekten ausgeführt werden mussten.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

In Folge der extremen Trockenheit im Jahr 2018 war eine positive Entwicklung des Wasserabsatzes zu verzeichnen.

Aufgrund der Konjunkturlage ist eine Erhöhung der Baupreise zu verzeichnen. So entwickelte sich der Baupreisindex für Tiefbau ohne Straßenbau von 2017 auf 2018 um 6,2 %. Diese Situation wirkt insbesondere auf die von der HWS geplanten Investitionen im Trink- und Abwasserbereich. Durch eine gute Vorbereitung der Ausschreibungen und Vergaben sowie konsequent geführten Bietergesprächen konnte 2018 erreicht werden, dass nur in Ausnahmefällen eine Überschreitung der Kostenschätzungen hingenommen werden musste. Eine Ausschreibung wurde wegen Unwirtschaftlichkeit aufgehoben. Rügen oder Beschwerden an den Vergabeentscheidungen der HWS gab es 2018 nicht.

Die Preise für Altholz waren 2018 stabil. Gleiches gilt für die thermische Verwertung von Gewerbeabfällen. Für beides wird auch kurzfristig nicht mit größeren Schwankungen gerechnet. Die Preise für Kunststoffe waren im Vorjahresvergleich sinkend. Gründe sind in der internationalen Kaufzurückhaltung, dem Nachfragerückgang sowie in den Importbeschränkungen zu suchen. Eine spürbare Veränderung ist derzeit nicht absehbar. Auch bei PPK ist für das Jahr 2018 ein teils deutlicher Rückgang der Preise zu beobachten gewesen. Die Rohstoffpreise für Stahlschrott verharren trotz kleinerer Schwankungen auf hohem Niveau. Der allgemeine Trend der Preisentwicklung bleibt aufgrund von Rohstoffspekulationen an den Börsen weiterhin kurzfristigen Schwankungen unterworfen.

Die Entsorgung von Abfällen wird durch die HWS in der Regel ausgeschrieben und über Jahres- bzw. Zweijahresverträge fest vereinbart. Daher sind lediglich Mengen, die über den Ausschreibungs- oder Vertragsrahmen hinausgehen, unterjährig Preisschwankungen unterworfen. Das Mengenaufkommen bei der HWS war auch im Jahr 2018 unvermindert hoch, sodass es zu Überschreitungen von Ausschreibungsmengen kam (z. B. PPK). Hierbei konnten jedoch stets Verwertungspreise erzielt werden, die günstiger oder zumindest gleichwertig zu den Vertragspreisen waren. Einzig im Bereich PPK mussten für diese Übermengen deutliche Abschläge in Kauf genommen werden.

Die Vergütungen im Wertstoffbereich erfolgten auf Grundlage der Bindung an die entsprechenden Indizes der Zeitschrift Euwid, sodass Marktschwankungen weitergegeben werden konnten.

Als Reaktion auf die niedrigen Vergütungspreise für Kunststoff wurden durch die HWS mindere Qualitäten weiterhin nur noch begrenzt gesammelt bzw. als Abfall angenommen und entsprechend berechnet.

Die Ausschreibung des dualen Systems für die Logistik der LVP-Entsorgung konnte zugunsten der HWS für die nächsten drei Jahre (2019 bis 2021) entschieden werden.

Die Polarisierung und Verdichtung des Wettbewerbs, bezogen auf den Abfallwirtschaftsmarkt, hat auch 2018 durch den Erwerb des Grünen Punktes durch Remondis und den Kauf von Tönsmeier durch die Lidl/Schwarz-Gruppe weiter zugenommen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Auf Bundesebene ist am 2. September 2017 die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), BAnz AT 7. Februar 2017 B1, in Kraft getreten und hat damit die VOL/A abgelöst. Auf Landesebene erfolgt die Einführung der UVgO durch entsprechende landesrechtliche Regelungen. Nach derzeitigem Kenntnisstand soll die UVgO für das Land Sachsen-Anhalt voraussichtlich zum 1. Juli 2019 in Kraft treten. Bis dahin gilt weiterhin für Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte die VOL/A.

Gemäß UVgO ist durch den Auftraggeber ab 1. Januar 2019 die Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten in Textform nach BGB mithilfe elektronischer Mittel zu akzeptieren, selbst wenn er eine andere Form der Einreichung vorgeschrieben hat. Weiterhin hat der Auftraggeber ab dem 1. Januar 2020 vorzugeben, dass die Unternehmen ihre Teilnahmeanträge und Angebote in Textform nach BGB ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel übermitteln. Dasselbe gilt für die sonstige Kommunikation nach § 7 UVgO. Ab dem 1. Januar 2020 gelten somit für die Kommunikation im Unter- und Oberschwellenbereich vergleichbare Regeln. Im Oberschwellenbereich müssen gemäß § 53 Vergabeverordnung (VgV) bereits seit dem 18. Oktober 2018 alle öffentlichen Auftraggeber und alle Bieter ausschließlich ein elektronisches EU-Vergabeverfahren umsetzen. Dieses umfasst auch die elektronische Angebotsabgabe und durchgängige Bieterkommunikation bis zum Zuschlag für Vergabestellen.

Die HWS hat die entsprechende inhaltliche und technische Umsetzung der oben genannten Vergaberechtsänderungen sichergestellt.

Die Europäische Union hat mit der Richtlinie 2014/55/EU ihre Mitgliedsstaaten verpflichtet, die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen durchzusetzen. Bis Ende 2018 waren somit alle Bundesbehörden angewiesen, elektronische Rechnungsformate anzunehmen. Bis Ende 2019 werden dann auch alle anderen öffentlichen Auftraggeber in die Pflicht genommen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, wird der Rechnungsstandard ZUGFeRD (Zentraler User Guide des Forums elektronische Rechnung Deutschland) im Rahmen eines konzernweiten Projektes bei der SWH eingeführt. Ziel des Projektes ist, die Verwendung des Formats für den Konzern zu prüfen und bis zum Jahresende 2019 überall dort einzuführen, wo die Verwendung der elektronischen Rechnung gefordert ist bzw. wo Abläufe vereinfacht werden können. Bereits 2017 wurde mit der Datenerfassung begonnen, sodass eine fristgerechte Einführung erfolgen kann.

Das Kartellverfahren gegen einige LKW-Hersteller wird weiter fortgeführt. Das geltende europäische Kartellrecht räumt den durch unlautere Absprachen benachteiligten Marktteilnehmern die Möglichkeit ein, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Da auch die Fahrzeuge der Stadtwerkeunternehmen hiervon betroffen sind, hat das zentrale Fuhrparkmanagement der HWS für alle Tochterunternehmen der SWH sowie für die Stadt Halle (Saale) die erforderlichen Daten für die Geltendmachung von Schadenersatz erfasst. Zur Reduzierung der Gerichtskosten wurde ein Pool aus der Stadt Halle (Saale), der SWH-Gruppe und weiteren kommunalen Unternehmen gebildet. Die Klageschrift wurde bei Gericht zum Jahresende 2018 eingereicht.

Die Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung ist am 3. Oktober 2017 in Kraft getreten. Ziele der neuen Klärschlammverordnung sind ein mittelfristiger flächendeckender Einsatz technischer Verfahren für eine Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm und eine Verringerung der bodenbezogenen Klärschlammverwertung. Alle zurzeit durch die HWS entsorgten Klärschlämme erfüllen mit ihren Inhaltsstoffen die strengen Vorgaben der Düngemittel- und der Klärschlammverordnung, somit ist eine landwirtschaftliche, landbauliche oder eine Kompostierung der entwässerten Schlämme in den nächsten Jahren möglich. Bis 2023 muss die HWS ein Konzept zur Gewinnung von Phosphor aus Klärschlamm vorlegen, bis 2029 soll laut Klärschlammverordnung die bodenbezogene Verwertung eingestellt werden. Um diese gesetzlichen Festlegungen umsetzen zu können, hat die HWS im Verbund mit weiteren kommunalen Unternehmen eine Studie in Auftrag gegeben, um belastbare Daten für den Bau einer eigenen Anlage zu ermitteln. Parallel dazu wurden Gespräche mit Errichtern und Betreibern von Klärschlammmonoverbrennungsanlagen geführt, um Einschätzungen vornehmen zu können, wie sich die Preisentwicklung bei langfristigen Ausschreibungen gestalten wird. Die Geschäftsführung geht davon aus, im zweiten Halbjahr 2019 konkrete Entscheidungsvarianten vorlegen zu können.

Der Bundestag hat am 30. März 2017 das Verpackungsgesetz (VerpackG) beschlossen. Mit dem Jahresbeginn 2019 wird dieses Gesetz in Kraft treten. Schwerpunkt des Gesetzes ist die Steigerung der Recyclingquoten. Daneben wird aus Sicht der Stadt Halle (Saale) und der HWS der größte Handlungsbedarf in der Abstimmungsvereinbarung für die Fraktion Papier/Pappe/Kartonagen gesehen. Dabei geht es insbesondere um den gestiegenen Anteil an Verpackungen und den damit einhergehenden höheren Anteil der dualen Systeme an den Kosten für das Erfassungssystem. Für die Fraktionen Altglas und Leichtverpackungen werden die Änderungen für die Stadt Halle (Saale) respektive die HWS unbedeutend sein. Generell wird es künftig nur noch eine Abstimmungsvereinbarung für die drei Fraktionen des dualen Systems geben. Hierbei handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, welcher zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem zugelosten Verhandlungsführer, der seitens der Systembetreiber bestimmt wird, verhandelt wird. Für die Stadt Halle (Saale) ist dies die Duales System Deutschland GmbH. In Bezug auf die Rechtssicherheit verfolgen die Stadt Halle (Saale) und die HWS die Bestrebungen des Interessenverbandes (VKU) und dem Deutschen Städtetag, welcher eine Orientierungshilfe zur Verfügung gestellt hat.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Einer der wesentlichsten Erfolgsfaktoren der HWS ist die klare mittelfristige und strategische Ausrichtung des Unternehmens, welche durch die Jahres-, Mittel- und Langfristplanung und deren konsequente Umsetzung untersetzt ist. Das bereits mehrfach erwähnte Effizienz- und Effektivitätssteigerungsprogramm „HWS 2020“, die konsequente Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte der einzelnen Projekte, deren Überführung in das Tagesgeschäft und die weiterführende Verfolgung der mit den Projekten anvisierten Ziele hat im Wesentlichen zur gewünschten Hebung von Effizienz- und Effektivitätssteigerungspotenzialen geführt. Klare Leitungsstrukturen, die zielstrebige Nutzung der betriebswirtschaftlichen Effizienz- und Qualitätskennziffern als Steuerungsinstrument, die Einbindung aller Führungskräfte und der Mitarbeiter in die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse sind wesentliche Erfolgsfaktoren. Mit der Umsetzung der operativen Exzellenz seit 2017 soll eine weitere Qualitätserhöhung in der strategischen Ausrichtung der HWS erreicht werden.

Ein umfangreiches Aus- und Weiterbildungsprogramm für alle Mitarbeiter und insbesondere auch die Nachwuchsförderung durch den Talentpool, stellen gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter sicher. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren intensiv daran gearbeitet, durch ein gut ausgerichtetes Qualitätsmanagement und die Einführung von Servicelevels die Kundenbindung in allen Bereichen zu erhöhen. Unterstützt durch Marketing-Kampagnen (Wasserkampagne/Entsorgungskampagne), verbesserten Internetauftritt und Nutzung moderner Einrichtungen, wie Social Networks, wird darüber hinaus eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Sicherung der Kundenbindung realisiert.

Die zunehmende Digitalisierung von Prozessen der HWS, wie die Projekte Geschäftsprozessmodellierung, Smart-metering (fernauslesbare Wasserzähler), Betriebsinformationssystem im Trink- und Abwasserbereich, Tourenoptimierung oder Identsystem für Container im Abfallbereich, wird zunehmend zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die grundsätzliche Sicherung des Geschäftsmodells durch mittel- und langfristige Verträge, insbesondere mit der Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale), ist ebenfalls ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

3.5. Forschung und Entwicklung

Bereits seit 2017 ist als Pilotprojekt für die Innenstadtreinigung der erste e-Transporter im Einsatz. Dieser StreetScooter, den die Deutsche Post DHL Group entwickelt und produziert hat, wird zunächst als Papiersammelwagen zur Entleerung von Papierkörben im Stadtgebiet Halle (Saale) eingesetzt. Durch den Einsatz des e-Transporters wird nicht nur der CO₂-Ausstoß gemindert, auch der Lärmpegel in der Innenstadt wird gesenkt. Bewährt sich das Fahrzeug im täglichen Einsatz, ist die Anschaffung weiterer StreetScooter möglich.

Gemeinsam mit der Bauhaus-Universität Weimar und der Sächsischen Umwelt Consulting GmbH wurde 2017 ein Antrag an den Projektträger Jülich zur Unterstützung eines Projektes für den Einsatz von elektrobetriebenen LKW zum Transport von Deponiesickerwasser gestellt. In diesem Projekt sollte aufgezeigt werden, welche Effekte durch die Substitution von Diesel-LKW durch batteriebetriebene Zugmaschinen (E-LKW) für den städtischen Verkehr erzielt werden können. Das Projekt wurde durch den Projektträger im Jahr 2018 jedoch nicht ausgewählt. In Zusammenarbeit mit der Sächsischen Umwelt Consulting GmbH wird dennoch weiterhin nach Fördermöglichkeiten gesucht und entsprechende Möglichkeiten geprüft.

Neben diesen Projekten werden im aktuellen Berichtsjahr und darüber hinaus folgende Projekte weiterverfolgt bzw. neu begonnen:

- Neuordnung und Optimierung der Tourenpläne der HWS im Bereich der Straßen- und Gehwegreinigung, der Sinkkastenreinigung und der Behälterentsorgung (Partner: Hochschule Merseburg),
- Alterungsmodell – Kanalnetz mit Unterstützung der Hochschule Aachen,
- Konzept zum Umgang mit Starkniederschlagsereignissen mit IWS Leipzig (Institut HTWK Leipzig),
- Carbontrans – Initiative Kohlenstoffkette mit Fraunhofer Institut/Universität Freiberg,
- Risikoanalyse und Entscheidungsgrundlage zur Sicherung der Versorgung mit Trinkwasser im Katastrophen-/Havariefall oder bei terroristischen Anschlägen mit dem IWB Bannewitz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist die HWS bestrebt, dem zu erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die HWS setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren sowohl Auszubildende wie auch duale Studenten bei der HWS beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Berufskraftfahrer/-in, Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Anlagenmechaniker/-in, Industriemechaniker/-in, KFZ-Mechatroniker/-in, Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Chemielaborant/-in und Kauffrau/-mann für Büromanagement sowie über duale Studiengänge in den Bereichen Wasserwirtschaft und Wirtschaftsingenieurwesen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 waren im Unternehmen 547 Mitarbeiter (Personalstand) und 31 Auszubildende, darunter fünf duale Studenten, beschäftigt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 45 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 18 Jahren. Im Geschäftsjahr 2018 lag die Fluktuationsrate bei 4 %. Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens durch Altersteilzeit- und Abfindungsmodelle wurden im Kalenderjahr 2018 weitere Altersteilzeitverträge und Aufhebungsverträge mit Abfindungen abgeschlossen.

Im Jahr 2017 startete im Unternehmen ein Programm zur Wissensvermittlung für alle kaufmännischen Mitarbeiter. Ziel ist es, in den acht Wissensmodulen Trinkwasser, Abwasser, Kläranlage, Entsorgung, Straßenreinigung, Stoffstrommanagement, Gebäudereinigung und Labor die vielfältigen Geschäftsfelder vorzustellen, um ein besseres Verständnis für die Abläufe in den technischen Bereichen zu erreichen. Auch dienen diese internen Schulungen dazu, sich persönlich kennenzulernen und eine vertrauensvolle Unternehmenskultur weiterzuentwickeln. Im Jahr 2017 gab es 114 Teilnehmer, in 2018 war es mit 106 Mitarbeitern fast genau so viel. „Praxisnah“ und „verständlich“, „kompetent auf offene Fragen geantwortet“ – durchweg positiv bewerten die Schulungsteilnehmer diese Modulreihe.

3.6.1. Personalentwicklung

Die Schnellebigkeit der Veränderung interner wie externer Rahmenbedingungen bringt viele Herausforderungen mit sich und erfordert flexibles Handeln und Anpassungsfähigkeit der SWH und ihrer Mitarbeiter. Vor diesem Hintergrund wurden die Personalentwicklungsinstrumente fortgeführt und ergänzten auch 2018 die Schulungen mit fachlichem Schwerpunkt.

3.6.2. Führungskräfteentwicklung

Im Geschäftsjahr 2018 haben die Führungskräfte vorrangig am Basismodul 2 „Führen mit Zielen“, Basismodul 3 „Gesundheitsstärkend Führen“ sowie den Workshops „Fürsorgliche Rückkehrgespräche“ und „Führen von Mitarbeiterjahresgesprächen“ teilgenommen.

Ergänzend hat die HWS in 2018 sowohl eine Führungskräftekonferenz für die Meisterebene als auch für die Abteilungsleitererebene durchgeführt. Ziel der Tagungen war, die strategischen Ziele der HWS und die Werkzeuge zur Umsetzung zu vertiefen und gemeinsam mit Führungskräften weitere Möglichkeiten zu diskutieren, um die Mitarbeiter noch stärker in die Umsetzung der strategischen Ziele einzubeziehen. Dieser Schwerpunkt und die weitere Umsetzung von Digitalisierungsprojekten der HWS wurde auch auf der Strategieberatung der Geschäftsführung mit den Bereichsleitern Ende 2018 thematisiert.

Auf Konzernebene fand in 2018 ebenfalls eine Führungskräfteveranstaltung für die operative Führungsebene zum Thema Digitalisierung statt. 37 Führungskräfte (Fachvorarbeiter, Vorarbeiter, Meister, Einsatzleiter, Objektleiter und Teamleiter) der HWS haben an der eintägigen Veranstaltung teilgenommen.

3.6.3. Unternehmensklärung Frauenquote

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der SWH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der HWS beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene erhöhte sich der Frauenanteil per 31. Dezember 2018 auf 50 % gegenüber 42 % im Vorjahr. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2018 nahezu unverändert bei 30 %. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HWS liegt per 31. Dezember 2018 unverändert bei 33 %, eine Zielstellung ist nicht festgelegt.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen ca. 22 % Frauenanteil bis Mitte 2017 und ca. 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

3.6.4. Unternehmensklärung Entgelttransparenz

Im Zuge des Entgelttransparenzgesetzes können Mitarbeiter unter gewissen Voraussetzungen die Kriterien und Verfahren der Entgeltfindung sowie die Höhe des Entgelts ihrer Kollegen des jeweils anderen Geschlechts erfragen. Neben dem individuellen Auskunftsanspruch beinhaltet das Gesetz für private Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten auch die Lageberichtspflicht. Der Entgelttransparenzbericht war erstmalig für das Geschäftsjahr 2017 zu erstellen und ist für tarifgebundene Arbeitgeber, nach § 22 Abs. 1 EntgTranspG, alle fünf Jahre dem Lagebericht beizufügen.

Da die Mehrheit der Beschäftigten der HWS Tarifmitarbeiter sind, gilt laut § 4 Abs. 5 EntgTranspG die Angemessenheitsvermutung, sodass keine weitere Prüfung auf Entgeltgleichheit erforderlich ist.

Für die Minderheit der Belegschaft, die AT-Angestellten, muss zunächst die Feststellung von gleicher oder gleichwertiger Arbeit im Sinne des § 4 EntgTranspG erfolgen. Hierfür liegt der SWH-Gruppe der Kienbaum PayGapScanner vor. Das Tool ermöglicht eine systematische Überprüfung von gleicher und gleichwertiger Arbeit, anhand der drei im Gesetz geforderten Kriterien. Zudem wird die umfassende Analyse aller Vergütungsbestandteile ermöglicht. Unterschiede im Entgelt zwischen Männern und Frauen können so aufgedeckt und geschlossen werden.

Im Ergebnis der Überprüfung im Jahr 2018 wurden jedoch keine Entgeltlücken identifiziert.

3.6.5. TalentPool

Im Mittelpunkt der TalentPool-Arbeit stand für die Teilnehmer im Jahr 2018 (davon sechs Mitarbeiter der HWS) die Arbeit an ihren strategischen Projekten „SWH.Kreativfreiräume“ und „SWH.Kundenportal“. Im Rahmen einer TalentWerkstatt haben sie sich zudem mit „Design Thinking“ beschäftigt. Im Frühjahr 2019 werden diese Mitarbeiter ihre aktive TalentPool-Phase beenden.

Zum Jahresende wurden erneut alle Mitarbeiter der Unternehmen angesprochen, sich für den nächsten TalentPool zu bewerben. Zum Bewerbungsschluss am 31. Dezember 2018 lagen vier HWS-Bewerbungen vor. Drei von ihnen wurden ausdrücklich von ihrer Führungskraft für die Aufnahme in den TalentPool empfohlen. Der Auswahlprozess wird im ersten Halbjahr 2019 abgeschlossen werden.

3.6.6. Zentrale Mitarbeiterschulungen

Die Angebote der Mitarbeiterentwicklung vermittelten überwiegend IT-Kompetenzen und Kompetenzen im Bereich Gesund arbeiten. Neu im Programm 2018 waren die Schulungen für die Ausbildungsbeauftragten. Mitarbeiter der HWS nahmen insbesondere am Anti-Stress-Coaching, dem Training zum Zeit- und Selbstmanagement sowie den MS Office-Schulungen teil.

3.6.7. Betriebliches Gesundheitsmanagement

Im betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) wurde die Kooperation mit der Krankenkasse IKK gesund plus weiter vertieft. So fand im Bereich Gebäudereinigung eine Mitarbeiterbefragung mit sehr hoher Beteiligung zum Thema Gesund arbeiten statt. Der sehr hohe Altersdurchschnitt in diesem Bereich und die schwere körperliche Arbeit spiegeln sich auch in der Ausprägung der Beschwerden wider. Als eine Schlussfolgerung daraus wurde ein spezielles Rückenprogramm initiiert. Auch für alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden nach Abstimmung in den Gesundheitszirkeln wieder Kurse und Aktionen, wie Check-ups, Sonnencreme für alle oder ein Minitanzkurs, angeboten. Parallel dazu lief das Bonussystem im zweiten Testjahr weiter. Hier ging und geht es darum, die Teilnahme an gesundheitsfördernden Aktionen des Unternehmens aber auch individuelle Aktivitäten durch Prämien zu fördern.

Das Maßnahmenpaket im Rahmen des BGM zielte auch 2018 auf eine Senkung des Krankenstandes in der HWS ab. Es konnte wie im Vorjahr ein kleiner Erfolg verzeichnet werden, indem die Fehlzeitenquote mit Langzeitkranken im Gesamtunternehmen leicht sank und dies trotz einer sehr schweren Grippewelle im Frühjahr.

Eine feste Säule im BGM ist das Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) des Unternehmens. Das BEM-Team bot über 100 Mitarbeitern Beratung und Unterstützung an. Die eingeladenen Mitarbeiter waren krankheitsbedingt länger ausgefallen. Die überwiegende Mehrheit kam zu diesen freiwilligen und vertraulichen Gesprächen. Es ging immer wieder darum, die Arbeitsunfähigkeit möglichst zu überwinden, erneuter Arbeitsunfähigkeit vorzubeugen und letztendlich den Arbeitsplatz zu erhalten.

Auch im Geschäftsjahr 2018 war es ein wesentlicher Schwerpunkt, die Zahl der langzeiterkrankten Mitarbeiter zu senken. Für leistungsgeminderte Mitarbeiter wurde dafür bereits im Jahr 2017 im zentralen Facilitymanagement das Team Objekt- und Hausdienste geschaffen. Aufgabe dieses Teams ist es, Grünflächenpflege in den umfangreichen Liegenschaften der HWS zu betreiben bzw. kleinere Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen vorzunehmen. In diesem Team kann eine leistungsgerechte Zuweisung von Arbeiten für die betreffenden Mitarbeiter vorgenommen werden. Die Gegenfinanzierung erfolgt zum großen Teil durch Ablösung von Fremdleistungen und sonstige Sozialleistungen der Kassen und Rententräger. Darüber hinaus wurden im Kalenderjahr 2018 2 Altersteilzeitverträge und 1 Aufhebungsvertrag mit Abfindungen abgeschlossen.

3.6.8. Compliance

Im Bereich Compliance wurden 2018 Schulungen zu den Unternehmerpflichten der HWS-Führungskräfte durchgeführt. Insgesamt nahmen 45 Führungskräfte teil.

Mit Veranstaltungen zum Verhalten bei behördlichen Ermittlungen wurden bereits in den Vorjahren Führungskräfte die direkt der Geschäftsführung unterstellt sind sowie die zugehörigen Sekretariate angesprochen. Im Kalenderjahr 2018 nahmen zehn HWS-Mitarbeiter teil.

Auch die Schulungen zur Korruptionsprävention wurden als Ersts Schulung sowie als Auffrischungsschulung angeboten. Sechs Mitarbeiter besuchten eine Ersts Schulung, zehn Mitarbeiter nahmen an der Auffrischung teil.

Speziell für Geschäftsführer, Vorstände und Prokuristen der SWH-Gruppe wurde zudem eine Schulung mit den Schwerpunkten Korruptionsprävention/Zusammenarbeit mit den Interessensvertretungen sowie Haftung als Geschäftsführer/Prokurist durchgeführt.

Für 2019 sind erneut Erst- und Auffrischungsschulungen zur Korruptionsprävention geplant, ebenso Ersts Schulungen zum Thema Unternehmerpflichten.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Erfolgsrechnung HWS -Kurzfassung- (Angaben in T€)	2017	2018	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	120.229	124.507	4.278	3,6
Übrige betriebliche Erträge	9.337	7.923	-1.414	-15,1
Materialaufwand	34.583	36.392	1.809	5,2
Personalaufwand	29.186	29.718	532	1,8
Übrige betriebliche Aufwendungen	24.899	25.695	796	3,2
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen	254	354	100	39,4
EBITDA	41.152	40.979	-173	-0,4
Abschreibungen	20.062	20.327	265	1,3
EBIT	21.090	20.652	-438	-2,1
Zinsergebnis	-10.798	-10.192	606	5,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.292	10.460	168	1,6
Sonstige Steuern	117	119	2	1,7
Ergebnis vor Ergebnisabführung	10.175	10.341	166	1,6

Die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Absatzmengen für die Stadt Halle (Saale) und die Lieferung an Dritte führen zu höheren Erlösen Trinkwasser (+1.198 TEUR).

Die Umsatzerlöse der Abwasserentsorgung sind im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gestiegen (+1.803 TEUR).

Im Geschäftsfeld Abfallentsorgung/Reinigung ist eine steigende Entwicklung der Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich zu konstatieren. Umsatzsteigerungen in den Bereichen Behälter-, Container- und Sammelleistungen, Gebäudereinigung, Stadtreinigung, Entsorgung und Verwertung sowie Winterdienst führen zu einer Steigerung der Umsatzerlöse von insgesamt 1.003 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Die Umsatzerlöse Betriebsführungen/-dienste sind im Wesentlichen aufgrund gesteigerter Dienstleistungen für die TELONON Abwasserbehandlung GmbH im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (+395 TEUR).

Die übrigen betrieblichen Erträge sind vor allem aufgrund gesunkener Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen um 1.414 TEUR zurückgegangen.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 1.809 TEUR gestiegen. Wesentlicher Einflussfaktor dafür ist der gestiegene Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren (+498 TEUR). Dieser steht im Zusammenhang mit den überplanmäßigen Umsatzerlösen. Der Realisierung der Mehrerlöse stehen entsprechende Mehrkosten gegenüber. Weiterhin sind die Aufwendungen für bezogene Leistungen gestiegen (+1.311 TEUR). Im Kalenderjahr 2018 wurden, der Instandhaltungsstrategie folgend, verstärkte Reparaturleistungen im Abwasser- und Trinkwassernetz vorgenommen.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 532 TEUR gestiegen. Die Entwicklung ist unter anderem durch tarifliche Lohnsteigerungen beeinflusst.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 796 TEUR gestiegen. In der Position sind Aufwendungen aus der Zuführung zur Rückstellung für Niederschlagswasser in Höhe von 852 TEUR enthalten.

Die Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen sind um 100 TEUR gestiegen.

Das EBITDA wird mit 40.979 TEUR ausgewiesen und unterschreitet das Vorjahrsergebnis um 173 TEUR.

Die Erhöhung der Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr ist durch erhöhte Investitionen zur Beseitigung von Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 begründet.

Das Zinsergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr um 606 TEUR verbessert werden.

Das Ergebnis vor Gewinnabführung von 10.341 TEUR überschreitet das Vorjahresergebnis um 166 TEUR.

Das geplante Ergebnis der HWS von 9.943 TEUR wurde um 399 TEUR übererfüllt. Die HWS blickt damit auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2018 zurück.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr erhielt die HWS eine Gesellschaftereinlage in Höhe von 2.088 TEUR, welche der Kapitalrücklage zugeführt wurde. Diese Einlage und die nachträgliche Wertaufholung von Sonderposten aus der Übernahme der Vermögenswerte des AZV Elster-Kabelsketal in 2015 führten im Jahr 2018 zu einer Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals um insgesamt 2.091 TEUR.

Weiterhin stieg der Sonderposten für Baukosten- und Investitionszuschüsse bei planmäßiger Auflösung um 12.433 TEUR. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf Zugänge von Fördergeldern im Rahmen der Beseitigung von Schäden des Hochwassers 2013 zurückzuführen.

Kumulativ erhöhte sich damit das wirtschaftliche Eigenkapital um 14.207 TEUR auf 252.318 TEUR, was einem Anstieg der Eigenkapitalquote von 43,6 % auf 45,2 % entspricht.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die SWH abgeführt.

Das Fremdkapital belief sich zum Bilanzstichtag auf 305.967 TEUR, wobei die Verbindlichkeiten inkl. Zinsabgrenzung 289.531 TEUR betragen.

Im Geschäftsjahr wurden Gesellschafterdarlehen in Höhe von 14.600 TEUR zur Finanzierung der Investitionen des laufenden Jahres und 10.500 TEUR zur Refinanzierung eines auslaufenden Gesellschafterdarlehens im Rahmen einer Konsortialfinanzierung der Stadtwerke Halle GmbH aufgenommen. Außerdem wurden im Jahr 2018 für zehn Darlehen nach auslaufender Zinsbindung neue Vereinbarungen teils auch durch Umschuldung abgeschlossen. Ein Darlehen davon wurden als KfW-gefördertes Darlehen mit einem günstigen Zinssatz anschlussfinanziert. Gleichzeitig wurde ein Swap abgeschlossen, um den Zinssatz zu variabilisieren. Sechs Darlehen wurden in variabel verzinsliche Vereinbarungen umgewandelt. So konnten die Darlehen planmäßig als Grundgeschäfte in den seit 2013 bestehenden Portfolioswap einfließen.

Der Portfolioswap wurde in 2013 zur Zinsoptimierung sowie zur Erhöhung der Zins- und Planungssicherheit infolge des Strategieprogramms HWS 2020 abgeschlossen. Er hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich 5.294 TEUR und steigt im Laufe des Vertragszeitraumes auf max. 95.986 TEUR. Zum 31. Dezember 2018 betrug der Nominalbetrag 95.986 TEUR.

In der folgenden Tabelle wird das Verhältnis der Nettoschulden zum EBITDA ausgewiesen.

Nettoschulden (Angaben in T€)	2017	2018	Veränderung	
			absolut	in %
Finanzverbindlichkeiten	253.714	255.350	+1.636	+0,6
Liquide Mittel	19.471	16.452	-3.019	-15,5
Nettoschulden	234.243	238.898	+4.655	+2,0
EBITDA	41.152	40.979	-173	-0,4
Nettoschulden/EBITDA	5,7	5,8	+0,1	+1,8

4.2.2. Liquidität

Zum 31. Dezember 2018 verfügte die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH über nicht zweckgebundene Zahlungsmittel in Höhe von 15.491 TEUR (Vorjahr: 18.933 TEUR) und einen Kreditrahmen in Höhe von 10.000 TEUR in Form einer Kontokorrentlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH. Damit befindet sich die HWS in einer stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben, um allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 12.075 TEUR auf 558.285 TEUR. Das entspricht einem Anstieg von 2,2 %.

Diese Steigerung ist durch gegenläufig wirkende Effekte geprägt. Sie resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg des Anlagevermögens um 15.334 TEUR und der Reduzierung der Forderungen um 4.491 TEUR. Den Investitionen und unentgeltlichen Übernahmen in Höhe von 35.735 TEUR stehen Abschreibungen von 20.327 TEUR und Buchwertabgänge von 73 TEUR gegenüber.

Die Entwicklung des Umlaufvermögens im Berichtsjahr ist geprägt durch den Abbau der Forderungen um 4.491 TEUR. Dieser resultiert hauptsächlich auf der Reduzierung des Cash-Pool-Guthabens um 4.288 TEUR.

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung des Anteils von Anlagevermögen und Umlaufvermögen an der Bilanzsumme dargestellt:

Anteil an Bilanzsumme	2017	2018	Veränderung
	in %	in %	
Anlagevermögen	93,5	94,2	+ 0,8
Umlaufvermögen	6,4	5,7	-10,8

Als Ver- und Entsorgungsunternehmen zählt die HWS zu einer anlagenintensiven Branche. Aus diesem Grund ist der prozentuale Anstieg des Anlagendeckungsgrades I um 3,0 % im Jahr 2018 sehr positiv zu werten:

Entwicklung des Anlagendeckungsgrades I	2017	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Anlagevermögen	510.537	525.871	+15.334	+3,0
Wirtschaftliches Eigenkapital	238.111	252.318	+14.207	+6,0
Deckungsgrad	46,6 %	48,0 %		+3,0

4.4. Gesamtaussage

Die strategischen Zielsetzungen der HWS wurden erfüllt. Die Substanzwerterhaltungsstrategie konnte erfolgreich umgesetzt werden. Investitionen in Höhe von 35.735 TEUR wurden 2018 realisiert, in deren Ergebnis wesentliche Schwerpunkte der Sicherung, Modernisierung und dem Ausbau der Infrastruktur, in Übereinstimmung mit ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen, erreicht werden konnten. Im Bereich der Instandhaltung der Infrastruktur konnten aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung der HWS zusätzliche Aufgaben im Bereich des Kanalsanierungsprogramms und den Reparaturen im Trinkwasserbereich sowie in den Liegenschaften der HWS und im Abfallbereich abgearbeitet werden. Dies spiegelt sich in den Planüberschreitungen der Kostenpositionen Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturkosten und sonstige betriebliche Aufwendungen wider.

Das wirtschaftliche Eigenkapital wurde um 14.207 TEUR erhöht und beträgt zum 31. Dezember 2018 45,2 % der Bilanzsumme.

Auch im Jahr 2018 konnte das geplante Ergebnis vor Ergebnisabführung um 399 TEUR übererfüllt werden und beträgt somit zum 31. Dezember 2018 10.341 TEUR.

Es kann insgesamt konstatiert werden, dass die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der HWS im Jahr 2018 weiterhin stabil ist.

Im Geschäftsjahr erfolgten die Kalkulationen für Trink- und Abwasser für die Kalkulationsperiode 2019/2020. Auch für diese Periode konnte der Preis für Trinkwasser konstant gehalten werden. Der Abwasserpreis konnte gesenkt werden und der Preis für Niederschlagswasser wurde moderat erhöht.

Die Testphase der operativen Exzellenz wird zum 31. Dezember 2018 abgeschlossen. Durch Überarbeitung und Anpassung der Kennzahlen wurden die Voraussetzungen geschaffen, ab 1. Januar 2019 mit dem ersten fünfjährigen Zyklus zu beginnen.

Als Treiber der Weiterentwicklung des Unternehmens sind die Aktivitäten zur Erreichung des Zieles, zu den 25 % der Besten der Branche zu gehören, einzuordnen. Die Umsetzung der operativen Exzellenz wird neben der permanenten Weiterentwicklung der 30-jährigen Geschäftsplanung und der Entwicklung des Alterungsmodells zum langfristigen Erfolg des Unternehmens beitragen. Die Implementierung neuer innovativer Technologien und Verfahren sowie die Umsetzung digitaler Prozesse in den Arbeitsalltag sind in den Programmen der HWS verankert und werden über das Effizienz- und Effektivitätsprogramm „HWS 2020“ umgesetzt.

Die Qualifizierung der Mitarbeiter, die Einbeziehung der Mitarbeiter, die o. g. strategischen Prozesse und die permanente Auswertung der Ergebnisse sind die wesentlichsten Aufgaben um das wichtigste Kapital, das Know-how der Beschäftigten, weiterzuentwickeln. Die aktuelle Fluktuationsrate von 4 % bestätigt, dass die durchgeführten Maßnahmen in der Belegschaft eine hohe Akzeptanz finden.

Die Ergebnisse des Geschäftsjahres 2018 tragen dazu bei, dass die geplanten Ziele auch in den Folgejahren erreicht werden können.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2018 wurden für das Jahr 2019 bei der HWS insgesamt 25 Risiken ermittelt (Vorjahr 19). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt ein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	7	0	0
Rechtliche Risiken	12	0	1
Technische Risiken	4	0	0
Gesamt	25	0	1

Bei dem Risiko der Gruppe 2 in der Risikokategorie „Rechtliche Risiken“ handelte es sich um eine eventuell zu entrichtende Niederschlagswasserabgabe aufgrund des Wegfalls von Befreiungsvoraussetzungen.

6. Prognosebericht

Die HWS hat den Wirtschaftsplan 2019 sowie die Vorschau für die Jahre 2020 bis 2023 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan, Investitionsplan und Mengenplan erstellt.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2018, die für den Zeitraum bis 2023 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die für die Leistungen der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Reinigung erkennbaren Rahmenbedingungen und allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

6.1. Umsatzentwicklung

Für die Verkaufsmengen Trink- und Abwasser wurde im Tarifgebiet Halle analog zur Einwohnerentwicklung eine leicht steigende Entwicklung angenommen (+0,3 %). Der Trinkwasserpreis setzt sich aus einem Grundpreis und einem Leistungspreis zusammen. Beide bleiben über den gesamten Zeitraum der Mittelfristplanung konstant. Somit verbleiben diese auf dem bisherigen Niveau von 0,104 EUR/Einwohnerwert und Tag (Grundpreis brutto) bzw. 1,39 EUR/m³ (Leistungspreis brutto). Es ist keine Änderung der Preisstruktur vorgesehen.

Im Abwasser ist ab dem Planjahr 2019 eine Senkung des Preises für Schmutzwassereinleitung aus Haushalten, Kleingewerbe und Industrie um 3 Cent/m³ von 3,46 EUR/m³ auf 3,43 EUR/m³ (brutto) berücksichtigt. Im gleichen Zeitraum ist eine Erhöhung des Preises für Niederschlagswasser um 7 Cent/m² von 1,33 EUR/m² auf 1,40 EUR/m² (brutto) geplant. Für den Zeitraum der Mittelfristplanung sind keine weiteren Preisveränderungen berücksichtigt.

Die leicht steigende Bevölkerungsentwicklung wirkt sich, trotz des anhaltenden Müllvermeidungsgedankens, mit einer leicht steigenden Tendenz auf die Entsorgungsleistungen aus. Ebenso entwickeln sich die Kosten für die Entsorgung. Es ist jedoch gelungen, die Kostenentwicklung unter dem durchschnittlichen Kostenindex und der Personalkostenentwicklung zu halten. Das Mengengerüst der sonstigen Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen bleibt weitestgehend konstant. Die im letzten Jahr einsetzende steigende Marktpreisentwicklung in der Verwertung bzw. Beseitigung korreliert mit den entsprechenden Umsätzen der Entsorgung und Verwertung.

Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen sowie den Behälterservice erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der anzunehmenden Entwicklung der Verkaufsmengen. Für den Planungszeitraum wurde für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen eine moderate Steigerung der Leistungspreise um jährlich ca. 0,4 bis 2,0 % angenommen. Im Rahmen der HWS 2020-Maßnahme „Effizienzsteigerung Containerdienst“ wurde eine jährliche 5%ige mengenbasierte Steigerung der Containerumsätze angenommen.

Die Planung der Gebäudereinigung erfolgte vor dem Hintergrund eines sich erweiternden Leistungsspektrums und gleichzeitiger Preisstabilität gegenüber der Stadt Halle (Saale).

Das Stoffstrommanagement der HWS geht von konstanten Umsätzen aus.

6.2. Investitionen

Für die Wasserversorgung stehen für das Jahr 2019 Investitionsmittel in Höhe von 4.200 TEUR zur Verfügung. Fördermittel, Baukostenzuschüsse und Kostenbeteiligungen sind für 2019 zusätzlich in Höhe von 1.169 TEUR avisiert (ohne Fluthilfe).

Für die Abwasserbeseitigung ist für das Jahr 2019 ein Investitionsvolumen in Höhe von 9.130 TEUR für die Teilbereiche Kanalnetz, Kläranlagen und Grundstücksanschlusskanäle einschließlich der notwendigen Investitionen im Gebiet Elster-Kabelsketal eingeordnet. Zusätzlich sind Fördermittel, Baukostenzuschüsse und Kostenbeteiligungen in Höhe von 825 TEUR avisiert (ohne Fluthilfe).

Zum Ende des Jahres 2018 lag die Abwasserzielplanung für die Jahre 2019-2023 vor. Diese ist mit den Vertretern der Stadt Halle (Saale) abgestimmt und enthält konkrete Maßnahmen für die Umsetzung abwassertechnischer Projekte. Flankiert wird diese Planung mit einem Alterungsmodell für das hallesche Kanalnetz, das in den Jahren 2019/20 implementiert werden soll.

Die HWS wird sich im Abwasser wie auch im Trinkwasser im Jahr 2019 weiterhin an den Komplexbaumaßnahmen anderer Maßnahmenträger (Stadt, DB) zur Sanierung der Infrastruktur beteiligen.

Mit dem Stadtbahnprogramm der HAVAG wurde ein umfangreiches Maßnahmenprogramm bis zum Jahr 2023 (Stufe 1 und 2) aufgelegt. Im Rahmen dieses Programms sollen im Jahr 2019 Maßnahmen im Bereich der Merseburger Straße, der Großen Steinstraße, des Böllberger Wegs Süd, der Dessauer Straße und des Gimritzer Damms/Heideallee realisiert bzw. weitergeführt werden. Verschiebungen in den einzelnen Jahresscheiben aufgrund bautechnischer Erfordernisse sind möglich.

Für die Beseitigung der Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 sind für das Jahr 2019 1.001 TEUR entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen des Bundes (Fluthilfe) berücksichtigt. Die Maßnahmen sollen in den Jahren 2019 bis 2021 abgeschlossen werden.

Die HWS wird ab dem Kalenderjahr 2019 auf die Ermittlung der kalkulatorischen Abschreibung bei der Entgeltkalkulation der Abwasserbeseitigung umstellen. Statt einer Ermittlung der Abschreibungen auf Basis von Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) erfolgt die Berechnung auf Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten.

Die schon im Jahr 2015 begonnene Investitions- und Reparaturstrategie „Instandhaltungsstrategie Abwasser“ wird auch im geplanten Zeitraum fortgesetzt. Dabei handelt es sich um ein Gesamtmodell zum langfristigen Erhalt des Kanalnetzes durch einen Mix aus Erneuerung, Renovation und Reparatur. Die 2015 begonnene Reparaturstrategie stellt auf eine gezielte Verbesserung der Zustandsklassen im Kanalnetz ab.

In der Äußeren Hordorfer Straße sind Mittel für die Erweiterung der Halle 24 und die Installation einer neuen Ballenpresse eingestellt. Durch die deutliche Steigerung der Mengen an zu verpressenden Wertstoffen (z. B. Pappe in 2017 34 % Mehrmenge) und den notwendigen Ersatz der nicht mehr reparablen Ballenpresse soll zur nachhaltigen und sicheren Verarbeitung der Wertstoffe eine neue Halle mit Papierpresse und Unterflurband errichtet werden. Eine Erweiterung wurde in der Vergangenheit durch entsprechende Bodenanker schon baulich vorgesehen.

6.3. Finanzierung

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist wie bereits in den vergangenen Jahren durch erhöhte Einzahlungen in den Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse charakterisiert. Hierbei werden vor allem die erwarteten Fördermittel zur Beseitigung der Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 berücksichtigt.

Für das Geschäftsjahr 2019 sind zudem Netto-Kreditaufnahmen von rund TEUR 17.543 durch Aufnahme von Gesellschafterdarlehen und Darlehen zur Anschlussfinanzierung der vom AZV „Elster-Kabelsketal“ übernommenen Kredite geplant.

6.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse vor Ergebnisabführung geplant:

(in TEUR)	WIPL	Vorschau			
	2019	2020	2021	2022	2023
HWS	10.007	10.488	10.802	11.134	11.216

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	<hr/> 300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.
- (2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Thiel, Hans-Ulrich

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.479	42	10.773	55	14.419	71	-3.294	-31
Umlaufvermögen	10.159	57	8.586	44	5.693	28	1.573	18
Rechnungsabgrenzungsposten	70	1	93	1	82	1	-23	-25

Bilanzsumme	17.708	100	19.452	100	20.194	100	-1.744	-9
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	9.862	56	9.039	46	4.713	23	823	9
Rückstellungen	1.499	8	1.316	7	1.377	7	183	14
Verbindlichkeiten	6.347	36	9.097	47	14.104	70	-2.750	-30

Bilanzsumme	17.708	100	19.452	100	20.194	100	-1.744	-9
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25.207	30.401	22.232
sonstige betriebliche Erträge	82	12	3.317
Materialaufwand	19.572	21.134	17.727
Personalaufwand	7	7	7
Abschreibungen	3.515	3.707	2.401
sonstige betriebliche Aufwendungen	950	664	762
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54	0	270
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	306	343	437
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	151	-55
Ergebnis nach Steuern	992	4.407	4.540
sonstige Steuern	168	82	158
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	824	4.325	4.382

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,27	14,23	19,71	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,11	91,77	1.322,82	%
Cash-Flow:	4.339	8.032	6.783	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,03	0,02	0,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	42,24	55,38	71,40	%
Eigenkapitalquote:	55,70	46,47	23,34	%
Fremdkapitalquote:	44,30	53,53	76,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Absatz Fernwärme	303	311	223	GWh
Absatz Strom	327	359	238	GWh

f) Lagebericht

1 Grundlagen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Heizkraftwerkes Halle-Trotha, das der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme in Halle dient sowie die Vornahme aller Geschäfte, die dem vorerwähnten Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend, produziert die Gesellschaft Strom. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

1.2 Ziele, Strategien und Steuerung

Das Ziel der Gesellschaft ist der sparsame und umweltschonende Umgang mit knappen Energieressourcen sowie die Optimierung der Energieerzeugungsanlagen unter betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Aspekten. Die kaufmännische und technische Steuerung des Heizkraftwerkes Halle-Trotha wird im Rahmen des Dienstleistungsvertrages durch die EVH GmbH (EVH) wahrgenommen.

1.3 Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2018 sind keine Veränderungen in der Gesellschaft aufgetreten.

2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2 Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3 Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

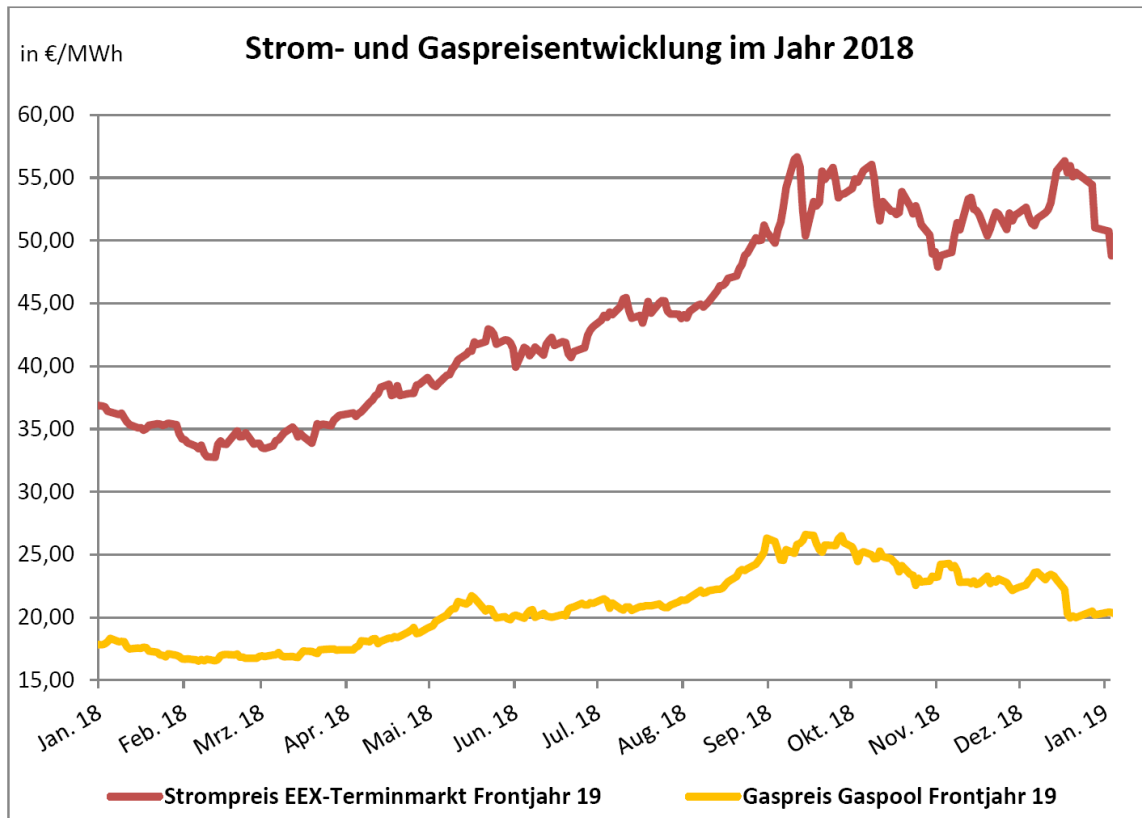
3 Geschäftsverlauf

3.1 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Gesellschaft erreichte am 7. September 2018 die 30.000 geförderten Vollbenutzungsstunden nach KWKG 2012. Für die im Anschluss mögliche Bestandsanlagenförderung nach KWKG 2017 wurde ein Förderantrag gestellt. Aufgrund derzeit bestehender Unsicherheiten hinsichtlich der Konformität des KWKG 2017 mit dem EU-Recht wurde der Anspruch auf Bestandsanlagenförderung im Geschäftsjahr 2018 jedoch noch nicht erfasst.

3.2 Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Kraftwerke sind nach wie vor ambitioniert. Die Subventionierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien führt seit Jahren zu wachsenden Überkapazitäten und zu Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2018 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom und Gas bedingen den für die KWT erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Durch die Erholung der Strompreise wuchs der Clean Spark Spread im Verlauf des Jahres von ca. 10 € pro MWh auf bis zu 25 € pro MWh im Dezember an. Ursächlich hierfür war die Erholung der Strompreise, welche stärker ausfiel als der zeitgleiche Anstieg der Gaspreise. Gegenläufig wirkten die kontinuierlich gestiegenen Preise für das Recht, klimarelevante Abgase zu emittieren. Diese sog. CO₂-Zertifikatspreise verdreifachten sich im Jahresverlauf nahezu und zehrten somit einen Teil des verbesserten Clean Spark Spread auf. Durch ihre langfristige Preissicherungsstrategie kann die KWT mittelfristig von der positiven Energiepreisentwicklung profitieren.

3.3 Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Clean Spark Spread für die Stromerzeugung, bedingt durch die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikate. Darüber hinaus sind ausschlaggebend für die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes die Förderbedingungen im Rahmen des KWKG-Gesetzes sowie die Erlöse aus vermiedener Netznutzung.

Die KWT kann zukünftig von der Bestandsförderung auf Basis des neuen Gesetzes für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG 2017) profitieren.

Darüber hinaus bietet das Gesetz die Möglichkeit, durch eine erneute Modernisierung an erhöhten Fördersätzen zu partizipieren. Ein diesbezügliches Konzept wird derzeit im Zusammenhang mit dem Projekt „KWK35“ der EVH erarbeitet.

3.4 Personal und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Durch einen Dienstleistungsvertrag mit EVH sind der technische und kaufmännische Betrieb des Heizkraftwerkes sichergestellt.

4 Lage der Gesellschaft

4.1 Produktion

Im Geschäftsjahr 2018 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) mit 7.325 Betriebsstunden (Vorjahr 7.724 Betriebsstunden) Strom und Fernwärme. Im gesamten Jahr 2018 wurden 327 GWh Strom (Vorjahr 359 GWh) und 287 GWh Wärme (Vorjahr 308 GWh) produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 806 GWh (Vorjahr 870 GWh). Zusätzlich produzierte die Spitzenkesselanlage 16 GWh (Vorjahr 3 GWh) Wärme, bei einem Gaseinsatz von 20 GWh (Vorjahr 5 GWh).

Die geringere Gesamtproduktion im Vergleich zum Vorjahr ist auch auf die wärmere Witterung zurückzuführen.

4.2 Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2018 weist die Gesellschaft ein Jahresergebnis nach Steuern in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr 4,3 Mio. €) aus. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 3,5 Mio. € ist hauptsächlich auf geringere Umsatzerlöse zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse gingen im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 Mio. € auf 25,2 Mio. € (Vorjahr 30,4 Mio. €) zurück. Dies ist auf die am 7. September 2018 ausgelaufene Förderung gemäß KWKG 2012 zurückzuführen. Des Weiteren wirkten niedrigere Leistungsentgelte für die vermiedene Netznutzung sowie eine geringere Produktion.

Aufgrund der niedrigeren Auskopplung von Strom und Wärme fielen die Materialaufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. € auf 17,1 Mio. € (Vorjahr 18,8 Mio. €) geringer aus.

Die bezogenen Leistungen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr 2,1 Mio. €) liegen annähernd auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (1,0 Mio. €) sowie Aufwendungen für Zinsen (0,3 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. Aufgrund der leistungsbezogenen Abschreibungsmethode verringerten sich Abschreibungen auf Sachanlagen um 0,2 Mio. € auf 3,5 Mio. € (Vorjahr 3,7 Mio. €).

4.3 Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit reduzierte sich leicht im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 7,1 Mio. € (Vorjahr 7,4 Mio. €).

Die Investitionstätigkeit lag mit 0,2 Mio. € (Vorjahr 0,1 Mio. €) annähernd auf Vorjahresniveau.

Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit setzt sich aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1,9 Mio. € (Vorjahr 1,9 Mio. €) gegenüber Kreditinstituten und dem verbundenem Unternehmen SWH sowie den gezahlten Zinsen von 0,3 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) zusammen.

Die im Rahmen des Cash-Poolings gehaltene Liquidität erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Mio. € auf nunmehr 5,3 Mio. € (Vorjahr 0,6 Mio. €) zum 31. Dezember 2018.

4.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2018 auf 17,7 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. € verringert.

Das Sachanlagevermögen mit einem Buchwert von 7,5 Mio. € (Vorjahr 10,8 Mio. €) hat nach wie vor den größten Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft. Gegenläufig erhöhte sich das Umlaufvermögen im Wesentlichen liquiditätsbedingt im Vergleich zu 2017 um 1,6 Mio. € auf 10,2 Mio. €.

Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital in Höhe des Jahresergebnisses von 0,8 Mio. € auf 9,9 Mio. € (Vorjahr 9,1 Mio. €). Die Rückstellungen stiegen leicht um 0,2 Mio. € auf 1,5 Mio. € (Vorjahr 1,3 Mio. €). Die Verbindlichkeiten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr von 9,1 Mio. € auf 6,3 Mio. €, was im Wesentlichen auf die Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbundenen Unternehmen zurückzuführen ist.

4.5 Gesamtaussage

Bedingt durch die am 7. September 2018 ausgelaufene KWK-Förderung nach KWKG 2012 konnte die KWT das Vorjahresergebnis nicht erreichen.

5 Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Chancen und Risiken im operativen Geschäft ergeben sich für die KWT aus den Produktionsmengen für Strom und Fernwärme (optimierte Kraftwerksfahrweise mit der EVH) sowie den Preisen für Gas- und Stromprodukte sowie für CO₂-Zertifikate.

Mit dem 1. Januar 2013 begann für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Seit 2013 erhält die KWT keine kostenfreien Emissionsberechtigungen für die Stromproduktion. Für die Wärmeerzeugung erfolgt die Zuteilung unentgeltlicher Zertifikate abnehmend bis zum Jahr 2020. Daher besteht die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Chancen bestehen aufgrund der bereits beschriebenen verbesserten Fördersituation (KWKG) für modernisierte Anlagen.

6 Prognosebericht

Das Heizkraftwerk Halle-Trotha wurde in das Gesamterzeugungsportfolio der EVH integriert. Unter der Prämisse einer sicheren Fernwärmeversorgung für die Stadt Halle wird die Fahrweise der Anlagen auch wirtschaftlich über die einheitliche Portfoliosteuerung der EVH optimiert.

Das Geschäftsjahr 2019 wird von einer konsequenten Umsetzung der Einsatzstrategie geprägt sein. Dies umfasst den Betrieb der GuD-Anlage über einen Zeitraum von mindestens acht Monaten (Produktion von 209 GWh Fernwärme und 250 GWh Strom) im Jahr 2019. Bedarfsweise steht die Spitzenkesselanlage zur Erzeugung von Wärme zur Verfügung.

Der Fördermittelbescheid für die Bestandsanlagenförderung wird durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle im Kontext der Anpassungen zum Energiesammelgesetz erstellt und im Jahr 2019 erwartet. Somit könnte die im Jahr 2018 entgangene Bestandsanlagenförderung nachträglich verrechnet werden.

Die Entwicklung der Gesellschaft wird auch weiterhin maßgeblich von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen beeinflusst.

Vor dem Hintergrund der bereits getätigten Optimierungsmaßnahmen, der preislich abgesicherten Produktion und der weiteren KWK-Förderung ist ein wirtschaftlicher Betrieb der KWT für die kommenden Geschäftsjahre insgesamt gesichert. Für das Geschäftsjahr 2019 prognostiziert die KWT, bei Umsatzerlösen von 18,9 Mio. € ein Jahresergebnis von 1,5 Mio. € zu erzielen.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Siebenhüner, Jörg

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	3.592	28	3.230	26	2.733	22	362	11
Umlaufvermögen	8.743	69	9.001	71	9.394	76	-258	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	369	3	388	3	269	2	-19	-5

Bilanzsumme	12.704	100	12.619	100	12.396	100	85	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-----------	----------

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	522	4	522	4	522	4	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.138	9	1.194	9	1.251	10	-56	-5
Rückstellungen	4.611	36	4.925	39	4.648	37	-314	-6
Verbindlichkeiten	6.313	50	5.885	47	5.912	48	428	7
Rechnungsabgrenzungsposten	120	1	93	1	63	1	27	29

Bilanzsumme	12.704	100	12.619	100	12.396	100	85	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	30.362	26.889	26.202
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-187	323	-382
sonstige betriebliche Erträge	709	562	470
Materialaufwand	10.117	9.618	9.386
Personalaufwand	14.424	12.736	11.377
Abschreibungen	505	442	333
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.580	2.324	2.424
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28	43	64
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	2.231	2.612	2.707
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	2.228	2.609	2.704
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,34	9,70	10,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	427,21	500,15	518,38	%
Cash-Flow:	2.733	3.051	3.037	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	130	129	133	T€
Personalaufwandsquote:	46,70	45,85	43,28	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	24,52	23,98	21,12	%
Eigenkapitalquote:	4,11	4,13	4,21	%
Fremdkapitalquote:	95,89	95,87	95,79	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
 - 1.5. Kontinuierliches Verbesserungsmanagement
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.1.1. Jahresergebnis
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) als IT-Komplettanbieter erbringt umfassende Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie für die Stadt Halle (Saale), die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe (SWH) und weitere kommunale und privatwirtschaftliche Kunden. Darüber hinaus erbringt sie Abrechnungsdienstleistungen für die Gesellschaften EVH GmbH (EVH), Energieversorgung Halle Netz GmbH (EVHN) und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS).

Die ITC ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH. Eine Beteiligung besitzt die ITC mit 50 % an der Arbeitsgemeinschaft Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ARGE).

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Leistungsspektrum des Unternehmens reicht von der Prozess- und IT-Beratung über die Entwicklung und Implementierung innovativer IT-Lösungen bis hin zum Erbringen kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen im Outsourcing.

Kern-Handlungsfelder der ITC sind nach wie vor SAP-basierte Geschäftsprozesse, branchenbezogene Lösungen für den Energiesektor und den öffentlichen Bereich mit all seinen Facetten sowie branchenunabhängige IT-bezogene Themen wie zum Beispiel die Erneuerung der IT-Infrastruktur.

Neue Technologien zur Unterstützung mobiler, virtueller oder digitalisierter Organisationen – der sogenannten Arbeit 4.0 – nehmen dabei an Bedeutung zu. Damit verbunden sind Beratungsangebote zur Informationssicherheit und zum Datenschutz.

Ein fundiertes professionelles IT-Projektmanagement bildet hierbei eine wichtige Kernkompetenz.

Mit dem Geschäftsfeld Abrechnungsdienstleistungen werden energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Tätigkeiten verpflichtet.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich um die Bearbeitung von Abrechnungsprozessen für die Gesellschaften EVH und EVHN. Die diesbezüglich auf die Medien Strom und Gas entfallenden Aufwendungen und Erträge wurden den Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors bzw. den Tätigkeiten innerhalb des Gassektors zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

1.2. Ziele und Strategien

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist stärker denn je auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- die Gewährleistung einer stabilen, wirtschaftlichen und gleichzeitig innovativen IT-Infrastruktur der Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe (SWH) und der Stadt Halle (Saale) durch die Erbringung anforderungsgerechter Dienstleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie,
- die Zufriedenheit der Unternehmen der SWH sowie der Stadt Halle (Saale) hinsichtlich des wahrgenommenen Mehrwerts der Leistungen der ITC für die Erfüllung ihrer sich verändernder Aufgaben durch passende flexible, innovative und gleichzeitig nachhaltige Lösungen,
- die weitere Stabilisierung der ITC als attraktiver, verlässlicher Arbeitgeber und führendes Mitglied der IT-Branche in der Region Mitteldeutschland.

Der weltweite Trend der sogenannten industriellen Revolution 4.0 hat seit dem Jahr 2016 zunehmend den Mittelstand erreicht und auch die Geschäftsprozesse der SWH und der Stadt Halle (Saale) beeinflusst. Innovative Ideen sind gefragt wie nie, mit Digitalisierung und Internet of Things (IoT), digitaler Transformation sowie modernen Arbeitsformen soll den stets wachsenden Anforderungen des Marktes begegnet werden. Die zunehmende Verschmelzung zwischen Business und IT sowie die damit verbundenen Chancen und Risiken lassen die Einflussmöglichkeiten eines kompetenten und leistungsstarken Servicepartners stetig wachsen.

In diesem Umfeld positioniert sich auch die ITC neu. Die Gesellschaft will den Kundenfokus über ein modernes IT-Anforderungsmanagement weiter schärfen, mit der Implementierung professioneller IT-Service-Managementprozesse sowie professioneller IT-Project-Management-Prozesse innovativ, flexibler und schneller werden und dabei Effizienz- und Ertragspotenziale systematisch nutzen.

1.3. Steuerung

Das Kerngeschäft der ITC spiegelt sich in der Struktur der Gesellschaft wider: sie besteht aus den vier fachlich ausgerichteten Organisationseinheiten Kompetenzzentrum SAP, Anwendungsbetreuung, Abrechnungsdienstleistungen und IT-Infrastruktur sowie den drei Querschnittsbereichen Unternehmensentwicklung, Kaufmännischer Bereich sowie Kundenmanagement/Marketing. Wichtige Funktionen sind zusätzlich über das Beauftragtenwesen etabliert (z. B. für Datenschutz, Informations- oder Arbeitssicherheit).

Der alleinige Geschäftsführer der ITC ist Herr Jörg Siebenhüner.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder durch den Führungskreis der ITC mit Hilfe konkreter Erfolgsfaktoren und Kennzahlen.

Die Gesellschaft beschäftigt im Jahresdurchschnitt 238 Mitarbeiter und 3 Auszubildende und bezieht kaufmännische und personalwirtschaftliche Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Die ab dem 30. August 2002 geltenden Geschäftsbesorgungsverträge über die personalwirtschaftlichen Dienstleistungen zwischen der ITC und zunächst der EVH sowie ab dem 1. Januar 2012 der SWH bestanden im Geschäftsjahr 2018 fort.

Gleiches gilt für die Geschäftsbesorgungsverträge für die zentrale Kommunikation/Medien, das Marketing, die Konzernrevision sowie für die zwischen der ITC und der SWH getroffene Cash Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von T€ 500.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Der Mitte 2016 begonnene Prozess der Neuausrichtung des Unternehmens mit dem Ziel einer Fokussierung auf die Bedürfnisse der Gesellschafterkunden wurde auch im Jahr 2018 konsequent weitergeführt.

Folgende Handlungsfelder wurden in diesem Jahr besonders priorisiert:

- die weitere Etablierung der neuen Prozesse in Verantwortung der Kundenanforderungsmanager für die Gesellschafterkunden,
- das Organisations- und Softwareeinführungsprojekt zur Verbesserung des IT Service Management der ITC sowie
- die Schaffung organisatorischer und technischer Voraussetzungen zur konsequenten teamübergreifenden Prozessorientierung.

Ab September 2018 wurde mit der geplanten Professionalisierung des IT Projektmanagements begonnen, in dem zunächst eine Trainee-Stelle für ein „Project Management Office“ besetzt werden konnte. In Workshops mit den Führungskräften wurde bereits die Konzeption zum Aufbau eines Projektportfoliomanagements erarbeitet, deren Umsetzung mit SAP in 2019 intensiv fortgesetzt wird.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung war die Optimierung administrativer Prozesse des Beauftragtenwesens. 2018 wurde hierzu ein neuer Dienstleistungsvertrag zur arbeitssicherheitstechnischen Betreuung mit der B-A-D GmbH abgeschlossen. Das interne Regelwerk der ITC, alle Unterweisungsunterlagen und Dokumentationen zur Unterstützung der Führungskräfte wurden verbessert. Dies wurde zusätzlich durch die Benennung verschiedener, standort- bzw. teambezogener Funktionsinhaber begleitet; ein neuer Arbeitsschutzausschuss wurde gebildet, welcher quartalsweise tagt.

Mit dem Eintritt des Teamleiters des Kompetenzzentrums SAP in den Ruhestand, der geänderten Rolle des bisherigen Teamleiters IT-Infrastruktur und der Neubesetzung der Teamleiterstelle Kundenmanagement/Marketing wurde der Generationswechsel in der Führungsebene der ITC fortgesetzt. Durch die zahlreichen, in Abstimmung mit den Shared Service-Bereichen der SWH GmbH erarbeiteten und an die betreffenden Mitarbeiter ausgereichten, neuen Funktionsbeschreibungen konnten neu definierte Zuständigkeiten zugeordnet und mehr Transparenz und Verbindlichkeit in der Organisation erreicht werden.

Die interne Kommunikation zwischen Geschäftsleitung und Führungskräften beider Ebenen wurde durch quartalsweise Führungskräftemeetings verbessert. Aktuelle Herausforderungen, Projektzischenergebnisse und geplante Maßnahmen wurden hierbei gemeinsam besprochen. Im Herbst fand eine extern begleitete Führungskräftebefragung statt. Im Jahr 2019 ist die Umsetzung konkreter Maßnahmen für den Umgang mit identifizierten Handlungsfeldern eingeplant.

1.5. Kontinuierliches Verbesserungsmanagement

Die kontinuierliche Verbesserung des integrierten Managementsystems und die damit verbundene weitere Etablierung des internen Regelwerkes bilden einen wichtigen Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung. Den Festlegungen der Konzernrichtlinie zur Regelsetzung K/R-1 folgend, wurde das gesamte Regelwerk der ITC bereits im Jahre 2017 in das elektronische Dokumentenmanagementsystem d.3 überführt. Die hierbei erlangten Erkenntnisse und Erfahrungen wurden bereits an andere Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe weitergegeben.

Als zusätzliches Werkzeug für die Verbesserung von Transparenz und Verbindlichkeit wurde das Tool SIGNAVIO mit einer unternehmensweiten Prozesslandkarte und einzelnen Geschäftsprozessmodellen in der BPMN 2.0-Notation implementiert. Als organisatorische Rahmenbedingung wurden hierfür Geschäftsprozessmodellierer in jedem Team sowie ein zentraler GPM-Koordinator ausgebildet und im Regelwerk verankert.

Die ITC absolvierte auch 2018 mit Erfolg das externe Überwachungsaudit gemäß DIN EN ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und die daran geknüpfte Verbundzertifizierung einschließlich der ISO/IEC 27001:2013 (IT-Sicherheit) sowie die Re-Zertifizierung für den SAP-Certified Provider of Hosting Services.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Tätigkeitsschwerpunkte des laufenden Betriebes waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH, die EVHN und die HWS, die Sicherstellung des Betriebes der zu betreuenden IT-Infrastruktur und Fachanwendungen sowie die Umsetzung der beauftragten Projekte.

Projekte für die Stadtverwaltung Halle

Einführung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung mit Interflex für die Stadtverwaltung Halle. Dies beinhaltet die Ausweitung der bestehenden Interflex-Landschaft auf die gesamte Verwaltung und die Implementierung eines alternativen Angebotes zur Arbeitszeiterfassung mittels Weblösung (SAP-Portal – Employee Self Service). Der Abschluss ist im Jahr 2019 geplant und beinhaltet die Abbildung neuer Arbeitszeitmodelle mit variablen Elementen.

Für die Stadtverwaltung Halle werden bis Mitte 2019 für weitere Fachbereiche die elektronische Rechnungseingangsbearbeitung eingeführt. Die Belange der Anforderungen aus der ZUGFeRD-Richtlinie zur elektronischen Rechnungsverarbeitung (und xRechnung) werden berücksichtigt.

Im Jahr 2017 hat die IT-Consult Halle begonnen, für die Stadt Halle ein ganzheitliches Konzept zur Erneuerung der IT-Landschaft für alle halleschen Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle zu erarbeiten. Dies betrifft 68 Schulen mit bis zu 5.000 IT-Arbeitsplätzen für ca. 30.000 Schüler (abhängig vom durch die Gremien der Stadt Halle zu beschließenden IT-Konzept).

Im Rahmen der Schaffung optimaler Voraussetzungen für elektronische Dienste für Bürger und Unternehmen wurde für die Stadt Halle ein Projekt zum Aufbau eines Serviceportals unter Berücksichtigung der Basiskomponenten (Bezahlungsfunktion, Authentifizierung und Formularserver) gestartet und bis 2019 zur Umsetzung gebracht.

Projekte innerhalb der SWH-Gruppe

Durch schwerwiegende Probleme bei der Sicherstellung der personellen Ressourcen des Auftragnehmers (Ostertag Gruppe) für die Implementierung der neuen zentralen Telekommunikationsanlage der Stadtwerke Halle Gruppe, ergibt sich aktuell eine Verzögerung in dem Projekt um ca. sechs Monate. Im Dezember wurde an weiteren Standorten der Stadtwerke Halle Gruppe die Ausrollung der neuen Telefonanlage fortgesetzt. Der Abschluss der Umstellung ist für Ende 2019 geplant.

Mit dem Personalbereich der Stadtwerke Halle wird das Projekt zur Einführung von Mitarbeiter- bzw. Führungskräfte - „self services“ umgesetzt (DiMAS). Die Produktivsetzung weiterer Funktionalitäten (z. B. Reisekostenanträge und -abrechnung) für Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe erfolgte im Dezember 2018.

Es wird eine Roadmap zur konzernweiten Umstellung auf die neue SAP-Generation (S/4 HANA) erarbeitet. Im Ergebnis dieser Roadmap und des Projektes „DIVA“ (Neukonzeption der Investitions-, Instandhaltungs- und Abrüstungsprozesse) wurde für die EVH und EVHN beginnend im September 2018 ein Vorprojekt gestartet. Anfang 2019 soll der Aufbau eines SAP S/4 HANA Systems (kaufmännische Prozesse) beginnen. Die Umstellung für die EVH/ EVHN ist in 2019/2020 geplant. Für die anderen Unternehmen werden Umsetzungsstrategien erarbeitet.

Im Geschäftsfeld Energie werden zur Sicherstellung der Anforderungen aus dem Messstellenbetriebsgesetz eine Vielzahl von IT-Projekten umgesetzt. Aktuell werden die Implementierungen für die neuen Marktpartnerrollen vorgenommen.

In Absprache mit der EVH werden bis Februar 2019 die Möglichkeiten zur Rückführung der in SAP IS-U implementierten Prozesse in den Standard geprüft und aufgearbeitet. Zielstellung ist mittelfristig die Senkung des Aufwandes für den laufenden Betrieb.

Die Neu- und Weiterentwicklung der Produktgruppe EnTAM+ (Energietechnisches Anlagenmanagement) wird mit den vereinbarten Meilensteinen fortgeführt. Weitere Fachschalen werden in Abstimmung mit den technischen Bereichen der EVHN bis Mitte 2018 in die Produktion überführt. Weitere Fachschalen für die HWS wurden beauftragt.

Umfeldaktivitäten

Die Einführung der personalwirtschaftlichen Prozesse mit SAP HCM (human capital management) für die Landeshauptstadt Dresden wurde in Abstimmung mit dem Kunden neu terminiert. Die Produktivsetzung für die Personalabrechnung ist zum 1. Januar 2020 neu geplant und wird damit um ein Jahr verschoben. Für das Organisationsmanagement findet eine Teilproduktivsetzung zum 1. März 2019 statt. Die Gesamtprojektlaufzeit bis Ende 2020 bleibt unberührt.

Im August 2018 wurde die „MeinHalle App“ produktiv gesetzt und veröffentlicht. Zum gleichen Zeitpunkt erfolgte die Inbetriebnahme einer Infrastruktur für kostenfreies WLAN im öffentlichen Raum der Stadt Halle für eine erste Ausbaustufe. Weitere Standorte wurden erschlossen.

Unter dem Titel „Innovative Be- und Verarbeitung sowie Speicherung und Übertragung von Informationen zu chronisch kranken Patienten mit hybriden Schnittstellen zu fachbasierten Datenverarbeitungssystemen in der Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung als strukturiertes Behandlungsprogramm“, in Form einer „Digitalen Patientenakte“, wurde ein Förderantrag bei der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt (FuE) gestellt. Der Zuwendungsbescheid wurde im Juli 2017 erteilt (Förderquote 40 %). Das Projekt wird bis 2019 umgesetzt.

Das Partnernetzwerk im Rahmen des Kommunalen Kompetenzzentrum Mitteldeutschland KomKomM[®] wurde weiter gefestigt, und es fand ein Partnertreffen der Unternehmen Dresden-IT, Bsys, Make IT und ITC in Halle statt. Die Zusammenarbeit wurde durch gemeinsame Projekte, Ausschreibungsbeteiligungen und Veranstaltungen weiter gestärkt.

Die Mitarbeit im Cluster IT-Mitteldeutschland e.V. wurde 2018 intensiviert und ausgebaut. Dort findet ein reger Austausch mit Marktteilnehmern statt und verschiedene Veranstaltungsformate und Arbeitskreise konnten aktiv genutzt werden z. B. die Jahrestagung IT-Wirtschaft Mitteldeutschland in Leipzig und der Branchentreff Halle. Gemeinsam können sich die Unternehmen für die spezifischen Interessen der Branche einsetzen und effektiv angehen, dazu zählt z. B. die Fachkräftegewinnung, die Schaffung moderner IT-Strukturen oder die Interessenvertretung gegenüber Politik und Wirtschaft.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) hat 2018 die Implementierung des Kundenanforderungsmanagements für die Bereiche Mobilität, Energie, Wasser/Entsorgung, Services und Stadtverwaltung vollendet. Dieser Bereich ist vollständig operativ.

Das Projekt „Einführung IT Service Management bei der ITC“ wurde gestartet und erste Meilensteine umgesetzt, insbesondere die Vergabe für die unterstützende Software. 2019 werden zentrale Teilprojekte implementiert.

Diese umfangreichen Veränderungen dienen der Steigerung der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit, der Prozesseffizienz und der Senkung manueller Aufwände. Damit initiierte die ITC umfassende Veränderungsprozesse zur langfristigen Zukunftssicherung.

Das Unternehmen organisierte im Jahr 2018 mehrere Veranstaltungen zu den Themen IT-Sicherheit, Datenschutz, ZUGFeRD-Rechnung, Förderprogramm „Go Digital“ sowie zu Dokumentenmanagementsystemen. Es fanden Workshops und Webinare statt. Über 200 Personen folgten unseren Einladungen. Diese Maßnahmen zur Kundenansprache werden sich 2019 fortsetzen.

Das Partnernetzwerk im Rahmen des Kommunalen Kompetenzzentrum Mitteldeutschland KomKomM[®] wurde weiter gepflegt. Es gab einen Erfahrungsaustausch mit Bsys aus Erfurt zum Thema IT-Service Management.

Die ITC betreute zum Jahresende 2018 mehr als 300 Kunden. Die Anzahl der Kunden verteilte sich 2018 regional:

- 57% in Sachsen-Anhalt
- 27% in Sachsen und Thüringen
- 16% in anderen Bundesländern.

2018 war die Beteiligung an Ausschreibungen erneut ein Schwerpunkt der Vertriebstätigkeit. Die ITC beteiligte sich an Ausschreibungen zu den Themen DMS/Datenschutz und SAP. 2018 wurde die Ausschreibung der Kulturstiftung des Bundes zum Thema Datenschutz gewonnen.

Das Großprojekt mit der Landeshauptstadt Dresden, die Einführung von SAP HCM (Personalwesen), ist 2018 fortgeschritten. Es wurde die Feinkonzeption erstellt und Tests und Schulungen zur Vorbereitung der Produktivsetzung durchgeführt. Das Projekt hat eine Laufzeit bis 2020.

Das Inkrafttreten der neuen EU-DSGVO generierte eine starke Nachfrage im Bereich Datenschutz. Die ITC hat diesen Trend konsequent genutzt. Insgesamt wurden 18 Neukunden für Datenschutz gewonnen. Darunter sind Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, Stadtverwaltungen sowie Unternehmen aus der kommunalen Daseinsvorsorge. Auch in den kommenden Jahren wird die ITC diese positive Entwicklung fortsetzen.

Zwei Neukunden wurden in den Produktbereichen Dokumentenmanagementsystem und KomGIS gewonnen:

- Stadtwerke Gotha Netz GmbH
- Stadt Zöbzig

Das Projekt „Virtueller Hybrider Datenraum für chronisch kranke Patienten – Teilprojekt A“ im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes „Virtueller Datenraum“ wurde 2018 weitergeführt. Es wurden verschiedene Meilensteine planmäßig erreicht. Unter anderem wurden die Prototypen für patientenbezogene Daten, Kerndaten und Fachbereichsdaten entwickelt. Bei dem Projekt handelt es sich um ein Förderprojekt der Europäischen Union. Es hat eine Projektlaufzeit bis zum 15. Februar 2019.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Mit Geltung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ab dem 25. Mai 2018 haben sich Unternehmen und öffentliche Stellen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten erstmals unmittelbar an europäisches Recht zu halten. Das bis dahin geltende Bundesdatenschutzgesetz wurde zudem in eine neue Fassung überführt und ist zu beachten.

Die Anpassungsphase beinhaltet die Anpassung bestehender unternehmensinterner Prozesse und IT-Systeme an die Vorgaben der DSGVO. Wichtige Inhalte, wie zum Beispiel

- erhöhte Risiken durch immens gestiegene Bußgeldrahmen,
- die verstärkte Rechenschaftspflicht,
- erweiterte Informations- und Dokumentationspflichten oder
- die Erweiterung der Betroffenenrechte

waren zu analysieren und im Rahmen eines internen Projektes umzusetzen.

Darüber hinaus gelten derzeit unverändert folgende gesetzliche Anforderungen an die Unternehmen der SWH-Gruppe:

- Etablierung geeigneter Mechanismen zur anforderungsgerechten Behandlung informationssicherheitsrelevanter Risiken,
- Implementierung angemessener technischer, organisatorischer und infrastruktureller Maßnahmen zum Schutz IT-gestützter Geschäftsprozesse sowie eingesetzter Informations- und Kommunikationssysteme.

Wesentliche Gesetzesgrundlagen hierfür sind u. a.:

- Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)
 - § 11 Abs. 1a EnWG: Verpflichtung zum angemessenen Schutz gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die der Netzsteuerung dienen
- Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)
 - § 43 Abs. 1 GmbH-Gesetz (GmbHG): Verpflichtung der Geschäftsführung zur „Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes“
 - § 91 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG): Verpflichtung des Vorstandes zur Einrichtung eines Überwachungssystems, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden
- Handelsgesetzbuch (HGB)
 - § 238 HGB: Verpflichtung zur Führung der Bücher gem. den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) bzw. ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
 - noch § 9 BDSG: Verpflichtung zur Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen bzgl. Zutritts-, Zugangs-, Zugriffs-, Weitergabe-, Eingabe-, Auftrags- und Verfügbarkeitskontrolle bei Erhebung, Bearbeitung oder sonstiger Nutzung personenbezogener Daten
- Telekommunikationsgesetz (TKG)
 - § 85 Abs. 2 TKG: Verpflichtung zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses
 - § 87 Abs. 1 TKG: Verpflichtung zur Sicherstellung angemessener technischer Vorkehrungen oder sonstiger Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe, äußere Angriffe und Einwirkungen von Katastrophen
- Telemediengesetz (TMG)
 - § 13 Abs. 3 Abs. 4 TMG: Verpflichtung des Diensteanbieters zur Umsetzung technischer und organisatorischer Schutzmaßnahmen
- Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)
 - § 75 Abs. 2 BetrVG: Arbeitgeber und Betriebsrat haben die freie Entfaltung der Persönlichkeit der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer zu schützen und zu fördern
 - § 87 BetrVG: Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren für das Geschäft der ITC sichern die möglichst störungsfreie und anforderungsgerechte Bereitstellung der IT-Services für die Kunden der ITC. Dazu zählen geeignete Managementprozesse, hinreichend qualifizierte und motivierte Beschäftigte, passende, d. h. innovative und sichere Technologien und Produkte sowie bei Bedarf bewusst gelenkte externe Lieferanten. Diese kritischen Erfolgsfaktoren werden im Rahmen der Managementbewertung des IMS kontinuierlich bewertet und weiterentwickelt. Die Führungskräfte der ITC tragen hierfür eine besondere Verantwortung.

Im margenträchtigeren Projektgeschäft mit Drittkunden lassen sich für den Erfolg des Unternehmens zusätzlich die Höhe der erzielbaren Stunden- und Tagesverrechnungssätze für die IT-Beratungsleistungen als wichtiger Erfolgsfaktor identifizieren. Hier agiert das Unternehmen derzeit immer noch häufig im mittleren bis unteren Bereich der marktüblichen Verrechnungssätze.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 die Aktivitäten an einem Projekt im Rahmen des Förderprogramms „Forschung und Entwicklung“ des Landes Sachsen-Anhalt fortgeführt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2018 beschäftigte die ITC 238 Mitarbeiter. Das sind 22 Personen mehr als im Vorjahr. Gründe dafür sind Neueinstellungen und die unbefristete Übernahme von Jungfacharbeitern.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin eine Herausforderung für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Es wird angestrebt, frühzeitig Mitarbeiterpotentiale zu entdecken und zu entwickeln. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden Mitarbeiter der ITC neben weiteren Talenten der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und anhand ihrer Kompetenzen weiterentwickelt.

Darüber hinaus ist die ITC weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Absatz/Umsatz/Erträge

Die Umsatzerlöse des Unternehmens stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 12,9 % auf T€ 30.362. Darin enthalten sind sonstige Umsatzerlöse in Höhe von T€ 29 (Vorjahr T€ 30) aus Vermietung und Verpachtung.

Umsatzerlöse Dienstleistungen für Stadt Halle

Die ITC erzielte durch Dienstleistungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag für die Datenverarbeitung (IT-Vertrag) mit der Stadt Halle (Saale) im Geschäftsjahr 2018 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 5.948. Dies sind T€ 176 mehr als im Vorjahr (T€ 5.772).

Umsatzerlöse Dienstleistungen für SWH

Im Geschäftsjahr 2018 betragen die Umsatzerlöse für Dienstleistungen mit den Unternehmen der SWH Gruppe T€ 15.403. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 14.266) erhöhten sich die Umsatzerlöse um T€ 1.137.

Umsatzerlöse Projekte und Dienstleistungen für Dritte

Mit einem Gesamtumsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr in Höhe von T€ 2.923 konnte das Dienstleistungs- und Projektgeschäft mit Dritten gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.413) gesteigert werden. Die Steigerung betrug T€ 510.

Umsatzerlöse Projektgeschäft Stadt Halle und SWH

Der Umsatz durch die Realisierung von Projekten im Umfeld der SWH Gruppe und der Stadtverwaltung Halle stieg im Geschäftsjahr 2018 (T€ 6.058) im Vergleich zum Vorjahr (T€ 4.406) um T€ 1.652.

Materialaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen bei der ITC Aufwendungen für bezogene Waren und bezogene Leistungen in Höhe von T€ 10.117 an (Vorjahr T€ 9.037).

Der Aufwand für bezogene Waren im Geschäftsjahr 2018 (T€ 3.721) stieg im Vergleich zum Vorjahr (T€ 3.522) um T€ 199. Die Beschaffung von IT-Infrastruktur (Hard- und Software) für die Stadt Halle und die Stadtwerkeunternehmen und Drittkunden wurde in gleichbleibenden Umfang realisiert.

Bezogene Leistungen

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen T€ 6.396 auf. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 5.516) waren das T€ 880 mehr, was vor allem auf die Unterstützung von externen Beratern und IT-Dienstleistern zur Realisierung von deutlich mehr Projekten und Aufträgen für unsere Kunden zurückzuführen war.

Personalaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen die Personalaufwendungen T€ 14.424 und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 12.736) deutlich erhöht. Die Steigerung in Höhe von T€ 1.688 steht im Ergebnis der Einstellung von neuen Mitarbeitern im Verlauf des Geschäftsjahres für unbesetzte Stellen und erhöhten Aufwendungen für Mehrstunden, Tarifsteigerungen, Projektprämien und Rückstellungen für Altersteilzeit.

Abschreibungen

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2018 auf T€ 505 und lagen mit T€ 63 über dem Vorjahreswert (T€ 442).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2018 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 3.580 und bewegen sich mit einer Erhöhung um T€ 676 deutlich über dem Niveau des Vorjahres (T€ 2.904). Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen für Instandhaltungen, Mieten und Pachten, Aufwendung für die kaufmännische Buchführung (EVH), Aufwendungen für Personaldienstleistungen (SWH) sowie Aus- und Weiterbildung.

4.1.1. Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2018 erzielte die ITC ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 2.228 und lag damit T€ 381 unter dem Vorjahreswert (T€ 2.609).

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die ITC wies zum 31. Dezember 2018 ein Stammkapital in Höhe von T€ 250 aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich des Sonderpostens auf T€ 1.659. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 13,1 %. Gegenüber dem Vorjahr (13,7 %) verringerte sich diese um 0,6 %.

4.2.2. Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von T€ 867 vorgenommen. Hiervon wurden T€ 308 in IT-Hardware, T€ 394 in IT-Software und T€ 112 in Büro- und Geschäftsausstattung investiert.

Den größten Teil dieser Investitionen stellen die neue IT-Servicemanagement Software für die IT-Consult Halle und eine Virtualisierungslösung im Bereich Server/Netze für die Stadtwerke-Gruppe dar. Weitere wesentliche Investitionen wurden für die Beschaffung für Notebooks und PCs im Rahmen der Windows 10 Umstellung sowie für neue Büro- und Geschäftsausstattung für neue Mitarbeiter getätigt.

Investitionen in die neue TK-Anlage der SWH-Gruppe sind im Jahr 2018 nicht erfolgt.

Die Abweichung um T€ 72 (Plan T€ 939) begründet sich im Wesentlichen in der Verschiebung nicht realisierter Investitionen in das Jahr 2018.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2018 im Rahmen einer Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH sichergestellt.

Die SWH stellt der ITC einen unbefristeten Cash Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 500 zur Verfügung, sodass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2018 betrug die Bilanzsumme der ITC T€ 12.704 und sank damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 12.619) um T€ 85.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um T€ 362 auf T€ 3.592 und sank das Umlaufvermögen von T€ 9.001 auf T€ 8.743. Die Erhöhung des Anlagevermögens beruhte im Wesentlichen auf der Investition in die IT-Servicemanagementlösung für die ITC. Die Reduzierung im Umlaufvermögen (T€ 258) ist vor allem auf die Reduzierung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 1.103) zurückzuführen. Dafür gab es einen Anstieg beim Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten (T€ 843).

Die Passivseite stieg im Wesentlichen durch höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bei Dritten (T€ 772). Die Rückstellungen reduzierten sich dagegen um T€ 314 auf T€ 4.611.

4.4. Gesamtaussage

Insgesamt setzte sich im Jahr 2018 die positive Ergebnisentwicklung fort. Das Unternehmen konnte sich mit weiteren erfolgreich akquirierten und realisierten großen Kundenaufträgen als anerkannter Marktteilnehmer etablieren.

Im Rahmen der aktiven Nachfolge- und Führungspositionen-Besetzungsplanung konnten unter Inanspruchnahme des stadtwerkweiten Talentpoolprogrammes erfolgreich Mitarbeiter entwickelt werden.

Das geplante positive Jahresergebnis für 2018 wurde zur Zufriedenheit der Geschäftsführung übertroffen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2018 wurden für das Jahr 2019 bei der Risikoinventur insgesamt 44 Risiken ermittelt (Vorjahr 18). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt sieben Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	1
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	5	0	5
Rechtliche Risiken	1	0	1
Technische Risiken	-	-	-
Gesamt	7	0	7

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Zukünftig werden die Wachstumstreiber in den Kernbereichen der ITC weiter Bestand haben. Hierzu zählen weiterhin:

- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der SWH, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- die qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Entsorgungsleistungen für die Unternehmen EVH, EVHN und HWS.

Speziell die gesetzlichen Anforderungen in der Energiewirtschaft und die Energiewende stellen stetig neue Anforderungen an die Unternehmen. Darüber hinaus ergeben sich auch aus den verstärkten Konsolidierungsanforderungen in den Kommunen und der sich ausweitenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen neue Handlungsfelder für das Unternehmen:

- die Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und der Ablauforganisation und des effektiven und effizienten Softwareeinsatzes für die Unternehmen der Stadtwerke Gruppe;
- der Ausbau des IT-Beratungsgeschäfts (Projektmanagement, Prozessberatung, IT-Sicherheit, Datenschutz);
- die Erweiterung der Betriebsführungskapazitäten im SAP-Umfeld;
- die Vermarktung und Weiterentwicklung des Produktes EnTAM+, eines energietechnischen Informationssystems für Stadtwerke, Elektromontageunternehmen und Bauämter;
- die Übernahme der Komplettbetreuung der Datenverarbeitung weiterer kommunaler Auftraggeber (IT-Betriebsführung);
- die Entwicklung spezieller Lösungen für human- und sportmedizinische Einrichtungen sowie
- aufbauend auf die vorhandene Kompetenz im Bereich Internet/Intranet die Schaffung und Vermarktung weiterer vermarktungsfähiger Lösungen.

6.1. Umsatzentwicklung

Die Umsätze gliedern sich in fünf Hauptkategorien:

- Umsätze aus dem Outsourcing-/Dienstleistungsgeschäft für die Stadt Halle
- Umsätze aus dem Outsourcing-/Dienstleistungsgeschäft für die SWH-Gruppe
- Umsätze aus dem Projektgeschäft der Stadt Halle
- Umsätze aus dem Projektgeschäft für die SWH-Gruppe
- Umsätze aus dem Dienstleistungs- und Projektgeschäft für Drittkunden.

	Ist	Ist	WIPL
Angaben in T€	2017	2018	2019
davon Dienstleistungen für Stadt Halle	5.772	5.948	7.068
davon Dienstleistungen für Stadtwerke	14.266	15.403	15.117
davon Dienstleistungen und Projekte für Dritte	2.414	2.924	3.782
davon Projektgeschäft für Stadt Halle	2.849	3.728	3.673
davon Projektgeschäft für Stadtwerke	1.558	2.330	1.528
davon sonstige Erträge	30	29	28
Umsatzerlöse	26.889	30.362	31.196

Die geplanten Umsätze mit der Stadt Halle haben sich gegenüber der vorherigen Wirtschaftsplanung deutlich erhöht. Hier werden umfangreiche Leistungserweiterungen (Betreuung der IT-Infrastruktur in Kernverwaltung und Schulen des Schulträgers Stadt Halle) und Anpassungen wegen Tarifsteigerungen wirksam. Die geplanten, finanziellen Mittel aus dem Finanzhaushalt der Stadt Halle wurden berücksichtigt.

Die Erhöhung des Gesamtumsatzes mit der SWH-Gruppe resultiert zum einen aus der Anpassung der Dienstleistungsverträge an den über die Jahre deutlich gestiegenen Umfang der von der IT-Consult Halle erbrachten Leistungen. Die gestiegenen gesetzlichen und innerbetrieblichen Anforderungen und Veränderungen (u. a. Umsetzung des Messstellenbetriebsgesetzes für die Energieversorgung Halle Netz) sowie die zunehmende Digitalisierung von Geschäftsprozessen in den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe führen zu einer Erhöhung des geplanten Projektgeschäftes. Hier ist in den Folgejahren mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Die Realisierung von Umsätzen aus dem Drittgeschäft ist weiterhin Ziel der IT-Consult Halle. Gegenüber der vorherigen Planung haben sich die geplanten Umsätze aus den Dienstleistungen und Projekte für Dritte in der Vorschau ab dem Jahr 2020 erhöht. In den Jahren 2018 bis 2020 bildet das Projekt „Einführung SAP HCM“ in der Landeshauptstadt Dresden einen wesentlichen Teil des Umsatzes aus dem Projektgeschäft bei Drittkunden.

6.2. Investitionen

Aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung im Bereich Informationstechnologie verbunden mit der schnelleren Verarbeitung und Speicherung von großen Datenmengen sowie der Einführung von neuen Softwarelösungen sind regelmäßige Neu- und Ersatzinvestitionen in die IT-Landschaft der IT-Consult Halle notwendig.

Bei den Investitionen muss in Zukunft eine Unterscheidung zwischen Investitionen für die IT-Consult Halle selbst und Investitionen für die neue Dienstleistung „managed service“ vorgenommen werden.

Das größte Investitionsprojekt für die IT-Consult Halle stellt die neue IT-Service-Management Software dar mit einer Gesamtinvestition von T€ 687 in den Jahren 2018 und 2019. Weiterhin werden im Rahmen der Windows 10 Umstellung bei der IT-Consult Halle viele Desktop Rechner und Notebooks von Mitarbeitern altersbedingt bis 2019 getauscht. Ab 2020 stellen Ersatzinvestitionen den größten Teil der für die IT-Consult Halle selbst getätigten Investitionen dar.

Zur Erbringung der Dienstleistung „managed service“ werden Investitionen in Höhe von T€ 850 für einzelne Kunden der Stadtwerke-Gruppe getätigt.

Die Investitionen in die zentrale Telefonanlage bis 2019 werden für die gesamte Stadtwerke-Gruppe getätigt. Darüber hinaus sind im Jahr 2019 Investitionen in neue Server-Systeme (Oracle-Cluster-System, SQL-Cluster, ESX-System, Storage-System) und die Erneuerung der Datensicherungslandschaft der SWH-Gruppe im Gesamtwert von T€ 970 eingeplant.

Gegenüber den Vorjahren erhöht sich der Investitionsbedarf, da die IT-Consult Halle in Zukunft nicht nur Investitionen für sich selbst durchführen wird, sondern zunehmend für einzelne Kunden oder mehrere Kunden der SWH-Gruppe.

6.3. Finanzierung

Eine Aufnahme von Fremdmitteln zur Finanzierung der Investitionen ist nicht notwendig.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2019 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von T€ 1.397.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	300					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">300</td> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	300	100,00
T€	%					
300	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden sowie das Handeln und Vermitteln aller nicht gefährlichen Abfallarten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jänicke, Burkhardt

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	2.294	73	2.715	82	2.330	70	-421	-15
Umlaufvermögen	860	27	595	18	1.016	30	265	45
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2	0	0	0	-1	-50

Bilanzsumme

3.155	100	3.312	100	3.346	100	-157	-5
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.708	54	1.708	52	1.708	51	0	0
Rückstellungen	197	6	78	2	129	4	119	153
Verbindlichkeiten	1.250	40	1.526	46	1.509	45	-276	-18

Bilanzsumme

3.155	100	3.312	100	3.346	100	-157	-5
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.186	6.682	5.296
sonstige betriebliche Erträge	102	26	44
Materialaufwand	5.744	5.556	4.147
Personalaufwand	387	210	188
Abschreibungen	623	499	578
sonstige betriebliche Aufwendungen	268	234	262
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	0	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	4	13
Ergebnis nach Steuern	264	205	155
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	261	202	152
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,63	3,02	2,88	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,26	11,81	8,93	%
Cash-Flow:	883	701	730	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	911	1.677	1.335	T€
Personalaufwandsquote:	5,31	3,12	3,53	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	72,64	81,84	69,58	%
Eigenkapitalquote:	54,13	51,57	51,04	%
Fremdkapitalquote:	45,87	48,43	48,96	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	71.989,00	67.500,00	63.248,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	72.000,00	70.000,00	70.000,00	Mg/a

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der RAB Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt auf die Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger sowie der Bereitstellung von Sekundärrohstoffen ab. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche kommunale Siedlungsabfälle sowie gewerbliche Abfälle verwertet.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die RAB Halle GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft übernimmt im Kerngeschäft als beauftragter Dritter der Stadt Halle (Saale) die überlassungspflichtigen Abfälle (Rest- und Sperrmüll) des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Behandlung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert zugleich das Hauptgeschäft der Gesellschaft.

Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch die Annahme und Sortierung gewerblicher Abfallmengen aus unterschiedlichen Herkunftsbereichen.

1.2. Ziele und Strategien

Die Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus, den Grad der stofflichen Verwertung zu forcieren sowie die alternative Energieerzeugung mit Sekundärrohstoffen zu unterstützen. In der effizienten Nutzung des biogenen Anteils im Restmüll und von mittelkalorischen Ersatzbrennstoffen für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von metallischen Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine umfassende Ressourcenwirtschaft, gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Optimierung ihrer Kosten- und Leistungsstruktur überprüft die Gesellschaft fortlaufend ihr Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Aus Sicht der Gesellschaft stellt die Reduzierung der Fremdkosten (Leiharbeiter etc.) durch die Umstellung von einem durchgängigen 3- auf ein 2-Schichtsystem und die Optimierung des Transportprozesses des mittelkalorischen Ersatzbrennstoffes der Fraktion 20 bis 80 mm in die Außenlagerbox das größte Optimierungspotenzial dar. Die dafür notwendigen Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2018 realisiert bzw. werden im Geschäftsjahr 2019 fortgeführt. Ziel der Gesellschaft ist es, eine effektive und effiziente Behandlung der Abfälle zu gewährleisten und flexibel auf die Gegebenheiten des Marktes mit organisatorischen und technologischen Anpassungen reagieren zu können.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der RAB Halle GmbH ist in die Struktureinheiten der Technischen Betriebsführung und der Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen, um zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2018 wurde die Übernahme von 6 Leiharbeitskräften in ein Arbeitsverhältnis mit der RAB Halle GmbH umgesetzt. Der Personalbestand hat sich somit von vier Arbeitskräften zu Beginn des Geschäftsjahres auf insgesamt zehn Arbeitskräfte erhöht.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Monat Januar des Geschäftsjahres 2018 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen ihre fachliche Eignung nachweisen.

Zur weiteren Optimierung ihrer Kosten- und Leistungsstruktur überprüfte die Gesellschaft das Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Nach erfolgter Implementierung der zweiten Vorzerkleinerungsstufe wurde die Umstellung von einem durchgängigen 3- auf ein 2-Schichtsystem mit Beginn zum 1. März des Geschäftsjahres umgesetzt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die RAB Halle GmbH, trotz eines sich langfristig einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit soll die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf dem derzeit hohen Niveau gehalten werden. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechts und die Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Aufgrund der seit dem 1. August 2017 gültigen Gewerbeabfallverordnung und der damit verbundenen höheren Anforderungen an die stoffliche Verwertung prüft die Gesellschaft die sich daraus ergebenden Anforderungen, deren Umsetzung sowie das mögliche Wachstumspotenzial für die Gesellschaft.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Bestimmt durch den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind sowohl die kommunalen Siedlungsabfälle, als auch die Abfallmengen aus dem gewerblichen Bereich als wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren anzusehen.

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Anstieg (+307 Mg) zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2017 hat die RAB Halle GmbH eine Inputtonnage von 57.127 Mg übernommen, welche im Geschäftsjahr 2018 auf 57.434 Mg stieg. Im Vergleich der beiden Inputstoffströme des kommunalen Bereiches ist bei den gemischten Siedlungsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen ein Rückgang der Jahrestonnage um 783 Mg zu verzeichnen. Hingegen ist beim Sperrmüll ein signifikanter Anstieg um 1.090 Mg zu verzeichnen.

Im Bereich der gewerblichen Abfälle hatte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 einen Mengenanstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hier konnte die Jahrestonnage des Geschäftsjahres 2017 in Höhe von 10.283 Mg mit 14.555 Mg im Geschäftsjahr 2018 deutlich gesteigert werden.

Um freie Kapazitäten im Rahmen der operativen Leistungserbringung bestmöglich zu nutzen, erbrachte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018, ergänzend zu der geplanten Leistungserbringung, Aufbereitungsleistungen für diverse Abnehmer. Kumuliert wurden im Geschäftsjahr 3.237 Mg Abfälle im Rahmen von Aufbereitungsleistungen in der Sortieranlage der RAB Halle GmbH behandelt.

Ein weiterer Leistungsindikator besteht in der Gewinnung metallischer Sekundärrohstoffe im Rahmen der Abfallbehandlung. Die geplanten Erlöse aus der Verwertung von ausgeschleusten metallischen Sekundärrohstoffen konnten im Geschäftsjahr 2018 aufgrund der leichten Erholung der Schrottpreise auf dem Weltmarkt gesteigert werden.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die Gesellschaft daher nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 waren im Unternehmen zehn Mitarbeiter beschäftigt, davon ein Betriebsleiter, drei Schichtleiter sowie sechs Anlagen- und Baumaschinenführer. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus, welche die operative Führungsebene abdecken, wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Leiharbeitskräfte werden sowohl für Anpassungsarbeiten an der Anlage als auch zur operativen Leistungserbringung im Rahmen des Anlagenbetriebes eingesetzt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Insgesamt resultieren aus den Leistungen der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 7.186 TEUR, wobei 5.411 TEUR aus der Behandlung des kommunalen Siedlungsabfalls, 1.490 TEUR aus der Behandlung von Gewerbeabfällen, 84 TEUR aus der Erbringung von Aufbereitungsleistungen und 201 TEUR aus sonstigen Nebentätigkeiten resultieren.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtleistung der Gesellschaft in Höhe von 6.708 TEUR in 2017 um 580 TEUR in 2018 gestiegen. Die positive Entwicklung der Umsatzerlöse ist hauptsächlich durch die Steigerung der Annahmemengen für die Behandlung und Entsorgung der Abfälle des kommunalen und gewerblichen Bereiches begründet.

Der Materialaufwand der Gesellschaft stieg im Vergleich zum Vorjahr um 187 TEUR und ist hauptsächlich durch die Endverwertungskosten der Outputstoffströme aufgrund der Steigerung der Input- bzw. Outputmengen, der gestiegenen Aufwendungen für Reparatur- und Fremdinstandhaltungskosten sowie durch gestiegene Strombezugskosten begründet.

Der Abschreibungsaufwand auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens betrug im Geschäftsjahr 623 TEUR und stellt im Vergleich zum Vorjahr eine um 124 TEUR höhere Belastung für das Ergebnis der Gesellschaft dar. Begründet ist dies durch die getätigten Investitionen in neue technische Anlagen und Maschinen sowie in Investition im Rahmen von Ersatzbeschaffungen für die vorhandene Anlagen- und Mobiltechnik der Gesellschaft.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Kostenanstieg zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr stellten hierbei die Aufwendungen im Bereich von Rechts- und Beratungskosten eine signifikante Kostenerhöhung dar. Die Suche nach einer neuen Versicherungsgesellschaft im Bereich der Haftpflichtversicherung gestaltete sich erneut problematisch. Eine vollumfängliche Absicherung der Gesellschaft konnte nur durch eine erneute Erhöhung der Versicherungsprämie gedeckt werden. Kumuliert belaufen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2018 auf 268 TEUR. Dies entspricht einem Kostenanstieg von 34 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesellschaft ihr abzuführendes Ergebnis im Rahmen des geschlossenen Gewinnabführungsvertrages mit ihrer Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH auf einen Betrag von 261 TEUR steigern. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von 59 TEUR.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 1.708 TEUR.

Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 197 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (13 TEUR, Vorjahr 15 TEUR), Personalarückstellungen (98 TEUR; Vorjahr 35 TEUR), Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (38 TEUR; Vorjahr 15 TEUR) sowie Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (48 TEUR; Vorjahr 13 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Bilanzstichtag mit einer Höhe von 73 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Reduzierung um 1 TEUR. Im Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten werden 541 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Reduzierung in Höhe von 105 TEUR dar.

Zur Realisierung von Investitionsmaßnahmen war die Aufnahme eines Kredites notwendig. Dieser wurde durch die Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH, zum Stichtag 22. Dezember 2017 in Höhe von 558 TEUR gewährt. Unter Einhaltung des Zins- und Tilgungsplans werden zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus der Gewährung von Krediten in Höhe von 372 TEUR (Vorjahr 558 TEUR) ausgewiesen. Des Weiteren werden Verbindlichkeiten aus der Gewinnabführung gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von 261 TEUR ausgewiesen.

Im Bereich der sonstigen Verbindlichkeiten ist eine Reduzierung in Höhe von 42 TEUR auf 4 TEUR zu verzeichnen.

4.2.2. Investitionen

Das geplante Investitionsbudget des Geschäftsjahres 2018 von 286 TEUR umfasste maßgeblich die Ersatzbeschaffung eines Mobilbaggers zur Beladung von Beförderungsfahrzeugen für 220 TEUR. Darüber hinaus wurden Investitionen in Höhe von 25 TEUR für die Installation von Anlagenbegehungen zur Gewährleistung von Erstmaßnahmen im Rahmen des Brandschutzes, weitere 25 TEUR für die Überdachung der Bürocontainer sowie 16 TEUR für die Anschaffung eines Schweißgerätes und die Installation eines weiteren Förderbandes eingeplant.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2019 im Juni 2018 erfolgte eine Überprüfung sowie Anpassung der notwendigen Investitionen. Die Gesellschaft plante daraufhin im Geschäftsjahr 2018 eine voraussichtliche Investitionssumme in Höhe von 213 TEUR. Investiert wurden bis zum Berichtsdatum 144 TEUR in Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, wovon 79 TEUR auf Projektierungskosten und Anzahlungen im Rahmen des Projektes des Direktaustragsbandes entfallen. Weitere Investitionskosten in Höhe von 48 TEUR fielen im Rahmen der Fertigstellung des Projektes zur Implementierung der zweiten Vorzerkleinerungsstufe aus dem Geschäftsjahr 2017 an.

Zusätzlich war die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 gezwungen, Prüfungsfeststellungen aus der Betriebsprüfung 2007 bis 2010 handelsrechtlich umzusetzen. Hierbei wurden nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vermögensgegenständen des Prüfungszeitraumes in Höhe von 58 TEUR aktiviert. Diese Kosten dürfen bei der Betrachtung des geplanten Investitionsvolumens nicht berücksichtigt werden.

Somit wurden zum Berichtsdatum von den ursprünglich geplanten 286 TEUR lediglich 144 TEUR investiert. Das restliche Investitionsvolumen wird in das Geschäftsjahr 2019 verschoben und dort entsprechend der Wirtschaftsplanung 2019 für die Realisierung der geplanten Projekte verwendet.

4.2.3. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Finanzmittelbestand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 um 138 TEUR gestiegen und stellt zum Bilanzstichtag eine Forderung im Rahmen des Cash Pools in Höhe von 301 TEUR sowie den Bestand an flüssigen Mitteln von 5 TEUR dar. Begründet ist der Anstieg durch eine positive Entwicklung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Unter Berücksichtigung der internen Kreditlinie der Gesellschaft im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung war die Liquidität im Berichtsjahr gegeben und die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2018 zusammengefasst und dem Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR	Veränderung TEUR
Langfristiges Vermögen	2.480	2.715	-235
Kurzfristiges Vermögen	675	597	78
Gesamtvermögen	3.155	3.312	-157
Langfristiges Kapital	1.960	2.080	-120
Kurzfristiges Kapital	1.195	1.232	-37
Gesamtkapital	3.155	3.312	-157

Im Bereich des Anlagevermögens überstiegen die Abschreibungen der Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände die Investitionen des Geschäftsjahres 2018. Im Vergleich zum Vorjahr (2.715 TEUR) beträgt das aktive Vermögen im Bereich des Anlagevermögens zum Berichtsdatum 2.294 TEUR. Auf Grundlage des Forderungsbestandes aus Lieferungen und Leistungen gegen Dritte (167 TEUR; Vorjahr 69 TEUR) sowie der ausgewiesenen Forderungen im Rahmen des Cash Pool (301 TEUR; Vorjahr 163 TEUR) wird im Vergleich zum Vorjahr ein um 78 TEUR höheres Vermögen im Bereich des kurzfristigen Vermögens ausgewiesen.

Ohne Veränderung des Eigenkapitals in Höhe von 1.708 TEUR ist eine Reduzierung des Bilanzwertes im Bereich des langfristigen Kapitals in Höhe von -120 TEUR zu erkennen. Begründet ist dies bei Bildung einer Rückstellung für Abfindungen durch die entsprechenden Tilgungen im Geschäftsjahr 2018 des im Geschäftsjahr 2017 aufgenommenen Gesellschafterdarlehens in Höhe von 558 TEUR. Entsprechend dem Tilgungsplan erfolgt die Endtilgung zum 31. Dezember 2020. Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2018 beträgt die Restschuld aus dem Gesellschafterdarlehen 372 TEUR, wovon 186 TEUR dem langfristigen Kapital und 186 TEUR dem kurzfristigen Kapital zugeordnet sind.

4.4. Gesamtaussage

Das geplante Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2018 in Höhe von 209 TEUR konnte die Gesellschaft übertreffen. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem Ergebnis in Höhe von 261 TEUR vor Gewinnabführung ab.

Insgesamt blickt die Gesellschaft auf ein positives Geschäftsjahr zurück. Die überplanmäßigen Kosten für Reparaturmaterial, Fremdinstandhaltungen sowie Leihpersonal konnten durch die überplanmäßigen Umsatzerlöse aus der Annahme und Behandlung von kommunalen und gewerblichen Abfällen sowie durch Verwertungserlöse im Bereich der metallischen Sekundärrohstoffe vollends kompensiert werden.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2018 wurden für das Jahr 2019 bei der RAB Halle GmbH insgesamt 11 Risiken ermittelt (Vorjahr 14). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 1 Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	-	-	-
Finanzrisiken	-	-	-
Führung/Organisation	1	-	-
Marktrisiken	6	-	1
Rechtliche Risiken	2	-	-
Technische Risiken	2	-	-
Gesamt	11	-	1

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2019 plant die RAB Halle GmbH für die Abfallbehandlung von überlassungspflichtigen Abfällen des öffentlichen Auftraggebers sowie aus verschiedenen Gewerbebereichen mit Umsatzerlösen in Höhe von 6.727 TEUR. Diese ergeben sich maßgeblich aus dem abgestimmten Abfallaufkommen an kommunalen Siedlungsabfällen der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung des kalkulierten Selbstkostenfestpreises nach LSP für das Geschäftsjahr 2019 sowie aus vertraglich gebundenen Leistungsbeziehungen mit Dritten.

Des Weiteren plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2019 keine Erlöse aus der Erbringung von Schredderleistungen im Rahmen der Brennstoffaufbereitung. Analog des Geschäftsjahres 2018 wird die Gesellschaft versuchen, zur Abdeckung freier Leistungskapazitäten nach Können und Vermögen entsprechende Leistungen ausführen.

Des Weiteren plant die Gesellschaft mit Umsätzen aus Dienstleistungen für Verwiegung und Verladung im Geschäftsjahr 2019 in Höhe von 99 TEUR.

Der weiterhin sehr volatile Markt für die Verwertung gewonnener metallischer Sekundärrohstoffe macht die Planung etwaiger Verwertungserlöse im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2019 herausfordernd. Für die Verwertung von Eisen- und Nicht-Eisen-Metallen plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 mit Erlösen in Höhe von 69 TEUR.

Kumuliert betrachtet, plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 mit Umsatzerlösen in Höhe von 6.896 TEUR.

6.2. Investitionen

Die geplanten Investitionen im Geschäftsjahr 2019 in Höhe von 288 TEUR sind geprägt durch Investitionen in der mechanischen Behandlungsanlage sowie in Ersatzbeschaffungen der Mobiltechnik.

Geplant wird der Bau eines Direktaustragsbandes für den mittelkalorischen Ersatzbrennstoff der Fraktion 20 bis 80 mm von 128 TEUR sowie die Ersatzbeschaffungen eines gebrauchten Mobilbaggers (25 TEUR) sowie eines gebrauchten Lastkraftwagens (25 TEUR). Weiterhin sind die Ersatzbeschaffung eines Greifers des Elektroumschlagbaggers (35 TEUR) und der Austausch der Siebtrommel (75 TEUR) geplant.

Des Weiteren wird das offene Investitionsbudget des Geschäftsjahres 2018 in Höhe von 142 TEUR für die Fertigstellung begonnener Investitionsprojekte verwendet.

6.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können durch die Inanspruchnahme der internen Kreditlinie im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2019 sowie eine Stabilisierung der Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sollen der RAB Halle GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 284 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Potenzialen voran zu treiben, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zu erschließen. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2019 mit beeinflussen und die positive Fortentwicklung sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hasentorstraße 9 06526 Sangerhausen		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	620		
Gesellschafter:		T€	%
	Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
	Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Lammert, Dominik
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Dr. Klein, Angelika
	stellv. Vorsitzender	Lux, Matthias
		Bieder, Marco
		Hülsbusch, Peter
		Kotzur, Klaus
		Quenzel, Benjamin
		Schulze, Jörg

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	77	84	80
Aufsichtsrat	0	1	1

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.317	32	1.720	45	1.951	53	-403	-23
Umlaufvermögen	2.778	68	2.114	55	1.698	46	664	31
Rechnungsabgrenzungsposten	11	0	13	0	15	1	-2	-15

Bilanzsumme	4.106	100	3.847	100	3.664	100	259	7
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.769	92	3.458	90	3.162	86	311	9
Rückstellungen	99	2	111	3	65	2	-12	-11
Verbindlichkeiten	238	6	278	7	437	12	-40	-14

Bilanzsumme	4.106	100	3.847	100	3.664	100	259	7
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.921	4.877	4.623
sonstige betriebliche Erträge	292	54	77
Materialaufwand	583	767	744
Personalaufwand	2.117	1.966	1.950
Abschreibungen	789	728	672
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.193	1.072	1.002
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	21	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	5	16
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	152	43	90
Ergebnis nach Steuern	380	371	227
sonstige Steuern	17	16	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	363	355	213

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,37	7,27	4,60	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,64	11,42	7,21	%
Cash-Flow:	1.152	1.083	884	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	97	101	94	T€
Personalaufwandsquote:	40,61	39,86	41,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	31,98	44,70	53,20	%
Eigenkapitalquote:	91,81	89,89	86,30	%
Fremdkapitalquote:	8,19	10,11	13,70	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Bioabfall	6.163,12	6.716,27	6.313,96	t
Pappe, Papier	8.644,04	8.693,73	8.642,68	t
Restabfall	24.239,04	24.986,81	25.255,02	t

f) Lagebericht

Wirtschaftsbericht

I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)

Das Jahr 2018 war in der Abfallwirtschaft von nur wenigen tiefgreifenden Gesetzesänderungen betroffen. Auch die im Jahr 2017 erlassenen Verordnungen befanden sich lediglich in der Umsetzungsphase. Jedoch zieht die Umsetzung der Verordnungen eine Menge an praktischen Änderungen nach sich, so dass sich die Betriebe erneut auf die veränderte Ausgangslage einstellen mussten.

Im Bereich der Systembetreiber wird weiterhin um den Fortbestand der dualen Systeme gekämpft. Hier wird insbesondere auf das Verpackungsgesetz zum 01.01.2019 gewartet und den sich daraus ergebenden Entwicklungen ab dem Jahr 2019. Ein grundlegendes Problem in der Abfallwirtschaft im Jahr 2018 war die Verwertung von Abfällen im Allgemeinen. Durch den gesättigten Entsorgungsmarkt und die erhöhten Anforderungen an die Verwertung ist es zu sprunghaften Erhöhungen der Verwertungskosten gekommen.

Teilweise werden die Abfälle aufgrund der Übermengen auf dem Markt in den Anlagen nur noch nach gesonderter Anfrage entgegen genommen. Für die Abfallart Teerpappe ist der Markt fast gänzlich zusammen gebrochen.

Die Veränderung in der Düngemittelverordnung lässt den Absatz von Fertigkompost fallen, da dieser in der Regel nur noch alle 3 Jahre auf den Boden aufgebracht werden kann, um die vorgeschriebene Düngemittelbilanz einzuhalten. Die zu verwertende Menge für Grün- und Strauchschnitt steigt ebenso stetig an, da auch hier eine Sättigung auf dem Markt vorhanden ist. Dies ist auf die Stürme der letzten Jahre und den damit verbundenen Bruch in den Wäldern zurück zu führen.

Zusätzlich wirkt das kontinuierlich steigende Aufkommen von Bioabfällen beschleunigend auf diese Entwicklung.

Künftig wird es notwendig sein, die Umsetzung effizienter Verwertungskonzepte in der Bioabfallverwertung stärker umzusetzen.

Ein weiterer Augenmerk galt im vergangenen Jahr der Diskussion um das Rückfahr- und Durchfahrtsverbot für Abfallsammelfahrzeuge. Auch wenn hier noch keine endgültige gesetzliche Regelung vorliegt, ist zu befürchten, dass diese in den kommenden Jahren zu einem zwingenden Handlungsbedarf bei allen Unternehmen führt, die mit der Sammlung von Abfällen beschäftigt sind.

Der Markt für Pappe, Papier und Kartonagen war im Jahr 2018 von den üblichen Schwankungen betroffen hat sich aber zum Jahresende hin wieder stabilisiert.

II. Unternehmensentwicklung

Das Geschäftsjahr 2018 konnte von der RES GmbH wiederum mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen werden. Dieses deutlich über dem Plan liegende Ergebnis ist hauptsächlich weiterhin auf vier Faktoren zurückzuführen.

Der wesentlichste Faktor sind die durch den Vergleich entstandenen Erlöse.

Ein weiterer Faktor ist eine Versicherungsentschädigung in Höhe von ca. 90.000 Euro.

Außerdem entwickelten sich einige Abfallmengen entgegen der Prognosen nicht negativ, im Bereich PPK konnte sogar eine Steigerung verzeichnet werden.

Durch gute Erträge im Bereich der Verwertung von PPK konnte das Betriebsergebnis weiterhin stabilisiert werden.

Der durch die geänderten Übergabestellen für Restabfälle und Sperrmüll entstandene Transportmehraufwand wurde vom Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft vergütet.

Die daraus resultierende geänderte Tourenplanung mit erhöhtem Aufwand konnte problemlos umgesetzt werden. Da sich die RES in den vertraglich festgelegten Verlängerungsoptionen im Vertrag mit dem Landkreis Mansfeld-Südharz befindet, wurde mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft begonnen die Abfallentsorgung ab dem Jahr 2020 abzusprechen und zu diskutieren. Insbesondere wurde hier ein Zeitplan aufgestellt, in welchem die Terminkette für das Jahr 2019 geregelt wird.

Im Rahmen der Entsorgung der Wertstoffhöfe konnten die Entsorgungspreise für das Jahr 2018 trotz entgegengesetzter Marktlage stabil gehalten werden. Der Sachverhalt ist auf die Preisbindung der Verwerter für die Jahre 2018 und 2019 zurückzuführen.

Im September 2018 erfolgte die Ausschreibung zur Gossenreinigung in der Stadt Sangerhausen an der sich die RES beteiligte. Leider wurde hier der Zuschlag einem anderen Bieter für 2 Jahre gegeben.

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Halle wurden weitere Fortschritte erzielt. So wurde mit Einführung der Datenschutzgrundverordnung die ITC Halle GmbH mit der Gestellung eines Datenschutzbeauftragten beauftragt. Außerdem fand zwischen der RES und der HWS ein reger Fahrzeugaustausch statt.

Im Rahmen der Qualitätssicherung wurde in der RES GmbH die interne Revision der Stadtwerke Halle GmbH eingeführt.

Als positiv wird das klare Bekenntnis des Landkreises Mansfeld-Südharz zur RES im Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Mansfeld-Südharz gewertet.

Personell als auch technisch wurden wichtige Grundsteine im Jahr 2018 gelegt, um die Aufgaben der nächsten Jahre erfolgreich umzusetzen.

a.) allgemeine Beschreibung

Im Geschäftsjahr 2018 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz. Es gab keine besonderen Vorkommnisse im Rahmen des normalen Betriebsablaufes.

Alle Aufgaben wurden vollständig und wie vertraglich vereinbart zur Zufriedenheit der Auftraggeber erfüllt.

Die Beauftragung für die Abfuhr der Container von den Wertstoffhöfen des Landkreises wurde durch den Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft bis Dezember 2019 erteilt.

Das Jahr 2018 konnte mit einem positiven Jahresergebnis von 362.542,60 € abgeschlossen werden.

Im Hinblick auf das Jahr 2019 kann abhängig vom prognostizierten Mengenrückgang und den Markterlösen mit einem geringeren Ergebnis gerechnet werden. Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark werden sich negativ auf das Jahr 2019 auswirken. Die vereinbarte Preisanpassungsklausel laut Vertrag mit dem Landkreis wird auch im Jahr 2019 nicht wirksam. Die RES gewährleistet somit eine Preisstabilität seit dem Jahr 2011.

b.) Investitionstätigkeit

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2018 die geplanten Investitionen ausgeschrieben und vergeben. Aufgrund immer längerer Wartezeiten sind die Lieferungen der Fahrzeuge im Januar bzw. im März 2019 vorgesehen. Im Wirtschaftsplan 2019 ist bereits der Austausch von 6 Fahrzeugen für den Beginn der Entsorgung ab dem Jahr 2020 vorgesehen.

Seit dem Jahr 2018 wird die Beschaffung von Fahrzeugen aufgrund der Konjunktur in schwieriger. So kann der Zeitraum von Ausschreibungsbeginn bis zur Lieferung einen Zeitraum von einem Jahr deutlich überschreiten.

Die Gesamtinvestition belief sich 2018 auf 396.964,37 €, durch den Verkauf von Anlagevermögen wurde ein Erlös in Höhe von 11.949,40 € erzielt, der Restbetrag in Höhe von 385.014,97 € wurde aus freien liquiden Mitteln verwendet.

Im Einzelnen werden die Investitionen 2018 nachfolgend dargestellt:

	geplante Investitionen	realisierte Investition	Differenz
Fahrzeuge	505.000,-€	347.894,32 €	-157.105,68 €
Lieferung bis März 2019 Investition aus 2018		(87.490 € Anzahlung)	
Betriebs- und Geschäftsausst.	52.000,- €	44.222,01 €	-7.777,99 €
EDV	7.500,- €	4.848,04 €	- 2.651,96 €
Gesamt	565.000,- €	396.964,37 €	-168.035,63 €

c.) Personal/Sozialbericht

Im Unternehmen waren zum Stichtag 31. Dezember 2018 53 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer im Jahr 2018 betrug 55 (inkl. Geschäftsführer).

Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt.

Unser Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2018 auf 2.117.315,81 Euro.

Pro Beschäftigten fielen durchschnittliche Personalkosten in Höhe von 38.496,65 Euro, inkl. Geschäftsführer an. Abfindungszahlungen wurden nicht geleistet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr leisteten wir Zahlungen für Altersversorgung in Höhe von 68.730,89 Euro.

Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach zum Jahresanfang 2 Arbeitnehmer und zum Jahresende 3 Mitarbeiter. Damit waren die Auflagen nach dem Schwerbehindertengesetz erfüllt.

Ergänzend wurden Dienstleistungen durch anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen erbracht.

d.) Umweltschutz

Die RES hat sich auch im Jahr 2018 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen im Umweltschutz und Sicherheit verpflichtet. So wurden die Investitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht.

Bei den Zulieferern wurde ganzjährig die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft.

Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im November 2018 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt.

Im Jahr 2018 wurde ein Energiewertgutachten für das gesamte Unternehmen angefertigt. Daraus resultierend wurden die Planungen für die Folgejahre angepasst um alternative heizungs- und Wärmeanlagen zu installieren. Es wurden weitere Potentiale aufgezeigt, wie die RES im Umweltschutz weiterhin effizienter werden kann. Anhand des Gutachtens wurde gleichzeitig die Durchführung des periodischen Energieaudits im Jahr 2019 vorbereitet.

Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

e.) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die RES GmbH hatte mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, PPK, Bioabfall und Sperrmüll (Teilleistung 1-4) bis zum Jahr 2017 mit einer zweijährigen Verlängerungsoption. In den Bereichen Sonderabfall, Elektroaltgeräte und Grünabfall (5-7) war das Vertragsende ebenfalls 2017.

Für die Teilbereiche 1-4 wurde die Option bis zum 31.12.2019 ausgeübt. Die Teilbereiche 5-7 wurden aufgrund der Bestätigung der Preisstabilität für die Jahre 2018 und 2019 ebenfalls beauftragt.

Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 93,28 % des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2018 über kommunale Verträge generiert.

Der Erlös im Bereich der Wertstoffhöfe betrug 219.975,59 € und wird sich in 2019 weiterhin erhöhen, da die zu transportierenden Mengen von den Wertstoffhöfen stetig wachsen. Die Mengenentwicklung aufgrund des prognostizierten Rückgangs der Bevölkerungszahlen ist im Jahr 2018 nicht in der geplanten Höhe eingetreten. Für die Jahre 2019 und folgende ist davon auszugehen, dass ein Mengenrückgang eintritt. Dieser jedoch geringer als von Statistikern prognostiziert. Aufgrund der Witterung waren lediglich die Bioabfallmengen in einem Bereich von 10% oder 660 Tonnen stärker rückläufig. Hier ist aber in den nächsten Jahren mit einer weiteren Steigerung aufgrund von Neugestellungen zu rechnen. Bisherige Bemühungen zur Steigerung des Anschlussgrades für die Biotonne werden fortgesetzt.

Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2019 im Bereich Restabfall die Mengen in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung geringfügig sinken werden. Im PPK Bereich wird die Menge nahezu konstant bleiben das Volumen aufgrund des Onlinehandels sogar zunehmen. Im Rahmen dieser Verschiebung wird die Qualität der Sammelware sinken.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2018	Tonnage 2018	Leerungen 2017	Tonnage 2017
Restmüll	1.051.781	24.239,04	978.514	24.986,81
PPK	486.093	8.644,04	495.767	8.693,73
Bioabfall	297.171	6.163,12	300.228	6.716,27
Grünabfall	0	1.626,86	0	1.680,61
Sperrmüll	0	2.973,04	0	3.189,46
Elektroaltgeräte	0	328,05	0	332,01

Im Rahmen der gewerblichen Leistungen wurden nur die Kehrmaschinenaufträge der Wohnungsgenossenschaften um ein weiteres Jahr verlängert.

f.) Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2018 hat sich weiter positiv entwickelt.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Stichtag 91,81 %, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht mehr, so dass der Verschuldungsgrad auf 6,31% gegenüber 8,05 % im Jahr 2017 gesunken ist. Zu berücksichtigende Verbindlichkeiten bestehen nur noch aus dem operativen Geschäft für laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 71,1 T€ und 166,6 T€ für sonstige Verbindlichkeiten aus Lohn und Sozialleistungen sowie Steuerzahlungen, welche sich aus dem Jahresabschluss ergeben.

Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

Liquide Mittel in Form von Bankguthaben und Kassenbestand haben sich von 1.391,8 T€ auf 2.089,6 T€ erhöht.

Die Finanzlage des Unternehmens hat sich zum 31.12.2018 weiterhin verbessert.

g.) Beteiligungen

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine Beteiligungen

Die Gesellschafteranteile an der Wertstoffaufbereitung GmbH Edersleben wurden bereits im Jahr 2009 vor der Insolvenz der RES GmbH veräußert. Es bestand lediglich ein Gesellschafterdarlehen an die WAE GmbH.

Hier wurde im Rahmen einer Vergleichsvereinbarung eine Einigung erzielt. Die WAE GmbH zahlt zur Erledigung des Darlehensverhältnisses eine Summe von 151.000,00 Euro nebst Zinsen in Höhe von 3% seit dem 01.05.2010 in drei Raten. Die ersten zwei Raten waren im Jahr 2018 fällig. Die Abschlussrate im Jahr 2019.

III. Risikobericht

Im Jahr 2018 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig umgesetzt worden, so dass eine positive Prognose für die Folgejahre besteht.

Für das Jahr 2019 liegt die Unsicherheit für das Unternehmen im Bereich unerwarteter möglicher Kostensteigerungen im Fuhrpark durch steigende Treibstoff- und Unterhaltungskosten sowie Anordnungen und gesetzliche Änderungen. Weiterhin stellt ein gewisses Risiko die Bevölkerungsentwicklung im gesamten Landkreis dar.

Durch das im AWIKO festgelegte Bekenntnis zur RES GmbH ab dem Jahr 2020 können wesentliche Kostenentwicklungen in eine erneute Kalkulation einfließen und im Vertrag berücksichtigt werden.

Wie in der Vergangenheit wird im Rahmen des Risikomanagements im Unternehmen zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die Aufsichtsgremien informiert.

Die Verträge der RES mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Mansfeld- Südharz sind bis zum 31.12.2019 gesichert.

IV. Prognose

Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahre 2019 und folgende von einer weiterhin konstanten Entwicklung entsprechend den Wirtschaftsplänen der Gesellschaft ausgegangen. Für das Jahr 2019 wird ein positives Betriebsergebnis erwartet.

Im Hinblick auf das Jahr 2019 muss durch die anstehenden Kostensteigerungen im Personalbereich sowie im Fuhrpark mit einem geringeren Ergebnis gegenüber den Vorjahren gerechnet werden.

Seit dem Jahr 2018 finden Gespräche zur Vorbereitung der Gestaltung der Auftragsvergabe ab 2020 mit dem EAW statt, so dass derzeit von einer Neuvergabe an die RES ausgegangen werden kann. Hierzu wurde ein Terminplan zur Auftragsvergabe an die RES erstellt und den Aufsichtsräten in der Sitzung im Dezember 2018 vorgestellt. Dieser Terminplan zeigt einen engen Ablauf in der Umsetzung im Jahr 2019 um ab dem Jahr 2020 in eine geordnete Entsorgung eintreten zu können.

Zu berücksichtigen ist auch, dass ab dem Jahr 2020 die Transportleistungen für die Wertstoffhöfe ebenfalls neu vergeben werden.

Auch hier rechnet die Geschäftsführung mit einer Fortsetzung der Beauftragung. Fraglich ist aber die Übernahme der Verwertung der Abfälle von den Wertstoffhöfen.

Unter Beibehaltung des derzeit hohen Organisationsstandards und der Effizienz der Betriebsabläufe wird eine positive Unternehmensentwicklung prognostiziert.

Die hohen Standards sollen durch die Einführung eines Compiencesystems weiter gefestigt werden.

V. Nachtragsbericht

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes am 13.03.2019 sind keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten. Eine Ausnahme bildet hier die verspätete Bereitstellung des Leistungsverzeichnisses, die im Terminplan nicht so vorgesehen war.

Ein weiterer Punkt ist die Preisentwicklung auf dem Markt. Es wird zunehmend schwieriger Preisbindungen zu erreichen.

Im Jahr 2019 wird die Entsorgungsbranche auf Lösungen im Zusammenhang mit dem geänderten Verpackungsgesetz drängen.

VI. Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt auf Grundlage der bestehenden Verträge die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresüberschuss beträgt Euro 362.542,60 €.

Von dem Jahresüberschuss werden 3% bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von 39.384,80 € an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet und **323.157,80 €** auf neue Rechnung vorgetragen.

Weiterhin schlägt die Geschäftsführung, auf der Grundlage der Vergleichsvereinbarung mit der Wertstoffaufbereitung GmbH Edersleben eine zusätzliche Ausschüttung in Höhe von 100.090,08 € im Jahr 2019 an die Gesellschafter zu gleichen Teilen vor.

Die Ausschüttung setzt sich zusammen aus einem Ertrag in Höhe von 100.000 € Darlehensrückzahlung und einem Zinsertrag in Höhe von 25.000 €. Die Kosten für die Durchsetzung des Vergleiches betragen 24.909,92 €.

VII. Sonstiges

Zweigniederlassungen

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt.

SHS Energiedienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Energiedienst- und -lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.
- (2) Zur Erreichung des Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu errichten, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle, insbesondere für die Wärmeversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Böttcher, Jens

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	6	1	0	0
Umlaufvermögen	45	100	165	100	411	38	-120	-73
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	649	61	0	0

Bilanzsumme	45	100	165	100	1.066	100	-120	-73
--------------------	-----------	------------	------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25	56	25	15	25	2	0	0
Rückstellungen	5	11	12	7	584	55	-7	-58
Verbindlichkeiten	15	33	128	78	457	43	-113	-88

Bilanzsumme	45	100	165	100	1.066	100	-120	-73
--------------------	-----------	------------	------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	96	93	2.926
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	-13
sonstige betriebliche Erträge	0	0	76
Materialaufwand	97	95	2.384
Personalaufwand	8	7	462
Abschreibungen	0	0	2
sonstige betriebliche Aufwendungen	13	14	87
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7	0	4
Ergebnis nach Steuern	-29	-23	50
Erträge aus Verlustübernahmen	29	23	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	0	50
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-30,25	-24,58	1,70	%
Eigenkapitalrentabilität:	-115,57	-91,65	198,82	%
Cash-Flow:	-29	-23	51	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			427	T€
Personalaufwandsquote:	8,30	7,81	15,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,60	%
Eigenkapitalquote:	56,04	15,19	2,34	%
Fremdkapitalquote:	43,96	84,81	97,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Lichtpunkte ¹⁾	0	0	23.217	Stk.

¹⁾ Abspaltung des Teilbetriebs Stadtbeleuchtung und Übertragung auf die EVH GmbH im Jahr 2017

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SHS

1.1. Geschäftsmodell

Die SHS Energiedienste GmbH (SHS) erbringt Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie für die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs und nimmt alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte vor.

Derzeit wird mit der Stadt Halle (Saale) der Aufbau eines neuen Geschäftsfeldes vorbereitet. Dieses hat die Erbringung von Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in deren Alleineigentum stehenden Gesellschaften zum Inhalt. Alleinige Gesellschafterin der SHS ist die Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Eigene Beteiligungen besitzt die SHS nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel ist die Bereitstellung von Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale) und für Gesellschaften, welche in deren Alleineigentum stehen, mit dem Ziel der effizienten Leistungserbringung und der Maßgabe der Ausschöpfung von Potentialen zur Energieeinsparung.

1.3. Steuerung

Der Geschäftsführer der SHS ist Herr Jens Böttcher. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter, sondern bezieht Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Das Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen wird durch zwei Mitarbeiter der EVH GmbH (EVH), welche jeweils hälftig im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für die SHS tätig sind, betreut.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Jahr 2018 kam es zu keinen Änderungen in der Gesellschaft. Geschäftliche Aktivitäten beschränken sich auf die weitere Prüfung der Aufnahme des Geschäftsfeldes Energiedienstleistungen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr: 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Aufgrund der andauernden Prüfung des Aufbaus eines neuen Geschäftsfeldes realisiert die Gesellschaft nur eine geringe Anzahl von Geschäftsvorfällen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2018 kam es zu keinen Einflüssen durch die politische und rechtliche Entwicklung, die das Geschäft der SHS wesentlich beeinflusst haben.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor für den künftigen Geschäftsverlauf wird der Abschluss neuer Verträge zur Erbringung von Energiedienstleistungen sein.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2018 beschäftigte die SHS keine Mitarbeiter. Die Mitarbeiterzahl veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht.

Mit der EVH bestehen Arbeitnehmerüberlassungsverträge für zwei Mitarbeiter, die den Aufbau des neuen strategischen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“ betreuen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SHS erzielte nur geringe Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt T€ 96 (Vorjahr: T€ 93).

Variable Aufwendungen für bezogene Leistungen beliefen sich auf T€ 97 (Vorjahr: T€ 95). Für fixe Aufwendungen (Personal, sonstige betriebliche Aufwendungen) wurden insgesamt T€ 20 (Vorjahr: T€ 21) aufgebracht.

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2018 einen Verlust in Höhe von T€ 29 (Vorjahr Verlust: T€ 23) aus, welcher aufgrund des Gewinnabführungsvertrages durch die SWH ausgeglichen wird.

4.2. Finanzlage

Zum 31. Dezember 2018 ergibt sich ein negativer Finanzmittelbestand in Höhe von T€ -12 (Vorjahr: T€ 139).

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH sichergestellt.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2018 auf T€ 45 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 120 verringert.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden keine Investitionen getätigt (Vorjahr: T€ 0).

4.4. Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2018 ist durch die andauernde Prüfung des Aufbaus eines neuen Geschäftsfeldes gekennzeichnet.

5. Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotentiale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Risiken ergeben sich für die Gesellschaft im Rahmen der Umsetzung des neuen Geschäftsfeldes Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale).

6. Prognosebericht

Die Planung der Gesellschaft umfasst Umsatzerlöse aus dem neuen Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale)“. Diese beinhalten Leistungen des Betriebs, der Wartung, der Erneuerung sowie der Belieferung mit Energie für die Wärmeerzeugungsanlagen der Liegenschaften der Stadt Halle (Saale). Dies betrifft Fernwärmeanlagen, Gasheizkessel sowie Heizölkessel.

Die Gesellschaft geht von einem Start des Geschäftsfeldes im Jahr 2019 aus.

Im Geschäftsjahr 2019 sollen Investitionen in Höhe von ca. T€ 5.800 für das neue Projekt getätigt werden.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt unter Inanspruchnahme der eingeräumten Cash-Pool-Kreditlinie der SWH. Des Weiteren sind eine zusätzliche Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens und eine Kapitaleinlage durch den Gesellschafter vorgesehen.

Die Gesellschaft geht davon aus, für das Jahr 2019 ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung zu erzielen und dieses auch mittelfristig zu halten.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Zum Teich 6
06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Rausch, Werner

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	772	100	648	100	607	100	124	19

Bilanzsumme	772	100	648	100	607	100	124	19
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	26	3	26	4	26	4	0	0
Rückstellungen	8	1	8	1	8	1	0	0
Verbindlichkeiten	738	96	614	95	573	95	124	20

Bilanzsumme	772	100	648	100	607	100	124	19
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.189	3.777	3.749
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	3.991	3.553	3.570
Personalaufwand	7	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	170	194	152
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	21	23	20
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	18	20	17
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,43	0,53	0,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	69,70	77,92	67,78	%
Cash-Flow:	18	20	17	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,17	0,20	0,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	3,31	3,94	4,21	%
Fremdkapitalquote:	96,69	96,06	95,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
behandeltes Mischwasser	15,64	16,95	17,02	Mio. m ³
Klärgas	2,50	2,20	2,28	Mio. m ³
Klärschlamm	17.425,55	18.337,27	17.116,35	t
Stromerzeugung	5,05	4,81	5,02	Mio. kWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
 - 5.1.2. Zielstellung des Risikomanagements und -frühwarnsystems
 - 5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -organisation
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH (TELONON) wurde mit dem Gesellschafterbeschluss vom 18. Dezember 1996 von der OKKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in Grünwald (Landkreis München) in die TELONON Abwasserbehandlung GmbH umbenannt. Der Sitz der Firma wurde nach Halle verlegt. Der Eintrag ins Handelsregister B erfolgte am 10. Juli 1997.

Die TELONON ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Mit der SWH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

1.1.2. Geschäftsfelder

Gegenstand des Unternehmens ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, der Erwerb und die Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Seit dem 30. April 1997 führte die TELONON gemäß Betriebsführungsvertrag für die Kläranlage Halle-Nord GmbH mit Sitz in Grünwald den kaufmännischen und technischen Betrieb der Kläranlage Halle-Nord durch. Für die Erledigung der Aufgaben aus dem Betriebsführungsvertrag hat die Gesellschaft per Geschäftsbesorgungsvertrag das Personal der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) vertraglich gebunden.

Durch den Heimfall der Kläranlage Halle-Nord an die HWS zum 31. Dezember 2018 enden auch der Betriebsführungs- und der Geschäftsbesorgungsvertrag.

1.2. Ziele und Strategien

Die TELONON überwachte für die Kläranlage Halle-Nord GmbH den von der HWS durchgeführten technischen und kaufmännischen Betrieb der Kläranlage auf Ordnungsmäßigkeit. Die Kläranlage Halle-Nord GmbH war Eigentümerin der Kläranlage Halle-Nord bis zum 31. Dezember 2018.

Ziel war es bislang, den kaufmännischen und technischen Betrieb der Abwasserreinigungsanlage wirtschaftlich und effizient zu führen und dafür zu sorgen, dass das hierfür erforderliche Betriebspersonal zur Verfügung steht. Die Aufgaben der TELONON ergaben sich aus dem Betriebsführungsvertrag vom 30. April 1996.

1.3. Steuerung

Die TELONON besitzt außer dem Geschäftsführer kein eigenes Personal.

Auf der Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der HWS kamen bislang deren Organisationsaufbau und Regelungen bezüglich der Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse zum Tragen.

Die TELONON erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der HWS.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Zum 31. Dezember 2018 endet die Betriebsführung der Kläranlage Halle-Nord durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH. Die Gesellschaft ist damit ab 1. Januar 2019 ohne aktives Geschäft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2018 traten für die TELONON Abwasserbehandlung GmbH keine besonderen Ereignisse auf.

Zu größeren Störungen im Betrieb der Kläranlage kam es nicht.

Durch die hohe Auslastung der Kläranlage wurden durch die HWS in den Jahren 2013/2014 Investitionen von 1,2 Mio. EUR für einen zusätzlichen Nacheindicker und einen neuen Schlamm Speicher getätigt.

In den Jahren 2017 und 2018 wurde an der Erweiterung der biologischen Anlage gearbeitet. Die Fertigstellung der Belebung erfolgte im September 2018. Damit wurde die Kläranlage auf 340.000 Einwohnerwerte ausgebaut.

Zurzeit laufen die Planungen für die Erweiterung der Schlammbehandlung.

Im Jahr 2018 wurden auf der Kläranlage Halle-Nord 15,64 Mio. m³ Mischwasser behandelt (2017 = 16,95 Mio. m³). Bezogen auf die Trockenwetterzulaufmenge betrug die durchschnittliche Abwassermenge 39.085 m³/d (2017 = 40.003 m³/d).

Seit Juli 2001 übernimmt die Kläranlage Halle-Nord zusätzlich Deponiesickerwasser aus der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau. Im Jahr 2018 wurden 105.357 m³ Sickerwasser (2017 = 108.166 m³) ordnungsgemäß gereinigt.

Die Ablaufwerte wurden im Jahr 2018 im Allgemeinen stabil eingehalten. Es wurden keine Überwachungswerte der wasserrechtlichen Genehmigung überschritten.

Im Jahr 2018 wurden 57,12 t Rechengut und 308,32 t Sandfangrückstände entsorgt. Gleichzeitig fielen 17.424,55 t Klärschlamm an, die in der Kompostierung verwertet wurden.

Durch das angefallene Klärgas (Gesamtanfall 2,5 Mio. m³) wurden im Jahr 2018 in den Blockheizkraftwerken 5,05 Mio. kWh Strom erzeugt (2017: 4,81 Mio. kWh). Insgesamt wurden im Jahr 2018 51 % des Gesamtstromverbrauches der Kläranlage Halle-Nord selbst erzeugt.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Fäkalien aus dem Umland der Stadt Halle angenommen, verarbeitet und gereinigt. Im Jahr 2018 betrug diese Menge 11.814,55 m³ (2017: 10.281 m³).

Die Betriebsführung wurde für die Kläranlage Halle-Nord GmbH durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH für das Geschäftsjahr 2018 ordnungsgemäß erfüllt.

Für den Anstieg der Betriebskosten in einzelnen Positionen sind im Wesentlichen die gestiegenen Personal- und Chemikalienkosten, Entsorgungskosten für Klärschlamm sowie Instandhaltungs- und Reparaturkosten ursächlich, die auf das Alter der Kläranlage zurückzuführen sind. Durch zahlreiche umgesetzte Einzelmaßnahmen zur Betriebsoptimierung wurden Erfolge erzielt, die im Ergebnis weitere Kostensteigerungen verhindern konnten.

Besondere Vorkommnisse in der Betriebsführung sind im Verlauf des gesamten Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Ansiedlungspolitik und die Zunahme der Bevölkerung in der Stadt Halle wird sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der Kläranlage auswirken.

Durch die Überleitung der südlichen und östlichen Stadtteile von Halle reinigt die Kläranlage ca. 99 % des gesamten anfallenden Abwassers der Stadt Halle.

In den nächsten Jahren wird sich der Anschluss aus Gewerbeansiedlung in Halle und von einigen Gemeinden des Saalekreises noch weiter erhöhen.

Der Abwasseranfall auf der Kläranlage Halle-Nord ist im Vergleich zum Vorjahr leichtgefallen. Das Jahr 2018 war ein ausgesprochenes trockenes Jahr. Der Trend der letzten Jahre zeigt aber ebenfalls einen rückläufigen Abwasseranfall.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die politische und rechtliche Entwicklung hatte im vergangenen Geschäftsjahr keinen Einfluss auf den Betriebsführungsvertrag der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Mitglied der IHK Halle und der Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Durch den Heimfall der Kläranlage an die HWS ist das Geschäftsfeld der TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht mehr vorhanden. Der Betriebsführungsvertrag mit der Kläranlage Halle-Nord GmbH und der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der HWS wurde zum Ende des Jahres 2018 gekündigt.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH hat außer dem Geschäftsführer kein eigenes Personal. Sie bedient sich zur Erfüllung ihrer Betriebsführungsaufgaben des Personals der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Betriebskosten auf der Kläranlage haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entsprechend der allgemeinen Preissteigerung leicht erhöht. Durch die Annahme von Sickerwasser aus der Deponie und Fäkalien aus dem Umland von Halle werden die Einnahmen erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit des Klärwerkes verbessert. Ein Vergleich mit anderen Abwasserreinigungsanlagen dieser Größenordnung zeigt, dass die Kläranlage Halle-Nord wirtschaftlich betrieben wird.

Die TELONON erzielte im Geschäftsjahr 2018 Umsatzerlöse in Höhe von 4.189,4 TEUR. Diese betreffen ausschließlich die Erlöse aus der kaufmännischen und technischen Betriebsführung der TELONON für die Kläranlage Halle-Nord GmbH. Der Anstieg zum Vorjahr um 412,7 TEUR ist durch höhere Aufwendungen für den Betrieb der Kläranlage begründet.

Der variable Aufwand (Materialaufwand abzgl. Fremdpersonal) in Höhe von 2.416,8 TEUR wurde zum Vorjahr um 168,4 TEUR überschritten. Der Materialaufwand (+46,4 TEUR) stieg durch den erhöhten Einsatz von Chemikalien. Die Fremdleistungsaufwendungen erhöhten sich zum Vorjahr um 122,0 TEUR durch notwendige Reparatur- und Wartungsarbeiten auf der Kläranlage.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 175,1 TEUR führte im Vergleich zum Vorjahr die Position „Personalkosten Fremdfirma“ zu gestiegenen Kosten. Diese stehen im Zusammenhang mit den auch in der Position Fremdleistungen benannten notwendigen Reparatur- und Wartungsarbeiten.

Insgesamt hat die TELONON im Jahr 2018 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 17,8 TEUR erreicht. Das sind 6,8 TEUR mehr als geplant und entspricht einer Planübererfüllung von 61,8 %.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt 25.564,59 EUR und wird von der Stadtwerke Halle GmbH gehalten.

4.2.2. Investitionen

Investitionstätigkeiten werden durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht durchgeführt.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der TELONON und der Stadtwerke Halle GmbH eine Cash-Pool-Vereinbarung abgeschlossen, die im September 2018 einmalig in Anspruch genommen wurde. Den Rest des Geschäftsjahres Jahres war ein Liquiditätsüberschuss des Unternehmens gegeben.

Zusätzliche Kreditvereinbarungen gibt es keine.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Telonon hat keine Gesellschafterdarlehen von der SWH aufgenommen.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöht sich zum Vorjahr um 123,9 TEUR auf 772,2 TEUR. Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

4.4. Gesamtaussage

Der TELONON werden die laufenden Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kläranlage Halle-Nord in Höhe der tatsächlich anfallenden Aufwendungen durch die Kläranlage Halle-Nord GmbH erstattet. Das Jahresergebnis unterliegt damit keinem Einfluss durch die der TELONON von der HWS berechneten Kosten aus der technischen Geschäftsbesorgung. Das Jahresergebnis wird ausschließlich durch die Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit der kaufmännischen Betriebsführung beeinflusst, da die kaufmännische Betriebsführung über ein pauschales Entgelt durch die Kläranlage Halle-Nord GmbH abgegolten wird.

Der bestätigte Wirtschaftsplan des Jahres 2018 wurde eingehalten.

Mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Jahresgewinn in Höhe von 17.819,49 EUR wird an die Gesellschafterin abgeführt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

5.1.2. Zielstellung des Risikomanagements und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

5.1.3. Risikomanagement-Prozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2018 wurde das bisher bestehende Risiko aus dem Ausfall der Zahlungen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an die Kläranlage Halle-Nord GmbH und damit der Ausfall der Zahlungen der Kläranlage Halle-Nord GmbH an die TELONON aus dem Betriebsführungsvertrag inaktiv gesetzt.

Mit dem 31. Dezember 2018 endet der Erbbaurechtsvertrag zwischen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Kläranlage Halle-Nord GmbH. Ab 1. Januar 2019 übernimmt die HWS die Kläranlage Halle-Nord in ihre Verantwortung. Damit endet auch die Betriebsführung durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH. Ab dem 1. Januar 2019 hat die Telonon kein aktives Geschäft.

5.3. Gesamtbild

Das Risikomanagementsystem der TELONON benennt für das Jahr 2019 keine den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Über das Jahr 2018 hinaus sind keine Umsatzerlöse geplant.

6.2. Investitionen

Investitionstätigkeiten werden durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht durchgeführt.

6.3. Finanzierung

Über das Jahr 2018 hinaus ist keine Finanzierung geplant.

6.4. Ergebniserwartung

Für das Jahr 2019 sind Sonstige betriebliche Aufwendungen in die Planung eingeordnet. Diese werden als Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von -5,0 TEUR ausgewiesen.

Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 5.468

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	1.000	18,29
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation	1.000	18,29
Stadtwerke Solingen GmbH	500	9,14
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	300	5,49
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	300	5,49
SOLSA Solarenergie Sachsen-Anhalt GmbH	300	5,49
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH	300	5,49
Stadtwerke Sindelfingen GmbH	300	5,49
Trianel GmbH	293	5,35
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	250	4,57
Stadtwerke Gronau Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	240	4,39
Allgäuer Überlandwerk GmbH	200	3,66
Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH	200	3,66
Stadtwerke Lengerich GmbH	200	3,66
Stadtwerke Beverungen GmbH	40	0,73
Stadtwerke Steinheim GmbH	30	0,55
Stadtwerke Bad Driburg GmbH	15	0,27

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und
- die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit dem Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	(vertreten durch Dr. Hakes, Markus)
--------------------------	---	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	158	108	---

Der Geschäftsführer war im Jahr 2016 bei der Trianel GmbH angestellt.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	50	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		100,00
Windpark Twerberg GmbH & Co. KG		51,00
mittelbar	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	25	100,00
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		55,56
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		71,43
Windpark Twerberg Verwaltungs GmbH	13	51,00
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		41,15

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	50.176	96	51.777	93	51.803	92	-1.601	-3
Umlaufvermögen	2.102	4	4.021	7	4.799	8	-1.919	-48

Bilanzsumme

	52.278	100	55.798	100	56.602	100	-3.520	-6
--	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	51.613	99	54.881	98	55.607	98	-3.268	-6
Rückstellungen	192	0	489	1	40	0	-297	-61
Verbindlichkeiten	473	1	428	1	955	2	45	11

Bilanzsumme

	52.278	100	55.798	100	56.602	100	-3.520	-6
--	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Erträge aus Beteiligungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Vorabgewinnausschüttung
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.019	747	1.488
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-171	171	-2.384
sonstige betriebliche Erträge	209	205	1.796
Materialaufwand	338	494	407
Personalaufwand	490	431	0
Abschreibungen	6	10	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	293	305	1.122
Erträge aus Beteiligungen	719	1.680	677
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	490	435
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	94	2	0
Ergebnis nach Steuern	555	2.051	483
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	555	2.051	483
Vorabgewinnausschüttung	0	228	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	555	1.823	483

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	54,45	274,55	32,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,09	3,87	0,88	%
Cash-Flow:	561	2.061	483	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	352	374		T€
Personalaufwandsquote:	46,36	38,34		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,03	0,03	0,00	%
Eigenkapitalquote:	98,73	98,36	98,24	%
Fremdkapitalquote:	1,27	1,64	1,76	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der TOW

1.1 Grundlagen des Unternehmens

Die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG („TOW“ oder „Gesellschaft“) wurde am 9. Juli 2013 gegründet.

Die persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der TOW ist die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH (TOWV) mit Sitz in Aachen. Da die Gesellschaft als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Die Finanzierung ist durch Einlagen der Kommanditisten gesichert. Kommunale und kommunalnahe Energieversorgungsunternehmen sind Kommanditisten der TOW. Insgesamt sind siebzehn Energieversorgungsunternehmen der Gesellschaft als Kommanditisten beigetreten.

Seit dem 1. Januar 2017 ist der Geschäftsführer, Herr Dr. Markus Hakes, bei der TOW angestellt. Darüber hinaus sind 3 weitere Mitarbeiter sowie Aushilfskräfte bei der Gesellschaft angestellt.

1.2 Unternehmensziele, Ziele und Strategien

Unternehmensgegenstand der TOW ist

- a) die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und
- b) die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Ziel der TOW war es, ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland in Tochter-/Beteiligungsgesellschaften mit einer Leistung von bis zu 150 MW aufzubauen. Dieses Ziel wurde im Jahr 2016 erreicht und die Investitionstätigkeit ist somit weitestgehend abgeschlossen.

1.3 Wesentliche Verträge

Die Gesellschafter haben im Rahmen der Gründung der TOW einen Gesellschaftsvertrag und einen Konsortialvertrag geschlossen. Die Bedingungen des Gesellschaftsvertrages regeln insbesondere die gesellschaftsrechtlichen Rechte und Pflichten, die Bedingungen des Konsortialvertrages hingegen regeln die sich im Zusammenhang mit der konkreten Realisierung des Projektvorhabens ergebenden Rechte und Pflichten und haben mit erfolgter Realisierung des Projektes faktisch keine Bedeutung mehr.

Als kaufmännischer Betriebsführer wurde seitens der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG seit dem 1. Januar 2017 die Renewable Service GmbH beauftragt.

Des Weiteren wurde am 17. Januar 2014 mit einem Gesellschafter ein Projektentwicklungsauftrag abgeschlossen. Dieser regelte die Akquisition, Analyse und Entwicklung von Onshore-Projekten. Mit Datum 26. Mai 2014, 16. Dezember 2015 und 8. Dezember 2016 wurde jeweils eine Ergänzungsvereinbarung zu dem Projektentwicklungsauftrag geschlossen. Der Projektentwicklungsauftrag wurde endabgerechnet und ist somit bis auf noch offene an Trianel GmbH zu leistenden Zahlungen vollständig erfüllt.

Im Jahr 2016 wurde ein Kooperationsvertrag mit der Trianel Erneuerbare Energie GmbH & Co. KG (kurz „TEE“) geschlossen. Inhalt dieser Vereinbarung ist die gemeinsame Nutzung von personellen Ressourcen zur Steuerung und Bewirtschaftung des jeweiligen Portfolios ab dem Jahr 2017. Das Personal ist dabei bei der TOW angesiedelt und wird anhand von Stundenaufzeichnungen an TEE verrechnet. Die TEE hat vertraglich eine Mindestabnahme von Leistungen zugesichert, sodass die Kosten für die TOW kalkulierbar und begrenzt sind.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der teilweise neue Richtungen eingeschlagen wurden. So wurden die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht. Ab dem Jahr 2017 ist die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren zu ermitteln. Alle Windparkprojekte von TOW wurden vor dieser Wirksamkeit der EEG Novelle 2016 errichtet und in Betrieb genommen, sodass das sog. Ausschreibungsverfahren für die TOW Projekte nicht mehr in Anwendung kam.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Ertragslage

Da die TOW die von den Gesellschaftern gesteckten Investitionsziele erreicht hat, wurde im Jahr 2018 nicht in den Erwerb weiterer Beteiligungen investiert. Die TOW hat im Geschäftsjahr wesentlich die Beteiligungsgesellschaften an der Erreichung derer jeweils gesetzten Ziele unterstützt. Der Erfolg der Beteiligungsgesellschaften ist dabei jedoch wesentlich durch den Windertrag bestimmt.

Das Geschäftsjahr 2018 zeichnete sich durch einen unterdurchschnittlichen Windertrag aus. Die Windertrags-Prognose (nicht-finanzieller Leistungsindikator) von 261.309 MWh für 2018 wurde mit 218.294 MWh zu 84% erreicht. Die gemittelte technische Verfügbarkeit lag bei 98%.

Zur Steuerung der TOW wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt.

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2018 beträgt TEUR 555 und fällt damit um TEUR 219 niedriger aus als geplant (TEUR 774).

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 war wesentlich geprägt durch die im Vorjahresvergleich verringerten sowie unterplanmäßigen Erträge aus den Beteiligungen in Höhe von TEUR 719 (i. Vj. TEUR 1.680, Plan für 2017 laut Wirtschaftsplan TEUR 894). Des Weiteren wurden Erlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen für Beteiligungen und die Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG erzielt (TEUR 1.019; i. Vj. TEUR 747). Dem standen Materialaufwendungen aus bezogenen Leistungen (TEUR 338; i. Vj. TEUR 494) und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 293 (i. Vj. TEUR 305) gegenüber, die im Wesentlichen eine außerordentliche Aufwendung aus einer Korrektur der sonstigen Vermögensgegenstände sowie Aufwendungen für die Tätigkeiten im Zusammenhang mit bezogenen Dienstleistungen beinhalten. Für die sonstigen betrieblichen Erträge von TEUR 209 waren im Wirtschaftsplan 2018 keine Ansätze vorhanden.

Den Verlauf des Geschäftsjahres 2018 bewerten wir insgesamt als positiv.

2.2.2 Finanzlage

Im Berichtsjahr reichten die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie der Investitionstätigkeit nicht vollständig aus, um den Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit zu decken. Insbesondere den im Berichtsjahr erhaltenen Beteiligungserträgen von TEUR 3.466 standen deutlich höhere Auszahlungen an Gesellschafter von insgesamt TEUR 3.822 gegenüber. Insgesamt verringerte sich der Finanzmittelfonds um TEUR 235 auf TEUR 63.

Die Finanzlage bewerten wir als solide.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2018 stets gegeben. Auch für das Geschäftsjahr 2019 werden keine Einschränkungen erwartet.

2.2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2018 TEUR 52.278 (i. Vj. TEUR 55.798).

Das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 50.176 (i. Vj. TEUR 51.777) betrifft im Wesentlichen die Beteiligungen an den Windpark-Betriebsgesellschaften sowie diverser Verwaltungsgesellschaften. Die Anlagenquote beträgt 96,0 % nach 92,8 % im Vorjahr.

Die Eigenkapitalquote stieg zum 31. Dezember 2018 auf 98,7 %. (i. Vj. 98,4 %).

Zum 31. Dezember 2018 wurden Steuerrückstellungen von TEUR 70 für Gewerbesteuern und sonstige Rückstellungen in Höhe von TEUR 122 (i. Vj. TEUR 487) passiviert. Im Berichtsjahr betreffen die sonstigen Rückstellungen Abschlusskosten (TEUR 15) sowie aufgrund der Umsetzung des Eigenpersonalkonzepts personalbezogene Rückstellungen (TEUR 107).

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Die Vermögenslage zum 31. Dezember 2018 bewerten wir als solide.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Das Ziel der TOW war der Aufbau eines Onshore Windparkportfolios von bis zu 150 MW. Dieses Ziel wurde bereits im Geschäftsjahr 2016 erreicht.

Im Jahr 2019 wird von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.073 ausgegangen. Mit weiterhin positiven Jahresergebnissen wird für die Geschäftsjahre 2020 bis 2023 geplant, da das Windparkportfolio schrittweise aus den operativen Betriebsergebnissen Gewinnausschüttungen an die TOW auskehren wird.

Die langfristige Steuerung der TOW wird anhand der Eigenkapitalrendite des eingesetzten Kapitals der Gesellschafter durchgeführt. Die Prognose bei einer 20-jährigen Betrachtung der Eigenkapitalentwicklung und der zukünftigen Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter liegt bei ca. 7 %.

Sollten sich die der Planung zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere die Höhe der zukünftigen Winderträge, als unrichtig erweisen, können die tatsächlichen Ergebnisse naturgemäß von den erwarteten Ergebnissen abweichen.

3.2 Chancen und Risiken

Chancen und Risiken ergeben sich aus der Holdingfunktion der Gesellschaft und stehen damit in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, an denen die TOW beteiligt ist und aus denen Beteiligungserträge erwartet werden. Die Chancen und Risiken dieser Gesellschaften ergeben sich im Wesentlichen aus den tatsächlich durch Wind produzierten Strommengen. Die Einspeisevergütungen für die regenerativ erzeugten Strommengen sind im EEG festgeschrieben und stellen daher eine verlässliche Plangröße dar. Zusätzliche Ertragschancen ergeben sich aus der Direktvermarktung und dem Repowering.

3.3 Risikomanagementsystem

Das Risikomanagement erfolgt durch die Geschäftsführung. Grundlage der Risikobeurteilung sind die Berichte der kaufmännischen und technischen Betriebsführer sowie die Statusberichte der Projektentwicklung bis zur Inbetriebnahme der Windkraftanlagen. Dazu ist sowohl eine planmäßige als auch eine Ad-hoc Berichterstattung gewährleistet.

4. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist:

- a) die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbarer Energien und
- b) die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbarer Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung folgenden, öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Hakes, Markus

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum von der Gesellschaft keine Vergütung.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	54	100	93	100	63	100	-39	-42

Bilanzsumme	54	100	93	100	63	100	-39	-42
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	49	91	45	49	41	65	4	9
Rückstellungen	2	4	1	1	6	10	1	100
Verbindlichkeiten	3	5	47	50	16	25	-44	-94

Bilanzsumme	54	100	93	100	63	100	-39	-42
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0	82
sonstige betriebliche Erträge	9	10	0
Materialaufwand	0	0	68
sonstige betriebliche Aufwendungen	4	5	9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	1	1
Ergebnis nach Steuern	4	4	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	4	4

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:			5,12	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,20	10,70	11,46	%
Cash-Flow:	4	4	4	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	91,51	48,56	65,18	%
Fremdkapitalquote:	8,49	51,44	34,82	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) mit Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

2. Gesellschafterstruktur und Eigenkapital

Die Gesellschaft ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit einem Stammkapital von EUR 25.000,00. Die Gesellschaften Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG und Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH sind als sog. „Einheits-KG“ strukturiert.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Solange die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH ausschließlich für die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG tätig ist, werden ihr von dieser sämtliche marktangemessenen Ausgaben und Aufwendungen für die Geschäftsführung erstattet, sofern diese entstehen. Darüber hinaus erhält die Gesellschaft von der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG eine feste jährliche Vergütung in Höhe von EUR 5.000,00.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum kein eigenes Personal und es ist auch nicht geplant, eigenes Personal einzustellen. Der Geschäftsführer wird von der TOW gestellt.

Zur Steuerung der Gesellschaft wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt. Dieses entwickelte sich von EUR 4.380,00 im Vorjahr auf EUR 4.170,28 im Berichtsjahr.

Das Eigenkapital zum 31. Dezember 2018 betrug EUR 49.495,13 (i. Vj. EUR 45.324,85). Über die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG sind kommunale und kommunalnahe Energieversorgungsunternehmen aus Deutschland mittelbar an der Gesellschaft beteiligt. Die Finanzlage wird damit als solide bewertet.

Die flüssigen Mittel betragen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 EUR 40.916,75 (i. Vj. EUR 73.793,40). Liquiditätsprobleme bestanden nicht. Auch für das laufende Geschäftsjahr 2019 werden keine Einschränkungen erwartet. Investitionsverpflichtungen sind in 2019 nicht ersichtlich.

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen haben sich nicht wesentlich verändert.

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft wird insgesamt als positiv bewertet.

4. Zukünftige Entwicklung sowie wesentliche Chancen und Risiken des Unternehmens

Die Gesellschaft ist ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG tätig; das sich hieraus ergebende Geschäftsrisiko wird daher als gering eingeschätzt. Risiken, deren Eintritt den Bestand des Unternehmens voraussichtlich gefährden würde, sind derzeit nicht erkennbar.

Im Folgejahr 2019 wird ein ähnliches Jahresergebnis (finanzieller Leistungsindikator) wie im Berichtsjahr erwartet.

Wesentliche Änderungen der Vermögens- und Finanzlage werden für die zukünftigen Geschäftsjahre nicht erwartet.

Das Risikomanagement erfolgt durch die Geschäftsführung. Grundlage der Risikobeurteilung sind die Berichte der kaufmännischen und technischen Betriebsführer der Betriebs-Kommanditgesellschaften.

5. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG, deren gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand

- a) die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und
- b) die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen,

ist. Die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass der Geschäftsführer durch die Geschäftsführung der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird

WER-Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jänicke, Burkhardt

Handlungsbevollmächtigter: Günther, Peter

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0	2	0	5	1	-2	-100
509	100	513	100	516	99	-4	-1
1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme

510	100	516	100	522	100	-6	-1
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
471	92	468	91	466	89	3	1
29	6	29	5	42	8	0	0
10	2	19	4	14	3	-9	-47

Bilanzsumme

510	100	516	100	522	100	-6	-1
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

2018	2017	2016
T€	T€	T€
142	148	191
17	30	18
104	108	87
21	22	22
2	4	4
29	31	64
0	0	0
0	12	7
3	1	25
0	0	0
3	1	25

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,05	1,01	12,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,62	0,32	5,55	%
Cash-Flow:	4	5	29	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	80	89	104	T€
Personalaufwandsquote:	13,48	12,21	10,29	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,01	0,32	1,03	%
Eigenkapitalquote:	92,22	90,63	89,23	%
Fremdkapitalquote:	7,78	9,37	10,77	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.592,18	3.750,79	3.631,80	Mg

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die WER Halle GmbH ist ein Entsorgungs- und Dienstleistungsunternehmen, welches sich auf die Erfassung von gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas spezialisiert hat. Die Gesellschaft ergänzt das Portfolio der Sparte Wasser und Entsorgung der Konzerngruppe der Stadtwerke Halle (SWH-Gruppe). Unter der Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, welche zugleich mit 60 Prozent Mehrheitsgesellschafter ist, erbringt die Gesellschaft einen bedeutenden Anteil bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen und rundet damit die Daseinsvorsorge im Bereich Entsorgung in der Stadt Halle (Saale) ab. Als zweiter Gesellschafter der WER Halle GmbH ist die Fehr Umwelt Ost GmbH mit 40 Prozent der Anteile an der Gesellschaft beteiligt.

Die WER Halle GmbH hält selbst keine Unternehmensbeteiligungen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Kerngeschäft der WER Halle GmbH ist die Erfassung der gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale). Für die Erfassung der Glasmengen ist eine gut ausgebaute Infrastruktur mit Depotcontainern auf öffentlichen Standplätzen vorhanden.

1.2. Ziele und Strategien

Die vornehmliche Ausrichtung des unternehmerischen Handelns der WER Halle GmbH besteht in der Sicherung der Qualität der Entsorgungsleistung im Gebiet der Stadt Halle (Saale). Weiter ist eine permanente Überprüfung der Prozesse und der eingesetzten Kapazitäten die Voraussetzung für die Hebung von Synergie- und Effizienzpotenzialen. Ziel ist dabei die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Reduzierung des Aufwandes, zum effektiven Ressourceneinsatz und zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen.

1.3. Steuerung

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Mit dem Vergleich zwischen der detaillierten Planung des Geschäftsjahres und den erreichten Ist-Werten analysiert die Geschäftsführung die Wirtschaftlichkeit der Prozesse und greift bei erkennbaren Abweichungen umgehend ein.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In ihrer Struktur und mit den Gesellschaftern setzt die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr auf Konstanz und weist keine Veränderungen auf.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozent. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 Prozent.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 Prozent im Vorjahr auf 5,2 Prozent im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 Prozent (Vorjahr 8,4 Prozent) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Frühjahr 2016 wurde von den dualen Systemen die Sammelleistung von Verkaufsverpackungen aus Glas für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2019 ausgeschrieben. In diesem marktwirtschaftlichen Wettbewerb konnte sich die WER Halle GmbH nicht als Bestbieter für den Auftrag durchsetzen. Die Gesellschaft hat diesen Umstand frühzeitig antizipiert und sich mit den potenziellen Marktteilnehmern in Verbindung gesetzt. Mit dem Bestbieter konnte ein Subauftragnehmerverhältnis ausgehandelt werden, welches die Sammelleistung und die Vermietung des Behältersystems für den Vertragszeitraum regelt. Damit kann die Gesellschaft ihre Leistungen weiterhin in der Stadt Halle (Saale) erbringen.

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im ersten Quartal 2018 erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 15. Februar 2018 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland gestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testiert das Prüfungsunternehmen der Gesellschaft einen hohen Qualitätsstandard und sieht die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gesichert an.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die aktuellen Entwicklungen im Bereich des Verkaufsverpackungsmarktes bzw. der dualen Systeme konkretisieren sich auf die Übernahme und den Markteintritt von dualen Systemen durch Entsorgungskonzerne. So hat der Entsorgungskonzern REMONDIS das größte duale System – die Duales System Deutschland GmbH – gekauft, vorbehaltlich der Prüfung des Kartellamtes. Andererseits bringt die Tönsmeier-Gruppe nach ihrer Umfirmierung in die PreZero-Gruppe ein eigenes duales System mit gleichem Namen an dem Markt. Damit steigt nicht nur die Gefahr der Bevorteilung entsprechender Unternehmensorganisationen, wenn ein duales System mit einem vertikal integrierten Entsorgungsunternehmen den Marktauftritt sucht, sondern damit einhergehend eine Konzentration der Leistungsvergabe auf wenige große Entsorgungsunternehmen. Bereits heute hält die REMONDIS-Gruppe den größten Anteil an Glaserfassungsverträgen. Der Druck auf kleinere und kommunale Entsorgungsunternehmen, welche sich bisher bei Leistungsvergabe behaupten konnten, wird damit steigen.

Andererseits war das Geschäftsjahr 2018 von der Insolvenz des Systembetreibers ELS (Europäische Lizenzierungs Systeme GmbH) und dessen Auswirkungen gekennzeichnet. Die Insolvenz offenbarte erneut die Schwächen der bisher praktizierten Verantwortung und Regelung der Verpackungsentsorgung. Im Ergebnis resultiert für die leistungserbringenden Unternehmen ein Ausbleiben von Zahlungen auf werthaltige Forderungen. Diese Unsicherheit, die gestiegenen Investitions- und Gesamtkosten sowie die Verfügbarkeit von Fahrpersonal führten, bezogen auf alle ausgeschriebenene Verträge für die Erfassung von Leichtverpackungen und Glas, zu einem Preisanstieg in der Ausschreibungsrunde 2018 um durchschnittlich 13,0 Prozent.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Bundestag hat am 30. März 2017 das Verpackungsgesetz (VerpackG) beschlossen. Mit dem Jahresbeginn 2019 wird dieses Gesetz in Kraft treten. Der größte Handlungsbedarf nach dem Verpackungsgesetz wird bei der Fraktion Papier/Pappe/Kartonagen gesehen. Für die Fraktionen Glas und Leichtverpackungen werden die Änderungen für die Stadt Halle (Saale) unbedeutend sein. Speziell für Verpackungen aus Glas sieht die WER Halle GmbH den Handlungsbedarf in der Möglichkeit bzw. Zulässigkeit zur Einführung von Unterfluranlagen. Generell wird es künftig nur noch eine Abstimmungsvereinbarung für die drei Fraktionen des dualen Systems geben. Hierbei handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, welcher zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem zugelosten Verhandlungsführer, der seitens der Systembetreiber bestimmt wird, verhandelt wird. Für die Stadt Halle (Saale) ist dies die Duales System Deutschland GmbH. In Bezug auf die Rechtsicherheit verfolgt die Gesellschaft die Bestrebungen des Interessenverbandes kommunaler Unternehmen (VKU), welcher eine Musterabstimmungsvereinbarung mit den Systembetreibern herbeiführen wollte. Diese Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen, sodass der VKU und Deutsche Städtetag nur eine Orientierungshilfe zur Verfügung stellen konnten und die endgültige Ausgestaltung in der Verhandlung zwischen dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und dem Verhandlungsführer der dualen Systeme erfolgen muss.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind die ca. 1.359 Depotcontainer, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instandsetzen.

Die erfasste Glasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2018 ist mit einer Sammelleistung von 3.592 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 3.750 Mg um 4,2 Prozent gesunken. Dennoch kann dieser Wert als Bestätigung der Erfassungstonnage um ein weiteres Jahr angesehen werden. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) bildet die Basis für die Sammelmenge des Jahres 2018. Da der Subunternehmervertrag an die Mengenentwicklung gekoppelt ist, muss eine reduzierende Wirkung auf die Umsatzerlöse gegenüber der Planung festgestellt werden.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um somit eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Sammelstellen umfasste zum Jahresende 2018 im Stadtgebiet 322 öffentliche Standplätze und 145 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 des Verpackungsgesetzes und Anfallstellen des Freizeitbereiches. Die leichte Veränderung um vier Sammelstellen gegenüber dem Vorjahr ist auf einen permanenten Wandel von Standplätzen zurückzuführen, indem die WER Halle GmbH die infrastrukturelle Attraktivität und die Akzeptanz in der Stadt Halle (Saale) unterstützt. Zudem wurden einige Standplätze umgebaut oder verlegt beziehungsweise neu errichtet, was gleichfalls die Anpassung der Entsorgungsabläufe erfordert.

3.5. Forschung und Entwicklung

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der SWH-Gruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die Teilnahme am Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz und das Wirken in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2018 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten und ist somit gegenüber dem Vorjahreswert unverändert. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Parallel zur gesunkenen Sammelleistung fallen die Umsätze im abgelaufenen Geschäftsjahr geringer aus, da die vertraglichen Regelungen im Subauftragnehmervertrag für die Sammelleistung nahezu direkt mit der Sammelleistung korrespondieren.

Insgesamt wurden im Jahr 2018 Umsatzerlöse von T€ 142 erwirtschaftet, welche gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang darstellen. Im Vergleich zum Vorjahr gingen ebenfalls die übrigen betrieblichen Erträge von T€ 30 im Jahr 2017 auf T€ 17 im Jahr 2018 zurück. Einen wesentlichen Einfluss auf diese Erträge hat dabei die Auflösung einer Rückstellung.

Mit der Entwicklung der Sammelmenge an gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale) ist folglich der Rückgang des Aufwandes für die bezogenen Leistungen um T€ 4 festzustellen.

Der Personalaufwand von T€ 21, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von T€ 29 und die Abschreibungen von T€ 2 umfassen im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Eine wesentliche Kostenposition stellen dabei die Aufwendungen für Buchführungs-, Abschluss- und Prüfungsleistungen dar. Mit dem nahezu unveränderten Personalaufwand setzt die Gesellschaft ihr Agieren mit knappen Personalkapazitäten fort.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2017	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	147,8	142,0	-5,8	-3,9
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	30,0	17,0	-13,0	-43,3
Materialaufwand	107,6	103,7	-3,9	-3,6
Personalaufwand	21,7	21,4	-0,3	-1,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	30,9	28,7	-2,2	-7,1
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBITDA¹⁾	17,6	5,2	-12,4	-70,5
Abschreibungen	3,8	1,6	-2,2	-57,9
EBIT²⁾	13,8	3,6	-10,2	-73,9
Zinsergebnis	0,0	-0,4	-0,4	N/A
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13,8	3,2	-10,6	-76,8
Ertragsteuern	12,3	0,2	-12,1	-98,4
Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand aus Gewinnabführung	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	1,5	3,0	1,5	100,0

¹⁾ Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
(Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

²⁾ Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und vom Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis von T€ 3. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung, auf der Grundlage von schwierigen Rahmenbedingungen seine Wirtschaftskraft unter Beweis. Insbesondere konnte das geplante minimale Ergebnis in der relativen Analyse weit übertroffen werden. Da die Gesellschaft keinem Ergebnisabführungsvertrag unterliegt, ergeben sich keine resultierenden Verpflichtungen aus der Verlustübernahme oder der Gewinnabführung.

4.2. Finanzlage

Aufgrund der anhaltend niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt kann die Gesellschaft keine Erträge aus ihrer guten Liquiditätsausstattung schöpfen.

Die WER Halle GmbH verfügt über einen, im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung bei der SWH-Gruppe angelegten, ausreichenden Bestand an Eigenmitteln, sodass sie zum Bilanzstichtag und zu keinem Zeitpunkt im unterjährigen Verlauf für den Geschäftsbetrieb auf die eingerichtete Kontokorrentkreditlinie zurückgreifen muss.

Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sowie die Zahlungsverpflichtungen für Rückstellungen sind durch den Bestand an liquiden Mitteln gesichert.

4.2.1. Kapitalstruktur

Zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist keine Kreditaufnahme notwendig. Darüber hinaus kann die Gesellschaft über eine hervorragende Eigenkapitalquote berichten.

Nettoschulden	2017	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
Liquide Mittel	473,2	480,1	6,9	1,5
Nettoschulden	-473,2	-480,1	-6,9	-1,5
EBITDA	17,6	5,2	-12,4	-70,5
Nettoschulden/EBITDA	-26,9	-92,3	-65,4	-243,1

Die Vermögensstruktur der WER Halle GmbH hat sich im Vergleich zum Vorjahr etwas zum Positiven verändert. Das langfristig gebundene Vermögen, vor allem in Form von Anlagevermögen, ist nur von untergeordneter Bedeutung. Stärker ins Gewicht fallen die Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Einlagen im Cash Pool der SWH-Gruppe.

Den Vermögensgegenständen gegenüber steht insbesondere das Eigenkapital, welches sich lediglich durch den Jahresüberschuss verändert. Die Eigenkapitalquote liegt mit 92,2 Prozent über dem Vorjahreswert von 90,6 Prozent.

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2018 waren keine Ersatzinvestitionen notwendig, sodass die WER Halle GmbH mit den vorhandenen Kapazitäten ihre Leistung erbringen konnte. Zwar waren geringe Beträge für das Behältersystem geplant, diese wurden aber bis zum Jahresende nicht benötigt.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Jahresverlauf gesichert.

Liquiditätsentwicklung	2017	2018
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	23,6	6,9
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0,0	0,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,0	0,0
Zahlungswirksame Veränderungen	23,6	6,9
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	449,6	473,2
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	473,2	480,1

Die freien Eigenmittel sind über den Cash Pool der SWH-Gruppe zur Verfügung gestellt. Das Netto-Geldbeziehungswise Netto-Umlaufvermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag T€ 480 und ist als Forderung gegen verbundene Unternehmen in der Bilanz ausgewiesen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über eine Konsortialfinanzierung durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Von der WER Halle GmbH wurden bis zum Bilanzstichtag keine Finanzierungsmittel abgerufen.

4.3. Vermögenslage

Von T€ 516 zum Vorjahresstichtag sinkt die Bilanzsumme um T€ 6 auf T€ 510 zum 31. Dezember 2018. Ohne Investitionen im abgelaufenen Geschäftsjahr ist ein Rückgang des Anlagevermögens um T€ 2 zu erkennen. Nachfolgend ist die Veränderung von Anlagevermögen und Umlaufvermögen in Bezug auf die Bilanzsumme dargestellt.

Anteil an Bilanzsumme	2017	2018	Veränderung
	%	%	
Anlagevermögen	0,3	0,0	-100,0
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	99,7	100,0	0,3

Die Vermögensstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr in ihren absoluten Werten nur marginal verändert. Weiter ist auf der Aktivseite der Bilanz die Steigerung der Forderungen aus Cash Pool-Guthaben um T€ 7 im Umlaufvermögen ausgewiesen. Auf der Passivseite steigert der diesjährige Jahresüberschuss das Eigenkapital um T€ 3. Dagegen ist der Bestand an Rückstellungen mit T€ 30 gegenüber dem Bilanzstichtag 2017 nahezu auf dem Vorjahresniveau.

4.4. Gesamtaussage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr galt es für die WER Halle GmbH vornehmlich, den Leistungsauftrag für die Sammlung von Verkaufsverpackungen aus Glas vertragskonform fortzuführen. Gleichzeitig war die Gesellschaft bestrebt, die Kundenzufriedenheit auf einem gleichbleibend hohen Niveau zu realisieren. Der erweiterte Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind, sollte im Jahresvergleich keine erkennbaren Änderungen erfahren. Diese gesteckten Ziele konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr erfüllen und schließt deshalb ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2018 ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2018 wurden bei der WER Halle GmbH insgesamt fünf Risiken ermittelt (Vorjahr: fünf). Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen.

Das bei der WER Halle GmbH implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz in allen Unternehmensbereichen. Durch die Geschäftsführung wird die Einhaltung der im Risikohandbuch angeführten Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung kontinuierlich überwacht.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit dem zunehmenden Druck auf den Marktpreis für den Leistungsauftrag, den Mehrkosten bei der Schalldämmung der Depotcontainer, dem Ausfall beziehungsweise der Systemsicherheit der IT-Rechentechnik sowie Schäden durch Brand und Vandalismus an den Einrichtungen der Gesellschaft jedoch besonders unter Beobachtung.

Chancen ergeben sich insbesondere bei der Erweiterung der Geschäftstätigkeit über das Stadtgebiet Halle (Saale) hinaus, wenn diese im dreijährigen Rhythmus marktwirtschaftlich vergeben werden.

5.3. Gesamtbild

Die Rahmenbedingungen für die WER Halle GmbH haben sich nach der Einschätzung der Geschäftsführung in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Der Verlust der Direktbeauftragung des Sammelauftrages 2017 bis 2019 spiegelt den hart umkämpften Markt bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen wider. Um gegenüber den zumeist privatwirtschaftlich organisierten Konkurrenten bestehen zu können, ist eine intensive und detaillierte Betrachtung der Marktentwicklung notwendig. Nur mit einer frühzeitigen Auseinandersetzung kann der Leistungsauftrag 2020 bis 2022 in der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2019 zurückgewonnen werden. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich durch ein regionales Wachstum entwickeln zu können und um Synergiepotenziale in der gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu erschließen.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der WER Halle GmbH für die Planjahre 2019 – 2023 besteht darin, das Umsatzniveau sukzessive zu steigern. Dazu geht die Gesellschaft bei einer sich gering entwickelnden Einwohnerzahl von leicht steigenden Sammelmengen aufgrund des bewussteren Andienungsverhaltens durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) aus. Für die Folgejahre beabsichtigt die Gesellschaft die vertragskonforme Leistungserbringung in der Stadt Halle (Saale) mit einem wirtschaftlichen Erfolg.

6.2. Investitionen

Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes plant die WER Halle GmbH notwendige Ersatzinvestitionen in Höhe von € 3 im Jahr 2019.

6.3. Finanzierung

Diese geplanten Investitionen sollen aus der eigenen Wirtschaftskraft des Unternehmens finanziert werden und zu keinen Fremdfinanzierungen führen.

6.4. Ergebniserwartung

Die Gesellschaft beabsichtigt ihre Position als Dienstleistungsunternehmen für die Erfassung von Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) nicht nur im Status Quo beizubehalten, sondern nachhaltig auszubauen und zu sichern. Eine Weiterführung der Geschäftstätigkeit hat sich die Gesellschaft mit dem Subauftrag bis zum 31. Dezember 2019 gesichert. Über diesen Zeitraum hinaus wird eine Ausschreibung der Leistung im Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2019 entscheiden. Hierbei plant die WER Halle GmbH die erfolgreiche Bewerbung um den Direktauftrag mit dem dualen System. Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird aufgrund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen und ist mit der Optimierung der bestehenden Standplätze beziehungsweise deren Entsorgung beschäftigt. Damit soll die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) gefestigt oder gar gesteigert werden.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 23. November 2018 dem Wirtschaftsplan 2019 und der Vorschau 2020 bis 2023 zugestimmt. Für das Geschäftsjahr 2019 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von T€ 2, welches für das Jahr 2020 mit der erfolgreichen Direktbeauftragung merklich gesteigert werden soll. Überzeugt leitet die Gesellschaft nach dem Zwischenschritt der Subbeauftragung ihre strategische Ausrichtung aus der Rückgewinnung der Leistungsaufträge gegenüber den dualen Systemen ab und verbindet damit eine positive Entwicklung des Ergebnisses.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Liebenauer Straße 130 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kloß, Romy Kuschnik, Jens
--------------------------	------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	221	20	232	27	227	21	-11	-5
Umlaufvermögen	892	80	620	73	844	78	272	44
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	5	1	-1	-100

Bilanzsumme

1.113	100	853	100	1.076	100	260	30
--------------	------------	------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	225	20	225	26	225	21	0	0
Rückstellungen	219	20	225	26	297	28	-6	-3
Verbindlichkeiten	669	60	403	48	554	51	266	66

Bilanzsumme

1.113	100	853	100	1.076	100	260	30
--------------	------------	------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.441	3.897	3.574
sonstige betriebliche Erträge	46	43	56
Materialaufwand	1.524	1.277	1.038
Personalaufwand	2.134	1.944	1.843
Abschreibungen	83	73	71
sonstige betriebliche Aufwendungen	376	399	354
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	1	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	368	246	320
sonstige Steuern	8	6	6
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	360	240	314
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,11	6,15	8,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	160,31	106,63	139,68	%
Cash-Flow:	443	313	385	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86	80	76	T€
Personalaufwandsquote:	47,57	49,35	50,79	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	19,74	27,23	21,08	%
Eigenkapitalquote:	20,19	26,34	20,87	%
Fremdkapitalquote:	79,81	73,66	79,13	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	1.263,00	1.556,00	1.510,00	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	11.400,00	12.153,00	12.327,00	Anzahl
operativer Zählerwechsel	796,00	620,00	640,00	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	5.209,00	2.630,00	4.290,00	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

1.1.2. Geschäftsfelder

1.2. Ziele und Strategien

1.3. Steuerung

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

2.2. Arbeitsmarkt

2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.2. Marktbezogene Entwicklung

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

3.5. Forschung und Entwicklung

3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

4.2.2. Investitionen

4.2.3. Liquidität

4.3. Vermögenslage

4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

5.2. Chancen und Risiken

5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

6.2. Investitionen

6.3. Finanzierung

6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet und ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur haustechnischer Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Unternehmen gliedert sich in die Geschäftsfelder (Sparten):

- Wasser (Bewirtschaftung der Wasserzähler und Standrohre; Angebot Dienstleistungen Prüfstelle; Reparatur von Trinkwasserleitungen)
- Sammelkanal (Bewirtschaftung/Wartung/Instandhaltung der Kollektoren bzw. Sammelkanäle der Stadt Halle/ Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen)
- Fernwärme/Gas (Betriebsführung/Wartung/Instandhaltung/Contracting von Fernwärme- und Gasanlagen)
- Hausanschlüsse/Tief- und Rohrleitungsbau (Errichtung von Trinkwasserversorgungsleitungen/ Trinkwasserhausanschlüssen/Erbringung von Tiefbau- und Reparaturleistungen im Trink- und Abwasserbereich)

Entsprechend § 128 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt betätigt sich die W+H als kommunales Unternehmen grundsätzlich auf dem gemeindlichen Gebiet der Stadt Halle bzw. dem Versorgungsgebiet der HWS.

1.2. Ziele und Strategien

Die W+H wird auch zukünftig als Dienstleistungsunternehmen innerhalb der Stadtwerkegruppe sowie auf dem freien Markt tätig sein und sich mit einer hohen Flexibilität an die gegebenen Erfordernisse anpassen und sich neuen Herausforderungen stellen. Perspektivisch sollen vorrangig Dienstleistungen für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbracht werden. Dafür werden neue interne Geschäftsfelder erschlossen sowie die Entwicklungen und Innovationen des Marktes genutzt. Grundlage dafür ist der Erhalt und weitere Ausbau der Inhouse - Fähigkeit des Unternehmens.

Die Erhöhung von Umsatz und Ertrag sind jedoch nur zu gewährleisten, wenn die Marktfähigkeit der W+H weiter erhalten bleibt, personelle Entwicklungsmaßnahmen umgesetzt werden und die Ausrichtung auf kundenorientierte Serviceprozesse weiter verbessert wird. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet wird die Erweiterung des Leistungsspektrums auf dem Gebiet des spartenübergreifenden Zählermanagements, im Tiefbau-, Sanierungs- und Reparaturbereich sowie bei internen Energiedienstleistungen.

1.3. Steuerung

Die Steuerung des Unternehmens ist durch die bestehende Organisationsstruktur gesichert. Neben der Geschäftsführung erfolgt die direkte Steuerung durch den Betriebsleiter bzw. die Teamleiter der unter Pkt. 1.1.2. genannten Geschäftsfelder bzw. Sparten.

Die W+H erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service der HWS GmbH.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Jahresverlauf haben sich keine Veränderungen in der Gesellschaft ergeben.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Auftragsituation gestaltete sich seit Beginn des Jahres 2018 positiv. Durch zusätzliche Installations- und Sanierungsaufträge (u.a. Sanierung der Sanitärinstallation im Verwaltungsgebäude Bornknechtstraße, Betonsanierungsarbeiten im Sammelkanal) konnten bereits zu Jahresbeginn die geplanten Umsatzerlöse erreicht werden.

Die Umsatzerlöse für die Sparte Haustechnik konnten ebenfalls erreicht bzw. übererfüllt werden. Das zeigt sich vor allem bei den Erlösen zum Bau der Hausanschluss- und Übergabestationen.

In der Sparte Hausanschlüsse / Tiefbau war seit Anfang des Jahres eine sehr gute Auftragslage zu verzeichnen. Durch die HWS wurden, neben der Errichtung von Hausanschlüssen, auch Auswechslungen von verschiedenen Trinkwasserversorgungsleitungen im Stadtgebiet beauftragt. Durch die Aktualisierung von langjährigen Rahmenverträgen seitens der HWS konnten hier ebenfalls die Umsatzerlöse gesteigert werden. Weiterhin konnte die W+H durch die Auswechslung von Schachtabdeckungen für das Kanalnetz der Stadt Halle sowie die Sanierung von Abwasserschächten zusätzliche Umsatzerlöse generieren.

Durch zusätzliche Auftragseingänge, konnten im Berichtszeitraum außerplanmäßige Umsatzerlöse generiert werden. Dabei handelt es sich u.a. um die Umsetzung von Bau- und Sanierungsleistungen innerhalb der SWH -Gruppe sowie die Übernahme zusätzlicher Leistungen im Sammelkanal und im Rahmen des Wasserzählermanagements (hier z.B. der Einbau von 1.300 Funkzählern). Im Rahmen eines weiteren neuen Geschäftsfeldes wurden im Auftrag der EVH ab Juli 2018 erstmalig auch ca. 1.700 Stromzähler durch die W+H gewechselt.

Die für das Gesamtunternehmen geplanten Umsatzerlöse konnten somit erreicht bzw. übererfüllt werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Ansiedlungspolitik und die Zunahme der Bevölkerung in der Stadt Halle hat sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der W+H ausgewirkt.

Durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen insbesondere für verbundene Unternehmen konnte das Unternehmen weiterentwickelt werden.

Bedingt durch die am Markt immer knapper werdenden Kapazitäten u.a. im Tief- und Rohrleitungsbau wurde ein weiterer Ausbau dieser Leistungen in der W+H vorgenommen. So wurde mit der Beauftragung von Sanierungsleistungen für den Abwasserbereich der HWS ein weiteres Geschäftsfeld in der W+H aufgebaut.

(Ein Kurzbericht der Geschäftstätigkeit 2018 mit Mehrjahresvergleich ist in der Anlage dargestellt).

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die politische und rechtliche Entwicklung hat nach derzeitigen Erkenntnissen keinen Einfluss auf die Geschäftsfelder der W+H.

Die W+H ist Mitglied der IHK Halle-Dessau, der Handwerkskammer Halle, der Energiegemeinschaft Halle/Saale e.V. und seit 01.01.2016 in der Berufsgenossenschaft der Unfallkasse Sachsen-Anhalt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Eine wesentliche Grundlage für die Stabilität der W+H ist der bis zum 31.12.2018 verlängerte Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H über die komplette Wasserzählerbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS. Mit Datum vom 03.12.2015 wurde der bestehende Rahmenvertrag dahingehend ergänzt, dass die Bewirtschaftung der privaten Garten- und Brauchwasserzähler zum 01.01.2016 in den Rahmenvertrag aufgenommen wurde.

Für die Bewirtschaftung der Sammelkanäle wurde mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 01.01.2015 eine neue Vereinbarung mit einem erweiterten Leistungsumfang und einer Erhöhung der Leistungspauschale für den Zeitraum vom 01.01.18 - 31.12.20 abgeschlossen.

Der Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H zur Verlegung von Trinkwasserhausanschlüssen bzw. zur Beseitigung von Störungen an Trinkwasserleitungen im Trinkwasserversorgungsnetz der HWS wurde für den Zeitraum vom 01.07.2017 - 31.12.19 neu abgeschlossen.

Durch die flexible Einsatzfähigkeit der Mitarbeiter konnten in 2018 die Tätigkeiten in der Abwassersparte weiter ausgebaut werden. Zukünftige Erweiterungen des Tätigkeitsfeldes sind geplant.

Im Jahr 2018 wurde die W+H mittels Rahmenvertrag (Laufzeit bis 31.12.2019) von der EVH mit dem Wechsel von Stromzählern beauftragt. Auch dieses Geschäftsfeld wurde neu erschlossen und soll zukünftig ausgebaut werden.

Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist die besonders hervorzuhebende Motivation der Belegschaft. Diese spiegelt sich in einer hohen Leistungsbereitschaft und Flexibilität der Mitarbeiter wider.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die W+H nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31.12.2018 waren im Unternehmen 52 Mitarbeiter (Vorjahr: 51 Mitarbeiter) und 3 Auszubildende (Vorjahr: 4 Auszubildende) beschäftigt.

Einer der wesentlichen Schwerpunkte in der Personalarbeit 2018 bestand in der Umsetzung von Maßnahmen zur Optimierung der Altersstruktur des Personalbestandes. Hier wurden im Rahmen der Nachfolgeplanung freiwerdende Stellen nachbesetzt bzw. Mitarbeiter zur Einarbeitung für demnächst freiwerdende Stellen eingestellt.

Die kompetenzbasierte Entwicklung der W+H-Mitarbeiter war eines der zentralen Handlungsfelder der Personalarbeit im Jahr 2018. Die Entwicklungsmaßnahmen erfolgten dabei sowohl unter strategischen als auch operativen Gesichtspunkten.

Wie auch in den Vorjahren ist die W+H bestrebt, dem Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die W+H setzt dabei auch auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2018 3 Auszubildende bei der W+H beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Sanitär- Klima- und Heizungstechniker und Elektroniker Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik. Sehr gut qualifiziertes Fachpersonal für den Einsatz in den neuen Geschäftsfeldern (Stromzählerwechsel und Sanierungsleistungen in der Abwassersparte) konnte aber auch durch Einstellung externer Mitarbeiter gewonnen werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Umsatzerlöse in folgenden Sparten erzielt:

in TEUR	2018	2017
Hausanschlüsse	937,0	736,4
Wasser	1.146,0	1.035,1
Sammelkanal	795,4	607,5
Haustechnik	1.503,3	1.456,9
Gas	46,5	50,0
Schrotterlöse	11,8	23,0
Sonstige Umsatzerlöse/Skonti	1,1	-11,8
Summe Umsatzerlöse	4.441,1	3.897,1

Die Umsatzerlöse der W+H haben sich gegenüber dem Vorjahr um 544,0 TEUR (+14,0%) erhöht.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Hausanschlüsse (neu: Tief- und Rohrleitungsbau) wurden in Höhe von 937,0 TEUR realisiert. Diese Umsatzerlöse liegen mit 200,6 TEUR (+27,2%) über dem Vorjahreswert. Hier zeichnet sich durch die Erweiterung des Leistungsspektrums um Tätigkeiten im Abwasserbereich (u.a. der Auswechslung von Schachtabdeckungen) sowie durch die verstärkte Realisierung von Reparaturen an Trinkwasserleitungen und dem Bau von Trinkwasserversorgungsleitungen in der Stadt Halle eine bessere Ertragslage ab.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Wasser liegen mit 110,9 TEUR (+10,7%) über dem Vorjahreswert. Die Mehrerlöse resultieren u.a. aus der Realisierung eines zusätzlichen Auftrages zur Stichprobenprüfung von Hauswasserzählern und dem Einbau von 1.300 Funkzählern im Rahmen des Referenzprojektes smart metering.

In der Sparte Sammelkanal konnten ebenfalls durch zusätzliche Leistungen höhere Umsatzerlöse generiert werden. Insbesondere wurden zusätzliche Leistungen gegenüber der EVH Halle Netz GmbH (Betonsanierung) und der HWS (Maler- und Umbauarbeiten, Kanalsicherungsarbeiten) erbracht und damit insgesamt Umsatzerlöse über dem Vorjahr in Höhe von 187,9 TEUR (+23,6 %) erwirtschaftet.

Die Sparte Haustechnik weist gegenüber dem Vorjahr um 46,4 TEUR (+3,2%) höhere Umsatzerlöse aus. 2018 wurden im Fernwärmeservice 661 Stück Hausanschlussstationen bewirtschaften (Vorjahr 648 Stück).

Die geplanten Umsatzerlöse für den Wechsel von Gaszählern für die Energieversorgung Halle Netz GmbH entfallen 2018 vollständig. Durch bestandene Stichproben ist der Wechsel nicht erforderlich. Der Ausfall dieser Umsatzerlöse wird durch den Aufbau des Geschäftsfeldes zum Wechsel von Stromzählern fast kompensiert. 2018 wurden ca. 1.700 Stromzählerwechsel für die EVH ausgeführt. Damit liegen die geplanten Umsatzerlöse nur um 3,5 TEUR (-7,4 %) unter dem Vorjahreswert.

An sonstigen betrieblichen Erträgen wurden 46,0 TEUR erzielt, sie liegen mit 2,8 TEUR (+6,4%) über dem Vorjahreswert. Sie umfassen neben Versicherungserträgen, Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen hauptsächlich Erträge aus geldwerter Vorteil durch die private Kfz-Nutzung der Mitarbeiter.

Der Materialaufwand liegt mit +250,6 TEUR (+20,0%) über dem Vorjahresniveau. Davon entfallen 264,6 TEUR (+30,0 %) auf höhere Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie -13,9 TEUR (-3,7%) auf geringere Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Der Mehrverbrauch beim Material steht im Zusammenhang mit zusätzlichen Leistungen in den Sparten Wasser (hier vorrangig durch den Einkauf von 1.300 Funkzählern und der Neubeschaffung von Standrohren), Hausanschluss und Sammelkanal. Durch Weiterberechnung des Materials werden entsprechend höhere Umsatzerlöse generiert.

Der Personalaufwand stieg im Wirtschaftsjahr auf 2.095,5 TEUR und liegt damit um 151,3 TEUR (+7,8 %) über dem Vorjahr. Wesentliche Ursache dafür sind der höhere Personalstand und der Tarifabschluss zur Jahressonderzahlung.

Die Abschreibungen liegen mit 9,5 TEUR (+12,9%) über dem Vorjahreswert. Ursachen hierfür sind die höheren Investitionen aus dem Jahr 2017.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 13,2 TEUR über dem Vorjahresniveau (+3,2%). Die zusätzlichen Aufwendungen, insbesondere für Leasinggebühren resultieren hauptsächlich aus dem Leasing eines neuen LKW für die Sparte Tiefbau.

Die erhöhten Zinsaufwendungen beruhen auf der Weiterberechnung einer Bereitstellungsprovision 2018 durch die SWH. Damit verschlechtert sich das Finanzergebnis um 0,8 TEUR.

Das Ergebnis nach Steuern liegt mit +120,6 TEUR (+50,3 %) über dem Vorjahr.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Unter dem Eigenkapital sind das Stammkapital (26 TEUR), die Kapitalrücklage (194,9 TEUR) sowie die Gewinnrücklagen (3,7 TEUR) zusammengefasst. Die Erhöhung der Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr um +120,6 TEUR (+50,3%) auf 360,1 TEUR im Berichtsjahr ist im Wesentlichen die Ursache für den Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Somit verringert sich die Eigenkapitalquote stichtagsbezogen um 6,1 Prozentpunkte auf 20,2 % (Vj. 26,3 %).

4.2.2. Investitionen

Die Investitionen wurden in Höhe von 71,4 TEUR realisiert. Das entspricht einer Planüberschreitung von 1,4 TEUR. Neben verschiedenen Ausrüstungen wurden zwei VW Caddy Kastenwagen angeschafft.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der W+H und den Stadtwerken 2001 eine CashPool-Vereinbarung abgeschlossen. Diese wurde zum 01.03.2013 ergänzt. Darin vereinbarten die Vertragspartner einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 250 TEUR. Um die Liquidität des Unternehmens über das gesamte Geschäftsjahr zu sichern, wurde der interne Kreditrahmen mehrmals kurzfristig in Anspruch genommen.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 30,5 % bzw. um 259,8 TEUR auf 1.112,7 TEUR. Im Wesentlichen ist der Anstieg der Bilanzsumme auf die Erhöhung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (676,5 TEUR; Vorjahr 476,8 TEUR) zurückzuführen. Auf der Passivseite betrifft der Anstieg der Bilanzsumme im Wesentlichen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung gegenüber verbundenen Unternehmen sowie durch die Höhe der Ergebnisabführung an die HWS.

4.4. Gesamtaussage

Durch die positive Entwicklung der Auftragslage im Jahresverlauf 2018 konnten die geplanten Umsatzerlöse des Unternehmens von 3.804,8 TEUR insgesamt erreicht und darüber hinaus zusätzliche Erlöse von 636,3 TEUR generiert werden. Die Planerfüllung konnte bis auf die Sparte Gas in allen anderen Sparten erreicht werden. Die in der Sparte Gas fehlenden Umsatzerlöse wurden durch Leistungen im Stromzählerwechsel fast vollständig kompensiert.

Eine wichtige Voraussetzung für den Unternehmenserfolg sind langfristig gesicherte Verträge. Die Fortführung bzw. der Neuabschluss von Verträgen sind ein Zeichen der Zufriedenheit und des Vertrauens unserer Kunden und Vertragspartner. Auch im Jahr 2018 konnten hier die Grundlagen für eine weitere stabile Zusammenarbeit geschaffen werden. Um den Wünschen und Anforderungen unserer Kunden auch zukünftig gerecht werden zu können, werden die von uns angebotenen Dienstleistungen ständig weiterentwickelt. Durch eine hohe Flexibilität der Mitarbeiter konnten bestehende Leistungen ausgebaut und neue Aufgabengebiete erschlossen werden. So ist es beispielsweise vorgesehen die Sanierungsleistungen für die Abwassersparte der HWS und den Wechsel von Stromzählern für die EVH zukünftig weiter auszubauen.

Somit stellt sich das Unternehmen den neuen Herausforderungen und Entwicklungen innerhalb der Stadtwerkegruppe und richtet ihre Serviceprozesse weiter konsequent an den Kundenbedürfnissen aus.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Unternehmens sind die Mitarbeiter. Die in der W+H beschäftigten Mitarbeiter sind zum größten Teil langjährige Mitarbeiter. Hoch qualifiziert und motiviert verfügen sie über das notwendige Know how in den jeweiligen Fachbereichen. Aufgrund des relativ hohen Altersdurchschnittes der Mitarbeiter sind personelle Anpassungsmaßnahmen zur Optimierung der Altersstruktur erforderlich. Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung von Mitarbeitern, Einstellung qualifizierter Facharbeiter zur Nachbesetzung von freier werdenden Stellen und zur Ausbildung von Azubis für einen zukünftigen Einsatz im Unternehmen werden kontinuierlich umgesetzt.

Mit dem erreichten Jahresergebnis von 360,1 TEUR wird eine sehr gute Entwicklung des Unternehmens dokumentiert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2018 wurden bei der W+H insgesamt 5 Risiken ermittelt (Vorjahr 7).

In der nachfolgenden Tabelle sind aus der Riskmap 2019-2023 die bestehenden Risiken eingetragen. Risiken der Gruppen 1 und 2 bestehen bei der W+H für das Jahr 2018 nicht.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	2	0	0
Absatzmarkt/Vertrieb	1	0	0
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	1	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	1	0	0
Naturereignisse/Umwelt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	0	0	0
Gesamt	5	0	0

5.3. Gesamtbild

Eine Bewertung der Risiken der W+H wird im Risikomanagementsystem vorgenommen. Die Risikoinventur, -bewertung und die Festlegung von Strategien zur Risikobegegnung erfolgen jährlich. Die Ergebnisse werden in der Riskmap festgehalten. Das Risikomanagementsystem der W+H benennt für das Jahr 2019 keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

6. Prognosebericht

Die W+H erstellt den Wirtschaftsplan 2019 sowie die Vorschau für die Jahre 2020 bis 2023 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2018, die für den Zeitraum bis 2023 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die erkennbaren Rahmenbedingungen für die Leistungen der Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, das Erstellen von Trinkwasserhausanschlüssen, die Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen sowie die Sanierungs- und Reparaturarbeiten in der Abwassersparte. Weiterhin werden die Bewirtschaftung der Sammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH GmbH, die Aufträge zum Gas- und Stromzählerwechsel sowie die allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre berücksichtigt.

6.1. Umsatzentwicklung

Für eine dauerhafte Stabilisierung und Verbesserung der Ertragslage der W+H, wird die zukünftige strategische Ausrichtung an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Es ist vorgesehen die vorhandenen Geschäftsfelder zukünftig weiter zu entwickeln und auszubauen. Die Schwerpunkte werden wie folgt gesetzt:

1. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Tiefbau / Hausanschlüsse um Tätigkeiten im Abwasserbereich (z.B. Auswechslung von Schachtabdeckungen, Sanierung von Abwasserschächten und die händische Sanierung von Abwasserprofilen) sowie ein weiterer Ausbau im Tätigkeitsbereich der Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen
2. Weiterer Ausbau des Geschäftsfeldes „Spartenübergreifendes Zählermanagement“ im Tätigkeitsbereich Wechsel von Zähl- und Messeinrichtungen (Wasserzähler, Garten- und Brauchwasserzähler; Gaszähler und Stromzähler sowie im Tätigkeitsbereich Ablesung und Heizkostenabrechnung)
3. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Sammelkanäle
4. Verstärkung der Aktivitäten im Bereich Energie- und Elektrodienstleistung
5. Ausbau und Spezialisierung der Leistungen im HAST-Bau in der Sparte Haustechnik
6. Erweiterung des Leistungsspektrums in der Sparte Trinkwasser (Angebot zusätzlicher Dienstleistungen der Wasserzählerprüfstelle; Umsetzung neuer Technologien im Rahmen des smart meterings)
7. Optimierung des Personaleinsatzes durch eine nachhaltige Personalentwicklung sowie eine fristgerechte Nachfolgeplanung“

6.2. Investitionen

Für die W+H sind im Wirtschaftsjahr 2019 sowie in den Folgejahren jeweils 70 TEUR im Investitionsplan angesetzt. Das entspricht dem durchschnittlichen Niveau der letzten Jahre. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit sind der Kauf von mobiler Technik und sonstiger Ausrüstungen, um die Aufrechterhaltung bzw. Erweiterung der Geschäftsabläufe zu gewährleisten.

6.3. Finanzierung

Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung der Investitionen auch weiterhin aus Eigenmitteln.

6.4 Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum werden folgende Jahresergebnisse erwartet:

(in TEUR)	WIPL 2019	WIPL 2020	WIPL 2021	WIPL 2022	WIPL 2023
W+H	180,0	189,0	189,0	189,0	191,0

Der Wirtschaftsplan 2019 weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 180,0 TEUR aus. Das entspricht einer Umsatzrentabilität von 4,4 %.

Die Entwicklung des Ergebnisses für den Planungszeitraum bis 2023 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2019 -2023 detailliert untersucht und dargestellt. Für den Planungszeitraum bis 2023 wird ein geringfügiger Anstieg des Ergebnisses erwartet. Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend Ergebnisabführungsvertrag an die HWS abgeführt.

Zur Erreichung des Ergebnisses ist es vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder weiter auszubauen und zukünftig auch neue Geschäftsfelder und Aufgabengebiete zu erschließen um die Tarifentwicklungen bei den Personalkosten, steigende Material- und Fremdleistungskosten sowie Erhöhungen konzerninterner Umlagen auszugleichen. Ziel ist es weiterhin, die Dienstleistungen vorrangig innerhalb der SWH-Gruppe anzubieten.

Das für 2018 geplante Jahresergebnis von 169,0 TEUR wurde um 191,1 TEUR übererfüllt, und das erwirtschaftete Ergebnis in Höhe von 360,1 TEUR wird in Erfüllung des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die HWS abgeführt.

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit

		2018	2017	2016	2015	2014
Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS	Stück	27.834	27.860	27.745	27.782	50.609
turnusmäßiger Zählerwechsel	Stück	5.209	2.630	4.290	4.200	8.470
operativer Zählerwechsel	Stück	796	620	640	660	1.000
Regenerierung von Großwasserzählern (Qn 15 - Qn 150)	Stück	0	26	29	96	52
Bewirtschaftung des Standrohrbestandes	Stück	141	133	135	139	
Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60	Stück	1.263	1.556	1.510	4.230	9.680
Befundprüfung von Wasserzählern	Stück	206	176	102	113	138
Stichprobenprüfung von Wasserzählern	Stück	400	50	150		
Warenannahmeprüfung von Wasserzählern	Stück	333	387	781		
Jahresstichtagsablesung November/Dezember für die HWS	Stück	11.400	12.153	12.327	9.862	34.760
Bewirtschaftung von Zählern für Abwasser- entgeltminderung der HWS	Stück	9.217	8.326	8.326	8.071	7.506
Fernwärmeservice Neubau	Stück	24	37	6	9	
Fernwärmeservice Übergabestellen / Primärleitung	Stück	22	14	15		
Fernwärmeservice Bewirtschaftung	HAST	661	648	692	669	717
Wartung an Gaskesselanlagen	Stück	101	97	91	92	74
Gaszählerwechsel für die EVH	Stück	0	1.950	1.560	3.900	2.970
Stromzählerwechsel für die EVH	Stück	1.737				
Schachtsanierung	Stück	26				
Schachtdeckel	Stück	121				

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Flugplatz 12
06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg	14	1,40
Gemeinde Petersberg	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Flughäfen sind Dreh- und Angelpunkte der Logistik. Alle größeren Unternehmen im Gemeindegebiet sind auf die Frachtmöglichkeiten angewiesen. Der öffentliche Zweck ist daher in der Standortsicherung und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Scherbel, Renate	(bis 31.12.2018)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Rebenstorf, René	(seit 01.08.2018, seit 27.11.2018 Vorsitzender)
	Vorsitzender	Stäglin, Uwe	(bis 31.07.2018)
	stellv. Vorsitzende	Dr. Walther, Jutta	(seit 27.11.2018 stellv. Vorsitzende)
		Bernstiel, Christoph	
		Bujak, Frank	
		Gernhardt, Dirk	
		Kupski, Christian	
		Leipnitz, Ulli	
		Müller, Peter	
		Werner, Anja	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden im Berichtszeitraum keine Vergütungen gewährt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.807	90	1.833	90	1.771	90	-26	-1
Umlaufvermögen	199	10	214	10	186	10	-15	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0	0	1	0	2	

Bilanzsumme	2.008	100	2.047	100	1.958	100	-39	-2
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.472	73	1.427	70	1.330	68	45	3
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	123	6	134	7	144	7	-11	-8
Rückstellungen	20	1	28	1	29	2	-8	-29
Verbindlichkeiten	316	16	388	19	373	19	-72	-19
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0
Passive latente Steuern	76	4	69	3	81	4	7	10

Bilanzsumme	2.008	100	2.047	100	1.958	100	-39	-2
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	741	698	689
andere aktivierte Eigenleistungen	1	0	0
sonstige betriebliche Erträge	14	16	21
Personalaufwand	329	299	285
Abschreibungen	95	88	84
sonstige betriebliche Aufwendungen	256	211	195
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7	9	14
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17	4	10
Ergebnis nach Steuern	52	103	122
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	46	97	116

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,15	13,84	16,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,19	7,27	9,52	%
Cash-Flow:	140	185	200	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	76	89	79	T€
Personalaufwandsquote:	43,49	41,85	40,07	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,01	89,56	90,43	%
Eigenkapitalquote:	73,33	69,72	67,92	%
Fremdkapitalquote:	26,67	30,28	32,08	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Flugbewegungen	27.190,00	28.660,00	28.982,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,85	4,47	4,55	EUR
Kraftstoffverkauf	258.094,00	272.365,00	292.129,00	Liter

f) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin kann für das Haushaltsjahr 2018 insgesamt positiv eingeschätzt werden, das positive Betriebsergebnis steht dafür.

Hierzu haben nicht zuletzt auch alle am Flugplatz ansässigen Firmen mit ihrer Arbeit beigetragen.

Obwohl die Flugbewegungszahlen im Vergleich zum Vorjahr geringer ausgefallen sind ist trotzdem eine gewisse Stabilität zu verzeichnen, die im Wesentlichen durch den Rettungsflug, die Flugschulen mit der praktischen Ausbildung von Privatpiloten und sonstige gewerbliche Flüge geprägt ist. Aber auch die vorhandene Möglichkeit der Wartung und Instandhaltung von Flugzeugen und Hubschraubern bietet den Kunden eine gewisse Sicherheit und ist für den Flugplatz ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Der Trend zur schnellen Erreichbarkeit entfernter Ziele hält unvermindert an und spiegelt sich u.a. auch in der Zunahme des Werkverkehrs wider.

Die von ansässigen Firmen geplanten Erweiterungen ihrer Standorte bestätigen die anhaltende Stabilität im Bereich der Allgemeinen Luftfahrt.

Mit 27.190 Flugbewegungen – wurden die Vorjahreszahlen zwar nicht erreicht (1.470 weniger), dennoch konnte der Erlös pro Flugbewegung gesteigert werden. Dies liegt einerseits in der Struktur der Flugbewegungen und andererseits in Reduzierungen bei der Kundenrabattierung begründet. Im Jahr 2017 wurde pro Flugbewegung ein Erlös von 4,47 Euro erzielt, im Jahr 2018 ein Erlös von 4,85 Euro.

Auch bei den Kraftstoffverkäufen wurden die Vorjahreswerte leicht unterschritten, insgesamt 3.835,49 Liter weniger verkauft. Dementsprechend wurden 3.409,61 Euro (netto) Provisionserlöse weniger erzielt.

Die Ursachen sind, neben den geringeren Flugbewegungszahlen, wie im Vorjahr, sowohl in den recht hohen Flugkraftstoff-Preisen als auch in der Tatsache zu sehen, dass einige Kunden den Kraftstoff AVGAS UL 91 aus Kostengründen total ablehnten und sich an öffentlichen Straßentankstellen mit preisgünstigerem Mogas (Super Plus) zur Betankung ihrer Flugzeuge versorgten.

Nach langfristigen Verhandlungen mit der Total Deutschland GmbH wurde Ende November 2018 von AVGAS UL 91 wieder auf Super Plus umgestellt.

Damit sollte die Problematik illegaler Flugzeugbetankung mit Kraftstoff von Straßentankstellen eingeschränkt bzw. mit Nachdruck untersagt werden können.

Die konstruktive Zusammenarbeit mit den ansässigen Firmen ist nach wie vor ein wichtiger Stabilitätsfaktor für beide Seiten. Zuverlässigkeit steht dabei besonders im Focus, vor allem für die Firmen die planen ihre Standorte am Flugplatz Halle/Oppin weiter auszubauen.

So wurden die Verhandlungen mit den Firmen MCO/Air Lloyd und der ADAC Luftfahrt Technik GmbH im Laufe des Jahres fortgeführt und konkretisiert.

Die Planungsarbeiten der Firma MCO/Air Lloyd sind weiter vorangeschritten, eine Bauvoranfrage an das zuständige Bauamt wurde positiv beschieden, so dass nun die Verhandlungen fortgeführt werden können.

Mit der ADAC Luftfahrt Technik konnten die Verhandlungen zum Grundstückskaufvertrag, aus verschiedenen Gründen, noch nicht endgültig abgeschlossen werden, jedoch liegt der Vertragsentwurf beiden Parteien zur Prüfung vor. Dementsprechend sollte der Abschluss des Kaufvertrages im Jahr 2019 nun erfolgen können.

Das Jahr 2018 war insgesamt sehr stark durch Personalveränderungen geprägt.

So wurden zwei neue Flugleiter/BfL eingestellt, weil die ehemaligen Kollegen in den Ruhestand gegangen sind.

Die langfristige und umfassende Vorbereitung des ab Januar 2019 anstehenden Geschäftsführerwechsels mündete im Beginn seiner Einarbeitung ab 01. Oktober 2018.

Auf Grund der unvorhergesehenen Kündigung der Sachbearbeiterin/Buchhalterin zum 30.11.18 erfolgte ab Dezember auch noch die Umwandlung und Neubesetzung der Stelle als Buchhalter/-in mit Sekretariatsaufgaben.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Das Jahr 2018 hat betriebswirtschaftlich betrachtet recht schleppend begonnen, da auf Grund der Realisierung umfangreicher geplanter Maßnahmen, in den ersten Monaten, der Kostenaufwand recht hoch war. Jedoch hat sich die liquide Situation dann wieder verbessert und kann insgesamt stabil eingeschätzt werden.

Die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien sind nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle und gleichen vorhandene Defizite aus dem fliegerischen Bereich zum Teil aus. Lang- und mittelfristige Verträge im Bereich der privaten (steuerfreien) und gewerblichen Vermietung sichern eine gewisse Stabilität der entsprechenden Erlöse.

Im Wohnblock beträgt der Leerstand zum 31.12.18 10 % - das sind 4 Wohnungen. Von diesen 4 Wohnungen müssen 3 überholt und instandgesetzt werden. Da die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nach wie vor gegeben ist muss dieser Fakt genutzt werden, um den vorhandenen Standortnachteil und die ungünstige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen.

Die Vermietung im Bereich der Flugzeugabstellhallen verläuft kontinuierlich. Alle vorhandenen Stellplätze sind bis zum Jahresende 2018 vermietet, ab Januar wird ein Stellplatz frei, der zum April 2019 wieder vermietet wird.

Auch der Winter 2017/2018 kann wieder als recht mild eingestuft werden und auch der Einbau des neuen Heizkessels führte zu einer Einsparung von Heizkosten. Dementsprechend gab es bei den Betriebskostenabrechnungen 2018 erneut teils recht erhebliche Rückzahlungen an die Mieter. Insgesamt wurden Betriebskostenvorauszahlungen in Höhe von rund 27,3 T€ zurückerstattet.

Auf der Basis des vom Landesverwaltungsamt vorgegebenen Bewertungssystems der Flugbewegungen erfolgt die Zahlung des Zuschusses für die Kosten des Luftaufsichtspersonals.

Um den maximal möglichen Zuschuss zu erlangen müssen im Abrechnungszeitraum vom 01.10. bis 30.09. des laufenden Jahres 30.000 Punkte erzielt werden, was 2018 wieder gelungen ist und so sind rund 50 T€ Personalkostenzuschuss geflossen.

Für die Anschaffung eines Frontmähwerks und den Bau einer Brunnenabdeckung wurden zusätzlich Fördermittel beantragt und in Höhe von rund 5,8 T€ gewährt.

Hinzu kommen Mittel für die Ausstattung der Luftaufsichtsstelle in Form eines Sachkostenzuschusses in Höhe von 1,1 T€.

Die Tilgung der noch vorhandenen vier Darlehen erfolgte weiter kontinuierlich. Für das Darlehen Feuerwehr ist im November 2018 die letzte Rate gezahlt worden.

Das vom Gesellschafter Saalekreis im Jahr 2013 gewährte Darlehen in Höhe von 100 T€ weist zum Jahresende 2018 noch eine Restschuld von rund 31 T€ aus. Neben den monatlichen Tilgungen erfolgte auch die jährlich vereinbarte Sondertilgung in Höhe von 6 T€.

Die ab 2019 verbleibende monatliche Annuität aller Darlehen beträgt rund 5,8 T€ und reduziert sich im Verlauf des Jahres 2020 auf rund 1,5 T€.

Dennoch muss weiterhin alles getan werden, um vor allem die Umsatzerlöse stabil zu halten bzw. zu steigern. Sparsamkeit in der täglichen Arbeit sollte weiterhin selbstverständlich sein, um Entwicklung der Gesellschaft weiter voran zu treiben.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Die Vermietung der am Flugplatz vorhandenen 35 Hangar-Plätze verlief im Jahr 2018 konstant.

Zum Jahresende wurde ein Stellplatz im Rundhangar gekündigt, der ab April 2019 wieder vermietet werden konnte.

Die Entwicklung des Bedarfs an Flugzeugabstellplätzen ist zu beachten, um rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, die eine Bindung potentieller Kunden an den Flugplatz ermöglichen.

Eine Abweisung von Kunden, mangels vorhandener Abstellmöglichkeiten, bedeutet neben dem Verlust von Abstellentgelten auch immer den Verlust von Folgeentgelten für Landungen und Provision Kraftstoffverkauf.

Die Personalsituation in der Gaststätte „Schnitzel-Tower“ ist, wie bereits im Vorjahr, weiter angespannt. Montags ist weiterhin Ruhetag und neu sonntags ab 16.00 Uhr geschlossen.

Bei einer Verbesserung der personellen Situation besteht der Wille die Öffnungszeiten wieder zu erweitern.

Die Firmen MCO/Air Lloyd und Aerotechnics GmbH (ehemals Helitec) können im Jahr 2019 ihre Planungen weiter konkretisieren und auch die notwendigen Verhandlungen zum Grundstückskauf können fortgeführt werden.

Die im Zusammenhang mit dem Grundstücksankauf von der Enerparc, als Zuwegungsgrundstück für die ADAC-LT, notwendigen Grundbucheintragungen sind im Jahr 2018 erfolgt, so dass auch die Verhandlungen mit der ADAC Luftfahrt Technik GmbH weiter gehen können.

Ein entsprechender Kaufvertragsentwurf liegt beiden Parteien zur Prüfung vor, so dass der Kaufvertrag 2019 abgeschlossen werden könnte.

Die bevorstehenden Grundstücksverkäufe sind zwar mit entsprechenden Einnahmen verbunden, jedoch ist in Folge davon auszugehen, dass sich daraus in der Wartungshallenbelegung Veränderungen ergeben werden, die negativ auf die wirtschaftliche Situation wirken können.

Hier sind deshalb bei Vorlage entsprechender Kenntnisse, zur weiteren Entwicklung, rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, um eine mögliche Neuvermietung oder Nutzungsänderung der Räumlichkeiten und damit entsprechende Erlöse zu sichern.

Auf Grund der vorhandenen alten Bausubstanz kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zum Eintritt unvorhergesehener Schäden kommt. Aus diesem Grund wurde von der Geschäftsführung 2018 eine Mängelliste erstellt, die in den kommenden Jahren, je nach Dringlichkeit und finanziellen Möglichkeiten abgearbeitet werden kann. Ferner wird durch ständige Kontrollen an bekannten Problemstellen und die Einleitung vorbeugender Maßnahmen versucht größere Schwierigkeiten zu vermeiden.

Weiter zu beobachten ist die Entwicklung in den ansässigen Flugschulen, da sie insgesamt betrachtet ebenfalls ein wichtiger Faktor für die Erreichung der Flugbewegungszahlen am Flugplatz sind.

Die Altersstruktur bei den Fluglehrern ist teils weiter recht hoch, jedoch werden offensichtlich Bemühungen unternommen, um den Fortbestand der Firmen zu sichern.

Insofern sind bisher befürchtete negative Auswirkungen auf den Flugplatz vorerst nicht zu erwarten.

Die Personalstruktur der Flugplatz GmbH war im Jahr 2018 weitgehend unverändert, obwohl einige auch unvorhergesehene Personalveränderungen im Laufe des Jahres stattgefunden haben.

Bei den zwei Flugleiterstellen fanden, altersbedingt und dann noch wegen Nichteignung, Personalwechsel statt. Im Verwaltungsbereich erfolgte auf Grund einer Kündigung die Neueinstellung einer Buchhalterin zum 01.12.2018.

Nach Stellenausschreibung und einem umfangreichen Auswahlverfahren wurde von den Gesellschaftern im Monat Mai der neue Geschäftsführer zum 01. Januar 2019 berufen und die bisherige Geschäftsführerin zum 31.12.2018 abberufen. Aufsichtsrat und Gesellschafter haben ferner eine Einarbeitung für den neu berufenen Geschäftsführer ab 01. Oktober 2018 beschlossen welche entsprechend umgesetzt wurde.

Die Gesellschaft zahlt seit dem Haushaltsjahr 2014 Gewerbesteuer.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	51.200		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Schwarz, Vinzenz
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich
		Aldag, Wolfgang
		Dr. Wend, Detlef
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter
		Hilbig, Stefan
		Krimmling-Schoeffler, Anja
		Peinhardt, Ulrich
		Thielemann, Dirk

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	16	17

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	286.288	93	282.909	94	280.257	92	3.379	1
Umlaufvermögen	20.284	7	19.042	6	24.207	8	1.242	7
Rechnungsabgrenzungsposten	157	0	211	0	93	0	-54	-26
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	20	0	0	0	0	0	20	

Bilanzsumme	306.749	100	302.162	100	304.557	100	4.587	2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	83.583	27	83.583	28	83.583	27	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	170.293	55	177.130	59	173.524	57	-6.837	-4
Rückstellungen	11.208	4	10.623	3	9.027	3	585	6
Verbindlichkeiten	38.799	13	28.598	9	36.405	12	10.201	36
Rechnungsabgrenzungsposten	2.866	1	2.228	1	2.018	1	638	29

Bilanzsumme	306.749	100	302.162	100	304.557	100	4.587	2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	59.667	54.698	51.394
andere aktivierte Eigenleistungen	285	235	355
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	9.342	13.527	15.295
Betriebskostenzuschüsse	21.974	22.237	22.275
Materialaufwand	28.820	26.438	22.490
Personalaufwand	36.312	35.305	34.060
Abschreibungen	8.496	8.512	8.530
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	16.033	18.216	21.641
Erträge aus Beteiligungen	0	94	73
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	65	24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	907	617	597
Ergebnis nach Steuern	714	1.768	2.098
sonstige Steuern	704	71	-2
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	10	1.697	2.100
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2018: 5.692 T€; 2017: 7.303 T€; 2016: 8.731 T€)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2018: 6.867 T€; 2017: 9.720 T€; 2016: 11.259 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	3,10	4,09	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,01	2,03	2,51	%
Cash-Flow:	8.506	10.209	10.630	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	124	127	124	T€
Personalaufwandsquote:	39,79	38,93	38,13	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,03	93,33	91,44	%
Eigenkapitalquote:	27,25	27,66	27,44	%
Fremdkapitalquote:	72,75	72,34	72,56	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Beförderte Personen	55.078,00	54.899,00	53.803,06	in 1.000
Fahrplan-km	8.886,00	8.561,70	8.630,14	in 1.000
Nutz-Wagen-km	10.262,40	9.964,58	10.025,89	in 1.000
Personen-km	328,00	322,60	306,66	in Mio.
Platz-km	1.110,00	1.209,00	1.212,98	in Mio.

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

- 1.1. Geschäftsmodell
- 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
- 1.1.2. Geschäftsfeld
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
- 4.2.1. Kapitalstruktur
- 4.2.2. Investitionen
- 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH. Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstreckt sich der Gegenstand des Unternehmens hauptsächlich auf den öffentlichen Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle (Saale).

Das Führungsteam der HAVAG besteht neben dem Vorstand und drei Stabstellen aus den Bereichsleitern der fünf Struktureinheiten. Diese untergliedern sich in Betriebswirtschaft, Verkehr und Betrieb, Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Technik/Fahrzeuge und Technik/Infrastruktur. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wird der Alleinvorstand durch eine gestärkte zweite Führungsebene unterstützt und die Gesellschaft stellt somit eine flache aber effiziente Unternehmensleitung auf. Für die Vertretung der Gesellschaft wirken neben dem Vorstand vier Prokuristen. Seit dem 1. August 2018 wird die Gesellschaft durch den Vorstand und drei Prokuristen vertreten.

Anteile an verbundenen Unternehmen hält die HAVAG zum Bilanzstichtag ausschließlich an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale). Vervollständigt werden die Unternehmensverbindungen durch die Beteiligungen an der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH, Halle (Saale) und der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln.

1.1.2. Geschäftsfeld

Kerngeschäftsfeld der HAVAG ist der flächendeckende öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale). Dazu bietet das Unternehmen eine Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb, eine moderne Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeugen für den Omnibusbetrieb, welche den strengen umweltrechtlichen Anforderungen entsprechen, an. Für das Stadtgebiet stellt das Unternehmen den wesentlichen Anbieter dar und wird im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Marktteilnehmer des mitteldeutschen Verkehrsverbundes ergänzt. Das Rand- und Nebengeschäft spielt für die HAVAG eine nur untergeordnete Rolle und erstreckt sich auf ergänzende Tätigkeiten.

Angaben zu § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Mit dem Verbund des Stadtwerke Halle Konzerns und unter Berücksichtigung des Betriebes einer Photovoltaikanlage und eines Blockheizkraftwerkes, welche in das öffentliche Netz einspeisen, ergibt sich, dass die HAVAG nach § 3 Abs. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieunternehmen darstellt. Entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG ist die HAVAG demzufolge aufgefordert, getrennte Konten für die Tätigkeit der Stromerzeugung zu führen. Die Zuordnung zu den Konten innerhalb des Elektrizitätssektors erfolgt dabei auf Basis direkt zurechenbarer Kosten, Erlöse sowie Vermögen und Schulden. Wesentliche Zuordnungsschlüssel sind wegen des überschaubaren Geschäftsumfanges nicht notwendig.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat als Aufgabenträger für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr einen Nahverkehrsplan aufgestellt. Dieser gibt den allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet als Aufgabe der Daseinsvorsorge vor. Auf dieser Basis beauftragt die Stadt Halle (Saale) die Verkehrsleistungen, welche im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zwischen dem kommunalen Auftraggeber, der Muttergesellschaft und dem Nahverkehrsunternehmen beschrieben sind. Da der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen und Omnibussen grundsätzlich nicht kostendeckend erfolgen kann, ist die HAVAG zur Finanzierung der Ausgaben und Durchführung von Investitionen sowie zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf Zuschüsse angewiesen.

Die Priorität der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr auf einem wirtschaftlichen Niveau. Alle Anstrengungen setzt die HAVAG an die Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit und strebt zugleich eine Begrenzung des Betriebskostenzuschusses an.

Die strategischen Ziele sind in einem Strategiepapier „Zukunftsdialo g HAVAG 2018“ verankert. Die zur Zielerreichung entwickelten Maßnahmen wurden in einem hohen Maße umgesetzt. Mit der Weiterentwicklung der Strategie für die Jahre bis mindestens 2025 wurde zum Jahresende 2018 begonnen. Wesentliches Ziel bleibt die weiterführende Stärkung einer langfristigen Ertragskraft des Unternehmens. Ziel der HAVAG ist es, innerhalb ihrer Branche in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz) zu den besten 25,0 % zu gehören.

1.3. Steuerung

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildet der mit der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß den vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark-Trans regelt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 3. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, ist ein Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen worden. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes zum 1. Januar 2013 wurde zugleich das nationale Recht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Der aktuelle Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der vorgenannten EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrags entsprechen den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Danach muss das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen nachweislich sicher. Der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag legt weiter fest, dass der Zuschussbedarf im Wege einer Vorkalkulation jährlich zu Beginn eines Geschäftsjahres auf der Basis des Wirtschaftsplans ermittelt und vom Aufsichtsrat bestätigt wird.

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Die Planung jeder Struktureinheit für sich und der Gesellschaft gesamt sind dabei für die Einhaltung der Vorgabe verantwortlich. Mit der detaillierten Planung der einzelnen Geschäftsprozesse ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sowohl im Jahresvergleich, als auch über seine standardisierten Tätigkeiten als Verkehrsdienstleister im Drittvergleich möglich. Um die Wirtschaftlichkeit und die Einhaltung der Altmark-Trans-Kriterien in der Planung zu bestätigen, stellt sich die HAVAG turnusmäßig der Prüfung einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und konnte im Jahr 2018 den geforderten Merkmalen entsprechen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die im Bereich Marketing/Vertrieb/Kundenservice vorgenommenen organisatorischen und inhaltlichen Veränderungs- und Anpassungsprozesse sind alle umgesetzt und tragen zu einem verbesserten Kundenservice bei. Zwei weitere wichtige Meilensteine zur Verbesserung des Kundenservice waren die Eröffnung des neuen HAVAG-Service-Centers am 2. Mai 2018 in der ‚Rolltreppe‘ sowie der Abschluss des Ein- und Aufbaus neuer mobiler und stationärer Fahrausweisautomaten. Eine Ausweitung der Service-Zeiten im neuen Kundencenter – im Vergleich zum bisherigen Standort am Marktplatz – stellt einen wesentlichen Punkt zur Erhöhung der Kundenzufriedenheit dar.

Die im Bereich Technik/Fahrzeuge eingeleiteten organisatorischen und arbeitsprozessualen Veränderungen – entwickelt mit dem TÜV Rheinland in den Jahren 2016 und 2017 – befinden sich in der sukzessiven Umsetzung. Ziel ist es, die Werkstattproduktivität weiter zu erhöhen und den Fahrzeugdurchlauf zu beschleunigen.

Im Herbst 2018 fand eine SWH-Mitarbeiterbefragung zur aktuellen Zufriedenheit und zum Arbeitsumfeld statt. Die Auswertung des HAVAG-Ergebnisses sagt aus, dass sich die Gesamtzufriedenheit der HAVAG-Mitarbeiter im Vergleich zum Jahr 2014 deutlich verbessert hat.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10%-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Jahr 2018 hat die HAVAG zum zweiten Mal am ÖPNV-Kundenbarometer teilgenommen. Die Zielgruppe waren ÖPNV-Nutzer, welche die öffentlichen Verkehrsmittel der HAVAG nutzen. Durch telefonische Einzelinterviews wurde die Zufriedenheit der Kunden mit Hilfe einer 5er-Skala erfasst, um den Einfluss einzelner Leistungsmerkmale auf die Globalzufriedenheit zu messen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die HAVAG gegenüber dem ÖPNV-Branchendurchschnitt von 2,88 eine bessere Globalzufriedenheit mit 2,78 aufweist.

Zum Tag der offenen Tür am 1. September 2018 wurde das Kundenleitbild und das Dienstleistungsversprechen für die HAVAG-Kunden im Beisein des Fahrgastbeirats veröffentlicht. Die zentralen Ziele stellen die stetige und konsequente Verbesserung der Dienstleistung und des Images der HAVAG sowie die Steigerung der Kundenzufriedenheit und Gewinnung von Neukunden dar.

Zum Wintersemester 2018/2019 ist die Hochschule Merseburg dem bisher geltenden Vertrag zum Semesterticket beigetreten. Der Vertrag läuft im Jahr 2019 aus. In einer Urabstimmung haben die Studenten der Burg Giebichenstein und der MLU Halle mit überwältigender Mehrheit für die Weiterführung des Semesterticketvertrages ab Wintersemester 2019/2020 um weitere 6 Jahre gestimmt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Für die Einwohner der Stadt Halle (Saale) bietet die HAVAG einen attraktiven Personennahverkehr mit zahlreichen Angeboten. Entsprechend dem persönlichen Verbraucherverhalten kann der Kunde aus einer Vielzahl von Tarifprodukten auswählen. Der umweltverträgliche Personennahverkehr bietet dabei die Alternative zum motorisierten Individual- und zum Radverkehr. Bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Angebotes der HAVAG gegenüber dem Individualverkehr spielt die kundenfreundliche Leistung im öffentlichen Personennahverkehr für seine Nutzer eine entscheidende Rolle. Um das hohe Niveau zu halten und weiter auszubauen, muss das Unternehmen stets nach weiteren Effizienzmöglichkeiten und Einnahmesteigerungen suchen, um den steigenden Aufwendungen zu begegnen. Darüber hinaus wird das Thema der Digitalisierung den öffentlichen Personennahverkehr in der Zukunft beeinflussen und eine zentrale Rolle in der Vernetzung von Fahrgast und Unternehmen einnehmen.

Im Jahr 2018 wurde bundesweit ein erneuter Fahrgastrekord im öffentlichen Personennahverkehr erreicht. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen bilanziert 10,4 Mrd. Kunden, was im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von 0,6 % entspricht. Für die HAVAG kann im Jahr 2018 gegenüber dem Jahr 2017 ebenfalls ein Fahrgastzuwachs in Höhe von 0,3 % festgestellt werden. Ursächlich für diesen geringen Zuwachs der Fahrgastzahlen ist im Wesentlichen der Rückgang des betriebsindividuellen Schwerbehindertenquotienten von 6,05 % im Jahr 2017 auf 3,86 % im Jahr 2018. Ohne Berücksichtigung der Beförderung dieser Fahrgastgruppe verzeichnet die HAVAG trotz vielzähliger baustellenbedingter Verkehrsbeeinträchtigungen und langanhaltender hochsommerlicher Temperaturen einen Fahrgastzuwachs um 2,4 %, welcher somit über dem bundesweiten Durchschnitt liegt.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in der Sitzung vom 26. September 2018 dem Abschluss eines Beherrschungsvertrags zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der HAVAG zugestimmt. Der Beherrschungsvertrag ist für die Direktvergabe nach der VO 1370/2007 eine notwendige Voraussetzung. Der Beherrschungsvertrag wurde am 13. Dezember 2018 notariell beurkundet.

In der Stadtratssitzung am 21. November 2018 wurden der neue Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) sowie das Direktvergabekonzept beschlossen. Ziel der Fortschreibung des Nahverkehrsplans bestand darin, die Finanzierung des ÖPNV-Angebotes und die ÖPNV-Qualität bis mindestens zum Jahr 2021 zu sichern, sowie die städtische Finanzierungsbeteiligung zu definieren. Die Zustimmung zur Direktvergabe ist eine Absichtserklärung des Aufgabenträgers Stadt Halle (Saale), den künftigen Betrieb der Verkehrsleistungen für den Stadtverkehr in Halle auch weiterhin und direkt an die HAVAG vergeben zu wollen. Die direkte Vergabe der Verkehrsleistungen durch die Stadt Halle (Saale) an die HAVAG soll mittels öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit Wirkung zum 1. Januar 2021 für die Dauer von 22,5 Jahren erfolgen.

Mit der Zahlung der Regionalisierungsmittel vom Bund an die Bundesländer wird insbesondere der Schienenpersonenverkehr finanziert. Dazu regelt das Regionalisierungsgesetz die gesamte Höhe der Bundesmittel und den Verteilungsschlüssel auf die Bundesländer. Die Regionalisierungsmittel werden auf der Basis des ÖPNV-Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs anteilig der Stadt Halle (Saale) zugeschrieben und dann wiederum anteilig an die HAVAG ausgereicht.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Das Verkehrsangebot des Jahres 2018 erstreckte sich auf 15 Straßenbahn- und 22 Omnibuslinien der HAVAG mit einer Linienlänge von 336,4 Kilometern.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Verkehrsleistung entsprechend dem Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag im Straßenbahnbereich um 168,5 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer und somit um 3,3 % erhöht. Diese Steigerung auf 5.343,9 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer ist mit veränderten Linienführungen im Rahmen des Stadtbahnprogrammes zu begründen.

Für die Leistungsentwicklung im Omnibusbereich entsprechend dem Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, weist die Gesellschaft eine Erhöhung von 1,7 % gegenüber dem Jahr 2017 und somit um 56,7 Tsd. Nutz-Wagen-Kilometer aus, was im Wesentlichen auf die veränderten Schienenersatzverkehrsleistungen im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zurückzuführen ist.

Das Jahr 2018 ist in der Stadt Halle (Saale) von zahlreichen Baustellen begleitet worden. Trotz der umfangreichen Auswirkungen des Baugeschehens konnte die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs in Halle weiter gesteigert werden. Mit Wirkung ab dem 1. August 2018 wurde ein neues attraktives Einstiegsangebot im Abo-Bereich, das ABO Light 9 Uhr, angeboten. Damit wurde die Angebotspalette in Halle um ein Einstiegsangebot für preissensible Kunden im Stammkundenbereich erweitert. Zusätzlich können alle ABO Light-Produkte mit den Plus- Optionen ‚Übertragbarkeit‘, ‚Mitnahme Erwachsener‘ und ‚Mitnahme Kinder‘ individualisiert werden. Bisher wurde das ABO Light ausschließlich personengebunden angeboten. Die ab dem Schuljahr 2017/2018 erfolgte Neuausrichtung der ‚SchoolCard‘, führte zu weiteren Zuwächsen in der Stammkundschaft.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Stammkundengewinnung lag im Jahr 2018 im Ausbau des Angebotes der ‚Jobtickets‘. Mit der gezielten Ansprache sucht die HAVAG nach potenziellen Arbeitgebern im Bediengebiet, welche die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs als eigenen Vorteil gegenüber ihren Arbeitnehmern nutzen wollen. Einerseits kann das Vertragsunternehmen eine Vergünstigung für seine Beschäftigten anbieten, andererseits kann die HAVAG weitere Stammkunden gewinnen. Für beide Partner entsteht somit ein zusätzlicher Nutzen, der in den folgenden Jahren weiter ausgebaut werden soll.

Zusätzlich wurden ab September 2018 die Kundengarantien (Serviceversprechen) eingeführt, mit den Zielen, extern die Verlässlichkeit des Nahverkehrs den Fahrgästen zu garantieren, um somit langfristig die Kundenbindung und -gewinnung zu steigern und intern die Kundenorientierung weiter zu erhöhen.

Das beschriebene Leistungsangebot der HAVAG nutzten im Jahr 2018 insgesamt 55,1 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung um 178 T. Beförderungsfälle dar. Damit konnten zum vierten Mal in Folge steigende Fahrgastzahlen verzeichnet werden. Gleichfalls waren im Jahr 2018 innerhalb der Kundengruppen unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. In der Kundengruppe ‚Schüler, Auszubildende und Studenten‘ sind die Zuwächse durch die Umstellung der Produkte erkennbar, wobei die Nutzerzahlen dem allgemeinen Trend des Anstieges an Schülern der Stadt Halle (Saale) folgen. Die Steigerung der Beförderungsfälle beim ‚Semestervollticket‘ ist auf die Steigerung der Studentenzahl gegenüber dem Vorjahr sowie die Erweiterung des ‚Semestervolltickets‘ auf die Hochschule Merseburg zurückzuführen. Es kann eingeschätzt werden, dass die extremen hochsommerlichen Witterungseinflüsse in 2018 eine leicht negative Wirkung auf die Nutzung des ÖPNV-Angebotes hatten.

Als Jahresresümee kann für das Jahr 2018 festgehalten werden, dass das gestellte Planziel von 54,6 Mio. Fahrgästen überschritten wurde. Ursachen dafür sieht die Gesellschaft in der Stärkung der Kundenbindung, den vorher genannten Maßnahmen und steigenden Schülerzahlen bei annähernd konstanter Gesamtbevölkerungsentwicklung in Halle.

Bei den zahlenden Personen im Linienverkehr erreichte die HAVAG im Jahr 2018 einen Wert von 0,80 EUR je Fahrgast und kann somit das Vorjahresniveau halten.

Für das Jahr 2018 standen per Stichtag 31. Dezember für die Erbringung der Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr 108 Straßenbahntriebwagen sowie 61 Omnibusse zur Verfügung.

3.5. Forschung und Entwicklung

Das Gemeinschaftsforschungsprojekt ‚Stadtklima‘, eine Kooperation mit dem Deutschen Wetterdienst und dem Landesamt für Umweltschutz zur urbanen Klimaentwicklung in der Region, wurde im vierten Jahr erfolgreich fortgesetzt. Ende des 1. Quartals wurden die Messungen mit den drei Straßenbahnen beendet. Die Auswertung der Daten wird bis zum 2. Quartal 2019 andauern.

Basierend auf dem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Barrierefreiheit aus vergangenen Jahren folgte nunmehr die Vorbereitung der angestrebten Fortführung. Ende des Jahres 2018 erhielten wir von der Stadt Halle die Finanzierungszusage für das Projekt, welches 2019 begonnen wird.

Mit dem beschriebenen Engagement der HAVAG auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung wird gleichfalls ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Die HAVAG ist Projektpartner bei der Initiative des Landes Sachsen-Anhalt zur möglichen Einführung von Elektrobussen. Die Voruntersuchungen zur Einführung von Elektrobussen sind abgeschlossen. Die fortführende Untersuchung zur Einführung von Elektrobussen wurde im Jahr 2018 durchgeführt. Die Ergebnisse liegen seit Anfang des Jahres 2019 vor und werden entsprechend ausgewertet.

Unter Federführung der HAVAG wurde im Auftrag der Stadtwerke Halle GmbH eine interaktive Karte mit dem Namen ‚MobileM.app‘ als Auskunftssystem für den öffentlichen Personennahverkehr entwickelt. In der ersten Ausbaustufe wurden die Positionen von Omnibussen und Straßenbahnen in Echtzeit in einer interaktiven Linien- und Stadtkarte im Linienbetrieb dargestellt. Diese interaktive Karte wurde mittlerweile in die Stadtwerke-App ‚Mein Halle‘, eingebunden.

Gemeinsam mit dem Aufgabenträger Stadt Halle (Saale) wurde in 2018 ein Masterplan zur möglichen Einleitung von Maßnahmen zur Reduktion der Feinstaubbelastung in Halle (‚Green City Plan‘) erarbeitet. Der ‚Green-City-Plan‘, wurde durch die HAVAG als Partner der Stadt Halle (Saale) inhaltlich stark geprägt. Schwerpunkte dieses Planes sind die Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs, der Ausbau der Elektromobilität und die umweltsensitive Verkehrssteuerung in Großstädten. Hierzu wurden in Kooperation mit der Stadt Halle (Saale) zwei Anträge für das Fördervorhaben IVS-Intelligente Verkehrssysteme des Landes Sachsen-Anhalt gestellt.

Um die positiven Auswirkungen des öffentlichen Personennahverkehrs auf die Umwelt möglichst weiter auszubauen und damit seine Vorteile für die Umwelt gegenüber dem motorisierten Individualverkehr auch zukünftig zu sichern, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden, sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen, unerlässlich. Durch den Betrieb einer modernen Photovoltaikanlage auf dem Dach der Straßenbahnabstellhalle im Betriebshof Freimfelder Straße konnte im Jahr 2018 eine Kohlendioxidreduzierung von 105 t erzielt werden.

Mit den Investitionen in weitere fünf Omnibusse des Modells ‚Citaro 2 EURO VI‘ von Mercedes Benz setzt die HAVAG eine kohlendioxidarme und energieeffiziente Fahrzeugtechnologie ein. Die Einhaltung der EU Abgasnorm EURO 6 ist gewährleistet und das Modell ‚MB Citaro 2 EURO VI‘ wurde zudem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, mit dem Umweltlabel ‚Der Blaue Engel‘ ausgezeichnet.

Die Busfahrer der HAVAG wurden in einem Sicherheits-Fahrtraining in sicherer und ökonomischer Fahrweise weitergebildet. In den Werkstattbereichen erfolgt eine sukzessive Umrüstung auf energiesparende LED-Beleuchtung.

Insgesamt konnte durch die Modernisierung des Blockheizkraftwerkes auf dem Betriebshof Freimfelder Straße (2017) eine Kohlendioxidreduzierung von weiteren 140 t im Jahr 2018 erzielt werden.

Im Rahmen des Stadtbahnprogramms förderte die HAVAG gemeinsam mit den Stadtwerken die Neupflanzung von Bäumen und trug durch Bewässerungsmaßnahmen zum Erhalt von über 400 Bäumen bei.

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der SWH-Gruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die aktive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 sind in der HAVAG 739 Mitarbeiter (Personalstand) und 40 Auszubildende beschäftigt. Dies stellt einen Aufwuchs gegenüber dem Vorjahr um 14 Personen dar. Bei der Analyse der Vollzeitbeschäftigteneinheiten ist ebenfalls eine Steigerung von 691,4 zum Vorjahresstichtag auf 705,0 zum Stichtag zu verzeichnen. Der angestrebte Planwert von 701,8 Vollzeitbeschäftigten wurde dabei um 3,3 Vollzeitbeschäftigteneinheiten überschritten. Grund für die Überschreitung ist der gestiegene Bedarf an Fahrpersonal. Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens durch Altersteilzeit-, Teilzeit- und Abfindungsmodelle wurden im Jahr 2018 16 weitere Altersteilzeitverträge abgeschlossen.

11 Auszubildende beendeten im Jahr 2018 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten sechs Auszubildende in ein befristetes und fünf Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Mit den genannten Veränderungen des Personalbestandes und unter Berücksichtigung einer Fluktuationsrate von 1,6 % lag das Durchschnittsalter im Jahr 2018 bei 48 Jahren und ist damit gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit beträgt wie im Vorjahr unverändert 22 Jahre.

Das Niveau der durchschnittlichen Fehlzeiten in Folge von Krankheit ist mit 8,8 %, im Vergleich zu 7,9 % im Vorjahr, leicht gestiegen. Als Ursache ist hier unter anderem die Grippewelle im Jahr 2018 zu benennen. Die HAVAG wird weiterhin durch unterstützende Maßnahmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement an der Verbesserung der krankheitsbedingten Fehlzeiten arbeiten.

Im April 2018 wurde der Entgelttarifvertrag zum Tarifvertrag Nahverkehr des Landes Sachsen-Anhalt neu verhandelt. Es wurden die Vergütungen bis zum 30. Juni 2020 festgelegt. Die tarifliche Wochenarbeitszeit beträgt weiterhin 38 Stunden.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden. Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Vorstandsebene der HAVAG beträgt die Quote 0 %. Der Frauenanteil zum Bilanzstichtag erhöhte sich für die 1. Führungsebene auf 37 %, im Gegensatz zu 31 % im Vorjahr, und auch für die 2. Führungsebene ergab sich eine Steigerung von 26 % im Vorjahr auf 29 % im Betrachtungsjahr. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HAVAG liegt per 31. Dezember 2018 unverändert bei 11 %, eine Zielsetzung ist nicht festgelegt. Zur Entwicklung der Frauenquote in den einzelnen Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollen ca. 22 % Frauenanteil bis Mitte 2017 und ca. 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen %ualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Unternehmensklärung Entgelttransparenz

Im Zuge des Entgelttransparenzgesetzes können Mitarbeiter unter gewissen Voraussetzungen die Kriterien und Verfahren der Entgeltfindung sowie die Höhe des Entgelts ihrer Kollegen des jeweils anderen Geschlechts erfragen. Neben dem individuellen Auskunftsanspruch beinhaltet das Gesetz für private Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten auch die Lageberichtspflicht. Der Entgelttransparenzbericht war erstmalig für das Geschäftsjahr 2017 zu erstellen und ist für tarifgebundene Arbeitgeber, nach § 22 Abs. 1 EntgTranspG, alle fünf Jahre zu erstellen und dem Lagebericht als Anlage beizufügen.

Da die Mehrheit der Beschäftigten der HAVAG Tarifmitarbeiter sind, gilt laut § 4 Abs. 5 EntgTranspG die Angemessenheitsvermutung, sodass keine weitere Prüfung auf Entgeltgleichheit erforderlich ist.

Für die Minderheit der Belegschaft, die AT-Angestellten, muss zunächst die Feststellung von gleicher oder gleichwertiger Arbeit im Sinne des § 4 EntgTranspG erfolgen. Hierfür liegt der SWH-Gruppe der Kienbaum PayGapScanner vor. Das Tool ermöglicht eine systematische Überprüfung von gleicher und gleichwertiger Arbeit, anhand der drei im Gesetz geforderten Kriterien. Zudem wird die umfassende Analyse aller Vergütungsbestandteile ermöglicht. Unterschiede im Entgelt zwischen Männern und Frauen können so aufgedeckt und geschlossen werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die HAVAG konnte ein erfolgreiches Jahr 2018 mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 10,4 abschließen und somit einen positiven Beitrag zum Ergebnis der SWH-Gruppe leisten.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2017	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	54.697,8	59.666,5	4.968,7	9,0
Andere aktivierte Eigenleistungen	235,1	285,5	50,4	21,4
Übrige betriebliche Erträge	26.288,7	21.946,4	-4.342,3	-16,5
Materialaufwand	26.437,4	28.819,9	2.382,5	9,0
Personalaufwand	35.305,3	36.311,5	1.006,2	2,8
Übrige betriebliche Aufwendungen	18.215,8	16.033,5	-2.182,3	-12,0
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	94,3	0,1	-94,2	-99,9
EBITDA	1.357,4	733,6	-623,8	-46,0
Abschreibungen	21.273,8	21.099,4	-174,4	-0,8
EBIT	-19.916,4	-20.365,8	-449,4	-2,3
Zinsergebnis	-552,1	-893,6	-341,5	-61,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-20.468,5	-21.259,4	-790,9	3,9
Betriebskostenzuschüsse	22.236,6	21.973,7	-262,9	-1,2
Sonstige Steuern	71,4	703,9	632,5	>100,0
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand aus Gewinnabführung	1.696,7	10,4	-1.686,3	-99,4
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0

Insgesamt wurden im Jahr 2018 Umsatzerlöse von T€ 59.667 erwirtschaftet, dies entspricht einer Steigerung von T€ 4.969 gegenüber dem Vorjahr. Den gestiegenen Fahrgeldeinnahmen in Höhe von T€ 1.317 stehen dabei die verminderten Ausgleichszahlungen nach § 231 SGB IX mit T€ 1.262 gegenüber. Maßgeblich für die reduzierte Ausgleichzahlung ist der Rückgang des Schwerbehindertenquotienten von 6,05 % im Jahr 2017 auf 3,86 % im Jahr 2018. Wesentlichste Abweichung in den Umsatzerlösen ist der Erlös aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 5.087.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringern sich um T€ 4.343 gegenüber dem Jahr 2017. Hauptsächlich sind dafür die verringerten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit T€ 2.091 und die Erstattung von Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 1.687. Der notwendige Betriebskostenzuschuss des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt T€ 21.974 und ist im Vorjahresvergleich um T€ 263 gesunken.

Für den Materialaufwand von T€ 28.820 ist eine Steigerung von T€ 2.383 gegenüber dem Jahr 2017 ausgewiesen. Die wesentlichste Abweichung in dieser Position stellen die Aufwendungen aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 5.087 dar. Dem entgegen steht eine Unterschreitung in der Position Instandhaltung in Höhe von T€ 2.468. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen bedingt durch eine Rückstellung von T€ 3.510 für Fremdleistungen für Instandhaltung von Straßenbahnen im Jahr 2017.

Auf Grundlage des geltenden Tarifvertrages und unter Berücksichtigung der veränderten Anzahl der Personale stieg der Personalaufwand um T€ 1.006 an. Für das abgeschlossene Jahr 2018 ergibt sich damit ein Personalaufwand von T€ 36.311.

Die wesentliche Reduzierung der übrigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 2.182 ist maßgeblich durch die Aufwendungen von Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen zu erklären. Gegenüber dem Vorjahr reduziert sich das EBITDA um T€ 624.

Die Abschreibungen von T€ 21.099 im Jahr 2018 haben sich um T€ 175 gegenüber dem Vorjahr reduziert.

Die Entwicklung des Zinsergebnisses und der sonstigen Steuern ist maßgeblich durch die im Jahr 2018 gebildete Risikorückstellung aufgrund einer möglichen Umsatzsteuernachzahlung auf Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gemäß § 9 ÖPNVG vor dem Hintergrund einer laufenden steuerlichen Betriebsprüfung geprägt.

Insgesamt kann die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2018 mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag abschließen.

Im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welche auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr 2018 erstellt wurde, hat die HAVAG die Einhaltung der ermittelten Soll-Kosten eines ‚durchschnittlich, gut geführten‘ Unternehmens nachgewiesen.

4.2. Finanzlage

Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, der Ergebnisabführung sowie wesentlicher periodenfremder oder einmaliger Sondereffekte erreichte die Gesellschaft einen Kostendeckungsgrad von 74,2 %. Gegenüber dem Vorjahreswert von 72,4 % ist somit eine positive Entwicklung festzuhalten.

Im Geschäftsjahr 2018 hat die HAVAG Zuschussmittel von T€ 11.684 von den unterschiedlichen Fördermittelgebern des Bundes und des Landes abgerufen. Für die maßnahmenbezogene Verwendung von Fördermitteln des Landes und des Bundes und der Kredite von T€ 3.511 sowie der Eigenmittel sind investive Leistungen in Höhe von T€ 38.966 abgerechnet worden.

Zur unterjährigen Finanzierung des operativen Geschäftsverlaufes nutzt die HAVAG ihren Cash-Pool-Rahmen.

4.2.1. Kapitalstruktur

Nach Abrechnung aller tatsächlich realisierten Investitionen erfolgt die endgültige Entscheidung ihrer Finanzierung über Eigen- beziehungsweise Fremdmittel. Für das Geschäftsjahr 2017 ergab die endgültige Abrechnung keinen Finanzierungsbedarf im Folgejahr 2018. Die Finanzverbindlichkeiten lagen nach der Neuaufnahme in 2018 zur Finanzierung von fünf Stadtlinienbussen und mobilen Fahrausweisautomaten in Höhe von T€ 3.511 und der Tilgung bestehender Verbindlichkeiten aus Vorjahren zum Bilanzstichtag bei T€ 18.463 und erhöhten sich damit zum vorjährigen Bestand um T€ 742.

Nettoschulden	2017	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	17.721	18.463	742	4,2
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	17.721	15.240	-2.481	-14,0
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	0	3.223	3.223	0,0
liquide Mittel	9.650	-10.978	-20.628	-213,8
Kasse	846	1.032	186	22,0
Cash Pool	8.804	-12.010	-20.814	-236,4
Nettoschulden	8.071	29.441	21.370	264,8
EBITDA	1.357	733	-624	-46,0
Nettoschulden/EBITDA	5,9	40,1		579,7

Das Eigenkapital der HAVAG von T€ 83.583 bleibt konstant und bildet somit eine Eigenkapitalquote von 27,2 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich ein wirtschaftliches Eigenkapital mit einer Quote von 82,7 %.

Aus der Entwicklung der Finanzierungsmittel von T€ 17.721 auf T€ 18.463 bei gleichzeitiger Reduzierung der liquiden Mittel um T€ 20.628, berechnet sich eine Nettoverschuldung von T€ 29.441. Im Jahresverlauf stellt dieses einen Anstieg um T€ 21.370 dar. Die Entwicklung der liquiden Mittel ist im Wesentlichen auf ausstehende Fördermittelzahlungen zurückzuführen, welche im Jahr 2018 abgefordert aber noch nicht eingegangen sind. Unter Berücksichtigung des EBITDA hat sich der dynamische Verschuldungsgrad des Unternehmens von 5,9 Jahren im Jahr 2017 auf einen Wert von 40,1 Jahren im Jahr 2018 entwickelt.

4.2.2. Investitionen

Mit Fortführung des Stadtbahnprogramms wurden weiterhin die hauptsächlichen Investitionen in die Infrastruktur ausgeführt. Dabei standen im Jahr 2018 die Vorhaben Merseburger Straße, Große Steinstraße, Veszpremer Straße und Durchbindung Schleife Südstadt sowie Am Steintor (Neubau des Bahnunterwerks in der Krausenstraße) im Mittelpunkt. Darüber hinaus wurden weitere Leistungen zur Planung und Vorbereitung von Teilvorhaben des Stadtbahnprogramms der Stufe 2 sowie der Stufe 3 im Geschäftsjahr realisiert.

Ergänzt wurden die genannten Komplexbaumaßnahmen durch die Erneuerung der Gleis- und Fahrleitungsanlage im Abschnitt Fluthilfe 207 A Gimritzer Damm. Die Strecke konnte im Oktober wieder in Betrieb genommen werden.

Neben dem grundhaften Ausbau der Gleisanlagen erfolgten weitere Leistungen in die Infrastruktur, wie die Erneuerung von Fahrleitungs-, Bahnstrom- und Kommunikationsanlagen sowie den Neubau/Ersatz von optischen Fahrgastinformationsanlagen. Wesentlich war im Jahr 2018 auch die Nachrüstung von Bahnstromunterwerken und die Erneuerung der Anlagen zur Weichensteuerung.

Im Bereich der mobilen Technik und der stationären Anlagen hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr vor allem erneut in den Kauf von zwei neuen Stadtliniensbussen und drei Gelenkbussen als Ersatzbeschaffung investiert. Weiterhin erfolgte der Ersatz von Spezialfahrzeugen für die Bereiche Stromversorgung und Gleisbau. Nach erfolgter Ausrüstung aller Niederflurstraßenbahnen und Busse der HAVAG mit mobilen Fahrausweisautomaten wurden im Geschäftsjahr 42 stationäre Fahrausweisautomaten beschafft. Davon werden sieben Stück in die geförderten Vorhaben des Stadtbahnprogramms übernommen.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch die stetige Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, die Erstattungsleistungen nach § 231 Sozialgesetzbuch IX, die Investitionszuschüsse sowie die Einbindung der HAVAG in den Cash Pool der SWH-Gruppe jederzeit gesichert. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Geschäftsjahres ist über die zuvor beschriebenen Kredite abgebildet.

Liquiditätsentwicklung	2017	2018
	T€	T€
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-10.721	-12.844
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-37.049	-39.469
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	42.287	31.685
Zahlungswirksame Veränderungen	-5.483	-20.628
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	15.133	9.650
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	9.650	-10.978

Einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Liquidität haben die zum Ende des Jahres erhaltenen Fördermittel von T€ 3.117 (Vorjahr T€ 8.375).

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2018 weist die HAVAG eine Bilanzsumme von T€ 306.749 aus. Dieser Wert erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 4.587 und wird wesentlich durch einen Anstieg des Anlagevermögens und der Forderungen beeinflusst.

Anteil an	2017	2018	Veränderung
Bilanzsumme	%	%	%
Anlagevermögen	93,7	93,3	-0,4
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	6,3	6,7	6,3

Auf der Passivseite wird ein unverändertes Eigenkapital ausgewiesen. In dem Sonderposten für Investitionszuschüsse ist eine verringerte Zuführung im Vergleich zum Verbrauch aufgezeigt, daraus resultiert die nachfolgend dargestellte Entwicklung des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Entwicklung	2017	2018	Veränderung	
Anlagendeckungsgrad	T€	T€	T€	%
Anlagevermögen	282.908,9	286.288,3	3.379,4	1,2
Wirtschaftliches Eigenkapital	260.713,0	253.875,7	-6.837,3	-2,6
Deckungsgrad	92,2%	88,7%		-3,8

Eine leichte Erhöhung der Rückstellungen auf T€ 11.208 ist zum Bilanzstichtag zu verzeichnen. Für die markante Erhöhung der Verbindlichkeiten sind insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausschlaggebend.

4.4. Gesamtaussage

Mit einer zufriedenstellenden Gesamtbeurteilung schließt die HAVAG ein ereignis- und maßnahmenreiches Jahr ab. Neben der wirtschaftlichen Beurteilung ist für die HAVAG die Einschätzung der Zahl der Fahrgäste von Bedeutung. Die im Jahr 2015 zu konstatierende positive Wende der zuvor stets rückläufigen Entwicklung der Beförderungsfälle konnte im Jahr 2018 abermals bestätigt werden. Innerhalb der einzelnen Kundengruppen waren im Jahr 2018 unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. So sind in der Kundengruppe ‚Schüler, Auszubildende und Studenten‘ die Zuwächse durch die Umstellung der Produkte erkennbar. Die Steigerung der Beförderungsfälle im ‚Semestervollticket‘ ist auf die Steigerung der Studentenzahl gegenüber dem Vorjahr sowie der Erweiterung des ‚Semestervolltickets‘ auf die Hochschule Merseburg zurückzuführen. Der positive Trend der Beförderungsfälle wird allein durch den veränderten Schwerbehindertenquotienten gedämpft.

Im Rahmen der im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag geforderten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge wird die Beurteilung der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung des Geschäftsjahres bestätigt. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, dass die im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag für das Jahr 2018 vereinbarten Sollkosten, die denen eines ‚durchschnittlich, gut geführten‘ Unternehmens gemäß des Kriteriums Vier des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 entsprechen, im Ist eingehalten werden konnten. Insgesamt konnte die HAVAG ein Ergebnis in Höhe von T€ 10 vor Ergebnisabführung erzielen. Damit schließt die HAVAG ein erfolgreiches Jahr 2018 mit hoher Zufriedenheit ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach qualitativer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2018 wurden für das Jahr 2019 bei der HAVAG insgesamt zehn Risiken ermittelt (Vorjahr acht). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt kein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen.

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Unternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz.

Durch die turnusmäßig systematische Risikoerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung beziehungsweise Überarbeitung des Risikohandbuchs in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten. Auch um sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen, sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht.

Chancen ergeben sich insbesondere aus der strategischen Neuausrichtung der HAVAG. Durch die konsequente Umsetzung und Überwachung der Einzelmaßnahmen aus dem Strategieentwicklungsprozess und dem Effizienzsteigerungsprogramm soll die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert und der Zuschussbedarf auf einem konstanten Niveau stabilisiert werden.

5.3. Gesamtbild

Die Herausforderung, sich in einem ständig wechselnden Umfeld an immer neue Rahmenbedingungen anzupassen, nimmt die HAVAG stets mit einem großen Engagement an. Nur durch eine intensive und detaillierte Betrachtung der örtlichen Marktentwicklungen kann eine rechtzeitige Reaktion erreicht werden, um gleichfalls die Risiken für das Unternehmen zu minimieren. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich für einen erfolgreichen Fortbestand zu entwickeln und um Wachstumsmöglichkeiten zu finden.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der HAVAG für die Planjahre 2019 bis 2023 besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) durch eine weiterführende und konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieentwicklungsprozesses zu sichern. Diese Projekte beinhalten unter anderem die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragssteigerung, die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Aufwandsreduzierung und einem effektiven Ressourceneinsatz.

Im Planungszeitraum 2019 bis 2023 wird von einem leichten Rückgang des Fahrgastniveaus von zirka 55,1 Mio. Beförderungsfällen im Jahr 2019 auf ca. 54,7 Mio. Beförderungsfälle im Jahr 2023 ausgegangen. Maßgeblich für diese Tendenz sind die Einflussfaktoren Schienenersatz- und Umleitungsverkehre aufgrund von Baustellen sowie gegenläufige Effekte aus der Berücksichtigung der Preiselastizität.

Die Umsatz- und Leistungsziele, denen ein stabiles Grundverkehrsangebot in Verbindung mit einem abgestimmten Schienenersatz- und Umleitungsverkehrskonzept im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zugrunde liegt, sollen mit einer gezielten Preis-/Produkt-/Vertriebs- und Kommunikationsstrategie erreicht werden. Insgesamt beruhen die geplanten Fahrgeldeinnahmen und Beförderungsfälle auf der Umsetzung der Vertriebs- und Marketingstrategie der HAVAG unter Anwendung der mobilen Fahrkartenautomaten mit zeitgemäßen Bezahlungsfunktionen in den Straßenbahnen und Omnibussen oder den stationären Fahrkartenautomaten an exponierten Haltestellen. Da prinzipiell mit einer Teuerungsrate für Material, Leistungen und Personal zu rechnen ist, sollen gezielte strategische Entscheidungen zur Kompensation der Aufwandsteigerung beitragen. Ziel des Unternehmens ist ein nahezu konstantes Niveau des notwendigen Betriebskostenzuschusses für die Verkehrsleistung.

Die vom Aufsichtsrat am 19. Oktober 2018 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2019 sieht einen Betriebskostenzuschuss von T€ 24.186 vor. Diese Planung unterstützt den hohen Qualitätsanspruch an den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) nach den im Nahverkehrsplan formulierten Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigt die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung und entspricht den grundlegenden Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

6.2. Investitionen

Die HAVAG hat für das Jahr 2019 Investitionen von T€ 46.129,0 geplant. Den Hauptanteil daran trägt nach wie vor die Umsetzung des Stadtbahnprogramms als Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der SWH-Gruppe. Drei Großprojekte, Große Steinstraße (geplante Fertigstellung Ende April 2019, Inbetriebnahme der Straßenbahn vsl. 6. Mai 2019), die Weiterführung der Bauarbeiten in der Merseburger Straße mit dem Umbau der Westfahrbahn sowie der Verkehrsbau Gimritzer Damm auf dem Abschnitt des Stadtbahnprogramms mit der Erneuerung der Gleis- und Fahrleitungsanlagen in der Heideallee stehen dabei im Focus des Geschäftsjahres.

6.3. Finanzierung

Das Stadtbahnprogramm nimmt in den nächsten Jahren weiterhin eine zentrale Position in den Investitionen ein. Diese Investitionen werden zu einem Großteil durch Fördermittel des Bundes und des Landes abgedeckt.

Des Weiteren steht im Mittelpunkt des Handelns des Jahres 2019 die Ersatzbeschaffung von Straßenbahnfahrzeugen und deren finanzielle Auswirkungen. Zur Unterstützung der Finanzierung steht die Gesellschaft in einem ständigen Kontakt zu möglichen Fördermittelgebern.

6.4. Ergebniserwartung

Die HAVAG als zentraler Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr beabsichtigt die permanente Steigerung der Attraktivität des Verkehrsangebotes für die Einwohner und Gäste der Stadt Halle (Saale). Eine qualitativ hochwertige innerstädtische Mobilität beziehungsweise die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen. Mit seinen prinzipiellen klima- und umweltpolitischen Vorteilen eines modernen Nahverkehrsunternehmens will die Gesellschaft zur Senkung der Emissions- und Immissionsbelastung in der Stadt beitragen.

Für die Erfüllung der Ergebniserwartung ist es erforderlich, dass die Gesellschaft flexibel auf mögliche Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen reagiert. Dazu sollen die initiierten Projekte und Maßnahmen beitragen sowie geeignete neue Möglichkeiten gesucht werden, um den Erfolg der HAVAG nachhaltig zu sichern.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Freiimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Postanschrift: Prager Straße 8 04103 Leipzig
-------------------	--	--

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	74

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Stadt Leipzig	13	17,55
Stadt Halle (Saale)	11	15,92
Hallesche Verkehrs-AG	9	12,45
DB Regio Aktiengesellschaft	8	10,95
Burgenlandkreis	4	5,44
Landkreis Leipzig	3	3,54
Landkreis Nordsachsen	3	3,54
Landkreis Saalekreis	3	3,54
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)	3	3,54
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2	2,99
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2	2,99
Regionalbus Leipzig GmbH	2	2,99
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG und Döllnitzbahn GmbH	1	1,50
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leupold oHG und Geißler-Reisen GbR	1	1,50
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1	1,50
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1	1,50
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1	1,16
Landkreis Altenburger Land	1	1,02
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1	1,02
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1	1,02
Erfurter Bahn GmbH	0	0,40
Transdev GmbH	0	0,40

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat:

Vorsitzende

Dubrau, Dorothee

1. stellv. Vorsitzender

Schwarz, Vinzenz

2. stellv. Vorsitzender

Thieme, Ronny

Bog, Stephan

Böhm, Thomas

Bretzger, Frank-Peter

Däumler, Lutz

Dr. Halama, Jan T. (seit 02.05.2018)

Dr. Menke, Norbert (bis 30.04.2018)

Dr. Weinhold, Wolfgang

Emanuel, Kai (seit 01.07.2018)

Gabelmann, Ute Elisabeth

Grewing, Thomas (bis 31.03.2018)

Handschak, Hartmut

Hoffmann, Joachim

Juhrs, Ronald

Kultscher, Andreas

Maciejewski, Ansbert

Malter, Klaus Rüdiger

Middelberg, Ulf

Mietzsch, Oliver

Peinhardt, Ulrich

Rebenstorf, René (seit 01.08.2018)

Riekewald, Franziska

Riese, Lothar

Schütze, Karsten

Stäglin, Uwe (bis 31.07.2018)

Stoye, Angelika (bis 30.06.2018)

Tippach, Steffen (seit 03.07.2018)

Tröger, Heiko (seit 01.01.2018 bis 31.12.2018)

Völker, Andreas

Aufsichtsrat:	beratendes Mitglied	Jendretzki, Edward
	beratendes Mitglied	Prof. Kummer, Klaus
	beratendes Mitglied	Sablotny, Bernd

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	3	2

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	682	28	808	40	863	40	-126	-16
Umlaufvermögen	1.703	71	1.203	59	1.295	60	500	42
Rechnungsabgrenzungsposten	31	1	13	1	12	0	18	138

Bilanzsumme	2.416	100	2.024	100	2.170	100	392	19
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandvermögen	4.633		4.023		3.829		610	15
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-----	----

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	461	19	461	23	461	21	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	467	19	604	30	648	30	-137	-23
Rückstellungen	126	5	127	6	130	6	-1	-1
Verbindlichkeiten	1.239	52	713	35	801	37	526	74
Rechnungsabgrenzungsposten	123	5	119	6	130	6	4	3

Bilanzsumme	2.416	100	2.024	100	2.170	100	392	19
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	4.633		4.023		3.829		610	15
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-----	----

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	967	915	781
Zuschüsse Gesellschafter	2.554	2.511	2.370
andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	44
sonstige betriebliche Erträge	1.150	798	523
Materialaufwand	1.694	1.568	1.311
Personalaufwand	2.376	2.086	1.861
Abschreibungen	207	182	156
sonstige betriebliche Aufwendungen	390	387	388
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	3	1
Ergebnis nach Steuern	0	0	1
sonstige Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	207	182	156	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	114	117	113	T€
Personalaufwandsquote:	50,88	49,38	50,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,45	4,99	4,64	%
Eigenkapitalquote:	19,10	22,79	21,26	%
Fremdkapitalquote:	80,90	77,21	78,74	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Fahrgastaufkommen	243,43	235,40	225,00	Mio.

f) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2018

Auch 2018 hielt die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen und Fahrgeldeinnahmen an. Dies betraf die beiden kreisfreien Städte, aber auch die Landkreise im MDV. Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2018 mit EUR 9,1 Mio. (rd. 4,0 %) über dem Vorjahr. 50 % davon resultieren aus dem Segment Zeitkarten Jedermann mit einem Plus von EUR 4,5 Mio. Auch die Verkäufe im Bartarif haben sich mit einem Zuwachs von EUR 2,1 Mio. wieder deutlich stabilisiert.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2018 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Aufbauend auf der durch eine Marktforschung dokumentierten hohen Zufriedenheit mit dem ABO-Sortiment wurden in den beiden Städten Leipzig und Halle die ABO light-Produkte weiter differenziert und flexibilisiert mit dem Ziel, auch besonders preissensible Vielfahrer dauerhaft an den ÖPNV zu binden.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Nahverkehrsstrategie des Freistaats Sachsen wurde im Jahr 2018 intensiv in Zusammenarbeit mit den anderen Verkehrsverbänden an den Themen verbundübergreifender Übergangstarif und Tarifangebote für junge Leute gearbeitet.

Ein Fokus bildete dabei die Vorbereitung des Übergangstarifs Riesa – Oschatz, mit dem Fahrgäste zwischen den Tarifzonen 41 (VVO) und 127 (MDV) den SPNV und in den Tarifzonen die lokalen Busangebote mit einem Fahrausweis nutzen können. Die Erfahrungen aus diesem Übergangstarif sollen genutzt werden, um den landesweiten Sachsentarif vorzudenken.

Für die Einführung eines Bildungstickets entsprechend der Erwartungen des SMWA wurden gemeinsam mit den anderen Verkehrsverbänden und den MDV-Gesellschaftern verschiedene Modelle entworfen, analysiert und bewertet. Herauskrystallisiert hat sich dabei ein differenzierter Ansatz für Schüler und Auszubildende, da einerseits die Mobilitätsanforderungen, andererseits auch die Voraussetzungen unterschiedliche sind.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Die Gesellschafter der MDV GmbH haben am 01.02.2018 die Umsetzung einer vorerst auf den SPNV beschränkten **Verbunderweiterung** im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg) zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 beschlossen. In den Jahren 2018 und 2019 waren bzw. sind alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, was auch die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit, den Fahrgästen im Alt- und Erweiterungsgebiet sowie den Verkehrsunternehmen einschließt. Ziel ist es, das im Dezember 2015 eingeführte neue S-Bahnssystem (MDSB II) mit den Vorteilen eines Verbundtarifs umfassender zu verknüpfen und damit noch attraktiver zu machen.

In diesem Zusammenhang wird ein System zum **automatischen Erstellen der Tarifmatrix** eingeführt. Auf Basis der 2018 durchgeführten Ausschreibung soll die Projektarbeit im Jahr 2019 abgeschlossen werden. Damit soll das bisherige aufwendige Bearbeiten der Tarifdaten durch die Sachbearbeiter der Verkehrsunternehmen deutlich reduziert und die Aussagefähigkeit der Weg-Texte an den Fahrschein-Automaten für den Fahrgast spürbar verbessert werden.

Die Erweiterung des **zentralen eTicketing-System im MDV** (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“) um zukünftig nach der neuesten Version (1.5) des deutschlandweit gültigen Standards der VDV-Kernapplikation arbeiten zu können, wurde Anfang 2018 abgeschlossen. Damit wurden die Voraussetzungen für eine optimierte Anbindung der neuen stationären Automaten der LVB an das MDV-Berechtigungssystem gelegt, so dass ab 2018 auch dort eTicketing-Funktionalitäten wie das Lesen, Schreiben und Ändern von Chipkarten nach der neuesten VDV-KA-Version mit optimierten Prozessen umgesetzt werden können. Im Jahr 2019 wird eine zweite Stufe der Erweiterung des MDV-BerSy für die VDV-KA Umsetzungsstufe 2b umgesetzt, so dass dann auch unbares Bezahlen mit VDV-KA-Bezahlungsmitteln (POB, PEB, WEB) möglich sein wird. Als erstes Verkehrsunternehmen wird die LVB diese Funktionen für Ihre Kunden anbieten. Die Erweiterung kann dann später auch von anderen Verkehrsunternehmen genutzt werden. Ein weiterer Fokus lag auf der Optimierung der Bedienung des Serviceportals im BerSy durch Performanceverbesserungen und neue Funktionen, um Arbeiten in der Bedienoberfläche noch schneller und optimierter durchführen zu können. Die vollständige Umstellung der Abonnenten und Schüler der OBS konnte im Jahr 2018 abgeschlossen werden. Für 2019 ist die Anbindung der PNVG im Rahmen der dortigen Inbetriebnahme des ReTSy sowie die Anbindung des neuen Bordrechnersystems (IVU) der PVG Burgenlandkreis ans BerSy vorgesehen.

Das **handybasierte Auskunfts- und Ticketingsystems easy.GO** hat sich zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. 2018 ist die Nutzung wiederum angestiegen. Anfragen zu Verbindungen und Abfahrtszeiten stiegen von 40 Mio. in 2017 auf 54,5 Mio. in 2018 und damit um 36 %. Mit ca. 1 Mio. Ticketkäufen wurden nahezu 3 Mio. Euro Umsatz erzielt; ein Anstieg von rd. 25 % zum Vorjahr.

Im Jahr 2018 wurde beschlossen, die App easy.GO mit folgenden Schwerpunkten weiterzuentwickeln:

- Zusätzliche Bezahlverfahren
- Buchung von Rufbusfahrten
- Verbundüberschreitende Auskunft und verbundüberschreitende Verkäufe inklusive Reiseketten im Bereich Sachsen bzw. später Mitteldeutschland.

Hierfür wird im Jahr 2019 eine europaweite Ausschreibung durchgeführt.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich weiterhin auf den Abschluss des **Telematikvorhabens** mit der Abnahme der neuen Bordrechner für die nordsächsischen Verkehrsunternehmen. Fehlerbeseitigung und Restarbeiten werden im 1. Halbjahr 2019 abgeschlossen. Damit ist die Basis für ein verknüpftes Gesamtsystem von verbundweiter Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlusssicherung und perspektivischer Anschlussgarantie im mitteldeutschen Verbundraum geschaffen, das zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen wird.

Die **Datendrehscheibe** für den verkehrsunternehmensübergreifenden Datenaustausch wurde um zusätzliche Funktionen für die Fahrgastinformation erweitert. Gleichzeitig wurde das Thema **Anschlusssicherung** vorangetrieben, indem neue Anschlusssicherungspunkte der LVB, Regionalbus Leipzig und der nordsächsischen Verkehrsunternehmen implementiert wurden. Die Verbundgesellschaft hat in Abstimmung mit dem ZVNL auf Grundlage des PlusBus-Netzes eine Methodik zur Erfassung von Anschlusssicherungsregeln entwickelt, deren Umsetzung mit den Verkehrsunternehmen in den sächsischen Landkreisen in 2019 abgestimmt werden soll.

Das Thema **Open Data** wurde im Jahr 2018 weiter vorangetrieben. Die Verbundgesellschafter beschlossen, dass die Fahrplandaten (Sollfahrpläne) unter eine freie Lizenz gestellt werden (CC-BY 4.0). Darüber hinaus wurde eine Downloadmöglichkeit eingerichtet, über die der wöchentlich aktualisierte Fahrplandatensatz Dritten zur Verfügung gestellt wird. Die GTFS-Daten werden auch in den Projekten der Gesellschafter wie z.B. flexible Bedienformen/Anrufbus, Low Carb oder in der Verkehrsplanung eingesetzt. Weiterhin wurde das Thema Datenaustausch mit Dritten sowie Nutzung neuer Datenquellen für das Verkehrsmanagement (echtzeitbasierte Verkehrsdaten) und Verkehrsplanung (insbesondere Mobilfunkdaten) im MDV koordiniert.

Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM) wurden in Abstimmung mit den städtischen Partnern die Themen **umweltsensitive Verkehrssteuerung** und Maßnahmen zur Reduzierung der negativen Umwelteinflüsse des MIV im Rahmen der Green-City Masterpläne der Städte Leipzig und Halle und Möglichkeiten der Erfassung kleinräumiger Umweltbelastungen sowie die Nutzung der Daten für die Optimierung des MIV-Verkehrs aufgezeigt. In 2019 sollen mit der Universität Leipzig konkrete technische Lösungen für die Datenerfassung diskutiert werden.

Der MDV beteiligte sich an mehreren Projekten, die die **verbundübergreifende und intermodale Mobilität** vereinfachen sollen. Dabei soll nicht nur die übergreifende Reiseauskunft, sondern auch ein übergreifendes Ticketing ermöglicht werden. Die Arbeiten im Projekt Mobilitätshub wurden abgeschlossen. Als Ergebnis wurde eine prototypische intermodale App präsentiert, die eine verkehrsmittel- und tarifgrenzenüberschreitende Buchung und Bezahlung von Mobilität erlaubt (ÖPNV und Sharing). Mit dem neu entwickelten Tarifserver und der Systemarchitektur wurde eine Grundlage zur Weiterentwicklung von easy.GO für verbundübergreifendes E-Ticketing gelegt. Die Abstimmungen zum verbundübergreifenden Ticketing werden parallel im Rahmen des Vorhabens Mitteldeutschland mobil geführt.

Im Zusammenhang mit **Mobilitätslösungen in ländlichen Regionen** als Ergänzung zum regionalen ÖPNV beschäftigt sich die Verbundgesellschaft mit der Schaffung von technischen Voraussetzungen für die Disposition, Buchung und Bezahlung von vollflexiblen Bedienformen. Im Berichtsjahr wurde im Landkreis Nordsachsen und Landkreis Leipzig eine neue Dispositionssoftware eingeführt und in Zusammenarbeit mit der NASA ein technisches Konzept für die Vernetzung mit dem Auskunftssystem INSA und easy.GO ausgearbeitet. Parallel dazu wurden länderübergreifend die rechtlichen Grundlagen der Genehmigung von vollflexiblen Bedienformen im Sinne des PBefG mit den Aufgabenträgern und Landesbehörden diskutiert, da die Genehmigungsfähigkeit eine wesentliche Hürde für die Etablierung von vollflexiblen Verkehren darstellt.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeaufteilung. Da sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich eine Fortschreibung der Fahrgastzähltechnik erforderlich ist, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2018 eine Ausschreibung für die 1. Stufe der Softwareneubeschaffung vorbereitet und durchgeführt. Im Anschluss wurde mit der Einführung der Software bei den regionalen Busunternehmen begonnen. Die Abnahme ist für das erste Halbjahr 2019 vorgesehen. Darüber hinaus erfolgte im Jahr 2018 eine Abstimmung über die zukünftig einzusetzenden Fahrgastzählsensoren und die Anforderungen an die zugrunde liegende Bustechnik.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2018 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Für das **Projekt „Landkreis Leipzig in Fahrt“** wurden nach der Umsetzung des Regionalverkehrs in 2017 die Weichen für die Umsetzung der geplanten Stadtverkehre in Grimma, Bad Lausick und Brandis gestellt. Der neue Stadtverkehr Grimma wird im April 2019 mit zwei Linien starten, die erstmals ganztägigen, vertakteten Wochenendverkehr aufweisen, außerdem werden neue Gebiete innerhalb der Kernstadt von Grimma mit neuen Haltestellen erschlossen. Für Bad Lausick ist eine Umsetzung ebenfalls mit zwei Linien im 30min-Takt und einer Erhöhung der Anzahl der Haltestellen ab Dezember 2019 vorgesehen. Für Brandis wird mit der ebenfalls für Dezember 2019 vorgesehenen Erschließung des Gewerbegebietes Beucha die Stadterschließung fertiggestellt. Im Jahr 2019 werden die Planungen für einen mit digitalen, flexiblen Bedienformen betriebenen Stadtverkehr in Colditz vorangetrieben. Eine Umsetzung ist für 2020 vorgesehen. Das Marketing konzentrierte sich im Jahr 2018 auf die Verbesserung der Informationen an den Haltestellen und auf die vertiefende Bekanntmachung der neuen Mobilitätsangebote. Im Jahr 2019 werden die neuen Stadtverkehre (3. Umsetzungsstufe) in Grimma, Brandis und Bad Lausick vermarktet.

Die Planungen im **Südraum** von Leipzig wurden in 2018 abgeschlossen, so dass ab August 2019 zusätzlich zu den bereits erfolgreich umgesetzten touristischen Linien 101, 105 und 106 die Linien des Alltagsverkehrs in neuer vertakteter Qualität durch die Verkehrsunternehmen Regionalbus Leipzig und THÜSAC umgesetzt werden. Die Vermarktung wird federführend durch den MDV in enger Abstimmung mit dem Landkreis Leipzig und den beiden Verkehrsunternehmen durchgeführt.

Das Projekt **„Clever unterwegs im Burgenlandkreis“** wird unter Federführung des Burgenlandkreises umgesetzt. Der ursprüngliche Umsetzungszeitpunkt verschiebt sich um ein Jahr auf den August 2020. Daher ist die für 2018 avisierte begleitende Kommunikation und Marketing des Vorhabens gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen in das aktuelle Jahr 2019/2020 verschoben worden.

Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit den ÖPNV-Aufgabenträgern zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** wurde in 2018 der Nahverkehrsplan für den Burgenlandkreis fertig gestellt und vom dortigen Kreistag beschlossen. Der Nahverkehrsplan für Nordsachsen soll nach Verzögerungen in 2019 fertiggestellt werden. Die Bearbeitung für den Landkreis Leipzig wurde im Dezember 2018 begonnen. Ab Mai 2019 wird die Bearbeitung im Landkreis Altenburger Land starten und im Jahr 2020 abschließend fertiggestellt.

Im durch den Freistaat Thüringen geförderten Projekt **„Schmölln macht mobil“** wurden in 2018 der Stadtverkehr Schmölln mit zwei neu konzipierten Linien in Betrieb genommen. Hierbei wurden neue Gebiete der Stadt mit neuem Linienlauf und zusätzlichen Haltestellen versehen. Erstmals verfügt der Stadtverkehr über ein Wochenendangebot. Seit August 2017 wird das Projekt durch Kommunikation und Marketing gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen begleitet. In 2018 und 2019 wurden und werden die Planungen für das Regionalverkehrskonzept durchgeführt, das als neues Angebot aus vertakteten Hauptlinien, mehr Haltestellen und flexiblen Bedienformen im Februar 2020 seinen Betrieb aufnehmen soll. Ein Kreistagsbeschluss ist für Oktober 2019 vorgesehen. Der Freistaat Thüringen fördert das Vorhaben im Personal- und Marketingbereich.

Im Dezember 2018 feierte die Marke **„PlusBus“** ihr fünfjähriges Bestehen. Aus diesem Anlass hat der MDV eine eigene Produktwebseite online erstellt: www.plusbus-deutschland.de. Deutschlandweit nutzen bereits über 60 ÖPNV-Linien die von der NASA GmbH und dem MDV lizenzierte Marke.

Der MDV unterstützt die Verbundpartner bei der Erfassung von **Daten zur Barrierefreiheit**. Mit der Erarbeitung des DELFI-Handbuches für Barrierefreiheit im ÖPNV (DELFI e.V.) wurden deutschlandweite Standards für die Datenerhebung festgelegt, die auch im MDV angewendet werden sollen. Durch die Bereitstellung einer Softwarelösung für die Erfassung von Haltestellendaten sowie Datenspezifikation schuf der MDV eine Grundlage für die Erfassung der Daten im Verbund. Des Weiteren wurden bereits in den Fahrplandaten gelieferte Fahrzeuginformationen (geplanter Einsatz eines Niederflurfahrzeugs) in Leipzig, Halle und SPNV-Netz in der Auskunft freigeschaltet.

Im Jahr 2019 beginnt die Aufnahme der im „Leitfaden für die Barrierefreiheit im MDV“ und DELFI-Handbuch Barrierefreiheit enthaltenen Anforderungen zur Ausstattung von Haltestellen in den Landkreisen Saalekreis und Burgenlandkreis. Im Landkreis Altenburg im Vorfeld durchgeführte Erhebungen sollen mit integriert werden. Diese Daten sollen sowohl für die Beauskunftung barrierefreier Reiseketten als auch für Informationen auf der Webseite verwendet werden.

Aus der **ÖPNV-Strategiekommission im Freistaat Sachsen** wurden neben verschiedenen Tarif- und Vertriebsmaßnahmen auch ein sachsenweites Netz aus Plus- und TaktBussen entwickelt, dass zusammen mit dem SPNV ein engmaschiges Netz an hochwertigen ÖPNV-Angeboten darstellt.

Der Freistaat Sachsen beabsichtigt den Betrieb von über 100 Plus- bzw. TaktBus-Linien in ganz Sachsen finanziell zu fördern. Eine Umsetzung ist dabei für die Jahre 2019 und 2020 vorgesehen. Im sächsischen MDV-Gebiet bedeutet dies, dass 30 Linien bei Erreichung der Qualitätskriterien die Förderung erhalten. Für die bestehenden Plus- und Taktbuslinien ist ebenfalls eine Förderung vorgesehen. Die Förderung von Stadtverkehrssystemen in Klein- und Mittelstädten ist dagegen nicht in die Förderung aufgenommen worden.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2018 u.a. die folgenden Themen bearbeitet:

- „Tag der Sachsen Torgau“ – Unterstützung der Planung des Verkehrsangebotes
- App-basierte flexible Bedienformen – Begleitung der Voruntersuchung und Einführung bei Geißler und Regionalbus Leipzig
- Fahrkartenautomatentest – Funktionen und Fehlerfindung

Für 2019 stehen u.a. folgende Themen an:

- Betrachtung Bahn-/Busverknüpfung an den Stationen Markkleeberg-Gaschwitz, Neukieritzsch und Regis-Breitungen
- Untersuchungen zur Anschlussicherung SPNV/PlusBus

Gefördert über die Fachkräftenrichtlinie des Freistaates Sachsen wird seit 2017 für den Landkreis Leipzig das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt „Betriebe in Fahrt“** durchgeführt. Die erste Phase des Projektes endete im Februar 2019. Für eine Weiterführung des Projektes im Landkreis Leipzig und eine Neuimplementierung des Projektes im Landkreis Nordsachsen wurden Förderanträge für den Zeitraum bis Februar 2021 gestellt. Während in Nordsachsen zunächst der Netzwerkaufbau, Strukturanalysen und Verbreitung des Themas „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ in 2019 im Vordergrund stehen, werden ab 2020 ähnlich wie im Landkreis Leipzig die Beratung von Gewerbestandorten in den Mittelpunkt rücken.

Im von der EU geförderten Projekt **„LowCarb – Clever unterwegs im Nordraum Leipzig“** haben sich die Projektpartner LVB, Stadt Leipzig und MDV das Ziel gesetzt, für die weiterhin stark boomenden Gewerbestandorte im Norden von Leipzig u.a. einen Masterplan Verkehr zu erstellen, der eine Steuerung des erhöhten Mobilitätsbedarfes in diesem Gebiet zu Gunsten des ÖPNV vorsieht. Das Projekt hat eine Laufzeit bis ins 2. Quartal 2020.

2017 wurde ein Konzept zur **verbundweiten Marktbearbeitung** mit allen Geschäftsführern abgestimmt. Damit sollen mehr potentielle Fahrgäste auf das gemeinsame Gesamtprodukt „Nahverkehrssystem in Mitteldeutschland“ aufmerksam gemacht und über gezielte Maßnahmen (Dialogmarketing) als Neukunden gewonnen werden. Im Jahr 2018 wurden dafür die Gesamtfinanzierung und die Agenturauswahl über ein Ausschreibungsverfahren festgelegt. Im aktuellen Jahr 2019 wird die mehrstufige verbundweite Kampagne erarbeitet und ab Mai verbundweit gestartet.

Neben dem Marketing der Verkehrsprojekte in den Landkreisen und zur Verbunderweiterung (vgl. vorherige Absätze) lagen die weiteren Schwerpunkte im Bereich der **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** auf folgenden Handlungsfeldern:

- verbundweite Mobilitätsberatung am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon zu Verbindungen, Tarifen und neuen Verkehrsangeboten (z.B. Muldental in Fahrt)
- Tarifwechsel 01.08.2018 (Herausgabe der Tarifpublikationen, Pressearbeit, Beratung)
- Fahrplanwechsel im August und Dezember (Herausgabe von Fahrplanbüchern bzw. Ergänzungsheften, Pressemeldungen),
- Umsetzung des neuen Verkehrserziehungsangebotes „Busschule“,

- Schulungen der Verbundunternehmen sowie
- Pressearbeit zu strategischen Themen des MDV.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2018

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2018 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 07.12.2017 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2018 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2018 **zu zahlende Zuschuss von TEUR 2.534** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres und enthielt eine Anhebung um 2,5 %. Mit dem Wirtschaftsplan 2018 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2017 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 379 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.554 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 4.671 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.117 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 359 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2019 wurde davon durch die Gesellschafter am 13. Dezember 2018 bereits ein Übertrag von TEUR 331 auf die Jahre 2019 und 2020 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 28 werden die Gesellschafter entscheiden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2018/2019 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Von Mitteln aus dem **projektbezogenen Erfolgsanteil** der Jahre 2018 und 2017 von TEUR 672 wurden 2018 TEUR 359 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2019 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 313 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2019 für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 127 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2019 für die Jahre 2019 bis 2021 enthalten. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 186 nicht in Anspruch genommen, was insbesondere Strategieprojekte und die Weiterentwicklung easy.GO betraf, die sich verschoben haben.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.416 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.024) um 19 % gestiegen. Dies begründet sich wesentlich aus dem Anstieg der Guthaben bei Kreditinstituten um TEUR 409 auf der Aktivseite, die aus noch nicht verbrauchten Fördermitteln und Mitteln des projektbezogenen Erfolgsanteils resultieren. Dies schlägt sich der Passivseite in einer Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und der sonstigen Verbindlichkeiten nieder.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018 gesichert.

Ausblick auf 2019 und 2020

Im Jahr 2019 wird die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, neue Busnetze und verbundweite Marktbearbeitung sowie Verbunderweiterung fortgeführt.

Im Bereich des Produktsortiments sind Veränderungen in einzelnen kleinen Stadtverkehren (u. a. das Angebot eines lokalen Seniorentickets) geplant.

Außerdem soll es 2019 neue Angebote für Schüler (SchülerFreizeitTicket) und Auszubildenden (AzubiTicket Sachsen) geben, die anteilig durch den Freistaat Sachsen finanziert werden. Zudem wird der Übergangstarif Riesa – Oschatz eingeführt, der eine verbundübergreifende Nutzung zwischen VVO und MDV mit einem Fahrschein ermöglicht. Diese neuen Tarife sind zur Einführung am 10.08.2019 einheitlich zu vermarkten. Die Aktionen erfolgen in gemeinsamer Umsetzung mit allen sächsischen Verkehrsverbänden.

Im Rahmen der Automatischen Fahrgastzählung soll die 2. Stufe der Sofortneubeschaffung (Stichprobenplanung, Saldenausgleich, Hochrechnung) mit der Vorbereitung und Durchführung einer Ausschreibung in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen beginnen.

Schwerpunkte der Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement 2019 sind:

- Digitalisierung flexibler Bedienformen: Vorbereitung der Integration der Auskunft und Buchung von vollflexiblen Bedienformen in easy.GO

- Umweltorientierte Verkehrssteuerung und Erfassung von Umweltdaten
- Großräumige Verkehrssteuerung auf BAB im Raum Halle-Leipzig/Einsatz dWiSta-Tafeln für umweltsensitive Verkehrssteuerung
- Vorantreiben der Open Data Aktivitäten im ÖPNV
 - Anschaffung einer OpenAPI-Schnittstelle
 - Datenaustausch mit Dritten
- Realisierung Barrierefreiheit im Auskunftssystem und Aufbau der Datenbasis
- Abstimmungen zu E-Mobilitätsvorhaben und Vorhaben im Bereich des autonomen Fahrens
- Etablierung einer Mitteldeutschen Austauschplattform für MIV-Themen

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2023 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 wurde von der Gesellschafterversammlung am 13.12.2018 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2019 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2019 sieht durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse von TEUR 2.662 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 331, wovon TEUR 276 auf das Jahr 2019 und TEUR 55 auf 2020 entfallen.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre unter Berücksichtigung geplanter Entnahmen aus der Kapitalrücklage von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Dazu zählt insbesondere die vorerst als Teilintegration des SPNV für Dezember 2019 geplante Verbunderweiterung im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg).

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2017. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeverteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschrieben flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Langfristig ist zu prüfen, wie weiterhin der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freimfelder Straße 43 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Verkehrs-AG	<hr/> 50	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	131	25	129	27	149	35	2	2
Umlaufvermögen	353	69	337	69	263	61	16	5
Rechnungsabgrenzungsposten	32	6	20	4	18	4	12	60
Aktive latente Steuern	0	0	1	0	1	0	-1	-100

Bilanzsumme

516	100	487	100	431	100	29	6
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

Passiva

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	147	29	134	27	132	31	13	10
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	8	1	0	0	0	0	8	
Rückstellungen	236	46	182	38	156	36	54	30
Verbindlichkeiten	125	24	126	26	97	23	-1	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	45	9	45	10	-45	-100
Passive latente Steuern	0	0	0	0	1	0	0	0

Bilanzsumme

516	100	487	100	431	100	29	6
------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.633	3.012	2.600
sonstige betriebliche Erträge	186	114	83
Materialaufwand	372	284	282
Personalaufwand	3.062	2.567	2.137
Abschreibungen	84	55	54
sonstige betriebliche Aufwendungen	275	214	202
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	1	5
Ergebnis nach Steuern	17	5	3
sonstige Steuern	3	3	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	14	2	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	14	2	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,38	0,06	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,19	1,32	0,06	%
Cash-Flow:	98	57	54	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	36	34	33	T€
Personalaufwandsquote:	80,19	82,10	79,63	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	25,22	26,49	34,40	%
Eigenkapitalquote:	28,61	27,48	30,63	%
Fremdkapitalquote:	71,39	72,52	69,37	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	0,38	0,19	0,32	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	29,10	27,63	26,13	TEUR

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) ist als Dienstleistungsunternehmen überwiegend in der Stadt Halle (Saale) tätig. Die Leistungsbereiche in der Gesellschaft werden unterteilt in die Bereiche Reinigung und Fahrausweisprüfung sowie sonstige Leistungen, dies betrifft überwiegend saisonale Geschäfte bzw. sich im Aufbau befindliche Bereiche.

In dem Bereich der Reinigung sind dabei die Fahrzeug- und Gebäudereinigung angesiedelt, dazu zählen die Innenreinigung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterhaltsreinigung von Verwaltungs- und Betriebsstätten inklusive der Glasrahmenreinigung, weiterhin die Vegetationspflege der entsprechenden Außenanlagen, die Graffiti-Entfernung, Vandalismusschädenbeseitigung und die Tätigkeiten im Bereich des Haltestellendienstes sowie der Haltestelleninformation.

Die Fahrausweisprüfung umfasst die Kontrolle der Einhaltung der geltenden Tarif- und Beförderungsbestimmungen in den jeweiligen öffentlichen Verkehrsmitteln, weiterhin die Erfassung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie verschiedene Leistungen, die damit in Verbindung stehen.

Die sonstigen Leistungen umfassen aktuell die Beauftragungen des Winterdienstes sowie Sicherheits- und Postdienste für einzelne Beauftragungen an verschiedenen Standorten.

1.2. Ziele und Strategien

Für die SGS ist es innerhalb der Reinigungsbranche neben der Zufriedenstellung aller Kunden wichtig, dass ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung sowie ein ständiges Prüfen möglicher innovativer Reinigungstechnologien bestehen. Die SGS versteht sich als Konzerndienstleister in der Gebäudereinigung und kann als Spezialist auch im Bereich der Verkehrsmittelreinigung auf ein sehr entscheidendes Alleinstellungsmerkmal zurückgreifen. Der Ausbau des Bereiches Gebäudereinigung ist nunmehr in den Vordergrund gerückt und wird durch den Konzernverbund unterstützt.

In der Fahrausweisprüfung ist die Optimierung des Service ein Ziel der Servicegesellschaft Saale mbH. Dies erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem Hauptauftraggeber Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) und unterstützt somit deren Zielerreichung. Darüber hinaus ist die SGS als Serviceunternehmen im gesamten Gebiet des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds tätig und will in diesem Gebiet weitere Kunden akquirieren, um somit mittelfristig ein größeres Gebiet zu bedienen.

Der Bereich der Sicherheit befindet sich bei der SGS im Aufbau, dies erfolgt ausschließlich für Leistungen innerhalb des Stadtwerke Halle (SWH)-Konzerns. In diesem Bereich können eine Vielzahl von Tätigkeiten ausgeführt werden, wobei die Flexibilität und Verfügbarkeit der vorhandenen Kräfte bei der SGS entscheidend helfen können.

1.3. Steuerung

Das Unternehmen ist nach der operativen und administrativen Organisation getrennt. Dabei liegt die operative Organisation ausschließlich bei der am Firmensitz befindlichen Geschäftsleitung sowie den zu den Bereichen gehörigen Leistungsebenen. Die administrative Organisation ist nach kaufmännischen und personellen Aufgaben getrennt und wird durch Geschäftsbesorgungsverträge innerhalb des SWH-Konzerns erbracht.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich entsprechend des Geschäftsfelds in die Bereiche Reinigung, Fahrausweisprüfung sowie sonstige Aufträge. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind das operative Betriebsergebnis sowie die einzelnen Kennzahlen der Bereiche.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat zum 1. November 2018 ihren Geschäftssitz verlegt. Dies war aufgrund des wachsenden Personalstandes erforderlich. Hierfür wurde ein Objekt aus dem Bestand der EVH GmbH (EVH) ausgewählt und für die Anforderungen der SGS hergerichtet. Es wurden in den vergangenen Monaten verschiedene Baumaßnahmen durchgeführt, die teilweise in Eigenregie erbracht wurden. Im kommenden Jahr erfolgen dann die geplanten Baumaßnahmen im Außenbereich.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Jahr 2018 begann mit den Tarifanpassungen des Tarifvertrages der Gebäudereinigung, welcher zum 1. Januar 2018 umgesetzt wurde. Der Tarif in der Gebäudereinigung wurde um 5,5 % erhöht, dieser Anstieg liegt über der Planung von 4,0 %. Die Erhöhungen konnten ohne Leistungsanpassungen bei den Kunden mit einer entsprechenden Preisanpassung umgesetzt werden.

Des Weiteren wurde der Vergütungstarifvertrag für Arbeitnehmer, der unter den Tarifvertrag Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe fällt, angepasst. Somit wurden die Vergütungserhöhungen rückwirkend zum 1. Januar 2018 ausgezahlt. Die betroffenen Leistungsverträge mit den Auftraggebern wurden umgehend angepasst.

Am 24. April 2018 begannen die Verhandlungen zum Rahmentarifvertrag der Gebäudereinigung. Die bisherigen drei Verhandlungsrunden haben noch kein Ergebnis gebracht und die Verhandlungen werden in 2019 fortgesetzt. Es werden im Speziellen ein Weihnachtsgeld, ein Branchen-Treuebonus bei Arbeitgeberwechsel sowie eine separate Eingruppierung für Gesellen, die den Ausbildungsberuf des Gebäudereinigers erlernt haben, verhandelt.

Zum 1. Januar 2018 übernahm die SGS im Bereich Gebäudereinigung für die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) drei neue Objekte. Des Weiteren beauftragte Schäfer's Brot- und Kuchenspezialitäten GmbH die SGS mit der Reinigung eines zusätzlichen Backshops. Es folgten im Geschäftsjahr vier weitere Objekte, die von der HWS an die SGS beauftragt wurden.

Zusammen mit der IT-Consult Halle GmbH (ITC) wurde an der Umsetzung der Regelungen aus der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) gearbeitet, welche ab 25. Mai 2018 Anwendung fand.

Im August begann die Vorbereitung für die Schwerbehindertenerhebung 2019 in Dessau. Hierfür sollte ein spezielles Modul für die Geräte der mobilen Datenerfassung angeschafft werden, welches von der Systemtechnik Sömmerda GmbH programmiert wurde. Es fand ein gemeinsamer Termin mit den Projektbeteiligten statt, damit alle offenen Fragen direkt geklärt werden konnten. Im September fand ein weiterer Termin mit dem Auftraggeber statt, um die konkrete Aufgabenverteilung und den weiteren Ablauf zu besprechen. Unter Abwägung von Wirtschaftlichkeit und Nutzen wurde mit dem Auftraggeber entschieden, auf ein zusätzliches Modul zu verzichten und die Erhebung weiterhin analog durchzuführen.

Die Gesellschaft hat diverse Vegetationspflegearbeiten in diesem Jahr für die HAVAG sowie die HWS durchgeführt und dabei die Möglichkeit erkannt, eine neue Technik zu testen, welche bei beiden Auftraggebern zur Anwendung kommen und somit zu einer besseren Auslastung führen kann. Diese am Anfang speziell für steile Hänge konzipierte Technik kann ebenso auf großen Flächen eingesetzt werden. Die Technik wird jetzt dem Auftraggeber vorgestellt.

Im November erhielt die Gesellschaft einen Bewilligungsbescheid für das Projekt des Europäischen Sozialfonds (ESF) für das „Sicherheitskonzept Halle“. Damit ist die Zusage von Fördermitteln in Höhe von T€ 380 im Zeitraum von 29 Monaten verbunden. In den kommenden drei Jahren werden Mitarbeiter der Fahrausweisprüfung speziell im Bereich Sicherheit geschult und weitergebildet.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Investitionen über Planniveau getätigt. Die Überschreitung resultiert im Wesentlichen aus der Verlegung des Geschäftssitzes und den MDE-Geräten für die Fahrausweisprüfung.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Durch den Beschluss der Mindestlohnkommission steht seit dem 26. Juni 2018 fest, dass der Mindestlohn ab dem 1. Januar 2019 um 4,0 % auf 9,19 € pro Stunde ansteigt. Weiterhin wurde die Anhebung für 2020 um 1,7 % auf 9,35 € beschlossen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Straßenbahn- und Busreinigung sowie der Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund. In der Gebäudereinigung hat die Gesellschaft durch ihre Leistungsbereitschaft und ihren Qualitätsanspruch weitere Aufträge erhalten.

In der Fahrausweisprüfung hat die Gesellschaft für weitere Kunden Prüfdienste ausgeführt und konnte diese vertraglich binden, wodurch für beide Seiten eine Planungssicherheit entstanden ist. Einen besonderen Anspruch stellte die Kundenberatung in Service-Centern für einen Drittkunden dar, welche erfolgreich durchgeführt wurde. Im Bereich der Sicherheit wurden vor allem für die HAVAG und EVH zusätzliche Empfangsdienste erbracht. Für die EVH wurde zum Ende des Jahres die Leistung erweitert und langfristig vertraglich gebunden.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die fertiggestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die überwiegend mit eigenen Mitarbeitern/-innen beräumt werden.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 111 (Vorjahr 96) Arbeitnehmer beschäftigt; zum 31. Dezember 2018 waren es 116 (Vorjahr 100). Darin enthalten sind 10 Gehaltsempfänger sowie 5 Auszubildende, die im Bereich der Gebäudereinigung die berufliche Erstausbildung absolvieren.

Der Personalaufwand ist der wesentlichste Aufwandsposten der Gesellschaft und betrug im Geschäftsjahr T€ 3.062 (Vorjahr T€ 2.567). Darin enthalten sind Ausgleichszahlungen für die in Vorjahren von der HAVAG auf die SGS übergegangenen Mitarbeiter. Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildungen betragen T€ 15 im Geschäftsjahr.

Die für Mitarbeiter im Rahmentarifvertrag der Stadtwerke Halle vereinbarte Form der betrieblichen Altersvorsorge wird über einen Rahmenvertrag bei einem Direkt-Versicherer für die Mitarbeiter abgeschlossen. Des Weiteren wurden die entsprechenden Rückstellungen für Jubiläumszahlungen angepasst.

Die Gesellschaft hat einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Die Unterweisungen erfolgen entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Im Berichtsjahr haben sich in der Fahrausweisprüfung zwei schwere Arbeitsunfälle ereignet. Berufskrankheiten mit schweren Auswirkungen sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SGS konnte ein erfolgreiches Jahr 2018 mit einem Jahresüberschuss von T€ 14 abschließen.

(Angaben in T€)	2018	2017	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	3.633,3	3.011,9	621,4	20,6
Sonstige Erträge	185,5	114,4	71,1	62,2
Gesamtleistung	3.818,8	3.126,3	692,5	22,2
Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	115,0	84,7	30,3	35,8
Aufwendungen für bezogene Leistungen	256,8	199,5	57,3	28,7
Deckungsbeitrag	3.447,0	2.842,1	604,9	21,3
Personalaufwand	3.062,4	2.566,7	495,7	19,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	274,7	214,5	60,2	28,1
EBITDA	109,9	60,9	49,0	80,5
Abschreibungen	84,2	55,1	29,1	52,8
EBIT	25,7	5,8	19,9	343,1
Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Ergebnis vor Steuern	25,7	5,8	19,9	343,1
Steuern	12,1	4,1	8,0	195,1
Ergebnis vor EAV/nach Steuern	13,6	1,7	11,9	700,0

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2018 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 3.633 (Vorjahr T€ 3.012) verzeichnen. Davon entfielen T€ 1.522 (Vorjahr T€ 1.050) auf die Gebäudereinigung, T€ 620 (Vorjahr T€ 591) auf die Fahrzeugreinigung, T€ 1.015 (Vorjahr T€ 981) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 95 (Vorjahr T€ 93) auf den Winterdienst und T€ 162 (Vorjahr T€ 99) auf die Vegetationspflege sowie T€ 219 (Vorjahr T€ 198) auf Poststelle und den Empfang. Aufgrund von Vertragsanpassungen in der Reinigung und der Fahrausweisprüfung sowie über den geplanten Umfang hinaus erbrachten Leistungen kommt es zu erhöhten Umsatzerlösen. Zu diesen Leistungen zählen zusätzliche Reinigungsleistungen gegenüber der HWS sowie Leistungen in der Fahrausweisprüfung gegenüber Dritten.

4.2. Finanzlage

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 148 (Vorjahr T€ 134). Das Anlagevermögen ist damit zu 112 Prozent (Vorjahr 103 Prozent) durch Eigenkapital finanziert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von T€ 96 (Vorjahr T€ 36) getätigt.

Die verfügbaren liquiden Mittel (einschließlich Cash Pool-Guthaben) zum 31. Dezember 2018 belaufen sich auf T€ 75 (Vorjahr T€ 141). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 124 (Vorjahr T€ 126). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 60 Prozent (Vorjahr 112 Prozent). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool ist unterjährig nicht erfolgt.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 29 bzw. 6 % auf T€ 516 gestiegen. Dieser Anstieg ist auf die Erhöhung der Forderungen und auf die gestiegenen Rückstellungen zurückzuführen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2018 beträgt T€ 131 (Vorjahr T€ 129). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 141 (Vorjahr T€ 135).

4.4. Gesamtaussage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 26 (Vorjahr T€ 6). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 0,71 % (Vorjahr 0,19 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 14 (Vorjahr T€ 2).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen eine Erhöhung des Jahresüberschusses angestrebt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Als Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt. Jedoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Gesellschafteranteile sowie getragenen Philosophie auf mittlere Sicht gering. Weiterhin ist die Vertragslage langfristig ausgerichtet und gebunden. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die stärkere Einbindung in die Stadtwerke Halle GmbH, entsprechend den sich aus dem Strategieprozess „SWH - Kompass 2020“ ergebenden Zielen, ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Dies spiegelt sich auch in den gebildeten Kennzahlen der operativen Exzellenz wieder. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Dies wird vor allem im Bereich der Haltestellenreinigung sowie von Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, gesehen. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit mit der Poststelle sowie dem Empfang der Stadtwerke Halle angestrebt, um ein einheitliches Erscheinungsbild zu schaffen.

Bestandsgefährdende Risiken für das Unternehmen bestehen nicht.

5.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft wird weiterhin an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so den Nachweis der Wettbewerbsfähigkeit zu erbringen und dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Dadurch wird der Umsatz gesteigert und eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet.

6. Prognosebericht

Ein wesentlicher Punkt für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist die enge Zusammenarbeit mit den Konzernunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH. Die Grundlage dafür ist, dass die Servicegesellschaft Saale mbH weiter eng mit der Gesellschafterin HAVAG zusammenarbeitet. Des Weiteren hat die SGS geprüft, welche Leistungen für Konzernunternehmen erbracht werden können. Somit ergeben sich Möglichkeiten, weitere Synergien bei Leistungsbeziehungen zu schaffen.

Um Prozesse zu optimieren und Doppelstrukturen abzuschaffen, wurde die Gebäudereinigung innerhalb der SWH-Gruppe zu Beginn des Geschäftsjahres 2019 neu ausgerichtet. Zum 1. Januar 2019 wurden 10 Mitarbeiter der Cives mit 7 Reinigungsobjekten auf die SGS übertragen. Diese Leistung umfasst ein Umsatzvolumen von T€ 255 im Jahr 2019.

Im nächsten Geschäftsjahr sind überwiegend Investitionen für technische Anlagen und Maschinen sowie für Software geplant. Darin sind vor allem Prüfmodule für die Fahrausweisprüfung enthalten. Ebenso wird begonnen, die Hard- und Software an den PC-Arbeitsplätzen zu erneuern. Des Weiteren wird ein Sozialbereich in Form einer Containeranlage für den Bereich der Anlagenpflege am neuen Standort errichtet.

In den kommenden fünf Jahren sind überwiegend Ersatzbeschaffungen für Geräte und Technik aus dem aktuellen Anlagenbestand geplant. Dies betrifft in 2019 Teile der mobilen Datenerfassungsgeräte für die Fahrausweisprüfung. Es ist beabsichtigt, den Bestand an Spezialfahrzeugen je nach Beauftragung zu erweitern.

Ein sehr entscheidender Punkt für die Arbeitsqualität in der Fahrausweisprüfung kann im Rahmen des Projektes des Europäischen Sozialfonds (ESF) gezielt durchgeführt werden. Die Mitarbeiterqualifizierung wird hier in den kommenden drei Jahren ein Schwerpunkt sein, wobei gezielte Weiterbildungen für die Fahrausweisprüfer erfolgen, die sich an veränderten Anforderungen im täglichen Prüfalltag orientieren. Damit soll vor allem dem Sicherheitsgefühl der Fahrgäste entsprochen werden.

Das Jahresergebnis im kommenden Geschäftsjahr ist mit T€ 9 geplant. Für das Geschäftsjahr 2018 plante die Gesellschaft ein Jahresergebnis von T€ 14, welches zu 100 % erreicht wurde. Unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken, die sich im kommenden Jahr aus dem operativen Geschäft ergeben können, ist davon auszugehen, dass die geplante positive Ergebnisentwicklung gesteigert werden kann. Einen weiteren maßgeblichen Einfluss auf den Erfolg werden die Personalkosten und die damit verbundenen Einflussfaktoren wie Fluktuation und Krankenstand haben.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Kaolinstraße 4 06126 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	256		
Gesellschafter:		T€	%
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andrae, Annett

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	114	11	114	10	115	8	0	0
Umlaufvermögen	919	87	1.066	89	1.224	90	-147	-14
Rechnungsabgrenzungsposten	17	2	14	1	20	2	3	21

Bilanzsumme	1.050	100	1.194	100	1.359	100	-144	-12
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

Treuhandvermögen	7		7		7		0	0
------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	526	50	526	44	526	39	0	0
Rückstellungen	214	20	268	22	313	23	-54	-20
Verbindlichkeiten	310	30	400	34	520	38	-90	-23

Bilanzsumme	1.050	100	1.194	100	1.359	100	-144	-12
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

Treuhandverbindlichkeiten	7		7		7		0	0
---------------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.095	3.221	3.252
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	123	-16	-176
sonstige betriebliche Erträge	43	205	232
Materialaufwand	1.252	1.342	1.251
Personalaufwand	1.225	1.192	1.180
Abschreibungen	40	50	56
sonstige betriebliche Aufwendungen	542	536	453
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	202	290	368
sonstige Steuern	5	5	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	197	285	364
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,38	8,86	11,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	37,56	54,29	69,29	%
Cash-Flow:	238	335	420	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	105	114	110	T€
Personalaufwandsquote:	37,58	34,96	35,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,45	9,59	8,42	%
Eigenkapitalquote:	50,05	44,01	38,67	%
Fremdkapitalquote:	49,95	55,99	61,33	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer, Fliesenleger, Maler, Fußbodenleger, Elektro, Innenausbau (inklusive Schlüsseldienst).

Aufgrund des Inhouse-Geschäftes mit der Muttergesellschaft wurde im Geschäftsjahr ein Großteil der möglichen Leistungen erneut für die GWG erbracht.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT ist auch im Berichtsjahr wieder positiv.

Auf Grund der engen Zusammenarbeit zwischen der GWG und der BHT konnten die Arbeitsabläufe effektiv gestaltet und eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte der Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdiensteinsätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€	2.908	(94 %)
Umsatz Sonstige	T€	187	(6 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen beauftragt, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören. Des Weiteren wurden Nachunternehmen und Zeitarbeiter zur Kompensation von Auftragsspitzen gebunden.

In der BHT waren per 31.12.2018 insgesamt 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Im Bereich Innenausbau erfolgte die Einstellung eines neuen Mitarbeiters. Per 31.12.2018 befanden sich 2 Auszubildende im Unternehmen, wobei einer den Abschluss als Tischler und einer als Maler anstrebt. Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2018 für die Beschäftigten der BHT zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.050 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.195) um 12,1 % verringert. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 145 verringerte Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote auf 50,1 % (Vorjahr 44,0%) erhöht.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen hauptsächlich durch die Verringerung des Finanzmittelfonds (um T€ 104) und der Forderungen (um T€ 81). Dem gegenüber steht die Erhöhung der Vorräte um T€ 39 sowie des Rechnungsabgrenzungspostens um T€ 3. Auf der Passivseite wurde die Verringerung der Bilanzsumme durch die um T€ 90 gesunkenen Verbindlichkeiten sowie die um T€ 54 gesunkenen sonstigen Rückstellungen verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 665.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten, da das geplante Ergebnis von mindestens T€ 100 erreicht werden konnte. Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf T€ 202 (Vorjahr T€ 290). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 197 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Für die das Geschäftsjahr 2019 betreffenden möglichen Baumaßnahmen wurden Ende des Jahres 2018 zwischen der GWG und der BHT Abstimmungen vorgenommen. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2018 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis von mindestens T€ 130 abschließen wird.

Zum Ende des Jahres 2017 unterzeichnete die BHT einen Vertrag zur Umstellung der bei der BHT eingesetzten Softwarelösung auf das Nachfolgeprodukt des Systemanbieters. Hierzu erfolgten im Jahr 2018 intensive Vorbereitungs- und Abstimmungsmaßnahmen. Der Systemwechsel wird in 2020 abgeschlossen sein.

3.2 Chancen

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird. Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenso einen hohen Stellenwert einnehmen.

Durch die Anpassung der Tätigkeitsfelder der BHT an die Erfordernisse der GWG werden beide Gesellschaften profitieren, da sich die enge Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ weiterhin positiv auswirken wird.

Mithilfe weiterführender fachspezifischer Qualifikationen der Beschäftigten können die laufenden Anforderungen der Auftraggeber erfüllt werden.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das innerbetriebliche Reportsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Das im Unternehmen eingerichtete Risikomanagementsystem wird entsprechend den spezifischen Bedürfnissen der Gesellschaft weiterentwickelt.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	12.782		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<u>12.782</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Kozyk, Jana
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo
	stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker
		Dr. Wiegand, Bernd
		Kriedemann, Angelika
		Rupsch, Marko
		Schachtschneider, Andreas

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Senius, Kay
Thielecke, Carsten
Töpfer, Gernot

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	16	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

T€	%
256	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	309.373	90	301.506	91	291.344	90	7.867	3
Umlaufvermögen	33.550	10	29.820	9	32.630	10	3.730	13
Rechnungsabgrenzungsposten	42	0	163	0	94	0	-121	-74

Bilanzsumme

342.965	100	331.489	100	324.068	100	11.476	3
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

Treuhandvermögen

5.220		5.019		4.970		201	4
-------	--	-------	--	-------	--	-----	---

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	178.354	52	174.492	53	171.688	53	3.862	2
Sonderposten für Investitionszulagen	7.419	2	7.652	2	7.860	3	-233	-3
Rückstellungen	1.187	0	1.129	0	983	0	58	5
Verbindlichkeiten	155.144	46	147.356	45	142.654	44	7.788	5
Rechnungsabgrenzungsposten	861	0	860	0	883	0	1	0

Bilanzsumme

342.965	100	331.489	100	324.068	100	11.476	3
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

Treuhandverbindlichkeiten

5.220		5.019		4.970		201	4
-------	--	-------	--	-------	--	-----	---

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	49.917	49.523	49.055
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-294	-100	-187
sonstige betriebliche Erträge	1.639	4.241	2.421
Materialaufwand	23.633	26.440	27.117
Personalaufwand	6.221	6.085	5.782
Abschreibungen	8.546	9.709	7.211
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.004	2.490	2.684
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	197	285	364
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50	51	327
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.680	4.003	4.385
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	542	450	409
Ergebnis nach Steuern	5.883	4.823	4.392
sonstige Steuern	21	19	13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.862	4.804	4.379
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.576	1.941	0
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	169	438
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	10.438	6.576	3.941

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,74	9,70	8,93	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,49	2,86	2,61	%
Cash-Flow:	14.408	14.513	11.590	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	462	483	488	T€
Personalaufwandsquote:	12,13	11,34	11,27	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,03	90,73	89,63	%
Eigenkapitalquote:	52,00	52,64	52,98	%
Fremdkapitalquote:	48,00	47,36	47,02	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Wohneinheiten	9.780	9.692	9.708	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	5,40	3,60	4,20	%
Gewerbeeinheiten	112	114	110	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	3,60	9,70	8,20	%

f) Lagebericht

Inhalt

- 1 Grundlagen des Unternehmens
- 2 Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
 - 2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
- 3 Prognosebericht
- 4 Risikobericht
- 5 Chancenbericht

1 Grundlagen des Unternehmens

Für die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten hat die Stadt Halle (Saale) am 02.05.1990 die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt gegründet. Die Gesellschaft befindet sich seit der Gründung unverändert zu 100 % im Besitz der Stadt Halle (Saale). Die GWG hat die Aufgabe, Bauten in allen Rechtsformen zu errichten, zu bewirtschaften oder zu betreuen. Seit der Jahrtausendwende betreibt die GWG aktiv den Stadtbau in Halle-Neustadt. Aus den bewirtschafteten Mietwohnungen werden über 97 % der Umsatzerlöse generiert. Weiterhin gehören auch gewerbliche Einrichtungen, Stellplätze und Garagen zum Angebotsportfolio der Gesellschaft. Zur Umsetzung bautechnischer Aufgaben besitzt die GWG zu 100 % die Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH. Die GWG erfüllt seit fast 30 Jahren erfolgreich die Aufgabe, in Halle-Neustadt das Stadtbild zu prägen.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes

Die deutsche Wirtschaft konnte in 2018 die hohen Wachstumsraten der vergangenen Perioden von jährlich ca. 2 % nicht fortsetzen. Für das Jahr 2018 werden insgesamt 1,5 % vom statistischen Bundesamt berechnet. Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, mit 10,6 % der gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung eine der wesentlichen Wirtschaftsbereiche, wuchs um 1,06 %. Die unterdurchschnittliche Wachstumsrate ist ein Indikator für die tendenziell geringere Konjunkturabhängigkeit der Branche. In jeweiligen Preisen erzielte die Branche im Jahr 2018 eine Bruttowertschöpfung von 324,7 Mrd. € (nach 316,2 Mrd. € im Vorjahr). Vorgenannte Angaben sind am 28.02.2019 veröffentlichte Ergebnisse des statistischen Bundesamtes. Sie können sich im Jahr 2019 noch verändern.

Die kommunale Wohnungswirtschaft investiert langfristig und schafft damit attraktive Wohnbestände. Sie sieht Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, das in ökonomischer, gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Verantwortung und nicht als Handelsware zu pflegen ist. Wohnungen sind ein langlebiges Wirtschaftsgut, deshalb handelt und finanziert auch die GWG als kommunale Wohnungsgesellschaft im Vergleich zum privaten Wettbewerb langfristig. Aufgabe der Gesellschaft ist es, Wohnangebote entsprechend der Nachfrage für junge Familien, ältere Menschen, Alleinerziehende und Singles am Wohnungsmarkt in Halle (Saale), vor allem in Halle-Neustadt erfolgreich zu platzieren.

2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

Neben dem seit mehreren Jahren absehbaren demografischen Wandel ist das Management der Zuwanderung auch weiterhin eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Für die GWG ist die Bereitstellung menschenwürdiger, freundlicher und sicherer Unterkünfte nicht nur mit Blick auf die baulichen Leistungen sondern vor allem auch im sozialen Bereich eine Herausforderung, die sie angenommen hat und weiterhin gut meistert.

Die Stadt Halle (Saale) konnte in den letzten Jahren leichte Bevölkerungszuwächse verzeichnen. Zum Ende des Jahres 2018 stabilisierten sich in der Gesamtstadt und auch in Halle-Neustadt die Einwohnerzahlen:

	Einwohner mit Hauptwohnsitz in Halle (Saale)				
	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
Stadt Halle (Saale)	233.552	238.321	239.738	241.093	241.333
davon Halle-Neustadt	44.198	45.025	45.918	46.280	45.952

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Das durchschnittliche Alter der Einwohner in der gesamten Stadt Halle (Saale) war zum Ende des Jahres 2018 mit 44,8 Jahren etwas niedriger als das Durchschnittsalter der Halle-Neustädter, die im Durchschnitt 46,0 Jahren alt waren. In Halle-Neustadt wohnt, im Gegensatz zu anderen Städten mit Großwohnsiedlungen, jeder fünfte Einwohner der Stadt. Jeder dritte Einwohner von Halle-Neustadt ist GWG-Mieter.

2.3 Geschäftsverlauf

2.3.1 Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2018 erneut sehr erfolgreich und erzielte einen Jahresüberschuss von 5.862 T€. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2018 eingestellten Zielwert von 4.680 T€ für das Jahresergebnis ergibt sich somit eine positive Abweichung von 1.182 T€.

Im Geschäftsjahr wurden die Planwerte für die Wohnraumvermietung erreicht. Die über dem Zielwert erreichten Sollmieten konnten die höher als geplanten Erlösschmälerungen der Sollmiete kompensieren. Als Ergebnis der außerordentlich guten Vermietungszahlen des Jahres 2017 stellten sich geringere Erlösschmälerungen der Umlagen und Gebühren als geplant ein. Der Planwert der Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung wurde um ca. 2,8 Mio. € unterschritten. Hauptursache war die Verschiebung aufwandswirksamer Maßnahmen in das Folgejahr sowie geringer als geplant angefallene Betriebs- und Heizkosten für den vermieteten Wohnungsbestand. Das Niveau der kleinen laufenden Instandhaltung wurde gegenüber den Vorjahren nicht unterschritten. Die insgesamt geringer als geplanten realisierten Aufwendungen für die bezogenen Lieferungen und Leistungen konnten notwendige außerplanmäßige Abschreibungen und erhöhte sonstige betriebliche Aufwendungen kompensieren, sodass ein positives und auch überplanmäßiges Jahresergebnis erzielt werden konnte.

2.3.2 Unternehmensentwicklung

Als städtischer Vermieter bewirtschaftet die GWG in Halle-Neustadt rund ein Drittel des Wohnungsbestandes und ist damit unverändert das bestimmende Wohnungsunternehmen in Halles größtem Stadtteil.

Quantitative und qualitative Anpassungen des eigenen Wohnungsangebotes sind nach Auffassung der Gesellschaft auch weiterhin erforderlich, um zukünftig erfolgreich am Wohnungsmarkt agieren zu können. Dabei wird neben der kontinuierlichen, qualitativen Verbesserung des eigenen Wohnungsbestandes in Halle-Neustadt die Erschließung neuer Wohnungsteilmärkte in Halle (Saale) ein weiteres und ebenso wichtiges Element sein.

Ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements der GWG ist die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus. Die Gesellschaft sieht aufgrund des umfassenden Services für ältere Menschen, der guten Standortqualitäten und attraktiven Lebensbedingungen bei der GWG eine erhöhte Chance der Neukundengewinnung sowie der langfristigen Kundenbindung.

Als Beitrag zur Stabilisierung des sozialen Gefüges in Halle-Neustadt unterstützt die GWG auch weiterhin zahlreiche Familien- und Jugendprojekte freier Träger und Sportvereine, wie bspw. den FC Halle-Neustadt e. V., die „Grüne Villa“ im Herzen von Halle-Neustadt oder den CVJM beim Betrieb von drei Kindertreffpunkten „Schnitte“.

Im professionellen Sport unterstützt die GWG unverändert den SV Union Halle-Neustadt e. V. als Hauptsponsor der Frauen-Handballmannschaft, die Basketballerinnen vom SV Halle e. V., den Eishockeysportverein MEC Halle 04 e. V. und den Halleschen Fußballclub e. V. als Co-Sponsor.

2.3.3 Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2018 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2018		31.12.2017	
	Anzahl	Fläche (m²)	Anzahl	Fläche (m²)
Wohneinheiten	9.780	551.076	9.692	544.990
Gewerbeeinheiten	112	23.470	114	22.908
	9.892	574.546	9.806	567.898

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag zehn Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit 285 privatisierten Wohnungen auf einer Wohnfläche von 17.431 m².

Die außerordentlich gute Vermietungsquote von 96,3 % zum Ende des Jahres 2017 wurde zum Ende des Geschäftsjahres 2018 nicht wieder erreicht. Die in den Jahren 2015 bis 2017 erfolgte Zuwanderung konnte den altersbedingten Rückgang der Bevölkerung und damit auch die Zahl der Mieter im eigenen Bestand überkompensieren. Ab 2018 ist dies nicht mehr der Fall, sodass nunmehr die Demografie in den Vordergrund rückt und die Vermietungsquote beeinträchtigt. Zahlreiche Aktivitäten zum Erhalt und der Verbesserung des marktaktiven Kernbestandes waren die Grundlage dafür, dass der Anteil nicht vermieteter Wohnungen und Gewerberäume von 3,7 % per 31.12.2017 nur auf **5,4 % per 31.12.2018** anstieg. Die durch den Leerstand im Jahr 2018 verursachte **Erlösschmälerung an der Sollmiete** betrug **4,7 %** (3,9 % im Jahr 2017). Der Leerstand des gesamten Bestandes der Gesellschaft erhöhte sich nur gering. Hauptsächlich wegen der Wiederinbetriebnahme des im Vorjahr noch leerstehenden und in der Modernisierung befindlichen Wohnraums belief sich diese Quote stichtagsbezogen auf 7,9 % (7,1 % per 31.12.2017).

Die Gesellschaft investierte auch in 2018 umfangreich in den Wohnungsbestand. Rund 25 Mio. € wurden für Bauprojekte, zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung des GWG-Bestandes umgesetzt.

Wie bereits in den Vorjahren legte die Gesellschaft auch in 2018 wieder besonderen Wert auf den Neu- und Ausbau bedarfsgerechten Wohnraums, Ein- und Anbau von Aufzügen, den langfristigen Erhalt der Bausubstanz, die Senkung der Energiekosten sowie auf die Funktionssicherheit der technischen Anlagen.

Nach einer langen Planungs- und Genehmigungsphase konnte mit der Bebauung im Heideweg von Halle-Dölau im Nordwesten von Halle (Saale) in 2018 begonnen werden. Rund zwölf Millionen Euro werden in 32 Wohnungen und eine Arztpraxis investiert. Von den großzügig geschnittenen Wohnungen, die viel Platz für Senioren und Familien bieten, war zum Berichtszeitpunkt fast die Hälfte bereits vermietet. Die Wohnanlage wird ab Juli 2019 von den Mietern bezogen. Mit dem Projekt stärkte die Gesellschaft weiter ihre Kompetenz im Wohnungsneubau und erarbeitete sich weitere Grundlagen für die Entwicklung des Wohngebietes im Böllberger Weg (siehe Chancen- und Prognosebericht).

Die Bereitstellung öffentlicher Fördermittel ermöglichte der Gesellschaft in 2018, wirtschaftlich bislang nicht darstellbare aber dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen in zwei Gebäuden durchzuführen. In der Gellertstraße 69 konnten in allen 29 Wohnungen die Ver- und Versorgungsleitungen saniert und das jüngste Wohnhaus des Wohnungsbestands aus der DDR energetisch vollmodernisiert werden. Das elfgeschossige Gebäude in der Carl-Zeiss-Straße 8-10 wurde mit 129 Wohnungen ebenfalls energetisch sowie brandschutztechnisch saniert. Fast alle Wohnungen in beiden Liegenschaften sind belegungsgebunden und werden zu sozial sehr verträglichen Mieten angeboten.

Weitere Fördermittel konnte die Gesellschaft für den Einbau von Aufzügen einwerben und somit in sieben Eingängen im Hibiskusweg moderne Aufzugsanlagen einbauen. Durch die Erschließung des Kellergeschosses stellt der Aufzug für alle Etagen einen Mehrwert dar. Weitere Aufzugsanbauten sind für die Jahre 2019 und 2020 geplant.

Weiterhin stand in 2018 die Wohnform der Senioren-WG im Fokus der Investitionstätigkeit. In zwei Wohnanlagen wurden 37 Wohnräume an ältere Mieter übergeben. In kleinen Wohngruppen organisieren sie selbstständig ihren Alltag gemeinsam, ohne den notwendigen privaten Rückzugsraum einbüßen zu müssen.

Bereits in den 1990er und 2000er Jahren realisierte die GWG umfangreiche energetische Sanierungen an den Wohngebäuden, zumeist lange bevor die Notwendigkeit dieser Thematik öffentlichkeitswirksam diskutiert wurde. Im Zuge dieser Maßnahmen erhielten zu dieser Zeit auch die Fassaden der Wohngebäude einen individuellen Farbanstrich. Mehrere Gebäudefassaden wurden auch in 2018 überarbeitet und das neue Farb- und Gestaltungskonzept weiter verfolgt.

Das Bedürfnis nach Sicherheit in der Wohnung ist in den letzten Jahren weiter gewachsen. Seit vielen Jahren besteht ein Konflikt zwischen dem Wunsch der Mieter nach einer verriegelten Hauseingangstür und der Notwendigkeit, dass diese im Brand- oder Rettungsfall trotzdem zu öffnen sein muss. Durch die Installation elektrischer Fallen-Riegel-Schlösser ist die jeweilige Haustür gegen Einbrüche besser geschützt und bleibt trotzdem die notwendige, von innen schlüssellos zu öffnende Fluchttür. Im Jahr 2018 wurden weitere 21 Gebäude mit dieser Technik ausgestattet.

Um den Vermietungserfolg dauerhaft zu verbessern, sind zahlreiche bauliche Maßnahmen zur langfristigen Aufwertung des Bestandes umgesetzt worden. In strategischer Abstimmung mit der Energieversorgung Halle GmbH wurde in einem weiteren Wohngebäude die Kochgasversorgung entfernt und die Leistungsfähigkeit der elektrischen Anschlüsse erhöht. Beide städtische Unternehmen profitieren langfristig von dieser Strategie.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2018 getätigten Ausschreibungen wurden ca. 98 % der beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen an Firmen in Sachsen-Anhalt und Sachsen vergeben. 63 % der Aufträge erhielten Firmen aus Halle (Saale).

2.3.4 Mietenentwicklung

Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung, auch einkommensschwacher Bürger. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ist dennoch im Rahmen einer moderaten Mietpreisgestaltung die Notwendigkeit zur Kostendeckung zu berücksichtigen.

Für die Gesellschaft wirkte sich die Anhebung der Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft in der Stadt Halle (Saale) positiv aus. Diese Anhebung hilft, die soziale Entmischung in den Stadtteilen zu verlangsamen. Eine Segregation findet weiterhin statt und die Gesellschaft setzt auf eine möglichst breite Mischung unterschiedlich hoher Wohnstandards, um Halle-Neustadt für verschiedene Einkommen auch in Zukunft attraktiv zu halten.

Das intensive Forderungsmanagement der Gesellschaft führte per 31.12.2018 zu einer weiterhin stabilen Mietrückstandsquote von 0,85 % (0,9 % per 31.12.2017). Die Gesellschaft hatte zum Stichtag offene Mietforderungen in Höhe von 437 T€ (461 T€ per 31.12.2017) zu verzeichnen. Titulierte Forderungen werden von der Gesellschaft zur langfristigen Verfolgung an Inkassodienste übergeben. Nicht unwesentlich haben sich die Ertragsausfälle infolge der Ausbuchungen von Mietforderungen entwickelt. Die Gesellschaft hat auf die Entwicklung dieser Ertragsausfälle kaum Einfluss.

2.3.5 Personalpolitik

In der Gesellschaft arbeiteten per 31.12.2018 insgesamt 113 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter fünf Auszubildende. 58 % des gesamten Personals ist weiblich. 44 % der Stellen mit Personalverantwortung sind mit Frauen besetzt.

Aus der im Jahr 2017 durchgeführten Mitarbeiterbefragung wurden zahlreiche Maßnahmen vorbereitet und in 2018 bereits umgesetzt. So wurden neben den Öffnungszeiten auch diverse Vergütungsregelungen angepasst und mit der Erarbeitung eines Wertekataloges begonnen, der in 2019 fertiggestellt sein wird. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Vorbereitung der personellen Umsetzung des Organisationsprojektes. Die Ergebnisse der Verhandlung mit dem Betriebsrat zum Organisationsprojekt über flankierende Maßnahmen wurden in einer abschließenden Betriebsvereinbarung festgeschrieben.

2.3.6 Stadtentwicklung in Halle (Saale)

Das Netzwerk Stadtentwicklung Halle (Saale) wurde auch in 2018 wieder intensiv von der GWG mitgestaltet. Die Gesellschaft führte die „Arbeitsgruppe Halle-Neustadt“, die auf eine unternehmensübergreifende Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung orientiert und mehrfach im Jahr berät. Eine der wichtigsten Meilensteine der Netzwerkarbeit, das wohnungspolitische Konzept, wurde vom halleischen Stadtrat am 27.06.2018 beschlossen.

Im Bereich des Böllberger Wegs konnte die Gesellschaft mit der Auslobung des ersten Realisierungswettbewerbes im zweiten Halbjahr 2018 damit beginnen, aktiv Stadtentwicklung zu betreiben und die Bebauung des ca. fünf Hektar großen Areals an der ehemaligen Böllberger Mühle auf den Weg zu bringen.

2.3.7 Ergebnis der Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

Die Tochtergesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2018 erneut erfolgreich und erwirtschaftete ein Jahresergebnis in Höhe von 197 T€ (geplant: 100 T€, Vorjahr: 285 T€), welches durch den Ergebnisabführungsvertrag vollständig in das Jahresergebnis der GWG eingeht.

2.3.8 Stadttrendite

Die GWG beurteilt im Rahmen des Unternehmenserfolgs bereits seit 2005 ihre Leistungen zur Stadttrendite. Als kommunales Wohnungsunternehmen übernimmt die Gesellschaft Verantwortung, die weit über die formale Erfüllung des Wohnraumversorgungsauftrags hinausgeht. Die Stadttrendite beinhaltet Leistungen, die positive Effekte für die Stadt Halle (Saale) bringen und langfristig Vorteile für das Unternehmensergebnis bewirken. In ihrer Ergebnisbewertung ergänzt sie die rein finanzwirtschaftliche Renditebetrachtung.

2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.4.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss von 5.862 T€ ab, der insbesondere aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung weist einen Überschuss in Höhe von 12.280 T€ aus, der sich gegenüber dem Vorjahr um 2.623 T€ erhöht hat. Ursächlich für die Verbesserung sind neben den weiterhin gestiegenen Istmieten (387 T€) vor allem geringere Instandsetzungsaufwendungen (2.467 T€), da zum Bilanzstichtag einige Baumaßnahmen noch nicht durchgeführt werden konnten.

Das negative Finanzergebnis (3.433 T€) resultiert überwiegend aus Zinsaufwendungen für die Darlehen der Gesellschaft, denen (im Ergebnis des derzeitigen Zinsniveaus) nur unwesentliche Zinserträge gegenüber stehen. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Rückgang der Zinsaufwendungen in Höhe von 323 T€ (durch Umschuldungen und Prolongationen von Darlehen) zurückzuführen. Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 39,91 %.

Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen von Wohn- und Gewerbebauten führten hauptsächlich zu einem negativen neutralen Ergebnis von 1.980 T€.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2018 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalverzinsung von 2,8 % gegeben.

2.4.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft stellte sich auch im Geschäftsjahr 2018 positiv dar. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Hauptgeschäftes zurückzuführen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 15.291 T€ unterstützt durch den Zufluss aus der Finanzierungstätigkeit von 3.866 T€ reichte aus, um den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 16.158 T€ zu decken. Der Zufluss aus der Finanzierungstätigkeit resultiert insbesondere aus Neuvaluierungen in Höhe von 19.161 T€, denen Abflüsse durch planmäßige Zins- und Tilgungszahlungen für die aufgenommenen Darlehen von 13.731 T€ sowie Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin von 2.000 T€ gegenüber standen. Dies führte insgesamt zu einem Mittelzufluss in 2018, was zu einem Anstieg des Finanzmittelfonds um 2.999 T€ am Ende der Periode führte.

2.4.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr 2017 um 11.476 T€ erhöht.

Auf der Aktivseite führten umfangreiche Investitionen in Sachanlagen (16.505 T€), reduziert um Abschreibungen (8.364 T€) und Buchwertabgänge (146 T€) zu einem Zugang bei dem Sachanlagenvermögen von 7.995 T€. Die Passivseite erhöhte sich vor allem im Bereich der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten (um 8.563 T€) – hier vor allem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der Neuaufnahme von Darlehen in Höhe von 19.161 T€, denen planmäßige Tilgungen von 10.051 T€ gegenüber standen.

Einem durchschnittlichen Buchwert der Wohn- und Geschäftsbauten von 479,32 € je qm stand zum Bilanzstichtag eine durchschnittliche Verschuldung von 234,17 € je qm gegenüber.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristig verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulage / Gesamtkapital) wird mit 54,2 % ausgewiesen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

2.4.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2018:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m ² monatlich	5,16	5,16
Erlösschmälerung der Sollmiete	%	4,7	4,1
Verschuldungsgrad	%	39,9	40,5
Eigenkapitalquote	%	54,2	53,6
Gesamtkapitalrentabilität	%	2,8	2,7

3 Prognosebericht

Für die Unternehmensentwicklung geht die Gesellschaft für die folgenden Geschäftsjahre weiterhin von einem Wachstum an vermieteter Wohnfläche im Eigenbesitz aus. Mit dem mehrjährigen Bebauungskonzept im Böllberger Weg vergrößert die Gesellschaft ihre Marktposition und kann sich an weiteren Standorten im Stadtgebiet von Halle (Saale) etablieren. Die von der Gesellschafterin erwartete Ausschüttung an den städtischen Haushalt wurde für das Geschäftsjahr 2019 wieder in bisheriger Höhe von 2,0 Mio. € geplant.

Für 2019 erwartet die Gesellschaft eine Stabilisierung der Bevölkerungszahlen der Gesamtstadt von Halle (Saale) und dem Teilraum von Halle-Neustadt. Nennenswerte Zuwächse durch den Zuzug Asylsuchender und Migranten wird es voraussichtlich nicht weiter geben. Vielmehr wird weiterhin eine effiziente Zusammenarbeit zwischen GWG, Jobcenter und der Stadt Halle (Saale) gewünscht und erforderlich sein. Es bestehen keine Zweifel daran, dass die bisher gute Zusammenarbeit weiter auf gutem Niveau fortgesetzt wird.

In der Vergangenheit leerstehende Wohngebäude im Stadtgebiet von Halle-Neustadt wurden und werden weiter schrittweise dem Wohnungsmarkt zugeführt. Die GWG erwartet, dass aus diesem von wenig Variantenreichtum geprägtem Wohnungsangebot lediglich eine Binnenwanderung von Wohnungsmietern im Stadtgebiet zu verzeichnen sein wird. Der hinzugekommene Wohnungsbestand weist keine großen Potenziale auf, um den Zuzug aus dem Umland zu befördern.

Für die eigenen Umsatzerlöse aus Sollmieten wird in 2019 ein Wert von 36,7 Mio. € erwartet, was einer voraussichtlichen Durchschnittsmiete von 5,22 € je m² im Monat entspricht. Die Gesellschaft geht von einer Erlösschmälerung der Sollmieten in Höhe von 5,0 % in 2019 aus. Aufgrund des in der Stadt Halle (Saale) nicht vorhandenen Mietspiegels sind Wohnungsmieten nicht eigentümerübergreifend vergleichbar. Für eine mittel- und langfristig rentable Vermietung aller Marktakteure ist die Anfertigung eines qualifizierten Mietspiegels erforderlich. Die GWG wird andernfalls nur Anpassungen der Kaltmieten über Vergleichswohnungen in geringem Umfang vornehmen können.

Der Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund wird sich nicht weiter erhöhen. Aus den Familiengrößen heraus ergibt sich eine hohe Nachfrage nach Wohnungen mit vier und mehr Individualräumen, die im Eigenbestand sehr begrenzt oder nur mit hohem Anpassungsaufwand bereitgestellt werden können. Über die Kosten der Unterkunft sind Grundrissveränderungen nicht refinanzierbar. Der Trend zu Singlewohnungen wird sich weiter fortsetzen, somit bleibt auch die Nachfrage nach kleinerem Wohnraum für Ein-Personen-Haushalte auf hohem Niveau bestehen.

Die Gesellschaft wird in 2019 neue Kreditverbindlichkeiten in Höhe von voraussichtlich 18,7 Mio. € aufnehmen und damit die Fremdkapitalquote weiter geringfügig anheben. Ein Anteil von 6,3 Mio. € sind dabei Valutierungen von Kreditmitteln aus Vertragsabschlüssen im Geschäftsjahr 2018. Unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Bilanzgewinne durch die Gesellschafterin mit den eigenen Planansätzen einhergeht, erreicht die Gesellschaft eine Eigenkapitalquote von voraussichtlich 53 % zum Ende des Geschäftsjahres 2019.

Aus den geplanten Investitionen sowie deren Aktivierungsfähigkeit wird die Bewertung des Sachanlagevermögens von Wohn- und Geschäftsbauten in 2019 weiterhin auf das 9,0fache der Jahres-Istmiete (Sollmieten abzüglich der Erlösschmälerungen wegen Leerstands sowie der Umlagen und Gebühren) geplant. Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten geht die Gesellschaft davon aus, dass sich zum 31.12.2019 ein Wert in Höhe des 4,2fachen der Jahres-Istmiete einstellt.

4 Risikobericht

4.1 Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100 %igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des KonTraG wird ein dafür entwickeltes Frühwarnsystem betrieben, welches über die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

4.2 Risiken

Die beendete Altschuldenhilferegelung stellt die Gesellschaft für die nächsten Jahre vor die finanzielle Herausforderung, die noch bestehenden Altschulden zu bedienen. Im Fall von Teil- und Gesamtrückbauten in den Folgejahren werden die darauf lastenden Altschulden durch Eigenmittel der Gesellschaft bzw. aus dem Ertrag der verbleibenden Bestandsgebäude zu finanzieren sein.

Im aktuellen ISEK wird für den Stadtteil Halle-Neustadt bis 2025 ein Rückgang der Bevölkerung um 6 % prognostiziert, bis 2030 um weitere 3,5 %. In der Prognoserechnung wird weiterhin von einer leichten Zunahme der durchschnittlichen Personenzahl pro Haushalt ausgegangen. Dadurch kann sich die Anzahl der Haushalte etwas stärker rückläufig entwickeln als die Bevölkerung. Bis 2025 zeigen Prognosemodelle einen Rückgang der wohnungsnachfragenden Haushalte von über 7 %, bis 2030 weitere 4 %. Für die Gesellschaft mit ihren 9.650 Wohnungen in Halle-Neustadt zum Bilanzstichtag 31.12.2018 kann dies bedeuten, dass ohne weitere Investitionen in qualitative Verbesserungen des eigenen Wohnungsbestandes in 2030 ca. weitere 1.000 Wohnungen nicht mehr vermietet werden können. Zur Vorbereitung auf die veränderte Nachfragesituation hat die Gesellschaft ein Portfoliosystem erarbeitet, welches die Zukunftsfähigkeit des Bestandes objektkonkret untersucht und daraus Perspektiven aufzeigt. Mittelfristig sieht die Gesellschaft kein Erfordernis zum Abbruch ganzer Wohngebäude. Eine qualitative Anpassung der Wohngebäude wird jedoch weiter erfolgen müssen, um den monostrukturierten und nicht mehr nachgefragten Bestand attraktiv zu halten.

Die Binnennachfrage nach handwerklichen Leistungen ist durch niedrige Kreditzinsen und einige Förderprogramme, deren Existenz die Gesellschaft grundsätzlich sehr begrüßt, stark angestiegen. Dem gegenüber stehen nicht adäquat mitgewachsene personelle und materielle Kapazitäten im Baugewerbe, was die Preise für Bauleistungen erheblich steigen ließ. Auch durch die hohen energetischen Anforderungen für Neubauten ist nicht zu erwarten, dass sich Preise für den Wohnungsneu- und -umbau kurzfristig wieder rückläufig entwickeln. Die GWG sieht wegen weiterhin stagnierender Mietpreise das Risiko, dass einzelne Baumaßnahmen wegen Unwirtschaftlichkeit entweder nicht in dem geplanten Zeitrahmen oder gar nicht realisiert werden können.

Aus dem steigenden Anteil an Mietern, die über ein sehr geringes Haushalts- oder Transfereinkommen verfügen, geht die Gesellschaft davon aus, dass sich die Mietrückstandsquote und der Arbeitsumfang der Sozialbetreuer auch in 2019 weiter erhöhen werden. Daraus ergibt sich auch ein erhöhtes Aufkommen an uneinbringlichen Forderungen, die im Geschäftsjahr 2019 voraussichtlich ausgebucht werden müssen.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat im Zeitraum von 2008 bis 2018 zur eigenen Haushaltskonsolidierung knapp 54 Mio. € aus der Gesellschaft entnommen. Weitere Entnahmen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

4.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

5 Chancenbericht

Seit 2015 vollzieht die deutsche Wirtschaft eine vor allem durch das Zinstief beförderte Konjunktur. Diverse Förderprogramme im Land Sachsen-Anhalt bewirken einen weiteren Investitionsschub in den Wohnungsbau. Infolge zahlreicher Investitionen in der Stadt durch die öffentliche Hand und durch die private Wirtschaft werden die Arbeitsplatzzahlen in 2019 voraussichtlich weiter steigen. Für die Gesellschaft ergibt sich daraus die Chance, dass der Prozentsatz ihrer Bestandsmieter, die selbst ihre Miete erwirtschaften können, ansteigt.

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Auf dem Grundstücks- und Immobilienmarkt sind weiterhin verstärkte Aktivitäten zu verzeichnen, von dem die Gesellschaft auch in 2019 partizipieren kann. Neue Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das eigene Portfolio weiter zu diversifizieren. Kerngeschäft bleibt weiterhin die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt. Sanierungsmaßnahmen des Halle-Neustädter Wohnungsbestandes werden weiter stattfinden und bedarfsgerecht geplant.

Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Hansering 19
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100

Gesellschafter:	T€	%
GP Papenburg Hochbau GmbH	50	50,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	50	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Danz, Simone
Heinze, Frank

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	26.671	99	27.155	98	21.183	99	-484	-2
Umlaufvermögen	147	1	414	2	267	1	-267	-64

Bilanzsumme	26.818	100	27.569	100	21.450	100	-751	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.644	29	7.581	28	7.709	36	63	1
Rückstellungen	0	0	32	0	12	0	-32	-100
Verbindlichkeiten	19.174	71	19.956	72	13.729	64	-782	-4

Bilanzsumme	26.818	100	27.569	100	21.450	100	-751	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.247	833	49
andere aktivierte Eigenleistungen	0	68	75
sonstige betriebliche Erträge	0	0	8
Materialaufwand	67	417	125
Abschreibungen	521	282	22
sonstige betriebliche Aufwendungen	113	2	18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	483	328	75
Ergebnis nach Steuern	63	-128	-108
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	63	-128	-108
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-719	-591	-483
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-656	-719	-591

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,02	-15,34		%
Eigenkapitalrentabilität:	0,75	-1,54	-1,30	%
Cash-Flow:	584	154	-86	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,45	98,50	98,75	%
Eigenkapitalquote:	28,50	27,50	35,94	%
Fremdkapitalquote:	71,50	72,50	64,06	%

ee) Leistungsdaten

Angaben vgl. Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HGWS mbH
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung und Bestandsentwicklung
 - 2.3.2 Personal, Organisation
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
 - 2.4.4 Gesamtaussage
3. Chancen- und Risikobericht
4. Prognosebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt in Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Zweck der Gesellschaft ist danach die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

Gesellschafter sind die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH, Halle (Saale), (HWG mbH) und die GP Papenburg Hochbau GmbH, Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale). Im Geschäftsjahr beschränkte sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf die Vermietung des „Wohnparks im Paulusviertel“ in Halle (Saale) zum Zwecke der gewerblichen Weitervermietung.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) ist ein Oberzentrum des Bundeslandes Sachsen-Anhalt und wachsender Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Seit dem Jahr 2010 steigt die Zahl der Einwohner kontinuierlich.¹ Dieser Trend bleibt weiterhin bestehen. In der Stadt Halle (Saale) wohnen mehr als 241.000 Einwohner.²

Der Wohnungsbestand ist aufgrund der erhöhten Bautätigkeit im Jahr 2018 seit Jahren erstmals wieder angestiegen.³ Das leichte Bevölkerungswachstum und die Zunahme beim Wohnungsbestand führen zu einer weitgehend stabilen Vermietungsquote bei anhaltender Nachfrage in begehrten Quartieren. Die Nettokaltmieten in Sachsen-Anhalt sind im Jahr 2018 ähnlich dem Vorjahr mit 0,7 Prozent⁴ nur im geringen Ausmaß gestiegen (Vorjahr 0,6 Prozent⁵). Die Mietenentwicklung in Sachsen-Anhalt blieb damit erneut deutlich hinter der des Verbraucherpreisindex zurück.

¹ <http://www.halle.de/de/Verwaltung/Statistik/Bevoelkerung/Bevoelkerungsentwick-06050/>, Abruf vom 24.01.2019

² Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2017 vom 16.01.2019

³ Quartalsbericht 4/2017 der Stadt Halle (Saale), Seite 23, und Quartalsbericht 3/2018 der Stadt Halle (Saale), Seite 26

⁴ Pressemitteilung Nr. 6/2019 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 10.01.2019

⁵ Pressemitteilung Nr. 10/2018 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 15.01.2018

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HGWS mbH

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Projektgesellschaft. Die Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr umfasste ausschließlich die Vermietung des „Wohnparks im Paulusviertel“ in Halle (Saale) zum Zwecke der gewerblichen Weitervermietung, nachdem dessen Errichtung im Geschäftsjahr 2017 abgeschlossen wurde. Beauftragt mit der Bauausführung war der Mitgesellschafter GP Papenburg Hochbau GmbH auf der Grundlage eines garantierten Maximalpreisvertrages.

Die gewerbliche Weitervermietung erfolgt durch die HWG mbH.

2.3 Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 63 (Vj. Jahresfehlbetrag von TEUR 128). Die Umsatzerlöse sind der entscheidende finanzielle Leistungsindikator der Gesellschaft.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, da sie kein Personal beschäftigt und sowohl Bewirtschaftungsaufgaben als auch Geschäftsbesorgung der HWG mbH obliegen.

Die operative Tätigkeit der Gesellschaft hat sich planmäßig entwickelt. Im Berichtsjahr sind Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.247 (Vj. TEUR 833; Plan TEUR 1.243) erwirtschaftet worden.

2.3.1 Hausbewirtschaftung und Bestandsentwicklung

Die Gesellschaft hat 116 Wohneinheiten, fünf Gewerbeeinheiten sowie 136 Stellplätze und Garagen in ihrem Bestand. Die Gesellschaft hat daraus im abgelaufenen Geschäftsjahr Umsätze aus Vermietung in Gesamthöhe von TEUR 1.238 (Vj. TEUR 626) realisiert. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus der nunmehr ganzjährigen Vermietung der in 2017 fertig gestellten Mieteinheiten des „Wohnparks im Paulusviertel“ an die Generalmieterin HWG mbH, die dafür die gemäß Mietvertrag bis zum Jahr 2022 vereinbarten Mieten entrichtet.

2.3.2 Personal, Organisation

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Sie beschäftigt keine Mitarbeiter. Die Geschäftsführer sind zur gemeinsamen Vertretung der Gesellschaft berechtigt.

Die Buchhaltung einschließlich der Aufbereitung erforderlicher steuerlicher Erklärungen obliegt der HWG mbH im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage der HGWS stellt sich zum 31. Dezember 2018 wie folgt dar:

	31.12.2018		31.12.2017	
	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen				
Anlagevermögen (Sachanlagen)	26.671	99,5	27.155	98,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4	0,0	4	0,0
Guthaben bei Kreditinstituten	143	0,5	409	1,5
	26.818	100,0	27.568	100,0

	31.12.2018		31.12.2017	
	TEUR	%	TEUR	%
Kapital				
Gezeichnetes Kapital	100	0,4	100	0,4
Kapitalrücklage	8.200	30,6	8.200	29,7
Jahresüberschuss (i. Vj. Jahresfehlbetrag)	63	0,2	-128	-0,5
Verlustvortrag	-719	-2,7	-591	-2,1
Rückstellungen	0	0,0	32	0,1
Verbindlichkeiten	19.174	71,5	19.955	72,4
	26.818	100,0	27.568	100,0

Das Vermögen der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen das im Jahr 2012 erworbene Areal im Paulusviertel sowie die in den Jahren 2012 bis 2017 getätigten Investitionen in die Entwicklung des Bestandes als „Wohnpark im Paulusviertel“ abzüglich planmäßiger Abschreibungen.

Die Verbindlichkeiten umfassen im Wesentlichen Kreditverbindlichkeiten zur Finanzierung des Projektes „Wohnpark im Paulusviertel“ (TEUR 19.111, Vj. TEUR 19.707).

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung der HGWS stellt sich wie folgt dar:

	2018 TEUR	2017 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	851	700	151
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-38	-7.511	7.473
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.079	6.959	-8.038
Zahlungswirksame Veränderungen	-266	148	-414
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	409	261	148
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	143	409	-266

Die Entwicklung der Cashflows spiegelt den Wechsel von der Bautätigkeit zur Errichtung des „Wohnparks im Paulusviertel“ zur ausschließlichen Bewirtschaftung durch Vermietung wider.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich weiter erhöht, was im Wesentlichen auf die Steigerung der Umsatzerlöse zurückzuführen ist.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter deutlich verbessert, da die Baumaßnahme zur Realisierung des Projektes „Wohnpark im Paulusviertel“ im Vorjahr fertig gestellt wurde und nur noch Restzahlungen anstanden.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert. Er enthält die Zins- und Tilgungszahlungen für die in der Vergangenheit für das Projekt „Wohnpark im Paulusviertel“ aufgenommenen Darlehen in Höhe von gesamt TEUR 20.000. Es handelt sich um drei fest verzinsliche Annuitätendarlehen, die durch Grundschulden, ergänzende Zweck- und Abtretungserklärungen sowie Gesellschaftererklärungen zur Sicherstellung der Kapitaldienstfähigkeit besichert sind.

Der Finanzmittelbestand beträgt am 31. Dezember 2018 TEUR 143 (Vj. TEUR 409).

2.4.3 Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft zeigt folgendes Bild:

	2018	2017	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	1.247	833	414
Aktivierete Fremdzinsen	0	68	-68
Materialaufwand	-67	-417	350
Abschreibungen auf Sachanlagen	-521	-282	-239
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-113	-2	-111
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-483	-328	-155
Jahresüberschuss (i. Vj. Jahresfehlbetrag)	63	-128	191

Die Umsatzerlöse resultieren vollständig aus der Hausbewirtschaftung.

Der Materialaufwand enthält im Wesentlichen die Aufwendungen für die Vergütung an den Geschäftsbesorger HWG mbH gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag (TEUR 58; Vj. TEUR 182).

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 113 (Vj. TEUR 2) resultiert aus Beratungsleistungen im Zusammenhang mit einer geplanten Grundstücksveräußerung des „Wohnparks im Paulusviertel“. Diesbezüglich wird auf die Kapitel 3 und 4 verwiesen.

2.4.4 Gesamtaussage

Die Ertragslage ist entsprechend der Erwartungen der Geschäftsführung. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die Gesellschaft war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Befugnisse der Geschäftsführer wurden im Gesellschaftsvertrag für definierte Geschäftsvorgänge auf einen Verfügungsrahmen von maximal zehntausend Euro begrenzt. Entscheidungen mit einem darüber hinausgehenden Wertumfang bedürfen der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

Die Chancen-Risiko-Lage ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert gut.

Die Baumaßnahme „Wohnpark im Paulusviertel“ ist abgeschlossen. Die gewerbliche Weitervermietung erfolgt durch die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH. Die vertraglich vereinbarte monatliche Miete ist garantiert bis zu einer Mietanpassungsklausel in 2022.

Die Darlehensverträge wurden im Jahr 2015 zu marktadäquaten Finanzierungskonditionen abgeschlossen.

Bestandteil der Geschäftsbesorgung durch die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH ist ein Cash-Management und das Controlling.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist jederzeit sichergestellt.

Aufgrund der derzeit guten Rahmenbedingungen im Grundstücksverkehr erwägen die Gesellschafter der HGWS eine Veräußerung des Bestandes des „Wohnpark im Paulusviertel“ im Ganzen.

4. Prognosebericht

Für das Jahr 2019 erwartet die Gesellschaft leicht steigende Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.260 aus der Vermietung an die HWG mbH. Deren Entwicklung ist im Mietvertrag mit der HWG mbH bis zum Jahr 2022 festgelegt.

Für 2019 und die Folgejahre wird mit minimalen, leicht steigenden Jahresüberschüssen aus dem operativen Geschäft gerechnet. Weitere Einflüsse können sich aus der zukünftigen Entwicklung der Steuerlatenzen ergeben. Die Steuerbescheide der Finanzverwaltung werden 2019 erwartet.

Im Falle der Veräußerung des „Wohnparks im Paulusviertel“ werden die Verbindlichkeiten aus dem Kaufpreis getilgt und der bestehende Mietvertrag mit der HWG mbH zur gewerblichen Weitervermietung aufgehoben. Weitere Projektentwicklungen sind aktuell nicht vorgesehen.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	102.259		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Marx, Jürgen
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter
		David, Dirk
		Feigl, Christian
		Fritz, Melanie
		Haupt, Ute
		Krause, Johannes
		Nagel, Elisabeth
		Rothe, Uwe
		Sänger, Frank
		Sommer, Manfred
		Sprung, Michael

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	24	25	24

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	50	50,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	567.250	90	558.941	90	544.197	91	8.309	1
Umlaufvermögen	48.248	7	43.174	7	37.693	6	5.074	12
Rechnungsabgrenzungsposten	16.987	3	16.368	3	15.633	3	619	4

Bilanzsumme

632.485	100	618.483	100	597.523	100	14.002	2
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	290.106	46	280.659	45	265.064	44	9.447	3
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	11.004	2	11.248	2	11.498	2	-244	-2
Rückstellungen	5.156	1	3.957	1	4.692	1	1.199	30
Verbindlichkeiten	325.234	51	319.713	52	315.149	53	5.521	2
Rechnungsabgrenzungsposten	985	0	2.906	0	1.120	0	-1.921	-66

Bilanzsumme

632.485	100	618.483	100	597.523	100	14.002	2
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	89.962	89.213	87.389
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	579	-89	484
andere aktivierte Eigenleistungen	1.064	1.022	1.034
sonstige betriebliche Erträge	9.434	14.658	7.341
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	42.236	40.322	43.196
Personalaufwand	14.001	13.398	13.332
Abschreibungen	14.513	14.552	12.305
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.121	5.951	7.068
Erträge aus Beteiligungen	135	108	128
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	360	292	356
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.693	8.145	8.957
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.517	2.236	577
Ergebnis nach Steuern	14.453	20.600	11.297
sonstige Steuern	5	5	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	14.448	20.595	11.291
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	38.674	25.139	19.977
Ausschüttung	5.000	5.000	5.000
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	1.445	2.060	1.129
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	46.677	38.674	25.139

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	16,06	23,08	12,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,94	8,51	4,71	%
Cash-Flow:	28.961	35.147	23.596	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	432	462	415	T€
Personalaufwandsquote:	13,86	12,78	13,85	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,95	89,63	90,32	%
Eigenkapitalquote:	45,87	45,38	44,36	%
Fremdkapitalquote:	54,13	54,62	55,64	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Wohneinheiten	15.297	15.410	15.498	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	7,8	6,5	6,6	%
Wohneinheiten HWG KG	2.240	2.240	2.240	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten HWG KG	4,4	4,1	2,5	%
Wohneinheiten HGWS	116	116	-	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten HGWS	2,6	14,7	-	%
Gewerbeeinheiten	249	244	258	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	12,9	13,1	11,6	%
Gewerbeeinheiten HWG KG	20	20	20	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HWG KG	0,0	5,0	0,0	%
Gewerbeeinheiten HGWS	5	5	-	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HGWS	40,0	80,0	-	%

f) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2018

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns
 - 1.1 Geschäftsmodell
 - 1.2 Unternehmensstrategien und -ziele
 - 1.3 Konsolidierungskreis
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung
 - 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung
 - 2.3.3 Personal und Organisation
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
 - 2.4.4 Gesamtaussage
3. Chancen- und Risikobericht
4. Prognosebericht

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt der Stadt Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Darin ist der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft festgehalten.

Der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft besteht vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Die Preisbildung für die Überlassung der Mietwohnungen soll dabei angemessen sein, d. h. unter anderem eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals unter Berücksichtigung einer Gesamtkapitalrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Die alleinige Gesellschafterin der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung ist die Stadt Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale).

Das Handeln der Gesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag vom 25. Juni 1992 (letzte Änderung mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 19. September 2007) sowie in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat geregelt. Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) verpflichtet.

1.2 Unternehmensstrategien und -ziele

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft orientiert sich am Wohnraumversorgungsauftrag und den Renditeerwartungen des Gesellschafters. Das Portfolio der Gesellschaft ist dementsprechend auf eine ausgewogene Wohnraumversorgung in allen Preissegmenten ausgerichtet. Ein solides wirtschaftliches Fundament bildet die Voraussetzung für soziales, ökologisches und städtebauliches Engagement.

Vor diesem Hintergrund sieht die Gesellschaft Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, welches unter Berücksichtigung von ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten entwickelt und bewirtschaftet werden muss. Dies bedarf eines ausgewogenen Portfolios, welches Immobilien mit unterschiedlichen Lage- und Ausstattungsqualitäten für differenzierte Zielgruppen umfasst.

Der Abschluss des ersten Investitionszyklus, eine konstante Kreditverschuldung, die Erwirtschaftung höherer Einnahmeüberschüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und der Erhalt der sozialen Durchmischung in den Beständen sind dabei strategische Zielstellungen zur nachhaltigen Sicherung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Zur Förderung der sozialen Durchmischung wird die Gesellschaft im Rahmen des wohnungspolitischen Konzeptes und im Einklang mit dem Gesellschaftszweck eine freiwillige Selbstverpflichtung für „Bezahlbare Mieten und soziale Wohnungsverversorgung“ übernehmen.

1.3 Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss sind das Mutterunternehmen und die Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG) und die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH, Halle (Saale), (HGWS) (quotal) einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse im Konzern HWG mbH werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	HWG mbH	HWG KG	HGWS
Gesellschafter	Stadt Halle (Saale)	HWG mbH	HWG mbH
Anteile	100 Prozent	99,95 Prozent (Vj. 99,9 Prozent)	50 Prozent
Stammeinlage	102.259.000 Euro	9.995 Euro (Vj. 9.990 Euro)	50.000 Euro

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Bestände werden durch Mitarbeiter der Muttergesellschaft bewirtschaftet, der auch das Ergebnis zufließt. Die Veränderung der Beteiligungsverhältnisse resultiert aus dem Ankauf des Kommanditanteils eines geschäftsführenden Gesellschafters durch die HWG mbH im Geschäftsjahr. Hierfür wurde bereits zum Zeitpunkt der Gründung der HWG KG eine Optionsvereinbarung abgeschlossen.

Unternehmensgegenstand der HGWS ist die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

Die HGWS hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Sie verfügt bis auf zwei Geschäftsführer über keine eigenen Mitarbeiter. Die Geschäftsführer sind nicht bei der HGWS angestellt. Die kaufmännische Geschäftsbesorgung für die HGWS erfolgt durch die HWG mbH. Die HGWS vermietet ihre Bestände zum Zweck der gewerblichen Weitervermietung an die HWG mbH.

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Jahresabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2018 erneut gewachsen, jedoch mit einem verringerten Tempo. Getragen von inländischem Konsum und Investitionen stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,5 Prozent. Das Wirtschaftswachstum liegt damit weiterhin über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre.¹

¹ Pressemitteilung Nr. 018 des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2019

Die Bruttowertschöpfung ist in nahezu allen Wirtschaftsbereichen gestiegen. Überdurchschnittlich stark fiel diese unter anderem im Baugewerbe aus.

An dieser Wirtschaftsleistung waren im Jahresdurchschnitt rund 44,8 Millionen Erwerbstätige beteiligt, die höchste Zahl seit der Wiedervereinigung. Negative demografische Effekte konnten durch eine höhere Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung und durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen werden.² Die Arbeitslosenquote sank vor diesem Hintergrund um 0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr.³

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland hat im Jahr 2018 erneut stark zugenommen. Der Anstieg betrug 3,2 Prozent.⁴

Die Stadt Halle (Saale), ein Oberzentrum des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, ist ein wachsender Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort und profitiert von diesen gesamtdeutschen Entwicklungen. So ist beispielsweise die Arbeitslosenquote in der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2018 deutlich zurückgegangen. Bis zum Ende des dritten Quartals 2018 war die Arbeitslosenquote um 0,9 Prozentpunkte gesunken.⁵

Die Bevölkerung ist nach den letzten sehr positiven Jahren in 2018 geringfügig weiter gewachsen. Seit dem Jahr 2010 steigt die Zahl der Einwohner kontinuierlich.⁶ Dieser Trend bleibt damit weiterhin bestehen. Der Zuwachs bei der Bevölkerung im Jahr 2018 betrug 0,1 Prozent. In der Stadt Halle (Saale) wohnen demnach mehr als 241.000 Einwohner.⁷

Im Jahr 2018 ist aufgrund der erhöhten Bautätigkeit der Wohnungsbestand seit Jahren voraussichtlich erstmals wieder um 0,2 Prozent angestiegen.⁸ Das leichte Bevölkerungswachstum und die geringe Zunahme beim Wohnungsbestand werden in 2018 somit zu einer weitgehend stabilen Leerstandsquote führen. Diese lag zum Ende des dritten Quartals analog dem Vorjahresende bei etwa 9,0 Prozent.⁹

Trotz der insgesamt positiven Marktentwicklung sind in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 die Nettokaltmieten ähnlich dem Vorjahr mit 0,7 Prozent¹⁰ nur im geringen Ausmaß gestiegen (Vorjahr 0,6 Prozent¹¹). Die Mietentwicklung in Sachsen-Anhalt blieb damit erneut deutlich hinter der des Verbraucherpreisindex zurück. Die Verbraucherpreise stiegen um 1,6 Prozent¹². In Deutschland fiel der Mietenanstieg mit ca. 1,6 Prozent¹³ hingegen deutlich höher aus.

Die Wohnungsnebenkosten blieben mit 0,3 Prozent¹⁴ im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert (Vorjahr 1,7 Prozent)¹⁵.

Deutlich dynamischer entwickelten sich im Berichtsjahr erneut die Baupreise. Der Preisindex für Bauwerksarten und Instandhaltung des Landes Sachsen-Anhalt für Wohngebäude nahm in 2018 um 4,3 Prozent zu. Der Preisanstieg in diesem Wirtschaftsbereich fällt damit wiederum deutlich höher aus, wie noch im Vorjahr (2,6 Prozent)¹⁶.

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die HWG mbH hat sich im Hinblick auf ihre Vermögens- und Ertragslage weiter positiv entwickelt. Dies zeigen das erneut positive Jahresergebnis sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme.

² Pressemitteilung Nr. 018 des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2019

³ Statistisches Bundesamt (www.destatis.de) Konjunkturindikatoren - Arbeitsmarkt - Arbeitslosenquote, Datenabruf vom 18.01.2019

⁴ Begleitmaterial des Statistischen Bundesamtes zur Pressekonferenz am 15. Januar 2019, Seite 22

⁵ Quartalsbericht 4/2017 der Stadt Halle (Saale), Seite 39, und Quartalsbericht 3/2018 der Stadt Halle (Saale), Seite 43

⁶ <http://www.halle.de/de/Verwaltung/Statistik/Bevoelkerung/Bevoelkerungsentwick-06050/>, Abruf vom 24.01.2019

⁷ Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2018 vom 16.01.2019

⁸ Quartalsbericht 4/2017 der Stadt Halle (Saale), Seite 23, und Quartalsbericht 3/2018 der Stadt Halle (Saale), Seite 26

⁹ Leerstandsmeldungen der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2017 und 30.09.2018

¹⁰ Pressemitteilung Nr. 6/2019 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 10.01.2019

¹¹ Pressemitteilung Nr. 10/2018 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 15.01.2018

¹² Pressemitteilung Nr. 6/2019 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 10.01.2019

¹³ Pressemitteilung Nr. 019 des Statistischen Bundesamtes vom 16.01.2019

¹⁴ Pressemitteilung Nr. 6/2019 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 10.01.2019

¹⁵ Pressemitteilung Nr. 10/2018 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 15.01.2018

¹⁶ Datentabelle zu Preisindizes für Bauwerksarten und Instandhaltung (Wohngebäude) des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 17.01.2019

Seit dem Jahr 2008 wird die Entwicklungsgeschwindigkeit durch Gewinnausschüttungen an den alleinigen Gesellschafter, die Stadt Halle (Saale), und durch sonstige Anforderungen des Gesellschafters geprägt. Die vom Gesellschafter beschlossenen Gewinnausschüttungen blieben in den letzten Jahren mit EUR 5 Mio. unverändert. Eine Gewinnausschüttung ist in gleicher Höhe in der mittelfristigen Planung der Gesellschaft berücksichtigt.

Die Entwicklung am halleschen Immobilienmarkt zeigt weiterhin eine zunehmende Differenzierung zwischen den einzelnen Stadtteilen. Insbesondere innenstadtnahe Stadtteile weisen eine gleichbleibende bis positive Bevölkerungsentwicklung auf. Die Stadtviertel im Stadtbezirk Mitte verzeichnen seit Jahren den größten Zuwachs an Einwohnern. Hier hat die Gesellschaft investiert und auch für die nächsten Jahre einen Investitionsschwerpunkt gesetzt.

Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von den Wanderungspräferenzen. Die Lagevorteile von Teilen ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition. Unterschiedliche Entwicklungstendenzen innerhalb des Portfolios durch beispielsweise lagebenachteiligte Quartiere können dadurch kompensiert werden.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt der Gesellschaft liegt in den Stadtumbauquartieren. Dieser Teilmarkt hat sich in der Vergangenheit durch Investitionen in Verbindung mit Rückbau und Quartiersarbeit konsolidiert. Der Gesellschaft ist es dadurch gelungen, auch in solchen benachteiligten Stadtteilen/Quartieren, wie beispielsweise den Großwohnsiedlungen, eine Vermietungsquote zu erreichen, welche deutlich über dem Durchschnitt der Stadt Halle (Saale) liegt. In den letzten beiden Jahren zeigen sich hier jedoch teilweise gegenläufige Tendenzen, auch wenn sich die Vermietungsquote der Gesellschaft hier immer noch auf oder über dem Marktniveau bewegt.

Der Teilmarkt in den Stadtumbauquartieren bleibt weiterhin bedeutsam für die Erfüllung des Gesellschaftsauftrages. Er ist deshalb in den kommenden Jahren ein wichtiges Handlungsfeld für die Gesellschaft. Zur Verbesserung und langfristigen Sicherung der Marktsituation in diesen Stadtteilen wird die Gesellschaft dort zukünftig ihre Quartiersarbeit und die Investitionstätigkeit ausbauen.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft im Hinblick auf die Investitionstätigkeit wird derzeit auch von der aktuellen Marktsituation im Baugewerbe beeinflusst. Diese macht gegebenenfalls eine teilweise Zurückstellung oder zeitliche Verschiebung von Investitionsmaßnahmen erforderlich. Kurz- bis mittelfristig hat sich die Gesellschaft planungsseitig auf diese Situation eingestellt.

2.3 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2018 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet.

Die Gesellschaft nutzt zur Steuerung finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zu den wichtigsten wird nachfolgend ausgeführt.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von Bedeutung zum Erreichen der Leistungsziele. Sie sind für die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

In der Hausbewirtschaftung wurde das wichtigste wirtschaftliche Leistungsziel, die Einnahmen aus der Vermietung, leicht übertroffen. Die angestrebte Leerstandsquote wurde nicht erreicht.

Die geplante Realisierung von Sanierungsmaßnahmen wurde abgesehen von Bauverzögerungen bei zwei Maßnahmen umgesetzt. Mit zwei Investitionsvorhaben wurde dem entgegen vorzeitig begonnen.

In 2018 erwirtschaftete die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 14.448 (Vj. TEUR 20.595). Das Jahresergebnis fällt damit um etwa 0,7 Millionen Euro höher aus als geplant.

Weiteres zum Jahresergebnis wird unter 2.4.3 Ertragslage ausgeführt.

2.3.1 Hausbewirtschaftung

Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den angemieteten Beständen der Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen HWG KG und HGWS mbH.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Konzern bewirtschaftete Bestand nachfrage- und nachhaltigkeitsorientiert durch Verkäufe und Sanierungen angepasst.

Dem entsprechend ist der Bestand im Jahr 2018 planmäßig leicht zurückgegangen. Dies entspricht den Planungen der Gesellschaft. Lediglich bei einigen geplanten Verkäufen des Jahres 2018 erfolgt der Abschluss der Verpflichtungsgeschäfte und somit der Eintritt der Bestandsveränderungen erst im Folgejahr.

Bestand und Leerstand	2018	2017	Veränderung	
HWG mbH				
Wohneinheiten	15.297	15.410	-113	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	7,8	6,5		%
Gewerbereinheiten	249	244	5	Einheiten
Leerstand Gewerbereinheiten	12,9	13,1		%
sonstige Einheiten	1.979	1.890	89	Einheiten
HWG KG (angemietet)				
Wohneinheiten	2.240	2.240	0	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	4,4	4,1		%
Gewerbereinheiten	20	20	0	Einheiten
Leerstand Gewerbereinheiten	0,0	5,0		%
sonstige Einheiten	222	222	0	Einheiten
HGWS (angemietet)				
Wohneinheiten	116	116	0	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	2,6	14,7		%
Gewerbereinheiten	5	5	0	Einheiten
Leerstand Gewerbereinheiten	40,0	80,0		%
sonstige Einheiten	136	136	0	Einheiten
Konzern gesamt				
Wohneinheiten	17.653	17.766	-113	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	7,4	6,3		%
Gewerbereinheiten	274	269	5	Einheiten
Leerstand Gewerbereinheiten	12,4	13,8		%
sonstige Einheiten	2.337	2.248	89	Einheiten

Die Gesellschaft geht perspektivisch von einem zu bewirtschaftenden Bestand auf dem derzeitigen Niveau mit sinkendem Leerstand aus.

Die zum Jahresende 2018 angestrebte Leerstandsquote von ca. 5,7 Prozent konnte nicht erreicht werden. Der Leerstand ist entgegen den Planungen auf 7,4 Prozent (Vorjahr 6,3 Prozent) gestiegen. Er liegt weiterhin unter dem Durchschnitt in der Stadt Halle (Saale).

Zu Beginn des Jahres resultierte ein wesentlicher Anteil der Leerstandszunahme aus der Rücknahme von Wohnungen, welche die Gesellschaft auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung zur Unterbringung von Flüchtlingen an die Stadt Halle (Saale) vermietet hatte. Im weiteren Jahresverlauf war darüber hinaus ein Leerstandsanstieg zu verzeichnen. Im besonderen Maße betroffen sind die Großwohnsiedlungen Heide-Nord und Silberhöhe. Der Schwerpunkt liegt beim letztgenannten Stadtteil. Hier konnten nicht die erforderlichen Anschlussvermietungsquoten erreicht werden. Näheres zur Leerstandsentwicklung wird unter 3. Chancen- und Risikobericht / Mietertragsrisiko ausgeführt.

Entgegen dieser Entwicklungen sind die Umsatzerlöse im abgelaufenen Geschäftsjahr gestiegen. Sie entfallen überwiegend auf die Hausbewirtschaftung und entwickeln sich seit Jahren unabhängig von der Bestandsentwicklung positiv. Im Geschäftsjahr 2018 konnten bei Soll- und Istmieten Ergebnisse über dem Plan erreicht werden.

Die Leerstandsverluste auf Sollmieten haben aufgrund der Leerstandsentwicklung ebenfalls zugenommen, konnten aber durch die Steigerung der Umsätze aus Sollmieten mehr als kompensiert werden (siehe auch 2.4.3 Ertragslage).

HWG mbH	2018 TEUR	2017 TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung Prozent
Sollmieten	68.286	67.056	1.230	1,8%
Leerstandsverluste	4.052	3.632	420	11,6%
Sollmieten abzügl. Leerstand	64.234	63.424	810	1,3%

Somit haben sich auch die durchschnittlichen Sollmieten für alle Nutzungsarten positiv entwickelt. Sie betragen im Berichtsjahr 5,46 Euro/m² (Vj. 5,36 Euro/m²).

Die positive Umsatzentwicklung wird insbesondere durch Neuvermietungen der Gesellschaft nach dem Abschluss von Investitionsmaßnahmen gestützt. Hier konnten zum Teil überplanmäßige Mieten erzielt werden.

2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung

Bauinvestitionen

Ein wichtiger Baustein der Unternehmensplanungen ist eine angemessene und maßvolle Investitionspolitik. Das Ziel besteht darin, die Wohn- und Lebensqualität für die Mieterinnen und Mieter bedarfsgerecht zu erhalten und zu verbessern. Gleichzeitig soll Wohnraum für Bevölkerungsgruppen aller Einkommensschichten gesichert werden.

Zur Erreichung dieser Ziele und damit auch zur Festigung und zum Ausbau der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung von Beständen erforderlich. Der Abschluss des ersten Investitionszyklus ist eine wesentliche strategische Zielstellung der Gesellschaft.

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2018 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 22.706 (Vj. TEUR 21.077) realisiert. Damit investierte die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr in etwa im gleichen Umfang in ihre Bausubstanz.

Einschließlich Bauvorbereitungsmaßnahmen plante die Gesellschaft im Jahr 2018 insgesamt Bauinvestitionen in Höhe von ca. 28 Mio. Euro. Das realisierte Bauvolumen fiel gegenüber dem Plan etwa 6 Mio. Euro geringer aus.

Wesentliche Veränderungen traten bei Realisierungsprojekten auf. Bei einem Neubauprojekt und der Sanierung eines denkmalgeschützten Ensemble, welche den Großteil der Planabweichungen ausmachen, kam es zu Bauverzögerungen. Diese führen zu Verschiebungen bei den Bauleistungen.

Zwei weitere Investitionsmaßnahmen konnten unter Berücksichtigung des Planungsstandes und der Vergabe vorgezogen werden. Mit diesen wurde entgegen der Jahresplanung bereits im Jahr 2018 begonnen. Bei den insgesamt fünf geplanten Maßnahmen zum Aufzugsanbau fand ebenfalls in 2018 der Baubeginn statt.

Bei den Bauvorbereitungsmaßnahmen kam es zu Prioritätenverschiebungen zwischen den Projekten, so dass im abgelaufenen Jahr noch nicht in dem geplanten Umfang Mittel benötigt wurden.

Die Planabweichungen resultieren somit im Wesentlichen aus der Verschiebung/zeitlichen Verzögerung bei Investitionsmaßnahmen.

Die Investitionsplanung 2018 sah vor, dass mehr als 600 Wohnungen wohnwertverbessernde Maßnahmen erfahren, neu errichtet oder erstmals mit Balkon- oder Aufzugsanlagen ausgestattet werden.

Im Rahmen der umgesetzten Bautätigkeit der HWG mbH wurden einschließlich der vorgezogenen Maßnahmen in 2018 etwa 390 Wohnungen fertig gestellt und vermietet. Der Bestand reduzierte sich durch Zusammenlegungen um 20 Wohnungen. Diese Fertigstellungen umfassten zum Teil Komplexsanierungen, den Anbau von Balkonen und im Wesentlichen die energetische Ertüchtigung der Bestände.

Durch das geplante Neubauprojekt, eine vorgezogene Investitionsmaßnahme sowie die als Überhang in Umsetzung befindlichen Aufzugsanbauten befinden sich etwa 600 Wohnungen noch im Bau. Ein Abschluss dieser Investitionen ist im Jahr 2019 vorgesehen.

Vollständig sanierte Bestände sind unverändert marktgängig und nachgefragt. Geplante Miethöhen wurden erreicht und zum Teil übertroffen.

Die Tochtergesellschaften HGWS und HWG KG haben im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Sanierungs- und Neubauarbeiten durchgeführt.

Aufwendungen der Hausbewirtschaftung - Instandhaltung und Rückbau

Bei den Beständen, in welchen keine Maßnahmen zur Wohnwertverbesserung erfolgen, wird die Qualität des Gebäudebestandes durch Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen gesichert. Die Schwerpunkte des Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramms waren Maßnahmen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung sowie der Qualitätssicherung des Bestandes.

Im Laufe des Geschäftsjahres stellte die Gesellschaft diese Mittel verstärkt für die Instandsetzung von Wohnungen mit Instandsetzungs- oder Modernisierungsbedarf in leerstandsgeprägten Beständen bereit. Die Maßnahme dient dem Abbau bestehender Leerstände. Gleichzeitig soll die Wohnqualität in den Beständen der Gesellschaft unter Beachtung der Nachfragepräferenzen gesteigert werden.

Das Instandhaltungsbudget wurde für das Jahr 2018 mit ca. EUR 10 Mio. geplant.

Im Berichtsjahr hat die Muttergesellschaft HWG mbH für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen für die eigenen und die angemieteten Bestände Fremdleistungen in Höhe von TEUR 10.280 (Vj. TEUR 9.203) aufgewendet. Je Quadratmeter Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies EUR 9,88 (Vj. 8,80 EUR/m²). Hinzu kommt der Personal- und Sachaufwand des Servicebetriebes, dessen Leistungen im Personalaufwand und im sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten sind.

Grundstücksverkehr

Im Geschäftsjahr 2018 wurden 9 Grundstücksverkaufsverträge über 8 Grundstücke mit Wohnbauten und eine unbebaute Grundstücksfläche abgeschlossen. Hierbei wurden Kaufpreise in Höhe von insgesamt ca. EUR 3,6 Mio. vereinbart. Verkauft wurden unrentable oder nicht zur Sanierung vorgesehene Objekte zur Portfoliobereinigung sowie Grundstücksflächen zum Zwecke der Quartiersentwicklung.

Aus diesen Kaufverträgen und noch abzuwickelnden Verträgen aus Vorjahren hat die Gesellschaft Liquiditätszuflüsse in Höhe von EUR 3,5 Mio. realisiert. Ankaufsmittel wurden nur im geringen Umfang zur Bereinigung von Grundstücks-/Eigentumssituationen verwendet.

Die Planungen der Gesellschaft für das Jahr 2018 sahen Verkäufe in Höhe von EUR 4,6 Mio. vor. Unter Berücksichtigung der Investitionstätigkeit und der dort erforderlichen liquiden Mittel sowie der geringeren Ausgaben für Ankäufe wurden einige Verkaufsaktivitäten in das Folgejahr verschoben. Diese Einnahmen wurden für 2019 geplant.

2.3.3 Personal und Organisation

Zum 31. Dezember 2018 waren im Konzern 249 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Mitarbeiter per 31.12 des Jahres	2018 Anzahl	2017 Anzahl	Veränderung Anzahl
HWG			
Geschäftsführer	1	1	0
Kaufmännische Angestellte	147	136	11
Technische Angestellte	25	26	-1
Gewerbliche Mitarbeiter	67	62	5
Summe	240	225	15
Auszubildende	8	5	3
geringfügig Beschäftigte/ studentische Hilfskräfte	1	1	0

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG und die HGWS beschäftigten kein Personal.

Die HWG mbH hat damit im Geschäftsjahr 2018 entgegen den Vorjahren wieder Personal zugeführt. Dies steht im Zusammenhang mit einer im Rahmen der Unternehmensentwicklung erforderlichen Anpassung der Aufbauorganisation, mit Steuerungsmaßnahmen zum Leerstandsabbau und mit Personalentwicklungsmaßnahmen zur Deckung zukünftiger Personalbedarfe.

So hat die HWG mbH beispielsweise im Hinblick auf die Digitalisierungsstrategie und die Bedeutung dieser Aufgabe die Abteilung „Personal, Organisation, Informations- und Kommunikationstechnik“ neu geschaffen und besetzt. Zudem erfolgte im laufenden Geschäftsjahr eine Anpassung der Vermietungsorganisation durch Neueinstellungen, um der Leerstandsentwicklung entgegenzuwirken und entsprechend den Unternehmensplanungen den Leerstandsabbau weiter voranzutreiben.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft Personalzuführungen im Bereich des Servicebetriebes vorgenommen, um damit den Kapazitätsengpässen im Baugewerbe durch eigene Handwerkerleistungen entgegen zu wirken.

Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Qualifiziertes, leistungsfähiges und motiviertes Personal ist Voraussetzung für ein erfolgreich am Markt agierendes Unternehmen. Vor diesem Hintergrund nimmt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Qualifizierung und Weiterentwicklung des Personals im Unternehmen einen hohen Stellenwert ein.

Seit dem Jahr 2012 ist die Gesellschaft für ihre familienorientierte Personalführung zertifiziert (Audit „Beruf und Familie“). Für das Jahr 2019 wird eine erneute Re-Auditierung angestrebt. Zu diesem Zweck wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr eine entsprechende Zielvereinbarung vorbereitet.

Sich verändernde Rahmenbedingungen und daraus resultierende neue Aufgaben und Anforderungen machen eine ständige Qualifizierung des Personals unerlässlich. So nahmen auch im Jahr 2018 wieder viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an Qualifikationsmaßnahmen teil. Zehn Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben mit längerfristigen Fort- oder Weiterbildungsmaßnahmen begonnen oder diese abgeschlossen. Circa 140 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen absolvierten Inhouse-Seminare.

Ein diesen Qualifizierungsmaßnahmen zugrunde liegendes Personalentwicklungskonzept wurde zuletzt im Jahr 2013 aufgestellt und beschlossen. Im Jahr 2019 ist vorgesehen, mit der Fortschreibung dieses Personalentwicklungskonzeptes durch die neu geschaffene Abteilung „Personal, Organisation, Informations- und Kommunikationstechnik“ zu beginnen.

Neben der Qualifizierung von Personal ist auch die ständige Optimierung und Anpassung von Arbeitsprozessen an die aktuellen Rahmenbedingungen wichtig für den Unternehmenserfolg.

Neben der Schaffung der Abteilung „Personal, Organisation, Informations- und Kommunikationstechnik“ begann im Geschäftsjahr eine Anpassung der Organisationsstruktur der ehemaligen Abteilung Technik. Auch aufgrund der Bedeutung des Baukostenrisikos (siehe auch Chancen- und Risikobericht) hat die Geschäftsführung im II. Quartal 2018 die Leitung der technischen Teams übernommen.

Der organisatorische Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst. Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch sowie abteilungsbezogenen Prozessen/Arbeitsanweisungen festgehalten, welche laufend aktualisiert werden.

2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich zum 31. Dezember 2018 wie folgt dar:

Konzern	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Vermögen					
Anlagevermögen	638.549	94,3	631.903	94,6	6.646
Langfristige Forderungen	90	0,0	98	0,0	-8
Vorräte	25.850	3,8	25.275	3,8	575
kurzfristige Forderungen	2.068	0,3	1.691	0,2	377
Flüssige Mittel	10.771	1,6	8.515	1,3	2.256
Übrige Aktiva (RAP)	262	0,0	364	0,1	-102
Gesamtvermögen	677.590	100,0	667.846	100,0	9.744

Konzern	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Kapital					
wirtschaftliches Eigenkapital*	279.414	41,2	271.022	40,6	8.392
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	338.909	50,0	336.796	50,4	2.113
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	59.267	8,8	60.028	9,0	-761
Gesamtkapital	677.590	100,0	667.846	100,0	9.744

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

HWG mbH	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Vermögen					
Anlagevermögen	567.250	89,7	558.941	90,4	8.309
Langfristige Forderungen	9.645	1,5	7.914	1,3	1.731
Vorräte	25.850	4,1	25.275	4,1	575
kurzfristige Forderungen	2.053	0,3	1.675	0,3	378
Flüssige Mittel	10.700	1,7	8.310	1,3	2.390
Übrige Aktiva (RAP)	16.987	2,7	16.368	2,6	619
Gesamtvermögen	632.485	100,0	618.483	100,0	14.002

HWG mbH	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Kapital					
wirtschaftliches Eigenkapital*	301.110	47,6	291.907	47,2	9.203
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	275.478	43,6	270.029	43,7	5.449
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	55.897	8,8	56.547	9,1	-650
Gesamtkapital	632.485	100,0	618.483	100,0	14.002

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Bilanzsummen sind sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss gestiegen. Die Eigenkapitalquoten haben sich erhöht.

Die Vermögenslage im Jahres- und Konzernabschluss ist durch den hohen Anteil des Anlagevermögens gekennzeichnet. Es wird in seiner Entwicklung maßgeblich durch die Investitionen beeinflusst.

Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz war im Geschäftsjahr sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss vom Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss und die teilweise Thesaurierung von Vorjahresgewinnen sowie den Anstieg der langfristigen Verbindlichkeiten geprägt.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt TEUR 2.925 (Vj. TEUR 3.718) gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen. Die Abschreibungsbedarfe ergaben sich ausschließlich aus der Bewertung des Kernbestandes nach dem Ertragswertverfahren.

Konzern und HWG mbH	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR	Veränderung TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	2.925	3.671	-746
Bodenabwertung nach Prüfung Bodenrichtwert	0	47	-47
Gesamt	2.925	3.718	-793

Aus dem Abgleich der bilanzierten Bodenbuchwerte im Kernbestand mit den amtlichen Bodenrichtwerten sowie der Bewertung der Verkaufsobjekte des Folgejahres ergaben sich keine Abschreibungsbedarfe.

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen im Kernbestand in Höhe von TEUR 1.525 (Vj. TEUR 7.955).

Konzern und HWG mbH	31.12.2018 TEUR	31.12.2017 TEUR	Veränderung TEUR
Berichtigungen des Abschreibungsplans	0	233	-233
nach dem Ertragswertverfahren	1.471	2.262	-791
ehemalige Rückbaubestände	0	3.328	-3.328
Bodenzuschreibung nach Prüfung Bodenrichtwert	54	2.132	-2.078
Gesamt	1.525	7.955	-6.430

Das Ergebnis des Geschäftsjahres ist in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen negativ beeinflusst (TEUR -1.400; Vj. TEUR 4.237).

Ergänzend wird die Vermögens- und Kapitalstruktur mit Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) dargestellt:

HWG mbH	2018	2017	Erläuterung
Sachanlagenintensität	89,0	89,6 %	Sachanlagen x 100/Bilanzsumme
Eigenkapitalquote	45,9	45,4 %	bilanzielles Eigenkapital x 100/Bilanzsumme
Fremdkapitalquote	54,1	54,6 %	(Bilanzsumme abzüglich bilanzielles Eigenkapital) x 100/Bilanzsumme

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnungen geben Auskunft über die Finanzlage.

Konzern	2018 TEUR	2017 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	31.965	38.381	-6.416
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-16.969	-20.873	3.904
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-12.740	-13.703	963
Zahlungswirksame Veränderungen	2.256	3.805	-1.549
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.515	4.710	3.805
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	10.771	8.515	2.256

HWG mbH	2018 TEUR	2017 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	25.474	32.594	-7.120
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-16.994	-17.791	797
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-6.091	-11.073	4.982
Zahlungswirksame Veränderungen	2.389	3.730	-1.341
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.310	4.580	3.730
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	10.699	8.310	2.389

Die Kapitalflussrechnung der HWG mbH ist dem Lagebericht als Anlage beigefügt.

Die **Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit** haben sich sowohl im Konzernabschluss als auch im Jahresabschluss der HWG mbH verringert. Wesentliche Ursachen im Vergleich zum Vorjahr sind das geringere Jahresergebnis (siehe auch 2.4.3 Ertragslage).

Die **Cashflows aus der Investitionstätigkeit** sind bei der HWG mbH im Wesentlichen gleich. Zur Stabilität im Vergleich zum Vorjahr wird auf Kapital 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung verwiesen. Im Konzern resultiert die Veränderung daraus, dass die Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen im Geschäftsjahr keine Investitionstätigkeit hatten.

Die Unterschiede der **Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit** zwischen Konzern und HWG mbH ergeben sich aus den im Konzern höheren Zins- und Tilgungszahlungen für Darlehen (siehe auch Vermögenslage).

Liquidität und Effektivverschuldung stellen sich wie folgt dar:

Konzern	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	18,2	14,2	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Liquidität 2. Grades	21,7	17,0	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Effektivverschuldung	384.985	386.156	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

HWG mbH	31.12.2018	31.12.2017	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	19,1	14,7	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Liquidität 2. Grades	22,8	17,7	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Effektivverschuldung	291.990	292.310	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten betrug TEUR 291.437 (Vj. TEUR 284.835). Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut langfristige Finanzierungen für ihre Investitionsvorhaben einwerben und dabei günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen. Wo möglich und sinnvoll, finden die KfW-Förderprogramme Anwendung.

Die Zinsaufwendungen konnten durch gezieltes Darlehensmanagement weiter gesenkt werden. Für die von der HWG mbH zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen vereinbart werden. Bestandteil des Darlehensmanagements sind neben Prolongationen auch Umstrukturierungen und damit verbundene Umfinanzierungen der Darlehensportfolien.

Die Muttergesellschaft HWG mbH sowie die HWG KG begrenzen Zinsänderungsrisiken durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (Zinsswaps).

Darlehen der HWG mbH in Höhe von TEUR 7.082 (Vj. TEUR 22.633) waren zum Berichtsstichtag vertraglich gesichert und sind noch nicht abgerufen worden.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug zum Berichtsstichtag TEUR 1.000 (Vj. TEUR 1.000). Sie wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Zu am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang, Abschnitt G.

2.4.3 Ertragslage

Die Ertragslage zeigt folgende Übersichten:

Konzern	2018		2017		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	89.935	98,2	89.248	98,9	687
Bestandsveränderung	580	0,6	-89	-0,1	669
Eigenleistung	1.064	1,2	1.057	1,2	7
Gesamtleistung	91.579	100,0	90.216	100,0	1.363
Materialaufwand	37.912	41,4	36.442	40,4	1.470
Personalaufwand	14.001	15,3	13.398	14,9	603
Abschreibungen*	16.195	17,7	16.115	17,9	80
sonstiger betrieblicher Aufwand	4.732	5,1	4.090	4,5	642
./.. sonstige betriebliche Erträge*	-5.506	-6,0	-11.427	-12,7	5.921
Steuern (ohne Ertragsteuern)	5	0,0	5	0,0	0
Betrieblicher Aufwand	67.339	73,5	58.623	65,0	8.716
Betriebsergebnis	24.240	26,5	31.593	35,0	-7.353
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-10.464		-11.037		573
Neutrales Ergebnis	1.378		1.267		111
Ergebnis vor Ertragsteuern	15.154		21.823		-6.669
Ertragsteuern	1.517		2.236		-719
Jahresergebnis	13.637		19.587		-5.950

* Das Bewertungsergebnis ist mit Umsetzung des BilRUG Bestandteil des Betriebsergebnisses. Die Position Abschreibungen enthält außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.925 (Vj. TEUR 3.718). Die Position sonstige betriebliche Erträge enthält Zuschreibungen in Höhe von TEUR 1.525 (Vj. TEUR 7.955). Das Bewertungsergebnis beträgt damit TEUR -1.400 (Vj. TEUR 4.237). Dies trifft für Konzern und HWG mbH gleichermaßen zu.

HWG mbH	2018		2017		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	89.962	98,2	89.213	99,0	749
Bestandsveränderung	580	0,6	-89	-0,1	669
Eigenleistung	1.064	1,2	1.023	1,1	41
Gesamtleistung	91.606	100,0	90.147	100,0	1.459
Materialaufwand	42.236	46,1	40.322	44,7	1.914
Personalaufwand	14.001	15,3	13.398	14,9	603
Abschreibungen*	14.514	15,8	14.553	16,2	-39
sonstiger betrieblicher Aufwand	4.573	5,0	3.987	4,4	586
./.. sonstige betriebliche Erträge*	-5.507	-6,0	-11.422	-12,7	5.915
Steuern (ohne Ertragsteuern)	5	0,0	5	0,0	0
Betrieblicher Aufwand	69.822	76,2	60.843	67,5	8.979
Betriebsergebnis	21.784	23,8	29.304	32,5	-7.520
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-7.197		-7.745		548
Neutrales Ergebnis	1.378		1.272		106
Ergebnis vor Ertragsteuern	15.965		22.831		-6.866
Ertragsteuern	1.517		2.236		-719
Jahresergebnis	14.448		20.595		-6.147

Konzern und HWG mbH weisen erneut deutliche Jahresüberschüsse aus.

99,1 Prozent der **Umsatzerlöse** 2018 sowohl der HWG mbH als auch im Konzern stammen aus der Hausbewirtschaftung (Vj. 99,5 Prozent).

Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind im Vergleich zum Vorjahr insgesamt nur moderat um 0,5 Prozent gestiegen (siehe auch 2.3.1 Hausbewirtschaftung). Differenziert betrachtet fällt die Entwicklung der Umsätze aus Mieten höher aus (Steigerung um 1,3 Prozent), während die Entwicklung der Umsätze aus Betriebskostenumlagen leicht rückläufig war (- 0,8 Prozent).

Die Entwicklung der Mieten ist damit weiterhin eine wichtige Ursache für die stabile Entwicklung der Ertragslage.

Umsatzerlöse der HWG KG

Die Umsatzerlöse der HWG KG betreffen im Wesentlichen die Leasingraten, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt. Im Konzernabschluss werden diese neutralisiert.

Umsatzerlöse der HGWS

Die Umsatzerlöse der HGWS resultieren im Wesentlichen aus den Mietzahlungen, welche die HWG mbH für die Anmietung des „Wohnparks im Paulusviertel“ zahlt. Darüber hinaus wurden weitere Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung durch Weiterberechnungen von Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung erzielt.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind neben den Zuschreibungen auf das Anlagevermögen (TEUR 1.525; Vj. TEUR 7.955) wesentlich durch die Erträge aus Grundstücksverkäufen geprägt (TEUR 3.919; Vj. TEUR 3.333).

Der **Materialaufwand** enthält im Wesentlichen Aufwand für Betriebskosten, Aufwand für Instandhaltung und Rückbau einschließlich Material des Servicebetriebes sowie die Aufwendungen für die Anmietung der Bestände der HWG KG sowie der HGWS. Letztere fallen nur bei der HWG mbH an und werden im Konzernabschluss konsolidiert. Erhöhungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren vor allem aus veränderten Instandhaltungs- und Instandsetzungsaufwendungen.

Der **Personalaufwand** ist beeinflusst durch Tarifsteigerungen (2,2 Prozent zum 1. Juli 2018) einerseits und den Anstieg der Beschäftigtenzahl andererseits.

Die Position **Abschreibungen** enthält außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.925 (Vj. TEUR 3.718) (siehe Vermögenslage).

Der **sonstige betriebliche Aufwand** hat sich im Geschäftsjahr im Vorjahresvergleich erhöht. Dies insbesondere, da die Zuführung zu sonstigen Rückstellungen (TEUR 360; Vj. TEUR 80), Kosten des Unternehmens insbesondere für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (TEUR 629, Vj. TEUR 414) sowie sächliche Verwaltungskosten (TEUR 2.647; Vj. TEUR 2.451) höher ausfielen.

Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** wird durch die Senkung der Zinsaufwendungen für Darlehen positiv beeinflusst (HWG mbH TEUR 7.693; Vj. TEUR 8.145; Konzern TEUR 11.004; Vj. TEUR 11.481). Im Konzern ist der Zinsaufwand höher, weil hier die Zinsaufwendungen für den Erwerb der Bestände durch die HWG KG (TEUR 3.069; Vj. TEUR 3.172) sowie hälftig für die Errichtung des „Wohnparks im Paulusviertel“ durch die HGWS (TEUR 242; Vj. TEUR 164) enthalten sind.

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 3.926; Vj. TEUR 3.236) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 2.548; Vj. TEUR 1.964), die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen oder periodenfremd sind. Dazu zählten im Geschäftsjahr auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (HWG mbH TEUR 322; Vj. TEUR 487), Erträge aus Wertschöpfungen für Gestattungen (HWG mbH TEUR 193; Vj. TEUR 168), Erträge aus KfW-Tilgungszuschüssen (HWG mbH TEUR 1.007; Vj. TEUR 278), Anlageabgänge aufgrund nicht umsetzbarer Sanierungsplanungen (TEUR 382; Vj. TEUR 127) sowie Spenden (TEUR 208; Vj. TEUR 140).

Ergänzend wird die Ertragslage der Muttergesellschaft mit Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) dargestellt:

	2018	2017	Erläuterung
Gesamtleistung	101.039	104.804	TEUR Umsatzerlöse +/- Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen + sonstige betriebliche Erträge
Umsatzrentabilität	16,1	23,1	% Jahresüberschuss/Umsatzerlöse x 100
Eigenkapitalrentabilität	5,9	8,5	% Jahresüberschuss/bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn) x 100
Cashflow	28.961	35.147	TEUR Jahresüberschuss + Abschreibungen auf AV/UV
Gesamtleistung je Mitarbeiter	432	462	TEUR Gesamtleistung/ Ø Mitarbeiter (ohne Auszubildende)
Personalaufwandsquote	13,9	12,8	% Personalaufwand x 100/Gesamtleistung

2.4.4 Gesamtaussage

Die Ertragslage insgesamt ist überplanmäßig und wird damit als positiv eingeschätzt. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die HWG mbH war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat ihr System zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken analog des Vorjahres umgesetzt.

Neben der Überwachung von Risiken mit kurzfristigen Auswirkungen werden einmal jährlich auch mittel- und langfristige Gefahrenpotentiale bewertet. Dies erfolgt im Rahmen der Risikoinventur im ersten Quartal eines Geschäftsjahres. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde aufgrund von strategischen Entscheidungen, veränderten Prozessabläufen und immobilienwirtschaftlichen Entwicklungen zudem eine unterjährige Anpassung vorgenommen.

Die für die Geschäftstätigkeit typischen allgemeinen und immobilien-spezifischen Risiken werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Die Einschätzung hinsichtlich ihres generellen Schadenspotentials wird überprüft. Risiken mit einem mittleren bis hohen Schadenspotential werden hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und vorhandener bzw. im Eintrittsfall möglicher Steuerungsmaßnahmen näher betrachtet.

Risiken mit hohem Schadenspotential und mittel- bis langfristiger Eintrittswahrscheinlichkeit, wie beispielsweise das Zinsänderungsrisiko, werden über die strategischen Planungen nach der Nettomethode gesteuert und bewertet. Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe werden in den Planungen verarbeitet, so dass die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch die vorbeugenden Planungen als gut steuerbar eingeschätzt werden.

Aus der Anwendung der Nettomethode ergeben sich dabei gleichermaßen Chancen. Entwickeln sich die Annahmen positiver als ursprünglich geplant, hat dies positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit. Diese können wiederum zum Ausgleich negativer Entwicklungen genutzt werden.

Typische Risiken der Geschäftstätigkeit, welche sich abgesehen von der Eintrittswahrscheinlichkeit kurzfristig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken könnten, werden quantifiziert. Die Gesellschaft beobachtet die Entwicklung dieser Risiken unterjährig und berücksichtigt diese in ihrer Geschäftstätigkeit.

Dazu gehörten im Jahr 2018 das Mietertrags-, das Baukosten- sowie das Liquiditätsrisiko. Abgeleitet aus der Jahresplanung werden Messgrößen und Schwellenwerte definiert. Eine Über- oder Unterschreitung der Schwellenwerte führt frühzeitig zu Steuerungsmaßnahmen.

Die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden durch die ständige Beobachtung, Steuerung und Berücksichtigung in operativen Planungen und deren Fortschreibungen insgesamt als gering eingeschätzt.

Ein besonderes Augenmerk lag im Berichtsjahr auf dem Mietertragsrisiko und dem Baukostenrisiko. Das Baukostenrisiko ist unverändert erhöht. Das Mietertragsrisiko ist zeitweise gestiegen. Hier waren Steuerungsmaßnahmen erforderlich. Mit diesen Maßnahmen konnte den Risiken entgegengewirkt werden.

Mietertragsrisiko

Im Rahmen der Risikoinventur zu Beginn des Geschäftsjahres wurde dem Mietertragsrisiko eine besondere Bedeutung beigemessen. Mieterträge sind die Haupteinnahmequelle des Unternehmens und haben unmittelbare Auswirkungen auf die Liquiditätsentwicklung.

Die seit dem Jahr 2010 bestehende positive Bevölkerungsentwicklung führte zu einem rückläufigen Leerstand in der Stadt Halle (Saale) und hat damit das Risiko zunehmend reduziert. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos kann damit insgesamt als gering eingeschätzt werden. Der Wohnungsbestand der Gesellschaft weist im städtischen Vergleich eine unterdurchschnittliche Leerstandsquote aus.

Die Wohnungsmarktlage hat sich in den letzten Jahren in der Stadt Halle (Saale) deutlich verbessert. Die allgemeine und die lagebezogene Entwicklung am Mietwohnungsmarkt sind allerdings differenziert. Daraus resultieren für die Gesellschaft sowohl Chancen als auch Risiken.

Zum einen wird in Teilen der Stadt Halle (Saale) der Wohnraum zunehmend knapper. Hier ist in einigen Stadtteilen und Marktsegmenten eine Anspannung zu verzeichnen. Wohnraumbedarf im gehobenen Segment kann nicht im vollen Umfang gedeckt werden. Dies führt zu steigenden Mieten im oberen Preissegment, während aufgrund der gesamtstädtischen Angebotslage die Mieten im unteren und mittleren Preissegment stabil geblieben sind.

Einige Stadtteile konnten zum anderen nicht in dem Maße von den positiven Entwicklungen profitieren.

Eine wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist deshalb das Portfolio der Gesellschaft. Die Gesellschaft verfügt über Immobilien in differenzierten Lagen und Qualitäten. Mit diesem lagebegünstigten Portfolio hebt sich die Gesellschaft vom Wettbewerb ab. Auch kann die Gesellschaft damit auf die Nachfrage nach Wohnraum flexibel reagieren. Negative Entwicklungen können durch positive Entwicklungen kompensiert werden. Dies zeigte sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Gemäß den Ausführungen unter 2.3.1 Hausbewirtschaftung ist der Leerstand im Jahr 2018 um ca. 1,1 Prozent gestiegen. Die mit dem Leerstandsanstieg bzw. der nicht realisierten Leerstandssenkung verbundenen Risiken konnten im Jahr 2018 durch die Nutzung der Marktchancen im Bereich der Mietenentwicklung aufgewogen werden. Insbesondere die positive Umsatzentwicklung durch Neuvermietungen nach dem Abschluss von Investitionsmaßnahmen hat hierzu beigetragen. Im Ergebnis liegen die Umsatzerlöse abzüglich der Erlösschmälerungen leicht über Plan.

Die Leerstandszunahme in 2018 resultiert zum Teil aus der Rücknahme seitens der Stadt Halle (Saale) nicht mehr benötigter Wohnungen für die Unterbringung von Flüchtlingen. Darüber hinaus war im Verlauf des Jahres insbesondere in den Stadtteilen Heide-Nord und Silberhöhe ein Leerstandsanstieg zu verzeichnen. In beiden Fällen konnten nicht die erforderlichen Anschlussvermietungsquoten erreicht werden.

Die Ursachen für die Entwicklungen wurden analysiert und dabei Handlungsbedarfe in den Bereichen Produkt und Organisation festgestellt. Bereits im vergangenen Jahr wurde deshalb auch in den südlichen Stadtteilen mit der Optimierung und dem Ausbau der Quartiers-, Mieterbetreuungs- und Sozialarbeit sowie mit der Planung von Investitionen einschließlich neuem Mieterladen begonnen.

Im Jahr 2018 wurde zudem die Instandsetzung leer stehender Wohnungen neu konzipiert und der Schwerpunkt innerhalb des Instandsetzungsbudgets zugunsten dieser Aufgabe verschoben. Des Weiteren hat die Gesellschaft zu Beginn des Geschäftsjahres das Bewirtschaftungs-/Vermietungscontrolling in Form von regelmäßigen Controlling-Gesprächen intensiviert.

Die Wirkung derartiger Steuerungsmaßnahmen wird in der Regel erst zeitversetzt sichtbar. Die Gesellschaft geht deshalb davon aus, dass die ergriffenen Maßnahmen in 2019 greifen und damit die bisherige positive Leerstandsentwicklung fortgesetzt werden kann. In der Jahresplanung 2019 hat die Gesellschaft einen entsprechenden Leerstandsabbau auf 6,0 Prozent geplant.

Ein weiteres mittel- bis langfristiges Risiko in Bezug auf die Mieterträge besteht in der nicht planmäßigen Realisierung von Mietanpassungen. Diese können im Rahmen der Neuvermietung nach Investition oder nach Mieterwechsel sowie auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. vorgenommen werden.

Im Neuvermietungsgeschäft sind entsprechende Mietanpassungspotentiale vorhanden. Die Mietanpassung auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. ist mangels eines gültigen Mietspiegels deutlich erschwert.

Der Mietspiegel aus dem Jahr 2010 bildet nicht mehr die tatsächlichen Marktverhältnisse ab. Dies birgt langfristig Risiken für die Gesellschaft. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat die Stadtverwaltung mit der Erstellung eines neuen qualifizierten Mietspiegels beauftragt. Die Erstellung und regelmäßige Aktualisierung ist auch Bestandteil des im Jahr 2018 beschlossenen Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle (Saale).

Darüber hinaus wurde Ende 2018 das Gesetz zur Ergänzung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn und zur Anpassung der Regelungen über die Modernisierung der Mietsache (Mietrechtsanpassungsgesetz) beschlossen. Wesentliche Änderungen sind dabei eine Absenkung des Umlagesatzes von 11,0 Prozent auf 8,0 Prozent nach Modernisierung sowie die Begrenzung von entsprechenden Mieterhöhungen innerhalb von sechs Jahren um maximal 2,00 EUR/m² (sofern die Miete unter 7,00 EUR/m² liegt).

Diese Gesetzesänderung schränkt die Möglichkeit von Mietanpassungen bei gleichzeitigem Anstieg der Baupreise aufgrund der Marktlage und gesetzlicher Anforderungen weiter ein. Von der Mietpreislösung ist die Gesellschaft nicht betroffen.

Die Muttergesellschaft trägt für die Gesellschaften des Konzerns das Mietertragsrisiko. Die HWG KG erhält von der Muttergesellschaft Leasingraten, die HGWS Mietzahlungen.

Baukostenrisiko

Das Baukostenrisiko wird maßgeblich durch Entwicklungen außerhalb des Unternehmens beeinflusst, beispielsweise durch die allgemeine Marktentwicklung des Baugewerbes.

Die Baupreise sind in den letzten zwei Jahren deutlich gestiegen. Gemäß Angaben des Statistischen Bundesamtes handelt sich um den stärksten Anstieg seit dem Jahr 2007. Die Entwicklung in Sachsen-Anhalt entspricht dabei in etwa dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Baupreisindizes (Wohngebäude, Jahresdurchschnittswerte)		2018 Index	2017 Index	Veränderung Prozent
Bauleistungen	Sachsen-Anhalt	108,3	103,8	4,3%
	Deutschland	109,9	105,3	4,4%
Instandhaltung (ohne Schönheitsreparaturen)	Sachsen-Anhalt	109,0	104,5	4,3%
	Deutschland	109,8	105,6	4,0%

17

¹⁷ Genesis-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Positionen 61261-0001 und 61261-0005, alle Datenabruf vom 17.01.2019; Datentabelle zu Preisindizes für Bauwerksarten und Instandhaltung (Wohngebäude) des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 17.01.2019

Seit einigen Jahren übersteigt in den meisten Marktsegmenten des Bauhauptgewerbes die Nachfrage die Leistungsangebote. Die Ursache hierfür lag unter anderem in der im Vergleich zu Vorjahren umfangreicheren Bautätigkeit.

Der Wertindex für Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe hat in 2018 erneut deutlich angezogen. Bis November 2018 stieg dieser Index für Sachsen-Anhalt um 13,5 Prozent¹⁸ (Deutschland 8,4 Prozent)¹⁹.

Die Anzahl der Wohnungen, für welche Baugenehmigungen erteilt wurden, wird auch in 2018 auf einem vergleichsweise hohen Niveau liegen. Die Vorjahreswerte werden hier aber voraussichtlich nicht erreicht. Bis November 2018 wurden in Sachsen-Anhalt ca. 4.100 Baugenehmigungen erteilt (Vorjahr ca. 5.200)²⁰. In Deutschland sind es im gleichen Zeitraum ca. 309.000 Baugenehmigungen (Vorjahr ca. 340.000)²¹.

Inwieweit die Entwicklung bei den Baugenehmigungen mittelfristig zu einer Entspannung bezüglich der Baupreise führt, bleibt abzuwarten. Durch das Zurückstellen von Investitionen auf der Auftraggeberseite ist damit kurzfristig nicht zu rechnen.

Diese Marktsituation führt bei der Durchführung der Vergabe von Bauleistungen zu sehr differenzierten Ergebnissen mit zum Teil extremen Preisverwerfungen. Auch führt sie dazu, dass Bauinvestitionen ggf. verschoben und somit die gesamte Investitionsplanung gestreckt werden müssen. Die Entwicklungsgeschwindigkeit des Portfolios, insbesondere im Hinblick auf die Bestandsqualifikation, wird hierdurch maßgeblich beeinflusst. Auch Umsatzsteigerungsziele können damit ggf. nicht im geplanten Tempo erreicht werden.

Die Gesellschaft wird deshalb den Markt weiter beobachten. Darüber hinaus wurde die Marktsituation bei der Aufstellung der Jahresplanung 2019 und der mittelfristigen Planung 2020 bis 2023 bei der projektbezogenen Ermittlung der Investitionskosten berücksichtigt. Zur Sicherstellung der Investitionsziele werden die Planungen und Maßnahmen betroffener Projekte bei Erfordernis angepasst.

Das Baukostenrisiko kann auch unternehmensinterne Ursachen haben. Vor dem Hintergrund wurde im Auftrag der Gesellschaft im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 eine externe Prüfung durchgeführt. Inhaltliche Schwerpunkte waren unter anderem Planung und Planansätze, Kostenkalkulation, Vergabe und organisatorische Prozesse.

Im Ergebnis dieser Prüfung gab es Handlungsempfehlungen im organisatorischen/ prozessualen Bereich. Mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen bzw. der Vorbereitung entsprechender Konzepte wurde noch im Jahr 2018 begonnen. Der Abschluss der Konzeptionsphase sowie die Umsetzung sind wesentliche Aufgaben der Gesellschaft für das Jahr 2019.

Dessen ungeachtet werden im Unternehmen Investitionsentscheidungen so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig stabile und an der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtete Mietpreise erzielen lassen. Bauinvestitionen führen mit der damit einhergehenden Bestandsqualifizierung zu zukünftigen Mietsteigerungen. Die Einhaltung der Rentabilitäts- und Liquiditätskriterien der Baumaßnahmen ist deshalb Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit. Zur Überwachung des Investitionsrisikos hat die Gesellschaft ein separates Investitionscontrolling.

Das Baukostenrisiko ist nur für die HWG mbH relevant. Die HWG KG und die HGWS mbH tätigten im Geschäftsjahr keine Investitionen.

Liquiditätsrisiko

Das Mietertrags- und das Baukostenrisiko haben Auswirkungen auf die größten Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft. Diese Risiken beeinflussen damit wesentlich die Liquidität der Gesellschaft.

Diese und alle weiteren Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft werden im Rahmen der jährlichen Wirtschafts- und Finanzplanung im Finanzplan zusammengefasst. Absehbare Entwicklungen/Veränderungen werden in der Planung berücksichtigt.

¹⁸ Datentabelle zum Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 17.01.2019

¹⁹ Genesis-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Position 44111-0009, Datenabruf vom 17.01.2019

²⁰ Datentabelle zum Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Datenabruf 17.01.2019

²¹ Genesis-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Positionen 31111-0001 und 31111-0002, alle Datenabruf vom 17.01.2019

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Gesellschaft ein aktives Liquiditätsmanagement. Dieses umfasst monatliche Plan-Ist-Vergleiche und Abweichungsanalysen sowie einen Forecast der Liquiditätsentwicklung. Dies bildet die Grundlage für eine aktive und zielorientierte Steuerung der Liquidität.

Sonstige Risiken

Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Zukünftige Anforderungen von Gesetzgeberseite können nur bedingt durch Planungen vorhergesehen werden.

Zur Vermeidung wirtschaftlicher Risiken ist es jedoch erforderlich, Änderungen dieser rechtlichen Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen. Hierfür hat die Gesellschaft organisatorische Vorsorgemaßnahmen festgelegt.

Des Weiteren lagen im Jahr 2018 die Ergebnisse der im Vorjahr begonnenen Risikoinventur bei Versicherungsverträgen vor. Auf dieser Grundlage wurden zum Teil bereits neue bzw. hinsichtlich der Bedingungen veränderte Versicherungsverträge abgeschlossen. Die weitere Umsetzung der Ergebnisse erfolgt in 2019.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig für den Konzern und die HWG mbH keine bestandsgefährdenden Risiken.

4. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im November 2018 die Mittelfristige Planung der HWG mbH für die Jahre 2020 bis 2023 zur Kenntnis genommen und den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan für das Jahr 2019 genehmigt.

Wesentlicher Bestandteil der Planung sind Bestandsinvestitionen. Das Investitionsprogramm 2019 umfasst etwa 600 Wohnungen, welche umfassende wohnwertverbessernde Maßnahmen erfahren oder neu errichtet werden. Wohngebäude mit mehr als 400 weiteren Wohnungen werden erstmals mit Aufzugsanlagen ausgestattet. Das Investitionsvolumen beträgt einschließlich Bauvorbereitungsprojekten ca. EUR 33,0 Mio.

Das Instandhaltungsbudget wurde mit ca. EUR 15,0 Mio. geplant. Dieses dient der Sicherung der Qualität des Gebäudebestandes mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung. Schwerpunkt im Jahr 2019 ist dabei die nachfrageorientierte Instandsetzung von Leerwohnungen zum verstärkten Abbau bestehender Leerstände.

Rückbaumaßnahmen und Verkäufe plant die Gesellschaft für das Jahr 2019 nicht. Es erfolgen in 2019 lediglich noch Liquiditätszuflüsse von ca. EUR 1,5 Mio. aus der Umsetzung des Verkaufsprogramms von 2018 als Überhang. Die Portfoliobereinigung ist damit abgeschlossen.

Durch die Umsetzung der Bestandsentwicklungsmaßnahmen bleibt der Wohnungsbestand im Konzern stabil. Dieser wird zum Ende des Jahres 2019 gemäß Planung ca. 17.600 Wohnungen umfassen. Ab dem Folgejahr ist durch die Neubautätigkeit und die abgeschlossene Portfoliobereinigung von einem leichten Anstieg auszugehen.

Die Realisierung des Investitionsprogramms, die nachfrageorientierte Instandsetzung von Leerwohnungen sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung werden zu einer leichten Erhöhung des Vermietungsstandes führen. Zum Jahresende strebt die Gesellschaft eine Leerstandsquote von ca. 6,0 Prozent an.

Investitionen und Leerstandsabbau werden zu einer weiteren Steigerung der Umsatzerlöse führen.

Demnach wird auch für das Folgejahr mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Erwartet wird ein leicht steigender Umsatz aus der Hausbewirtschaftung sowohl bei der HWG mbH als auch beim Konzern und ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. EUR 10,0 Mio. (HWG mbH) bzw. ca. EUR 9,3 Mio. (Konzern). Aufgrund der Ergebnisse aus dem Jahr 2018 geht die Geschäftsführung von einer anteiligen Gewinnabführung in Höhe von EUR 5,0 Mio. aus.

Auch für den Folgezeitraum planen die Gesellschaft und der Konzern eine konstant positive Weiterentwicklung mit steigenden Umsätzen und positiven Jahresergebnissen. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit zum einen weiterhin von den Gewinnausschüttungserwartungen der Gesellschafterin sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche die Gesellschafterin der Gesellschaft überträgt. Zum anderen können sich Einflüsse durch den Geschäftsverlauf der Unternehmen der HWG-Gruppe ergeben. Planungen erfolgen auf Ebene der einzelnen Unternehmen. Aufgrund der derzeit guten Rahmenbedingungen im Grundstücksverkehr erwägen die Gesellschafter der HGWS eine Veräußerung des Bestandes des „Wohnpark im Paulusviertel“ im Ganzen. Im Falle der Veräußerung des „Wohnpark im Paulusviertel“ werden die Verbindlichkeiten aus dem Kaufpreis getilgt und der bestehende Mietvertrag mit der HWG mbH zur gewerblichen Weitervermietung aufgehoben.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,95
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale)) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Hallesche Wohnungs- gesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Marx, Jürgen)</i>
	MALIMA Beteiligungs GmbH	<i>(vertreten durch Floth, Christian und Heumann, Florian)</i>
	Karlo Grundstücks- verwaltungsgesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Soethe, Robert, Goldbrunner, Christian und Kober, Peter)</i>

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Mitglieder der Organe erhalten keine Vergütung von der HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	66.767	100	68.067	100	69.429	100	-1.300	-2
Umlaufvermögen	12	0	13	0	12	0	-1	-8

Bilanzsumme

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanzsumme	66.779	100	68.080	100	69.441	100	-1.301	-2

Passiva

Eigenkapital
Verbindlichkeiten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	66.769	100	68.070	100	69.431	100	-1.301	-2

Bilanzsumme

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanzsumme	66.779	100	68.080	100	69.441	100	-1.301	-2

bb) GuV

Umsatzerlöse
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.433	4.602	4.723
Abschreibungen	1.300	1.361	1.361
sonstige betriebliche Aufwendungen	108	113	112
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44	44	78
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.069	3.172	3.328
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.300	1.361	1.361	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,01	0,01	0,01	%
Fremdkapitalquote:	99,99	99,99	99,99	%

ee) Leistungsdaten

Angaben vgl. Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 13 50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13 49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- c) Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

BMD GmbH

T€	%
2	2,98

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.359	81	7.903	83	6.978	70	-544	-7
Umlaufvermögen	1.699	19	1.642	17	3.004	30	57	3
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	0	2	0	0	0

Bilanzsumme

9.060	100	9.547	100	9.984	100	-487	-5
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.864	76	6.856	72	6.814	68	8	0
Sonderposten für Investitionszulagen	1.842	20	2.251	24	2.690	27	-409	-18
Rückstellungen	183	2	206	2	120	1	-23	-11
Verbindlichkeiten	158	2	225	2	351	4	-67	-30
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	9	0	9	0	4	44

Bilanzsumme

9.060	100	9.547	100	9.984	100	-487	-5
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.820	1.789	1.775
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-30	40	7
sonstige betriebliche Erträge	1	3	12
Materialaufwand	923	950	0
Personalaufwand	50	58	88
Abschreibungen	181	155	155
sonstige betriebliche Aufwendungen	642	627	1.468
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	10	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2	9	20
Ergebnis nach Steuern	7	43	68
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7	43	68
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	7	43	68
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,39	2,39	3,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,10	0,62	1,00	%
Cash-Flow:	188	198	223	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	895	916	718	T€
Personalaufwandsquote:	2,77	3,14	4,89	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	53,47	56,54	59,86	%
Eigenkapitalquote:	75,76	71,82	68,25	%
Fremdkapitalquote:	24,24	28,18	31,75	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m ²
Auslastung	97,33	100,00	99,84	%

f) Lagebericht

- I. Grundlage des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte zwischen der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Bio- und Lebenswissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen sowie von Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten (An-Institute der Martin-Luther-Universität) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Bio-Zentrum Halle GmbH seit ihrer Gründung schrittweise 16.681 m² Bauland, auf dem bisher zwei Neubauten entstanden sind.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i. H. v. ca. 28,0 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2018 ca. 9.800 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikumsräumen, S1- und S2- Laboren, Räumen für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung des Technologieparks Weinberg Campus auf die Bereiche Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung und das Wachstum von Technologieunternehmen sowie den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Im Vordergrund stehen Beratungs- und Betreuungsleistungen sowie Hilfestellungen bei Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten, insbesondere in den Bereichen der Bio- und Lebenswissenschaften sowie angrenzenden Wissenschafts- und Wirtschaftsbereichen.

Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

Regionale und überregionale Vernetzung:

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Gesellschaft betreuten Unternehmen. Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Gesellschaft zudem in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien.

Die Projektarbeit der Gesellschaft dient einerseits der Unterstützung aktueller und potenzieller Mieter bei der Gründung, Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Beispiele hierfür ist die Unterstützung von aktuellen und potenziellen Mietern bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Phasen der Antragstellung sowie deren Beratung bei der Umsetzung und Abrechnung. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte und Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit zusätzliche Erfolgsbeiträge zum Kerngeschäft (Vermietung) geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Angebote im Bereich Strategieberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht gewachsen, hat jedoch bereits an Schwung verloren. Erstmals seit fünf Jahren lag die konjunkturelle Dynamik im produzierenden Gewerbe unter der im Dienstleistungsbereich. Ausgaben für Forschung und Entwicklung verzeichneten lediglich sehr geringe Steigerungsraten. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite in einem lebhaften Binnenmarkt dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland ist in 2018 wiederum insgesamt gestiegen, wird aber zukünftig eher verhalten bleiben. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind allerdings weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch die zunehmend protektionistischen Strömungen beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen insgesamt dämpfen. Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft ist dieser Aspekt wegen deren im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven.

In den von der Bio-Zentrum Halle GmbH fokussierten Wirtschaftsbranchen war insbesondere die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle (Saale) erschweren die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten nach wie vor. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen zunehmend und macht weiterhin verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Bio-Zentrum Halle GmbH hatte auch 2018 die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurden die Aktivitäten zur Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen und die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Eine besondere Herausforderung stellte der planmäßige Auszug universitärer Forschergruppen (und deren Kooperationspartner der Max-Planck-Gesellschaft) zum Ende des ersten Quartals 2018, bedingt durch die Fertigstellung des „Charles-Tanford-Proteinzentrum“ der Martin-Luther-Universität im Technologiepark Weinberg Campus dar. Betroffen hiervon waren ca. 14,5% der Gesamtmietfläche. In der Folge waren umfangreiche Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen notwendig, um die Mietflächen in einen zeitgemäßen und den Anforderungen von neuen Nutzern entsprechenden Zustand zu versetzen. Zudem bedingte der Auszug umfangreiche Akquisitionstätigkeiten, in deren Ergebnis zahlreiche neue Gründungs- und Wachstumsunternehmen angesiedelt werden konnten. Räumliche Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen von Bestandsunternehmen ergänzten diese Maßnahmen mit dem Ziel, diesbezüglichen Wachstumsbedarf zu decken und längerfristigen Leerstand zu vermeiden. Die diesbezüglichen Aufwendungen belasteten das Betriebsergebnis wie prognostiziert erheblich. Im Ergebnis ist allerdings wie ebenfalls geplant eine erneute Vollausslastung der betroffenen Mietflächen zu verzeichnen.

Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte im Berichtsjahr ebenfalls wieder größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung und Sanierung baulicher und technischen Infrastruktur, insbesondere von Medientechnik und Innenausstattungen eingesetzt. Begonnen wurde beispielsweise mit der Umsetzung der dringenden Modernisierung der zentralen Steuerungsanlage für die Medientechnik im Gebäude im Weinbergweg 22 (DDC-Anlage). Für dieses umfangreiche Projekt ist ein Zeitraum von drei Jahren vorgesehen.

Trotz der dargestellten unvermeidlichen Zuwächse bei den Aufwendungen für Investitionen, Instandhaltung und Reparaturen konnte der langjährig stabile Mietzins auch im Jahr 2018 beibehalten werden. Deutlich wird jedoch, dass durch den Alterungsprozess der Bestandsimmobilien und insbesondere der hochtechnischen Anlagen bedingte exponentielle Kostensteigerungen zukünftig eine große Herausforderung für den Geschäftsbetrieb darstellen.

Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark Weinberg Campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr die Umsetzung des 2017 beschlossenen Zukunftskonzeptes weiter vorangetrieben. Dessen Weiterentwicklung und Detaillierung diente die Konkretisierung der Planungen eines umfassenden strategischen Flächenentwicklungskonzeptes der TGZ Halle GmbH und der Bio-Zentrum Halle GmbH im Technologiepark Weinberg Campus.

Zur Förderung von Innovationen, Wissens- bzw. Technologietransfer und Unternehmensgründungen am Standort wurden im Berichtszeitraum in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zur BIO International Convention, zu den Deutschen Biotechnologietagen und zur BIO Europe sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten auf Unternehmer- und Delegationsreisen mit Schwerpunkten im Bereich Life Sciences in die USA, nach China und nach Österreich genannt. Darüber hinaus wurden am Standort neue Veranstaltungsformate wie beispielsweise der Weinberg Campus Talk, das Weinberg Campus Business Breakfast, das Weinberg Campus Life Sciences Meetup und ein Bootcamp mit Schwerpunkt Internationalisierung erfolgreich umgesetzt.

Zur Unterstützung der technologie- und wachstumsorientierten Bestandsunternehmen ist es ein weiteres Ziel der Bio-Zentrum Halle GmbH, Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diene im Berichtszeitraum wiederum auch die Umsetzung des Landesprojektes "Accelerate Innovation in Life Sciences, Material Sciences and IT (AIMS-Accelerator) sowie das ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Projektes "ego.-Wissen" durch die TGZ Halle GmbH, welches die Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Stadt Halle (Saale) koordiniert und organisiert.

Da die Bio-Zentrum Halle GmbH über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten, das Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen im Bereich der Strategieentwicklung, des Business Developments sowie des Wissens- und Technologietransfers. Diesbezüglich ist es geplant, die bestehende Kooperation mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer und dem Gründerservice an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inhaltlich neu zu gestalten und strategisch weiter auszubauen.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diene im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der Bio-Zentrum Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die AG Bioparks im Bundesverband Innovationszentren, das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt, der Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), die AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, die IHK Vollversammlung und der Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Gründerservices und des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus. Diese ersetzt seit 2018 in der Veranstaltungs- und Partnerkommunikation in Kombination mit dem Logo der Stadt Halle (Saale) zukünftig die alten Logos der TGZ Halle GmbH und der Bio-Zentrum Halle GmbH. Für eine zeitgemäße Kommunikation wurden 2018 neue Kommunikationskanäle etabliert. Neben der neuen Internet-Präsenz stehen nunmehr ein Newsletter, Social-Media-Präsenzen (XING, Facebook, Instagram) und zahlreiche neue Kommunikationsmittel für die Information und den Dialog mit den Kernzielgruppen zur Verfügung. Aus Anlass des 25jährigen Jubiläums wurde zudem beispielsweise eine Kommunikationskampagne mit hoher Aufmerksamkeit und Involvement der Bestandsunternehmen umgesetzt. Auch die zukünftig verstärkte und aufeinander abgestimmte strategische Positionierung der drei halleschen Gründerzentren wurde im Berichtsjahr beschlossen und in der Marktbearbeitung thematisiert.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	875	48,9%	884	48,3%	-9	-1,0%
+ Mietnebenkosten	945	52,8%	905	49,4%	40	4,4%
+ = UMSATZERLÖSE	1.820	101,6%	1.789	97,7%	31	1,7%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	-30	-1,7%	40	2,2%	-70	-175,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	1	0,1%	3	0,2%	-2	-66,7%
= BETRIEBSLEISTUNG	1.791	100,0%	1.832	100,0%	-41	-2,2%
+ Raumkosten Mieter	923	51,5%	950	51,9%	-27	-2,8%
+ Personalkosten	49	2,7%	58	3,2%	-9	-15,5%
+ eigene Raumkosten	94	5,2%	75	4,1%	19	25,3%
+ Betriebsführung	250	14,0%	250	13,6%	0	0,0%
+ Versicherungen / Beiträge	8	0,4%	7	0,4%	1	14,3%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	202	11,3%	213	11,6%	-11	-5,2%
+ Kosten des Fuhrparks	4	0,2%	3	0,2%	1	33,3%
+ Werbe- und Reisekosten	19	1,1%	9	0,5%	10	111,1%
+ Kosten der Warenabgabe	0	0,0%	5	0,3%	-5	*
+ sonstige Kosten	66	3,7%	64	3,5%	2	3,1%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	643	35,9%	626	34,2%	17	2,7%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.615	90,2%	1.634	89,2%	-19	-1,2%
= EBITDA	176	9,8%	198	10,8%	-22	-11,1%
+ Abschreibungen	590	32,9%	594	32,4%	-4	-0,7%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-409	-22,8%	-438	-23,9%	29	-6,6%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	181	10,1%	156	8,5%	25	16,0%
= EBIT	-5	-0,3%	42	8,5%	-47	-111,9%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	14	100,0%	10	100,0%	4	40,0%
+ = FINANZERGEBNIS	14	100,0%	10	100,0%	4	40,0%
= EBT	9	0,5%	52	2,8%	-43	-82,7%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	2	22,2%	9	17,3%	-7	-77,8%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = STEUERERGEBNIS	2	22,2%	9	17,3%	-7	-77,8%
= JAHRESÜBERSCHUSS	7	0,4%	43	2,3%	-36	-83,7%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2017 um 41 T-€ (= 2,2 %) auf 1.791 T-€ vermindert. Dabei stiegen die abgerechneten Mietnebenkosten um 40 T-€. Die Mieteinnahmen gingen dagegen um 9 T-€, die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten um 70 T-€ und die sonstigen betrieblichen Erträge um 2 T-€ zurück. Damit liegt die Betriebsleistung 21 T-€ unter Plan.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 17 T-€. Dabei haben sich in dieser Position die Instandhaltungsaufwendungen (-11 T-€) und die Kosten der Warenabgabe (-5 T-€) vermindert. Die Raumkosten (+19 T-€), die Werbe- und Reisekosten (+10 T-€) und die sonstigen Kosten (+2 T-€) haben sich hingegen erhöht. Der Planansatz wurde um 148 T-€ unterschritten. Dabei wurden die geplanten Raumkosten Mieter um 52 T-€, die Personalkosten um 11 T-€, die Werbe- und Reisekosten um 11 T-€ und die Reparatur- und Instandhaltungskosten um 78 T-€ unterschritten.

Der **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2017 um 22 T-€ auf 176 T-€ vermindert und lag um 49 T-€ über dem Plan.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 590 T-€ (Vorjahr: 594 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 29 T-€ vermindert und betragen 409 T-€. Die saldierten Abschreibungen lagen somit mit 181 T-€ um 23 T-€ über dem Planansatz.

Das **EBIT** hat sich im Vergleich zu 2017 um 47 T-€ auf -5 T-€ verschlechtert. Gegenüber dem Planansatz von -109 T-€ gab es hier eine positive Abweichung von 104 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr (10 T-€) um 4 T-€ verbessert und liegt damit um 8 T-€ über dem Planansatz.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich durch das verminderte Ergebnis vor Steuern um 7 T-€ auf 2 T-€ vermindert.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 36 T-€ auf 7 T-€ vermindert, liegt aber dennoch 105 T-€ über dem Planansatz.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtjahres rund 1.530,9 T-€ betragen. Die liquiden Mittel haben sich gegenüber denen des Vorjahres um 73,4 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung	
	31.12.2018		31.12.2017		ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.863,6	75,8	6.856,5	71,8	7,1	0,1
Sonderposten für Investitionszuschüsse des Anlagevermögens	1.842,0	20,3	2.251,3	23,5	-409,3	-18,2
Rückstellungen	183,5	2,0	206,1	2,2	-22,6	-11,0
Erhaltene Anzahlungen	74,9	0,8	79,3	0,8	-4,2	-5,3
Lieferverbindlichkeiten	46,3	0,5	110,9	1,2	-64,6	-58,3
Sonstige Verbindlichkeiten	37,3	0,4	34,5	0,4	2,8	8,1
Summe Verbindlichkeiten	158,5	1,6	224,7	2,4	-66,1	-29,4
Rechnungsabgrenzungsposten	12,6	0,2	8,5	0,1	4,1	48,2
Summe Passiva = Gesamtkapital	9.060,2	100,0	9.547,1	100,0	-486,9	-5,1

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2018		Bilanz zum 31.12.2017		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	12,4	0,1	3,4	0,0	9,0	264,7
Sachanlagen	4.844,9	53,5	5.397,5	56,6	-552,6	-10,2
Finanzanlagen	2.502,3	27,6	2.502,3	26,2	0,0	0,0
Summe Anlagevermögen	7.359,6	81,2	7.903,2	82,8	-543,6	-6,9
Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	168,0	1,9	184,7	1,9	-16,7	-9,0
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	1.530,9	16,9	1.457,5	15,3	73,4	5,0
Summe Umlaufvermögen	1.698,9	18,8	1.642,2	17,2	56,7	3,5
Rechnungsabgrenzungsposten	1,7	0,0	1,7	0,0	0,0	0,0
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	9.060,2	100,0	9.547,1	100,0	-486,9	-5,1

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 486,9 T-€ (= -5,1 %) auf 9.060,2 T-€ vermindert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich im Vorjahresvergleich auf 81,2 % (Vorjahr: 82,8 %) vermindert. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 56,6 % im Vorjahr auf 53,5 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Der Anteil am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 26,2 % auf 27,6 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (46,7 T-€) der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 590,3 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** zusammen mit den **immateriellen Vermögensgegenständen** um 543,6 T-€ auf einen Betrag von 4.857,3 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 56,7 T-€ oder 3,5 % auf 1.698,9 T-€ erhöht. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 88,0 T-€ haben sich um 25,7 T-€ vermindert, die **sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich um 9,0 T-€ auf 105,7 T-€ erhöht.

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 1.530,9 T-€ (Vorjahr: 1.457,5 T-€) und nahmen damit um 73,4 T-€ zu.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr in Höhe von 1,7 T-€ auszuweisen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran.

Insgesamt waren die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit 96,46 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i. H. v. 97,33 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	61,11%
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen, sonstige Services	38,89%

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 18 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2018 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2019 bis 2023 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-€	T-€	T-€	T-€
2019	1.805	1.966	6	-155
2020	1.805	1.970	6	-159
2021	1.805	1.924	6	-113
2022	1.805	1.799	6	12
2023	1.805	1.762	6	49

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt.

Anlass für diese Einschätzung bieten einerseits die positive konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft sowie eine hohe Ver- und Gebundenheit der Bestandsunternehmen an den Standort (z.B. Zufriedenheitsindikatoren, Fachkräftezugang), andererseits aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase). Steigende Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen sowie die Notwendigkeit von Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen bestehender Infrastrukturen und in Neubauprojekte stellen eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, um deren langfristigen Bestand als wirtschaftsfördernde und Impulse gebende Institution am High-Tech-Standort Technologiepark Weinberg Campus zu sichern und nachhaltig zum Erreichen der durch die Gesellschafter vorgegebenen Zielvorgaben erfüllen zu können.

Dem Aufgabenspektrum der Bio-Zentrum Halle GmbH als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind die Rahmenbedingungen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Bedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der Zukunftsstrategie 2030 wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert und durch ein Flächenentwicklungs- und ein Kommunikationskonzept weiter unteretzt. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Bio-Zentrum Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2019 wiederum das Ziel der Ansiedlung von technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Zudem sollen die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen und die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen aus dem nationalen und internationalen Umfeld intensiviert sowie die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der Bio-Zentrum Halle GmbH sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Im Jahr 2019 sind umfangreiche Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen zur weiteren Modernisierung und baulichen Umgestaltung geplant.

Durch den bestehenden Leerstand zum Bilanzstichtag ist im Jahr 2019 mit leicht verringerten Mieteinnahmen zu rechnen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Bio-Zentrum Halle GmbH auch im Geschäftsjahr eine wesentliche Aufgabe für die Geschäftsführung. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist weiterhin die nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH ist in den nächsten Jahren mit exponentiell steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der bestehenden Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Für die kommenden Jahre ist zudem die Errichtung weiterer neuer Gebäude im Technologiepark Weinberg Campus geplant. Geprüft werden auch Optionen für potenzielle Neubauvorhaben der Bio-Zentrum Halle GmbH.

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Digitalisierung sowie durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume unteretzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die Bio-Zentrum Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Den strategischen Rahmen für die infrastrukturellen und inhaltlichen Maßnahmen bildet die weitere Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes 2030 und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient darüber hinaus die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die verstärkte Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Für das Geschäftsjahr 2019 sind zudem weiterführende Aktivitäten zur Unterstützung der Standortunternehmen bei der Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -sicherung geplant. Beispiele hierfür sind der Aufbau einer Weinberg Campus Academy, kooperativ organisierte Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements und der Kinderbetreuung sowie die Etablierung von neuen Formaten zur besseren Integration neuer Unternehmer- und Unternehmerinnen und Führungskräfte in die beruflichen und sozialen Netzwerke am Standort Halle (Saale).

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der Bio-Zentrum Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Martin-Luther-Universität sowie der Region insgesamt zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. auch TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2019 ff. aus den genannten Gründen verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der Bio-Zentrum Halle GmbH als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in dem Bereich Life Sciences sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zurzeit eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck wird im 1. Quartal 2019 eine umfangreiche Kundenbefragung durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungs niveaus der Räumlichkeiten in den beiden Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie und Life Sciences verfügen aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren einen relativ großen Investitionsbedarf. Chancen für die Bio-Zentrum Halle GmbH bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden aktuell weitere Räumlichkeiten in einem Gebäude der TGZ Halle GmbH im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die partnerschaftlich unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern. Der Fokus des Innovation Hubs auf naturwissenschaftlich basierte Geschäftsmodelle bietet in direkter Nachbarschaft somit auch Chancen für die Entwicklung der Bio-Zentrum Halle GmbH.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Bio-Zentrum Halle GmbH liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen mittel- und langfristigen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden beispielsweise gemeinsam mit dem langjährigen Partner Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Bio-Zentrum Halle GmbH unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Das Risiko, das sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, ist für die Gesellschaft eher von untergeordneter Bedeutung. Lediglich im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unseres Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	(vertreten durch Götte, Dieter, bis 31.12.2018)
--------------------------	---	---

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	22.981	99	22.095	99	21.106	99	886	4
Rechnungsabgrenzungsposten	138	1	176	1	209	1	-38	-22

Bilanzsumme	23.119	100	22.271	100	21.315	100	848	4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	22.947	99	21.899	98	20.590	97	1.048	5
Rückstellungen	112	1	60	0	113	0	52	87
Verbindlichkeiten	60	0	312	2	612	3	-252	-81

Bilanzsumme	23.119	100	22.271	100	21.315	100	848	4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.404	9.161	3.616
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2.629	-3.889	-1.144
sonstige betriebliche Erträge	39	145	13
Materialaufwand	1.170	649	814
sonstige betriebliche Aufwendungen	604	655	535
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	2	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	53	0	0
Ergebnis nach Steuern	3.987	4.111	1.136
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.987	4.111	1.136

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	47,44	44,87	31,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	21,03	23,11	5,84	%
Cash-Flow:	3.987	4.111	1.136	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	99,26	98,33	96,60	%
Fremdkapitalquote:	0,74	1,67	3,40	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	196,90	230,90	287,30	ha
erworbene Fläche	0,00	0,00	2,50	ha
übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
verkaufte Fläche	34,00	56,40	15,80	ha

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Standortanfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt.

Ein erster Zuwendungsbescheid über die beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattete unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst eine erste Grunderschließung in Höhe von Brutto 48 Mio. € umzusetzen.

Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der nunmehr ein Erschließungsvolumen von Brutto 76,8 Mio. € beinhaltete, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Das Konzept einer weitergehenden inneren Erschließung wurde vom Stadtrat (V/2010/08893) in seiner Sitzung am 25. August 2010 entschieden. In Form einer, in das Industriegebiet hinein zu führenden, engmaschigeren Ver- und Entsorgungsinfrastruktur wurde damit auf eine veränderte Nachfrage des Marktes hin zu Flächengrößen zwischen 5-30 ha reagiert.

Nach Vorliegen eines entsprechenden Änderungsbescheides der Investitionsbank vom 08.03.2011 wurde diese Maßnahme entsprechend umgesetzt.

Im Zuge konkreter Ansiedlungsbegehren und dabei erzielter Ansiedlungserfolge zeigte sich jedoch, dass hinsichtlich der öffentlichen Erschließung von Teilflächen im Star Park weiterer Handlungsbedarf besteht, will man flächenmäßig im Bereich von 2 bis 5 ha liegende Ansiedlungen erfolgreich akquirieren. Im Angesicht eines per Ende 2013 noch verfügbaren Restbudgets aus der Erschließungsmaßnahme, Bestand hat nach wie vor das oben bereits erwähnte Gesamtbudget von 76,8 Mio. €, wurde durch die Stadt Halle entschieden, einen neuerlichen Verlängerungsantrag für den Investitionszeitraum bis zum 31.12.2014 zu stellen. Dafür lag seit dem 19.02.2014 der entsprechende Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vor.

Die Erschließung des Star Park wurde dementsprechend Ende 2014 zum Abschluss gebracht.

Die vorgeschriebene Erstellung und Prüfung des Nachweises über die Verwendung der erhaltenen Fördergelder wurde fristgerecht zum 30.06.2015 mit Einreichung bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt erledigt.

Der Verwendungsnachweis wurde im Ergebnis der Prüfung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Prüfbescheid vom 15.05.2017 bestätigt. Die im Verwendungsnachweis ausgewiesenen Fördermittelanprüche wurden bestätigt und bis dahin einbehaltene Fördergelder vollständig ausbezahlt.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle schloss im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses aus dem September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgte seitens der Stadt Halle auf der Grundlage der erteilten Zuwendungsbescheide für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und des darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil waren in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahrestanchen in den städtischen Haushalt eingestellt und wurden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses jeweils rechtzeitig zur Begleichung anstehender Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die Restaktivitäten der inneren Erschließung des Star Park wurden materiell in 2014 abgeschlossen, im Geschäftsjahr 2015 erfolgten dazu lediglich die letzten Finanzierungen.

Insofern ist die Position „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren“ der Gewinn- und Verlustrechnung auch im Jahr 2018 geprägt von den geplanten Folgeaufwendungen der öffentlichen Erschließung, soweit sie der Gesellschaft zugewiesen wurden.

Gemäß dem Stadtratsbeschluss V/2011/10049, dem vorausgegangen waren entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien der EglG wie auch bei Unternehmen der Stadtwerke, sind die fertig gestellten Anlagen entweder an die Stadt Halle als auch an verschiedene SWH-Unternehmen übertragen worden. Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind gemäß diesem Stadtratsbeschluss teilweise generell durch die Gesellschaft zu tragen oder so lange zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung werden von der Gesellschaft aus den erzielten Grundstücksverkäufen finanziert.

Die EglG wird die Energieanlagen im Star Park auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Netzgesellschaft der EVH GmbH vorläufig weiter als Kundenanlage gemäß §3 Nr. 24a EnWG betreiben, da eine Übertragung an die Netzgesellschaft der EVH GmbH vorerst aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit des Betriebes dieser Anlagen und noch zu klärender rechtlicher Rahmenbedingungen scheitert.

Die nach der erwähnten Beschlusslage an die Stadt Halle zu übertragenden Erschließungsstraßen und Grünanlagen sind beschlusskonform mit Wirkung ab 01.01.2013 in die Zuständigkeit der Stadt Halle (Saale) übergegangen.

Im Jahr 2018 konnten mehrere Teilflächen mit einer Gesamtgröße von ca. 34 ha verkauft werden. Die mit diesen Grundstücksverkäufen verbundenen Verkaufserlöse wurden überwiegend auch in 2018 für die Gesellschaft liquiditätswirksam und stützen insofern die Liquidität der Gesellschaft in 2019 und folgend. Da den dabei erzielten Erlösen in geringerem Umfang kostenwirksam auszubuchende Vermögenswerte gegenüberstehen, wird das handelsbilanzielle Ergebnis in 2018 entsprechend positiv beeinflusst.

Aufgrund des oben erwähnten handelsbilanziellen Effekts bei Veräußerung von Grundstücken konnte im Jahr 2018 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 3.987 T€ (Vorjahr 4.111 T€) erzielt werden.

Mit Beschluss der Gremien der Gesellschaft wurde das Unternehmen 2017 damit betraut, aufsetzend auf einer durch die Stadt Halle (Saale) initiierten Machbarkeitsstudie zur Untersuchung von Gewerbeflächenpotentialen in Halle, eine Machbarkeitsuntersuchung zur Erschließung einer Vorrangfläche in Halle-Tornau als Gewerbegebiet durchzuführen.

Auslöser dieser Untersuchungen sind die sehr erfolgreichen Vermarktungsaktivitäten der EVG für die Gewerbeflächen im Star Park und der sich abzeichnende Bedarf an hochwertigen Gewerbeflächen im Greenfield-Segment und Eigentum der Stadt Halle (Saale) bzw. städtischer Unternehmen.

Die im Oktober 2017 vorgelegte Machbarkeitsuntersuchung schloss u. a. mit der Empfehlung ab, weitere Untersuchungen bzw. Gutachten zu beauftragen. Nach vorherigen Beratungen in den Gremien der EVG bzw. EglG hat der Finanzausschuss am 22.05.2018 die EglG mit der Durchführung weiterer untersuchender Maßnahmen beauftragt und dafür ein außerplanmäßiges Budget von bis zu 150 T€ bewilligt. Alle dann vorliegenden Ergebnisse und Informationen wurden auftragsgemäß in einer Stadtratsvorlage zusammengefasst und dem DLZ/WWD der Stadt Halle zur Einbringung in den Stadtrat noch im Jahr 2018 zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses zur Entwicklung eines Gewerbegebietes zugearbeitet. Mit ihrer Zuarbeit und Unterstützung bei der Erstellung der Vorlage VI/2018/04585 hat die EglG ihren Auftrag vollumfänglich erfüllt. Die Verwaltung der Stadt Halle wird die Vorlage vor dem Hintergrund, dass im Rahmen der im November 2018 im relevanten Wohngebiet durchgeführten Zukunftswerkstätten zahlreiche neue Hinweise aus der Bevölkerung eingegangen sind, die von der Verwaltung noch umfassend ausgewertet werden müssen, zu einem späteren Zeitpunkt in den Stadtrat einbringen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage eigener Einnahmen während des gesamten Geschäftsjahres 2018 und auch darüber hinaus gesichert. Die Gesellschaft wies per 31.12.2018 einen Liquiditätsbestand i. H. v. 15.014 T€ (Vorjahr: 7.975 T€) aus.

Die Gesellschafterversammlung der EglG trat im Jahr 2018 einmal zusammen und befasste sich dabei insbesondere mit dem Jahresabschluss 2017 und der Wirtschaftsplanung 2019 und der Mittelfristplanung 2019 bis 2023.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, der geschäftsführenden Gesellschaft der EglG, in seinen insgesamt 5 ordentlichen Sitzungen regelmäßig mit den wichtigen Angelegenheiten der EglG.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Die Gesellschaft strebt gemäß dem festgestellten Wirtschaftsplan die vollständige Finanzierung des ihr in 2019 und auch darüber hinaus entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an.

Der EglG kommt ausschließlich die Rolle der Grundstücke besitzenden Gesellschaft zu, bislang nur im Star Park. Ab dem Geschäftsjahr 2016 ist ein Flächenverkauf im Star Park von 25 ha pro Jahr geplant, dessen Verwirklichung intensiver Anstrengungen bedurfte und bedarf. Dennoch wurde diese Zielstellung in den Vorjahren übertroffen; die Gesellschaft verfügte per 31.12.2018 lediglich noch über ca. 60 ha vermarktbare Fläche.

Im Ergebnis der Beschlussfassung des Stadtrates zur noch einzubringenden Vorlage VI/2018/04585 bleibt abzuwarten, inwieweit eine Beauftragung der EglG, die auch vom externen Autor der vorliegenden Machbarkeitsuntersuchung ausdrücklich empfohlen wird, erfolgt.

Parallel dazu ist die Entwicklung bzw. Revitalisierung von Brachflächen innerhalb des Stadtgebiets ein häufig diskutiertes Betätigungsfeld für die EglG. Mit der Revitalisierung von Brachflächen könnten einerseits mögliche Investorenanfragen bis zur Fertigstellung eines neuen Gewerbegebiets bedient und andererseits städtebauliche Missstände behoben werden. Dazu bedürfte es eines entsprechenden Auftrages durch die Stadt Halle und die Bereitstellung eines ausreichenden Budgets.

Die Gesellschaft selbst kann aus den zwischenzeitlich vereinnahmten Verkaufserlösen sowohl ihren eigenen laufenden Aufwand als auch den sich aus der Geschäftsbesorgung durch die EVG entstehenden Aufwand noch ohne Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt bestreiten.

Im ersten Quartal des laufenden Jahres ist es der EglG (EVG) gelungen, ein weiteres, bedeutendes Investitionsprojekt für den Star Park zu gewinnen. Ein Joint-Venture der Porsche AG und der Schuler AG hat in einem ersten Schritt eine Fläche von rd. 12 ha erworben, um hier eines der weltweit modernsten Presswerke für die Automobilindustrie zu errichten. Weitere rd. 38 ha wurden für einen Zeitraum von 10 Jahren optioniert. Im Zuge dieser Ansiedlung ist eine infrastrukturelle Erweiterung des Star Park notwendig, wofür Fördermittel in Anspruch genommen werden sollen. Diesbezügliche Gespräche wurden bereits mit dem Land geführt und im Ergebnis kann mit einer entsprechenden Förderung mit einer Quote von bis zu 90% gerechnet werden. Die Antragstellung erfolgt durch die Stadt, die die Fördergelder auf vertraglicher Grundlage an die EglG zur Durchführung der Maßnahme durchreicht. Die für eine Förderung zur Erweiterung der Infrastruktur notwendigen Eigenmittel (10%) können von der EglG aufgebracht werden. Die Liquidität und Zahlungsfähigkeit der EglG wird dadurch nicht gefährdet; eine entsprechende Bewertung der RK GmbH wurde eingeholt.

In einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung am 01.04.2019 wurde der Aufsichtsrat der EVG umfassend über das Ansiedlungsvorhaben und die geplante Erweiterung informiert und hat dem Vorgehen zugestimmt.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt-eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Götte, Dieter	(bis 31.12.2018)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Sprung, Michael	
		Cierpinski, André	
		Hintz, Katharina	
		Nagel, Elisabeth	
		Rupsch, Marko	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	8	8

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	62	29	69	19	84	31	-7	-10
Umlaufvermögen	148	70	288	80	186	68	-140	-49
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	2	1	3	1	0	0

Bilanzsumme	212	100	359	100	273	100	-147	-41
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	116	55	125	35	109	40	-9	-7
Rückstellungen	85	40	61	17	70	26	24	39
Verbindlichkeiten	11	5	173	48	94	34	-162	-94

Bilanzsumme	212	100	359	100	273	100	-147	-41
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	826	930	759
sonstige betriebliche Erträge	14	31	28
Materialaufwand	210	200	200
Personalaufwand	423	388	318
Abschreibungen	24	22	15
sonstige betriebliche Aufwendungen	193	333	216
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	0
Ergebnis nach Steuern	-10	17	38
sonstige Steuern	0	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-10	16	38

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,16	1,75	4,95	%
Eigenkapitalrentabilität:	-7,64	14,90	52,55	%
Cash-Flow:	14	38	52	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	168	192	197	T€
Personalaufwandsquote:	50,34	40,45	40,39	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	7,77	0,95	0,91	%
Eigenkapitalquote:	54,58	34,85	39,92	%
Fremdkapitalquote:	45,42	65,15	60,08	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 erfolgte eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2018 in 5 ordentlichen Sitzungen und befasste sich regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, dem Jahresabschluss 2017 und dem Wirtschaftsplan 2019 sowie der Mittelfristplanung bis 2023, der Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und aktuellen Ansiedlungsverfahren.

Der Aufsichtsrat behandelte regelmäßig die Aktivitäten der Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd durch die Gesellschaft als Treuhänder der Stadt Halle (Saale).

In mehreren Sitzungen befasste sich der Aufsichtsrat mit Geschäftsführungsangelegenheiten, so auch bei der Bestellung des neuen Geschäftsführers zum 01.01.2019. Zudem war die Gewerbegebietsentwicklung in Halle und hier besonders das Gebiet Halle-Tornau Gegenstand der Sitzungen.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle hatte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks im Jahr 2007 beauftragt. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Zuwendungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor. Die investive Erschließung des Star Park wurde fristgerecht zum Jahresende 2014 abgeschlossen. Der darauffolgend zu erstellende Verwendungsnachweis über die erhaltenen Fördermittel wurde ebenso fristgerecht im Juni 2015 an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt übergeben.

Im Ergebnis der von der Investitionsbank Ende 2016 begonnenen Prüfung des Verwendungsnachweises erging mit Datum 15.05.2017 ein abschließender Feststellungs- bzw. Prüfbescheid. Darin werden die Ergebnisse des Verwendungsnachweises der EgIG bestätigt und bisher einbehaltene Fördermittel vollständig zur Auszahlung angewiesen.

In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wurde in 2014 mit der Rauschenbach & Kollegen GmbH ein Beratungsvertrag zur Erstellung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und zur fachlichen Begleitung bei der Umsetzung dieses Konzeptes (siehe Abschnitt A.) abgeschlossen. Dieses Konzept liegt vor und wurde in mehreren Aufsichtsratssitzungen beraten. Die sich daraus begründende Schaffung von mehreren Mitarbeiterstellen für Akquise und Standortmarketing wurde noch in 2014 zur Stellenausschreibung geführt und das Personalauswahlverfahren wurde Anfang 2015 abgeschlossen.

Dessen Ergebnisse wurden in der Sitzung des Aufsichtsrates am 17.02.2015 gebilligt.

Die mit dem Unternehmenskonzept einhergehende Unternehmensplanung für den Mittelfristzeitraum 2015-2019 wurde sowohl vom Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen, wie durch den Finanzausschuss des Stadtrates als dem nach der Hauptsatzung des Stadtrates zuständigen Gremium in dessen Sitzung am 20.01.2015 festgestellt.

Diese Planung wurde im Zuge der anstehenden Wirtschaftsplanung für 2019 und die Mittelfristplanung bis 2023 fortgeschrieben. Auch hierzu ergingen einschließlich der in der Planung berücksichtigten Aufwands- und Ertragspositionen aus der in Treuhanderschaft für die Stadt Halle ab 01.01.2016 zu übernehmenden Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd alle erforderlichen Gremienbeschlüsse.

Das übergreifende Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle wurde in der Sitzung des Stadtrates im Mai 2016 verabschiedet, woraus sich für die Gesellschaft eingeschränkte Aufgabenzuordnungen im Bereich von Neuansiedlungen außerhalb des Star Park ergaben, die im operativen Geschäft entsprechend umgesetzt wurden.

Damit sind für die Gesellschaft alle erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung des ausgearbeiteten Unternehmenskonzeptes gefasst.

Aus den Akquiseaktivitäten der EVG resultierten im Jahr 2018 Flächenverkäufe im Star Park von rd. 34 ha Gesamtfläche.

Die Gesellschaft nahm mit Datum 01.01.2016 die im Auftrag der Stadt Halle durchzuführende Aufgabe als Entwicklungsträger für das Entwicklungsgebiet Heide-Süd auf.

Sie bedient sich dazu der Unterstützung der SALEG.

Alle anstehenden Aufgaben konnten bislang termingerecht abgearbeitet werden. Die Arbeiten konzentrierten sich dabei im Wesentlichen auf die Begleitung des laufenden Bebauungsplanverfahrens Nr. 32.6 für das letzte zu erschließende Wohngebiet am Grünen Dreieck. Der diesbezügliche B-Plan wurde nach Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 11.11.2017 rechtskräftig.

Der Jahresabschluss 2018 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 9,6 (im Vorjahr: TEUR 16 Überschuss) aus. Wegen der von Dritten verschuldeten Verzögerung bei der Genehmigung des B-Plans 32.6 kam es 2018 zu einer Leistungsspitze bei Fremdleistungen (SALEG), so dass hier von einem einmaligen Vorgang ausgegangen werden kann. Da in den Vorjahren positive Ergebnisse regelmäßig in die Kapitalrücklage eingestellt worden sind, bietet sich die Entnahme aus selbiger oder ein Verlustvortrag an.

Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um.

Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die für die EglG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 1 zu.

Das mit der Stadt Halle für die Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd vereinbarte pauschale Jahreshonorar i. H. v. 290 T€ Netto wurde im Jahr 2018 vollständig für die Bezahlung der mit der Entwicklungsmaßnahme einhergehenden Aktivitäten verauslagt.

Gemäß einem gleichlautenden Beschluss wurde im Jahr 2018 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der EVG und dem DLZWWDD abgeschlossen, welche die Zusammenarbeit und Abrechnung gegenseitig erbrachter Leistungen rückwirkend ab dem 01.01.2016 regelt. Im Teilhaushalt des DLZWWDD sind dabei die Mittel zur Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Kooperationsvertrag auf jährlich TEUR 50 begrenzt.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 78,7 (Vorjahr TEUR 85). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2018 gesichert.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EglG auch direkt zugeordnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG soweit zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, nach Abschluss der Erschließung des Star Park insbesondere aus der Verwaltung der geschaffenen Infrastruktur und der Vermarktung der erschlossenen Grundstücke.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann.

Damit auch nach einer vollständigen Vermarktung der Flächen im Star Park die Nachfrage nach hochwertigen Gewerbeflächen bedient werden kann, wurde die EglG 2017 damit beauftragt, für die Entwicklung eines neuen, kommunalen Industrie- und Gewerbebezirks auf dem halleschen Stadtgebiet eine entsprechende Machbarkeitsuntersuchung durchzuführen. Im Mai 2018 erfolgte die Beauftragung der EglG zur Durchführung vertiefender Untersuchungen für den Standort Halle-Tornau, die im November 2018 abgeschlossen waren. Die vorliegenden Ergebnisse und Informationen wurden in einer Stadtratsvorlage (VI/2018/04585) zusammengefasst, die dem Stadtrat am 19.12.2018 zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses vorgelegt werden sollte. Die Aufgabe der Entwicklung und Vermarktung des neuen Gewerbebezirks sollte dabei, wie schon beim Star Park, der EglG übertragen werden. Die Vorlage wird vor dem Hintergrund, dass aus den im November 2018 durchgeführten Zukunftswerkstätten im relevanten Stadtteil zahlreiche neue Hinweise der Bevölkerung eingegangen sind, die von der Verwaltung noch umfassend ausgewertet werden müssen, zu einem späteren Zeitpunkt in den Stadtrat eingebracht.

Das von der EVG verfolgte Unternehmenskonzept beinhaltet neben Vermarktungsaktivitäten von Grundstücken der EglG (Star Park) auch Aufgaben zur Gewinnung von Neuansiedlungen im Stadtgebiet, u. a. am Riebeckplatz. Die sich aus diesen Aktivitäten für die Gesellschaft ergebenden Aufwendungen werden der Stadt Halle (Saale) in Rechnung gestellt. Ein diesbezüglicher Kooperationsvertrag ist vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in dessen Sitzung im April 2018 beschlossen worden, begrenzt die abrechenbaren Leistungen jedoch auf ein Maximum von TEUR 50 pro Jahr.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2019 und der Mittelfristplanung bis 2023 wurde in den Gremien der Gesellschaft über die weitere Umsetzung des in 2014 ausgearbeiteten neuen Geschäftsmodells erneut befunden und eine Fortschreibung beschlossen.

Die darin insgesamt für die EVG und in deren Verantwortung vorgesehenen Aufgaben sind eingebettet in ein von der Stadt Halle erarbeitetes Gesamtwirtschaftsförderungskonzept.

Dieses Konzept wurde im Mai 2016 vom Stadtrat der Stadt Halle beschlossen. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen sind in der Wirtschaftsplanung für 2018 ff. berücksichtigt.

Die EVG hat auf der Grundlage eines ergangenen Stadtratsbeschlusses mit der Stadt Halle einen Vertrag zur Übernahme und Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd abgeschlossen und hat mit Wirkung ab 01.01.2016 die sich daraus begründenden Aktivitäten aufgenommen. Die Gesellschaft wird diese Aufgabe mit eigenen Ressourcen und unter Einbindung eines externen Dienstleisters zu einem mit der Stadt Halle vertraglich vereinbarten Entgelt ausführen. Da absehbar ist, dass sich der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme verzögert, ist davon auszugehen, dass die vertraglich vereinbarte Verlängerungsoption greift.

Da die noch verfügbaren Flächen im Star Park voraussichtlich bis nunmehr 2020 vermarktet sein werden, könnte die Revitalisierung von innerstädtischen Brachflächen eine größere Rolle bei der strategischen Entwicklung der EVG spielen. Mit der Revitalisierung und Vermarktung solcher Brachflächen könnten einerseits mögliche Investorenanfragen bis zur Fertigstellung eines neuen Gewerbebezirks bedient und andererseits städtebauliche Missstände behoben werden. Dazu bedürfte es eines entsprechenden Auftrages durch die Stadt Halle und der Bereitstellung eines ausreichenden Budgets. Im Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle sind der EVG über den Star Park hinausgehende Aufgaben zugeordnet worden, denen sich die Gesellschaft zukünftig stärker zuwenden wird.

Die über einen Kooperationsvertrag mit der Stadt der Gesellschaft bewilligten Mittel von TEUR 50 p.a. für Leistungen, die die Gesellschaft für die Stadt Halle erbringt, werden u.a. vom Finanzamt im Rahmen einer noch laufenden Betriebsprüfung als nicht ausreichend im Sinne der tatsächlich erbrachten Leistungen beanstandet. Die Gesellschaft befindet sich im Rahmen der noch nicht abgeschlossenen Betriebsprüfung zu diesem Sachverhalt in aufklärenden Gesprächen mit dem Finanzamt für die Jahre 2016 ff..

Insgesamt wird von einem tragfähigen Bestand des Unternehmens im Mittelfristzeitraum ausgegangen.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Nowak, Andreas	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	
		Ahrens, Steffen	
		Boßmann, Claus Peter	(bis 31.12.2018)
		Dr. Fikentscher, Rüdiger	
		Krischok, Marion	
		Loeser, Tony	
		Meßmer, Alexander	
		Sund, Sven	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	8	8	9

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	12.952	88	11.142	90	11.113	95	1.810	16
Umlaufvermögen	1.688	12	1.241	10	559	5	447	36
Rechnungsabgrenzungsposten	29	0	28	0	19	0	1	4

Bilanzsumme	14.669	100	12.411	100	11.691	100	2.258	18
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.343	9	1.524	12	811	7	-181	-12
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	12.014	82	9.764	79	9.693	83	2.250	23
Rückstellungen	402	3	108	1	390	3	294	272
Verbindlichkeiten	894	6	1.013	8	795	7	-119	-12
Rechnungsabgrenzungsposten	16	0	2	0	2	0	14	700

Bilanzsumme	14.669	100	12.411	100	11.691	100	2.258	18
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	536	612	631
andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	41
sonstige betriebliche Erträge	1.014	862	345
Personalaufwand	264	266	269
Abschreibungen	583	586	366
sonstige betriebliche Aufwendungen	859	470	409
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	175	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12	402	12
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-168	-75	-39
sonstige Steuern	13	12	13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-181	-87	-52

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-33,66	-14,27	-6,23	%
Eigenkapitalrentabilität:	-11,85	-5,42	-4,62	%
Cash-Flow:	403	499	314	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	310	295	254	T€
Personalaufwandsquote:	17,05	18,03	26,40	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,29	89,76	95,03	%
Eigenkapitalquote:	9,16	12,28	6,94	%
Fremdkapitalquote:	90,84	87,72	93,06	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
vermietbare Fläche	4.286,92	4.287,72	4.287,72	m ²
Auslastung	99,80	98,80	99,30	%

f) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Zu Geschäftsjahresbeginn konnten, nach Vorlage des finalen Fördermittelbescheides, die Arbeiten zur Wiederherstellung des Gründerzentrums aufgenommen werden. In den vergangenen Monaten standen dabei Abbruch- und Rohbauarbeiten im Fokus der Sanierung. Darüber hinaus konnten zum Jahresende die Haustechnikgewerke mit der Installation der neuen Technik, insbesondere im Bereich der Tiefgarage, beginnen. Trotz lärmintensiver Arbeiten konnte die Auslastungsquote auf einem sehr hohen Niveau gehalten werden.

Der Betrieb der Postproduktionsstudios lag im Berichtszeitraum hinter den Erwartungen und den Ergebnissen der Vorperioden. Dies begründete sich in der im letzten Jahr geringeren Nachfrage nach Postproduktionskapazitäten speziell für Kinofilme. Hier zeigte sich deutlich die Abhängigkeit der Branche zu den Förderquoten der Mitteldeutschen Medienförderung.

Ein weiterer Schwerpunkt in 2018 war die Fenstersanierung im Bereich der Schulungs- und Seminarräume der Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Die finanziellen Mittel für die Umrüstung wurden aus dem im Vorjahr beendeten Rechtsstreit mit dem ehemaligen Architekturbüro generiert. Die seitens der Universität seit Jahren bestandene Mietminderung konnte mit Wirkung 01.12.2018 beendet werden.

In insgesamt vier ordentlichen Sitzungen hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung unterstützt und beraten. Entsprechende Freigaben und Entscheidungen wurden durch die Gremien unter teilweiser Einbeziehung der Projektsteuerung erläutert und abschließend herbeigeführt.

Der Jahresabschluss 2018 schließt bei einer Bilanzsumme von 14.669.331,33 Euro und mit einem über Plan liegenden Jahresfehlbetrag von 180.516,61 Euro ab. Als Ursachen für das Jahresdefizit sind weiterhin die hochwasserschadensbedingt fehlenden Umsatzerlöse der Tiefgarage, der Veranstaltungsbereiche und der eingeschränkten Vermietung zu benennen.

Die Umsatzverluste aus den Postproduktionsstudios (Ton und Bild) konnten durch Kostenreduzierungen teilweise kompensiert werden. So hat die Gesellschaft eine geplante Personalstelle im Berichtszeitraum noch nicht besetzt. Die anfallenden Tätigkeiten wurden durch den bestehenden Personalstamm zusätzlich erbracht.

Positiv wirkten auch die erneut hohe Auslastung bei der Büovermietung und die kontinuierliche Kostenkontrolle sowie Kostenreduzierung.

Seit dem Geschäftsjahr 2015 wird seitens der Gesellschafterin kein Verwaltungskostenzuschuss gezahlt.

Die Gesellschaft beschäftigte am Ende des Jahres inklusive des Geschäftsführers fünf Personen. Der Vertrag der Mitarbeiterin für den Film Commission Service Sachsen-Anhalt konnte aufgrund der weiteren 100 prozentigen Finanzierung durch die Mitteldeutsche Medienförderung bis zum 31.12.2019 verlängert werden.

Die Rückzahlungsfrist des gewährten Gesellschafterdarlehens (Flutsoforthilfe) in Höhe von 500 TEUR wurde bereits im 2015 durch die Gesellschafterin verlängert. Darüber hinaus wurde dem Unternehmen ein Darlehen in Höhe von 100.000 Euro durch die Saalesparkasse bereitgestellt. Ein weiteres avisiertes Darlehen der Saalesparkasse über 100.000 Euro soll nicht genutzt werden. Die ausgereichten finanziellen Mittel dienen der Überbrückung der laufenden Liquidität im Zeitraum des Wiederaufbaus und sind beginnend ab dem Jahr 2020 vertragsgemäß zurückzuzahlen.

1.1. Ertragslage

Der Gesamtumsatz im Jahr 2018 beziffert sich auf 536 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum reduzierten sich die Umsätze in den Studiobereichen für Bild- und Tonpostproduktion deutlich. Im Jahresvergleich differieren die Umsatzerlöse um 76 TEUR (Vorjahr 612 TEUR). Wesentliche Ursache hierfür ist die im Berichtszeitraum geringere Nachfrage von Postproduktionskapazitäten für Kinofilme.

Aufgrund der erhöhten Bautätigkeit im Geschäftsjahr erhöhen sich die Erträge aus der Gewährung von Fördermitteln und der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse um 497 TEUR auf 993 TEUR.

Durch die Verpflichtung zur Beseitigung von Flutschäden auf eigenem Grund und Boden und den Beginn der Abbrucharbeiten im Geschäftsjahr steigen die Aufwendungen für Abbruch- und Abfallbeseitigung um 492 TEUR auf 495 TEUR an.

Aus Rückstellungauflösung und Zinsberechnung für einen in 2017 beendeten Rechtsstreit wurden im Vorjahr insgesamt Erträge in Höhe von 72 TEUR erzielt. Im Geschäftsjahr beläuft sich der Ertrag aus dem beendeten Rechtsstreit lediglich auf 10 TEUR.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 180.516,61 Euro.

1.2. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2018 vermindert sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit um TEUR 317,2 auf TEUR -401,9 (Vorjahr -84,7 TEUR).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-2.573 TEUR) lag um 1.957 TEUR über dem Vorjahreswert (-616 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit erhöht sich um 1.195 TEUR (Vorjahr 1.329 TEUR) auf TEUR 2.524 und speist sich aus Einzahlungen von Investitionszuschüssen.

Die Zahlungsmittel waren mit 673 TEUR gegenüber dem 31. Dezember 2017 (Vorjahr TEUR 1.124) um 451 TEUR vermindert.

Aufgrund der Verlängerung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 500 TEUR und der Finanzierung der Saalesparkasse ist die Gesellschaft weiter in der Lage das laufende operative Geschäft zu führen.

1.3. Vermögenslage

Im Vorjahresvergleich erhöht sich die Bilanzsumme um 2.258 TEUR auf 14.669 TEUR.

Im langfristigen Vermögen erhöhen sich die Sachanlagen im Wesentlichen durch den Wiederaufbau. Investitionen wurden in Höhe von 2.393 TEUR getätigt, welche hauptsächlich Investitionen für den ersten Projektabschnitt beinhalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände steigen vor allem aufgrund der Beantragung bzw. der Erfüllung der sachlichen Voraussetzungen für Fördermittel der Investitionsbank Sachsen-Anhalt um 937 TEUR an und belaufen sich zum Jahresende auf 979 TEUR.

Der Rücklagenanteil Sonderposten erhöht sich durch die Zuführung des Sonderpostens „Aufbauhilfe Hochwasser“ um 2.250 TEUR. Nach Auflösung für geförderte Anlagegüter beträgt der Sonderposten zum Jahresende 12.014 TEUR (Vorjahr 9.764 TEUR).

Die Rückstellungen erhöhen sich zum Vorjahr (108 TEUR) um 294 TEUR auf 402 TEUR. Wesentlicher Grund hierfür ist die Einstellung einer Rückstellung für die künftigen Verpflichtungen zum Abbruch und zur Abraumbeseitigung auf eigenem Grund und Boden (274 TEUR).

Die Verbindlichkeiten vermindern sich gegenüber dem Vorjahr (1.014 TEUR) um 119 TEUR.

2. Wiederaufbau des Gründerzentrums nach Hochwasser 2013

Mit Vorliegen des finalen Fördermittelbescheides vom 01.09.2017 konnten die Arbeiten zur Hochwassersanierung und somit zur Gesamtwiederherstellung des Mitteldeutschen Multimediazentrums beginnen. Schwerpunkte der Arbeiten im Geschäftsjahr 2018 waren die Herstellung eines entsprechenden Hochwasserschutzes (Dambalkensystem), die Schottung der Türen Technikbereiche der untersten Tiefgaragenebene, die Abbrucharbeiten in den Ebene -4 bis -1 und die Rohbauarbeiten für die beiden Ersatzneubauten auf den Plateauflächen.

Die notwendigen Beschlussfassungen wurden bereits im Vorjahr, in der Aufsichtsratssitzung vom 13.09.2017, herbeigeführt. Im Anschluss wurden die einzelnen europaweiten Ausschreibungen vorbereitet und durchgeführt. Die abgegebenen Angebote bewegen sich bis auf wenige Ausnahmen im kalkulierten Rahmen. Abweichungen und Änderungen werden dem Fördermittelgeber, der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sowie dem Bau- und Liegenschaftsmanagement des Landes Sachsen-Anhalt entsprechend mitgeteilt.

Die beauftragten Haustechnikunternehmen haben im Anschluss an die Abbrucharbeiten ebenfalls mit ihren Arbeiten begonnen. Dies betrifft unter anderem die Installation der Elektroverkabelung, den Einbau neuer Lüftungskanäle und Lüftungsanlagen im Bereich der Tiefgarage, Montage der Sprinklerleitungen, Leitungsmontagen für die hausversorgenden Medien (Wärme, Kälte, Wasser, Abwasser) sowie die Gebäudeleittechnik und weitere technische Gewerke.

Gemäß aktuellem Bauzeitenplan ist die Eröffnung der Tiefgarage für Mitte 2019 terminiert. Die Gesamtfertigstellung des gesamten Gründerzentrums ist aktuell auf Mitte 2020 avisiert.

3. Vermietungsgeschäft

Die aktuell vermietbare Fläche beläuft sich inklusive der Studiobereiche auf 4.286,92 m². Die vorhandenen kleinen Büroflächen mit ca. 20 m² Grundfläche bilden weiterhin die Basis für die Einmietung von Existenzgründern und deren kontinuierliche Entwicklung. Dabei zählen insbesondere die Flexibilität bei der Anmietung und die zeitgemäße sowie branchenbezogene Ausrichtung des Vermietungskonzeptes. Entsprechend der Vorjahre spiegelt sich dies in der hohen Auslastungsquote wieder.

3.1. Arbeits- und Büroflächen

Mit einer Leerstandsquote von 0,16 % konnten die Vorjahresdaten (1,24%) nochmals verbessert werden. Die Auslastung der Büro- und Arbeitsflächen (ca. 3.600 m²) sind im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr (98,8%) mit 99,8% nochmals gestiegen. In der Fläche entspricht dies einem durchschnittlichen Leerstand von 6,75 m² im Jahr 2018.

Der durchschnittliche Mieterlös pro m² erhöhte sich aufgrund der abgeschlossen Staffelmietverträge von 4,67 Euro im Vorjahr auf 4,73 Euro pro m² im Berichtszeitraum.

3.2. Produktionsbereiche

Die Umsatzerlöse aus der Vermietung der Studiobereiche (Bild & Ton) lagen im Berichtszeitraum deutlich unter Plan- und Vorjahresniveau. Die erzielten Umsatzerlöse beziffern sich auf 55.355,00 Euro (Vj.144.760,00 Euro). Das geplante Umsatzziel in Höhe von 150 TEUR wurde nicht erreicht. Ursache hierfür waren die im Berichtszeitraum nicht nachgefragten Kapazitäten für die Postproduktion von Kinofilmen. Die Analysen zeigen hier eine zyklische Schwankung, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Finanzierungsquote durch die Mitteldeutsche Medienförderung steht. Darüber hinaus wurden zunehmend Filmdreharbeiten als Regionaleffekt durch die Produktionsfirmen genutzt, was zur Verlagerung der Postproduktion in andere Filmfördergebiete außerhalb des mitteldeutschen Raumes führt. Zum Ende des Jahres 2018 konnte dennoch eine Verbesserung der Situation verzeichnet werden.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Die verfügbare Veranstaltungsfläche beschränkte sich im Berichtszeitraum hauptsächlich auf den Panoramasaal mit ca. 100 m². Die Kubuslounge wurde ab Mitte 2018 als Produktionsraum für Internetfotographie genutzt. Der bis dato dafür genutzte Sheddachraum im Gebäudeteil Kubus wurde dauerhaft vermietet und durch den neuen Nutzer als Tonstudio ausgebaut. Die erzielten Umsatzerlöse mit 24.894,90 Euro bewegen sich dennoch auf Vorjahresniveau (24.555,50 Euro). Weitere Veranstaltungsräume stehen erst nach Abschluss der Gesamtwiederherstellung ab Mitte 2020 zur Verfügung.

3.4. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Im Berichtszeitraum konnten, aufgrund der Hochwassersanierungsarbeiten, noch keine Umsätze aus der Vermietung der Stellplätze erzielt werden. Die Wiedereröffnung der Tiefgarage soll Mitte 2019 erfolgen. In der Wirtschaftsplanung 2019 ff. wurden die Umsatzerlöse entsprechend berücksichtigt.

4. Netzwerk- und Projektarbeit

Wie bereits in den Vorjahren konnte die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH auch im Berichtszeitraum einige Projekte direkt unterstützen. Dazu zählten unter anderem der monatlich stattfindende Web-Montag, als offenes Netzwerkstreffen für die Webpraxis vom Profi bis Privat, die Veranstaltung TEDxUni Halle, die in 2018 zum zweiten Mal stattfand und der erste Kreativ Salon Halle, welcher am 19.04.2018 durch den Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA] organisiert wurde. Darüber hinaus war die Gesellschaft Partner und Unterstützer der ersten Startup Safari Halle, welche am 18.09.2018 in Halle durchgeführt wurde.

Einen weiteren Schwerpunkt in der inhaltlichen Arbeit setzt die Gesellschaft in der Mitarbeit im OpenLabNet Halle. Das Netzwerk für Wissenschaftskultur vereint Partner aus verschiedenen Bereichen, um die Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Halle weiter voranzubringen. Die Initiative steht im direkten Dialog mit dem science2media Netzwerk, welches in jedem Jahr spannende Projekte am Standort initiiert. In Kooperation mit Documenatry Campus e.V. fand in 2018 das erste „Silbersalz Festival“ in Halle statt. Dieses internationale Wissenschafts-Medien-Festival wurde durch die Robert-Bosch-Stiftung und weitere Partner finanziert.

Als Weiterführung der Aktivitäten der halleschen Postproduktionsallianz ist die Planung eines gemeinsamen Auftritts zum Empfang der Mitteldeutschen Medienförderung im Rahmen der Berlinale 2019 zu sehen. Darüber hinaus ist die Weiterentwicklung des PostProNetworks Halle insbesondere beim praxisorientierten Austausch zwischen den standortbestimmenden Akteuren angedacht.

Für den Austausch unter den Mietern des MMZ Halle, konnte die seit 2016 regelmäßig stattfindende Mittagsveranstaltung „Bratwurst und Networking“ erfolgreich genutzt werden.

Die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH engagierte sich weiterhin im Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], im International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], im Sachsen-Anhalt Medien e.V. [SAM], im Bundesverband mittelständische Wirtschaft [BVMW] und im Förderverein Pro Halle e.V..

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung und Chancen

Das im Jahr 2014 erarbeitete und beschlossene „Konzept zur Fortführung des MMZ“ bildet für die weitere Entwicklung der Gesellschaft die maßgebende Grundlage. An den darin fixierten inhaltlichen Schwerpunkten wurde im Berichtszeitraum ebenso kontinuierlich weitergearbeitet, wie an den Schritten zur Wiederinbetriebnahme der vom 2013er Hochwasser beschädigten Bereiche.

Aus der Studie „Spezifische Anforderungen an Unternehmen der Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt“ wurden die dort aufgeführten Bedarfe in die Unternehmenskonzeption des MMZ übernommen. Zielgruppen für die Dienstleistungen des MMZ sind die Entwicklungsbranchen Medientechnologie, Mediendienstleistungen und IT. Das Angebot von kleinteiligen Büroflächen mit durchschnittlich 20 m² sowie eine dienstleistungsorientierte Vermietung mit kurzen Kündigungsfristen werden weiterhin Schwerpunkt bleiben. Ebenso hat sich bei der Unterstützung von Gründern die zeitlich befristete Nutzung eines „Schnupperbüros“ bewährt. Zum Zeitpunkt der Unternehmensgründung bietet diese Variante Sicherheit und gleichzeitig Flexibilität für die jungen Firmen. Meist können die Nutzer dieses Angebots später in ein langfristiges Mietverhältnis geführt werden. Die Einmietdauer bleibt aufgrund der Förderrichtlinien der Europäischen Union und der damit einhergehenden Zweckbindung dennoch begrenzt. In Ausnahmefällen ist eine Einmietung über die maximal achtjährige Frist unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

Das Institut für Musik, Medien- und Sprechwissenschaften (IMMS), mit der Abteilung Medien- und Kommunikationswissenschaften bleibt weiterhin Ankermieter und Kooperationspartner für Projektrealisierungen, aber auch als Anlaufpunkt für junge Unternehmen.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die Kreativ- und Medienbranche sehr schnelllebig ist und es dadurch auch in Zukunft zu Veränderungen in der Anzahl und der Struktur der eingemieteten Unternehmen geben wird.

Für den Bereich der Postproduktion (Bild und Ton) wurde mit Einstellung eines Medientechnikers den Anforderungen der Studionutzer bereits Ende des Vorjahres Rechnung getragen. Bei den projektbezogen eingemieteten Firmen traf diese Maßnahme auf volle Zustimmung. Neben der persönlichen Betreuung der Kunden, kann so auch zukünftig ein stabiler und reibungsloser Betrieb der hochwertigen Technik gewährleistet werden.

Für die Auslastung der Postproduktionsbereiche hat insbesondere die Entwicklung der Filmförderung in Mitteldeutschland einen maßgeblichen Einfluss. Mit der Unterstützung junger erfolgversprechender Projekte, trägt die Gesellschaft ebenfalls zur dauerhaften Ansiedlung von Unternehmen und der Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze bei.

Die Vernetzung von strategischen Partnern und die Bildung von Allianzen ist dabei als unterstützende Funktionen ein wichtiges Instrument. Die Netzwerk- und Projektarbeit, die Gründerberatung und das Herstellen von Erstkontakten sind dafür geeignete Werkzeuge.

Diese Maßnahmen werden mit dem Ziel betrieben, das Mitteldeutsche Multimediazentrum und den Standort Halle (Saale) langfristig zum erfolgreichen Medienstandort auszubauen und zu stabilisieren. Diese Grundlagen und Anforderungen wurden entsprechend im Wirtschaftskonzept der Stadt Halle (Saale) berücksichtigt.

Mit Vorliegen des finalen Fördermittelbescheides und dem Beginn der Baumaßnahmen wurde die Wiederherstellung des MMZ Halle angestoßen. Die Errichtung des erforderlichen Hochwasserschutzes in Form eines Dammbalkensystems war dabei ein erster wichtiger Schritt. Ein weiterer Bestandteil des Hochwasserschutzkonzeptes ist die erfolgte Installation der Türschottung im vierten Untergeschoss. So werden die noch vorhandenen technischen Bereiche beim geplanten Wassereinbringen zur Auftriebssicherung in der untersten Ebene geschützt. Alle weiteren technischen Anlagen wurden, sofern technisch möglich, in höhere Bereiche verlegt.

Für den Flächenersatz wurde im Gegenzug mit den Rohbauarbeiten für die beiden Neubauten auf den ehemaligen Plateauflächen begonnen. Hier entstehen bis Mitte 2020 neue Büroflächen mit entsprechender Peripherie und, zur Ergänzung der Studiolandschaft, ein kleiner Sprachenaufnahmerraum mit Regie. Die großzügige Studiolandschaft, welche vor dem Hochwasser im ersten Untergeschoss untergebracht und an die Firma METIX Media GmbH vermietet war, wird nicht wieder hergestellt.

Der Wiederaufbau des Gründerzentrums erfolgt bei vollem Betrieb. Ein erster Meilenstein wird die Eröffnung der sanierten Tiefgarage in Mitte 2019 sein. Dies wird neben der Entlastung der angespannten Parkplatzsituation auch zur Verbesserung der Einnahmesituation beitragen. Bis Mitte 2020 sollen die restlichen Büroflächen und die Veranstaltungsräume wieder hergestellt sein. Nach der Entkernung des ersten Untergeschosses werden ab 2019 die Arbeiten zur Errichtung des in sich geschlossenen Veranstaltungsbereiches beginnen. Dieser erstreckt sich entlang der zur Saale geplanten Außenanlage und bietet so die Möglichkeit eines Zugangs zum innerstädtischen Fahrgastschiffanleger. Mittels mobiler Trennwände können die drei Veranstaltungsräume zu einem großen Saal umfunktioniert werden. Der vierte Veranstaltungsraum in diesem Bereich soll speziell für Präsentationen nutzbar sein. Inhaltlich wird das Modell eines Wissenschaftskubus angedacht. Ziel ist es, in zentraler städtischer Lage, das Thema Wissenschaft der breiten Öffentlichkeit sichtbar und nutzbar zu machen. In Kooperation mit dem science2public e.V. und den Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg soll das Thema Wissenschaftskommunikation weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus werden im ersten Untergeschoss weitere Büroräume, ein Coworking-Bereich, eine Gastronomie sowie ein über zwei Geschosse reichender Event- bzw. Multifunktionsbereich, verortet sein. Letzterer bietet über eine Galerie mit herabführenden Treppen den Zugang zum zweiten Untergeschoss. Der Raumkubatur zeigt nicht nur neue optische Perspektiven, sondern bietet auch die Möglichkeit für verschiedene Konzepte. So können unter anderem Ausstellungen, Präsentationen, Vorlesungen und ähnliche Veranstaltungsformate durchgeführt werden.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Gründerzentrums bleibt der zügige Wiederaufbau und die damit einhergehende Bereitstellung der bewilligten Fördermittel. Im laufenden Betrieb konnten die in den letzten Jahren gegenüber dem Budget erzielten Ergebnisverbesserungen die bisherigen Verschiebungen zum ursprünglichen Konzept von 2014 kompensieren. Weitere Maßnahmen und Meilensteine wurden in der Wirtschaftsplanung für 2019 ff. entsprechend festgehalten. Grundvoraussetzung für eine positive Entwicklung ist die weiterhin gute Auslastung der Mietbereiche, insbesondere während der Bauphase. Oberste Zielstellung für die Gesellschaft bleibt weiterhin die Zuschussfreiheit.

2. Betriebswirtschaftliche Risiken

Der seit 2008 anhängige Rechtsstreit mit dem ehemaligen Architekturbüro, konnte am 15.01.2018 mit Auszahlung der, auf Basis des am 15.09.2017 vor dem Oberlandesgericht Naumburg geschlossenen Vergleichs, vereinbarten zweiten Rate in Höhe von 209.046,81 Euro endgültig beendet werden. Die Rechts- und Verfahrenskosten wurden im Berichtszeitraum ebenfalls ausgeglichen. Es sind keine weiteren Verfahren anhängig.

Für den Bereich der Postproduktion (Bild und Ton) wurden in den vergangenen Jahren hohe Investitionen in die technische Ausstattung und in qualifiziertes Personal getätigt. Die künftige Entwicklung dieses Bereichs hängt maßgeblich von der Finanzierungsquote der Mitteldeutschen Medienförderung ab. Zwar wurden durch das MMZ Maßnahmen zur Verbesserung der Auftragslage durchgeführt, eine direkte Möglichkeit der Einflussnahme in die Vergabe von Filmfördermitteln besteht jedoch nicht. Zudem bleibt es den Produktionsfirmen vorbehalten, in welcher Form sie die Regionaleffekte erbringen. Finden im mitteldeutschen Fördergebiet Dreharbeiten statt, stehen meist die finanziellen Mittel nicht mehr für die Postproduktion zur Verfügung und werden entsprechend in anderen Fördergebieten realisiert. Somit lässt sich derzeit nicht abschätzen, inwiefern in dieser Bereich in den kommenden Jahren Gewinne erzielt werden können.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Marktplatz 13
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Kohlert, Steffen	(seit 01.08.2018 bis 31.12.2018)
		Voß, Stefan	(bis 31.07.2018)
Beirat:	Vorsitzende	Dr. Brock, Inés	(seit 28.09.2018 Vorsitzende)
	stellv. Vorsitzender	Bartl, Harald	
		Drüppel, Thomas	

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Beirat:

Erben, Matthias
Fleischer, Beate
Gröbel, Grit
Hintz, Katharina
Schramm, Rudenz
Wandrey, Holger

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Genossenschaft Volksbank Halle e. G.

T€	%
0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	34	6	25	9	29	10	9	36
Umlaufvermögen	487	92	248	87	261	88	239	96
Rechnungsabgrenzungsposten	8	2	11	4	6	2	-3	-27
Bilanzsumme	529	100	284	100	296	100	245	86
Passiva								
Eigenkapital	101	19	137	48	154	52	-36	-26
Rückstellungen	63	12	60	21	58	20	3	5
Verbindlichkeiten	365	69	87	31	84	28	278	320
Bilanzsumme	529	100	284	100	296	100	245	86

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	832	733	793
sonstige betriebliche Erträge	1.307	1.199	1.176
Materialaufwand	279	268	319
Personalaufwand	902	846	811
Abschreibungen	15	7	23
sonstige betriebliche Aufwendungen	978	827	837
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-35	-16	-21
sonstige Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-36	-17	-22

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-4,29	-2,34	-2,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	-26,04	-11,11	-12,25	%
Cash-Flow:	-21	-10	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	80	77	83	T€
Personalaufwandsquote:	42,17	43,77	41,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,39	8,85	9,64	%
Eigenkapitalquote:	19,17	48,31	52,19	%
Fremdkapitalquote:	80,83	51,69	47,81	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	12	12	11	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	78	73	66	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	34.780	33.988	33.901	Anzahl

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

a. Geschäftsmodell

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) wurde am 25.06.2003 gegründet, um die Stadt Halle zur Marke zu entwickeln, einen Markenkern herauszuarbeiten und nach innen und außen zu kommunizieren. Unternehmensleitbild der SMG ist die „Konzeptionierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen“ (Gesellschaftervertrag). Dazu zählen die Erarbeitung von touristischen Pauschalen, Projekten und Themenfeldern mit Potenzial für die Stadt, die Entwicklung von Leitbildern, die Koordinierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen sowie die Schärfung der Innen- und Außenwahrnehmung auf der Grundlage eines ganzheitlichen, kooperativen Ansatzes. Die SMG bedient sich dazu der Instrumente des Destinations-, City-, Event- und Kongressmanagements sowie des Marketings und der Public Relations.

Die SMG ist eine städtische Beteiligungsgesellschaft mit der Stadt Halle (Saale) als Mehrheitsgesellschafterin (55 %) sowie 45 % Gesellschafteranteilen privater Interessenvereinigungen bzw. der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (5 %). Die Vereine bündeln die Interessen der Wirtschaft (Pro Halle (Saale) e.V.; 25 %), des Tourismus (Förderverein Region Halle (Saale) e.V.; 10 %) sowie des Handels (City-Gemeinschaft Halle e.V.; 5 %) im Sinne des Stadtmarketings und leisten einen Anteil an der Finanzierung der Gesellschaft.

b. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen bestehen aktuell nicht.

II. Wirtschaftsbericht

a. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Aufgabenstellungen der SMG vollziehen sich seit ihrer Gründung vor 15 Jahren unter gleichbleibenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Insgesamt erfreut sich der Inlands- und Landestourismus einer steigenden Akzeptanz der deutschen Bevölkerung. Die positive Entwicklung der Stadt Halle mit den dadurch gewinnenden Imagegewinn unterstützen dabei die Rahmenbedingungen der Gesellschaft. Wenig kalkulierbare Rahmenbedingungen wie die Entwicklung des stationären Handels durch das Online-Shopping, die große Konkurrenz der Städtedestinationen und auch die rückläufigen Einnahmen für Zimmervermittlung und Stadtführungen infolge elektronischer Buchungsportale, des grauen Beherbergungsmarktes behindern hingegen die Entwicklung der Gesellschaft.

b. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2018 der SMG konnte bei den touristischen Ankünften und Übernachtungen als wichtigstes Messinstrument, wie sie die Beherbergungsstatistik des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt widerspiegelt, erfolgreich abgeschlossen werden.

	2018	2017	Veränderung in %
Ankünfte	254.159	233.778	8,7
davon Inland	228.920	204.909	11,7
davon Ausland	25.239	28.869	- 12,6
Übernachtungen	429.592	416.503	3,1
davon Inland	384.702	354.082	8,6
davon Ausland	44.890	62.421	- 28,1
Aufenthaltsdauer	1, 7 Tage	1, 8 Tage	- 5,6

Die Ankünfte stiegen in Halle auf einen Rekordstand von 254.159, d. h. + 8,7 % gegenüber dem Vorjahr. Bei den Übernachtungen (429.592) konnte Halle eine Steigerung von 3,1 % erzielen. Nach Abschluss des Reformationsjubiläums welches der Stadt Halle 2017 einen Besucherrekord bei den ausländischen Gästen brachte, musste 2018 ein Rückgang dieser Zielgruppe um 12,6 % verzeichnet werden. Allerdings konnte gegenüber der Nullmessung vor Beginn des Reformationsjubiläums, im Jahr 2015 eine Steigerung bei den ausländischen Gästeankünften von 9,43 % verzeichnet werden. Die Auslastung der Beherbergungsbetriebe insgesamt belief sich 2018 auf rund 42 %.

Tourismusentwicklung(Übernachtungen) 2008-2018

	2008	2018	Veränderung in %
Übernachtungen (Anzahl)	285.812	429.592	67,0

Tagungsgeschäft in Halle

Trotz der Schließung des mit 500 Betten sowie Tagungs- und Kongressräumen größten Tagungs- und Kongresshotels der Stadt Halle im September 2015 und dem damit resultierenden Verlust von 60.000 Buchungen im Jahr, konnte die SMG und die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2018 durch verstärkte Aktivitäten im Tagungs- und Kongress-Bereich punkten.

Das Geschäftsjahr 2018 war ferner geprägt von der Akquisition und Betreuung neuer Reiseveranstalter, von Tagungen und Kongressen, von Reisejournalisten sowie neuen Studenten für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; außerdem wurden die halleschen Stätten der Reformation im Rahmen des Reformationsjubiläums, die Internationalen Händel-Festspiele, das Laternenfest, das Konzert zum Tag der Deutsche Einheit sowie der Hallesche Weihnachtsmarkt vermarktet.

Tourismus allgemein

Im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus unterstützte die SMG die Stadt Halle (Saale) aktiv innerhalb der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland und vor Ort in der Umsetzung von Teilzielen des tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzepts für die Gewässerlandschaft Mitteldeutschland. Eine der Handlungsempfehlungen zur Schaffung einer zukunftsweisenden tourismuswirtschaftlichen Infrastruktur für Halle und die Region war die Bündelung der Akteure für den Erhalt der Saale als Bundeswasserstraße sowie der aktiv-, natur- und wasser-touristischen Bedeutung der Saale als Naherholungsgebiet für Kanuten, Ruderer, Motorboote, Wassertaxis, Spaziergänger, Jogger, Radler, Schwimmer und Fahrgastschiffe.

Erlöse Gruppentouristik

	2018	2017	Veränderung in %
Erlöse Gruppentouristik u. Stadtführungen	297.249,03 €	287.395,60 €	3,4

Die Erlöse Gruppentouristik konnten gegenüber 2017 gesteigert werden. Ziel ist es, durch weitere neue Produkte diesen Bereich weiter zu steigern z.B. durch Wiedereinführung des Produktes der „Hallunken-Schunke!“ (Touristenbahn-Bus).

Kosten Gruppentouristik

	2018	2017	Veränderung in %
Nichtselbständige Gästeführer	48.888,86 €	49.238,87 €	-0,7
Gruppentouristik/ Gästeführung	195.788,49 €	163.143,14 €	20,0

2018 betragen die Kosten für Stadtführungen 244.677,35 € (2017: 212.382,01 €). Die Kostenerhöhung im Jahr 2018 ist insbesondere auf die Erhöhung der Honorare bei den selbständigen Gästeführern zurück zu führen.

Das Ergebnis in diesem Bereich sank dadurch 2018 auf 52.571,68 € (2017: 75.013,59 €).

Die kontinuierliche Prüfung der gruppentouristischen Angebote auf deren Wirtschaftlichkeit und die Auswertung der Kundennachfragen und Buchungen beeinflusst künftig das breit gefächerte Angebotsspektrum der SMG.

Auswertung touristischer Führungen

	2018	2017	Veränderung in %
Führungen (Anzahl)	2.886	2.896	- 0,3
Gäste (Anzahl)	34.780	33.988	2,3

Im Jahr 2018 organisierte die SMG 2.886 Führungen mit 34.780 Gästen gegenüber 2.896 Führungen mit 33.988 Gästen im Jahr 2017. Die Anzahl der Gäste ist folglich gestiegen, was u.a. auf individuell erfolgreiche Formate wie z.B. Klimmt Ausstellung in der Moritzburg zurück zu führen ist.

Branchentreffs & Messen

	2018	2017	Veränderung in %
Kosten Messeauftritte	52.393,13 €	40.722,96 €	28,6

Die Erhöhung der Messekosten im Jahr 2018 ist insbesondere auf Erhöhung der Kosten durch den Internationalen Hansetag (Kosten 25.696,28 €) zurück zu führen.

Die SMG war 2018 auf Messen wie Vakandje Börs (Niederlande), Internationale Tourismusbörse - ITB (Berlin), Leipziger Buchmesse, Germany Travel Mart – GTM (Dresden), Tag der Deutschen Einheit), Internationaler Hansetag (Rostock), Skandinavien-Workshop (Dessau) RDA Messe(Friedrichshafen) und (Köln), Roadshow(Salzburg, Wien) vertreten.

Ausblick Messen 2019

Die Plankosten für Messen (einschließlich Messen in Halle für regionale Produktvermarktung) werden 2019 mit 60.000 € geplant (2018 mit 50.000 €). Die Steigerung von 20 Prozent ergibt sich durch die kostenintensive Großveranstaltung Tag der Bustouristik(Branchentreff der Busunternehmen).

Provisionserlöse: Zimmervermittlung & Ticketing

	2018	2017	Veränderung in %
Provisionserlöse	27.018,51 €	20.355,63 €	32,7

Provisionserlöse werden durch die Posten Kartenvorverkauf und Zimmervermittlung erzielt.

2018 hat die SMG vor allem kleinere und mittlere Tagungen und Kongresse betreut. Exemplarisch dafür stehen:

- Deutsche Jugendhallenmeisterschaft Leichtathletik **100 – Zimmer**
- Deutsche Gesellschaft der Audiologie – **300 Zimmer**
- Deutsche Meisterschaft im Bogenschießen – **250 Zimmer**
- Criminale – **120 Zimmer**
- Biopolymer-Kongress – **200 Zimmer**
- Jahrestagung der Deutsche Gesellschaft für Rechtsmedizin (DGRM) – **250 Zimmer**
- MLU-Tagung „STC“ – **300 Zimmer**
- Trafo-Ideenkongress, Kulturstiftung des Bundes Berlin – **100 Zimmer**

Die meisten Zimmer werden via Internet gebucht. Der Planansatz 2018 mit 27.000 Euro konnte somit erfüllt werden. Im Jahr 2019 liegen derzeit Aufträge von größeren Tagungen vor:

- Tag der Bustouristik – **200 Zimmer**
- VDL-Tagung (Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt) – **140 Zimmer**
- Jugend musiziert – **4000 Zimmer**
- Sparkassen-Marathon – **1000 Zimmer/ 3000 Teilnehmer**

Werbekosten (Marketingprojekte und -kampagnen)

	2018	2017	Veränderung in %
Marketingaufwand	681.558,67 €	568.651,94 €	25,7
darunter: sonstige Werbung	244.616,76 €	236.584,77 €	3,3

Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2018 insgesamt 681.558,67 € eingesetzt. Die Erhöhung um 112.906,73 € zum Vorjahr ist insbesondere auf das in 2018 gestartete Gemeinschaftsprojekt zwischen SMG und der MLU im Bereich des Standortmarketings zurückzuführen.

Im Bereich Marketing wurden die Kooperationen der vergangenen Jahre in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft fortgesetzt.

Ein großes Projekt ist das Gemeinschaftsprojekt „Kulturhauptlinge“ – Halles führende Einrichtungen aus Kultur, Bildung und Wissenschaft. Der jährliche Budget-Bedarf für die Kampagne „nur bei uns“ umfasst 43.000,00 €, davon werden je 3.000,00 € (zusammen 21.000,00 €) von den Partnern der Kampagne getragen.

Die wichtigsten Marketingkampagnen 2018 waren:

- Standortmarketing

Nach intensiver Vorplanungen in Zusammenarbeit mit der Stadt Halle (Saale), der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH sind die Weichen gestellt für ein Gemeinschaftsprojekt im Bereich des Standortmarketings.

Insgesamt wurden für das Standortmarketing seitens der SMG im Jahr 2018 insgesamt 105.424,18 € aufgewendet – für die Vorbereitung einer Vielzahl von Projekten, die auf Neustudenten-Akquise und -betreuung abzielen und aufeinander aufbauen.

Das Gemeinschaftsprojekt „Standortmarketing“ besteht aus zwei Teilprojekten:

- **Standortmarketing im Kontext Studierendengewinnung**
Zentrales Ziel ist es, die Stadt Halle (Saale) als attraktiven Studienstandort zu positionieren und so die Studierendenzahlen nachhaltig zu sichern und zu steigern.
- **wissenschaftliches Kongress- und Tagungsmanagement**
Zentrales Ziel ist die nachhaltige Steigerung der Zahl wissenschaftlicher Kongresse und Tagungen in Halle (Saale).

Das Gesamtbudget für die Jahre 2018-2020 beträgt ca. 700.000 Euro p.a. und setzt sich zu gleichen Teilen aus einer Zuschusserhöhung der Stadt Halle und einzuwerbenden Projektgeldern im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages mit der MLU zusammen, neben anvisierten Erlösen durch Beteiligung Dritter und Erlösen aus Provisionen im Bereich des Tagungsmanagements.

- Leipziger Buchmesse

Mit der hallesaale*-Lounge begleitet die SMG die halleschen Verlage zur Leipziger Buchmesse und bietet ihnen eine Zweitpräsenz mittels eines Bücherregals pro Verlag. In einer Kooperation erarbeitet die SMG eine auch für die Akquise regionaler Besucher für Leipzig wichtige Kampagne und kann im Gegenzug auf gute Konditionen der Leipziger Buchmesse bauen und mit deren Besuchern in Kontakt treten. Projektpartner sind die Leipziger Messe, die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, die MLU, der Kunstverein „Talstrasse“ e.V., die Franckeschen Stiftungen, der Verlag Janos Stekovics, der Mitteldeutsche Verlag, der Hasenverlag, das Kunstmuseum Moritzburg sowie die Halloren Schokoladenfabrik.

- Händel-Festspiele

Die Händel-Festspiele und die SMG kooperieren vor allem in gemeinsamen Werbeaktionen, wie z. B. Anzeigenschaltungen, mobilen Ständen zu Festspielkonzerten, Wegleitung und Stadtdekoration sowie beim Merchandising und einer gemeinsam durchgeführten Besucherbefragung.

- Vermarktung von landesbedeutsamen Themen

Im Rahmen des länderübergreifenden Themenjahres 2019 „100 Jahre Bauhaus“ positioniert sich Sachsen-Anhalt dem Binnen- und Auslandsmarkt als kulturhistorisches Zentrum des Bauhauses. Die SMG entwickelte gemeinsam mit dem Kunstmuseum Moritzburg Halle einen Feininger-Rundgang als App. Die zeitlich und personell unabhängige und stets verfügbare und individuell nutzbare Audiotour „Auf den Spuren Lyonel Feiningers in Halle“ erhöht die touristische Angebotsvielfalt in der Stadt für Individualreisende sowie Reiseveranstalter gleichermaßen. Für ein internationales Publikum wird die Führung auch in Fremdsprachen (Englisch) vorgehalten.

Tourist-Information Halle (Saale)

	2018	2017	Veränderung in %
Besucher (Anzahl)	66.138	92.582	- 28,0
Wareneinkaufswert	81.989,98 €	104.496,84 €	- 19,0
Verkaufserlöse	119.544,60 €	137.160,88 €	-12,4

Die Tourist-Information (TI) schließt in 2018 mit einem deutlichen Besucherminus von 28 % und 66.138 gezählten Gästen (2017: 92.582) ab. Die Ursachen des Besucherrückgangs lassen sich nur schwer ableiten. Mögliche Gründe sind der heiße Sommer im Jahr 2018 und die schlechten Rahmenbedingungen(geringe Fläche in der TI, zugestellter Eingangsbereich, geringe Schaufensterfläche). Somit blieben auch die Verkaufserlöse von 119. 544,60 € in 2018 (2017: 137.160,88 €) hinter den gesetzten Erwartungen zurück.

Der Wareneinkaufswert von 104.496,84 € in 2017 wurde auf 81.989,98 € in 2018 reduziert. Das Shop-Sortiment umfasst aktuell mehr als 570 Souvenir-Artikel und wird saisonal und zu bestimmten Anlässen angepasst und erweitert.

In einer Projektgruppe soll die Tourist-Information(TI) künftig neu ausgerichtet werden. Ziel ist, durch einen neuen frischen Auftritt noch attraktiver für Hallenser*innen und Gäste zu werden. Zudem soll das Produktportfolio im Bereich des Merchandisings gestrafft und durch neue, attraktive Produkte ergänzt werden.

Aufgabenstellung:

„Neupositionierung der TI“

1. Neuer Außenauftritt (Positionierung als hallesaale*shop)
2. Anpassung Innenauftritt an modernes Outfit
3. Schaffung neuer Verkaufsflächen
4. Neues modernes Produktportfolio für alle Zielgruppen
5. Mehr Effizienz in den Prozessen
6. Erhöhung der Gewinnmargen
7. Mehr Aufenthaltsqualität unserer Gäste
8. Bessere Beratung unserer Gäste ermöglichen
9. Verknüpfung/Sichtbarkeit hallesaale*shop auf Homepage
10. Vertriebswege erweitern

3. VFE-Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung für das Berichtsjahr 2018

3.a. Finanzlage

	2018	2017	Entwicklung in %	Bemerkungen
Zuschuss Gesellschafter	1.371.300,00 €	1.161.300,00 €	18,1	erhöhter institutioneller Zuschuss für das Jahr 2018 in Höhe von 210.000,00 € für Gemeinschaftsprojekt Standortmarketing

Da die Gesellschaft nur geringe Liquiditätsreserven hat, ist sie auf eine zeitnahe Zahlung der Zuschüsse angewiesen.

3.b. Ertragslage

	2018	2017	Entwicklung in %
Umsatzerlöse	832.309,72 €	732.846,63€	13,6
sonstige betriebliche Erträge	1.306.627,01 €	1.199.297,86 €	8,9
Personalkosten	901.969,63 €	845.669,43 €	6,7
Materialaufwand	278.905,97 €	267.639,98 €	4,2
Abschreibungen	14.954,71 €	7.597,19 €	96,8
sonst. betriebliche Aufwendungen	978.194,79 €	827.517,59 €	18,2
sonstige Zinsen u. ä. Erträge	7,74 €	10,24 €	-24,4
Zinsen u. ä Aufwendungen	228,69 €	192,09 €	19,0
sonstige Steuern	404,30 €	678,81 €	-40,4
Jahresfehlbetrag	- 35.713,62 €	-17. 140,36 €	

Die SMG schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresfehlbetrag von 35.713,62 € ab. Ursachen der Verschlechterung des Jahresergebnisses sind gestiegene Personalkosten sowie erhöhte Werbekosten. Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag mit dem bestehenden Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen.

3.c. Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Kennziffer	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Sachanlagen-Intensität	6,39	8,85	9,65	11,57	16,52
Eigenkapitalquote	19,17	48,31	52,19	51,48	43,55
Fremdkapitalquote	80,83	51,69	47,81	48,52	56,45

Mit der sinkenden Sachanlagen-Intensität 2018 (Verhältnis Anlagevermögen zur Bilanzsumme) sinkt auch die zeitliche Bindung finanzieller Mittel. Der Rückgang der Eigenkapitalquote gegenüber 2017 zeigt, dass infolge des Jahresfehlbetrages 2018 der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital gesunken ist.

Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge fürs Jahr 2018 erfasst.

III. Risiko- und Prognoseberichterstattung

a. Risiken

Derzeit besteht für die Gesellschaft kein erhöhtes Risikopotenzial. Die Ertragslage ist geprägt von klaren vertraglichen Zusagen der Gesellschafter.

Die Gesellschaft verfügt über eine gesicherte Einnahmeseite mit klaren Zahlungsmodalitäten. Forderungsausfälle sind nicht zu erwarten. Zudem besteht eine langfristige Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend aus den Guthaben.

b. Chancen

Chancen bestehen für die Gesellschaft im Bereich der Gästegewinnung insbesondere durch den Bereich Tagungs- und Kongressmanagement und die Bereitstellung eines Kongresszentrums, welcher insbesondere weitere Businessgäste gewinnen kann. Durch den Bau neuer Hotels und damit einhergehender Erhöhung der Bettenkapazitäten kann die Gesellschaft gerade im Bereich der Nutzung unserer Events, Produkte und touristischen Highlights eine Erhöhung der Gästeankünfte und Aufenthaltsdauer der Gäste ermöglichen.

c. Prognose

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens positiv. Die Neuausrichtung der Gesellschaft wird weiterhin zur positiven Wahrnehmung der Gesellschaft führen und damit den Auftrag der Gesellschafter zur Installation dieser Gesellschaft stärken.

Durch unsere angepassten Fixkosten und entsprechende Bereitstellung der Zuschüsse der Gesellschafter kann mit einem fast ausgeglichenen Ergebnis gerechnet werden.

Wir werden auch zukünftig immer in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die SMG plant – vorbehaltlich eines Nachtragswirtschaftsplans für eine Stabsstelle Standortmarketing zur Studierendengewinnung und Tagungsakquise – weiter mit einem institutionellen Zuschuss in Höhe von 1.511.300,00 €, der in unterschiedlich hohen Raten pro Quartal ausbezahlt wird.

Die Umsatzerlöse der SMG werden im Wirtschaftsplan 2019 mit 1.129.017,65 € (IST 2018: 832.309,72 €) geplant.

Die Personalkosten werden für das Jahr 2019 in Höhe von insgesamt 1.053.000 € geplant (IST 2018: 901.969,63 €). Die Kosten für Wareneinkauf für die Tourist-Information werden für 2019 mit 90.000 € geplant (IST 2018: 81.989,98 €).

Die betrieblichen Aufwendungen wie z.B. Mieten/Raumkosten, Reinigung/Abfallbeseitigung, Energie, Versicherungen, Kfz-Kosten und Buchführungskosten einschl. Prüfung des Jahresabschlusses wurden in gleicher Höhe wie 2018 geplant.

Die Aufwendungen für die Umsetzung des Projektes Standortmarketing werden im Jahr 2019 mit 434.000 € geplant, welche durch einen Projektplan unterlegt sind.

Die SMG plant, das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von ca. 7.000,00 € abzuschließen.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Geschäftsführung:	Postanschrift:
Anschrift:	Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
Stadtwerke Halle GmbH	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.
- (2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.
- (5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Universitäten sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

*** Die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Schmieder, Ulf-Marten
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzende	Schröder, Barbara (bis 18.12.2018)
		Dr. Fox, Jürgen
		Dr. Lämmerhirt, Michael
		Marquardt, Bertolt
		Schröter, Reinhard
		Senius, Kay

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	5	7

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	21.989	81	23.678	82	25.435	84	-1.689	-7
Umlaufvermögen	5.256	19	5.112	18	4.884	16	144	3
Rechnungsabgrenzungsposten			2	0	2	0	-2	-100

Bilanzsumme	27.245	100	28.792	100	30.321	100	-1.547	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	14.596	54	14.573	51	14.544	48	23	0
Sonderposten für Investitionszulagen	11.892	44	13.145	46	14.412	48	-1.253	-10
Rückstellungen	330	1	328	1	257	1	2	1
Verbindlichkeiten	420	1	745	2	1.107	3	-325	-44
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	1	0	1	0	6	600

Bilanzsumme	27.245	100	28.792	100	30.321	100	-1.547	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.564	4.020	3.896
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-143	94	-162
sonstige betriebliche Erträge	57	12	13
Materialaufwand	2.181	2.174	0
Personalaufwand	607	574	326
Abschreibungen	564	600	548
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.101	743	2.828
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	4	11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5	9	10
Ergebnis nach Steuern	23	30	46
sonstige Steuern	1	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	22	29	46
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	22	29	46
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,49	0,73	1,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,15	0,20	0,32	%
Cash-Flow:	586	629	594	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	407	413	625	T€
Personalaufwandsquote:	13,56	13,91	8,69	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,99	78,75	78,94	%
Eigenkapitalquote:	53,57	50,62	47,97	%
Fremdkapitalquote:	46,43	49,38	52,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
vermietbare Fläche	16.723,00	16.723,00	16.723,00	m ²
Auslastung	98,64	94,04	92,42	%

f) Lagebericht

- I. Grundlagen des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als TGZ Halle GmbH oder Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie die positive Entwicklung des Arbeitsmarkt nachhaltig zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang werden durch die TGZ Halle GmbH in deren Räumlichkeiten aufgenommen sowie gefördert und beraten:

- technologisch hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, insbesondere Absolventen aus den Hochschulen der Region, die sich selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen sowie
- Unternehmen und Personen (-gruppen) mit förderungswürdigen Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien.

Die TGZ Halle GmbH bietet jungen, insbesondere technologie- und wachstumsorientierten Unternehmen folgende Dienstleistungen an:

- Bereitstellung von Büro-, Labor-, Rein- und Technikräumen, Räumen für Tierhaltung sowie Gemeinschaftseinrichtungen,
- Unterstützung bei der fachlichen Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Beratung zu relevanten Problemstellungen in der Gründungs- und Wachstumsphase,
- Vermittlung von Beratungsangeboten externer Fachexperten sowie
- Hilfestellungen bei der Deckung des Kapitalbedarfs über öffentliche und private Kapitalgeber und Förderinstitutionen.

Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen:

- bei der Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (Einzel- und Verbundprojekte),
- beim Wissens- und Technologietransfer,
- beim Innovationsmanagement und der Durchführung von Innovationsforen,
- bei der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie
- beim Personaltransfer.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange der TGZ Halle GmbH rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da die TGZ Halle GmbH in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark Weinberg campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die TGZ Halle GmbH seit ihrer Gründung im Jahre 1991 schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i.H.v. von ca. 64,8 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups, und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2018 ca. 16.900 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikumsräumen, S1- und S2 - Laboren, Räume für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung des Technologieparks Weinberg Campus auf die Bereiche Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Gesellschaft betreuten Unternehmen. Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Gesellschaft zudem in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien.

Die Projektarbeit der Gesellschaft dient einerseits der Unterstützung aktueller und potenzieller Mieter bei der Gründung, Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Beispiele hierfür ist die Unterstützung von aktuellen und potenziellen Mietern bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Phasen der Antragstellung sowie deren Beratung bei der Umsetzung und Abrechnung. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte und Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit zusätzliche Erfolgsbeiträge zum Kerngeschäft (Vermietung) geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Angebote im Bereich Strategieberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht gewachsen, hat jedoch bereits an Schwung verloren. Erstmals seit fünf Jahren lag die konjunkturelle Dynamik im produzierenden Gewerbe unter der im Dienstleistungsbereich. Ausgaben für Forschung und Entwicklung verzeichneten lediglich sehr geringe Steigerungsraten. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite in einem lebhaften Binnenmarkt dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland ist in 2018 wiederum insgesamt gestiegen, wird aber zukünftig eher verhalten bleiben. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, sind allerdings weiterhin beachtlich. Der Welthandel könnte durch die zunehmend protektionistischen Strömungen beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen insgesamt dämpfen. Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft ist dieser Aspekt wegen deren im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven.

In den vom TGZ fokussierten Wirtschaftsbranchen war insbesondere die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Eine Ausnahme bildet die Branche IT und Softwareentwicklung. Die finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle (Saale) erschweren die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten nach wie vor. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen zunehmend und macht weiterhin verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die TGZ Halle GmbH hatte auch 2018 die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurden die Aktivitäten zur Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen und die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Eine besondere Herausforderung stellte der planmäßige Auszug universitärer Forschergruppen zum Ende des ersten Quartals 2018, bedingt durch eine Neustrukturierung der Medizinischen Fakultät und durch die Fertigstellung des „Charles-Tanford-Proteinenzentrums“ der Martin-Luther-Universität im Technologiepark Weinberg Campus dar. Betroffen hiervon waren ca. 9% der Gesamtmietfläche. In der Folge waren umfangreiche Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen notwendig, um die Mietflächen in einen zeitgemäßen und den Anforderungen von neuen Nutzern entsprechenden Zustand zu versetzen. Zudem bedingte der Auszug umfangreiche Akquisitionstätigkeiten, in deren Ergebnis zahlreiche neue Gründungs- und Wachstumsunternehmen angesiedelt werden konnten. Räumliche Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen von Bestandsunternehmen ergänzten diese Maßnahmen mit dem Ziel, diesbezüglichen Wachstumsbedarf zu decken und längerfristigen Leerstand zu vermeiden. Die diesbezüglichen Aufwendungen belasteten das Betriebsergebnis wie prognostiziert erheblich. Im Ergebnis ist allerdings wie ebenfalls geplant eine erneute Vollausslastung der betroffenen Mietflächen zu verzeichnen.

Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte im Berichtsjahr ebenfalls wieder größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen in den älteren Gebäuden eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2018 wurden insbesondere weitere Teilbereiche des ältesten Gebäudes im Weinbergweg 23 durch umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen saniert und modernisiert. Der Umbau folgt insgesamt dem Ziel, das Gebäude schrittweise zum zentralen Innovation Hub des Technologieparks für Startups und junge Technologieunternehmen zu entwickeln. Den Schwerpunkt der Aktivitäten bildeten im Berichtsjahr die Fertigstellung neuer Büro- und Gemeinschaftsräume (u.a. Co-Office, Konferenzräume) sowie der Ausbau von Pre-Seed-Inkubatoren für universitäre Unternehmensgründer. Deren Betrieb erfolgt in enger Kooperation mit der Martin-Luther-Universität und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Trotz der dargestellten unvermeidlichen Zuwächse bei den Aufwendungen für Investitionen, Instandhaltung und Reparaturen konnte der langjährig stabile Mietzins auch im Jahr 2018 beibehalten werden. Deutlich wird jedoch, dass durch den Alterungsprozess der Bestandsimmobilien und insbesondere der hochtechnischen Anlagen bedingte exponentielle Kostensteigerungen zukünftig eine große Herausforderung für den Geschäftsbetrieb darstellen.

Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark Weinberg Campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr die Umsetzung des 2017 beschlossenen Zukunftskonzeptes 2030 weiter vorangetrieben. Dessen Weiterentwicklung und Detaillierung diente die Konkretisierung der Planungen eines umfassenden strategischen Flächenentwicklungskonzeptes der TGZ Halle GmbH im Technologiepark Weinberg Campus. Strategische Überlegungen zu einem Engagement der Gesellschaft in der halleischen Innenstadt erfolgen gemeinsam mit Partnern wie beispielsweise der Saalesparkasse. Ziel ist ein bedarfsorientiertes Angebot für Startups aus dem Bereich IT, Softwareentwicklung und innovative Dienstleistungen.

Zur Förderung von Innovationen, Wissens- bzw. Technologietransfer und Unternehmensgründungen am Standort wurden im Berichtszeitraum in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zur Cebit, zur BIO International Convention, zu den Deutschen Biotechnologietagen und zur BIO Europe sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten auf Unternehmer- und Delegationsreisen mit Schwerpunkten im Bereich Life Sciences in die USA, nach China und nach Österreich genannt. Darüber hinaus wurden am Standort neue Veranstaltungsformate wie beispielsweise der Weinberg Campus Talk, das Weinberg Campus Business Breakfast, das Weinberg Campus Life Sciences Meetup und ein Bootcamp mit Schwerpunkt Internationalisierung erfolgreich umgesetzt.

Zur Unterstützung der technologie- und wachstumsorientierten Bestandsunternehmen ist es ein weiteres Ziel der TGZ Halle GmbH, Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diente im Berichtszeitraum wiederum auch die Umsetzung des Landesprojektes "Accelerate Innovation in Life Sciences, Material Sciences and IT (AIMS-Accelerator)" sowie das ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderte Projekt "ego.-Wissen", welches die Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Stadt Halle (Saale) koordiniert und organisiert.

Da die TGZ Halle GmbH über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten, das Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen im Bereich der Strategieentwicklung, des Business Developments sowie des Wissens- und Technologietransfers. Diesbezüglich ist es geplant, die bestehende Kooperation mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer und dem Gründerservice an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inhaltlich neu zu gestalten und strategisch weiter auszubauen.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diente im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der TGZ Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die AG Bioparks im Bundesverband Innovationszentren, das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt, der Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), die AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, die IHK Vollversammlung und der Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Gründerservices und des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus. Diese ersetzt seit 2018 in der Veranstaltungs- und Partnerkommunikation in Kombination mit dem Logo der Stadt Halle (Saale) zukünftig die alten Logos der TGZ Halle GmbH und der Bio-Zentrum Halle GmbH. Für eine zeitgemäße Kommunikation wurden 2018 neue Kommunikationskanäle etabliert. Neben der neuen Internet-Präsenz stehen nunmehr ein Newsletter, Social-Media-Präsenzen (XING, Facebook, Instagram) und zahlreiche neue Kommunikationsmittel für die Information und den Dialog mit den Kernzielgruppen zur Verfügung. Aus Anlass des 25jährigen Jubiläums wurde zudem beispielsweise eine Kommunikationskampagne mit hoher Aufmerksamkeit und Involvement der Bestandsunternehmen umgesetzt. Auch die zukünftig verstärkte und aufeinander abgestimmte strategische Positionierung der drei halleischen Gründerzentren wurde im Berichtsjahr beschlossen und in der Marktbearbeitung thematisiert.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.650	81,5%	3.508	85,0%	142	4,0%
+ Einnahmen Projektleistungen	650	14,5%	457	11,1%	193	42,2%
+ sonstige Dienstleistungen	264	5,9%	55	1,3%	209	380,0%
+ = UMSATZERLÖSE	4.564	101,9%	4.020	97,4%	544	13,5%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	-143	-3,2%	94	2,3%	-237	-252,1%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	57	1,3%	12	0,3%	45	375,0%
= BETRIEBSLEISTUNG	4.478	100,0%	4.126	100,0%	352	8,5%
+ Raumkosten Mieter + Fremdleistungen	2.181	48,7%	2.174	52,7%	7	0,3%
+ Personalkosten	607	13,6%	574	13,9%	33	5,7%
+ eigene Raumkosten	200	4,5%	157	3,8%	43	27,4%
+ Versicherungen / Beiträge	27	0,6%	26	0,6%	1	3,8%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	487	10,9%	279	6,8%	208	74,6%
+ Kosten des Fuhrparks	3	0,1%	4	0,1%	-1	-25,0%
+ Werbe- und Reisekosten	80	1,8%	48	1,2%	32	66,7%
+ externe Projektkosten	36	0,8%	16	0,4%	20	125,0%
+ sonstige Kosten	269	6,0%	214	5,2%	55	25,7%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHEN AUFWENDUNGEN	1.102	24,6%	744	18,0%	358	48,1%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	3.890	86,9%	3.492	84,6%	398	11,4%
= EBITDA	588	13,1%	634	15,4%	-46	-7,3%
+ Abschreibungen	1.817	40,6%	1.867	45,2%	-50	-2,7%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-1.253	-28,0%	-1.267	-30,7%	14	-1,1%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	564	12,6%	600	14,5%	-36	-6,0%
= EBIT	24	0,5%	34	14,5%	-10	-29,4%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	3	100,0%	4	100,0%	-1	-25,0%
+ = FINANZERGEBNIS	3	100,0%	4	100,0%	-1	-25,0%
= EBT	27	0,6%	38	0,9%	-11	-28,9%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	5	18,5%	9	23,7%	-4	-44,4%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
- = STEUERERGEBNIS	5	18,5%	9	23,7%	-4	-44,4%
= JAHRESÜBERSCHUSS	22	0,5%	29	0,7%	-7	-24,1%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2017 um 8,5% (352 T-€) erhöht und liegt somit bei 4.478 T-€. Dabei haben sich die Mieten und Mietnebenkosten um 142 T-€ erhöht, die Einnahmen aus Projektleistungen erhöhten sich um 193 T-€, die sonstigen Dienstleistungen um 209 T-€ und die sonstigen betrieblichen Erträge um 45 T-€. Eine Verminderung gab es lediglich bei den Bestandsveränderungen aus nicht abgerechneten Mietnebenkosten um -237 T-€.

Gegenüber den im Wirtschaftsplan für 2018 geplanten Einnahmen aus Vermietung und Nebenkosten dazu i.H.v. 3.632 T-€ ergaben sich einschließlich Bestandsveränderungen hieraus tatsächliche Einnahmen i.H.v. 3.507 T-€. Die Einnahmen lagen damit um 125 T-€ unter dem Planansatz, was sowohl in den geringeren Einnahmen aus Mieten als auch auf die Nebenkosten dazu begründet ist. Dies liegt auch an den im Berichtsjahr umfangreichen Veränderungen im Mieterbestand, bedingt durch Aus- und Umzüge. Diese räumlichen Veränderungen wurden zu Instandhaltungen der Räume genutzt, was teilweise zu Leerstandszeiten und damit verminderten Einnahmen führte. Die Erlöse aus Projektleistungen und die sonstigen Erträge lagen um 410 T-€ über dem Planansatz. Hierin enthalten sind weiterberechnete Instandhaltungsaufwendungen an Mieter i.H.v. 183 T-€, die so nicht planbar waren. Insgesamt betragen die Einnahmen somit 285 T-€ mehr als geplant.

Die **betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 398 T-€ (+11,4%) auf 3.890 T-€. Erhöhungen gab es bei den umlagefähigen Mietnebenkosten und Fremdleistungen (+7 T-€), den Personalkosten (+33 T-€), den eigenen Raumkosten (+43 T-€), den Reparaturen und Instandhaltungen (+208 T-€), den Werbe- und Reisekosten (+32 T-€), den externen Projektkosten (+20 T-€) und den sonstigen Kosten (+55 T-€). Eine geringe Verminderung gab es dagegen bei den Kosten des Fuhrparks (-1 T-€).

Im Vergleich zum Planansatz lagen die betrieblichen Aufwendungen mit insgesamt 3.890 T-€ um 295 T-€ über dem Planansatz i.H.v. 3.595 T-€. Dies liegt im Wesentlichen an den eigenen Raumkosten (+20 T-€), den Werbe- und Reisekosten (+25 T-€), den Reparaturen und Instandhaltungen (+237 T-€), und den sonstigen Kosten (+105 T-€). Die Personalkosten (-43 T-€), und die KFZ-Kosten (-27 T-€) blieben dagegen unter dem Planansatz. Die erhebliche Überschreitung bei den Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen ist durch die weiterhin umfangreichen erforderlichen Sanierungsarbeiten in den Gebäuden zu begründen. Aufgrund der erheblichen Aus- und Umzüge der Mieter sind erhebliche ungeplante Instandhaltungsaufwendungen angefallen.

Das **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2017 um 46 T-€ auf 588 T-€ vermindert. Gegenüber dem Planwert von 598 T-€ ergab sich hierbei eine Unterschreitung in Höhe von 10 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.817 T-€ (Vorjahr: 1.867 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 14 T-€ auf 1.253 T-€. Der saldierte Abschreibungsaufwand beträgt damit 564 T-€ und liegt damit um 27 T-€ unter dem Planansatz.

Das **EBIT** beträgt mit 24 T-€ im Berichtsjahr 10 T-€ weniger als im Vorjahr, gegenüber dem Planwert gab es eine positive Abweichung von 20 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat gegenüber dem Vorjahr um 1 T-€ abgenommen und beträgt noch 3 T-€. Der Planwert mit 6 T-€ konnte somit nicht erreicht werden. Der Rückgang an sich ist durch die weiterhin sehr geringen Anlagezinsen begründet.

Das **EBT** liegt mit 27 T-€ um 11 T-€ unter dem Vorjahreswert und um 14 T-€ über dem Planwert.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich um 4 T-€ auf noch 5 T-€ vermindert, die Sonstigen Steuern blieben unverändert.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 22 T-€ und liegt damit um 7 T-€ unter dem Vorjahr bzw. 13 T-€ über dem Planwert, der von einem Jahresüberschuss i.H.v. 9 T-€ ausging.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 4.755,3 T-€ betragen. Aufgrund des Mittelzuflusses aus dem laufenden Geschäftsbetrieb und des Mittelabflusses aus den Investitionen haben sich die liquiden Mittel um rund 359,5 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2018		31.12.2017		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.595,8	53,6	14.573,3	50,6	22,5	0,2
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	11.892,4	43,6	13.145,3	45,7	-1.252,9	-9,5
Rückstellungen	330,1	1,2	327,5	1,1	2,6	0,8
Erhaltene Anzahlungen	285,6	1,0	300,9	1,0	-15,3	-5,1
Lieferverbindlichkeiten	82,5	0,3	377,1	1,3	-294,6	-78,1
Sonstige Verbindlichkeiten	52,1	0,2	66,7	0,2	-14,6	-21,9
Summe Verbindlichkeiten	420,2	1,5	744,7	2,6	-324,5	4,9
Rechnungsabgrenzungsposten	7,0	0,0	1,4	0,0	5,6	400,0
Summe Passiva=Gesamtkapital	27.245,5	100,0	28.792,2	100,0	-1.546,7	-5,4

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2018		31.12.2017		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	13,4	0,0	4,2	0,0	9,2	219,3
Sachanlagen	20.976,1	77,0	22.673,6	78,7	-1.697,5	-7,5
Finanzanlagen	1.000,0	3,7	1.000,0	3,5	0,0	0,0
Summe Anlagevermögen	21.989,5	80,7	23.677,8	82,2	-1.688,3	-7,1
Forderungen	158,0	0,6	22,7	0,2	135,3	596,0
Sonstige Vermögensgegenstände Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	342,8	1,3	694,4	2,4	-351,6	-50,6
	4.755,2	17,5	4.395,7	15,3	359,5	8,2
Summe Umlaufvermögen	5.256,0	19,3	5.112,8	17,8	143,2	2,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	1,6	0,0	-1,6	-100,0
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	27.245,5	100,0	28.792,2	100,0	-1.546,7	-5,4

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.546,7 T-€ (= -5,4 %) auf 27.245,5 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-1.697,5 T-€), der sonstigen Vermögensgegenstände (-351,6 T-€) und der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (-1,6 T-€). Das immaterielle Anlagevermögen (+9,2 T-€), die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+135,3 T-€) und die flüssigen Mittel (+359,6 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 82,2 % auf 80,7 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 128,4 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 1.816,7 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen mit immateriellen Vermögensgegenständen** zusammen auf einen Betrag von 20.989,5 T-€ (-1.688,3 T-€) vermindert. Das **Finanzanlagevermögen** blieb mit 1.000 T-€ unverändert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 143,2 T-€ erhöht, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen erhöhte sich dadurch auf 19,3% gegenüber 17,8% im Vorjahr.

Die Erhöhung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 135,3 T-€ resultiert aus den gestiegenen Forderungen aus Mieten und Dienstleistungen (+68,8 T-€) sowie der gestiegenen Forderungen aus Mietnebenkosten (+66,5 T-€).

Die Verminderung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 351,6 T-€ ist auf die Verminderung der sonstigen Vermögensgegenstände einschließlich Erstattungsansprüchen Sozialversicherungen (-1,1 T-€), der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (-433,2 T-€) und die Verminderung von Steuererstattungsansprüchen (-11,8) zurückzuführen. Erhöhungen gab es bei den angeforderten Projektmitteln (+12,9 T-€) und bei den debitorischen Kreditoren (+81,6 T-€).

Die Erhöhung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 4.395,7 T-€ auf 4.755,3 T-€ resultiert aus dem Mittelzufluss aus dem laufenden Geschäftsbetrieb. Für getätigte Investitionen flossen 128,4 T-€ ab.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** haben sich um 1,6 T-€ vermindert.

4. Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran, darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen.

Insgesamt waren die Gebäude der TGZ Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 98,05 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung und Modernisierung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 98,64 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der TGZ Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	33,30 %
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen	26,70 %
• Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	20,00 %
• Material Sciences, Nanotechnologie	6,67 %
• Analytik, Sensorik, Geräte- und Anlagenbau	11,67 %
• Erneuerbare Energien	1,66 %

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 59 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der TGZ Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2019 sowie in Entwurfsfassungen für die Jahre 2020 bis 2024 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-€	T-€	T-€	T-€
2019	4.194	4.496	6	-296
2020	4.194	4.148	6	52
2021	4.194	4.134	6	66
2022	4.065	4.048	6	23
2023	3.935	3.952	6	-11

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt. Anlass für diese Einschätzung bieten einerseits die positive konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft sowie eine hohe Ver- und Gebundenheit der Bestandsunternehmen an den Standort (z.B. Zufriedenheitsindikatoren, Fachkräftezugang), andererseits aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase). Steigende Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen sowie die Notwendigkeit von Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen bestehender Infrastrukturen und in Neubauprojekte stellen eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, um deren langfristigen Bestand als wirtschaftsfördernde und Impulse gebende Institution am High-Tech-Standort Technologiepark Weinberg Campus zu sichern und nachhaltig zum Erreichen der durch die Gesellschafter vorgegebenen Zielvorgaben erfüllen zu können.

Dem Aufgabenspektrum der TGZ Halle GmbH als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind die Rahmenbedingungen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Bedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der Zukunftsstrategie 2030 wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert und durch ein Flächenentwicklungs- und ein Kommunikationskonzept weiter unteretzt. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die TGZ Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2019 wiederum das Ziel der Ansiedlung von technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Zudem sollen die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen und die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen aus dem nationalen und internationalen Umfeld intensiviert sowie die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der TGZ Halle GmbH sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Im Jahr 2019 sind umfangreiche Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen zur weiteren Modernisierung und baulichen Umgestaltung des Technologie- und Gründerzentrums im Weinbergweg 23 geplant. Insbesondere werden an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientierte Büro-, Beratungs- Veranstaltungs- und Gemeinschaftsflächen geschaffen, die ein offenes kooperatives Zusammenarbeiten von Gründungsteams und jungen Unternehmen ermöglichen und ab 2020 Raum für die Umsetzung eines Accelerator-Programms „Life Sciences“ bieten. Ziel ist die weitere Positionierung des Gebäudes als "Weinberg Campus Innovation Hub" für naturwissenschaftlich basierte Unternehmensgründungen.

Durch den Auszug eines Unternehmens in einen eigenen Neubau im Technologiepark und die oben beschriebenen geplanten Umbauten ist im Jahr 2019 im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2018 mit verringerten Mieteinnahmen zu rechnen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der TGZ Halle GmbH auch im Geschäftsjahr eine wesentliche Aufgabe für die Geschäftsführung. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist weiterhin die nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der TGZ Halle GmbH ist in den nächsten Jahren mit exponentiell steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der bestehenden Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Für die kommenden Jahre ist zudem die Errichtung weiterer eigener neuer Gebäude geplant. Dafür notwendige Beschlüsse sollen im laufenden Geschäftsjahr 2019 gefasst und erste Planungsleistungen erfolgen. Die Umsetzung von Neubauprojekten ist für die Jahre 2021 bis 2024 geplant.

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Digitalisierung sowie durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume untersetzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Den strategischen Rahmen für die aufgeführten infrastrukturellen und inhaltlichen Maßnahmen bildet die weitere Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die TGZ Halle GmbH und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient darüber hinaus die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die verstärkte Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Für das Geschäftsjahr 2019 sind zudem weiterführende Aktivitäten zur Unterstützung der Standortunternehmen bei der Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -sicherung geplant. Beispiele hierfür sind der Aufbau einer Weinberg Campus Academy, kooperativ organisierte Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements und der Kinderbetreuung sowie die Etablierung von neuen Formaten zur besseren Integration neuer Unternehmer bzw. Unternehmerinnen und Führungskräfte in die beruflichen und sozialen Netzwerke am Standort Halle (Saale).

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuerereinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2019 ff. aus den genannten Gründen verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der TGZ Halle GmbH als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Life Sciences und Biotechnologie, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie sowie Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zurzeit eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der TGZ Halle GmbH realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck wird im 1. Quartal 2019 eine umfangreiche Kundenbefragung durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der TGZ Halle GmbH besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie und Life Sciences aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups, insbesondere mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die TGZ Halle GmbH bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die TGZ Halle GmbH liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Die TGZ Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen mittel- und langfristigen Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion (insbesondere bei Reinraumnutzung) eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden beispielsweise gemeinsam mit dem langjährigen Partner und neuem Gesellschafter Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden.

- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die TGZ Halle GmbH unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Das Risiko, das sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, ist für die Gesellschaft eher von untergeordneter Bedeutung. Lediglich im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unserer Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erworben hat. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badbetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badbetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Waldenburger, Annette	
Beirat:	Berend, Stephanie	(bis 31.12.2018)
	Borggreffe, Fabian	(bis 31.12.2018)
	Dr. Marquardt, Judith	(bis 31.12.2018)
	Friedrich, Holger	(bis 31.12.2018)

Beirat:	Hülsbusch, Peter	(bis 31.12.2018)
	Meerheim, Sten	(bis 31.12.2018)
	Mehlis, Marion	(bis 31.12.2018)
	Michalak, Ingo	(bis 31.12.2018)
	Misch, Werner	(bis 31.12.2018)
	Walther, René	(bis 31.12.2018)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11.935	85	11.869	85	12.497	91	66	1
Umlaufvermögen	2.075	15	2.017	15	1.193	9	58	3
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	0	0	0	0	7	
Bilanzsumme	14.017	100	13.886	100	13.690	100	131	1
Passiva								
Eigenkapital	6.845	49	6.842	49	6.841	50	3	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.440	25	2.838	21	2.274	16	602	21
Rückstellungen	317	2	466	3	644	5	-149	-32
Verbindlichkeiten	3.415	24	3.740	27	3.931	29	-325	-9
Bilanzsumme	14.017	100	13.886	100	13.690	100	131	1

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.532	4.946	1.334
sonstige betriebliche Erträge	239	1.274	4.466
Materialaufwand	2.808	2.423	3.004
Personalaufwand	1.635	1.595	1.520
Abschreibungen	759	702	728
sonstige betriebliche Aufwendungen	473	1.373	404
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	86	105	113
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8	20	29
Ergebnis nach Steuern	2	2	2
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	2	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,04	0,04	0,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,03	0,03	0,03	%
Cash-Flow:	761	704	730	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	120	132	126	T€
Personalaufwandsquote:	28,34	25,64	26,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	85,13	85,45	91,28	%
Eigenkapitalquote:	48,83	49,28	49,97	%
Fremdkapitalquote:	51,17	50,72	50,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Besucher	310.237	272.406	292.745	Anzahl

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 hat die Bäder Halle GmbH die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt 6,00 Euro.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat zum 1. Mai 2010 in Kraft und kann frühestens zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Bäder Halle GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH.

1.1.2. Geschäftsfelder

Zweck der Bäder Halle GmbH ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung des Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen.

Für das Naturbad Angersdorfer Teiche wurde ab 1. März 2015 ein Betreibervertrag über eine Laufzeit von fünf Jahren mit einer Verlängerungsoption von zwei x fünf Jahren, mit der Bäder- und Eventmanagement GmbH geschlossen. Die Bäder Halle GmbH wollte sich auf den Betrieb der Frei- und Hallenbäder mit Badewasseraufbereitungsanlagen konzentrieren. Die Stadt Halle (Saale) war in den Vergabeprozess eng involviert und hat die Vorgehensweise befürwortet. Das Naturbad wurde zu Beginn des Jahres 2018 ungeplant vom Dienstleister zurückgegeben und in der Saison 2018 durch die Gesellschaft mit Hilfe eines neuen Kioskpächters betrieben. Im Jahr 2019 ist gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) neu darüber zu entscheiden, wie das Objekt Angersdorfer Teiche der Bevölkerung zukünftig zur Nutzung angeboten werden kann.

Im Februar 2013 wurde ein Dienstleistungsvertrag für die im städtischen Besitz befindliche Robert-Koch-Schwimmhalle zwischen der Bäder Halle GmbH und der Stadt Halle (Saale) geschlossen. Auf dieser Grundlage erbringt die Bäder Halle GmbH die technische Dienstleistung zur Betreuung der Anlagen- und Haustechnik, regelt den öffentlichen Badebetrieb mit Kassen- und Badeaufsichtskräften einschließlich der Kassenabrechnung und zeichnet für die Belegungsplanung und Abrechnung der Nutzung durch Schulen und Vereine verantwortlich. Der Vertrag ist mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die durch die Bäder Halle GmbH im Jahr 2014 fertiggestellte Ballsporthalle am Standort Nietlebener Straße in Halle (Saale) wurde an die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH ab 1. August 2014 verpachtet und wird durch die GWG betrieben.

1.2. Ziele und Strategien

Die Bäder Halle GmbH betreibt die ihr von der Stadt Halle (Saale) übertragenen Bäder mit dem Ziel der langfristigen Erhaltung dieser Sporteinrichtung für die Grundversorgung der Bevölkerung. Über den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Instandhaltungsmittel soll der Zustand der Bäder erhalten und verbessert werden.

Das marode hundertjährige Stadtbad ist umfassend sanierungsbedürftig. Eine Planung und Kostenberechnung aus dem Jahr 2016 zeigen einen Finanzbedarf zwischen 18,3 und 19,8 Mio. EUR (netto) für die Gesamtanierung des Stadtbades auf. Dafür stehen der Bäder Halle GmbH keine planmäßigen Mittel zur Verfügung. Für die Sicherung der Fassaden wurden der Bäder Halle GmbH im Jahr 2015 Fördermittel im Umfang von 1,1 Mio. EUR bewilligt. Diese Sanierungsmaßnahme wurde 2018 beendet. Langfristig wird für die Sanierung nach relevanten Fördermittelprogrammen gesucht, über die eine Sanierung mitfinanziert werden könnte. In engem Kontakt mit der Stadt Halle (Saale) wird auch 2019 weiter beraten, wie im Gesamtkontext der zukünftigen Stadtplanung mit dieser Immobilie weiter umgegangen werden kann.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Bäder Halle GmbH gliedert sich in Betriebsleitung, Objektleitung, technische Einsatzleitung und Geschäftsführung. Die zu bewirtschaftenden Struktureinheiten stellen die Hallen- und Freibäder dar.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den einzelnen Hallen- und Freibädern. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist die Höhe des Fehlbetrages, der aus der Differenz von Umsatzerlösen einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge und der Summe aller Aufwendungen der Gesellschaft entsteht.

Der Fehlbetrag wird maßgeblich von der Höhe der Aufwendungen bestimmt, da die Erlöse aufgrund der bewusst sozialverträglichen Eintrittspreisgestaltung für Bäder dieser Art deutlich weniger Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Rund 2/3 der Aufwendungen stellen die Medienkosten (Wasser- und Abwasser/Strom/Wärme) und Personalaufwendungen in Summe dar und sind auch nur unwesentlich zu beeinflussen. Wärmeeaufwendungen für die Hallenbäder stehen zudem in direktem Zusammenhang mit den Außentemperaturen und fallen oder steigen entsprechend der Witterung. Der Personalaufwand wird auf der Grundlage der wahrzunehmenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie entsprechend der Vorschriften zur Verkehrssicherung in Bädern nach Vollbeschäftigteinheiten (VbE) geplant. Personaleinstellungen erfolgen gemäß der auf der Planung basierenden Stellenpläne.

Abweichungen von diesen wesentlichen Ziel- bzw. Planvorgaben werden monatlich analysiert und die Auswirkungen auf die Fehlbetragsentwicklung bewertet.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt, Änderungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr: 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Sanierung der Badewassertechnik der Frauenhalle des Stadtbades und die damit verbundene Instandsetzung des Rundbeckens wurden 2017 begonnen und unter Beachtung aller denkmalrechtlichen Vorgaben im 1. Quartal 2018 abgeschlossen. Finanziert wurden die aus gesundheitsrechtlichen Vorgaben dringend erforderlichen Maßnahmen aus dafür gebildeten Rückstellungen aus den Jahren 2016 und 2017. Nach einer Havarie im Frühjahr 2018 mussten ungeplant Leitungs- und Heizsysteme für Warmwasserbereitstellung im Umfang von rd. 40,0 TEUR instand gesetzt werden. Der Wirtschafts- sowie der Mittelfristplan der Bäder Halle GmbH sehen über die Aufwendungen für die laufende Instandhaltung hinaus derzeit keine weiteren Mittel für die Beseitigung der umfangreichen Gesamtschäden am Stadtbad vor. Die Kostenberechnung für eine Gesamtanierung des Stadtbades legt dar, dass dafür ein Finanzbedarf in Höhe von 18,3 bis 19,8 Mio. EUR (netto) erforderlich ist. Gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) wird weiter nach umsetzbaren Lösungen für die Finanzierung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen unter Einbeziehung von Fördermittelprogrammen gesucht. In Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale) wurden Ende 2018 Fördermittel im Umfang von 4,0 Mio. EUR beantragt. Über diese Maßnahme sollen dringende Sanierungsmaßnahmen in der Männerschwimmhalle und im Foyer (einschließlich der Herstellung eines barrierefreien Zugangs) finanziert werden. Der bei Bewilligung aufzubringende Eigenanteil liegt bei 10 %. Mit einer Entscheidung des Fördermittelgebers wird im ersten Halbjahr 2019 gerechnet, die Maßnahme sollte dann im Zeitraum 2020 bis 2023 umgesetzt werden.

Die Baumaßnahmen zur Beseitigung des Hochwasserschadens am Schwimmerbecken des Freibades Saline konnte im Juni 2018 maßgeblich abgeschlossen werden. Erforderliche Restmaßnahmen, die erst aufgrund der Überprüfung der Funktionsweise im Laufe der Saison 2018 konkretisiert werden konnten, werden vor der Wiedereröffnung 2019 umgesetzt. Diese Vorgehensweise ist mit dem Fördermittelgeber abgestimmt und die Fördermittel entsprechend eingeplant.

Die Aufbereitungstechnik für das Filtrerrückspülwasser am Standort Hallenbad Saline wurde im Jahr 2018 umgebaut, um den geltenden Anforderungen zu entsprechen und damit langfristig die Einleitgenehmigung zu sichern. Im Zuge der Planung dafür wurde festgestellt, dass auch die Bestandsanlage zur Aufbereitung des Badewassers aufgrund ihres Alters den geltenden technischen Anforderungen nicht mehr entspricht. Sie musste daher im Zuge des Gesamtumbaus 2018 ebenfalls erneuert werden.

Das Naturbad Angersdorfer Teiche wurde in der Saison 2018 nach der ungeplanten Rückgabe durch den Pächter von der Bäder Halle GmbH in Zusammenarbeit mit einem neuen Kioskpächter betrieben. Dieser Vertrag lief am 28. Februar 2019 aus. Der Betrieb für die Saison 2019 wurde Ende 2018 erneut mit einer Angebotsabgabefrist bis 21. Januar 2019 ausgeschrieben. Es liegen keine Bewerbungen vor. Dies zeigt, dass sich die Rahmen- und Marktbedingungen geändert haben und jetzt neu darüber zu entscheiden ist, wie das Naturbad Angersdorfer Teiche zukünftig der Bevölkerung angeboten werden kann. Als Alternativen stehen der Betrieb als offene Badestelle oder der Weiterbetrieb in der Regie der BHG zur Verfügung. Gegenüber dem ehemaligen Pächter, der am Standort Angersdorfer Teiche bis einschließlich Januar 2018 tätig war, wurden die aus Sicht der Bäder Halle GmbH entstandenen Ansprüche nach Saisonende 2018 angemeldet. Nach den Regelungen des Betreibervertrages hat im 1. Quartal 2019 ein Schiedsverfahren begonnen.

Die Dienstleistung zur Wasseraufsicht im Freibad Nordbad wurde im März 2017 für die Freibadsaison der Jahre 2018 und 2019 ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt erneut die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., die bereits in den Jahren 2016/2017 als Dienstleister in diesem Freibad für die Bäder Halle GmbH tätig war.

Der Dienstleistungsvertrag für die Robert-Koch-Schwimmbhalle wurde für das Jahr 2019 verlängert. Die vertraglichen Bestimmungen sehen ein jährliches Kündigungsrecht von drei Monaten zum Jahresende vor.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Hinsichtlich der marktbezogenen Rahmenbedingungen für den Betrieb von Sport- und Freibädern gab es im Geschäftsjahr 2018 keine nennenswerten Veränderungen zum Vorjahr. Die Besucherzahlen in den Freibädern sind besonders stark von den Witterungsverhältnissen abhängig. Der Sommer 2018 lässt sich insgesamt aufgrund der Witterungsverhältnisse als „sehr guter Freibadsommer“ bezeichnen, die Besucherzahlen lagen 2018 rd. 38,7 % über denen des Vorjahres. In diesem Geschäftsbereich wird die Witterung immer einen extremen Einfluss auf die Besucherzahlen haben, ein Gegensteuern ist hier nicht möglich. Die Besucherzahlen in den Hallenbädern lagen um 1,7 % geringfügig über dem Vorjahr.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2018 gab es keine Veränderungen der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die für den Betrieb von Frei- und Hallenbädern Relevanz hatten.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Leistungsindikator für die Gesellschaft in Bezug auf den Betrieb der öffentlichen Bäder, die der Grundversorgung dienen, ist die Akzeptanz dieser Einrichtungen durch die Bevölkerung; Messgröße dafür ist die Anzahl der öffentlichen Besucher.

Aus den Eintrittsentgelten von öffentlichen Besuchern sowie aus Zahlungen der Schulen und Vereine auf Grundlage der von ihnen genutzten Kontingente an Wasserflächen erzielt die Gesellschaft die maßgeblichen Umsatzerlöse. Die Eintrittspreise für die Frei- und Hallenbäder blieben auch 2018 für die öffentlichen Nutzer unverändert. In Abstimmung mit den Vereinsnutzern wurde bereits im Jahr 2015 eine stufenweise Anhebung der Betriebskostenbeteiligung für die Jahre 2016 bis 2019 um jeweils 25 % pro Bahn pro Jahr vereinbart. Die Nutzungsentgelte für die Schulen haben sich im Jahr 2018 nicht geändert.

Die Entwicklung der Besucherzahlen stellt sich wie folgt dar:

Nutzergruppe	Jahr 2017	2018
Besucher öffentliches Baden Hallenbäder:	182.845	185.999
Besucher öffentliches Baden Freibäder*:	89.561	124.238
Besucher Schulschwimmen:	70.365	71.863
Besucher Vereinsschwimmen:	150.465	148.064

*ohne Angersdorfer Teiche

Die im Vergleich zu 2017 um 17,9 % gestiegenen Umsatzerlöse aus dem Badebetrieb sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Planmäßig stiegen die Erlöse aus der Nutzung durch die Vereine, unplanmäßig kamen die Eintrittserlöse aus dem Betrieb des Naturbades Angersdorfer Teiche sowie die Mehrerlöse aus dem starken Besucherzuspruch in den Freibädern Saline und Nordbad hinzu.

3.5 Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 waren in der Bäder Halle GmbH 43 Mitarbeiter (Personalstand) und fünf Auszubildende beschäftigt, darunter waren 21 Frauen. In den Monaten Mai bis September haben im Schnitt sieben Vollzeitsaisonkräfte das Unternehmen in den Freibädern „Saline“ und „Nordbad“ sowie „Angersdorfer Teiche“ unterstützt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 43 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 12 Jahren.

Da es auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, geeignetes Personal mit geforderter Qualifikation zu finden, bildet die Bäder Halle GmbH weiterhin selbst Fachangestellte für Bäderbetrieb aus.

Die Mitarbeiter der Bäder Halle GmbH unterliegen zwei Tarifverträgen, zum einem dem Tarifvertrag für Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013 und zum anderen, aufgrund von Betriebsübergängen dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD).

Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe wurde für 2018 neu verhandelt. Das Verhandlungsergebnis bestand aus drei Teilen. Neben den Tarifsteigerungen zum 1. Januar 2018 und zum 1. September 2018, wird auch zum 1. Juni 2019 eine Anpassung vorgenommen.

Im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes fanden ebenfalls Tarifverhandlungen statt. Hier wurde die Entgelttabelle nicht prozentual angepasst, sondern alle Entgeltgruppen und Stufen separat verhandelt. Im Durchschnitt ergibt sich hier eine Steigerung von 3,19 % zum 1. März 2018.

Personalentwicklung 2018

Die Schnelllebigkeit der Veränderung interner wie externer Rahmenbedingungen bringt viele Herausforderungen mit sich und erfordert flexibles Handeln und Anpassungsfähigkeit der Stadtwerke Halle mit all ihren Mitarbeitern. Vor diesem Hintergrund wurden die Personalentwicklungsinstrumente fortgeführt und ergänzten auch 2018 die Schulungen mit fachlichem Schwerpunkt.

Führungskräfteentwicklung

Die Führungskräfte der Bäder Halle haben an ausgewählten Schulungen & Workshops im Rahmen der Führungskräfteentwicklung teilgenommen.

Zentrale Mitarbeiterschulungen

Die Angebote der Mitarbeiterentwicklung vermittelten überwiegend IT-Kompetenzen und Kompetenzen im Bereich „gesund arbeiten“. Neu im Programm 2018 waren Schulungen für die Ausbildungsbeauftragten. Mitarbeiter der Bäder nahmen insbesondere am Training „effiziente Kommunikation für Mitarbeiter“ und dem Training zum „Zeit- und Selbstmanagement“ teil.

Compliance

Im Bereich Compliance wurden 2018 Schulungen zu den Unternehmerpflichten der Führungskräfte sowie Antikorruptionsschulungen durchgeführt.

Speziell für Geschäftsführer, Vorstände und Prokuristen der SWH-Gruppe wurde zudem eine Schulung mit den Schwerpunkten Korruptionsprävention/Zusammenarbeit mit den Interessensvertretungen sowie Haftung als Geschäftsführer/Prokurist durchgeführt.

Für 2019 sind erneut Auffrischungsschulungen zur Korruptionsprävention geplant, ebenso Erstschulungen zum Thema „Unternehmerpflichten“.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse inkl. Schul- und Vereinsschwimmen aus dem Bade- und Saunabereich betragen 1.104,8 TEUR (Vorjahr: 946,3 TEUR); der Anstieg beruht maßgeblich auf den witterungsbedingt über dem Vorjahr liegenden Besucherzahlen in den Freibädern, dem planmäßigen Anstieg der Zahlungen durch die Vereine und den außerplanmäßigen Erlösen aus den Eintrittsentgelten des Naturbades Angersdorfer Teiche.

Die Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle lagen im Jahr 2018 bei 146,3 TEUR (Vorjahr: 136,1 TEUR). Die Erlöse aus der Verpachtung der Ballsporthalle betragen vertragsgemäß wie bereits im Vorjahr 161,8 TEUR, ihnen stehen alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ballsporthalle, wie Abschreibungen und Erbbauzinsen gegenüber.

Unter den Umsatzerlösen ist der Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2018 mit 3.794,9 TEUR ausgewiesen, das im Vorjahr bei 3.580,7 TEUR lag. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Fördermittel für die Sanierung des Stadtbades sowie Auflösungserträge von Sonderposten für Maßnahmen der Hochwassersanierung enthalten.

Unter den Aufwendungen für Material werden vor allem Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme und Gas in Höhe von 1.168,3 TEUR (Vorjahr: 1.148,7 TEUR) ausgewiesen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Aufwendungen für Reinigungsleistung in Höhe von 257,9 TEUR (Vorjahr: 233,9 TEUR) sowie Fremdleistungen in Höhe von 121,9 TEUR (Vorjahr: 79,5 TEUR). Der Instandhaltungsaufwand lag 2018 bei 1.088,8 TEUR (Vorjahr: 800,4 TEUR). Darin enthalten sind neben den laufenden Instandhaltungsaufwendungen u. a. die Aufwendungen für die Sanierung der Badewasser- und Einleittechnik für das Hallenbad Saline im Umfang von 351,4 TEUR sowie die Aufwendungen für die Restleistungen aus dem Fördermittelprojekt für das Stadtbad im Umfang von 64,2 TEUR.

Die Personalaufwendungen betragen 1.635,6 TEUR (Vorjahr: 1.594,8 TEUR).

Das Jahresergebnis der Gesellschaft von 2,1 TEUR im Geschäftsjahr resultiert aus die Kosten übersteigenden Erlösen aus der Verpachtung der Ballsporthalle und der Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2018 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 6.844,6 TEUR. Der Anstieg des Eigenkapitals um 2,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem Jahresergebnis 2018.

Bei den Sonderposten aus Investitionszuschüssen ist in 2018 ein Anstieg von 602,3 TEUR gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Freibad Saline hat die Bäder Halle GmbH in 2018 Fördermittel in Höhe von 792,5 TEUR erhalten. Den Zugängen stehen Auflösungen entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagen von 190,2 TEUR gegenüber.

Die Rückstellungen weisen einen Rückgang zum Vorjahr aus.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Kreditverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Kreditbank konnten die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft auch in 2018 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2018 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 2.705,2 TEUR (Vorjahr: 3.101,3 TEUR). Auch die sonstigen Verbindlichkeiten entwickelten sich rückläufig zum Vorjahr.

Die Bäder Halle GmbH weist dementsprechend zum Bilanzstichtag 2018 eine Eigenkapitalquote von 48,8 % aus (Vorjahr: 49,3 %).

4.2.2. Investitionen

Der Investitionsplan der Bäder Halle GmbH, der im Zuge der Bäderübertragung 2010 nach dem Schwerpunktbedarf in den übertragenen Bädern aufgestellt und mit Krediten der DKB untersetzt wurde, sah für die ersten drei Betriebsjahre 2010 bis 2012 ein Investitionsvolumen von 5.510 TEUR vor. Diese Mittel sind ausgeschöpft. Investitionen in Höhe von 792,6 TEUR wurden im Jahr 2018 zur Sanierung des Hochwasserschadens im Freibad Saline getätigt und aus Fördermitteln finanziert. Die erforderliche, jedoch ungeplante Ersatzbeschaffung von GWG im Umfang von 15,7 TEUR sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattung im Umfang von 16,6 TEUR mussten aus der laufenden Liquidität finanziert werden.

4.2.3. Liquidität

Entsprechend dem Bäderfinanzierungsvertrag mit der Stadt Halle erhält die BHG einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der Stadt (2018: TEUR 3.795/2017: TEUR 3.581). Unter diesen Bedingungen ist die Bäder Halle GmbH jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2018 beträgt die Bilanzsumme der Bäder Halle GmbH 14.017,5 TEUR, das ist ein Anstieg um 131,4 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Vermögenlage wird wesentlich durch die Entwicklung des Anlagevermögens bestimmt. Im Ergebnis der Investitionen wurden insbesondere in das Freibad Saline Zugänge des Anlagevermögens von 792,6 TEUR realisiert. Unter Berücksichtigung von Anlagenabgängen sowie planmäßigen Abschreibungen der Anlagegüter wird zum 31. Dezember 2018 ein Anlagenbestand in Höhe von 11.935,3 TEUR erreicht (Vorjahr: 11.868,9 TEUR).

Das Umlaufvermögen weist eine Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 57,9 TEUR auf.

Infolge der Finanzierung der Investitionen aus Fördermitteln ist auf der Passivseite ein entsprechender Anstieg des Sonderpostens zu verzeichnen sowie ein Anstieg der Verbindlichkeiten. Dem steht ein Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und der Rückstellungen gegenüber, sodass insgesamt eine Stärkung des wirtschaftlichen Eigenkapitals zu verzeichnen ist.

4.4. Gesamtaussage

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach heutiger Einschätzung nur über Investitionen in energiesparende Technologien wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung oder Anlagen zur Wärmerückgewinnung z. B. über die Lüftung, möglich. Hier ist langfristig jedoch abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die Investitionen amortisieren.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da für das öffentliche Schwimmen deutschlandweit für Bäder dieser Art nur ein sogenannter „sozial verträglicher Eintrittspreis“ akzeptiert wird.

Ziel auch für 2019 wird es weiterhin sein, die Besucherzahlen in den Hallenbädern zu stabilisieren. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann muss noch deutlicher in das Bewusstsein der Hallenserinnen und Hallenser gerückt werden. Individuell, ganz nach dem eigenen Zeitregime und unabhängig von Zeitfenstern, die z. B. durch den Vereinssport vorgegeben werden, sind wir – die Bäder Halle GmbH – der richtige Partner für alle Menschen, die sich im nassen Element wohlfühlen.

Leider ist es der Bäder Halle GmbH nur zu wenigen begrenzten Zeiten möglich, Kursangebote z. B. für Kinder zu offerieren, da die Kontingente der Wasserzeiten für die Vereinsnutzung sehr umfangreich sind. So ist eine Ergebnisverbesserung durch höhere Kurseinnahmen kaum zu erzielen. Das durch die Vereine zu zahlende Entgelt für die Nutzung der Wasserflächen liegt im Vergleich zum Eintrittspreis der Besucher öffentlicher Schwimmzeiten weitaus niedriger.

Im Zeitraum 2016 bis 2019 werden die von den Vereinen für die Nutzung der Wasserflächen zu zahlenden Entgelte auf Basis einer mit den Nutzern im Jahr 2015 verhandelten Kompromisslösung schrittweise um 25 % der aktuell zu zahlenden Beträge pro Jahr angehoben.

Die Erlöse in den Freibädern werden immer sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst.

Für die Betreuung der Bäder wird auch weiterhin langfristig das im Bäderfinanzierungsvertrag geregelte Leistungsentgelt (Betriebskostenzuschuss) der Stadt Halle (Saale) notwendig sein. Durch diese Zahlungen werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand zum 31. Dezember 2018 wurden für das Jahr 2019 bei der Bäder Halle GmbH insgesamt sieben Risiken ermittelt (Vorjahr: sieben). Unter den ermittelten sieben Risiken lässt sich insgesamt ein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	0	0	0
Absatzmarkt/Vertrieb	0	0	0
Wettbewerb/Konkurrenz	0	0	0
Gesetzgebung/Recht/Steuern	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Technologie	0	0	0
Naturereignisse/Umwelt	1	0	1
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	0	0	0
Gesamt	1	0	1

Das Risiko von Sturmschäden durch Unwetter an Gebäuden, Dächern und Anlagen sowie Wasser- und Abwasserleitungen, kann zu Ausfällen der Anlagen sowie hohen Instandsetzungsaufwendungen führen. Das Risiko muss in Teilen akzeptiert werden, möglich ist jedoch das Ergreifen von Sicherungsmaßnahmen bei Ankündigung von Wetterunbilden über den mobilen technischen Bereitschaftsdienst zur Begrenzung möglicher Schäden.

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine bedeutenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Der Fortbestand der Gesellschaft ist nur gesichert, wenn die jährlichen Verluste über den Bäderfinanzierungsvertrag ausgeglichen werden und dieser nicht gekündigt wird. Weitere bestandsgefährdende Risiken bestehen darüber hinaus nicht.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2019 sowie in der Mittelfristplanung bis 2023 wird davon ausgegangen, dass sich die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet nicht signifikant verändern und damit auch das Besucherpotenzial für die Bäder stabil bleibt. Ebenso werden mittelfristig durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt. Auf dieser Grundlage wurden ab 2019 bis 2023 konstant 292.900 Besucher geplant (Ist 2018: 310.237). Die Umsatzerlöse im Badebereich steigen in der Mittelfristplanung von 2019 in Höhe von 915,2 TEUR bis 2023 auf 946,0 TEUR nur marginal aufgrund der vereinbarten Anpassung der Kostenbeteiligungen der Vereinsnutzer und einer geringfügigen Preisanpassung für die öffentlichen Nutzer, die für 2020 geplant ist, an. In allen anderen Bereichen wird von weitestgehend konstanten Umsätzen in dem Zeitraum der Mittelfristplanung ausgegangen.

6.2. Investitionen

Für das Jahr 2019 sind grundsätzlich keine Investitionen in die Bäder geplant. Für die Umsetzung der letzten Maßnahmen zur Sanierung des Hochwasserschadens am Schwimmerbecken Freibad Saline, stehen bewilligte Fördermittel im Umfang von 181,0 TEUR zur Verfügung. Über weitere Investitionsmittel ist im Zuge der Wirtschaftsplanung 2020 für die Folgejahre mit der Stadt Halle (Saale) zu verhandeln.

6.3. Finanzierung

Da derzeit langfristig keine Investitionen eingeplant wurden, ist auch keine Darlehensaufnahme geplant. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund der Vereinbarungen im Bäderfinanzierungsvertrag gesichert. Weiterhin besteht im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH eine Kontokorrent-Kreditlinie von 300,0 TEUR.

6.4. Ergebniserwartung

Für den Planungszeitraum 2019-2023 werden jährlich 2,1 TEUR Ergebnis aus dem Verpachtungsgeschäft der Ballsporthalle und dem Betrieb der Robert-Koch-Schwimmbad erwartet. Bezüglich des Betriebs der sechs übertragenen Bäder ist jährlich mit Verlusten zwischen 3,8 und 3,9 Mio. EUR zu rechnen. Es wird davon ausgegangen, dass diese im Rahmen des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle (Saale) über das Leistungsentgelt (Betriebskostenzuschuss) vollständig ausgeglichen werden.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bugenhagenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.
- (2) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Sommer, Anton	(seit 17.05.2018 Vorsitzender)
		Battermann, Jens	
		Brederlow, Katharina	
		Dr. Danek, Simone	
		Dr. Kehl, Peter	
		Dr. Streibelt, Marco	
		Gellrich, Barbara	
		Ideker, Thomas	
		Krahl, Hans-Joachim	
		Neuhofer, Renate	
		Reinhardt, Marlis	
		Stegmann, Jürgen	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	12.096	82	12.660	85	13.084	84	-564	-4
Umlaufvermögen	2.723	18	2.270	15	2.451	16	453	20
Rechnungsabgrenzungsposten	21	0	27	0	21	0	-6	-22

Bilanzsumme	14.840	100	14.957	100	15.556	100	-117	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.124	41	5.473	37	5.312	34	651	12
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	4.667	32	4.874	32	5.081	32	-207	-4
Rückstellungen	161	1	106	1	81	1	55	52
Verbindlichkeiten	3.888	26	4.504	30	5.082	33	-616	-14
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0	0	0

Bilanzsumme	14.840	100	14.957	100	15.556	100	-117	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.853	6.179	6.053
sonstige betriebliche Erträge	519	369	330
Materialaufwand	882	835	773
Personalaufwand	3.833	3.714	3.673
Abschreibungen	782	764	791
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.073	904	862
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	9	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	150	168	185
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	3	4
Ergebnis nach Steuern	654	169	104
sonstige Steuern	2	8	8
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	652	161	96

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,51	2,60	1,58	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,91	3,02	1,83	%
Cash-Flow:	1.433	924	887	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	115	99	97	T€
Personalaufwandsquote:	51,99	56,73	57,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	81,16	83,98	83,83	%
Eigenkapitalquote:	41,27	36,59	34,15	%
Fremdkapitalquote:	58,73	63,41	65,85	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Abrechnungstage	43.620,00	39.599,00	40.069,00	Tage

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH bietet als überregionales Dienstleistungsunternehmen vielfältige Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen an. Ziel ist die dauerhafte Eingliederung blinder und sehbehinderter erwachsener Menschen in das Arbeitsleben. Aufgabe des BFW Halle (Saale) ist es, den Menschen mit Sehbeeinträchtigungen durch Qualifizierung, Umschulung, berufliche Anpassungsmaßnahmen und Einzelschulungen die Ausübung einer Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen bzw. von Sehbeeinträchtigungen bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen ist Ziel der Spezialeinrichtung. Das BFW Halle (Saale) sieht sich als ein Spezialanbieter in der Nische für blinde und sehbehinderte Menschen bzw. für spezielle Dienstleistungen rund um das Sehen. Rentenversicherungen, Unfallkassen, Arbeitsagenturen, Arbeitgeber und Jobcenter zählen zu den wichtigsten Kunden.

2. Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist die konsequente Weiterentwicklung bestehender oder neuer Maßnahmenangebote für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen mit dem Ziel der Qualitätssteigerung und Verbesserung der Integrationsergebnisse der Teilnehmer. Neben dem Projekt Inklusive OCW, welches seit 2018 läuft und durch das BMBF finanziert wird, startet im Jahr 2019 ein weiteres Projekt zur Digitalisierung. Das BFW Halle (Saale) arbeitet im Projekt AKTILA-BS (Aktivierung und Integration (langzeit-)arbeitsloser blinder und sehbehinderter Menschen) mit, welches durch das BMAS finanziert wird. Ein wesentliches Ziel hierbei ist es u.a., die wesentlichen Vermittlungshemmnisse zu identifizieren und auf dieser Grundlage geeignete Integrationsstrategien zu entwickeln und zu erproben.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen in der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen gestalten sich weiterhin schwierig. Seit einigen Jahren ist die Belegung im Kerngeschäftsfeld durch Rückgang und Stagnation geprägt. Die weitere Flexibilisierung und Individualisierung der Rehabilitationsprozesse ist Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit, wobei es gilt, die Wirtschaftlichkeit der Gruppengrößen sicherzustellen. Es besteht ein massiver Wettbewerb um potentielle Teilnehmer. Nach wie vor sieht das BFW private Anbieter, die sich mit ihren Angeboten inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) angepasst haben und in der Regel preislich günstiger sind, als eine Herausforderung an. Hier haben die Berufsförderungswerke aufgrund ihrer Tarifbindung aber auch aufgrund der durch Gesetze, Verordnungen und Rahmenverträge festgelegten vorzuhaltenden Infrastruktur erhebliche Wettbewerbsnachteile. Die Spezialeinrichtungen sind auf Grund ihrer Spezifik nochmals preisintensiver.

2. Geschäftsverlauf

Das BFW Halle (Saale) konnte im Jahr 2018 die Bildungsarbeit zur beruflichen Rehabilitation sehbehinderter und blinder erwachsener Menschen und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit gleichbleibend hoher Qualität fortführen.

Das BFW Halle (Saale) hat mit externer neutraler Unterstützung konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt und 2018 weiter schrittweise umgesetzt, die dazu geeignet sind, ein positives Jahresergebnis zu erwirtschaften und die Entwicklung des BFW Halle (Saale) langfristig zu stabilisieren. Es wurden mögliche liquiditätswirksame Potenziale identifiziert.

Im Laufe des Jahres 2018 hat sich die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen weiter stabilisiert.

Die Bemühungen der letzten Jahre lagen in der Steigerung der Effizienz bei gleichzeitiger Steigerung der Flexibilität und Mobilität. Ziel war es, den personellen Aufwand hinter den jeweiligen Tätigkeiten zu minimieren, ohne gleichzeitig wesentliche Abstriche an der Qualität zu machen.

Im Jahr 2018 nahmen durchschnittlich 121 Teilnehmer (im Vj. 110 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Die Belegung verteilte sich gleichmäßig auf die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie die Bundesagentur für Arbeit.

Dies stellt eine Entwicklung dar, die sich grundsätzlich aus der Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie aus der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, den offiziellen Statements der Rentenversicherungsträger, der Bundesagentur für Arbeit und der Politik entnehmen lässt. Die Tendenz einer Steigerung kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich 2018 im BFW Halle (Saale). Dieser Wandel stellte bei zunehmendem Ökonomisierungsdruck und einer gleichzeitig erwarteten immer individuelleren Dienstleistung das BFW Halle vor erhebliche Herausforderungen.

Um mit dem Qualifizierungsprogramm des BFW Halle (Saale) auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben, ist eine permanente Angebotsoptimierung notwendig, die sich an den regionalen und überregionalen Arbeitsmarktchancen und den rehabilitationsspezifischen Voraussetzungen der Teilnehmer orientiert. Ein halbjährlicher Umschulungsbeginn ermöglicht auch bei geringen Teilnehmerzahlen in Verbindung mit einem hohen Grad an Modularisierung der Ausbildungsinhalte ein hohes Maß an Kundenorientierung und Flexibilität. Assessment- und Integrationsmaßnahmen und Einzelmaßnahmen starten regelmäßig in kürzeren Abständen. Auf Grund der Spezifik des BFW Halle (Saale) gehören Einzelmaßnahmen zum Standardangebot des Hauses.

Bei den Assessment-Maßnahmen bewegte sich die Teilnehmerzahl 2018 leicht unterhalb des Planungsansatzes.

Die Zertifizierung nach der DIN ISO2001:2008 sowie die Trägerzertifizierung nach der AZAV hat das BFW Halle (Saale) im Jahr 2018 wieder erfolgreich nachgewiesen. Diese Zertifizierung stellt seit 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar.

Neben weiterhin intensiven Marketingmaßnahmen galt es, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation auszurichten. Dies erforderte und erfordert Veränderungen in der Ausbildungsorganisation. Die 2013 begonnene neue Strukturierung der Qualifizierungseinheiten sowie die Umgestaltung des Unterrichts in einen modularen Aufbau wurden 2018 weitergeführt.

2018 waren durchschnittlich 60 (im Vj. 61) Angestellte sowie 4 (im Vj. 5) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle (Saale) beschäftigt. Zwei Mitarbeiter unterstützen im Rahmen des Bundesprogrammes Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitern lag bei 16,05 %.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2018 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 111 Teilnehmern inklusive der Geschäftsstelle Berlin.

Die Geschäftsstelle in Berlin, welche in Kooperation mit dem dort ansässigen BFW Berlin-Brandenburg betrieben wird, ist mittlerweile zu einer festen Größe für das BFW Halle (Saale) geworden. Die Kapazitäten der Geschäftsstelle Berlin konnten durch den planmäßigen Ausbau im Jahr 2018 erweitert werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Umsatzerlöse um TEUR 674 gestiegen. Dies resultiert u.a. aus der gestiegenen Belegung sowie Steigerung der verhandelten Kostensätze für das Jahr 2018.

Im Berichtsjahr fielen mit 43.620 Abrechnungstagen (im Vj. 39.599) 10,2 % mehr Abrechnungstage im Vergleich zum Vorjahr an.

Die anderen laufenden betrieblichen Erträge sind im Jahr 2018 um TEUR 150 gestiegen. Dies betrifft insbesondere die Projektzuwendungen. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2018 TEUR 207 (im Vj. TEUR 207).

Das Betriebsergebnis stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 471,5 auf TEUR 802,6.

Planmäßig sinkende Finanzaufwendungen führten zu einer Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr um TEUR 10,6.

Die aufgezeigten Entwicklungen ergeben im Jahr 2018 einen Jahresüberschuss von TEUR 652.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2018 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 1.467 (im Vj. TEUR 874) gekennzeichnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2018 durch die Auszahlung in das Anlagevermögen negativ. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig negativ. Der Finanzmittelfonds stieg um TEUR 497. Die Gesellschaft verfügt 2018 über eine gute Liquiditätsausstattung, die es ihr ermöglicht, jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentlichste Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Schwerpunkte der Investitionen liegen 2018 im Bereich der Hilfsmittel und der Geschäftsstelle Berlin.

Die Bilanzsumme des BFW Halle (Saale) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 117 vermindert.

Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 218 stehen Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von TEUR 782 gegenüber.

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus der tilgungsbedingten Verringerung der Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger um TEUR 602 sowie aus der Differenz zwischen der Verminderung des Sonderpostens aus Zuwendungen um TEUR 207 und dem im Berichtsjahr erzielten Jahresüberschuss von TEUR 652. Damit steigt das wirtschaftliche Eigenkapital um TEUR 445.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2018 TEUR 10.791, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 72,7 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle (Saale) im Jahr 2018 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Unternehmenssteuerung wird im Rahmen des Risikomanagements ein umfangreiches quartalsweise aufgestelltes Reporting genutzt sowie die Anmelde- und Belegungssituation ständig analysiert.

In den Vorbereitung - und Hauptmaßnahmen stieg die Belegung im Vergleich zum Vorjahr um 10,3%. Die Auslastung in den Assessmentmaßnahmen lag im Bereich der Vorjahreszahlen. Damit stabilisiert sich die Zahl der Rehabilitanden im Verlaufe der letzten Jahre auf niedrigem Niveau. Die Geschäftsstelle Berlin stellt eine stabile wirtschaftliche Größe für das BFW Halle (Saale) dar. Hier lag 2018 die Auslastung im Bereich des geplanten Ansatzes.

Die Geschäftsführung setzte das unter strategischen Gesichtspunkten und mit externer Begleitung erarbeitete Maßnahmenkonzept zur Stabilisierung der Liquidität des BFW Halle (Saale) im Jahr 2018 weiter um. Mit diesen Maßnahmen gilt es die Ertragsseite zu stabilisieren und die Aufwandsseite zu optimieren.

III. Bericht über Zweigniederlassungen

Organisatorisch selbständige Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

IV. Prognosebericht

Die Ertragslage des BFW Halle (Saale) wird im Wesentlichen von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kostensätze mit den Rehabilitationsträgern und von der Entwicklung der Belegungszahlen in den verschiedenen Maßnahmen der Rehabilitation bestimmt. Die Kostensatzentwicklung muss grundsätzlich die Entwicklung der Inflation und Tarife berücksichtigen. Das BFW Halle (Saale) ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden. Bei den Verhandlungen mit den Rehabilitationsträgern zu den Kostensätzen 2019 konnten die geplanten Erhöhungen erzielt werden.

Das BFW Halle (Saale) ist perspektivisch von den Strategien der Rehabilitationsträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig. Auf Grund einer geplanten durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen von 121 Teilnehmern wird für das Wirtschaftsjahr 2019 ein positives Jahresergebnis erwartet, welches unterhalb des Ergebnisses 2018 liegt. Bei den Umsatzerlösen sieht das BFW Halle (Saale) im Vergleich zu 2018 eine leichte Steigerung im Jahr 2019.

Dabei wurde bei der Berechnung der Personalkosten die Tarifsteigerung von 3,19 % eingerechnet. Es sind Investitionen in einem Umfang von TEUR 464 vorgesehen, wobei der Schwerpunkt der Investitionsplanung in der Qualifizierung, der Verwaltung sowie für die Geschäftsstelle in Berlin liegt. Ausgehend von der durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im I. Quartal 2019 von 120 Teilnehmern und mit den derzeit vorliegenden Anmeldungen geht das BFW Halle (Saale) 2019 von einem Ergebnis aus, das im Rahmen der Planung liegt.

Mit externer neutraler Unterstützung wurden durch das BFW Halle (Saale) konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt, die perspektivisch umgesetzt, zur langfristigen Liquiditätsentwicklung beitragen sollen. Diese Maßnahmen umfassten unter anderem auch die Prüfung der Immobilien und deren Nutzung, welche ab dem 01. Januar 2018 mit der Vermietung der Häuser 2 und 4 umgesetzt wurden. Durch den Ausbau der Geschäftsstelle Berlin stehen im Jahr 2019 mehr Kapazitäten zur Verfügung.

Um den Bekanntheitsgrad des BFW Halle (Saale) weiter zu steigern, wird die Intensivierung der Marketingaktivitäten fortgesetzt.

Intensive Gespräche mit den Rehabilitationsträgern erfolgen kontinuierlich. Das derzeitige Maßnahmenangebot des BFW Halle (Saale) wird nach den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger mit Blick auf den Arbeitsmarkt optimiert. Netzwerke und Kooperationen werden zukünftig mehr im Fokus stehen. Die überregionale Beratungstätigkeit wird 2019 weiter ausgebaut.

Die Infrastruktur mit seinem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit andern Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet das BFW Halle (Saale) als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Das BFW Halle (Saale) in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle (Saale) gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV Bund und DRV Mitteldeutschland.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risiken

a) Branchenspezifische Risiken

Als Herausforderung erweist sich die Vereinbarkeit von der geforderten hohen Qualität einerseits und den Sporbemühungen der Leistungsträger andererseits. Durch die Anerkennung privater Bildungsträger als vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 51 SGB IX verschärft sich der Wettbewerb weiter. Die Angebote der freien Träger passen sich inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) an, sind preislich unter denen des BFW Halle (Saale) und werden damit sukzessive mehr und mehr durch die Rehabilitationsträger genutzt.

Das BFW Halle (Saale) versteht sich als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber. Die strategische Ausrichtung als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ ist auch 2019 das Kernziel der Gesellschaft.

Ein Risiko sieht das BFW Halle (Saale) darin, dass gegenwärtig Menschen nach partiellem oder vollständigem Sehverlust, ob schlagartig oder schleichend erworben, keine standardisierten Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zur Verfügung stehen und dadurch potentielle Teilnehmer den Weg in eine berufliche Rehabilitation zeitnah nicht finden. Durch das Projekt ORELTA, gefördert durch die DRV Bund, welches seit 2018 läuft, gilt es, dieses Risiko näher zu erforschen und eventuelle Versorgungslücken zu eruieren.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle (Saale), die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich.

Das BFW Halle (Saale) ist dadurch befähigt gleichzeitig Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Die Basis der Arbeit stellt dabei das Strategiepapier „RehaFutur“ sowie die Umsetzung des neuen „Reha-Modells“ dar. Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein. Sie muss den Rehabilitanden und Leistungsträgern nachhaltig den Rehabilitationserfolg sichern.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW Halle (Saale) auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem der Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

b) Ertragsorientierte Risiken

Das größte Risiko für das BFW Halle (Saale) liegt in der Belegung. Eine Belegungsgarantie seitens der Kostenträger besteht nicht. Das BFW Halle (Saale) sieht sich steigenden Personal- und Sachkosten bei nur mäßig steigenden Kostensätzen und unsicherer Entwicklung der Teilnehmerzahlen konfrontiert.

Grundsätzliche Ertragsrisiken werden in der fortschreitenden demografischen und der derzeit sehr guten Konjunkturlage gesehen, die Auswirkungen auf die Belegung und die zu erwartenden Umsätze haben können, da die Unternehmen ihre Fachkräfte halten, auch wenn diese eine Beeinträchtigung haben.

Ein mögliches Risiko sieht das BFW Halle (Saale) in einer gewissen Abhängigkeit von wenigen Hauptbelegern im Rehabilitationsbereich sowie in der Überregionalität des BFW Halle (Saale), da sich der Arbeitsmarkt in den einzelnen Regionen unterschiedlich gestaltet und die potentiellen Teilnehmer auf Grund ihres sozialen Umfeldes auf eine wohnortnahe Rehabilitation angewiesen sind.

Minimale personelle Veränderungen oder Einsparungen bzw. Veränderungen in den Prozessen können zum Beratungsstau beim Rehabilitationsträger und damit zu einem Rückgang der Belegung im BFW Halle (Saale) führen. Eine sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle (Saale) perspektivisch bestandsgefährdend auswirken.

c) Finanzwirtschaftliche Risiken

Das BFW Halle (Saale) hat für das Erkennen wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement im Rahmen eines Maßnahmenkonzepts erarbeitet. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können.

Bei den in einem Maßnahmenkonzept erarbeiteten Szenarien sind mittelfristig keine Liquiditätsengpässe zu erwarten. Voraussetzungen dafür sind stabile Belegungszahlen.

2. Chancenbericht

Die Weiterentwicklung der Kooperationen und Netzwerke bietet für das BFW Halle (Saale) weitere Zukunftschancen. Derzeit aktuelle Themen, wie die Versorgung von bleibeberechtigten Flüchtlingen, können für das BFW Halle (Saale) zusätzliche Potentiale darstellen. Es ist davon auszugehen, dass sich unter den Flüchtlingen sehbehinderte Menschen befinden, die die speziellen Angebote des BFW Halle (Saale) in Anspruch nehmen könnten. Weitere Chancen sieht das BFW Halle (Saale) in Maßnahmen des Marketings und Vertriebs sowie der Digitalisierung. Die Weiterentwicklung der Geschäftsstelle in Berlin wird als Chance gesehen. In der Umsetzung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes sieht das BFW Halle (Saale) eine große Chance für die zukünftige Entwicklung.

Bundestag und Bundesrat haben im Dezember 2016 das Gesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) verabschiedet. Dies birgt neue Chancen für Menschen mit Behinderungen für die Teilhabe am Arbeitsleben und damit auch für das BFW Halle (Saale).

Solange sich die Konjunktur in Deutschland positiv entwickelt, ist davon auszugehen, dass die Kassen der Sozialversicherungsträger gut gefüllt und damit keine Budgeteinschnitte im Bereich der beruflichen Rehabilitation zu erwarten sind.

3. Gesamtaussage

Das überregional agierende BFW Halle (Saale) ist weiterhin in einem schwierigen Umfeld, bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten sowie stagnierenden Kostensätzen tätig.

Unter der Voraussetzung einer auf dem Niveau von 2018 gleichbleibenden Belegung lassen sich bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des BFW Halle (Saale) derzeit für den Fortbestand der gemeinnützigen GmbH keine existenzbedrohenden Gefahren erkennen. Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation ist als stabil einzuschätzen, sodass unter Berücksichtigung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes Liquiditätsengpässe nicht zu erwarten sind. Das BFW Halle (Saale) erwartet mit der Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes mittel- bis langfristig eine positive Entwicklung.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Das BFW Halle (Saale) richtet sich bei der Verwendung von Finanzinstrumenten grundsätzlich nach der bestehenden Geschäftsordnung sowie nach den Empfehlungen des Bundesversicherungsamtes für Sozialversicherungsträger gemäß SGB IV und setzt, außer Termingelder, derartige Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate nicht ein. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Hibiskusweg 15
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: Eigenbetrieb
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung: van Rissenbeck, Goswin

Betriebsausschuss: Vorsitzende
Brederlow, Katharina
Bönisch, Bernhard
Feigl, Christian
Hopfgarten, Klaus
Meerheim, Sten
Schmeil, Birgit

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2018 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2017.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2017		2016	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	37	0	30	1
Umlaufvermögen	10.594	100	5.856	99
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	0

Bilanzsumme	10.633	100	5.888	100
--------------------	---------------	------------	--------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	37	0	37	1
Sonderposten für Zuwendungen und Zuschüsse	588	6	778	13
Rückstellungen	95	1	91	2
Verbindlichkeiten	9.913	93	4.982	84

Bilanzsumme	10.633	100	5.888	100
--------------------	---------------	------------	--------------	------------

bb) GuV

	2017	2016
	T€	T€
Umsatzerlöse	694	595
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4.443	3.345
sonstige betriebliche Erträge	1.053	983
Materialaufwand	1.039	1.008
Personalaufwand	5.045	3.805
Abschreibungen	15	20
sonstige betriebliche Aufwendungen	91	90
Ergebnis nach Steuern	0	0
sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	15	20	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	17	17	T€
Personalaufwandsquote:	81,50	77,29	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,35	0,46	%
Eigenkapitalquote:	0,35	0,63	%
Fremdkapitalquote:	99,65	99,37	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Arbeitsverträgen	30,00	28,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Beschäftigungsvereinbarungen	27,00	29,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	5,00	5,00	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht 2017 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Bereiches Beschäftigungsförderung der Stadt in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr, auch im Jahr 2017 erfüllen.

Im Jahr 2017 war die Beigeordnete für Bildung und Soziales, Frau Katharina Brederlow, Vorsitzende des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Im Juni 2017 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 des EfA durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner mbB geprüft. Mit dem Prüfbericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2016 wurde am 20.12.2017 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 EigBG LSA die Entlastung erteilt. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 wurde zeitgleich eingebracht, parallel zum Haushaltsplan der Stadt, und ebenfalls am 20.12.2017 durch den Stadtrat beschlossen.

Der im Jahresabschluss 2014 ausgewiesene Jahresüberschuss wird entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2015 bis 2020 für die Umsetzung des Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt", der Handlungssäule II im Förderprogramm RÜMSA sowie der städtischen Stellen des Bundesfreiwilligendienstes und sofern ausreichend, zur weiteren Cofinanzierung für Arbeitsgelegenheiten eingesetzt werden. Da das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ erst verspätet Ende des Jahres 2015 begann, verschiebt sich die Verwendung des Jahresgewinns 2014. Dieser wird nunmehr seit dem Jahr 2016 bis zum Jahr 2020 zur Umsetzung der Projekte genutzt. Darüber hinaus angekündigte Plätze in diesem Förderprogramm müssen zusätzlich, vergleiche Beschluss des Wirtschaftsplanes 2017 aus dem Dezember 2016 (Änderungsantrag), finanziert werden.

Die Parallelität der Beratungen zum Jahresabschluss des Vorjahres und zum Wirtschaftsplan des Folgejahres ermöglichte mittelfristig strategische Entscheidungen zur kommunalen Finanzierung von Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt für die Jahre 2018 ff.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) hat schon im Januar 2017 die Genehmigung zum Vollzug durch das Landesverwaltungsamt erhalten. Der Vollzug des Wirtschaftsplanes 2017 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wurde durch das Landesverwaltungsamt mit Schreiben vom 23.01.2017 freigegeben. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr des Eigenbetriebes entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen umgesetzt werden.

Prägend für das Geschäftsjahr 2017 war die Regionalisierung der Fördermittel des Landes Sachsen-Anhalt und die damit verbundene Entwicklung und Umsetzung des Förderprogrammes „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA), die Umsetzung der Förderprogramme mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die zeitgleiche Abrechnung der auslaufenden Programme und Förderinstrumente.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme wurden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gab es regelmäßige Zusammenkünfte. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2017 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 36 Monaten und einer Intensivbetreuung für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer, dem Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen", die Umsetzung und Gestaltung der Bundesprogramme „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ und „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ (BIWAQ) sowie dessen Neukonzipierung für die Laufzeit von 2019 bis 2023.

Darüber hinaus mussten die Förderprogramme des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Vermeidung beruflicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung und für die individuelle berufliche und soziale Wiedereingliederung von arbeitslosen Personen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes Sachsen-Anhalt, z.B. Jobperspektive 58+ und die Regionale Koordination umgesetzt werden. In den letzten Wochen des Jahres hat das Land Sachsen-Anhalt die Verlängerung verschiedener dieser Förderinstrumente bis 31.12.2019 angekündigt.

Unter dem Deckmantel der regionalisierten Gestaltungsmöglichkeit hat das Land Sachsen-Anhalt Ende 2015 große Teile der Budgetverantwortlichkeit für die Landesmittel der Europäischen Sozialfond (ESF) durch die Schaffung von Regionalen Arbeitskreisen (RAK) an die Gebietskörperschaften übertragen. Mindestens die Qualität der entsprechenden Personalkostenförderung ist im Vergleich zu anderen Landesprogrammen nicht konform.

Vor dem oben benannten Hintergrund war im Jahr 2017 die Betriebsleitung neben den Regelaufgaben vor allem in die Entwicklung und Realisierung des Förderprogramms STaA eingebunden. Dabei musste unterjährig eine Beschlussvorlage zur Finanzierung 2018 ff. und der Vorfinanzierung für das Jahr 2017 erstellt und eingebracht werden. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat diesen Beschluss in Vorgriff auf den Haushalt 2018 am 30.08.2017 gefasst und damit einer zeitnahen Umsetzung und notwendigen Bindung personeller Ressourcen den Weg frei gemacht.

Darüber hinaus hat die Weiterentwicklung des Bundesprogrammes BIWAQ mit vier Teilprojekträgern entsprechende Kapazitäten gebunden.

Die Teams „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ und „Projekte“ wurden dabei vor besondere Herausforderungen gestellt, die für die nächsten Jahre des Eigenbetriebes prägend sein werden.

Ergänzt durch das Team Personal und Qualität, das ab dem Jahr 2016 zusätzlich die im Jahr 2017 wirksam werdenden strukturellen Veränderungen im TVöD mit 10 Stellenwertüberprüfungen umzusetzen hatte, ist der Eigenbetrieb in der Lage, sich auch zukünftigen Herausforderungen zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau zu stellen. Beispielhaft kann hier die oben schon angeführte Realisierung der Förderprogramme „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ -Förderperiode 2015-2020, die „Regionale Koordination“ und das „Regionale Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf (RÜMSA, Handlungsfeld 1 und 2) für das Jahr 2016 benannt werden. Diese Förderprogramme gehen mit strukturellen Änderungen bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen mit Mehrfachhemmnissen einher. Die Umsetzung des Förderprogrammes STaA erforderte einen deutlich ausweiteten Aufwand an Personalakquise.

Prägend für das erste Halbjahr 2017 war die Umsetzung von Maßnahmeplätzen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Migrations- und Flüchtlingshintergrund. Zur Realisierung der verschiedenen Bundes- und Landesprogramme waren enge Kooperationen zwischen Jobcenter, dem Fachbereich Soziales, als Träger der Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz und dem Eigenbetrieb notwendig. Im Ergebnis dieser Kooperation werden seit dem zweiten Halbjahr 2017 nur noch Teilnehmerplätze in „gemischten“ Maßnahmen durch den Eigenbetrieb umgesetzt.

Am 12. Dezember 2014 hat der EfA die Zertifizierung als zugelassener Träger nach § 178 SGB III von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung erhalten. Diese Trägerzertifizierung wurde für den Maßnahme- und den Qualifizierungsbereich ausgesprochen. In der Folge sind nunmehr jährlich Zertifizierungsaudits umzusetzen. Im November 2017 hat sich der EfA wiederholt erfolgreich rezertifiziert. Der mit der Zertifizierung erhöhte Dokumentationsaufwand kann dabei nur mit einer Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgesetzt werden. Im zweiten Halbjahr wurde zudem damit begonnen, die ab Mai 2018 umzusetzende Datenschutzgrundverordnung in den Regelwerken des Zertifizierungshandbuchs zu implementieren. Demzufolge wird die Rezertifizierung im Jahr 2018 auf diesen Schwerpunkt ausgerichtet.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2017 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen:

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1,- € Jobs- mittlerweile 1,50 €) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate).
- „Gesellschaftliche Teilhabe - Jobperspektive 58+“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 58 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (36 Monate)
- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 36 Monaten
- Intensivbetreuung im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von 38 Monaten
- „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ inklusive Erprobungsarbeitsplätze in diesem tarifgebunden Förderprogramm
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) mit vier Teilprojekträgern 2015 bis 2018
- Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“
- Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit
- RÜMSA Regionales Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2017 durchschnittlich nachfolgende Plätze in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert:

Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+	106 Plätze
Arbeitsgelegenheiten (AGH) mit Mehraufwand*	177 Plätze
STaA AGH mit Mehraufwand*	14 Plätze
Bundesfreiwilligendienst*	9 Plätze
Erprobungsarbeitsplätze FIC*	2 Plätze
Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit	4 Plätze
Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“	162 Plätze
Gesamt:	474 Plätze
STaA Intensivbetreuung	225 Plätze
Summe:	699 Plätze

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, auch Mehrfachbesetzung möglich.

Darüber hinaus wurden durchschnittlich 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Förderprogramm BIWAQ und 90 Klientinnen und Klienten im Förderprogramm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ betreut. Damit wurden im Jahr 2017 in der Summe 859 Teilnehmerplätze über den EfA geschaffen. Zur Realisierung dieser Projekte waren im Berichtszeitraum 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Eigenbetrieb beschäftigt, so dass im Jahresdurchschnitt insgesamt **896 Beschäftigungsplätze** realisiert wurden.

Berücksichtigt man die Mehrfachbesetzungen und die unterjährigen Laufzeiten der Maßnahmen, so waren es im Jahr **2017 insgesamt über 1.100 Plätze**.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hatte es in den Vorjahren eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses weg vom Jobcenter hin zu EU, Bund und Land gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit bei Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“, „Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+“, „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ und weiterer angekündigter, zu berücksichtigen.

Die 2012 begonnene Neuausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen durch den Bund geht nach einem Übergangszeitraum in den Jahren 2014/2015 **von einer deutlich höheren kommunalen Beteiligung** aus.

Zur Durchführung der Projekte hat der EfA folgende liquide Mittel erhalten:

	2017	2016
Zuschüsse der Stadt	1.430.200 €	1.140.500 €
Sonstige Einnahmen* der Stadt	155.616 €	140.791 €
Sonstige Einnahmen sonstige	7.257 €	728 €
Mittel des Bundes und ESF	501.222 €	254.668 €
Mittel des Landes und ESF	1.979.836 €	752.946 €
Mittel des Jobcenter Halle	2.640.729 €	2.136.627 €
Summe	6.714.860 €	4.426.260 €

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von und für Förderprogramme über die Fachbereiche Soziales, Bildung, Immobilien und Personal der Stadt Halle (Saale) für die Bewirtschaftung und Umsetzung der im Programm befristeten und finanzierten Personalstellen.

Durch einen guten Maßnahmемix ist es gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabil zu halten.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2017	2016	2015
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	978,9
Jahresgewinn/-verlust	0,0	0,0	0,0
	37,0	37,0	1.003,9

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2016	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	2017
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	12,6	12,6	0,0	12,8	12,8
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	37,0	0,0	0,0	0,0	37,0
Übrige Rückstellungen	41,8	18,5	5,2	27,3	45,4
	91,4	31,1	5,2	40,1	95,2

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2017 (TEUR)	2016 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	528,4	346,3
Zuschüsse Land / ESF	7,0	19,1
Zuschüsse Bund	11,3	17,2
Zuschüsse Stadt	147,2	210,2
Sonstige betriebliche Erträge	1.037,7	962,7
Verwendete Spenden	0,0	2,0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	15,4	20,2
	1.747,0	1.577,7

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2017	2016
Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	356	289
<u>Personalaufwendungen in TEUR</u>		
Löhne und Gehälter	4.189,3	3.149,6
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	855,3	655,7
- davon für die Altersversorgung	55,7	48,2
	5.044,6	3.805,3

Die Liquidität konnte ganzjährig durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2018

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen sind in der Stadt Halle (Saale) derzeit insgesamt 11.030 Personen arbeitslos, davon werden 8.795 bzw. 79,7 % der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt immer noch 9,4 %, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk 8,5 % und erst recht dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

Im Jahr 2018 ist neben der konkreten Umsetzung der vorn beschriebenen Förderinstrumente die Realisierung weiterer Maßnahmeplätze im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“, die Umsetzung der Förderperiode 2019 bis 2023 im Förderprogramm BIWAQ als Begleitprogramm zur Städtebauförderung „Soziale Stadt“ sowie Realisierung sogenannter öffentlicher Arbeit bzw. eines Aktiv – Passiv Tausches die große arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung.

Ein „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, der vom Bundesministerium für Finanzen abgelehnt, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales jedoch befürwortet wird, könnte der Stadt Halle (Saale) und dem Jobcenter wesentlich **größere Handlungs-, aber vor allem Gestaltungsmöglichkeiten** eröffnen. Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen müssen durch den Bund und eine Anpassung des Zuschusses an den Eigenbetrieb realisiert werden.

Die Passgenauigkeit der Förderinstrumente für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes wird in der Trägerversammlung des Jobcenters und für die ESF-Landesförderung im „Regionalen Arbeitskreis“ (RAK) der Stadt Halle (Saale) abgestimmt. Jede Einzelmaßnahme wird hinsichtlich des Eingriffs in den 1. Arbeitsmarkt geprüft.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die **Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme** hinaus, wird **mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Flut, Schulen, Kita u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den Efa.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen. Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrighschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können.

Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine –woche, einen –monat, ein –jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten und dabei elementare Schlüsselqualifikationen einzuüben.

Hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung zu sehen.

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind im Haushalt der Stadt Halle (Saale) für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2018 städtische Zuschüsse und Jahresüberschüsse aus den Vorjahren in Höhe von

1.703.637 EURO.

eingepplant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen SGB II und SGB III sowie Bundes ESF

2.980.400 EURO

und Mittel des Bundes, des Landes und Sonstiger in Höhe von

3.062.100 EURO

und sonstige Mittel

319.630 EURO

für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2014 bis 2020 sich derzeit wie folgt darstellt.

2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	401 Maßnahme- Plätze
2016	760 Maßnahme- Plätze
2017	896 Maßnahme- Plätze
2018	890 Maßnahme- Plätze
2019	834 Maßnahme- Plätze
2020	784 Maßnahme- Plätze

Eigenbetrieb Kindertagesstätten*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe und der Erziehung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Bewirtschaftung einschließlich Errichtung und Bauunterhaltung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Kreisel, Jens
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina Dr. Bergner, Annegret Dr. Brock, Inés Eigendorf, Eric Jahn, Josephine Pätzold, Bettina Schied, Thomas Scholtyssek, Andreas Weiß, Sylvia

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Betriebsausschuss	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	37.557	84	36.992	91	35.007	88	565	2
Umlaufvermögen	7.274	16	3.415	9	4.579	12	3.859	113
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	44	0	0	0	-43	-98
Bilanzsumme	44.832	100	40.451	100	39.586	100	4.381	11

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	20.320	45	20.290	50	20.073	51	30	0
Sonderposten für Investitionszulagen	15.898	36	12.949	32	11.793	30	2.949	23
Rückstellungen	2.501	6	2.671	7	2.660	7	-170	-6
Verbindlichkeiten	6.012	13	4.461	11	4.953	12	1.551	35
Rechnungsabgrenzungsposten	101	0	80	0	107	0	21	26
Bilanzsumme	44.832	100	40.451	100	39.586	100	4.381	11

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	45.332	44.149	41.921
sonstige betriebliche Erträge	2.975	1.514	2.083
Materialaufwand	76	82	88
Personalaufwand	39.574	36.571	34.824
Abschreibungen	2.044	1.781	1.409
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.419	7.172	7.444
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	164	177	183
Ergebnis nach Steuern	30	-120	56
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	30	-120	56

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,07	-0,27	0,13	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,15	-0,59	0,28	%
Cash-Flow:	2.074	1.661	1.465	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	51	51	55	T€
Personalaufwandsquote:	81,92	80,09	79,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,75	91,40	88,36	%
Eigenkapitalquote:	45,32	50,16	50,71	%
Fremdkapitalquote:	54,68	49,84	49,29	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Betreuungsstunden	10.744.362	10.632.201	10.590.760	Stunden
Betreuungskosten ¹⁾	4,44	4,27	4,14	€/Std.
davon Personalkosten	3,72	3,52	3,36	€/Std.
davon Sachkosten	0,72	0,75	0,78	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.574	5.444	5.359	Anzahl

¹⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

f) Lagebericht

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
2. Geschäftsverlauf
3. Lage
 - Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
 - Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)
 - Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes
4. Baumaßnahmen und Investitionen
5. Personal

III. PROGNOSEBERICHT

1. Entwicklung der Belegungszahlen
2. Änderung KiFöG Sachsen-Anhalt 2019

IV. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Chancenbericht
2. Risikobericht

V. ZUSÄTZLICHE ANGABEN NACH § 8 EIGBVO

I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2006 mit Beschluss des Stadtrates vom 07. März 2005 gegründet. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung und den Betrieb der nach Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verbliebenen kommunalen Kindertagesstätten.

Der Stadtrat war sich seinerzeit bewusst, dass die Stadt Halle (Saale) gerade durch die Binnen-wanderung innerhalb des Stadtgebietes in Zukunft enormen Herausforderungen gegenübersteht und hat sich durch diese Entscheidungen zukünftig die Möglichkeit einer aktiven Gestaltung der Stadtentwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung ermöglicht.

Aktuell werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2018, 49 Kindertagesstätten und 6 Horte betrieben. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß §121 KVG LSA geführt.

Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 Abs. 1 EigBG in der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) geregelt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes sind die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit laut Abgabenordnung.

Des Weiteren ist in der Satzung festgelegt, dass das Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen ist. Es ist ein Wirtschaftsplan vorzulegen. Dieser muss aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht bestehen.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Kostenbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken. Die Stadt Halle (Saale) hat zu diesem Zweck eine Satzung auf Grund der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Eigenbetriebes geschaffen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erlässt im Auftrag der Gebietskörperschaft die entsprechenden Kostenbeitragsbescheide, führt eine Sonderkasse und ist organisatorisch für die Beitreibung der Beiträge bis zur Vollstreckung selbst verantwortlich.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß Kinderförderungsgesetz (KiFöG) zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

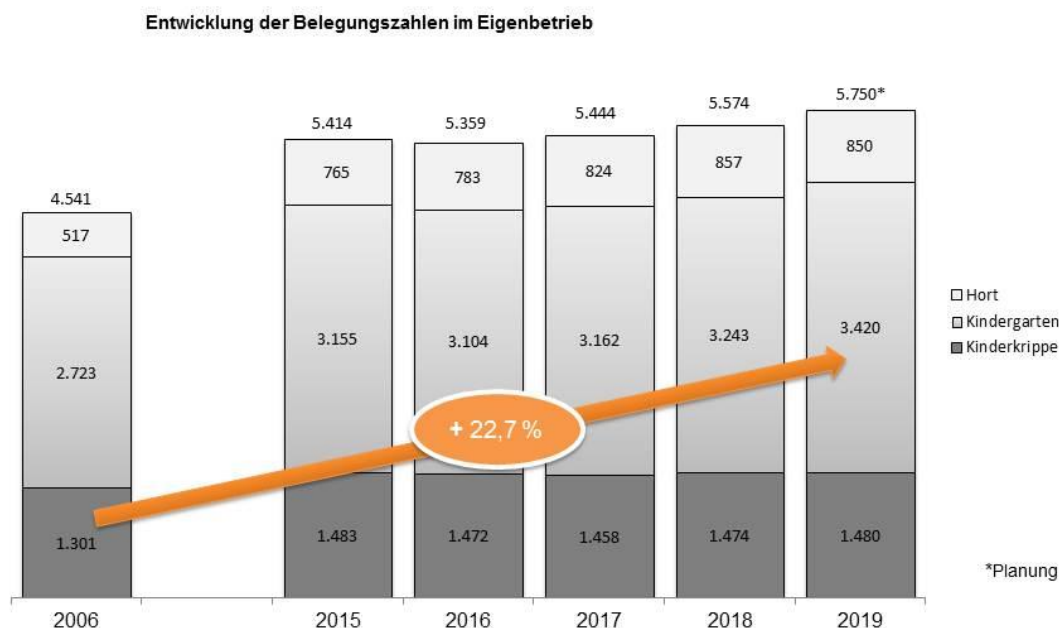
Rahmenbedingungen des Eigenbetriebes bilden – neben den landesrechtlichen und kommunalen Vorschriften – insbesondere das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) und das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt. Das Jahr 2018 war von keinen gesetzlichen Reformen geprägt, die Einflussgrößen für die Tätigkeit des Eigenbetriebes waren. In den vergangenen Jahren ist die Zahl schutz-suchender Familien in Sachsen-Anhalt deutlich gestiegen. Dies hatte einen Zustrom von Familien mit Migrationshintergrund auch für die Stadt Halle (Saale) zur Folge. Die Auslastung einzelner Einrichtungen des Eigenbetriebes war nachhaltig von dieser Entwicklung geprägt. Während der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund im vergangenen Jahr noch bei ca. 5 % lag, ist dieser in 2018 auf rund 7 % angestiegen.

2. Geschäftsverlauf

Der Eigenbetrieb schließt das Wirtschaftsjahr 2018 mit einem Gewinn in Höhe von 29.509,07 € ab. Die Belegung der Platzkapazitäten in den Kindertagesstätten ist nach wie vor stabil.

Im Durchschnitt wurden im Wirtschaftsjahr 2018 5.574 Kinder betreut. Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 22,7 Prozent.

Die Belegung der vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten angebotenen Plätze stieg seit der Gründung bis zum Wirtschaftsjahr 2018 um 22,7 Prozent an, absolut um 1.033 belegte Plätze.



Die Nachfrage nach unseren Einrichtungen war auch im zurückliegenden Wirtschaftsjahr hoch. Trotz aller Bemühungen war der Eigenbetrieb Kindertagesstätten nicht immer in der Lage, einen Platz zum gewünschten Termin in den jeweils bevorzugten Lagen zur Verfügung zu stellen.

Im Vergleich zum Gründungsjahr wurden im Eigenbetrieb Kindertagesstätten 1.033 Kinder mehr betreut. Zur Erläuterung im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan wird auf den Abschnitt „Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes“ verwiesen.

Die Anzahl der erbrachten Betreuungsstunden stieg um 40,2 Prozent, absolut um 3,08 Mio. auf 10,74 Mio. Betreuungsstunden



3. Lage

- Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Das Bilanzbild ist geordnet; Bilanzstruktur und Zusammensetzung weisen gegenüber dem Vorjahresstichtag – mit Ausnahme der Verschiebungen durch die Brandschutzmaßnahmen – eine ähnliche Struktur auf. Die Maßnahmen zu den Brandschutzmaßnahmen haben sich mit T€ 1.331 auf die sonstigen Vermögensgegenstände und die sonstigen betrieblichen Erträge sowie in den sonstigen Rückstellungen (T€ 1.331) ausgewirkt und darüber hinaus bei den sonstigen Verbindlichkeiten (T€ 1.600) aus erhaltenen, aber noch nicht verwendeten Mitteln für Brandschutz.

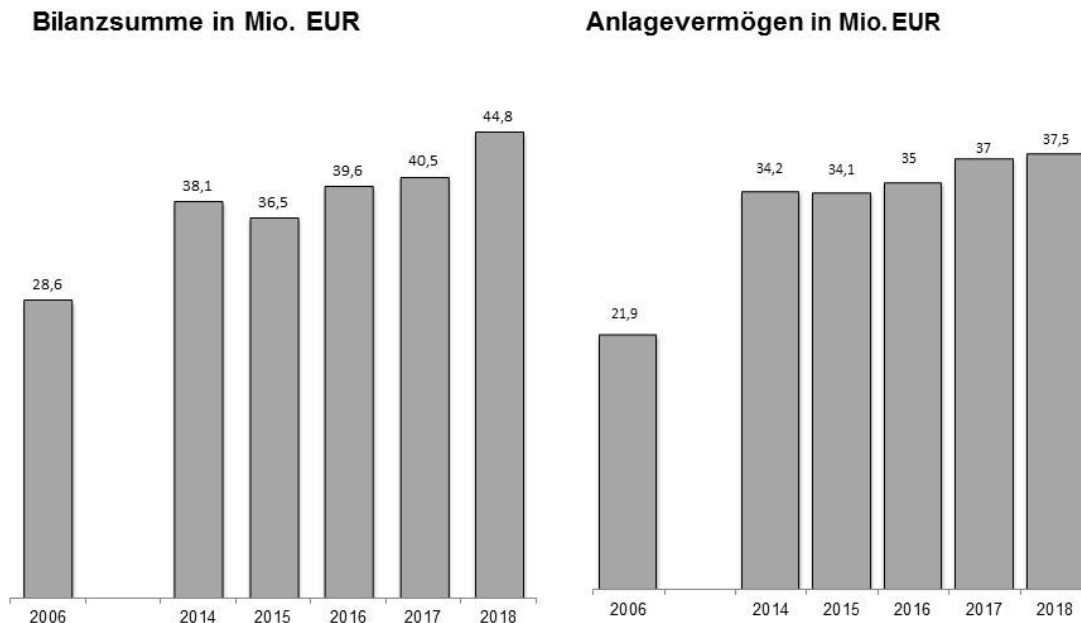
Das Anlagevermögen ist – wie in den Vorjahren – vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Entwicklung der Bilanzpositionen Anlagevermögen, Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

Bezeichnung	Wert in EUR	% Bilanzsumme	Vorjahreswert in EUR	% Bilanzsumme
immat.VG	11.691,74 €	0,03%	19.834,31 €	0,05%
Grundstücke / Gebäude	33.467.557,98 €	74,65%	32.297.209,11 €	79,84%
diveres AV	4.077.360,08 €	9,09%	4.675.453,47 €	11,56%
Eigenkapital	20.319.688,81 €	45,32%	20.290.179,74 €	50,16%
Sonderposten	15.897.677,07 €	35,46%	12.948.725,78 €	32,01%
langfr. Verbindlichkeiten	3.476.088,58 €	7,75%	3.992.424,58 €	9,86%

Die Bilanzsumme beläuft sich im Wirtschaftsjahr auf TEUR 44.832. Damit stieg sie um insgesamt TEUR 4.380 gegenüber dem Bilanzwert zum 31.12.2017.

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes Kindertagesstätten stieg seit Gründung auf aktuell 44,8 Mio. EUR. Das Anlagevermögen stieg im gleichen Zeitraum auf aktuell 37,5 Mio. EUR.



In folgenden Positionen der **Bilanz** ergaben sich Veränderungen zum Vorjahr, die kurz analysiert werden sollen:

Das Investitionsvolumen betrug im Berichtsjahr 2018 im Bereich der Sachanlagen TEUR 2.613. Nach Abschreibungen von TEUR 2.044 hat sich das Anlagevermögen insgesamt von TEUR 36.992 auf TEUR 37.557 erhöht.

Die Kita „Am Stadtpark“ wurde am 01.08.2018 planmäßig eröffnet. Hierbei handelt es sich um ein Bauprojekt, welches langfristig geplant war und nun umgesetzt werden konnte. Die Kita bietet Platz für 50 Krippenkinder und 80 Kindergartenkinder. In der Innenstadt Halle (Saale) wurde somit ein attraktiver Standort geschaffen. Das Investitionsvolumen betrug insgesamt TEUR 3.413.

In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 1.702 (Vj. TEUR 3.016) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten. Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf den Punkt 4 Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2018 wurde entsprechend abgestuft wertberichtigt. Es ist eine Wertberichtigung für Forderungen in Höhe von TEUR 85 (Vorjahresstichtag TEUR 96) in 2018 bilanziert worden. Durch ein sachgerecht eingerichtetes Mahnwesen (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen aus Elternbeiträgen weiterhin reduziert. Die zweifelhaften Forderungen konnten aufgrund der kontinuierlichen Arbeit des Mahnwesens um TEUR 3 (Vorjahr TEUR 2) weiter reduziert werden. Einzelvorgänge wurden – wie bereits in den Vorjahren etabliert - in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge abgeschlossen. Der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber dem Vorjahresstichtag ist auf die Forderungen gegen den Gesellschafter zurückzuführen und ist stichtagsbedingt.

Der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände ist auf die Einstellung der Forderung gegen die Stadt Halle (Saale) aus Brandschutzmaßnahmen (T€ 1.331) zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2018 wurde festgelegt, dass die Stadt Halle (Saale) die Mittel für die Brandschutzmaßnahmen in voller Höhe zur Verfügung stellt. Korrespondierend zur Rückstellung für behördliche Auflagen (Brandschutz) wurde daher die Forderung gegen die Stadt Halle (Saale) im Wirtschaftsjahr eingestellt.

Die flüssigen Mittel stiegen gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 5.605 (Vorjahr: TEUR 2.617). Wesentlicher Grund hierfür sind die erfolgten Auszahlungen aus den Mittelabrufen für Brandschutzmaßnahmen (T€ 1.600), die erst in den nächsten Jahren verbraucht werden. Diese Mittel sind zweckgebunden angelegt.

Die Kapitalrücklage ist gegenüber der Bilanz zum 31.12.2017 unverändert.

Der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens wurde planmäßig aufgelöst (TEUR 359). Die Zuführung zum Sonderposten betrug TEUR 3.307. Zugeführt wurden Mittel für den Neubau Kita „Silberhöhe“ und den Neubau Kita „Am Stadtpark“.

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang. Die Rückstellung für voraussichtliche Sanierungskosten Grundstück Kita „Am Stadtpark“ wurde im Geschäftsjahr 2018 bis zur Eröffnung der Kita vollständig verbraucht.

Zur Entwicklung der Rückstellung für notwendige Brandschutzmaßnahmen wird auf Abschnitt 4. verwiesen.

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 1.551 erhöht. Grund hierfür ist die Passivierung der durch die Stadt Halle (Saale) bereits gezahlten Mittel für Brandschutzmaßnahmen über Mittelabrufe im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierung in den sonstigen Verbindlichkeiten, da diese in 2018 noch nicht verbraucht wurden. Des Weiteren wurden die PPP-Darlehen planmäßig getilgt (Rückgang TEUR -258).

Im Bereich der **Gewinn- und Verlustrechnung** für 2018 gab es vorrangig wesentliche Abweichungen gegenüber dem Vorjahr im Bereich der Umsatzerlöse, der sonstigen betrieblichen Erträge und dem Personalaufwand, darüber hinaus kleinere Veränderungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie den Abschreibungen.

Die Umsatzerlöse stiegen um TEUR 1.183 (2,68 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Grund für die Steigerung der Umsatzerlöse sind vor allem die höhere Fehlbedarfsfinanzierung und Erhöhung der Zuweisungen durch die Stadt Halle (Saale) auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes 2018. Der Anstieg resultiert aus den höheren Kinderzahlen infolge der Eröffnung der Kindertagesstätte „Am Stadtpark“ zum 01.08.2018.

Umsatzerlöse

Produkte	2018 in TEUR	2017 in TEUR
Kostenbeiträge	4.675	4.476
Zuweisungen KA-Kinder	1.621	1.569
Zuweisungen Land	13.123	12.812
Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	4.921	4.846
Ausgleich Stadt Halle (Saale)	17.475	16.859
Ermäßigungen	3.464	3.540
Erträge aus Mieten und Pachten	52	47
Summe	45.331	44.149

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge ist vorrangig auf die Einstellung der Forderung gegen die Stadt Halle (Saale) aus Brandschutzmaßnahmen in Höhe von TEUR 1.331 zurückzuführen.

Im Wirtschaftsjahr 2018 waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 39.574 (Vj. TEUR 36.571) zu verzeichnen. Die Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 3.003 entfallen – neben dem Anstieg der Mitarbeiterzahl - hauptsächlich auf den Tarifabschluss 2018.

Bezeichnung	2018 in TEUR	2017 in TEUR
Löhne/Gehälter	1.667	1.402
soziale Abgaben	315	281
Aufwendungen Altersversorgung	69	59
Insgesamt Verwaltung	2.051	1.742
Löhne/Gehälter	30.175	27.999
soziale Abgaben	5.887	5.475
Aufwendungen Altersversorgung	1.232	1.119
Insgesamt Kindertagesstätten	37.294	34.593

Nicht enthalten in der Darstellung ist die Unfallumlage für Beschäftigte. Diese betrug im Wirtschaftsjahr 2018 TEUR 229 (Vj. TEUR 236).

Im Wirtschaftsjahr 2017 wurde begonnen, Gebäude des Eigenbetriebes Kindertagesstätten neu bewerten zu lassen. Diese Bewertung wurde 2018 fortgeführt und auch abgeschlossen. Auf der Grundlage von Gutachten erfolgte eine Wertberichtigung in Höhe von TEUR 611, die sich in den außerplanmäßigen Abschreibungen des Wirtschaftsjahres 2018 widerspiegeln und den Anstieg der Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr erklären.

Folgende Gebäude wurden in 2018 bewertet und entsprechend abgeschrieben:

- Kita „Vier Jahreszeiten“
- Kita „Spielkiste“
- Kita „Däumeling“ und „Schneeweißchen und Rosenrot“
- Kita „Waldhaus“ und „Integratives Waldhaus“

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 753 verringert. So wurden unter anderem in 2018 weniger Leiharbeiter beschäftigt, auch sanken die Kosten der Bauunterhaltung.

Das Jahr 2018 schließt der Eigenbetrieb mit einem positiven Jahresergebnis nach Risiko und Bewertung in Höhe von 29.509,07 Euro ab.

Die Finanzlage des Eigenbetriebes ist geordnet. Durch die erhaltenen Zuweisungen, Kostenbeiträge und Mittel aus der Fehlbedarfsfinanzierung ist der Eigenbetrieb mit ausreichend Liquidität ausgestattet. Der Finanzmittelfonds betrug zum 31.12.2017 TEUR 5.605 und hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um TEUR 2.988 erhöht. Grund hierfür ist die Auszahlung der Mittel für Brandschutzmaßnahmen, welche bereits in 2018 erfolgt sind, aber erst zukünftig verbraucht werden.

Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Ein Kontokorrent wird nicht in Anspruch genommen.

• **Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)**

Neben der Ausgleichszahlung der Stadt Halle (Saale) in Höhe von TEUR 35.102 (Vj. TEUR 34.291) erhielt der Eigenbetrieb Zuweisungen von Stadt und Land in Höhe von TEUR 412 (Vj. TEUR 225), Ermäßigungen in Höhe von TEUR 3.465 (Vj. TEUR 3.540) sowie Zuweisungen für KA¹-Kinder in Höhe von TEUR 1.621 (Vj. TEUR 1.569).

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Jahr	Ausgleichszahlung	Zuweisungen	KA - Kinder
2015	11.938.794,13 €	15.955.204,82 €	1.265.483,14 €
2016	15.060.672,98 €	17.111.723,39 €	1.636.309,26 €
2017	16.858.509,69 €	17.432.996,02 €	1.568.722,75 €
2018	17.474.877,84 €	17.632.366,12 €	1.621.401,00 €

• **Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes**

Der Eigenbetrieb wird im Wesentlichen über folgende Kennzahlen gesteuert:

- Betreuungsstunden
- Belegungszahlen der Kitas
- Beschäftigtenzahlen (im Durchschnitt)

¹ Kinder mit Kostenanerkennung gem. §§53, 54 SGB XII

Steuerungsfaktoren

Jahr	Betreuungsstunden	Belegungszahlen	Beschäftigtenzahlen
2015	10.789.170	5.414	799
2016	10.590.760	5.359	794
2017	10.632.201	5.444	894
2018	10.744.362	5.574	943

Zur Entwicklung im Zeitablauf ab 2006 wird auf die grafischen Darstellungen unter dem Punkt II.2. Geschäftsverlauf verwiesen.

Für das Jahr 2018 gingen wir in der Planung von einer Jahresdurchschnittsbelegung von 5.627 Kindern aus. Tatsächlich wurden in 2018 durchschnittlich 5.574 Kinder betreut und der Planwert somit um 53 Kinder unterschritten. Ursächlich dafür sind geringere Betreuungszahlen im Kindergartenbereich (- 133), welche durch geringfügig höhere Betreuungszahlen in den Bereichen Kinderkrippe und Hort nicht vollständig kompensiert werden konnten. Die Planunterschreitung ist zum einen auf höhere Schulabgängerzahlen und der damit verbundenen sukzessiven Wiederbelegung frei werdender Betreuungsplätze zurückzuführen

Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht

4. Baumaßnahmen und Investitionen

STARK III

Diese Projekte sollen in einem Zeitrahmen von 2018 bis 2022 realisiert werden. Finanziert wird das Programm aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) sowie aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt. Für o.g. Kitas ist ein Gesamtinvestitionsvolumen von 24,5 Mio. Euro über die Jahre 2018 bis 2022 geplant.

Für folgende Kitas wurden bereits die Mittel bewilligt:

- KITA Kinderinsel (Gesamtkosten ca. 4,2 Mio. €)
- KITA Stadtzwerge (Gesamtkosten ca. 2,6 Mio.€)

Die Zuwendungsbescheide liegen seit November 2018 vor.

Baubeginn ist für das III. Quartal 2019 geplant.

Weitere Mittel aus dem STARK III-Programm wurden für folgende Kitas beantragt:

- Traumland
- Sausewind
- Tabaluga
- Fuchs- und Elster
- KK Am Breiten Pfuhl
- KG EINSTEIN

Hier liegen bis zum April 2019 noch keine Bescheide vor. Das beantragte Gesamtvolumen beträgt: 17,7 Mio. €.

Neubau Kita „Albrecht Dürer“

Ein weiteres Projekt zur Schaffung neuer Kita-Plätze ist der Neubau Kita „Albrecht Dürer“. Es sollen 200 Kita-Plätze in der Stadt Halle (Saale) geschaffen werden. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt 7,4 Mio. Euro. Der Baubeginn ist für das II. Quartal 2019 geplant. Es handelt sich um einen Systembau mit einer Gesamtbauzeit von 1 Jahr, so dass die Inbetriebnahme für den 01.06.2020 geplant ist.

Neubau Kita „Theodor-Weber-Straße“

Ab voraussichtlich September 2019 wird in der Silberhöhe eine neue Kita gebaut. Für das Gebäude und Außenflächen stehen insgesamt 6.000 Quadratmeter zur Verfügung. Eine Inbetriebnahme ist voraussichtlich im dritten Quartal 2020 geplant. Insgesamt werden 5,8 Millionen Euro investiert. 200 Kinder sollen betreut werden. Das Gebäude soll zunächst als Ausweichquartier für Kitas dienen, die saniert werden. Später soll es eine eigenständige Einrichtung werden.

Brandschutz – Maßnahmen

Im Bereich Brandschutz, brandschutztechnische Ertüchtigung sind umfassende Maßnahmen geplant und zwingend notwendig. So müssen dringend bestehende Anlagen im Bereich Brandschutz umfangreichen Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen unterzogen werden. Diese Maßnahmen unterliegen behördlichen Auflagen, die dem Betrieb einer Kindertagesstätte vorgeschrieben sind. Auch bauliche Veränderungen, wie 2. Rettungsweg und der damit verbundenen Investitionen am Gebäude gehören zu den umfangreichen Maßnahmen.

Die Planungen konnten bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 2018 abgeschlossen werden, so dass ab August 2019 mit der Umsetzung begonnen werden kann. Alle Kosten werden durch die Stadt Halle (Saale) getragen. Bereits ab dem Jahr 2018 erfolgte die entsprechend Bereitstellung der finanziellen Mittel. Die notwendigen Bauanträge wurden 2018 gestellt. Dementsprechend ist von einem Baubeginn für die ersten Kitas im II. Quartal 2019 auszugehen. Alle weiteren Kitas folgen dann schrittweise bis zum Jahr 2023. Für die Brandschutzgrundsicherungen sind Gesamtkosten in Höhe von ca. 6,5 Mio. € geplant. Für 27 Kitas werden die Vorgaben Brandschutz gemäß BauO LSA umgesetzt.

5. Personal

Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 943 und damit 49 über dem Vorjahreswert. Diese Zahl ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (Mindestpersonalschlüssel KiFöG § 21 Abs.2) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden und des nachgefragten Angebots.

Daher ist eine strategiekonforme Personalrekrutierung und Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Dem trägt der Eigenbetrieb durch regelmäßige Bewerbungstage konsequent Rechnung. Hier wird der Fachkräftemangel im erzieherischen Bereich deutlich spürbar.

Von den insgesamt 943 Mitarbeitern des Berichtsjahres 2018 standen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten im Jahresdurchschnitt 861 Mitarbeiter effektiv zur Verfügung. Grund hierfür sind unter anderem Langzeiterkrankungen (durchschnittlich: 22 Mitarbeiter) und Mitarbeiterinnen im Erziehungsurlaub (durchschnittlich: 59 Mitarbeiterinnen). 7 Mitarbeiter waren über das Bundesprogramm „Sprach-Kita: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ als zusätzliche Erzieherfachkräfte für die Sprach- und Integrationsförderung im Eigenbetrieb beschäftigt.

In der nachfolgenden Darstellung wird deutlich, wie hoch die Krankenquote bezogen auf die Sollarbeitstage im Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2018 war. Gegenüber dem Jahr 2017 ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Zum Vergleich: 4,3% betrug der Durchschnitt im Jahr 2017 in der gesamten Bundesrepublik (Quelle: Statistisches Bundesamt, 2017)

Krankenquote

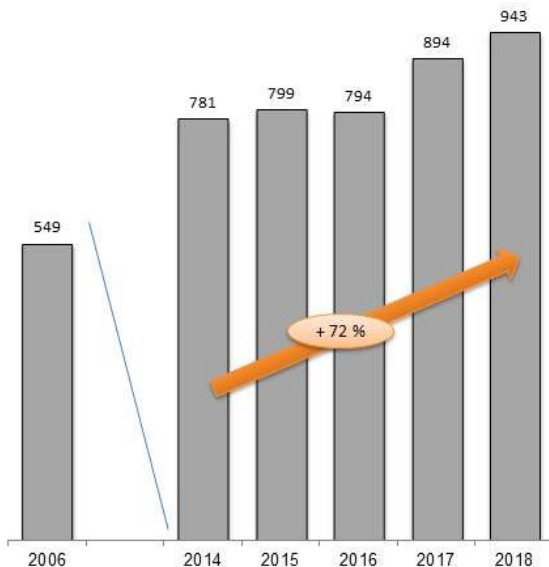
Krankenstatistik EB Kita*	2018	2017
Einrichtungen	9,17	9,53
Verwaltung	4,6	6,67

*ohne dauerkranke Mitarbeiter

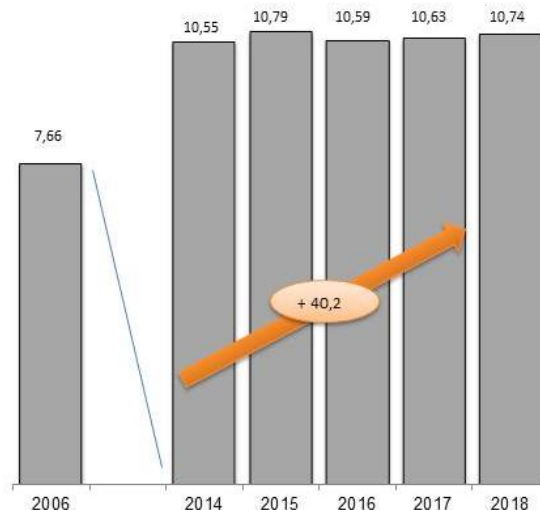
Durch den Einsatz von Leiharbeitern wird weiterhin kontinuierlich versucht, geeignete Hilfskräfte, insbesondere Kinderpfleger/innen oder Sozialassistenten/innen zur Unterstützung bei einer angespannten Personalsituation zur Verfügung zu stellen.

Die Anzahl der Beschäftigten stieg um 394 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die erbrachten Betreuungsstunden in unseren Kitas und Horten stieg im gleichen Zeitraum um 3,08 Mio. Stunden.

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen



Entwicklung der Betreuungsstunden in Mio. Stunden



III. Prognosebericht

1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2019 wird mit einem weiteren Anstieg der Kinderzahlen auf 5.750 gerechnet, u.a. aus dem geplanten Aufbau der Belegung in der Kita „Am Stadtpark“. So werden dann im Vergleich zum Gründungsjahr ca. 1.209 Kinder mehr betreut.

Die zu erwartenden Einnahmen aus Kostenbeiträgen belaufen sich laut Planung für 2019 auf 4,7 Mio. EUR. Die Zuweisungen lt. KiFöG betragen laut Planung 21,6 Mio. EUR, die Ermäßigungen betragen 3,8 Mio. EUR und der Ausgleich der Stadt Halle (Saale) beträgt 18,6 Mio. EUR.

Diese Plangrößen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen und werden vom Eigenbetrieb auf der Grundlage bereits geschlossener Betreuungsverträge sowie bereits bekannter Reservierungen, aber auch den geplanten Neueröffnungen von Kindertagesstätten kalkuliert.

Die Kostenbeiträge wurden nach der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, der mittelfristigen Prognose der Kinderbetreuungszahlen, nach derzeit geltender Satzung sowie den Vorschriften des KiFöG ermittelt.

Die Zuweisungen seitens des Landes bezüglich Kinder mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen wurden ebenfalls auf der Grundlage der prognostizierten Kinderzahlen geplant.

2. Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt 2019

Im Rahmen der Novellierung haben sich zum 01.01.2019 Änderungen im KiFöG Sachsen-Anhalt ergeben².

Ab Januar 2019 zahlen Eltern in Sachsen-Anhalt nur noch für das älteste in Krippe oder Kindergarten betreute Kind Kostenbeiträge. Das Land Sachsen-Anhalt wird die Kosten für die jüngeren Geschwisterkinder vollständig übernehmen. Das bedeutet rund 10 Millionen Euro zusätzliche Entlastung für die Familien und einen wichtigen Schritt in Richtung Beitragsfreiheit.

² Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt vom 24. Oktober 2018

Weitere Änderungen wird es zum 01. August 2019 geben:

Ab dem neuen Kindergartenjahr (01.08.2019) werden alle Kinder einen Bildungsanspruch von acht Stunden pro Tag haben.

Sofern Eltern neun oder zehn Stunden für ihre Kinder benötigen, können sie diese weiterhin unkompliziert bei Vertragsabschluss anmelden. Eltern, die arbeiten gehen, Angehörige pflegen, in Aus- und Weiterbildung sind oder aufgrund sonstiger Gründe längere Betreuungszeiten benötigen, haben genauso einen Rechtsanspruch auf eine erweiterte ganztägige Betreuung von bis zu 10 Stunden wie bisher. Zudem bieten viele Tageseinrichtungen bereits Betreuungsverträge an, die über 10 Stunden täglicher Betreuungszeit hinausgehen.

Der Personalschlüssel in Krippe, Kindergarten und Hort wird verbessert. Künftig werden pro Fachkraft 10 Tage zusätzlich im Personalschlüssel berücksichtigt, um Ausfälle z. B. durch Erkrankung auszugleichen.

Die gesamten Verbesserungen werden im Landeshaushalt mit zusätzlichen 47,8 Millionen Euro veranschlagt. Das bringt wichtige Verbesserungen auf den Weg und ist gut investiertes Geld in die Zukunft der Kinderförderung in Sachsen-Anhalt. KiFÖG Sachsen-Anhalt zum 01.01.2019 – Novellierung zum 01.08.2019.

IV. Chancen- Und Risikobericht

1. Chancenbericht

Branchenspezifische Chancen

Zur Erreichung seiner Unternehmensziele ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bemüht, die sich bietenden Chancen frühzeitig zu erkennen und diese verantwortlich zu nutzen. Die wesentlichen Chancen liegen im Ausbau der Betreuungskapazitäten und der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, um so den Anforderungen des Bildungsprogrammes für Kindertageseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ umfassend gerecht zu werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist der größte Träger der Stadt Halle (Saale). In 49 Kindertagesstätten und 6 Horten wird eine umfangreiche pädagogische Arbeit, bezogen auf das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt gewährleistet. Dadurch steht den Eltern ein breitgefächertes und vielfältiges Angebot zur Verfügung.

Die Einrichtungen haben einen individuellen Freiraum, um ihre konzeptionellen Schwerpunkte und Ansätze entsprechend der Bedingungen und Bedarfe zu gestalten, so finden die Erkenntnisse z.B. der tiergestützten Pädagogik und das Arbeiten auf der Grundlage des Situationsansatzes im Kita-Alltag Anwendung. Im Eigenbetrieb arbeiten Kitas mit folgenden Zertifizierungen: Kneipp Kita, Kita nach Situationsansatz (Kompetenzzentrum), Umwelt-Kita, Kind-Eltern-Zentrum und Reggio-inspiriertes Kinderhaus.

Es gibt sieben integrative Kindereinrichtungen. Weiterhin orientieren sich Einrichtungen am Bewegungskonzept nach Elfriede Hengstenberg und Emy Pickler; andere haben als Profil den musischen oder den naturorientierten Schwerpunkt gewählt. Für viele der Kitas des Eigenbetriebes ist die Verbundenheit zur Stadt Halle (Saale) von großer Wichtigkeit. So machen die Kinder sich mit Sehenswürdigkeiten und der Geschichte vertraut und beteiligen sich an den Höhepunkten in ihrem Umfeld.

Leistungswirtschaftliche Chancen

Chancen bestehen vor allem in der Verbesserung der Betreuungsqualität in allen Kindertagesstätten. Hierzu wurden am 22.11.2017 Fachstandards beschlossen. Diese werden nunmehr seit 2018 in allen Einrichtungen umgesetzt. Dies ermöglicht die Einschätzung, ob die Bedürfnisse und Wünsche ausreichend berücksichtigt werden können.

Im Bereich der Platzanmeldung und Vergabe wird bereits seit einiger Zeit mit Wartelisten gearbeitet. So wird eine gerechte und nachvollziehbare Platzvergabe gewährleistet.

Rechtliche Chancen - Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen

Die durch den Stadtrat beschlossene Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in eine AöR (Stadtrat 24.11.2010) wurde zur abschließenden Klärung an das Landesverwaltungsamt übergeben. Im Geschäftsjahr 2018 erfolgte noch immer kein abschließender Bescheid durch das Landesverwaltungsamt. Eine schriftliche Nachfrage diesbezüglich ist im Dezember 2018 durch den Geschäftsbereich der Stadt Halle (Saale) erfolgt. Eine Antwort steht noch aus.

Finanzwirtschaftliche Chancen

Chancen hier sind unternehmensexterne und interne Einflussfaktoren, wie ein gut organisiertes Mahnwesen und die gesicherte Finanzierung durch den örtlichen Träger auf der Grundlage eines beschlossenen Wirtschaftsplanes. Beides besteht im Eigenbetrieb und wird kontinuierlich optimiert und verbessert.

2. Risikobericht

Im Rahmen der geschäftlichen Tätigkeit ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschiedenen Risiken ausgesetzt, die das unternehmerische Handeln und die entsprechenden Unternehmensergebnisse beeinflussen können. Das zentrale Risikomanagementsystem ist im Berichtswesen des Eigenbetriebes verankert. Regelmäßige Abstimmungen erfolgen im Bereich des Managements und des Controllings. Dort wird gewährleistet, dass entscheidungsrelevante Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erkannt und entsprechend gesteuert werden.

Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden.

Branchenrisiken

Im Jahr 2019 wird es zu einem weiteren Anstieg der Personalkosten kommen. Dieser Anstieg resultiert aus dem zum 28.02.2018 ausgelaufenen Tarifvertrag und damit verbundenen Tarifabschluss 2018. Andere kostensteigernde Gründe sind der zusätzliche Personalbedarf für die neu in Betrieb gehenden Kindertageseinrichtungen sowie tariflich bedingte Höherstufungen.

Der Arbeitsmarkt für Erzieher ist im Allgemeinen sehr angespannt. Ab dem nächsten Jahr gehen wir von einer Mitarbeiterzahl von rund 900, davon 1 Azubi-Stelle, aus. Entsprechend dem Stellenplan werden in der Verwaltung 41 Stellen, davon 1 Azubi-Stelle und in den Kindertagesstätten 55 Leiter/innen, 692 Erzieher/innen (davon 15 Erzieherinnen und Erzieher im „Springer-Pool“), 56 Heilpädagogen/innen, 34 Kinderpfleger/Sozialassistenten, 14 Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler im Rahmen des Bundesprogrammes „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“, sowie 1 Fachberaterin für sprachliche Bildung beschäftigt sein. Dies entspricht einem Vollzeitstellenanteil von 749,1 VbE + 1 VbE (2016: 716,35 VbE + 1 VbE).

Leistungswirtschaftliche Risiken

Risiken im Rahmen der Betreuungsqualität werden durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

Strategische Risiken

Die strategischen Risiken des Eigenbetriebes Kindertagesstätten umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Einrichtungen. Insgesamt gehen wir im Jahr 2019 im Jahresdurchschnitt mittlerweile von einer Belegung von 5.750 Kindern aus. Dieses geht aus den bereits für 2019 abgeschlossenen Betreuungsverträgen und den bereits bekannten Reservierungen hervor.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Oberste Priorität der finanzwirtschaftlichen Betrachtung gilt der Sicherung der Liquidität.

Rechtliche Risiken

Risiken aus Änderungen der Gesetzgebung können für den Eigenbetrieb in Bezug auf den Tarifabschluss 2018 als hoch eingestuft werden. Ebenso ist der auslaufende Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst zum 30.06.2020 ein Risiko.

Die Sanierungsverpflichtung des schadstoffbelasteten Bodens in der Kita „Am Stadtpark“ konnte im Jahr 2018 vollständig abgeschlossen werden.

Sonstige Risiken

Zur Sicherung der Energiepreise sind langfristige Verträge mit den verschiedenen Lieferanten abgeschlossen worden. Die Energieträger Wasser, Strom, Gas und Öl werden somit auch im Jahr 2019 verbrauchsorientiert eingesetzt.

Gesamtbeurteilung der Risiken

Die Risikolandschaft des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ist im Berichtszeitraum unverändert gegenüber dem Vorjahr. Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken. Aus heutiger Sicht zeichnen sich keine den Fortbestand des Eigenbetriebes gefährdende Risiken, auch in Verbindung mit anderen Risiken, ab.

V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO

1. die Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte: im Wirtschaftsjahr 2018 gab es keine Veränderungen
2. die Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen: der Eigenbetrieb unterhält 49 Kindertagesstätten und 6 Horte. Die Auslastungsquote lag 2018 bei 99,06 %.
3. den Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie Abschnitt II.4. Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.
4. die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen: hierzu wird auf die Angaben im Anhang verwiesen.
5. die Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr: hierzu wird auf Punkt II.3 des Lageberichts verwiesen.
6. die Ertragslage: siehe Abschnitt II des Lageberichts.
7. den Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehälter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung einschließlich der Beihilfen und sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr: hierzu wird auf die Angaben im Anhang und Lagebericht (Abschnitt II.3) sowie auf die bestehenden tariflichen Vergütungen verwiesen. Beihilfen wurden nicht gezahlt.
8. die Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie im Lagebericht auf den Abschnitt Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale) verwiesen.

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Wasserwerk 1 06132 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr/> 26	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum keine Bezüge von der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	66	100	64	100	60	100	2	3

Bilanzsumme	66	100	64	100	60	100	2	3
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	55	83	54	84	53	88	1	2
Rückstellungen	5	7	6	10	6	10	-1	-17
Verbindlichkeiten	6	10	4	6	1	2	2	50

Bilanzsumme	66	100	64	100	60	100	2	3
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	26	25	25
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	25	24	24
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,26	4,07	3,61	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,07	1,97	1,71	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	83,40	84,01	87,95	%
Fremdkapitalquote:	16,60	15,99	12,05	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.3. Vermögenslage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
- 6. Prognosebericht**

1. Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Eine operative Geschäftstätigkeit besteht nicht. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf 2018 war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft weist keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aus, da die im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung für die Maya mare GmbH und Co. KG anfallenden Aufwendungen auch in 2018 durch die Gesellschaft in vollem Umfang erstattet wurden.

Den betrieblichen Erträgen in Höhe von 26,1 TEUR und der Auflösung von Steuerrückstellungen in Höhe von 0,2 TEUR stehen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 24,8 TEUR gegenüber, sodass 2018 ein Jahresgewinn in Höhe von 1,1 TEUR ausgewiesen wird.

4.2. Finanzlage

Die FTZ verfügt über ein bilanzielles Eigenkapital von 54,9 TEUR. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,6 TEUR wird das Eigenkapital durch Gewinnvorräte in Höhe von 28,2 TEUR bestimmt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2018 in Höhe von 1,1 TEUR ist ein Anstieg des Eigenkapitals um diesen Betrag gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Gemäß §7 des Gesellschaftervertrages der Maya mare GmbH & Co. KG bekommt die FTZ die ihr aus der Geschäftsführung entstandenen angemessenen Aufwendungen von der Maya mare GmbH & Co. KG ersetzt. Außerdem erhält sie für die Übernahme der Haftung jährlich eine Vergütung in Höhe von 5 % ihres Stammkapitals. Die Liquidität der Gesellschaft hängt demnach von der Zahlungsfähigkeit der Maya mare ab. Deren Liquidität ist gewährleistet, da die Maya mare GmbH & Co. KG zur Liquiditätssicherung sowie zum Ausgleich von Fehlbeträgen einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der SWH und von der HWS entsprechend ihrer Beteiligungen an der Maya mare erhält. Darüber hinaus ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG durch die bestehende Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH über einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 700 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2018 verfügt die FTZ GmbH über eine Bilanzsumme von 65,8 TEUR, das entspricht einer Erhöhung um 1,8 TEUR zum Vorjahr. Auf der Aktivseite ist zum Stichtag eine geringfügige Zunahme der offenen Forderungen aus dem Auslagenersatz und der Haftungsvergütung sowie ein um 1,3 TEUR erhöhtes Bankguthaben gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Auf der Passivseite resultiert die gestiegene Bilanzsumme vor allem aus der Zunahme der zum Stichtag noch offenen Verbindlichkeiten.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Das Risikomanagement der Maya mare wirkt als Steuerungsinstrument, um die FTZ vor den Risiken als persönlich haftende Gesellschafterin zu schützen.

Als ein Risiko, allerdings mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit, wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse von den Gesellschaftern Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH bei der Maya mare gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Maya mare nicht gesichert, was auch auf die FTZ durchwirken würde.

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

Das Ergebnis der Gesellschaft ist insofern planbar, da außer der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung einschließlich Auslagenersatz keine weiteren Umsatzerlöse erzielt werden. Alle Auslagen der Gesellschaft werden entsprechend dem Gesellschaftervertrag der Maya mare GmbH & Co. KG weiterberechnet. Es wird daher für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 mit einem Ergebnis von ca. 1,0 TEUR gerechnet.

Maya mare GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
	FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH *(vertreten durch Waldenburger, Annette)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	7.132	88	8.130	89	9.050	94	-998	-12
Umlaufvermögen	975	12	976	11	508	6	-1	-0
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	3	0	21	0	7	233

Bilanzsumme

8.117	100	9.109	100	9.579	100	-992	-11
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

Passiva

Eigenkapital
Sonderposten für Investitionszulagen
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.517	43	3.517	39	3.517	37	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	2.083	26	2.482	27	2.880	30	-399	-16
Rückstellungen	508	6	798	9	829	9	-290	-36
Verbindlichkeiten	1.962	24	2.282	25	2.318	24	-320	-14
Rechnungsabgrenzungsposten	47	1	30	0	35	0	17	57

Bilanzsumme

8.117	100	9.109	100	9.579	100	-992	-11
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.799	5.668	5.255
sonstige betriebliche Erträge	1.989	1.899	1.811
Materialaufwand	2.710	2.712	2.389
Personalaufwand	2.889	2.729	2.706
Abschreibungen	1.190	1.222	1.035
sonstige betriebliche Aufwendungen	896	783	753
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	59	77	140
Ergebnis nach Steuern	44	44	44
sonstige Steuern	44	44	44
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.190	1.222	1.035	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	56	58	54	T€
Personalaufwandsquote:	37,10	36,06	38,30	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,65	89,14	94,34	%
Eigenkapitalquote:	43,32	38,61	36,72	%
Fremdkapitalquote:	56,68	61,39	63,28	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Besucher	361.222	366.454	357.273	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Nachtragsbericht

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft betreibt ein Freizeit- und Erlebnisbad auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Das Bad wurde am 1. April 1999 eröffnet. Die Finanzierung des gesamten Objektes erfolgte u. a. durch einen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (19.652 TEUR, entspricht rd. 60 % der förderfähigen Ausgaben). Zur Sicherstellung der Liquidität leisten die Gesellschafter SWH und HWS jährlich neu zu vereinbarende Betriebskostenzuschüsse.

Folgende Gesellschafterstruktur besteht:

Stadtwerke Halle GmbH	82,4 %
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	12,5 %
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	5,1 %
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	Komplementärin

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Betrieb des Freizeitbades „Maya mare“ zielt darauf ab, neben den Umsatzerlösen aus dem Bade-, Sauna- und Fitnessbetrieb Nebenumsätze in den ergänzenden Sparten Gastronomie, Massage/Wellness und Boutique zu generieren.

1.2. Ziele und Strategien

Das Freizeitbad Maya mare spricht von Kindern, Jugendlichen und Familien über den erholungsuchenden Erwachsenen bis zur Gruppe der Senioren eine große Besucherbandbreite an. Dies ist auch notwendig, um eine angemessene Auslastung der Freizeitanlage durch Einwohner und Touristen im Einzugsgebiet zu erreichen. Zu den Wettbewerbern zählen neben anderen Erlebnisbädern, Thermen und Fitnessstudios in der Region auch Freizeitangebote wie 3D-Kinos, Hochseilgärten, Boulder- und Kletterhallen, Indoorspielplätze und Freizeitparks. Die Herausforderung im Wettbewerb mit diesen Anbietern besteht darin, das eigene Freizeitangebot sehr attraktiv zu halten und ein hohes Maß an Dienstleistungs- und Servicequalität im täglichen Betrieb sicherzustellen. Dazu müssen unsere Mitarbeiter in zunehmendem Maße geschult werden und erlernen, dass die fachlichen Kompetenzen nur in enger Verbindung mit einem ausgeprägten Servicedenken optimal zur Wirkung kommen. Die Beschaffung von dienstleistungsorientierten Mitarbeitern mit der Bereitschaft zu Arbeit in Schichten, insbesondere auch an Wochenend- und Feiertagen gestaltet sich mit aufgrund der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zunehmend schwieriger. Aus diesem Grund stellen Personalpflege und Personalbindung zukünftig deutlich größere Anforderungen an die tägliche Arbeit der Führungskräfte, die es dafür zunehmend gezielter zu schulen und weiterzubilden gilt.

Die Ansprüche an den Erlebniswert bei der Freizeitgestaltung steigen in nahezu allen Zielgruppen. In möglichst kurzer Zeit ganz intensive Erlebnisse genießen zu können, ist ein sich verstärkender Anspruch der jüngeren Zielgruppe an Anbieter der Freizeitbranche. Mit der Investition in den Kinder-Erlebnissbereich „Tulumaya“ wurde im Jahr 2016 eine sehr gute Grundlage geschaffen, um insbesondere Familien mit Nachwuchs bis zu einem Alter von 12 Jahren anzusprechen. Der anhaltend gute Besucherzuspruch im Badebereich verdeutlicht das. Die Möglichkeit des Ausbaus unseres Kursangebotes für Kinder, von Babys über Kleinkinder bis hin zu den Grundschulern, aufgrund der gestiegenen Nachfrage des Familienpublikums, ist ein weiteres positives Ergebnis aus dieser Investitionsmaßnahme, das 2018 ergebniswirksam wurde. Strategisch wurden für 2018 auch die personellen Strukturen angepasst, um dieses Kundenpotenzial umfänglich zu nutzen.

Im Saunabereich hält das Maya mare eine große und vielseitige Auswahl an Schwitzangeboten bereit. Jedoch an Rückzugsraum und Ruhemöglichkeiten mangelt es insbesondere in der Sauna-Hochsaison von Oktober bis März und der Außenbereich, gestaltet als einfache Liegewiese, entspricht nicht mehr den Anforderungen an eine moderne Sauna- und Wellnessanlage. Aus dem Grund war bereits für das Jahr 2018 die Errichtung eines neuen Sauna-Ruhehauses sowie die Umgestaltung und Zonierung des Saunagartens in den Investitionsplan aufgenommen worden. Mit den Planungen wurde bereits Ende 2017 begonnen, die Inbetriebnahme war ursprünglich für 2018 geplant. Da jedoch die Angebote im Sommer 2018 über den Kostenberechnungen für das Gesamtprojekt lagen, wurden die Ausschreibungen aufgehoben und die Bauzeit in das 1. Halbjahr 2019 verschoben, mit dem Ziel, durch einen größeren zeitlichen Vorlauf für die Bieter bessere Angebote zu erhalten. Dies war leider nicht der Fall, die starke Konjunktur in der Baubranche geht mit starken Kostensteigerungen einher. Für das Gesamtprojekt Ruhehaus müssen daher auch Investitionsmittel die für das Jahr 2019 geplant waren zum Einsatz kommen. Damit angeordnete Projekte werden in die Folgejahre verschoben.

Der demografische Wandel ist für das „Viva Mare“ eine Chance, da der Mitgliederanteil der über 60-jährigen sehr hoch liegt. Wenn in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge das Renteneintrittsalter erreichen, stellt diese Gruppe ein interessantes Potenzial dar. Der Versuch der vergangenen Jahre, mehr jüngere Menschen für eine Mitgliedschaft zu gewinnen, war weniger erfolgreich. Insbesondere der Wunsch dieser Generation nach möglichst viel Freiheit führte dazu, dass zeitlich befristete Angebote zum Test unseres Fitnessbereichs zwar gern angenommen wurden, eine Jahresbindung aber oft nicht abgeschlossen wurde. Aus diesem Grund wurde der Marketingschwerpunkt in diesem Bereich auch wieder geändert.

Die Ausstattung, z. B. im Fitnessstudio „Viva Mare“, muss den anspruchsvollen Mitgliedsbeitrag rechtfertigen. Hier müssen Trainingsgeräte vorgehalten werden, die sich auch an den modernen Trainingsmethoden zur Gesunderhaltung orientieren. Regelmäßige Erneuerung von alter Geräteausstattung wird in der Planung berücksichtigt. Fachlich exzellent qualifizierte Mitarbeiter sind in diesem Bereich eine weitere wichtige Voraussetzung, um die Gäste die Wirkungsweisen dieser modernen Geräte mit Hilfe ganzheitlicher Trainingskonzepte auch erfolgreich spüren zu lassen. Die praktizierte kontinuierliche Fortbildungsplanung schafft hierfür die besten Voraussetzungen.

1.3. Steuerung

Unsere interne Organisationseinheit ist in die Struktureinheiten Bad, Sauna und Wellness, Gastronomie, Fitness, Rezeption/Verwaltung sowie Reinigung, Technik und Betriebsleitung/Geschäftsführung gegliedert.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den Umsatzerlösen der Bereiche Bad, Sauna, Fitness, Gastronomie, Parkplätze, Boutique und Massage/Wellness sowie den zur Erzielung der Umsatzerlöse notwendigen variablen und fixen Aufwendungen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind die Besucherzahlen, die Umsatzerlöse, die variablen und fixen Aufwendungen sowie der Personaleinsatz. Über Kennziffern für den Wareneinsatz wird zudem in den Bereichen Gastronomie und Boutique die Preisgestaltung gesteuert, die die Umsatzerlöse beeinflusst.

Die Einhaltung, besser noch die Unterschreitung, der geplanten notwendigen Betriebskostenzuschüsse ist Bewertungsgröße für die Zielerreichung.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In diesem Geschäftsjahr gab es keine Veränderungen in der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft neun Jahre in Folge gewachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,0 %.

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 5,2 % im Jahr 2018. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 auf 7,7 % (Vorjahr 8,4 %) und unterbot hiermit zum dritten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2018 einen Einwohnerstand von 241.333 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 240 Einwohner).

3. Geschäftsverlauf

Auch im Jahr 2018 hielt die positive Entwicklung der Vorjahre auf dem Bäder- und Freizeitmarkt an. Das verfügbare Freizeitbudget der Bevölkerung im relevanten Einzugsgebiet stieg aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage leicht an. Niedrige Zinsen stehen dem Spargedanken entgegen und fördern auch den Konsum in der Freizeitbranche. Der im Herbst 2016 attraktivierte Kinderbereich beeindruckt weiterhin insbesondere das Familienpublikum und sorgt für konstante Besucherzahlen. Auch die durchschnittlich besonders warme und trockene Witterung des Jahres 2018 konnte die Besucherentwicklung nicht negativ beeinflussen.

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit neuen Thermen und Freizeitbädern ist nach wie vor in absehbarer Zukunft im relevanten Einzugsgebiet nicht zu rechnen. Das Freizeitbad „Nemo“ in Magdeburg wurde nach der Übernahme durch einen neuen Betreiber im Frühjahr 2016 schrittweise umfassend saniert und attraktiviert und setzt damit im relevanten Markt neue Maßstäbe. Das Freizeitbad „Heidespa“ in Bad Dübren hat seinen zugehörigen Hotelbereich bereits Ende 2017 erweitert und denkt aktuell über Erweiterungsinvestitionen im Sauna- und Kinderbereich nach. Auch im Maya mare werden zur Erhaltung und Steigerung der Attraktivität im Saunabereich 2019 neue attraktive Ruhebereiche geschaffen, das Sitzplatzangebot in der Saunagastronomie erweitert und der Saunagarten neugestaltet.

Zudem sind Bestrebungen von Hallenbädern zum Ausbau ihrer Angebote vor dem Hintergrund der Steigerung der Wirtschaftlichkeit ernstzunehmende Faktoren, die das Kundenpotenzial für das Maya mare verringern können. Meist bleiben die Hallenbadpreise auch nach derartigen Attraktivierungen und Angebotserweiterungen (mit Kinderbereichen, Kurs- und Erlebnisbecken oder Saunaangeboten) deutlich hinter den Eintrittspreisen, die für große Freizeitbäder üblich sind, zurück. Dadurch erhöht sich der Wettbewerbsdruck und die Durchsetzung von Preissteigerungen für den Eintritt im Maya mare wird erschwert.

Der Investor der seit mehreren Jahren im Bau befindlichen Freizeitanlage „Sportparadies am Böllberger Weg“ in Halle (Saale), hat einen Kooperationsvertrag mit dem Universitätssportverein (USV) geschlossen und Fördermittel für den Weiterbau erhalten. Der USV wird Teile des Neubaus als Vereinstrainingsstätte erhalten, die Inbetriebnahme ist 2019 geplant. Zudem soll der Bundesstützpunkt für Floorball im „Sportparadies am Böllberger Weg“ untergebracht werden. Auch der Rehabilitations- und Behindertensport sowie Präventionssport sind als Nutzer vorgesehen. Der private Investor verfolgt sein Ziel eines Freizeitentrums mit Sauna-, Fitness- und Wellnessangeboten im nördlichen Teil der Anlage weiter. Die dafür notwendige Finanzierung sei jedoch noch nicht gesichert. Dieser Teil wird somit frühestens 2020 in Betrieb gehen.

Eine neue, attraktive Indoor-Trampolinhalle wurde im Norden von Halle (Saale) errichtet und im 1. Quartal 2018 in Betrieb genommen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Wirtschaftsjahr 2018 hatten politische und rechtliche Entwicklungen keinen Einfluss von Bedeutung auf das Jahresergebnis.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Zeitraum Juni 2017 bis Juni 2018 wurde eine Postleitzahlenanalyse unter den Bad- und Saunabesuchern durchgeführt, um die Quellgebiete unserer Gäste genauer zu analysieren und das Marketing gezielter darauf auszurichten. 65 % der Maya mare Besucher kommen aus einem Radius unter 50 Kilometern. Dies belegt die Bedeutsamkeit des Maya mare für den lokalen Freizeitsektor. Aus dem Großraum Leipzig kamen rd. 10 % der Gäste, in diesem wachsenden Markt mit jährlich steigenden Einwohnerzahlen wurden schon 2018 die werblichen Aktivitäten nochmals verstärkt.

Der Relaunch des Maya mare-Werbeauftritts wurde im 4. Quartal 2018 auch auf den Internetauftritt des Maya mare projiziert. In diesem Zusammenhang wurde in Kooperation mit einem Drittanbieter ein Onlineshop mit der Möglichkeit von print@home tickets, für alle Angebote des Maya mare, geschaffen. Diese zeitgemäße Art des Gutscheinvertriebs erfreut sich bei unseren Gästen steigender Beliebtheit und entlastet damit das Personal an der Rezeption, was die freiwerdende Zeit verstärkt zur Beantwortung von Onlineanfragen durch Gäste nutzen kann.

Im Geschäftsjahr 2018 konnten insgesamt 361.222 Besucher gezählt werden (2017: 366.454), was einem marginalen Besucherrückgang von 1,4 % entspricht. Im Badebereich lag die Besucherzahl bei 228.377 (2017: 228.427) und damit fast auf dem Niveau des Vorjahres. Die Zahl der statistisch erfassten Saunabesuche lag mit 58.098 (2017: 64.885) rd. 10,5 % unter dem Vorjahr, was auf eine erhöhte Anzahl von Besuchern zurückzuführen ist, die als Badegast einchecken und erst später über das Drehkreuz in den Saunabereich wechseln – diese Besucher werden im System weiterhin als Badbesucher geführt. Die Umsatzerlöse im Saunabereich liegen geringfügig über dem Vorjahr, was auf die planmäßige Eintrittspreis Anpassung ab Oktober 2018 zurückzuführen ist.

Die Umsätze im Massage- und Wellnessbereich hängen maßgeblich von den Besucherzahlen in der Sauna ab, da sich die entsprechenden Räumlichkeiten für die Anwendungen direkt in diesem Bereich befinden. Jedoch können auch Teile der Badbesucher für eine Anwendung gewonnen werden. Bei den Umsatzerlösen aus Massage- und Wellnessanwendungen konnte 2018 ein Zuwachs von 21,1 % zum Vorjahr verzeichnet werden. Ursächlich war die überplanmäßige Einstellung eines Wellness-Mitarbeiters, um die in Spitzenzeiten gestiegene Nachfrage nach Anwendungen besser bedienen zu können.

Im Bereich Fitness steht das Maya mare im Wettbewerb mit über 20 weiteren Anbietern in der Region. Insbesondere die verstärkte Niedrigpreispolitik verschiedener Fitness-Ketten erschwert den Kampf um Neukunden für den Gesundheitsclub „Viva mare“, dessen Mitgliedsbeiträge eher im oberen Preissegment angesiedelt sind, da die Nutzung des Bades immer inkludiert ist. Mit rund 1.090 Mitgliedern hat der Club zum Jahresende 2018 die Anzahl der Austritte durch Neuvertragsabschlüsse nicht nur kompensieren sondern mehr Neumitglieder gewinnen können. Die Erlöse aus dem Geschäftsbereich „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ konnten 2018 gesteigert werden. Die Erlöse im Bereich Fitness lagen 2018 bei 862,3 TEUR (2017: 820,5 TEUR) und somit 5,1 % über dem Vorjahr.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Maya mare GmbH & Co. KG.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 waren in der Maya mare GmbH & Co. KG 139 Mitarbeiter (Personalstand) und 6 Auszubildende beschäftigt, davon waren 88 Frauen. Im Personalstand enthalten sind auch 48 geringfügig beschäftigte Mitarbeiter. Der Altersdurchschnitt der Belegschaft betrug 37 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von sechs Jahren. Im Geschäftsjahr 2018 lag die Fluktuationsrate bei 9,76 %.

Wie in den vergangenen Jahren auch versucht die Maya mare GmbH & Co. KG Fachkräfte aus den eigenen Reihen zu gewinnen. Die Maya mare GmbH & Co. KG bildet in folgenden Berufen aus:

- Fachfrau/-mann für Systemgastronomie
- Fachkraft im Gastgewerbe
- Sportfachmann/-frau
- Fachangestellte für Bäderbetriebe.

Zusätzlich dazu ermöglicht sie das duale Studium an der Berufsakademie im Studiengang Fitnessökonomie.

Die Mitarbeiter der Maya mare GmbH & Co. KG unterliegen dem Tarifvertrag für Dienstleistungs-, Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013. Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag wurde für 2018 neu verhandelt. Das Verhandlungsergebnis bestand aus drei Teilen. Neben den Tarifsteigerungen zum 1. Januar 2018 und zum 1. September 2018, wird auch zum 1. Juni 2019 eine Anpassung vorgenommen.

Personalentwicklung 2018

Die Schnellebigkeit der Veränderung interner wie externer Rahmenbedingungen bringt viele Herausforderungen mit sich und erfordert flexibles Handeln und Anpassungsfähigkeit der Stadtwerke Halle mit all ihren Mitarbeitern. Vor diesem Hintergrund wurden die Personalentwicklungsinstrumente fortgeführt und ergänzten auch 2018 die Schulungen mit fachlichem Schwerpunkt.

Führungskräfteentwicklung

Die Führungskräfte des Maya mare haben an ausgewählten Schulungen & Workshops im Rahmen der Führungskräfteentwicklung teilgenommen.

Auf Konzernebene fand in 2018 ebenfalls eine Führungskräfteveranstaltung für die operative Führungsebene zum Thema „Digitalisierung“ statt. Vier Führungskräfte des Maya mare haben an der eintägigen Veranstaltung teilgenommen. Die Tagungsergebnisse fließen in die strategische Weiterentwicklung der SWH-Gruppe ein und werden 2019 weiterbearbeitet.

Compliance

Im Bereich Compliance wurden 2018 Schulungen zu den Unternehmerpflichten der Führungskräfte sowie Antikorruptionsschulungen durchgeführt.

Speziell für Geschäftsführer, Vorstände und Prokuristen der SWH-Gruppe wurde zudem eine Schulung mit den Schwerpunkten Korruptionsprävention/Zusammenarbeit mit den Interessensvertretungen sowie Haftung als Geschäftsführer/Prokurist durchgeführt.

Für 2019 sind erneut Auffrischungsschulungen zur Korruptionsprävention geplant, ebenso Erstschulungen zum Thema „Unternehmerpflichten“.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen 2018 insgesamt mit 5.798,7 TEUR um 2,3 % über dem Vorjahresumsatz (2017: 5.667,7 TEUR) und um 7,2 % über dem Plan. Ursächlich dafür sind über dem Vorjahr liegende pro Kopf Erlöse, höher als geplante Erlöse aus den Kinderkursen sowie die Eintrittspreis Anpassung ab Oktober 2018. Zudem führen Mehrerlöse aus dem Fitnessbereich, dem Bereich Massage/Wellness sowie der gestiegene pro Kopf-Umsatz im Gastronomiebereich zu dieser Umsatzerlössteigerung. Der Umsatz in der Gastronomie liegt bei 1.352,2 TEUR (2017: 1.322,7 TEUR) und damit 2,2 % über dem Vorjahr.

Die Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellen den Hauptanteil des Materialaufwandes dar. Der Aufwand für Wasser/Abwasser konnte zum Vorjahr auf nahezu gleichem Niveau gehalten werden. Durch die Umsetzung von Maßnahmen zur Einsparung von Elektroenergie konnte dieser Aufwand im Vergleich zum Vorjahr auf 450,1 TEUR gesenkt werden (2017: 469,4 TEUR). Die Aufwendungen für Wärmeenergie lagen im Jahr 2018 aufgrund des gestiegenen Heizölpreises und einem ungeplanten Ausfall der Wärmerückgewinnungsanlage bei 397,0 TEUR (2017: 373,0 TEUR).

Mehraufwendungen zum Plan waren im Bereich Instandhaltungen notwendig, der Gesamtaufwand lag 2018 bei 977,3 TEUR (2017: 928,4 TEUR). Ursächlich hierfür waren insbesondere die dringend notwendigen Instandsetzungsarbeiten an den Dachpyramiden der Badehalle und am Tonnendach der Badumkleide im Umfang von 211,7 TEUR und die Umverlegung einer Gasleitung zur Vorbereitung des Grundstücks für den Bau des neuen Ruhehauses im Umfang von 62,1 TEUR. Weitere Aufwendungen mussten getätigt werden für die Sanierung von zwei Großfiltern zur Sicherung der Badewasserqualität, den Austausch verschlissener Geruchsverschlüsse im Bad-Umkleidebereich, die Erneuerung des Parkettbodens im Kursraum sowie die Instandsetzung verschiedener Pflasterflächen im Außenbereich des Bades.

Der Personalaufwand 2018 beträgt 2.889,3 TEUR (2017: 2.728,8 TEUR). Die Abschreibungen 2018 liegen bei 1.190,2 TEUR (2017: 1.222,2 TEUR).

Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten einschließlich der Abschreibungen, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die erzielten Umsatzerlöse reichen auch im Geschäftsjahr 2018 nicht aus, um eine Kostendeckung zu erzielen. Das ausgeglichene Jahresergebnis konnte nur durch Zahlung der Betriebskostenzuschüsse durch die SWH und die HWS in Höhe von insgesamt 1.368,5 TEUR (2017: 1.314,4 TEUR) erzielt werden. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter notwendig sein.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2018 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 3.516,7 TEUR. Der geringfügige Rückgang des Eigenkapitals um 0,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert ausschließlich aus der Entnahme der Zinserträge für die Kapitalkonten.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde auch in 2018 planmäßig in Höhe von 398,4 TEUR entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst. Im Ergebnis der Auflösung des Sonderpostens ist ein entsprechender Rückgang des wirtschaftlichen Eigenkapitals in dieser Höhe zu verzeichnen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Bankdarlehen gegenüber der Sparkasse konnten die Kreditverbindlichkeiten des Maya mare auch in 2018 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2018 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 820,1 TEUR (Vorjahr: 1.078,0 TEUR).

Im Ergebnis der dargestellten Unternehmensentwicklung wird zum Bilanzstichtag 2018 eine Eigenkapitalquote von 43,3 % erreicht (Vorjahr: 38,6 %).

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2018 wurden insgesamt Investitionen im Umfang von 202,9 TEUR getätigt. Im Badebereich wurde der 2. Teil der Liegen und Stühle erneuert und damit die Erstausrüstung jetzt vollständig ersetzt. Im Bereich Sauna wurde eine Musikanlage für die Außensauna angeschafft, um das Aufgusserlebnis auch akustisch zu untermalen und im Fitnessbereich neue Spinningräder angeschafft. Im Zuge des seit 2017 modernisierten Markenauftritts für das Maya mare folgte im Jahr 2018 die entsprechende Anpassung des Internetauftritts. Die für 2018 geplanten Investitionen für das Großprojekt Sauna-Ruhehaus und Außenanlagen inkl. Erweiterung der Gastronomieterrasse im Gesamtumfang von rd. 750,0 TEUR wurden aufgrund der Verschiebung des Baubeginns in das Jahr 2019 nur anteilig Investitionen im Umfang von 52,1 TEUR getätigt.

4.2.3. Liquidität

Die Maya mare GmbH & Co. KG weist zum 31.12.2018 einen Finanzmittelfonds in Höhe von 702,3 TEUR (Vorjahr: 801,5 TEUR) aus. Auch unterjährig verfügte die Gesellschaft über eine ausreichende Liquidität, sodass sie jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen gerecht wurde. Zur Liquiditätssicherung der Maya mare tragen maßgeblich die jährlichen Betriebskostenzuschüsse der SWH sowie der HWS bei. Mit dem Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit sowie aus dem vorhandenen Finanzmittelfonds konnte dementsprechend der Mittelabfluss für die laufende Geschäftstätigkeit sowie für die Investitionen in 2018 in vollem Umfang finanziert werden. Die laufende Liquidität ist zusätzlich durch einen Kontokorrentkreditrahmen im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH in Höhe von 700,0 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2018 beträgt die Bilanzsumme der Maya mare GmbH & Co. KG 8.117,3 TEUR, das ist ein Rückgang um 992,0 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die Abnahme resultiert hauptsächlich aus dem Rückgang des Anlagevermögens, da den Anlagenzugängen aus Investitionen in Höhe von 202,9 TEUR planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.190,2 TEUR und Anlagenabgänge von 11,0 TEUR gegenüberstehen sowie die Minderung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 110,2 TEUR. Auf der Passivseite wird der Rückgang der Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr maßgeblich durch die Abnahme des Sonderpostens infolge seiner planmäßigen Auflösung, die Verringerung der Rückstellungen sowie den Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestimmt.

4.4. Gesamtaussage

Erlebnisbäder sind nach wie vor aus unserer Freizeitgestaltung nicht wegzudenken, auch wenn der Wettbewerb mit anderen Unterhaltungs- und Erlebnisangeboten weiter zunimmt. Der hohe Aufwand für Abschreibungen und Kapitaldienst sowie für die laufenden Betriebskosten für derartige Anlagen wird durch die Umsatzerlöse nicht gedeckt und es wird immer der Zuschüsse der Hauptgesellschafter bedürfen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis auszuweisen. Ziel muss es bleiben, diesen Zuschussbedarf aus dem operativen Betrieb nicht ansteigen zu lassen.

Dafür ist ein Halten der einmal erreichten Besucherzahlen im Bade- und Saunabereich sowie der Mitgliederzahlen im Fitnessclub entscheidend. Im Fitnessbereich sollen weitere Umsatzzuwächse durch Steigerung der Mitgliederzahlen generiert werden. im 1. Quartal 2019 soll für das Viva mare eine Mitgliederbefragung durch das Marktforschungsunternehmen Conomic erfolgen. Die Ergebnisse der Befragung sollen Aufschluss darüber geben, welche Angebotsstruktur, welchen Digitalisierungsgrad und Formen der Betreuung und Kommunikation die Mitglieder zukünftig von uns erwarten. Auf dieser Grundlage sollen insbesondere Investitionsentscheidungen getroffen, Schulungen für die Mitarbeiter ausgewählt und Marketingmaßnahmen ausgerichtet werden.

Im gastronomischen Bereich liegt der Wareneinsatz mit 35,7 % auf dem Niveau des Vorjahres, der pro-Kopf-Erlös liegt 2018 bei 3,74 EUR (2017: 3,60 EUR).

Im Sauna- und Wellnessbereich spielt das Verhalten der Zielgruppe von gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Dafür ist es besonders wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Umfassende Instandhaltungsinvestitionen in den Sanitärbereichen, Duschen und Umkleiden müssen in nächster Zukunft geplant und finanziell sichergestellt werden, damit das Maya mare auch mittel- und langfristig seine Gesamtattraktivität nicht verliert.

Erneuerungen an allen Dachbereichen werden in den kommenden Jahren weitere Schwerpunkte der erforderlichen Instandsetzung darstellen, um die statisch relevanten Unterkonstruktionen vor Feuchtigkeitsschäden zu sichern.

5. Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nachzumelden.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2018 wurden bei der Maya mare GmbH & Co. KG insgesamt 25 Risiken ermittelt (Vorjahr: 23). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt drei Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	0	0	0
Beschaffungsmarkt	0	0	0
Konkurrenzunternehmen	2	0	2
Recht und Politik	0	0	0
Technologische Entwicklungen	1	0	1
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	0	0	0
Gesamt	3	0	3

Das Risiko „Konkurrenzunternehmen“ umfasst zwei Einzelrisiken; eines resultiert aus der Konkurrenz nahegelegener Freizeitbäder das zweite Risiko betrifft die Möglichkeit der Schaffung eines modernen Sauna- und Gesundheitsangebotes im Stadtbad Halle (Saale).

Als ein Risiko mit potenziell großer Schadenshöhe wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter, Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Gesellschaft nicht gesichert und ein Fortbestand der Gesellschaft gefährdet. Das Risiko betrifft die Wirtschaftsjahre ab 2020, für das Jahr 2019 sind die Vereinbarungen über die Zahlung der Betriebskostenzuschüsse abgeschlossen.

Im Jahr 2017 wurde das durch Feuchtigkeit und Verschleiß geschädigte Dach einschließlich der Dämmung sowie der Lichtkegel über dem Badebereich als Risiko der Gruppe 1 eingestuft. Im Jahr 2018 wurden bereits erste Instandsetzungsarbeiten an den Lichtkuppeln durchgeführt, in der Mittelfristplanung 2019 bis zum Jahr 2021 sind die Mittel für die Instandsetzung aller geschädigten Dachbereiche bereits im Instandhaltungsetat berücksichtigt und eingeplant.

6.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

7. Prognosebericht

7.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2019 sowie der Mittelfristplanung bis 2023 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben, im Ballungszentrum Leipzig sogar wachsen und damit auch das Besucherpotenzial für das Maya mare. Ebenso werden durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt, die ebenfalls Einfluss auf die Besucherzahlen und somit auf die Erlöse haben. Im Jahr 2018 konnten im Badebereich 228.377 Besuche realisiert werden, womit man auf dem Niveau von 2017 liegt. Mittelfristig wurden die Erlöse im Badebereich auf der Grundlage von 220.900 Besuchern geplant. Im Saunabereich konnten 2018 58.098 Besuche gezählt werden, die Mittelfristplanung geht von 66.500 Jahresbesuchen in der Sauna aus.

Die Eintrittsentgelte für Bade- und Saunabereich liegen im oberen mittleren Bereich. Sie werden durchschnittlich alle zwei Jahre angepasst und sind die einzige Basis für die in der Planung erwartete Umsatzerlössteigerung. Bislang wird in den Bereichen Gastronomie, Massage und Shop eine Preisanpassung zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen geplant.

Die Umsatzerlöse im Bereich Fitness werden basierend auf einem leichten Anstieg der Mitgliederzahlen und einer Anpassung der Mitgliedsbeiträge ab 2020 mittelfristig gesteigert werden.

7.2. Investitionen

Das Maya mare wird in 2019 20 Jahre alt. Um die Freizeitanlage langfristig als attraktives Angebot am Markt zu halten, wird es notwendig, innerhalb der nächsten drei bis acht Jahre Ersatzinvestitionen aufgrund von Altersverschleiß in verschiedenen Bereichen zu tätigen. Die Erneuerung von Großgeräten im Gastronomiebereich, der Austausch von Lüftungsgeräten, die Erneuerung von Fliesenbelägen im Rutschenturm stellen hierbei notwendige Investitionsschwerpunkte dar.

Die Gestaltung des Maya mare in seiner Gesamtheit kann als zeitlos ansprechend bewertet werden.

Jedoch sind Investitionen in die Erneuerung und zugleich Attraktivierung der Dusch- und WC-Bereiche, sowie in die Innenausstattung der Schwitzräume notwendige Maßnahmen, um den gestiegenen Kundenanforderungen genügen zu können und möglichst keine Kunden an Wettbewerber zu verlieren. Im Bereich der Rutschangebote hat jetzt auch deutschlandweit die Digitalisierung verstärkt Einzug gehalten, insbesondere um bestehende Anlagen aufzuwerten und zugleich zu sanieren. Die Visualisierung von unterschiedlichsten Effekten in ein und derselben Rutsche und die onlinebasierte Zusammenstellung eines ganz individuellen Rutscherlebnisses durch den Gast sind mittelfristig auch Investitions Herausforderungen, denen sich das Maya mare stellen muss.

In der Wirtschaftsplanung wurden 2018 Investitionsmittel in Höhe von 920,0 TEUR vorgesehen, davon können 722,8 TEUR für das Projekt Ruhehaus aufgrund der Bauzeitenverschiebung erst im Jahr 2019 zum Einsatz kommen. In der Mittelfristplanung 2019-2022 wurden pro Jahr 320,0 TEUR an Investitionsmitteln geplant.

7.3. Finanzierung

Für die Investition im Saunabereich war im Jahr 2018 die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 550,0 TEUR geplant. Die Kreditaufnahme wurde aufgrund der Bauzeitverschiebung in das Jahr 2019 ebenfalls auf 2019 verschoben. Die im Rahmen der Mittelfristplanung 2020-2023 vorgesehenen Investitionen werden ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Für die Liquidität der Gesellschaft und die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft ist jedoch auch in den Folgejahren die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter unabdingbar.

7.4. Ergebniserwartung

Aufgrund der kaum weiter ausbaubaren Erlössituation wird in der Mittelfristplanung von einem Zuschussbedarf der Gesellschaft in Höhe von 1.714,6 TEUR im Jahr 2019 und 1.398,0 TEUR im Jahr 2023 ausgegangen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des Betriebskostenzuschusses in den Jahren 2019 und 2020 für die aufwendigen Instandsetzungsarbeiten an den Dächern des Maya mare benötigt wird (2019: 356,6 TEUR; 2020: 105,7 TEUR). Unter Berücksichtigung der weiteren Zuschusszahlung durch die Hauptgesellschafter wird in den Jahren 2019 bis 2023 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungsvermögen in T€: 311

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle (Saale).
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht durch die Beschaffung von Mitteln, zur Verwendung durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder anderer steuerbegünstigter Körperschaften, für die in Abs. 1 genannten Zwecke.
3. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, sondern ausschließlich steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand : Vorsitzender Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender Geier, Egbert
Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	311	55	311	55	311	56	0	0
Umlaufvermögen	257	45	254	45	245	44	3	1
Bilanzsumme	568	100	565	100	556	100	3	1
Passiva								
Eigenkapital	568	100	565	100	556	100	3	1
Bilanzsumme	568	100	565	100	556	100	3	1

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	19	18	18
sonstige betriebliche Aufwendungen	16	10	17
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	4
Ergebnis nach Steuern	3	8	5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	8	5
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	5	7
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-3	3	-2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,54	1,49	0,87	%
Cash-Flow:	3	8	5	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	54,77	55,06	55,89	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	675,00	675,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

f) Lagebericht

Die Stiftungssatzung wurde betreffs der geänderten §§ 2, 3 und 4 im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) mit Datum vom 07.04.2018 bekannt gegeben.

Die Vermögens- und Ertragslage der Stiftung ist stabil und gesichert.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um 3 TEUR auf 568 TEUR durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Im Bereich der Vermögensverwaltung erzielte die Stiftung Einnahmen in Höhe von 19 TEUR.

Diese setzen sich im Wesentlichen aus Pachteinahmen (17 TEUR) und Erbbauzinseinnahmen (2 TEUR) zusammen.

Dem stehen Ausgaben in Höhe von 205 EUR gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss aus der Vermögensverwaltung in Höhe von 18 TEUR wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von 6 T€ gebildet.

Die Rücklage hat sich damit auf 105 TEUR erhöht.

Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Einnahmen im ideellen Bereich sind im Geschäftsjahr nicht erwirtschaftet worden.

Im ideellen Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von 15 TEUR entstanden.

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis in Höhe von -3 TEUR nach Rücklagenbildung erwirtschaftet.

Im Jahr 2018 sind beschlussgemäß (Vorstandssitzung vom 12.04.2018) folgende Mittel verwendet wurden:

- Zuwendung an Schlaganfall Landesverband Projekt „Schulung von ehrenamtlichen Schlaganfallhelfern“ in Höhe von 3.323,63 EUR
- Zuwendung an Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis Projekt „Inklusive Vorleseaktionen in Kitas und Horten“ in Höhe von 1.500,00 EUR
- Zuwendung an das Stadtmuseum für Erwerb eines Audioguide für Stadtmuseumsführung in Gebärdensprache in Höhe von 1.176,37 EUR.
- Zufinanzierung an die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für die teilweise Sanierung des Wasserversorgungssystems verschiedener Objekte der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle in Höhe von 5.992,62 EUR.

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Kantstraße 1
 06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungskapital in T€: 12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand: Fritschek, Andreas

Stiftungsrat: Vorsitzende Brederlow, Katharina
 stellv. Vorsitzender Geier, Egbert
 Haupt, Ute
 Seidel-Jähnig, Annika
 Töpfer, Gernot

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Stiftungsvorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Bauverein Halle & Leuna eG	16	0,24
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH i. L.	100	100,00
Serva GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	52.243	94	52.289	94	52.558	93	-46	0
Umlaufvermögen	3.365	6	3.072	6	3.675	7	293	10
Rechnungsabgrenzungsposten	67	0	53	0	57	0	14	26
Bilanzsumme	55.675	100	55.414	100	56.290	100	261	0

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	18.885	34	18.131	33	17.304	31	754	4
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	18.419	33	19.065	35	19.663	35	-646	-3
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	701	1	725	1	750	1	-24	-3
Rückstellungen	840	2	686	1	844	1	154	22
Verbindlichkeiten	16.200	29	16.246	29	17.190	31	-46	0
Rechnungsabgrenzungsposten	630	1	561	1	539	1	69	12
Bilanzsumme	55.675	100	55.414	100	56.290	100	261	0

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	23.316	22.044	20.702
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	7	9	-3
sonstige betriebliche Erträge	485	281	211
Materialaufwand	5.309	5.164	4.994
Personalaufwand	13.846	12.690	11.448
Abschreibungen	1.857	1.863	1.829
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	670	673	671
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.291	2.052	2.681
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1	21	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	1	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	11	11
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	13	0	0
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	421	444	510
Ergebnis nach Steuern	754	827	129
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	754	827	129
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	754	827	129
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,23	3,75	0,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,99	4,56	0,75	%
Cash-Flow:	2.624	2.690	1.959	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	60	57	56	T€
Personalaufwandsquote:	58,16	56,82	54,75	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,54	94,07	93,10	%
Eigenkapitalquote:	33,92	32,72	30,74	%
Fremdkapitalquote:	66,08	67,28	69,26	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	416,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	230,00	230,00	230,00	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Stiftung

Die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale wurde im Jahr 1894 gegründet und ist im Stiftungsverzeichnis unter der Nummer 13/93 eingetragen. Seit Gründung verfolgt sie nachfolgende Aufgabe: „Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere, wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Pflege, Unterkunft und Betreuung zu gewähren. Hierbei werden Bürger der Stadt Halle (Saale) bevorzugt berücksichtigt.“¹

Für die Stiftung sind die steuerbegünstigten Zweckbetriebe von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. Nicht befreit sind die steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Insgesamt verwirklichen ca. 430 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dienstleistungen für täglich rund 1.500 Kunden.

Die Stiftung hat ihre Tätigkeit unverändert im Vergleich zum Vorjahr fortgesetzt. Es gab keine wesentlichen Veränderungen in den Geschäftsfeldern, den Strukturen und der Organisation der Stiftung.

Damit liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung weiterhin auf den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe. Zum Bereich Altenhilfe gehören nach wie vor fünf Altenpflegeheime mit 391 Plätzen, zwei Tagespflegen mit 25 Plätzen und ein ambulanter Pflegedienst.

Im Bereich Behindertenhilfe betreibt die Stiftung ein Förderwohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen und zwei Tagesförderstätten für Menschen mit geistigen Behinderungen. Ferner bietet sie 21 Plätze für Menschen mit geistiger Behinderung in betreuten Wohnungen an. Im Jahr 2018 wurde die Kapazität des Förderwohnheimes von 99 auf 90 Plätze reduziert. Die 9 ausgezogenen Bewohner leben seitdem in 4 selbstorganisierte Wohngemeinschaften.

Für Menschen mit seelischen Behinderungen werden ein Wohnheim mit 48 Plätzen und eine Tagesstätte mit 17 Plätzen sowie 23 Plätze in betreuten Wohnungen angeboten.

Die Stiftung vermietet 209 Wohnungen überwiegend an ältere Menschen. Darüber hinaus vermietet sie Räumlichkeiten für eine Kindertagesstätte und eine Praxis für Physiotherapie.

Die Stiftung ist unverändert 100%iger Gesellschafter der serva GmbH, die Dienstleistungen im Bereich Hauswirtschaft, Unterhaltsreinigung, Hausmeisterdienste (Gärtner), Hol- und Bringendienst und Pforte erbringt. In der serva GmbH sind 94 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Darüber hinaus ist die Stiftung 100%iger Gesellschafter der ewia GmbH, welche ihre unternehmerischen Tätigkeiten Mitte 2012 eingestellt hat und ihre wesentlichen Aktiva und Passiva an die Stiftung übertrug. Da keine weitere Nutzungsmöglichkeit für die GmbH besteht, wurde die Gesellschaft mit Ablauf 31.03.2018 aufgelöst.

2. Wirtschaftsbericht

a) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Die Bereiche Alten- und Behindertenhilfe sind auf unterschiedliche Weise von sich verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen betroffen.

Es wurde in den vergangenen zwei Jahren eine Vielzahl von gesetzlichen Änderungen wirksam, die unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Stiftung haben. Im Bereich der Altenhilfe waren dies das Pflegestärkungsgesetz II und III. Im Bereich der Behindertenhilfe wird das Bundesteilhabegesetz die Grundlagen für die Arbeit im Bereich der Behindertenhilfe verändern.

Altenpflege

Mit Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes II war es das erklärte Ziel des Gesetzgebers, die Leistungen im ambulanten Bereich zu stärken. Dies führte zu einer Zunahme der Angebote auf diesem Gebiet. Zunächst war nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht klar, wie sich diese Änderungen auf die Auslastung der Angebote im stationären Bereich auswirken.

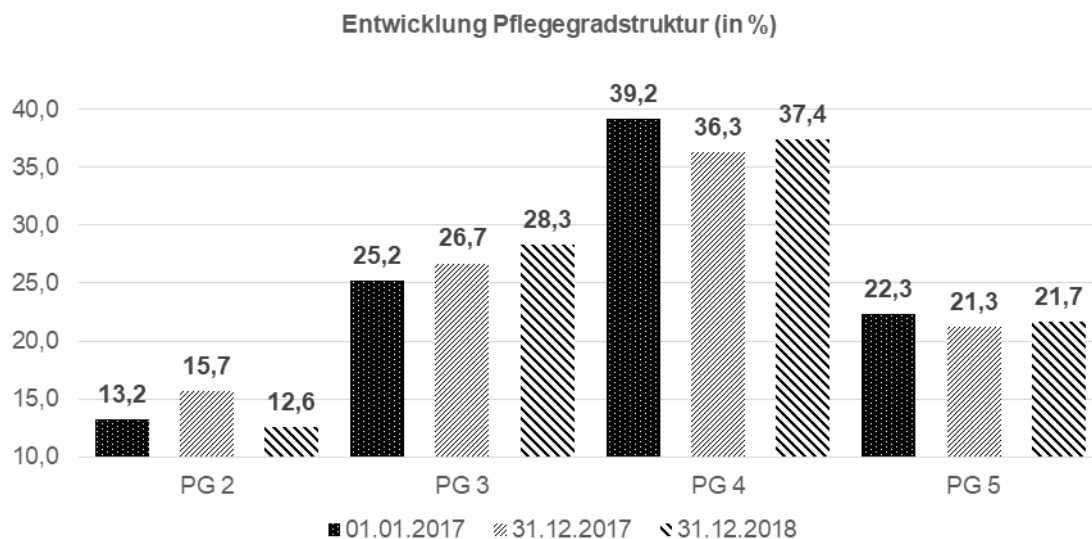
Wie auch schon im Vorjahr kann auch für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2018 festgestellt werden, dass die Veränderungen sich nicht auf die Nachfrage im stationären Bereich auswirken, was sich auch in den stabilen Auslastungsquoten der Stiftung widerspiegelt. Darüber hinaus ist es der Stiftung durch proaktives Belegungsmanagement gelungen, auch die Klientenstruktur in der stationären Altenhilfe auf einem konstanten Niveau zu halten.

¹ § 2 Abs. 1 der Satzung

Betrag zum 01.01.2017 der durchschnittliche Pflegegrad aller unserer Bewohner der stationären Altenpflege noch 3,71 sank er im Jahresverlauf 2017 auf 3,63. Die Tendenz, dass sich der Pflegegradmix qualitativ weiter nach unten entwickelt, konnte im Jahr 2018 in der Stiftung nicht beobachtet werden. Per 31.12.2018 betrug der durchschnittliche Pflegegrad in der stationären Altenpflege nunmehr 3,68.

Der angenommene sogenannte Rothgang-Effekt mit einer Verschiebung hin zu niedrigen Pflegegraden scheint - was auch aktuelle Annahmen innerhalb der Branche zeigen - zunächst nicht einzutreten. Es scheint sich vielmehr zu bestätigen, dass sich die Strukturen in vollstationären Einrichtungen in etwa dahingehend stabilisieren werden, dass ca. 2/3 der Pflegebedürftigen die Pflegegrade 3 und 4 und ca. 1/3 die Pflegegrade 2 und 5 haben werden.

Diese Entwicklung unserer Pflegegradstrukturen wird in nachfolgender Übersicht nochmals grafisch dargestellt.



Zum 01.01.2019 haben Bundestag und Bundesrat das Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz, PpSG) verabschiedet. Mit diesem Gesetz sollen erste Schritte bei der Behebung des Fachkräftemangels in der Kranken- und Altenpflege eingeleitet werden.

Kern des Programms sind 13.000 neue Stellen von Pflegefachkräften in der stationären Altenpflege. Die Staffelung erfolgt dabei nach Einrichtungsgröße (0,5 VZK bis 2,0 VZK).

In den Einrichtungen der Stiftung können bis zu 6,0 VZK durch dieses Gesetz zusätzlich beschäftigt werden. Die Refinanzierung der Stellen erfolgt ausschließlich aus Mitteln der Krankenkassen.

Bereich	zusätzliche VZK
APH Riebeckpark	2,0 VZK
APH Akazienhof	2,0 VZK
APH Haus der Generationen	1,0 VZK
HG Demenz	0,5 VZK
WG Demenz	0,5 VZK

Die Stiftung möchte diese Stellen in den Einrichtungen besetzen. Allerdings gestaltet sich diese Thematik insbesondere aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation sowie der erforderlichen Nachweispflichten als schwierig.

Darüber hinaus ist im Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz unter anderem final geregelt, dass es ab Herbst 2019 ein neues Verfahren zur Prüfung und Darstellung der Pflegequalität für den stationären Altenpflegebereich geben wird. Das System der internen Qualitätssicherung, der externen Qualitätsprüfung und der Qualitätsdarstellung wird dabei grundlegend neu gestaltet.

Auch im Jahr 2018 wurden seitens des Landes mehrere Verordnungen, die für die Arbeit in den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe der Stiftung wesentliche Auswirkungen haben dürften, noch nicht verabschiedet, obwohl sie seit längerem zur Überarbeitung vorliegen. Im April 2019 hat der Landtag der Verordnung über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen und betreute Wohngruppen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz für das Land Sachsen-Anhalt zugestimmt, welche zum 01. Juli 2019 in Kraft tritt.

Insgesamt ist insbesondere für den Bereich Altenpflege deutlich der Wandel der Bevölkerung in der Altersstruktur in der Stadt Halle (Saale) spürbar. Die Nachfrage nach den Angeboten im Bereich der Altenhilfe ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen und bezieht sich auf alle Angebote der Stiftung, von der stationären Altenpflege bis hin zur Vermietung von altersgerechten Wohnungen.

Die Geschäftsentwicklung verlief, wie auch schon in den Vorjahren, sehr günstig. Hier waren drei Faktoren bestimmend: die erfolgreiche Verhandlung von neuen Pflegesätzen, die in allen Bereichen hohe Nachfrage nach den Angeboten der Stiftung und die gute Positionierung der Stiftung als Komplettanbieter für Leistungen im Bereich der Altenhilfe.

Behindertenhilfe

Im Bereich der Behindertenhilfe ist die wichtigste gesetzliche Neuregelung das Bundesteilhabegesetz, von dem die erste Reformstufe im Jahr 2017 und die zweite Stufe im Jahr 2018 Kraft getreten ist.

Zwei weitere Reformstufen werden bis zum Jahr 2023 realisiert (Stufe 3 ab 01.01.2020, Stufe 4 ab 01.01.2023). Damit gehen umfangreiche Änderungen in den Sozialgesetzbüchern einher.

Vermietung

Verstärkt wurde die Vernetzung der unterschiedlichen Angebote der Stiftung. Damit wird es möglich, für die Kunden maßgeschneiderte Angebote entsprechend des Hilfebedarfs zu gestalten. Durch diese Fokussierung auf die Vernetzung der Angebote der Stiftung konnte erreicht werden, dass die Mieter unserer altengerechten Wohnungen mehr als bisher von den verschiedenen Leistungen der Stiftung profitieren können.

Hier zeigt sich auch wie wichtig es ist, dass die Stiftung über die Serva GmbH auch vermietungsnahe Dienstleistungen erbringen kann. Für zahlreiche Mieter wurden Leistungen wie Essenversorgung, Wäschereiservice und Hausmeisterservice im Jahr 2018 erbracht. Dies steigert die Attraktivität der Angebote im Bereich Vermietung und unterscheidet die Stiftung von ihren Mitbewerbern.

Kooperationen

Eine Kooperation besteht insbesondere mit der Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara Halle (Saale) GmbH und der Elisabeth Vinzenz Verbund GmbH/Elisabeth Mobil. Die Stärkung dieser Kooperation wird auch in Zukunft im Fokus der Arbeit liegen im Rahmen der außerklinischen Versorgung von invasiv und nicht invasiv beatmeten Patienten im Altenpflegeheim Akazienhof.

Der Bereich für die außerklinische Versorgung von invasiv und nicht invasiv beatmeten Patienten wurde im Wohnbereich 3 des Altenpflegeheimes Akazienhof im Jahr 2017 eingerichtet. Hier sind 12 Plätze für die Versorgung entstanden. Die Stiftung ist hier Partner von der Elisabeth Vinzenz Verbund GmbH in Verbindung mit dem Elisabeth Mobil. Ärztliche Leistungen werden durch die Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara Halle (Saale) GmbH erbracht.

Enger Kontakt besteht nach wie vor zu Wohnungsunternehmen, hier insbesondere zum Bauverein Halle & Leuna eG, für den die Stiftung auch weiterhin Beratungsleistungen für die Mieter erbringt. Die Kooperation zwischen der Stiftung und der BWG Halle-Merseburg e.G. wurde nochmals durch die enge Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Grundstücks Bugenhagenstraße gestärkt. Die BWG wird auch in Zukunft einer der wichtigsten Partner der Stiftung sein.

b) Ertragslage, Finanzlage, Vermögenslage

Insgesamt konnte die Stiftung im Jahr 2018 Umsatzerlöse in Höhe von 23.808 TEUR erzielen. Damit sind die Umsatzerlöse um 1.474 TEUR im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Die Erlöse verteilen sich auf folgende Geschäftsfelder:

	2018 in TEUR	2017 in TEUR	Veränderung in TEUR
Vollstationäre Altenpflege	13.338	12.615	+723
Teilstationäre Altenpflege	393	374	+19
Ambulante Pflege	671	698	-27
Behindertenhilfe	7.269	6.725	+544
Vermietung	1.398	1.361	+37
Sonstiges	739	561	+179

Maßgeblich für die Umsatzsteigerung sind erfolgreiche Pflegesatzverhandlungen und die sehr gute Auslastung im Bereich der Altenpflege. Die durchschnittliche Auslastung im Bereich der stationären Altenhilfe liegt bei 97,7 %.

Für den Bereich Behindertenhilfe konnten die gestiegenen Kosten ebenfalls in den neu vereinbarten Entgelten berücksichtigt werden. Außerdem wurden notwendige Ersatzinvestitionen über die Entgelte refinanziert.

Im Jahr 2018 investierte die Stiftung rd. 1.812 TEUR in das langfristige Vermögen der Stiftung. Für Arbeiten an dem Projekt Bugenhagenstraße wurden für den Rohbau und Planungsleistungen rd. 1.495 TEUR aufgewendet.

Darüber hinaus wurden an unserem Mietshaus in der Jonasstraße 2 Balkone für ca. 91 TEUR angebracht und ca. 159 TEUR in die Hausausstattung(vorwiegend Mobiliar) der Stiftung investiert.

Im Berichtszeitraum konnte die Stiftung den Bestand an Zahlungsmittel bzw. Zahlungsmitteläquivalente von 2.334 TEUR auf 2.534 steigern. Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt.

Das Gesamtvermögen (Bilanzsumme) der Stiftung hat sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 im Wesentlichen auf Grund von hohen Investitionen in das langfristige Vermögen auf 55.675 TEUR erhöht. Im Vorjahr belief sich das Gesamtvermögen auf 55.414 TEUR. Durch das Jahresergebnis von 754 TEUR, erhöht sich das Eigenkapital auf 18.885 TEUR.

Die Eigenkapitalquote ist im Kalenderjahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % gestiegen und zeigt den positiven Trend der letzten Jahre.

	2018	2017	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote	33,92 %	32,72 %	30,74 %	30,50 %	29,82 %

c) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Cash-Flow-Betrachtung

Der Gesamtcashflow im Geschäftsjahr war in Höhe von 200,1 TEUR positiv. Dieser setzt sich zusammen aus einem positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von +2.229,7 TEUR, einem Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -1.814,1 TEUR sowie einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von -215,6 TEUR. Der Finanzmittelfonds hat sich im Berichtszeitraum von 2.334 TEUR auf 2.534 TEUR erhöht.

Personal

Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben auch im vergangenen Jahr die Arbeit der Stiftung wesentlich geprägt. Sie werden auch in Zukunft die größte Herausforderung sein.

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 beschäftigte die Stiftung 438 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit sind 16 Personen mehr beschäftigt als zum 31.12.2017. Dies entspricht einer Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 %. Darüber hinaus steigerte die Stiftung die Anzahl an Auszubildenden in den drei Lehrjahren auf 24. Dies entspricht einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 9,09 % zum 31.12. des Jahres.

Die Mitarbeiterfluktuation ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Während im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt 72 Personen das Unternehmen verlassen haben, sind es im Berichtsjahr 44 Personen. Dies entspricht einer Fluktuationsquote von 10,37 % (bezogen auf alle Austritte aus der Stiftung).

Hintergründe für die Senkung der Fluktuation sind zum einen im Ergebnis der umgesetzten und gestiegenen Arbeitgeberleistungen zu finden. Zum anderen haben die Entgeltsteigerungen sowie die Jahressonderzahlungen, die seit 2017 umgesetzt werden, eine Auswirkung auf die Bindung der Beschäftigten und führen dazu, dass die Stiftung im Wettbewerb attraktiver positioniert ist.

Im Rahmen der Personalbeschaffung wurde zudem mit den zusätzlichen Arbeitgeberleistungen geworben, so dass die Anzahl der Bewerber im Verhältnis zum Vorjahr schneller anstieg.

Die Gewinnung und Bindung von Pflegekräften stand auch im Jahr 2018 im Fokus. Hierzu hat die Stiftung eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet und aufeinander abgestimmt umgesetzt.

Im Zentrum des Personalmarketings der Stiftung steht seit Juli 2018 eine neu gestaltete Karriere-Internetseite. Eingerichtet in zeitgemäßem Layout können sich künftige Mitarbeiter unter „www.da-will-ich-pflegen.de“ umfangreich über die Tätigkeitsfelder der Stiftung informieren und sich über aktuelle Stellenausschreibungen auf dem Laufenden halten. Auch bietet die Seite die Möglichkeit zur direkten Bewerbung in wenigen Schritten. Ergänzend wurden unterschiedlichste Kanäle aktiviert, um die neue Karriereseite in der Stadt und der Region bekannt zu machen und den Grad der Nutzung zu erhöhen.

Unter Mitwirkung von engagierten Mitarbeitern konnte die Seite so beispielsweise durch Plakataktionen in Straßenbahnen und auf Leinwänden in der Stadt beworben werden. Auch in die Online-Suche nach Stellen in der Pflege wurde über Google aktiv eingegriffen. Die fortlaufende Prüfung und Bewertung der verschiedenen Aktionen wird den Einsatz von Werbekampagnen auch in Zukunft weiter optimieren. Insgesamt wurden hierfür ca. 30 TEUR für zusätzliche Maßnahmen investiert.

Ferner arbeitete die Stiftung in 2018 weiter intensiv daran, sich als attraktiver Arbeitgeber vom Wettbewerb abzuheben. Der Ankündigung gegenüber den Mitarbeitern, eine Annäherung an ein tarifliches Niveau zu verfolgen, folgte im Oktober 2018 ein weiterer Schritt. Die Entgelte für alle Beschäftigten wurden allgemein erhöht um 3 %. Mit Wirkung zum 01.01.2019 ist es gelungen, unter Ausnutzung der Neuregelungen durch die Pflegestärkungsgesetze II und III erneut einen großen Schritt in Richtung tarifliche Vergütung zu machen. Eine allgemeine Entgelterhöhung für alle Beschäftigten in Höhe von 10 % wird seitdem umgesetzt. Die beiden Schritte zusammen erhöhen die jährlich aufzuwendenden Bruttopersonalkosten um 1.733 TEUR.

Neben der Weiterentwicklung des Vergütungssystems kam die Wertschätzung für die Leistung des Beschäftigten der Stiftung in weiteren zusätzlichen Arbeitgeberleistungen zum Ausdruck.

Mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH konnte die Stiftung einen Partner gewinnen, um ihre Beschäftigten finanziell zu entlasten. So können sich Beschäftigte, die Kunden der EVH sind, ab sofort über einen Rabatt in Höhe von 3 % auf ihre Energierechnung freuen.

Besondere Aufmerksamkeit fanden auch die kleinen Gesten. So konnten sich die Beschäftigten unter dem Eindruck der hochsommerlichen Temperaturen mit einem Eintrittsgutschein für die (Frei-) Bäder der Stadt Halle (Saale) erfrischen.

MDK-Prüfung

Auch im Jahr 2018 fanden in allen stationären Pflegeeinrichtungen und im ambulanten Pflegedienst Regelprüfungen durch den MDK statt.

Einrichtung	Datum Prüfung	Note
Altenpflegeheim Riebeckpark	April 2018	1,4
Altenpflegeheim Haus der Generationen	April 2018	1,1
Altenpflegeheim Akazienhof	Januar 2018	1,1
Hausgemeinschaften für Menschen mit Demenz	Februar 2019	1,2
Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz	August 2018	1,0
Ambulante Pflege	Dezember 2018	1,2

Für die in der Gesamtnote integrierte Bewohnbefragung erhielten alle Einrichtungen die Note 1,0.

3. Prognosebericht

In den kommenden Jahren werden für die Stiftung nachfolgende Fragen von entscheidender Bedeutung sein:

- I. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?
 - II. Wie gelingt es, das Bauvorhaben Bugenhagenstraße erfolgreich umzusetzen und erfolgreich am Markt zu positionieren?
 - III. Wie wirkt sich das Bundesteilhabegesetz auf unsere Einrichtungen aus und welche Chancen für Veränderungen der Angebote ergeben sich?
 - IV. Wie binden wir VIVENDI in den Stiftungsalltag ein und gewährleisten ein Fortbestehen der Leistungsfähigkeit
- I. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?

Auch in Zukunft werden die Entwicklungen rund um den Pflege- und Arbeitsmarkt von Veränderungen geprägt sein. Erklärtes Ziel der Stiftung ist es, dabei als Vorreiter die Arbeits- und Vergütungsbedingungen aktiv attraktiv und gerecht zu gestalten.

Dafür werden in 2019 die Strukturen der Vergütung in der Entgelttabelle und der Entgeltordnung neu aufgestellt. Eine noch höhere Wertschätzung für Qualifizierung und Übernahme von Verantwortung wird so vermittelt. Auch sollen zusätzliche Vergütungen und ihre Voraussetzungen für besondere Formen der Arbeit an das tarifliche Niveau des TVöD, der der Stiftung als Orientierung dient, angeglichen werden.

Zulagen und zusätzliche Urlaubstage für Schicht- und Wechselschichtarbeit können so grundsätzlich frühzeitiger erreicht werden. Darüber hinaus werden die Ansprüche der Beschäftigten auf Erholungsurlaub auf den Prüfstand gestellt. Die derzeitigen Regelungen sehen zwischen 28 und 30 Tagen in Abhängigkeit von der Betriebszugehörigkeit vor. Ein einheitlicher Anspruch für alle Beschäftigten auf dem tariflichen Niveau wird angestrebt.

Wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen haben Qualität und Zuverlässigkeit der Dienstplanung. Hier wird die Stiftung ansetzen und Instrumente erarbeiten, die einerseits für die Beschäftigten die Planbarkeit ihrer Arbeitszeiten erhöht, andererseits werden Möglichkeiten geschaffen, unvorhersehbare Ausfälle von Beschäftigten abzufangen.

Dadurch soll noch stärker daraufhin gearbeitet werden, dass Beschäftigte sich auf Dienstplanungen verlassen können und geplante freie Tage zur Erholung nutzen können. Ziel ist es weiterhin, trotz eines schwankenden Bedarfs an Arbeitsleistung, die Belastung der Beschäftigten weitgehend kontinuierlich zu gestalten, so dass über den Jahresverlauf Spitzen in der Verteilung von Mehrarbeit vermieden oder zügig ausgeglichen werden können. Ferner wird so erreicht, mit einer verlässlichen Dienstplanung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und die Belastung der Beschäftigten zu senken.

Die Stiftung wird weiter auch in die Gesundheit der Beschäftigten investieren. Für die Gesunderhaltung der Beschäftigten übernimmt die Stiftung an vielen Stellen Verantwortung. Die Maßnahmen zur Unfallverhütung und Reduktion von Gesundheitsbelastungen im Rahmen des Arbeitsschutzes werden beständig unter Einbeziehung der Beschäftigten weiterentwickelt. Bestandteil des internen Fort- und Weiterbildungsprogramms sind auch vielfältige Veranstaltungen, in denen sich die Beschäftigten über ihre eigene Gesundheit informieren können. So sind beispielsweise Schulungen zum rückengerechten Arbeiten bis hin zum Umgang mit psychischen Belastungen und Resilienz fester Bestandteil der Arbeit in der Stiftung.

Mit der konkreteren Ausgestaltung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements wird es möglich sein, längerfristig oder häufiger erkrankte Beschäftigte noch individueller zu beraten und Unterstützungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Gemeinsam mit dem Betriebsrat wird dazu ein Ablauf erarbeitet, der den Beschäftigten umfangreiche Angebote und auch weitgehenden Freiraum, welche Angebote förderlich für ihn sind, einräumt.

All diese verschiedenen Maßnahmen sollen künftig gebündelt werden, um die passgenaue Abstimmung untereinander zu gewährleisten und dem Einzelnen ein individuelles Portfolio anbieten zu können.

Mit dem Pflegeberufereformgesetz werden mit dem 01.01.2020 die Ausbildungsberufe der (Kinder-) Krankenpflege und Altenpflege zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann zusammengeführt. In 2019 werden in einem Endspurt die Vorbereitungen für die Einführung der generalistischen Pflegeausbildung in der Stiftung abgeschlossen. Dazu wird es gehören, die konkreten Anforderungen an die interne Organisation umzusetzen. Die steigende Anzahl an vorgeschriebenen Praxiseinsätzen außerhalb der Stiftung will gut vorbereitet sein. Und auch die neuen Aufgaben und Qualifizierungen in der Praxisanleitung für die Auszubildenden sind mit der Neuregelung der Ausbildung umzusetzen.

Daneben gilt es, sich in einem aufzubauenden Netzwerk aus Akteuren der Region zu positionieren. Verbindlich werden die neuen Ausbildungsregelungen für die Stiftung dann mit dem Ausbildungsjahr ab September 2020.

II. Wie gelingt es, das Bauvorhaben Bugenhagenstraße erfolgreich umzusetzen und erfolgreich am Markt zu positionieren?

Das Bauvorhaben Bugenhagenstraße ist mit seinem Gesamtinvestitionsvolumen das größte Investitionsvorhaben der Stiftung. Das Projekt ist in zwei Bauabschnitte unterteilt.

Der 1. Bauabschnitt, in dem 34 altengerechte Wohnungen entstehen, wird seit Mai 2018 umgesetzt.

Die Rohbauarbeiten im Blockrandgebäude liegen exakt im Bauablaufplan und konnten, ausgenommen einer frostbedingten, einwöchigen Unterbrechung während der Wintermonate, fortgeführt werden. Ende Februar 2019 wurden die Rohbauarbeiten abgeschlossen. Es folgen nahtlos die Gewerke Dachdeckerarbeiten sowie Fenster und Außentüren. Nach erfolgter Fenstermontage kann mit dem Ausbau der Wohneinheiten begonnen werden.

Die Fertigstellung der Rohbauarbeiten erfolgte im Eckgebäude bis Ende März 2019. Die Staffelung der Folgegewerke entspricht der des Blockrandgebäudes. Beide Gebäude werden während der Ausbauphase bereits mit Fernwärme versorgt, so dass ein ungehinderter Baufortschritt unabhängig von eventuell winterlichen Außentemperaturen gewährleistet werden kann.

Für den 1. Bauabschnitt wurden die geforderten 20 % Eigenkapital im September 2018 verbraucht, so dass seit dem ausschließlich durch das Fremdkapital der Saalesparkasse gebaut wird.

Zum jetzigen Zeitpunkt wird von keiner Kostensteigerung ausgegangen, so dass die kalkulierten Gesamtkosten sich auf 5,5 Millionen EUR belaufen werden.

Die Wohnungen werden je nach Lage und Ausstattung zu unterschiedlichen Kosten vermietet. So variiert die Miete je Quadratmeter zwischen 10,30 EUR und 11,50 EUR. Aktuelle liegen 85 unverbindliche Reservierungen vor.

Bei weiterhin termingerechtem Bauverlauf und einer damit einhergehenden Fertigstellung, soll der Mietbeginn für das Blockrandgebäude zum 01.12.2019 und für das Eckgebäude zum 01.01.2020 erfolgen.

Für den 2. Bauabschnitt wurde Mitte Dezember in der Stadtratssitzung der Bebauungsplan beschlossen. Aufgrund der aktuellen Preissituation im Baugewerbe liegen die Herstellungskosten für das geplante Atriumhaus momentan in keinem wirtschaftlich auskömmlichen Rahmen. Die Errichtung wird deshalb vorerst zurückgestellt, während weitere Optionalitäten recherchiert und eingehend untersucht werden.

III. Wie wirkt sich das Bundesteilhabegesetz auf unsere Einrichtungen aus und welche Chancen für Veränderungen der Angebote ergeben sich?

Die Stiftung wird die kommenden Jahre nutzen, um sich auf die aus der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes ergebenden Änderungen vorzubereiten.

So sollen Leistungen für Menschen mit Behinderung nicht mehr zwischen ambulant, teilstationär und stationär unterschieden werden, sondern nach spezifischem individuellem Bedarf. Leistungserbringer sind somit zukünftig am besten aufgestellt, wenn sie ihre Leistungen an den Bedarfen der Klienten ausrichten und nicht nur angebotsbezogene Leistungen vorhalten.

Ab 2020 wird die Fachleistung von den existenzsichernden Leistungen (Leistungen zum Lebensunterhalt und Wohnen) getrennt. Damit wird die Eingliederungshilfe auf die Fachleistung beschränkt. Existenzsichernde Leistungen sind nicht mehr Teil der Eingliederungshilfe, sondern grundsätzlich von Menschen mit Behinderung selbst oder vom Träger der Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung zu übernehmen.

In den Wohnheimen für Menschen mit Behinderung umfasst Eingliederungshilfe weiterhin Pflege. Im ambulanten Wohnen bleibt die Pflege nach SGBXI gleichrangig zur Eingliederungshilfe, jedoch muss sie dann von ambulanten Pflegediensten erbracht werden.

Es wird angestrebt, dass ein entsprechender Landesrahmenvertrag bis Ende Mai 2019 vorliegt.

Durch die Trennung von Fachleistung und existenzsichernden Leistungen wird ein erheblicher Mehraufwand im Rahmen der Rechnungslegung entstehen. So müssen anstatt einer Rechnung mit festem Kostensatz für mittlerer und schwerer Pflege, nun individuelle Rechnungen je nach in Anspruch genommener Fachleistung und Größe der Unterbringung erstellt werden.

Zu dem eben erwähnten kommen noch weitreichende Änderungen hinsichtlich der Leistungskalkulation, Leistungsbeschreibung, das Vertragswesen und die Zahlungsläufe.

Proaktiv wurde eine interne Arbeitsgruppe gebildet, welche die Umsetzung des Bundesteilhabegesetz innerhalb der Stiftung plant und begleitet.

IV. Wie binden wir VIVENDI in den Stiftungsalltag ein und gewährleisten ein Fortbestehen der Leistungsfähigkeit

Die bisherige Software für die komplette Heimverwaltung, das Rechnungswesen und die Personaleinsatzplanung stieß im Arbeitsalltag häufig an ihre Grenzen hinsichtlich Vernetzung, Digitalisierung und Handhabung, so dass die Entscheidung gefallen ist, eine neue Software anzuschaffen.

Dabei entschied man sich für die Software VIVENDI von Connext, die führende Software im Bereich Altenpflege und Sozialwesen.

So wird im ersten Schritt ab dem 01.01.2019 die Arbeitszeiterfassung für alle Mitarbeiter der Stiftung über VIVENDI erfasst. Daneben wird auch die Verwaltung, Abrechnung, Planung für die ambulante Pflege und die Tagespflegen mit der neuen Software durchgeführt.

Die Mitarbeiter der ambulanten Pflege gehen jetzt mit dem Mobiltelefon auf ihre Touren und zeichnen die erbrachten Pflegeleistungen direkt über das Mobiltelefon ab. Dies erfolgte bis dahin über schriftliche Aufzeichnungen und wurde anschließend in die Verwaltungssoftware eingepflegt.

Bis Anfang 2020 soll auch die stationäre Altenpflege und die Behindertenhilfe über VIVENDI abgebildet werden.

Die Reibungslose Einführung von VIVENDI wird durch intensive Begleitung durch den Software-Anbieter gewährleistet. Darüber hinaus wurde die Stelle „Anwendungsbetreuung VIVENDI“ geschaffen, welche für die Einführung und anschließende Verwaltung zuständig ist. Des Weiteren soll es in allen Einrichtungen Key-User geben, welche als erste Anlaufpunkt im Punkte Service sein sollen und als Bindeglied zur Anwendungsbetreuung VIVENDI dienen.

Einschließlich Softwarelizenzen und Schulung wird die Stiftung rund 207 TEUR investieren.

4. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumente

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen insbesondere Wertpapiere, Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Die Stiftung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiko wird für jedes wesentliche Geschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -egänge vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Minderung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein entsprechendes Debitorenmanagementsystem sowie ein effizientes Mahnwesen.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Fritschek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
19	7	22	6	28	9	-3	-14
273	93	326	93	300	91	-53	-16
1	0	2	1	0	0	-1	-50

Bilanzsumme

293	100	350	100	328	100	-57	-16
------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten
Rechnungsabgrenzungsposten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
81	28	81	23	81	25	0	0
40	13	37	10	64	19	3	8
167	57	230	66	150	46	-63	-27
5	2	2	1	33	10	3	150

Bilanzsumme

293	100	350	100	328	100	-57	-16
------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

bb) GuV

Umsatzerlöse
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Ergebnis nach Steuern
sonstige Steuern
Erträge aus Verlustübernahmen
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

2018	2017	2016
T€	T€	T€
3.073	2.995	2.923
30	30	15
1.123	1.224	1.236
1.875	1.682	1.602
8	7	7
96	91	95
0	0	0
0	0	0
1	21	-2
0	0	0
0	0	2
1	21	0
0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	0,70	-0,07	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,76	26,07	-2,55	%
Cash-Flow:	9	28	5	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	33	38	36	T€
Personalaufwandsquote:	60,43	55,61	54,53	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,50	6,32	8,40	%
Eigenkapitalquote:	27,51	23,06	24,59	%
Fremdkapitalquote:	72,49	76,94	75,41	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	c/o Stadt Halle (Saale) 06100 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.
- (3) Sie darf jedoch keine Zweigniederlassungen errichten, sich nicht an anderen Unternehmen beteiligen oder Unternehmensverträge im Sinne von §§ 291, 292 AktG schließen und Interessengemeinschaften eingehen.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Geier, Egbert
Beirat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Borggrefe, Fabian
		Bernstiel, Christoph
		Eigendorf, Eric
		Ettingshausen, Rüdiger
		Hajek, Andreas
		Hinniger, Manuela
		Kerzel, Mario
		Ranft, Melanie

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Beirat	1	2	0

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Stadion Halle Betriebs GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	121	10	199	16	315	27	-78	-39
Umlaufvermögen	822	67	726	58	487	42	96	13
Rechnungsabgrenzungsposten	282	23	327	26	368	31	-45	-14

Bilanzsumme	1.225	100	1.252	100	1.170	100	-27	-2
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	27	2	24	2	24	2	3	13
Rückstellungen	7	1	10	1	23	2	-3	-30
Verbindlichkeiten	429	35	367	29	197	17	62	17
Rechnungsabgrenzungsposten	762	62	851	68	926	79	-89	-10

Bilanzsumme	1.225	100	1.252	100	1.170	100	-27	-2
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.852	1.765	1.808
sonstige betriebliche Erträge	7	35	5
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	118	116	116
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.733	1.678	1.687
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	6	7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	0	3
Ergebnis nach Steuern	2	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,12	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,52	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	120	116	116	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,88	15,92	26,93	%
Eigenkapitalquote:	2,17	1,94	2,08	%
Fremdkapitalquote:	97,83	98,06	97,92	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2018 war im Wesentlichen durch den laufenden Betrieb des ERDGAS Sportpark und die sportliche Entwicklung des Halleschen FC geprägt gewesen. Alle zum stabil laufenden Betrieb nötigen Vorgänge und Abläufe sind bei den beteiligten Personen und Unternehmen eingespült.

Der Hallesche FC hat seine Saison 2017/2018 als Tabellen-13. mit dem Verbleib in der 3. Liga abgeschlossen. Auch für die Saison 2018/2019 ist der Klassenerhalt und somit der Verbleib in der 3. Liga angestrebt. Zu den Heimspielen des Halleschen FC kamen in der Saison 2017/18 im Schnitt 6.108 Zuschauer. Dies entspricht in etwa dem Schnitt der Saison 2016/17. Die Hinrunde des Halleschen FC in der Saison 2018/19 verlief dagegen wieder im Hinblick auf die Zuschauer erfolgreicher. Im Schnitt kamen 7.427 Gäste in den Erdgassportpark. Angesichts der guten Hinrunde des Halleschen FC (Tabellenplatz 4) wird sich dieser Trend voraussichtlich auch in der Rückrunde fortsetzen.

Im Jahr 2018 waren deutlich mehr Zusatzspiele als noch im Jahr 2017 zu verzeichnen. Am 7. April fand mit dem WM-Qualifikationsspiel der Frauen-Fußballnationalmannschaft gegen die Tschechische Republik wieder ein DFB-Spiel im Erdgas Sportpark statt. Mit 4.464 Zuschauern konnte eine im Vergleich zu anderen Qualifikationsspielen sehr gute Resonanz erreicht werden. Weiterhin fand zudem im Erdgas Sportpark ein Freundschaftsspiel des HFC gegen den Bundesligisten VfB Stuttgart statt.

Neben dem Stadion als Fußballstätte fanden zudem mehrere Veranstaltungen im Businessbereich statt. Die Erwartungen wurden auch im Jahr 2018 erfüllt, lagen allerdings leicht unter den Vorjahren. Dennoch wird das Flair des Stadions als Event Location, der gute Service, ein individuelles Angebot aber auch die gute Parkplatzsituation weiterhin von vielen Unternehmen, Verbänden und Vereinen geschätzt.

Weiterhin wurde mit dem Halleschen Fußballclub ein Nachtrag zum bestehenden Mietvertrag ausgehandelt, der zum 01.07.2018 in Kraft trat. Damit wurden die europarechtlichen Vorgaben des Landesverwaltungsamtes bezüglich der Marktüblichkeit vollumfänglich umgesetzt. Durch diese neuen Mietkonditionen erhält die Stadion Halle Betriebs GmbH T€ 10 mehr Miete p.a. und eine höhere, verbrauchsabhängige Betriebskostenzahlung des HFC.

Aufgrund der zusätzlichen Spiele und der neuen Mietkonditionen des HFC lagen die Einnahmen des Geschäftsjahres 2018 leicht oberhalb der Einnahmen des Jahres 2017.

2. Lage des Unternehmens

Das Berichtsjahr 2018 umfasste einen ganzjährigen Spielbetrieb des HFC e.V. in der 3. Liga. Durch die hierbei plangemäß erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von Euro T€ 757. Dieser höhere Liquiditätsbestand ist weiterhin vor allem auf einen Sondereffekt zurückzuführen. Aufgrund des bisher schwebenden Verfahrens bezüglich eines Zahlungsstopps wegen eines vermeintlichen Verstoßes gegen das EU-Beihilferecht zahlt die Gesellschaft vereinbarte Sponsoringgelder aus den Namensrechten seit Dezember 2017 nur noch in monatlichen, gleichbleibenden Raten. Bisher wurde dieses Geld vorschüssig für das gesamte Jahr gezahlt. Diese Regelung wird mindestens bis zum 30.06.2019 so fortgeführt.

Die wirtschaftliche Lage kann insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr überplanmäßig ein mit T€ 2 leicht positives Jahresergebnis erzielt.

Das seit dem vergangenen Jahr schwebende Verfahren mit dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2018 weitgehend abgeschlossen werden. Alle Forderungen des Landesverwaltungsamtes wurden vollumfänglich erfüllt.

- Mit dem HFC wurde zum 01.07.2018 ein Nachtrag zum bestehenden Mietvertrag abgeschlossen. Dieser sieht eine höhere Grundmiete (10 T€ p.a. zusätzlich) und eine Erhöhung der Vorauszahlungen für Betriebs- und Medienkosten in Höhe von 81 T€ p.a. vor. Für die Betriebs- und Medienkosten erfolgt eine Spitzabrechnung
- Der Zuschussvertrag mit der Stadt Halle (Saale) wurde zum 27.06.2018 ebenfalls angepasst.
- Die Stadt Halle (Saale) hat den neuen Zuschussvertrag im sogenannten SANI-2-System per Blitzmeldung bei der EU-Kommission eingestellt.

Damit geht die Stadion Halle Betriebs GmbH davon aus, dass das Verfahren abgeschlossen ist.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2019 wird weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb in der 3. Liga innerhalb des Stadions geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer spielt eine deutlich über den Erwartungen liegende Saison. Nach der Hinrunde stand der Verein auf Tabellenplatz 4, nur drei Punkte hinter einem direkten Aufstiegsplatz in die 2. Bundesliga und 1 Punkt hinter dem Relegationsrang. Der Verein hat angekündigt, die Lizenz für die Teilnahme an der 2. Bundesliga zu beantragen. Der Klassenerhalt in der 3. Liga ist nach dem Stand der Hinrunde aller Voraussicht nach schon gesichert.

Auch in 2019 sollen die Angebote rund um Sonderveranstaltungen im Stadion an die Erfolge der Vorjahre anknüpfen.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem auch vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga geprägt sein.

Die größte Aufgabe besteht nach wie vor darin, den Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

Sollte dem HFC der Aufstieg in die 2. Bundesliga gelingen, wären mehrere infrastrukturelle Anpassungen im Stadion notwendig, um den Spielbetrieb in der 2. Bundesliga abzusichern. Dies wäre zunächst mit zusätzlichen Investitionskosten verbunden.

Zugleich würde ein Aufstieg des HFC in die 2. Bundesliga eine Anpassung des bestehenden Mietvertrags nach sich ziehen. Mit dem HFC müsste nach § 6 Nr. 1 des Mietvertrages eine Miete verhandelt werden, die „sich an der geänderten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit [...] aufgrund der Zugehörigkeit zu einer anderen Spielklasse orientiert“. Diese würde in jedem Fall erheblich höher liegen als derzeit in die 3. Liga. Anzustreben ist, dass bei einem Aufstieg des HFC in die 2. Bundesliga die Gesellschaft ohne Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) wirtschaftlich tragfähig wäre.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag waren keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung zu verzeichnen.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungskapital in T€: 12.382

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.
- (2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:
 - a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,
 - b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.
- (3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).
- (5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.
- (6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand:

Vorsitzende	Brederlow, Katharina
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
	Borggreffe, Fabian
	Kirchert, Christian
	Scholtyssek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	0	0	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	28.339	93	29.086	94	29.912	96	-747	-3
Umlaufvermögen	2.069	7	1.706	6	1.204	4	363	21
Rechnungsabgrenzungsposten	74	0	86	0	81	0	-12	-14

Bilanzsumme	30.482	100	30.878	100	31.197	100	-396	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	17.790	58	18.460	60	18.296	59	-670	-4
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2.693	9	2.828	9	2.963	9	-135	-5
Rückstellungen	1.003	3	312	1	339	1	691	221
Verbindlichkeiten	8.804	29	9.077	29	9.425	30	-273	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	192	1	201	1	174	1	-9	-4

Bilanzsumme	30.482	100	30.878	100	31.197	100	-396	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	8.556	8.329	7.654
sonstige betriebliche Erträge	136	175	499
Materialaufwand	1.943	2.278	2.315
Personalaufwand	4.931	4.285	3.969
Abschreibungen	862	868	840
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	135	135	133
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.344	616	909
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	1	2
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	417	429	444
Ergebnis nach Steuern	-670	164	-189
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-670	164	-189

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-7,83	1,97	-2,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,63	0,89	-1,02	%
Cash-Flow:	192	1.032	650	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	79	90	91	T€
Personalaufwandsquote:	56,73	50,38	48,68	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-
und Kapitalstruktur**

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,76	93,98	95,50	%
Eigenkapitalquote:	58,36	59,78	58,65	%
Fremdkapitalquote:	41,64	40,22	41,35	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Pflegeplätze	159,00	159,00	159,00	Anzahl
Pflegetage (vollstationär inkl. Kurzzeitpflege)	58.035,00	57.725,00	55.183,00	Tage
Kapazitätsauslastung Betten	97,00	98,00	96,30	%
Wohneinheiten betreutes Wohnen	97,00	97,00	97,00	Anzahl
Vermietungsstand	94,00	96,50	96,00	%
Mietwohnungen	55,00	55,00	55,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Glauchauer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 344

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehgeschwacher Einwohner der Stadt Halle (Saale).
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht durch die Beschaffung von Mitteln, zur Verwendung durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder anderer steuerbegünstigter Körperschaften, für die in Abs. 1 genannten Zwecke.
3. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, sondern ausschließlich steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand : Vorsitzender Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender Geier, Egbert
Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	344	64	344	65	344	65	0	0
Umlaufvermögen	191	36	185	35	183	35	6	3
Bilanzsumme	535	100	529	100	527	100	6	1
Passiva								
Eigenkapital	535	100	529	100	527	100	6	1
Bilanzsumme	535	100	529	100	527	100	6	1

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	14	15	14
sonstige betriebliche Aufwendungen	10	15	18
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	3
Ergebnis nach Steuern	6	2	-1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6	2	-1
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	5	5	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	-3	-1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,14	0,35	-0,23	%
Cash-Flow:	6	2	-1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	64,24	64,99	65,21	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	468.950,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

f) Lagebericht

Die Stiftungssatzung wurde betreffs der geänderten §§ 2, 3 und 4 im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) mit Datum vom 07.04.2018 bekannt gegeben.

Die Vermögens- und Ertragslage der Stiftung ist stabil und gesichert.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um 6 TEUR auf 535 TEUR durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Im Bereich der Vermögensverwaltung erzielte die Stiftung Einnahmen in Höhe von 16 TEUR.

Diese setzen sich im Wesentlichen aus Pachteinahmen (14 TEUR) und Zinsen (2 TEUR) zusammen.

Dem stehen Ausgaben in Höhe von 190 EUR gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss aus der Vermögensverwaltung in Höhe von 16 TEUR wurde eine Rücklage nach §62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von 5 T€ gebildet.

Die Rücklage hat sich damit auf 81 TEUR erhöht.

Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Einnahmen im ideellen Bereich sind im Geschäftsjahr nicht erwirtschaftet worden.

Im ideellen Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von 10 TEUR entstanden.

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis in Höhe von 1 TEUR nach Rücklagenbildung erwirtschaftet.

Im Jahr 2018 sind beschlussgemäß (Vorstandssitzung vom 12.04.2018) folgende Mittel verwendet wurden:

- Zufinanzierung an das Stadtmuseum zur Erarbeitung einer Mappe mit Informationen zum Stadtmuseum und zur Dauerausstellung in Braille-Schrift zum Ausbau des Blindenleitsystems in Höhe von 2.954,18 EUR
- Zufinanzierung an die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für die teilweise Sanierung des Wasserversorgungssystems verschiedener Objekte der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle in Höhe von 3 TEUR.

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Große Nikolaistraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Grundstockvermögen in T€: 6.473

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- a) Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- b) Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- c) Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktor: Birnbaum, Clemens

Kuratorium:

Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender	Dr. Schellenberger, Gunnar
	Dr. Bergner, Annegret
	Dr. Fox, Jürgen
	Froboese, Klaus
	Quäschning, Bettina

Fachbeirat:

Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff
	Hoberg, Uwe
	Kaiser, Angela
	Lutz, Florian

Fachbeirat:

Prof. Dr. Fontana, Eszter
Prof. Dr. Ruf, Wolfgang
Prof. Schirmer, Ragna
Voß, Stefan
Bartoli, Cecilia

Ehrenmitglied

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Direktor wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Ausstehende Einlagen	0	0	0	0	2.439	18	0	
Anlagevermögen	8.404	78	8.434	77	8.535	63	-30	0
Umlaufvermögen	2.341	22	2.520	23	2.503	19	-179	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0	0	4	0	2	
Bilanzsumme	10.747	100	10.954	100	13.481	100	-207	-2
Passiva								
Eigenkapital	10.129	94	10.410	95	12.972	96	-281	-3
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	68	1	0	0	0	0	68	
Rückstellungen	160	1	185	2	173	1	-25	-14
Verbindlichkeiten	78	1	62	0	68	1	16	26
Rechnungsabgrenzungsposten	312	3	297	3	268	2	15	5
Bilanzsumme	10.747	100	10.954	100	13.481	100	-207	-2

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	109	107	100
Zuschüsse Gesellschafter	2.439	2.439	2.480
sonstige betriebliche Erträge	1.062	1.104	1.134
Personalaufwand	1.187	1.199	1.161
Abschreibungen	245	249	234
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.468	2.351	2.538
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	25	15
Ergebnis nach Steuern	-282	-124	-204
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-282	-124	-204
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-282	-124	-204
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-257,61	-116,55	-204,41	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,78	-1,19	-1,57	%
Cash-Flow:	-37	125	30	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	190	182	177	T€
Personalaufwandsquote:	32,88	32,86	31,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,15	76,87	63,22	%
Eigenkapitalquote:	94,25	95,04	96,22	%
Fremdkapitalquote:	5,75	4,96	3,78	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Bericht Jahresabschluss 2018

(aus dem Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus)

Aktiva

Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2018 € 10,75 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen aus dem laut Satzung nicht veräußerbaren Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,5 Mill zusammen.

Das Anlagevermögen verzeichnet als Sachanlagen die Gebäude, die 2009 erstellte Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ und die damit in Zusammenhang stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes, die Bauleistungen von Dach und Fassade des Händel-Hauses, die Hofgestaltung, die 2012 neu entstandene Dauerausstellung im W.F.Bach-Haus, das vom Kuratorium beschlossene Projekt zur Errichtung eines Klangstudios als museumspädagogischen Bereich in der Ausstellung des Händel-Hauses, den im Jahr 2016 erfolgten Neubau einer behindertengerechten Toilette im Museumsbereich sowie den Ausbau der Toilettenanlagen im Verwaltungsgebäude. Im Berichtsjahr neu hinzugekommen sind Planungskosten im Zusammenhang des Neubaus eines barrierefreien Zugangs ins Händel-Haus und damit Wiederöffnung einer ehemals vorhandenen Tordurchfahrt (EFRE-Förderprojekt).

Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik sowie in der EDV-Software auf.

Durch Ankäufe und Schenkungen von Kunstgütern wuchs der Wert im Vergleich zum Jahr 2017 um € 6,8 T.

Bei den spielbaren Gebrauchsmusikinstrumenten wurde der 2018 fertig gestellte Nachbau des Ruckers-Cembalo aktiviert.

Im Anlagevermögen neu hinzugekommen sind Investitionen in den vom Land Sachsen-Anhalt (Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung) geförderten WLAN-Ausbau im Händel-Haus und der in diesem Kontext von der Stiftung Händel-Haus ohne Fördermittel finanzierte Museumsguide auf WLAN-Basis.

Die Forderungen hängen u.a. mit der Abgrenzung zum 31.12.2018 für im Jahr 2018 von der Stiftung Händel-Haus gestellte Rechnungen zusammen, die in den ersten Monaten 2019 beglichen wurden.

Der Aufwuchs des Kontos Umsatzsteuer § 13 b hängt mit der unklaren umsatzsteuerlichen Behandlung der Händel-Festspiele zusammen. Im Jahr 2018 wurden aus diesem Grund keine Gleichstellungsbescheinigungen nach UStG für Steuerausländer gestellt. Da bis auf Weiteres unklar ist, welche Veranstaltungen der Händel-Festspiele der Umsatzsteuerpflicht unterliegen und welche nicht, werden entsprechende, kostenpflichtige Bescheinigungen nicht beantragt. In diesem Zusammenhang steht eine Kostenerhöhung der Umsatzsteuervorauszahlungen für die geleisteten Steuerzahlungen.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um eine ausstehende Förderratenzahlung der Investitionsbank mit Abgrenzung zum 31.12.2018 im Rahmen des EFRE-Förderprojektes zum Aufbau des barrierefreien Zugangs zum Händel-Haus.

Zusätzlich zu den liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 1,86 Mill. kommen Wertpapieranlagen in Höhe von € 396 T. In Konto #917 sind die Anlagen, die gemäß der vom Kuratorium am 29. Juni 2016 beschlossenen Anlagenrichtlinie in folgende Wertpapiere erfolgten:

- Deka-Bank Stufenzins-Anleihe
- Deka-Immobilien Europa
- Deka-Stiftungen Balance
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A)

Bei Erstellung des Wertpapier-Portfolios folgte der Direktor Empfehlungen von Mitarbeitern der Saalesparkasse, die die Anlagenrichtlinie der Stiftung vorliegen hatten. Mit Stichtag 31.12.2018 hatten die Anlagen folgende Werte:

- Deka-Bank Stufenzins-Anleihe: € 151.486,50,00
- Deka-Immobilien Europa: € 99.556,20
- Deka-Stiftungen Balance: € 94.448,20
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A): € 49.864,69

Ein Report der Wertdepotanlage vom 2. Januar 2019 ist als Anlage 3 dem Bericht beigelegt. Aus diesem ergibt sich eine Performance vom 1. Januar 2018 bis 2. Januar 2019 in Höhe von -1,96%. Wie aus dem Diagramm zu ersehen ist, gab es ab September 2018 einen Einbruch der Wertpapiere, der im Wesentlichen durch Unsicherheiten im Rahmen des unklaren Brexit und des Handelskrieges zwischen den USA und China in Zusammenhang steht. Hiervon waren alle Indizes an der Börse betroffen und führten zum Stichtag 31.12.2018 zu einem negativen Ergebnis im Wertpapierbereich. Mit Ausnahme des Rentenmarktes haben sich die Indizes im 1. Quartal des Jahres 2019 wieder erholt. Ungeachtet dessen gab es Ausschüttungen der Wertpapiere.

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Jahr 2018 geleistete Anzahlungen für das Wirtschaftsjahr 2019 enthalten. Dabei handelt es sich um Siemens-Gebühren für den Feuerwehranschluss (€ 1.599,36) sowie für die Software-Pflege des Museumskassenprogramms (€ 446,25).

Passiva

Die Finanzierungsquelle des Vermögens setzt sich vorrangig aus Eigenkapital zusammen. Das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter) steigt um rund € 6,8 T. Neben der Zuführung aus den freien Rücklagen (s. unten) erhöht sich das Grundstockvermögen im Rahmen einer Schenkung in Höhe von € 220.

Die Ergebnismittelrücklagen wurden mit den Jahresabschlüssen vom Kuratorium beschlossen. Dabei wurden im Jahr 2018 € 36.688 für steuerbegünstigte, satzungsgemäße Zwecke verwendet. Der Betrag der verwendeten Ergebnismittelrücklage steigt entsprechend um diesen Betrag auf rund € 2,4 Mill. an. Eine Betriebsmittelrücklage wird gemäß § 62, Absatz 1, Nr. 1 AO in Höhe von € 253 T gebildet.

Die freie Rücklage reduziert sich durch eine Entnahme in Höhe von € 6.588,48 für das Grundstockvermögen und eine Entnahme in Höhe von € 243.768,92 um den Stiftungsfehlbetrag auszugleichen.

Beim Sonderposten mit Rücklagenanteil handelt es sich um im Jahr 2018 erhaltene Fördermittel des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung zur Finanzierung des Händel-Haus WLAN (€ 51.239,28) sowie der Investitionsbank im Rahmen des EFRE-Förderprojektes zum Aufbau des barrierefreien Zugangs zum Händel-Haus (€ 16.408,60). Beide Projekte waren zum 31. Dezember 2018 noch nicht fertig gestellt und werden somit als Rücklagen eingestellt. Nach Aktivierung der Anlagekonten nach Fertigstellung wird der Sonderposten Rücklagenanteil kohärent zur Abschreibung über mehrere Jahre aufgelöst.

Die Rückstellungen verringern sich auf € 160 T und setzen sich wie folgt zusammen:

- Rückzahlungen und Einnahmeausfälle bei Absage der Openair-Veranstaltungen in der Galgenbergschlucht (€ 150.000)
- Kosten des Steuerberaters zur Erstellung des Jahresabschlusses 2018 (€ 2.400)
- Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer 2018 (€ 7.500)

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich größtenteils um Rechnungen von Handwerksfirmen im Rahmen von Baumaßnahmen, die zum 31.12.2018 abgegrenzt wurden. Diese wurden nach Fälligkeit im Januar 2019 bezahlt.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen Rechnungen aus dem Jahr 2019, deren Leistungserbringung im Jahr 2018 lag. Diese wurden mittlerweile von der Stiftung bezahlt.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält Einnahmen für die Händel-Festspiele 2019 (€ 291.938,28), für das Seniorenkolleg 2019 (€ 3.505), die die Stiftung bereits im Jahr 2018 erhalten haben, sowie ein Vortrag von DBU-Projektmitteln aus dem Jahr 2017 (€ 16.960,19).

Einnahmeüberschussrechnung

Die Stiftung erhielt Spenden im ideellen Bereich in Höhe von € 16 T. Damit verringerte sich das Spendenaufkommen im Vergleich zum Jahr 2017 um € 4 T.

Bei den Erträgen aus Zinsen und Wertpapieren sind die Erträge der Wertpapieranlagen der Stiftung, die im Herbst 2016 im Rahmen der Anlagenrichtlinie erfolgte, verzeichnet. Es bleibt weiterhin das weltweit sehr niedrige Zinsniveau zu konstatieren für Anlagen, die mündelsicher oder nur in einer geringen Risikoklasse erfolgen. Die Kursverluste der Wertpapiere seit September 2018 und die Erholung im 1. Quartal 2019 wurde bereits weiter oben beschrieben (s. Aktiva).

Bei den abbeschriebenen Mietforderungen handelt es sich um Forderungen gegen den ehemaligen Mieter der Gastronomie.

Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (Museum, Forschung, kulturelle Veranstaltungen wie Händel-Festspiele u.a.m.) sind gemäß § 68 AO dem satzungsgemäßen, nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb zugeordnet. Neben Einnahmen im Rahmen eines Vertrages mit der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) konnten projektbezogene Fördermittel in Höhe von € 258 T akquiriert werden. Der Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt ist auf das Projekt „Händel-Festspiele“ zweckgebunden. Der Zuschuss des Landes belief sich vertragsgemäß im Jahr 2018 auf € 511.300.

Unter den nicht steuerbaren Einnahmen fällt der Eintrittserlös für die Händel-Festspiele höher aus als im Jahr 2017 (+ € 35 T). Nach dem auch gegenüber der Presse verkündeten, am besten besuchten Händel-Festspielen in ihrer Geschichte, spiegelt sich dies auch ertragsseitig wider. Es handelt es sich um einen der höchsten Einnahmeerlöse seit Stiftungsgründung.

Auf konstant hohem Niveau liegen die Einnahmen bei den Eintrittsgeldern Museum, Einnahmeerlös für Konzerte im Händel-Haus und Erlöse im ideellen Bereich. Dabei ist zur Einordnung wichtig, dass die Stiftung seit 2017 deutlich weniger Veranstaltungen durchführt, um hierdurch die vom Kuratorium beschlossene Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer zu finanzieren.

Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vorgenommen. Die Personalkosten der Stiftung Händel-Haus stiegen im Jahr 2018 auf Basis tarifrechtlicher Steigerungen im Rahmen des TVöD für Mitarbeiter*innen, die mit Stiftungsgründung im Rahmen der Betriebsüberleitung zuvor als städtische Angestellte eine Tarifbindung mit dem TVöD besaßen. Ferner partizipierten alle anderen, nicht tarifgebundenen Mitarbeiter*innen und der Direktor an der Tarifierhöhung des TVöD gemäß des vom Kuratorium beschlossenen Wirtschaftsplanes.

In die Kunstsammlung der Stiftung wurde im Jahr 2018 finanziert.

Die Kostenstelle #2522 verzeichnet den Einnahmeerlös für Veranstaltungen der Theater, Oper und Orchester GmbH, die im Rahmen der Händel-Festspiele 2018 erzielt und an die Theater, Oper und Orchester GmbH abgeführt wurden. Der Ticketverkauf dieser Veranstaltungen wurde von der Stiftung kostenlos durchgeführt. Die Sachkosten sind gegenüber dem Jahr 2017 deutlich niedriger ausgefallen. Die Honorare für Künstler sind zusammen mit dem Konto #2930 zu betrachten: Die deutlich verringerten Ausgaben in #2550 stehen in Zusammenhang mit der deutlichen Erhöhung von #2930. Hintergrund ist, dass der Steuerschuldner Stiftung Händel-Haus aufgrund der unklaren umsatzsteuerlichen Behandlung der Händel-Festspiele im Jahr 2018 keine Gleichstellungsbescheinigungen nach UStG für Steuerausländer stellte (s. hierzu auch weiter oben). Im Gegensatz zu privatrechtlich organisierten Musikfesten in Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern erhielt die Stiftung Händel-Haus durch das Landesverwaltungsamt keine Gleichstellungsbescheinigung für die gesamten Händel-Festspiele. Dadurch ist bis auf Weiteres unklar, welche Veranstaltungen der Händel-Festspiele der Umsatzsteuerpflicht unterliegen und welche nicht. Solange dies nicht geklärt ist, werden nicht entsprechende, kostenpflichtige Bescheinigungen beantragt. Hieraus ergibt sich die Kostensteigerung für die Umsatzsteuer ausländischer Künstler nach § 13b UStG.

Bei den Anwaltskosten handelt es sich ausschließlich um Kosten in Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren des ehemaligen Mieters der Gastronomie.

In Bauleistungen (Werterhaltung Gebäude und Reparaturen Gebäude) wurde im Jahr 2018 € 50 T investiert. Außerdem kommen weitere Investitionen u.a. in den Ausbau des WLAN, in die Händel-Ausstellung, Dach und Fassade, Ausbau WC-Anlage Verwaltung, Umbau Eingangsbereich Händel-Haus und für die Installation des Museums-Guide hinzu.

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit sind geringfügig höher ausgefallen als im Jahr 2017, was sich erfolgreich auch in den erhöhten Einnahmen zu den Händel-Festspielen widerspiegelt.

Zum Gewinn im ideellen Bereich in Höhe von € 16 T kommen ein Gewinn in der Vermögensverwaltung (€ 1,5 T), ein Verlust im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ -346 T) sowie ein Gewinn im steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 38 T) hinzu.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb weist einen Gewinn auf (€ 8 T). Hierzu sei folgendes erläutert: In einer im Jahr 2013 durchgeführten Betriebsprüfung durch das Finanzamt Halle über die Jahre 2009 - 2011 wurde zugestanden, dass anteilige Kosten im steuerfreien Zweckbetrieb zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben als Ausgaben für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu berücksichtigen sind. Diese betragen im Jahr 2018 rund € 35 T. Aus wirtschaftlicher und auch aus Sicht der Finanzverwaltung zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit ist der Ertrag im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2018 positiv. Ein professionell geführter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, wie er von der Stiftung Händel-Haus betrieben wird, ist für eine gemeinnützige Stiftung eine gute Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger zusätzlicher Einnahmen zur Erfüllung ihrer Zwecke.

Im Jahr 2018 wurde ein Forderungsverlust aus Mieteinnahmen in Höhe von € 302,52 abgeschrieben, da sie uneinbringlich waren. Hierbei handelt es sich um Mieten für Eheschließungen zweier Ehepaare, die trotz Mahnungen über ein halbes Jahr die Kosten für die Räumlichkeiten der Eheschließungen nicht bezahlt haben. Aus diesem Grund hat die Stiftung das Verfahren zur Vermietung der stiftungseigenen Räume für Eheschließungen in Zusammenarbeit mit dem Standesamt Halle auf Vorauszahlung umgestellt.

Ergebnis

Zusammengenommen weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2018 ein Stiftungsergebnis in Höhe von € -282.072,45 auf. Damit fällt der Verlust um rund € 100 T höher aus, als wie es der vom Kuratorium auf seiner Sitzung am 13. Juni 2017 beschlossene Wirtschaftsplan ausweist (€ -183.700). Liquidität ist vorhanden.

Es sind verschiedene Gründe für den höheren Verlust zu konstatieren:

1. Wie oben und auch weiter unten (Risiko) erläutert, besteht weiterhin Unklarheit über die umsatzsteuerliche Behandlung der Händel-Festspiele. Die Stiftung stellte aufgrund dieser nicht geklärten Lage als Steuerschuldner im Jahr 2018 keine Gleichstellungsbescheinigungen für Steuerausländer. Dadurch sind die Umsatzsteuervorauszahlungen im Jahr 2018 gegenüber 2017 um € 26.200,05 auf € 26.930,34 gestiegen (s. die Erläuterungen weiter oben). Zum Zeitpunkt des beschlossenen Wirtschaftsplanes 2017 war dies nicht abzusehen. Es besteht weiterhin die Möglichkeit, bis zu 4 Jahre rückwirkend eine Gleichstellungsbescheinigung zu erhalten und dadurch die bereits gezahlte Umsatzsteuer wieder zurückzuerhalten. Zunächst sollte die Prüfung durch das Finanzamt abgewartet werden mit entsprechenden Feststellungen. Das Finanzamt prüft im 2. Quartal 2019 die Festspiele 2015.
2. Auf Grundlage der Akquirierung von Fördermitteln für den WLAN-Aufbau (Zuwendungsbescheid: 06.02.2018) musste die Stiftung Händel-Haus einen zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung nicht geplanten Eigenanteil einbringen. Dieser beläuft sich auf 20% der zuwendungsfähigen Ausgaben in Höhe von € 64.049,10 (Eigenanteil: € 12.809,82). Im beschlossenen Wirtschaftsplan am 13.06.2017 war diese Position noch nicht eingeplant.
3. Ferner musste die Stiftung im Rahmen des WLAN-Aufbaus investieren in die nicht zuwendungsfähige Software, damit das WLAN funktioniert. Damit in Zusammenhang wurde auch die Programmierung und Realisierung des Museum-Ausstellung-Guides auf WLAN-Basis beauftragt. Diese Nutzung war Gegenstand auch des Förderantrages zum WLAN-Aufbau. Die Investition erfolgte ohne Fördermittel und hat die Stiftung somit allein aus Eigenmitteln 2018 realisiert. Den Zuschlag nach Ausschreibung hierfür erhielt im August 2018 das AV Studio mit einem Angebot in Höhe von € 25.580. Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden hieraus Kosten in Höhe von € 17.207,40 aufgewendet. Wie in Punkt 2 beschrieben, war im beschlossenen Wirtschaftsplan am 13.06.2017 diese Position nicht geplant.
4. Für ein weiteres Förderprojekt erhielt die Stiftung einen Zuwendungsbescheid (Schaffung einer neuen, barrierefreien Eingangssituation ins Händel-Haus) am 03.05.2018 mit zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von € 273.408,32. Einen 20%igen Eigenanteil zusätzlich zu den EFRE-Mitteln hat die Stiftung einzubringen (€ 68.352,08) Für das Kalenderjahr 2018 erfolgten im Rahmen von Planungen Kosten, die die Stiftung bezahlte. Die IB Bank hat dabei einen Anteil der zuwendungsfähigen Ausgaben im Kalenderjahr 2018 nicht ausgezahlt. Dieser ist als Forderung ausgewiesen. Insgesamt war der Eigenanteil für das Bauprojekt zum Zeitpunkt des beschlossenen Wirtschaftsplanes am 13.06.2017 nicht geplant.
5. Da im Kalenderjahr 2018 die unter den Punkten 2 bis 4 genannten Projekte noch nicht abgeschlossen waren, sind die entsprechenden Förderanteile in der Bilanz als „Sonderposten mit Rücklageanteil“ ausgewiesen. Dabei handelt es sich um einen Betrag in Höhe von € 67.647,88. Nach Aktivierung der Anlagekonten nach Fertigstellung wird der Sonderposten Rücklagenanteil kohärent zur Abschreibung aufgelöst.
6. Aufgrund des Insolvenzverfahrens gegen den ehemaligen Mieter der Gastronomie zum 27.02.2018 musste der 2017 gepfändete Betrag in Höhe von € 6.066,41 der Insolvenzmaße zugeführt werden. Dieser Betrag musste abgeschrieben werden. Dies war zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung nicht voraussehbar.

Resümee: Berücksichtigt man alleine die in den Punkten genannten Beträge, so erklärt sich der höhere Verlust von weit über € 100.000 gegenüber dem beschlossenen Wirtschaftsplan. Dass dieser letztlich nicht noch höher ausgefallen ist, hängt mit höheren Einnahmen zusammen, insbesondere der Händel-Festspiele 2018.

Auf der Kuratoriumssitzung am 30.09.2014 wurde beschlossen, dass diejenigen Projekte, die vom Kuratorium beschlossen wurden und aus Rücklagen finanziert werden, in Form einer Liste dargestellt werden. In der Vergangenheit beschloss das Kuratorium stets, dass die jeweils genannten Beträge der beschlossenen Projekte nicht mit Beträgen festgeschrieben werden, sondern dass die Finanzierungsbeiträge für die beschlossenen Projekte untereinander variabel gestaltet werden können.

Ergebnisverwendung 2018

Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus und auf Grundlage der gesetzlichen Regelung der §§ 58 und 62 AO schlägt der Direktor folgende **Verwendung des Stiftungsergebnisses** vor:

Die Gewinne aus dem ideellen Bereich (€ 16.398,12), der Vermögensverwaltung (€ 1.539,28), dem steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 38.151,87) und des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes (€ 8.318,72) sollen mit dem Verlust im steuerfreien Zweckbetrieb (€ -346.480,44) verrechnet werden.

Der Restbetrag des Verlustes (€ 282.072,45) soll durch Entnahme aus der freien Rücklage (€ 243.768,92), der Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage § 62 Abs. 2 S. 2 AO in Höhe von 309.351,63 bei gleichzeitiger Einstellung einer Betriebsmittelrücklage (- € 271.048,10) verrechnet werden.

Stiftungsergebnis	-282.072,45 €
Entnahme freie Rücklage	243.768,92 €
Einstellung Betriebsmittelrücklage	-271.048,10 €
Entnahme Betriebsmittelrücklage	309.351,63 €
Stiftungsüberschuss / Stiftungsfehlbetrag	0,00 €

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Rosinski, Stefan	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Range, Stefan	(bis 30.11.2018)
		Dr. Brock, Inés	
		Dr. Hirschinger, Frank	(bis 30.11.2018)
		Dr. Wend, Detlef	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Dr. Wünscher, Ulrike	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

Aufsichtsrat:	Heinemann, Jens	(seit 30.11.2018)
	Poldrack, Stefan	(bis 30.11.2018)
	Schramm, Rudenz	
	Sedlacek, Michal	(seit 30.11.2018)
	Vogel, Gerd	(seit 30.11.2018)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	4	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		RGJ 2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	23.443	89	24.350	95	25.446	96	-907	-4
Umlaufvermögen	2.778	10	1.310	5	905	3	1.468	112
Rechnungsabgrenzungsposten	214	1	79	0	232	1	135	171

Bilanzsumme	26.435	100	25.739	100	26.583	100	696	3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	21.739	82	21.604	84	22.715	85	135	1
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.665	6	1.757	7	1.791	7	-92	-5
Rückstellungen	1.207	5	634	3	555	2	573	90
Verbindlichkeiten	936	4	888	3	798	3	48	5
Rechnungsabgrenzungsposten	888	3	856	3	724	3	32	4

Bilanzsumme	26.435	100	25.739	100	26.583	100	696	3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2018	2017	RGJ 2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.492	3.147	1.263
Zuschüsse Gesellschafter	35.056	32.596	13.892
sonstige betriebliche Erträge	528	348	85
Materialaufwand	3.485	3.214	1.162
Personalaufwand	30.991	29.704	12.312
Abschreibungen	1.353	1.430	602
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.884	2.847	1.151
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	153	0	0
Ergebnis nach Steuern	196	-1.104	13
sonstige Steuern	61	7	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	135	-1.111	9

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	RGJ 2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,85	-35,31	0,71	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,62	-4,89	0,04	%
Cash-Flow:	1.488	319	611	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	82	76	32	T€
Personalaufwandsquote:	79,31	82,30	80,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,49	94,37	95,44	%
Eigenkapitalquote:	82,23	83,93	85,45	%
Fremdkapitalquote:	17,77	16,07	14,55	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Besucher	221.995	221.651	84.743	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.048	1.054	468	Anzahl

f) Lagebericht

1. Gründung und Entwicklung

Durch den Beschluss des Stadtrates vom 26. November 2008 sind mit Beginn des Kalenderjahres 2009 die Oper und die Staatskapelle Halle, das Puppentheater und das neue theater Halle sowie das Thalia Theater Halle in der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle zusammengeführt worden. Dies war mit der Zielstellung verbunden, kulturelle und künstlerische Leistungen der Theater und Orchester auf hohem Niveau bei Senkung der Aufwendungen zu erhalten.

Zum 30. Juni 2018 liefen die Verträge zahlreicher Mitarbeiter aus, die freiwilligen Lohnverzicht beinhalteten. Durch diesen Effekt konnte die Spielintensität erhöht werden und Engpässe vor allem in den technischen Gewerken entspannt werden.

Das Geschäftsjahr 2018 war geprägt durch die Verhandlungen des neuen Theatervertrages zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt für die Jahre 2019 bis 2023. Nach vielen intensiven Gesprächen konnte der Theatervertrag am 20. Dezember 2018 vom Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) unterzeichnet werden. Der neue Theatervertrag versetzt die Gesellschaft in die Lage, die nächsten fünf Jahre mit einer gesicherten Finanzierung zu planen. Dieser Theatervertrag sichert das aktuelle Stellengefüge der GmbH ab und geht, wie auch schon im Strukturpassungskonzept 2.0 vorgesehen, von einer Orchesterstärke von 115 MusikerInnen aus. Für das Geschäftsjahr 2018 wurde der Wirtschaftsplan am 27. Juni 2018 vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschlossen. Wie auch schon im Geschäftsjahr 2017 konnte die Finanzierung der Gesellschaft nur durch die Zahlung von weiteren Liquiditätshilfen gewährleistet werden. So wurden zusätzlich zu den laufenden Zuschüssen von Stadt und Land sowie den Zuschüssen zur Dynamisierung der Personalkosten insgesamt TEUR 1.480 als Liquiditätshilfe an die Gesellschaft gezahlt. Außerdem sah der Wirtschaftsplan 2018 die Zahlung eines Sonderzuschusses in Höhe von TEUR 2.075 vor. Da für diesen Sonderzuschuss die Deckung von Seiten der Stadt am Anfang des Jahres noch nicht gesichert war, gab es im März 2018 ein Treffen mit der BMA und der Kämmerei der Stadt Halle (Saale) und der Geschäftsführung. Es wurde vereinbart, die Zahlung des Zuschusses für den Monat Dezember auf den Juli 2018 vorzuziehen, um die Liquidität im Sommer zu gewährleisten. Mit Schreiben vom 13. April 2018 bat der Beigeordnete für Finanzen um die Zahlung von TEUR 500 im Juli und TEUR 1.979 im August. Dem konnte durch die Gesellschaft zugestimmt werden. Die Deckung des Sonderzuschusses konnte durch die Stadt Halle (Saale) erreicht werden und die Zahlung wurde am 27. Juni 2018 im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschlossen.

Erstmals seit Gründung der GmbH (mit Ausnahme des Rumpf-Geschäftsjahres vom 1. August bis 31. Dezember 2016) konnte daher ein positives Ergebnis erreicht werden. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss von TEUR 135 ab. Dieses Ergebnis konnte nur erzielt werden, da alle Sparten Mehreinnahmen generierten und die Personalkosten aufgrund von Fluktuation im Vergleich zur Hochrechnung niedriger waren.

Durch die Einhaltung der vorgegebenen Budgets und einer engmaschigen Liquiditätsüberwachung konnte somit die Liquiditätslage zum Ende des Geschäftsjahres stabilisiert werden, sie liegt nun in einer der Größe der Gesellschaft angemessenen Höhe.

Nach der Beendigung des Vertrages mit dem Generalmusikdirektor (GMD) Josep Caballé Domenech wurde durch den Geschäftsführer die intensive Suche nach einem neuen GMD aufgenommen. Diese Arbeit war erfolgreich, und es konnte die Französin Ariane Matiakh, eine der vielversprechenden Dirigentinnen unserer Zeit, gewonnen werden. Sie wird mit Beginn der Spielzeit 2019/2020 ihre Arbeit in Halle aufnehmen. Somit wird erstmals eine Frau an der Spitze der Staatskapelle stehen, was auch bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte.

Leistungsentwicklung

Nachdem schon im Geschäftsjahr 2017 der Wirtschaftsplan den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst wurde, wurden durch die Geschäftsführung für den Wirtschaftsplan 2018 die Zahlen fortgeschrieben. Im Bereich der Oper und des Thalia Theaters wurden die Einnahmen angepasst. Somit sah der Wirtschaftsplan für die TOOH Einnahmen aus Kartenverkäufen und Gastspielen in Höhe von TEUR 2.770 vor. In den beiden genannten Sparten wurden die Einnahmen um jeweils TEUR 50 nach unten angepasst.

Im Geschäftsjahr 2018 fanden spartenübergreifend 30 Premieren statt. Durch die zahlreichen Übernahmen aus vergangenen Spielzeiten konnte die Gesellschaft wieder ein breit gefächertes Angebot vorhalten.

Die reinen Einnahmen und Besucherzahlen aus Kartenverkäufen der einzelnen Sparten vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 im Überblick:

	Einnahmen EUR	Besucher Anzahl	Vorstellungen Anzahl
Oper	1.140.534	57.709	198
Staatskapelle	771.398	60.069	115
neues theater	795.460	54.456	347
Thalia Theater	237.460	29.969	186
Puppentheater	286.747	19.792	202
TOO gesamt:	3.231.599	221.995	1.048

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan stellt sich die Entwicklung der Einnahmen und Besucherzahlen in den Sparten wie folgt dar:

	Einnahmen		Besucher	
	lt. Wipla in EUR	Ist 31.12.18 in EUR	lt. Wipla	Ist 31.12.2018
Oper	1.060.000*	1.140.534	58.830	57.709
Staatskapelle	660.000	771.398	53.000	60.069
Neues theater	650.000	795.460	55.000	54.461
Thalia Theater	200.000	237.460	27.000	29.969
Puppentheater	210.000	286.747	18.600	19.792

* Unterjährig um 10.000 EUR erhöht, um Mehreinnahmen und Mehraufwendungen für das Moritzburgfestival zu berücksichtigen.

Diese Übersicht zeigt deutlich, dass in allen Sparten Mehreinnahmen erzielt wurden. Diese sind unter anderem auch auf die Preiserhöhung ab der Spielzeit 2018/2019 zurückzuführen. Sowohl in der Oper als auch im Schauspiel haben die gemeinsamen Koproduktionen zu Mehreinnahmen geführt. In der Oper kamen außerdem Einnahmen aus Sonderprojekten (Moritzburg, Lange Nacht der italienischen Oper) und höhere Einnahmen aus dem Vermietungsgeschäft hinzu.

Im Schauspiel wurden durch Vermietungen ebenfalls hohe Einnahmen erzielt.

Die Mehreinnahmen der Staatskapelle sind zum größten Teil durch lukrativere Gastspiele, unter anderem in der Berliner Philharmonie und in der Alten Oper Frankfurt zu Stande gekommen.

Das Puppentheater hat die Mehrerlöse unter anderem durch die Nutzung von Spielstätten mit höherer Platzkapazität („Clara“ im Puschkinhaus und „Turandot“ im Hof des Steintorvarieté) erreichen können.

In zahlreichen Aktionen und sogenannten theaternahen Veranstaltungen wurden den Sparten folgende Besucheranzahlen gezählt.

	Besucher	Anzahl
Puppentheater	254	8
Oper	9.632	192
Schauspiel	7.742	73
Staatskapelle	6.682	17

Zu den 17 Veranstaltungen der Staatskapelle zählen auch das Mitmachkonzert auf dem Marktplatz sowie der Einsatz beim Laternenfest, was die hohe Besucherzahl erklärt.

Spartenübergreifend wurden 2.561 Besucher bei 14 Veranstaltungen (Workshops der Theaterpädagogik, Führungen, Eröffnungsprogramm etc.) gezählt. Durch diese Aktivitäten konnten TEUR 12 erzielt werden. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus der exakteren Aufgliederung auf die einzelnen Sparten.

Die Oper startete mit der Premiere „**Aida**“ am 20. Januar 2018 in das neue Jahr. Diese Aufführung fand mit knapp 70 % Auslastung sein Publikum in Halle. Die weiteren Opernpremierer „**Mein Staat als Freund und Geliebte**“, „**Bastien & Bastienne**“, „**Die Großherzogin von Gerolstein**“, „**L'Africaine**“ blieben mit Auslastungen zwischen 20 % und 50 % hinter den Erwartungen zurück. Die mit Spannung erwartete und im Vorfeld in der Belegschaft diskutierte Aufführung „**Messa da Requiem**“ in der neuen Raumbühne „**Babylon**“ fand mit Auslastungen von durchschnittlich 52 % vor allem überregional Beachtung. Mit dem Schauspiel gab es drei Koproduktionen, die allesamt sehr erfolgreich liefen (der Fasching 2018 mit 100%iger Auslastung, „**Die Dreigroschenoper**“ mit einer Auslastung von 99 % in der ersten Jahreshälfte (87 % im Jahresdurchschnitt) sowie das Familienmusical „**Annie**“ mit einer Auslastung von 98 %).

Auch im abgelaufenen Kalenderjahr hat die Oper Halle wieder ein umfangreiches Rahmenprogramm durchgeführt.

Im Jahr 2018 kamen im **Schauspiel** insgesamt 18 Neuinszenierungen zur Premiere, davon sieben Produktionen des Thalia Theaters, darunter auch die Kinderstadt, und elf Produktionen des neuen theaters. Hinzu kommen vier jährlich wiederkehrende Veranstaltungen, die stark in die Stadt hineinwirken und der steten Publikumsgewinnung dienen (Theaterthekennnacht, Maifeier, Der Esel der auf Rosen geht, Silvestergala).

Gemeinsam mit der Oper wurden vier Projekte realisiert, darunter die drei genannten Koproduktionen sowie die Uraufführung „**Nackt über Berlin**“ in der Raumbühne mit einer Auslastung von 99 %).

Das **Thalia Theater** erzielte insgesamt eine gute Auslastung von 86 %. Die Stärkung des Kinder- und Jugendtheaters wird auch in 2019 durch das Projekt „**Theatertage für Schulen**“ weiter ausgebaut. In 2018 hat das Thalia Theater mit der Kinderstadt einen Anteil von 54 % am gesamten Angebot für Kinder- und Jugendliche bzw. Familien der TOOH getragen.

Das **neue theater** erreicht eine gute Auslastung von 82 % und erzielt mit 347 Vorstellungen TEUR 145 Mehreinnahmen und nur knapp 500 Besucher weniger als geplant. Die leichte Besucherabweichung gegenüber dem Vorjahr beträgt knapp 2 % und ist damit als Schwankung zu werten, ursächlich ist auch hier die Verschiebung von personellen Kapazitäten in die Oper bzw. in die Kinderstadt, die aber durch erhebliche Mehreinnahmen gerechtfertigt wird. Die Erlöse aus Vermietungen konnten im Vorjahresvergleich um EUR 34.700 gesteigert werden, dabei wird der Fokus weiterhin auf den Ausbau auf Großvermietungen gelegt, die den Spielplan weniger beeinträchtigen.

Das **Puppentheater** konnte im Geschäftsjahr erfolgreich fünf Premieren feiern, darunter die überaus erfolgreichen Inszenierungen „**Turandot**“ und „**Clara – ein Spiel für Ragna Schirmer und Puppen**“ (beide im Durchschnitt 98 % Auslastung). Außerdem wurde das im Geschäftsjahr 2017 begonnene Projekt „**Save the Pedestals – Rettet die Sockel**“, eine Koproduktion mit der international bekannten Handspring Puppet Company aus Südafrika, zur Aufführung gebracht. Diese Produktion wurde durch die Kulturstiftung des Bundes gefördert.

Auch im Jahr 2018 überzeugte das Puppentheater mit einer regen Gastspieltätigkeit in vielen Orten Deutschlands und dem Ausland. Mit der Produktion „**Das Bauchrednertreffen**“ gastierte das Puppentheater erfolgreich in China und Taiwan und die Inszenierung „**Die Liebe in Zeiten der Cholera**“ wurde in Stuttgart und Landsberg am Lech gezeigt.

Das Puppentheater legte seinen Fokus auch im vergangenen Jahr stark auf die Inszenierungen für Kinder. Neben den beliebten Wiederaufnahmen wie „**Die Werkstatt der Schmetterlinge**“, „**Fischbrötchen, aus dem Leben einer Schildkröte**“ oder die Produktion für die Allerkleinsten „**Schöne Reise**“, kamen mit „**Lars Angst oder die Rettung des Kreuzfahrtschiffes <<Völkerfreundschaft>>**“ und „**Die Weihnachtsgans Hermine**“ zwei weitere Inszenierungen für Kinder hinzu.

Die **Staatskapelle** erfüllte auch im Geschäftsjahr alle Erwartungen und konnte deutliche Mehreinnahmen erzielen. Trotz des Wechsels in der künstlerischen Leitung und ohne Besetzung des Postens des GMD ab August 2018 konnte die künstlerische Qualität und Kontinuität erhalten bleiben.

Selbstverständlich bot die Reihe der Sinfoniekonzerte wieder einige Höhepunkte. Vor allem das 1. Sinfoniekonzert der Saison 2018/19, zu dem die designierte Generalmusikdirektorin Ariane Matiakh für den verhinderten Nikolai Znaider spontan das Dirigat übernommen hatte, begeisterte die Besucher. In der zweiten Jahreshälfte 2018 konnte die Auslastung der Sinfoniekonzerte von 70 % auf 78 % gesteigert werden.

Wie in den Vorjahren waren auch die Pavillonkonzerte, die nunmehr im Steintor stattfinden, ein Besuchermagnet.

Im Jahr 2018 war die Staatskapelle mit 35 Konzerten erfolgreich auf Gastspiel, unter anderem in Dresden, Weilburg und Berlin sowie in der Elbphilharmonie in Hamburg.

Das Händelfestspielorchester feierte 2018 sein 25-jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum zeigt den Erfolg dieses einmaligen Orchesters. Am 20. September fand das Jubiläumskonzert statt und bildete gleichzeitig den Auftakt für die Abo-Reihe „**Händels Welt**“, vormals „**Händel zu Hause**“.

Natürlich hat die Staatskapelle auch 2018 die Händelfestspiele mit „**Bridges to Classics**“ und dem „**Abschlusskonzert**“ musikalisch ausklingen lassen.

Die Staatskapelle war auch 2018 bemüht, junge Menschen an klassische Musik heranzuführen. Davon zeugen die zahlreichen Schüler- und Jugendkonzerte in Eisleben, Merseburg und Halle ebenso wie die beliebten Familienkonzerte im Volkspark und im Saal des neuen theaters. Hierbei werden die Kinder und Jugendlichen durch Einführungen durch die Konzertpädagogin betreut und begleitet. Mit den „Stillkonzerten“ können Eltern auch mit ganz kleinen Kindern Musik hautnah erleben.

2. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 sah der Wirtschaftsplan der Gesellschaft **Umsatzerlöse** in Höhe von TEUR 2.999 (unterjährig angepasst auf TEUR 3.009 aufgrund des Moritzburgfestivals) vor. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Umsatzerlöse Gesamt:	EUR	3.009.000,00	
davon Einnahmen Theaterbetrieb:	EUR	2.780.000,00	(fortgeschriebener Ansatz)
davon sonstige Umsatzerlöse:	EUR	229.000,00	

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan wurden folgende Zahlen erreicht.

	Wirtschaftsplan (fortgeschriebener Ansatz)	Ist per 31.12.2018
Einnahmen Theaterbetrieb:	EUR 2.870.000,00	EUR 3.231.598,88
Sonstige Umsatzerlöse:	EUR 229.000,00	EUR 260.876,82
Umsatzerlöse gesamt:	EUR 3.009.000,00	EUR 3.492.475,70

Somit belaufen sich die Mehreinnahmen aus dem Theaterbetrieb auf beachtliche TEUR 461.598,88 und die sonstigen Umsatzerlöse auf TEUR 31.876,82.

Für die einzelnen Sparten gliedern sich die Mehreinnahmen aus dem Theaterbetrieb wie folgt auf:

Sparte	Mehreinnahmen
Oper	EUR 80.534
Staatskapelle	EUR 111.398
Neues theater	EUR 145.460
Thalia Theater	EUR 37.460
Puppentheater	EUR 76.747

Hier zeigt sich, dass hinter allen Sparten ein überaus erfolgreiches Geschäftsjahr liegt und die TOOH weiterhin von den Besuchern aus Halle und von außerhalb eine hohe Akzeptanz erlangt hat.

Im Einzelnen stellen sich die Erlöse wie folgt dar:

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchschn. Einn. je Besucher
Oper				
Großer Saal	125	47.059	1.002.870	21,31
Vermietungen/GSP im Haus	22	5.918	43.314	-
Gastspiele a.H.	3	1.231	67.500	-
sonstige Spielstätten	48	3.501	26.850	-
	198	57.709	1.140.534	
neues theater				
Großer Saal	103	18.909	307.217	16,25
Kammer	85	8.217	111.626	13,58
Hof	39	9.611	127.223	13,24
Schaufenster	29	1.394	13.174	9,45
Vermietungen/GSP im Haus	58	8.698	91.829	-
sonstige Spielstätten	33	7.627	144.391	18,93
	347	54.456	795.460	
Thalia Theater				
Saal Oper	8	4.903	82.127	16,75
Abstecher	15	1.660	28.000	16,87
Saal nt	6	1.379	16.241	11,78
sonstige Spielstätten	66	15.659	70.421	4,50
Kammer	26	2.727	20.438	7,49
Schaufenster	65	3.641	20.233	5,56
	186	29.969	237.460	
Puppentheater				
Dock 1/2	149	11.835	132.456	11,19
Gastspiele	12	2.375	49.802	20,97
sonstige Spielstätten	37	5.270	101.723	
Vermietung/GSP im Haus	4	312	2.766	
	202	19.792	286.747	
Staatskapelle				
Halle	80	33.107	488.212	14,75
Gastspiele	35	26.962	283.186	10,50
	115	60.069	771.398	
TOOH gesamt:	1.048	221.995	3.231.599	

Die sonstigen Umsatzerlöse betreffen mit TEUR 65 Mieten und Pachten von Geschäftsräumen, mit TEUR 51 periodenfremde Erträge, vor allem die Auflösung der Betriebskostenvorauszahlungen der Mieter, mit TEUR 64 Garderobengebühren und mit TEUR 16 Erlöse aus Inseraten. Außerdem werden hier Einnahmen aus Ticket- und Vorverkaufgebühren sowie Einnahmen aus dem Verkauf von Programmheften und Kostümverleih verbucht.

Neben den Umsatzerlösen waren für das Geschäftsjahr sonstige betriebliche Erträge in Höhe von TEUR 295 geplant. Verbucht wurden TEUR 528. Hierbei bilden Fördergelder, Drittmittel, Sponsoring und Spenden mit TEUR 399 den größten Posten. Im Wirtschaftsplan 2018 wurden nur die bereits bei der Planung zugesagten Fördergelder und Spenden berücksichtigt.

Für die einzelnen Sparten gliedern sich die wesentlichsten Fördergelder und Spenden wie folgt auf (in EUR):

Sparte	Fördergelder	Projekt
Neues theater	2.023,00	„Speer“, Inszenierung mit Peter Sodann
Thalia Theater	92.500,00	Kinderstadt
Oper	40.444,94	Siemens Stiftung und andere
Ballett	1.500,00	Förderverein für Kalender
Puppentheater	184.000,00	„Save the Pedastels“
Staatskapelle	40.750,00	Mitmachkonzert, Laternenfest, Vorjahr

Ein weiterer Posten ist der Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens in Höhe von TEUR 79 und Erträge aus der Erstattung von Personalkosten (Mutterschutz) in Höhe von TEUR 30.

Zuschüsse

Der am 27. Juni 2018 vom Stadtrat beschlossene Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2018 einen Zuschuss von insgesamt TEUR 35.056 vor, der auch so ausgereicht wurde. Er gliedert sich wie folgt auf:

Zuschuss Stadt Halle (Saale)	TEUR	20.697
Zuschuss Land	TEUR	9.054
Zuschuss Dynamisierung Stadt	TEUR	875
Zuschuss Dynamisierung Land	TEUR	875
Zuschuss Liquidität	TEUR	1.480
Sonderzuschuss Stadt	TEUR	2.075
Gesamt:	TEUR	35.056

Aufwendungen

Personalkosten

Bei der Planung und Hochrechnung der Personalkosten wurde in allen Bereichen mit 2,5 % Tarifsteigerung gerechnet. Außerdem wurde eine Rücklage in Höhe von TEUR 130 gebildet, da zum Zeitpunkt der Planung der Abschluss der Tarifverhandlungen noch nicht absehbar war. In allen Sparten gab es wie im Vorjahr auch Umwidmungen aus dem Festpersonal in den Honoraretat.

Bereich/Sparte	Wirtschaftsplan	nach Umwidmung	Ist per 31.12.2018	dav. Gäste	PK ohne Gäste	Abw. ohne Gäste
Geschäftsführung	263.930	263.930	266.234		266.234	- 2.304
Staatskapelle	765.890	695.890				
Musiker	11.281.445	11.241.445				
Staatskapelle gesamt	12.047.335	11.937.335	11.589.751		11.589.751	347.584
Chor/Musiktheater	4.184.476	3.870.976	4.374.457	571.833	3.802.624	68.352
Ballett	1.133.170	1.073.170	998.215		998.215	74.955
Oper gesamt	5.317.646	4.944.146	5.372.672	571.833	4.800.839	143.307
Schließer/Aushilfen Oper	162.000	162.000	133.287		133.287	28.713
Statisten Oper	30.000	30.000	24.672		24.672	5.328
Extrachor	61.000	61.000	44.222		44.222	16.778
Kinder- und Jugendchor	53.000	23.889	38.914		38.914	- 15.025
Schauspiel	2.299.784	2.207.071	2.307.092	177.413	2.129.679	77.392
Studio	50.000	50.000	51.275		51.275	- 1.275
Statisten Schauspiel	21.000	17.000	11.480		11.480	5.521
Schließer/Aushilfen Schauspiel	90.500	90.500	77.564		77.564	12.936
Aushilfen Fasching	25.000	25.000	23.490		23.490	1.511
Puppentheater	712.515	687.040	731.460	68.735	662.725	24.315
Zentraler Bereich	10.115.747	10.115.747	9.851.513		9.851.513	264.234
Leistungsentgelt	148.700	148.700	98.093		98.093	50.607
Zentraler Bereich	10.264.447	10.264.447	9.949.606		9.949.606	314.841
Aushilfen Zentraler Bereich	53.100	69.500	69.132		69.132	368
Unfallumlage/Schwerbehind.	85.000	85.000	91.229		91.229	- 6.229
	31.536.257	30.917.858	30.782.079	817.981	29.964.098	953.760
Saldo Rückstellungen						209.145
	Abweichung ohne Rückstellungen:		754.178			
Gesamt:						30.991.224

Bereinigt um die Rückstellungen beträgt die Einsparung bei den Personalkosten TEUR 754. Dies lag unter anderem daran, dass die Stelle des GMD ab Sommer nicht besetzt war, außerdem sind vor allem bei der Staatskapelle Stellen voll geplant worden, die anschließend freigestellt waren oder Teilzeitvereinbarungen trafen.

Honorare

Die Planung der Honorare sah laut Wirtschaftsplan folgende Zahlen vor:

Oper:	TEUR	900
Schauspiel:	TEUR	450
Staatskapelle:	TEUR	30
Puppentheater:	TEUR	140

Wie im Vorjahr fanden Umwidmungen aus dem Festpersonalkosten, Fördergelder und Spenden, Gagentdifferenzen nach Neubestzungen sowie bei der Oper und der Staatskapelle die unbesetzte Stelle des GMD unterjährig Berücksichtigung.

Somit ergaben sich für die Sparten folgende Ergebnisse:

Oper

	Wirtschaftsplan	
Honoraretat 2018	EUR	900.000,00
Umwidmung Gastsolisten	EUR	220.000,00 für unbesetzte Stellen Ensemble Oper
Umwidmung Gastsolisten	EUR	7.000,00 für Elternzeit
Umwidmung Gastdirigate	EUR	20.000,00 für unbesetzte Stelle GMD
Umwidmung Gastchoreographie	EUR	60.000,00 aus Lohnfortzahlung Ballettdirektor
Umwidmung Gast Chorleitung/ Chorauhilfen	EUR	6.500,00 für unbesetzte Stellen Chor/-direktor
Umwidmung Gast-Regie	EUR	30.000,00 Gagendifferenzen
Fördergeld	EUR	20.000,00 Ernst-von-Siemens Stiftung
Gastspieletat	EUR	15.000,00
Budgeterhöhung Juni 2018	EUR	50.000,00 Umwidmung aus Ballett und Chor
Förderung Opernfreunde	EUR	2.000,00
Umwidmung	EUR	-8.113,00 auf Ausstattung, ÖA, Projekte
		1.322.387,00

Ist per 31.12.2018

Gäste Lohnsteuerkarte	EUR	571.832,85
Honorare	EUR	617.928,00
Reisekosten (Freie Gäste)	EUR	27.920,44
Übernachtung	EUR	75.495,20
Künstlersozialkasse	EUR	25.156,95
Gastspiele außer Haus	EUR	11.960,02
Gastspiel im Haus	EUR	458,15
Kooperationsbeitrag Doppelpass	EUR	9.000,00
		1.339.751,61

Der Honoraretat der Oper in Höhe von TEUR 900 konnte im Jahr 2018 durch unbesetzte Stellen im Festpersonal-Etat (Solisten, GMD, Chor, Ballett) um über TEUR 402 erhöht werden. Dennoch lag die fortgeschriebene Planung im Juni über dem vereinbarten Budget. Unter anderem ging die Oper bei den abhängig Beschäftigten Gästen von geringeren Arbeitgeberanteilen aus. Aus diesem Grund wurde das Budget im Sommer 2018 noch einmal um TEUR 50 erhöht, parallel erhielt die Opernleitung Sparauflagen. Zu der Überziehung von TEUR 17 führten neben zu knapp geplanten Arbeitgeberanteilen zu gering geplante Ansätze für Übernachtungen und Krankheitsvertretungen. Die Mehrausgaben werden durch Mehrerlöse der Sparte kompensiert.

Staatskapelle

	Wirtschaftsplan		
	EUR	340.000,00	
Umwidmung	EUR	50.000,00	Gastdirigate
Budget	EUR	<u>390.000,00</u>	

Ist per 31.12.2018

Dirigate/Solisten	EUR	172.330,00
Musikeraushilfen	EUR	121.245,00
Programmtexte/Einführungen	EUR	24.267,75
Künstlersozialkasse	EUR	13.349,40
Reisekosten/Übernachtung	EUR	<u>9.840,94</u>
	EUR	341.033,09

Die Planung der zum Sommer ausgeschiedenen Orchesterdirektorin basierte auf einer detaillierten Berechnung. Demzufolge konnte das Budget bei den Honoraren eingehalten werden. Die Minderausgaben im Abgleich mit dem Planansatz finanzieren die Mehrausgaben im Bereich Konzertaufwendungen. Die Minderausgaben bei den Honoraren im Abgleich mit dem Planansatz finanzieren die Mehrausgaben im Bereich Konzertaufwendungen.

Schauspiel

	Wirtschaftsplan		
	EUR	450.000,00	
EM Kinderstadt	EUR	- 13.478,00	
Umwidmung	EUR	<u>92.713,04</u>	Gagendifferenzen
Budget	EUR	529.235,04	

Ist per 31.12.2018

Gäst Lstk.	EUR	177.413,03
Honorare	EUR	280.097,06
Künstlersozialkasse	EUR	11.183,69
Aufwand Gastspiele	EUR	<u>21.031,51</u>
	EUR	489.725,29

Abweichung 39.509,75 €

Im Schauspiel wurden unterjährig Gelder aus dem Personalkostenbereich umgewidmet. Zum einen schieden Mitarbeiter aus und es gab mehrere Langzeitkranke. Hier mussten Gäste einspringen, um den Vorstellungsbetrieb aufrecht zu erhalten. Für das Projekt „Kinderstadt“ wurden TEUR 13 zur Verfügung gestellt. Insgesamt konnte trotz Bereitstellung dieser Eigenmittel das Budget eingehalten werden.

Puppentheater

Wirtschaftsplan

	EUR	140.000,00	
Umwidmung	EUR	20.475,00	Gagendifferenzen
Fördermittel	EUR	22.000,00	Rettet die Sockel
Fördermittel	EUR	5.000,00	Saalesparkasse
Budget	EUR	<u>187.475,00</u>	

Ist per 31.12.2018

Gäst Lohnsteuerkarte	EUR	68.735,24	dav. 19 T€ Sockel
Honorare	EUR	108.603,40	
Künstlersozialkasse	EUR	3.975,53	
Aufwand Gastspiele	EUR	<u>6.159,42</u>	
	EUR	187.473,59	

Beim Puppentheater wurden Gagendifferenzen durch Neueinstellungen aus den Kosten des festen Personals in den Honorarbereich umgewidmet.

Materialaufwand

Neuinszenierungen

Für Neuinszenierungen sah der Wirtschaftsplan insgesamt TEUR 490 vor. Zu diesen Kosten gehören Bühnenbilder, Kostüme, Requisiten, Maske und Puppenbau. Jede einzelne Inszenierung ist bis zum Premiertag komplett durchgeplant. Im Geschäftsjahr 2018 wurde nach 2016 wieder eine „**Kinderstadt**“ organisiert und im Puppentheater wurde das Projekt „**Save the pedastels**“ erfolgreich zur Premiere gebracht.

Die Zahlen stellen sich wie folgt dar:

	Budget	Ist per 31.12.2018
Oper	TEUR 340	TEUR 361
Schauspiel	TEUR 110	TEUR 117
Puppentheater	TEUR 35	TEUR 36

Bei den Planansätzen ist anzumerken, dass in der Oper TEUR 40 vom Schauspielbudget verbraucht wurden. Grund hierfür waren die Kooperationen zwischen Schauspiel und Oper. Die Überwachung der Kosten für diese Inszenierungen lag in der Hand des technischen Direktors der Oper. Der Mehraufwand in der Oper und im Schauspiel bei einigen Inszenierungen konnte nicht durch Einsparungen bei anderen Inszenierungen kompensiert werden. Dies lag vor allem auch an der veralteten Technik, bedingt durch den zugenommenen Investitionsstau im Bereich Beleuchtung und Ton. Immer wieder mussten hier vermehrt Reparaturen und Anschaffungen getätigt werden, die so nicht geplant waren. In den Bereichen Bühnenbild, Kostüme etc. lagen die Ausgaben im Rahmen der Planung. Vor allem auch durch die exakten Kalkulationen der Theaterwerkstätten wurden hier, wie auch in der Vergangenheit, die Budgets eingehalten. Beim Puppentheater wurden vom Planansatz lt. Wirtschaftsplan TEUR 5 in den Bereich der laufenden Inszenierungskosten verschoben, um die Kosten für die Mieten des Puschkinhauses abzufangen. Die Oper konnte einen Teil der Mehrausgaben durch Einsparungen bei den Werkstätten kompensiert werden.

Laufende Inszenierungskosten

Die laufenden Inszenierungskosten beinhalten Kosten für Kostüme, Technik, Beleuchtung, Ton, Urheberabgaben, Instrumentenstimmungen, Ballettschuhe und laufende Kosten der Theaterwerkstätten ab Premierendatum. Zu den Urheberabgaben ist anzumerken, dass die Gesellschaft für musikalische Aufführungsrechte (GEMA) auskunftsgemäß nach einem Systemausfall keine Rechnungen verschicken konnte, da ein Großteil der gemeldeten Musikfolgen nicht mehr auffindbar war. Aus diesem Grund wurden hier Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen wurden höher gebildet, als die Planansätze der Vorjahre, da zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzuschätzen ist, in welcher Höhe Rechnungen eintreffen werden. Es ist jedoch bekannt, dass auch noch Rechnungen aus dem Jahr 2017 und eventuell 2016 fehlen. Die GEMA war bis jetzt nicht in der Lage, dies zu beziffern. Das Problem betrifft alle Theater bundesweit, die durch diese GEMA Direktion abgerechnet werden.

Oper

	Budget	Ist per 31.12.2018
Tantiemen	170.000,00	125.988,87
GEMA	10.000,00	20.000,00
Lfd. Inszenierungskosten	120.000,00	121.921,52
Werkstätten	30.000,00	23.412,16
Projekt Moritzburg	11.800,00	11.640,34

Schauspiel

	Budget	Ist per 31.12.2018
Tantiemen	130.000,00	113.210,14
GEMA	20.000,00	35.000,00
Lfd. Inszenierungskosten	82.000,00	93.920,27

Die Überziehung des laufenden Budgets beruht einzig und allein auf den Kosten im Zusammenhang mit dem Silvesterball, welches aber hinreichend durch Einnahmen gedeckt ist. Ansonsten konnten durch die exakte Planung und Überwachung alle Etats eingehalten werden.

Puppentheater

	Budget	Ist per 31.12.2018
Tantiemen	23.000,00	20.228,21
GEMA	5.000,00	10.000,00
Lfd. Inszenierungskosten	41.000,00	38.587,78

Durch die Umwidmung aus dem Bereich Neuinszenierungen konnte der Plan eingehalten werden. Das Puppentheater wird auch in der Zukunft das Puschkinhaus vermehrt nutzen, um mehr Besucher und auch Einnahmen zu erzielen.

Staatskapelle

	Budget	Ist per 31.12.2018
Instrumente	140.000,00	150.121,49
Mieten Spielstätten	<u>135.000,00</u>	<u>198.766,88</u>
Umwidmung Sponsoring	27.000,00	
	302.000,00	348.888,37
Materialmieten	50.000,00	43.215,40
GEMA	13.000,00	10.000,00
Gastspiele	<u>42.000,00</u>	<u>52.849,86</u>
	105.000,00	106.065,26

Die Überziehung bei den Mieten Staatskapelle ist mit TEUR 27 zum Teil gedeckt durch Sponsoring in Höhe von TEUR 15 von der Saalesparkasse. Die Staatskapelle hat in 2018 erstmalig bei dem jährlichen Laternenfest ein Konzert gegeben. Die dafür notwendige Dachbühne verursachte Kosten in Höhe von TEUR 15, die bei den Mieten verbucht wurden. Außerdem gab es im Sommer wieder ein Mitmachkonzert auf dem Marktplatz Halle. Auch hier fielen Kosten für die Dachbühne an. Die Stadt Halle übernahm von den angefallenden Kosten TEUR 12. Die Kosten beliefen sich auf TEUR 14. Durch die Verlegung der Reihen „Klassik Plus“ und „Pavillonkonzert“ in das Steintor entstanden weitere Mehrausgaben, die in der Planung für 2019 berücksichtigt wurden.

Die übrigen Mehrausgaben in Höhe von EUR 47.000 finanzieren sich durch Minderausgaben bei den Honoraren. Somit ist insgesamt festzustellen, dass es trotz des Wechsels der Orchesterdirektion im Sommer gelungen ist, die Planzahlen für das Gesamtbudget einzuhalten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Für sonstige betriebliche Aufwendungen standen im Wirtschaftsplan TEUR 2.940 zur Verfügung. Verbucht wurden TEUR 2.883. Unterjährig wurden Umwidmungen vorgenommen, um Kostensteigerungen, wie z. B. bei der Bewachung oder bei Abschluss- und Buchführungskosten abzufangen. Die Pforte in der Oper Halle wird von fest angestellten Personal besetzt. Durch Langzeiterkrankungen musste hier wiederholt auf eine Bewachungsfirma zurückgegriffen werden. Bei den Buchführungskosten musste die Anzahl der SAP-Lizenzen durch die Einführung eines Workflows erhöht werden. Außerdem wurden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Gelder für Projekte verbucht, die als Eigenmittel schon bei der Wirtschaftsplanung berücksichtigt waren.

	Wipla	Umwidmung	Budget	Ist 31.12.2018	
Werbung	300.000,00 €	4.607,00 €	Honorare Oper	304.607,00 €	309.456,32 €
Projekt Abonenteneinwerbung	30.000,00 €	- €		30.000,00 €	22.641,59 €
Instandhaltung	211.000,00 €	- €		211.000,00 €	211.555,59 €
Wartung	176.000,00 €	- €		176.000,00 €	175.263,65 €
Arbeitsschutz	15.000,00 €	- €		15.000,00 €	13.501,55 €
Bewachung	145.000,00 €	7.000,00 €	aus Fuhrpark	152.000,00 €	161.857,82 €
Reinigung	400.000,00 €	- €		400.000,00 €	385.666,18 €
Betriebskosten/ZGM	650.000,00 €	- €		650.000,00 €	636.215,27 €
Mieten & Pachten	45.000,00 €	- €		45.000,00 €	44.929,87 €
Leasing	130.000,00 €	- €		130.000,00 €	119.119,00 €
Fuhrpark	55.000,00 €	7.000,00 €	auf Bewachung	48.000,00 €	47.878,27 €
Versicherungen und Beiträge	211.000,00 €	15.000,00 €	auf sonst., periodenf	196.000,00 €	152.700,09 €
Hard- und Software	88.000,00 €	- €		88.000,00 €	88.377,43 €
Rechts- und Beratungskosten	100.000,00 €	20.000,00 €	auf Buchführung	80.000,00 €	83.553,53 €
Abschluss- Buchführungskosten	95.000,00 €	20.000,00 €	von Rechtsberatung	115.000,00 €	136.514,92 €
Ticketgebühren	55.000,00 €	- €		55.000,00 €	51.203,03 €
Porto/Telefon/Bürobedarf	70.000,00 €	- €		70.000,00 €	66.263,44 €
Fortbildung/FSJ/Verwaltung	76.000,00 €	- €		76.000,00 €	72.684,88 €
Sonstige/periodenfremde Aufw	36.000,00 €	15.000,00 €	von Versicherungen/I	51.000,00 €	52.335,72 €
Kinderstadt	47.000,00 €				44.150,65 €
Rettet die Sockel	5.000,00 €				7.531,70 €
	2.940.000,00 €				2.883.400,50 €

Abschreibungen

Die Abschreibungen, geplant in Höhe von TEUR 1.370 belaufen sich zum 31. Dezember 2018 auf TEUR 1.353 und liegen damit weiterhin weit über dem Investitionsvolumen.

3. Investitionen

Der Wirtschaftsplan sah für das Jahr 2018 Investitionen von TEUR 450 vor. Obwohl der Ansatz im Vergleich zum Vorjahr erhöht wurde, hat sich doch ein erheblicher Investitionsstau gebildet. Durch den Förderverein der Staatskapelle konnte die Finanzierung eines neuen Cembalos gesichert werden. Insgesamt wurden folgende Investitionen getätigt:

Ort	Maßnahme	Plan €	Ist €	Rest €
Oper	Fußrampe	10.000,00	9.948,16	51,84
	Yamaha CL5 Mischpult	25.000,00	25.000,00	0,00
	Gastroausstattung	3.000,00	0,00	3.000,00
	2. Rettungsweg DG. VW- Gebäude	25.000,00	33.746,19	-8.746,19
	Sicherheitstechnik	10.000,00	1.610,93	8.389,07
	Sicherheitsbeleuchtung	50.000,00	45.730,47	4.269,53
	Lüftungs- u. Klimaanlage Werkstätten	20.000,00	0,00	20.000,00
	MSR-Technik	42.000,00	39.510,50	2.489,50
	Maschinen und Geräte	10.000,00	18.855,94	-8.855,94
	Übertitelung	2.000,00	2.237,15	-237,15
	Maske	7.000,00	6.880,34	119,66
	Ton	57.000,00	51.189,67	5.810,33
	Beleuchtung		37.294,87	-37.294,87
		Summe	261.000,00	272.004,22
Staatskapelle	Instrumente und Anlagegegenstände	14.320,00	18.137,99	-3.817,99
	Bau Cembalo	15.680,00	15.680,00	0,00
	Zuschuss Förderverein	-5.000,00		
	Summe	25.000,00	33.817,99	-3.817,99
NT	Printer / Werbung	15.000,00	15.105,00	-105,00
	Videoserver	12.000,00	11.346,41	653,59
	Aufzugssteuerung Kammer	20.000,00	0,00	20.000,00
	Baumaßnahmen	10.000,00	8.309,07	1.690,93
	Melderwechsel BMA (angefangen)	7.000,00	11.582,46	-4.582,46
	Maschinen und Geräte	20.000,00	20.707,28	-707,28
	Gutschrift LED Display		-5.983,21	
	Summe	84.000,00	61.067,01	16.949,78
PTH	Beleuchtung; Rampenscheinwerfer	15.000,00	16.589,36	-1.589,36
	Beschallung Dock 1	13.000,00	14.324,38	-1.324,38
	Podiensteuerung	15.000,00	4.284,00	10.716,00
	Traversen	7.000,00	6.632,04	367,96
	Summe	50.000,00	41.829,78	8.170,22
Zentraler	EDV-Ersatz Hardware/Software	20.000,00	28.549,52	-8.549,52
	Betriebsausstattung	10.000,00	10.031,22	-31,22
	Summe	30.000,00	38.580,74	-8.580,74
	Gesamt	450.000,00	447.299,74	1.717,05

4. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt über ein Anlagevermögen am 31. Juli 2009 in Höhe von TEUR 28.460. Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31. Dezember 2018 auf TEUR 23.443, das Stammkapital (TEUR 25) und die Kapitalrücklage (TEUR 27.074) werden in unveränderter Höhe ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel belaufen sich am Ende des Jahres 2018 auf TEUR 2.532. Die Liquiditätsplanung ging von einer Liquidität zum 31. Dezember 2018 von TEUR 832 aus. Hier machen sich die Mehreinnahmen und die Einsparungen bei den Personalkosten bemerkbar.

5. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Durch Abschluss des neuen Theatervertrages ist die Gesellschaft in den nächsten fünf Jahren in der Lage, den laufenden Theaterbetrieb solide auszustatten und Preissteigerungen, vor allem im Bereich Instandhaltung und Betriebskosten, abzufangen. Durch die Zuschüsse zur Dynamisierung sollten auch die kommenden Tarifiersteigerungen gedeckt werden können.

Jedoch gibt es im Bereich der Investitionen außerhalb des jährlichen Investitionsplanes erheblichen Bedarf, den die Gesellschaft mit eigenen Mitteln nicht abfangen kann. Wie auch schon im alten Theatervertrag besagt auch der am 20. Dezember 2018 unterzeichnete Theatervertrag, dass die Zuwendungen des Landes ausschließlich der Mitfinanzierung der jährlich entstehenden Betriebskosten (alle im laufenden Theaterbetrieb anfallenden Personal- und Sachkosten) dienen. Ausgenommen davon sind Bauinvestitionen. Hier aber besteht Bedarf, da die Gebäude teilweise in schlechtem Zustand sind, ebenso einige Spielstätten. So ist die Untermaschinerie im Großen Saal des neuen theaters stark veraltet (30 Jahre) und entspricht nicht mehr den steigenden sicherheits- und brandschutztechnischen Anforderungen. Fast die gesamte Bühnenausstattung ist veraltet.

Die Oper hat im Jahr 2018 versucht, für die Sanierung der Westfassade Fördermittel über das Konjunkturpaket „Stark 3“ zu beantragen. Das wäre gelungen, scheiterte aber an den notwendigen Eigenmitteln. Da der Zeitrahmen für die Baumaßnahmen zeitlich begrenzt war, musste die Maßnahme abgesagt werden.

Es muss also in den nächsten Jahren nach geeigneten Wegen gesucht werden, große Bauvorhaben evtl. über Fördermittel etc. finanzieren zu können.

Eine weitere Herausforderung wird die Suche nach einem neuen künstlerischen Leiter für die Oper werden. Der Aufsichtsrat der TOOH hat in seiner 57. Sitzung am 22. Februar 2019 dafür gestimmt, sowohl den Vertrag des Intendanten des neuen theaters, Matthias Brenner, also auch den Vertrag des Intendanten des Puppentheaters, Christoph Werner, um weitere fünf Jahre zu verlängern. Der Vertrag des Intendanten der Oper, Florian Lutz, endet hingegen am 31. Juli 2021. Somit wird in der nahen Zukunft die Suche nach einem neuen künstlerischen Leiter für die Oper beginnen. Hierfür wird eine Findungskommission gebildet, deren Mitglieder der Aufsichtsrat bestimmt. Die Findung muss zeitnah erfolgen, um dem neuen Intendanten die Gelegenheit zu geben, sich vorzubereiten und die Gegebenheiten der Oper Halle kennenzulernen.

Zoologischer Garten Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Fasanenstraße 5a 06114 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologische Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Müller, Dennis
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard
		Helmich, Dennis
		Hopfgarten, Klaus
		Müller, Katja
		Sänger, Frank

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2018 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	2	2

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	20.101	93	19.456	89	20.996	91	645	3
Umlaufvermögen	1.562	7	2.475	11	2.071	9	-913	-37
Rechnungsabgrenzungsposten	55	0	50	0	24	0	5	10

Bilanzsumme	21.718	100	21.981	100	23.091	100	-263	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.126	28	5.555	25	5.465	24	571	10
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse	5.798	27	6.633	30	7.469	33	-835	-13
Sonderposten für Investitionszuschüsse	8.684	40	9.065	41	9.498	41	-381	-4
Rückstellungen	810	4	472	2	325	1	338	72
Verbindlichkeiten	190	1	183	1	264	1	7	4
Rechnungsabgrenzungsposten	110	0	73	1	70	0	37	51

Bilanzsumme	21.718	100	21.981	100	23.091	100	-263	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.845	2.838	3.164
sonstige betriebliche Erträge	4.943	4.946	5.384
Materialaufwand	1.752	1.009	1.056
Personalaufwand	3.369	3.435	3.312
Abschreibungen	1.963	1.818	1.841
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.104	1.397	1.095
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37	25	29
Ergebnis nach Steuern	582	100	1.217
sonstige Steuern	10	10	-16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	572	90	1.233

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	14,86	3,16	38,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,29	1,64	29,14	%
Cash-Flow:	2.534	1.908	3.074	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	105	86	86	T€
Personalaufwandsquote:	38,34	44,12	38,74	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,44	88,42	90,83	%
Eigenkapitalquote:	28,21	25,27	23,67	%
Fremdkapitalquote:	71,79	74,73	76,33	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Besucher	472.177	432.200	409.632	Anzahl
Tierbestand	1.342	1.679	1.824	Anzahl

f) Lagebericht

Auf dem 130 m hohen Reilsberg im Norden von Halle gelegen, blickt der Zoologische Garten in Halle (Saale) seit seiner Gründung im Jahr 1901 auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Eingebettet in die durch den Mediziner Johann Christian Reil im 19. Jahrhundert angelegte Parkanlage, hat sich der Zoo längst von einer klassischen Menagerie in einen international gut vernetzten, wissenschaftlich geführten Zoo entwickelt. Dabei konnte sich der auch liebevoll als Bergzoo bezeichnete Garten trotz seiner vergleichsweise geringen Größe von 9 Hektar als besucherstärkste Kultur- und Freizeiteinrichtung im Großraum Halle (Saale) fest etablieren. Heute zeigt der Zoo mehr als 1.700 Tiere in ca. 250 Arten in überwiegend nach zoogeografischen Gesichtspunkten gestalteten, teils durch Neubau entstandenen und teils durch Zusammenlegungen erweiterten Anlagen. Mit dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ hat sich der Zoo vorgenommen, seine Anlagen nach Lebensräumen zu gliedern und attraktiv zu gestalten, um sich als eine auch überregional attraktive Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert fest zu etablieren. Erste Anlagen, wie die für die Gemeinschaftshaltung von Bergzebras und Blesböcken oder Roten Pandabären und Schopfhirschen, konnten hierbei bereits umgestaltet werden.

Zur Zukunftssicherung des Zoos als öffentliche, für ein breites Publikum zugängliche Bildungs- und Freizeiteinrichtung, die Wildtiere pflegt, ist es zwingend erforderlich, seine Einrichtungen und Tieranlagen immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Diese Verpflichtung ergibt sich nicht nur durch verschärfte Haltungsanforderungen, sondern ist vor allem auch neuen Erkenntnissen in der Tiergartenbiologie und der sich verändernden Sichtweise in der Öffentlichkeit für eine zeitgemäße Zootierhaltung geschuldet. Trotz diverser Neubauten und Renovierungen von Tieranlagen sowie Besucher- und Wirtschaftseinrichtungen in den beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung besteht weiterhin ein hoher Investitionsbedarf. So liegt der letzte größere Neubau des Zoos im Tierbereich mit dem im Jahr 2006 eröffneten Elefantenhaus bereits mehr als zehn Jahre zurück. Die regelmäßige Renovierung und Instandsetzung bestehender Anlagen, die Überarbeitung älterer Tieranlagen sowie die kontinuierliche Entwicklung der ebenso wichtigen Infrastrukturen sind daher unumgänglich. Nur durch massive Investitionen in bestehende und neue Tieranlagen sowie in das weitere Angebot für die Besucher kann es gelingen, sich im Wettbewerb im Freizeitmarkt zu behaupten. Der Bau neuer Tieranlagen oder der Besatz mit neuen Tierarten gibt dabei immer wieder wichtige Besuchsimpulse und trägt so maßgeblich zur Entwicklung und Konsolidierung der Besucherzahlen bei. Stammesbesucher werden diese Anreize dazu motivieren, ihren Bergzoo immer wieder neu zu entdecken und die Treue zu halten. Zudem können neue Stammesbesucher gewonnen werden. Erste Erfolge in diese Richtung zeigt ein Blick auf die Verkaufsstatistik bei den Jahreskarten. So wurden mit 6.543 verkauften Jahreskarten im Jahr 2018 die Verkaufszahlen im Vergleich zum Jahr 2015 (also vor Veröffentlichung des Zukunftskonzeptes, erster Investitionsmaßnahmen in die Lebensraumthematik und Änderungen in der Marketingstrategie) um 89 % gesteigert und damit fast verdoppelt – ein sicherer Beleg für den Zuspruch zum Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“. Zusätzlich werden Besucher aus ganz Mitteldeutschland durch solche Investitionsprojekte, aber auch durch flächendeckend beworbene, zoogeignete Großveranstaltungen oftmals auch erstmalig im Bergzoo Halle begrüßt.

Ein überragender Erfolg ist im Berichtsjahr mit der Veranstaltung der sechswöchigen Dauerausstellung „Magische Lichterwelten“ vom 2. Februar bis zum 11. März gelungen. In Zusammenarbeit mit der aus China stammenden Gesellschaft „Dragon Illumination Arts“, die ihren deutschen Sitz in Köln hat, wurden insgesamt mehr als 350 lebens- und überlebensgroße Laternen, die Tiere, Fabelwesen und Pflanzen darstellten, im abendlich beleuchteten Bergzoo präsentiert. Insgesamt konnten ca. 93.000 Besucher zu den „Magischen Lichterwelten“ begrüßt werden - und das in der sonst so besucherschwachen Winterzeit. Dank dieses Ansturmes ist es trotz der großen Hitze und Trockenheit während des Sommers 2018 gelungen, im dritten Jahr in Folge einen Besucherrekord für die Nachwendezeit aufzustellen. Im Jahr 2018 besuchten so insgesamt 472.177 Besucher den Bergzoo in Halle!

Beide Entwicklungen, Neubauten und Großveranstaltungen, sind notwendig, um die Besucherzahlen langfristig zu konsolidieren. Investitionen, die die Gesamtattraktivität des Bergzoos erhöhen, sind somit zwingende Voraussetzung, um das Ziel der Stadt Halle (Saale), den Zoo als überregionales Aushängeschild zu etablieren, zu erreichen. Bis Oktober 2018 fehlte im Besucherangebot des Bergzoos noch eine wetterunabhängige gastronomische Einrichtung mit angemessener Kapazität, um auch größeren Gruppen Platz zu bieten, sowie einem breiteren gastronomischen Angebot, das über das Angebot einer Imbissversorgung hinausreicht. Eine solche gastronomische Versorgung gehört mittlerweile zur Standardinfrastruktur in vergleichbaren zoologischen Einrichtungen wie den Zoologischen Gärten in Magdeburg, Erfurt, Dresden und dem direkten Mitbewerber in Leipzig. Mit der Eröffnung der neuen Bergterrassen im November 2018 ist es im Berichtsjahr nun gelungen, diese Lücke im Angebot des Bergzoos zu schließen. Die erste Resonanz in den Medien, bei Tagesbesuchern und Kunden, die private Feierlichkeiten in den Bergterrassen veranstaltet haben, war bisher sehr positiv.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 1. Januar 1995, dient dem Zweck der Verwaltung des Zoologischen Gartens in Halle (Saale) sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in entscheidendem Maße von der wirtschaftlichen Lage der Stadt Halle (Saale), ihrer Bevölkerung sowie der Bevölkerung der umliegenden Landkreise abhängig. Dies liegt einerseits in dem Umstand begründet, dass die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin der Zoologischer Garten Halle GmbH mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von derzeit TEUR 3.055 knapp 37 % des Aufwandes für die Gesellschaft trägt, andererseits die Gesellschaft über die Einnahmen aus Eintrittskarten, Souvenirladen, Parkhaus und Gastronomiepacht, die unmittelbar mit der Kaufkraft der (potentiellen) Besucher im Zusammenhang stehen, weitere 39,9 % Einnahmen zur Deckung des Aufwandes erwirtschaftet. In diesem Kontext ist in der Vergangenheit bereits mehrfach auf die Zusammenhänge von wirtschaftlicher Entwicklung des räumlichen Umfeldes und der Besucherentwicklung in den Zoologischen Gärten des deutschsprachigen Raumes hingewiesen worden.

Die in den letzten Jahren zu verzeichnende positive Entwicklung bei den Reallöhnen trägt dabei aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu der positiven Entwicklung der Besucherzahlen und den Finanzergebnissen bei. Ungeachtet dessen ist zu vermuten, dass der demografische Wandel der Gesellschaft auch in den kulturellen Einrichtungen mehr und mehr bemerkbar sein wird. Insbesondere sinkende Geburten könnten sich nachhaltig verschlechternd auf die Besucherzahlen der Gesellschaft auswirken, denn gerade junge Familien sind die wesentliche Zielgruppe der zoologischen Gärten. Die Steigerung des Anteils der sich im Ruhestand befindenden Bevölkerung – eine andere Zielgruppe für Zoos – wird diesen Effekt wohl auch aufgrund der geringeren Kaufkraft dieser Bevölkerungsgruppe nicht vollständig kompensieren können. Ein positiver Effekt wird durch die wieder steigende Einwohnerzahl in Halle von knapp 3,7 % in den Jahren 2012 bis 2017 erwartet, da mehr als 50 % der gelösten Tagestickets und ca. 90 % der gelösten Jahreskarten an Hallenserinnen und Hallenser verkauft werden.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2018 war nach dem Übergangsjahr 2015 und dem „Elefantenjahr“ 2016, das aufgrund der Geburt zweier Elefantenkälber eine besondere Anziehungskraft auf die Besucher hatte, das zweite Jahr, in dem der Geschäftsführer und Zoodirektor, Herr Dr. Dennis Müller, sein Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ weiter entwickeln und erste Teile umsetzen konnte. Neben intensiven Planungen für die erste Entwicklungsphase des Zukunftskonzeptes, die sich überwiegend mit der Umgestaltung des rückwärtigen Einganges an der Seebener Straße beschäftigt, ist es gelungen, den Neubau eines Zoorestaurants auf den Bergterrassen zu realisieren.

Insbesondere durch die bereits erwähnte Großveranstaltung „Magische Lichterwelten“ vom 2. Februar bis zum 11. März und kontinuierlich gute, wenn auch aufgrund des heißen Wetters von Juni bis Mitte September nicht herausragender Besuchszahlen in der Hauptsaison konnte der Besucherrekord aus dem Vorjahr (423.200 Besucher) mit insgesamt 472.177 Besuchern noch einmal deutlich übertroffen werden (+ 11,6 %). Aufgrund des erhobenen Sondereintrittes zu den „Magischen Lichterwelten“, der mit 12€ für Erwachsene und 8€ für Kinder deutlich über dem durchschnittlich erzielten pro Kopf Erlös (2017: 3,95 €) lag, wurde beim Eintrittskartenerlös mit TEUR 2.575 ein deutliches Plus von TEUR 905 (≈ + 54 %) erzielt. Hierbei muss allerdings betont werden, dass diesen Mehreinnahmen auch ein hoher Aufwand zur Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung sowie aufgrund der Einnahmeteilung mit dem chinesischen Partnerunternehmen „Dragon Illumination Arts“ entgegen stand. Insgesamt konnten für die Veranstaltung TEUR 890 an Eintrittsgeldern und dem Sponsoring mit der Stadtwerke Halle GmbH vereinnahmt werden. Hierin sind zusätzliche Erlöse aus dem Souvenirgeschäft, der Bewirtschaftung der Parkflächen sowie der Rückvergütung durch Mehreinnahmen in der Gastronomie nicht enthalten. Diesen Einnahmen steht ein Gesamtaufwand in Höhe von TEUR 731 gegenüber. Insgesamt konnte mit der Veranstaltung ein Nettoreingewinn von TEUR 159 (ohne Souvenirgeschäft und Rückvergütung) erwirtschaftet werden, ein toller Erfolg und maßgeblich relevant für das gute Jahresergebnis (siehe weiter unten). Da es sich bei den „Magischen Lichterwelten“ nicht um eine zootypische Veranstaltung handelt, können die Einnahmen hierfür nicht dem gemeinnützigen Zweckbetrieb zugeordnet werden und sind somit in voller Höhe umsatzsteuerpflichtig. Diese Aussage wurde durch das Finanzamt Halle bestätigt. Daher wurden in der obigen Darstellung Nettobeträge ausgewiesen.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigen auch die Umsätze aus dem Verkauf der regulären Zoeeintrittskarten. Bei den Tageskarten konnten die Einnahmen mit TEUR 1.526 um + 1,9 % bei den Jahreskarten mit TEUR 174 um + 1,2 % gesteigert werden - ein deutlicher Hinweis darauf, dass mit der Durchführung von langlaufenden Großveranstaltungen keine Piraterie bei den regulären Zoobesuchern zugunsten der Veranstaltung eintritt. Positiv haben sich auch die Einnahmen aus dem Souvenirgeschäft (TEUR 293; + 15,7 %) und dem Betrieb des Parkhauses (TEUR 143; + 9,3 %) entwickelt. Die Umsatzerlöse aus der umsatzsteuerpflichtigen Verpachtung der Gastronomieflächen sind besonders erwähnenswert. So ist es trotz Wegfalles des zentralen Versorgungspunktes auf den Bergterrassen aufgrund der Bauarbeiten für den Gastronomieneubau gelungen, die Erlöse im Berichtsjahr mit TEUR 199 gegenüber dem Vorjahr (2017: TEUR 152) deutlich zu steigern (+ 30,7 %). Dies ist sicherlich auf die erfolgreiche Durchführung der „Magischen Lichterwelten“ zurückzuführen, die durchgehend gastronomisch begleitet wurde und hier zu hohen Umsätzen führte. Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr insgesamt TEUR 3.845, ein Plus von + 35,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Durch diese Entwicklungen hervorgerufen haben sich die Umsatzerlöse um TEUR 1.007 erhöht. Neben den im Geschäftsjahr erstmalig anfallenden Umsätzen aus der Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ in Höhe von TEUR 875 erhöhten sich insbesondere die sonstigen Umsätze aus Eintrittsgeldern um TEUR 30, die insgesamt im Zoo-Shop erzielten Umsätze um TEUR 48 sowie die Catering-Erlöse um TEUR 47. Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich nur unwesentlich um TEUR 3. Hierunter sind im Geschäftsjahr Erträge aus Erbschaften in Höhe von TEUR 62 enthalten. Die ertragswirksamen Spenden verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 157 auf TEUR 28. Es konnten weitere Spenden in Höhe von TEUR 201 eingeworben werden, die aufgrund ihrer Zweckbestimmung zur Finanzierung von Anlagevermögen verwendet wurden und korrespondierend zu den Abschreibungen und somit größtenteils erst in den Folgejahren ertragswirksam vereinnahmt werden.

Beim Aufwand ist insbesondere der hohe Bedarf für die Durchführung der Großveranstaltung „Magische Lichterwelten“ in Höhe von TEUR 731 relevant (siehe oben). Aufgrund der großen Trockenheit im Berichtsjahr waren auch Mehrverbräuche im Wasserbedarf für die Grünflächen und Tieranlagen kostenintensiv (+ TEUR 19 \approx + 8,1 %). Dem steht jedoch ein Minderbedarf bei den Heizkosten aufgrund des milden Winters gegenüber (- TEUR 32 \approx - 16,5 %). Den Mehrausgaben im Wareneinkauf im Zooladen (+ TEUR 32 \approx + 31,7 %) stehen entsprechende Mehreinnahmen aus dem Souvenirverkauf gegenüber (siehe oben). Zudem ist aufgrund geschaffener Lagerkapazitäten in Vorbereitung auf das Geschäftsjahr 2019 und einer Neuauflage der „Magischen Lichterwelten“ ein höherer Warenbestand eingelagert worden (+ TEUR 13). Aufgrund der guten Finanzlage der Gesellschaft war es möglich, notwendige Reparaturen und Sanierungsarbeiten an bestehenden Anlagen im höheren Maße als in den Vorjahren durchzuführen. Der Aufwand hierfür war mit TEUR 456 um + 12,1 % höher als im Vorjahr. Insgesamt betrachtet bewegte sich der Aufwand für die Gesellschaft im Berichtsjahr unter Ausklammerung der Kosten für die Durchführung der „Magischen Lichterwelten“ auf Vorjahresniveau (2018: TEUR 7.505 + TEUR 731 (Lichterwelten); 2017: TEUR 7.656).

Somit erhöhte sich insbesondere der Materialaufwand um TEUR 742, was hauptsächlich aus Aufwendungen für die Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ resultiert. Die Abschreibungen erhöhten sich um TEUR 145, was mit TEUR 55 auf außerplanmäßige Abschreibungen zurückzuführen ist. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen vermindern sich um TEUR 292. Dies betrifft im Wesentlichen um TEUR 197 geringere Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen sowie um TEUR 91 geringere Aufwendungen für Werbungen und Veranstaltungen.

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 572 und liegt damit über der Erwartung aus dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr, der einen Jahresgewinn von TEUR 436 geplant hatte. Aufgrund der oben geschilderten Entwicklungen hat sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr, als das Geschäftsjahr mit einem Gewinn von TEUR 90 abschloss, um TEUR 481 verbessert. Das Betriebsergebnis (Jahresergebnis vor Finanzergebnis) beträgt im Geschäftsjahr TEUR 589.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2018 auf TEUR 21.718 (Vorjahr: TEUR 21.981). Davon entfallen 92,6 % (Vorjahr: 88,5 %) auf das Anlagevermögen der Gesellschaft. Die liquiden Mittel haben sich aufgrund der Finanzierung des Restaurantbaus auf den Bergterrassen aus den liquiden Mitteln der Gesellschaft um TEUR 812 im Vergleich zum Vorjahr reduziert und erreichen nun einen Anteil von 7,2 % (Vorjahr: 11,3 %) an der Bilanzsumme. In den liquiden Mitteln sind Auszahlungen von Aktivwerten aus Versicherungen in Höhe TEUR 463 enthalten. Diese werden auf einem separaten Konto der Gesellschaft verwahrt, um Pensionsansprüche hieraus bedienen zu können. In den Vorjahren wurde der Aktivwert mit den Pensionsrückstellungen saldiert, so dass sich die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen entsprechend erhöhten.

Das Jahr 2018, vom Geschäftsführer und Zoodirektor Herrn Dr. Dennis Müller verantwortet, ist von einem deutlich positiven Gesamtergebnis geprägt. Die Besucherzahlen konnten mit 472.177 Gästen zum dritten Mal in Folge auf einen neuen Nachwenderekord gesteigert werden. Damit einhergehend wurde wieder ein positives Betriebsergebnis erreicht, das noch über der ehrgeizigen Planung zur Realisierung des Zukunftskonzepts „Bergzoo 2031“ liegt. Dennoch muss weiterhin betont werden, dass die jährliche Auflösung eines Sonderpostens in Höhe von TEUR 836, der im Zuge der Entschuldung der Gesellschaft durch die Gesellschafterin gebildet wurde, weiterhin ergebnisverbessernd ist. Dieser Effekt wirkt letztmalig im Jahr 2025.

Investitionstätigkeit

Das Jahr 2018 war in seiner Investitionstätigkeit im Wesentlichen durch die bereits erwähnte Erstellung eines Neubaus zur gastronomischen Versorgung der Besucher auf den Bergterrassen geprägt. Bereits im Jahr 2017 konnte nach bundesweiter Ausschreibung mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb die in Halle ansässige Firma GP Papenburg Hochbau GmbH als Generalübernehmer für das Vorhaben gebunden werden. Die Bauarbeiten verliefen im Wesentlichen störungsfrei. Hervorzuheben ist hierbei die sehr konstruktive Zusammenarbeit aller beteiligten Unternehmen. Ihr ist es zu verdanken, dass die Bauarbeiten trotz witterungsbedingter Verzögerungen im Frühjahr 2018 noch im November des Berichtsjahres nach knapp einjähriger Bauzeit abgeschlossen werden konnten.

Die Gesamtherstellungskosten für den Neubau der Bergterrassen beliefen sich auf netto TEUR 2.208 und liegen damit nur um TEUR 44 (+ 2,0 %) über den avisierten Finanzierungsrahmen. Auf das Geschäftsjahr 2018 entfielen dabei TEUR 1.922 des Gesamtvolumens. Die Umsetzung des für die Gesamtentwicklung der Gesellschaft so zentralen Bauvorhabens gelang dabei ohne Aufnahme eines Darlehens und ohne zusätzlichen Investitionszuschuss durch die Gesellschafterin – eine Premiere für Investitionsvorhaben dieser Größenordnung im Bergzoo Halle. Das zweistöckige Gebäude, das in Anlehnung an eine alpenländische Berghütte gestaltet wurde, komplettiert nun das gastronomische Angebot. Dabei wird die sehr wichtige Imbissversorgung über das Erdgeschoss und den angeschlossenen Biergarten auf den darunter liegenden Terrassen realisiert. Im Obergeschoss, das einladende Ausblicke auf die Stadt Halle gewährt, bietet ein Speisesaal knapp 100 Sitzplätze. Hier wird ein erweitertes Speiseangebot à la carte serviert, das dem steigenden Interesse der Besucher an ein gehobenes, zeitgemäßes gastronomisches Angebot entspricht. Die erste Resonanz von Besuchern und Medien war bisher sehr positiv. Das große Interesse an den Bergterrassen zeigt sich auch an der gestiegenen Anzahl von Buchungen für private Abendveranstaltungen, die in diesem Umfang bisher nicht im Zoologischen Garten Halle durchführbar waren.

Um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen, plant die Gesellschaft, den rückwärtigen Eingang des Zoos zur Saale hin in seiner Attraktivität maßgeblich zu verbessern. Der Zoo wird an dieser Seite künftig über einen Erlebnisfahrrad in einem mehrstöckigen Eingangsgebäude erschlossen. Das Gebäude wird über die Seebener Straße betreten, in der Lobby weisen Informationsträger auf das vielfältige Angebot rund um den Saaletourismus hin. Die erste Etage auf Zoobene soll mit einem spannenden Kletterspielplatz, ersten Blicken auf die Elefantensavanne und einer ansprechenden Café-Gastronomie neue Besuchergruppen in den Zoo locken. Über die zweite Etage auf Zoobene gelangen die Besucher auf einer Brücke über die großzügig erweiterte Elefantensavanne in den eigentlichen Zoo - ein besonderes Tiererlebnis, das in dieser Form einmalig in der Zoolandschaft wäre. Für dieses Großprojekt, wie auch für ein Parkhaus, das in der Emil-Eichhorn-Straße errichtet werden soll, konnten im ersten Halbjahr 2018 erfolgreich europaweite Ausschreibungen für die verschiedenen Planungsleistungen (Objektplanung, Freianlagenplanung, Statik, Haustechnik, Elektrotechnik) durchgeführt werden. Daneben wurden verschiedene Ingenieurbüros zur Erstellung notwendiger Fachgutachten gebunden. Es ist vorgesehen, die Genehmigungsplanung für diese beiden Maßnahmen im ersten Halbjahr 2019 abzuschließen. Bereits im Jahr 2017 ist eine Förderwürdigkeitszusage für die Stadt Halle (Saale) durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt aus den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (sogenannte GRW-Mittel) ausgestellt worden. Hiernach ist eine Förderung dieser Maßnahme aus GRW-Mitteln nach noch vorzunehmender baufachlicher Prüfung (die Einreichung der Unterlagen ist hierfür auf den 31.12.2019 terminiert) und Konkretisierung der Investition grundsätzlich möglich. Dabei erkennt die Zusage ein besonderes Landesinteresse und beziffert die mögliche Förderquote mit ca. 90 % der Investitionssumme. Damit sind diese Maßnahmen, wie in der im Jahr 2016 erstellten Umsetzungsstudie zur 1. Phase „Bergzoo 2031“ dargestellt, finanzierbar und somit realisierbar

Neben diesen Großvorhaben konnten kleinere Umbaumaßnahmen an bestehenden Anlagen im Rahmen der Realisierung des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ umgesetzt werden. So wurde die ehemalige Anlage für Flusspferde nun für Pudus völlig neu gestaltet. Mit einer detailreichen Nachbildung der gemäßigten Regenwälder an der Westküste Patagoniens zeigt die Anlage nun einen Ausschnitt aus dem natürlichen Lebensraum dieser kleinen Hirschart. Zudem wurde der Neubau einer begehbaren Anlage zur Haltung von Löffelhunden zwischen der Bergzebraanlage und der Fasanerie im Berichtsjahr fast abgeschlossen.

Das Gesamtvolumen für Investitionen von TEUR 2.610 verteilt sich dabei auf die verschiedenen Projekte wie folgt (nur > TEUR 15): Baumaßnahme Neubau der Gastronomie auf den Bergterrassen: TEUR 1.922, Planungen für Baumaßnahme „Saaleingang“ mit Erweiterung Elefantenanlage: TEUR 354, Neubau Anlage für Pudus: TEUR 84, Neubau Anlage für Löffelhunde: TEUR: 41, Planungen für die Umgestaltung Saubucht: TEUR 28, Neubau der Terrassenflächen und Treppenanlagen am Großkatzenhaus: TEUR 26, Anbau Innenstall Freiflugvoliere: TEUR 26, Planungen für Baumaßnahme Neubau Parkhaus: TEUR 17.

Die Gesamtaufwendungen wurden aus dem Investitionszuschuss des Jahres 2018 durch die Stadt Halle in Höhe von TEUR 256, aus Spenden durch die Saalesparkasse und dem Förderverein des Zoologischen Gartens Halle, aus Erbschaften sowie aus eigenen Mitteln geleistet.

Personal- und Sozialbereich

Im Rechtsstreit um die gegen den stellvertretenden Direktor der Gesellschaft ausgesprochene Kündigung konnte bereits im Jahr 2017 ein Vergleich vor der Kammer des Arbeitsgerichtes Halle geschlossen werden. Die Abfindung gelangte zu Beginn des Berichtsjahres zur Auszahlung. Im Jahr 2018 beendete ein Lehrling der Gesellschaft erfolgreich die Lehre als ZootierpflegerIn im Bergzoo Halle.

Um die Mitarbeiter der Gesellschaft angemessen an der aktuellen Lohnentwicklung zu beteiligen und die Lohngestaltung anhand einheitlicher Tätigkeitsmerkmale transparent und im branchenüblichen Rahmen vorzunehmen, strebt die Geschäftsführung die Anwendung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) für die MitarbeiterInnen durch Beitritt der Gesellschaft in den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) an. Zuvor hatte sich unter den Gewerkschaftsmitgliedern in der Belegschaft bereits eine Tarifkommission gebildet, die eine tarifvertragliche Bindung der Gesellschaft forderte. Dieser Prozess wurde durch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.Di) begleitet. Eine durch die Geschäftsführung erstellte Prognose anhand der Beschäftigtengruppe in der Tierpflege (größte Beschäftigtengruppe) zu den finanziellen Auswirkungen einer Anwendung des TVöD kam zum Ergebnis, dass die Einführung des TVöD im aktuellen Geschäftsjahr 2019 finanziell darstellbar und durch den Beschluss zum Wirtschaftsplan 2019 (Personalaufwendungen von TEUR 3.650) im Wesentlichen gedeckt ist. Derzeit werden die arbeitsrechtlichen Voraussetzungen für eine eventuelle Anwendung des TVöD zum 1. Juli 2019 geschaffen und die tatsächlichen Kosten für die Gesellschaft ermittelt. Der Aufsichtsrat der Zoologischer Garten Halle GmbH soll in seiner Haushaltssitzung im Juni dieses Jahres über eine mögliche Anwendung des Tarifvertrages entscheiden.

Chancenbericht

Der Zoologische Garten Halle ist auch weiterhin die besucherstärkste Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtung im Großraum Halle (Saale). Vor diesem Hintergrund hatte sich die Gesellschafterin dazu entschlossen, den Bergzoo als überregionales Aushängeschild weiter auszubauen und entsprechend zu bewerben. Dabei soll der Zoo ein zentraler und integrativer Bestandteil im Tourismuskonzept der Stadt werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Geschäftsführung der Gesellschaft das Zukunftskonzept mit dem Titel „Bergzoo 2031“ entwickelt. Unter dem Leitsatz „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ sollen die Tieranlagen nach Lebensräumen auf dem Zoogelände gegliedert und erlebbar gemacht werden.

In einer ersten Entwicklungsphase sollen zunächst vordergründige Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzung realisiert werden. Der Eingang zur Saale hin soll in seiner Attraktivität deutlich verbessert werden, um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen. Im Berichtsjahr ist es gelungen, die Planungen für dieses Großvorhaben voranzutreiben.

Daneben zeigen die Erfahrungen aus den beiden erfolgreich abgeschlossenen Großveranstaltungen „Magische Lichterwelten“ im Berichtsjahr und den „HALPLUS Magischen Lichterwelten – New Worlds“ im aktuellen Geschäftsjahr, dass solche Formate geeignet sind, eine außergewöhnlich hohe Anzahl von Besuchern anzusprechen. Solche Veranstaltungen können offenkundig einen wesentlichen Anteil zur Konsolidierung der seit Einführung des Zukunftskonzeptes bereits jetzt vergleichsweise hohen Besucherzahlen leisten. Besonders erwähnenswert ist dabei, dass es mit diesem Format gelungen ist, Gäste in den sonst eher besucherschwachen Wintermonaten in den Bergzoo Halle zu locken.

Risiko- und Prognosebericht

Die Kultureinrichtung Zoologischer Garten Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Stadt Halle (Saale) abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen.

Für die nächsten Jahre werden Einnahmen aus Eintritten von 330.000 bis 350.000, im Jahr 2019 aufgrund der Wiederholung der Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ von 410.000 Besuchern geplant. Für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass nur in geringem Umfang freie liquide Mittel vorliegen, um Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern oder Mehrausgaben im Aufwand auszugleichen. Zusätzlich ergeben sich noch weitere Risiken aus Pensionszahlungen.

Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert. Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Tierseuche entstehen.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit und Aufwand rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Der Geschäftsführer informiert die MitarbeiterInnen regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle. Auf dem Weg eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die Beteiligungsmanagementanstalt der Stadt Halle (Saale) werden regelmäßige Risikoabschätzungen vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt.

Die Geschäftsführung geht in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 davon aus, dass ein positives Jahresergebnis von TEUR 190 erzielt wird.

Im Frühjahr 2019 hat die Gesellschaft die sehr erfolgreiche Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ mit einer komplett neu gestalteten und auf das Zookonzept basierenden Ausstellung wiederholt. Dabei konnten die Besucherzahlen, die im Wirtschaftsplan hierfür eingestellt wurden, noch deutlich übertroffen werden: Insgesamt wurden zu den „HALPLUS Magischen Lichterwelten – New Worlds“ knapp 142.000 Besucher begrüßt.

3.8 ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 130 Absatz 4 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt und für vergleichbare städtische Einrichtungen, insbesondere die Saalesparkasse.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 130 Abs. 4 KVG LSA. Danach hat eine Kommune ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) ist satzungsgemäße Aufgabe der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Heine, Christian

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard
		Dr. Brock, Inés
		Geier, Egbert
		Hintz, Katharina
		Knöchel, Swen
		Nagel, Elisabeth
		Scholtyssek, Andreas
		Winkler, Yvonne

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	11	11	11

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	163	26	158	27	155	31	5	3
Umlaufvermögen	454	73	414	72	330	67	40	10
Rechnungsabgrenzungsposten	7	1	7	1	8	2	0	0
Bilanzsumme	624	100	579	100	493	100	45	8

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	222	36	129	22	111	23	93	72
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	29	4	30	5	29	6	-1	-3
Rückstellungen	356	57	401	69	343	69	-45	-11
Verbindlichkeiten	17	3	19	4	10	2	-2	-11
Bilanzsumme	624	100	579	100	493	100	45	8

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	1.047	995	929
Personalaufwand	806	814	796
Abschreibungen	9	6	6
sonstige betriebliche Aufwendungen	134	152	146
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	5	5
Ergebnis nach Steuern	93	18	-24
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	93	18	-24

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2018	2017	2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	102	24	-18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	116	111	103	T€
Personalaufwandsquote:	77,00	81,82	85,63	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,66	5,12	5,88	%
Eigenkapitalquote:	35,65	22,33	22,53	%
Fremdkapitalquote:	64,35	77,67	77,47	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2018 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2017 nach KVG LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2017 **im Sinne von § 130 Abs. 2 KVG LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2019 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2017 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2017 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum achten Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der kommunalrechtlichen Vorschriften soll das Interesse der Bürger/-innen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er sowohl auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) als auch auf der Webseite der BMA zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz ist die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt worden.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2017 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2016 blieben die Wertansätze nahezu unverändert.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung hat die BMA bereits in Vorjahren entworfen. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Der Stadtrat hat nach jahrelanger und intensiver Beratung dem Kodex schließlich zugestimmt.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

Der Umsetzungsprozess wird begleitet und überwacht. Er verläuft planmäßig. Nachfragen zur Steuerung der Beteiligungen in Anwendung des Kodexes wurden geklärt.

6. Fortführung der Umsetzung eines Fundus mit Expertisen von grundsätzlicher Bedeutung

Die **Ziele** bestehen darin, die **Mandatsbetreuung** zu grundsätzlichen (Rechts-)angelegenheiten spartenübergreifend weiter zu optimieren.

Mit der **Konzeption und Strukturierung** eines Fundus von Expertisen sind die Grundlagen für einen **thematisch** geordneten strukturierten Zugang geschaffen worden, um

- den schnellen Zugriff zur Wiederverwendung zu erleichtern,
- Doppelarbeit zu verhindern,
- schnellere Einarbeitungszeit bei Personal- oder Zuständigkeitswechsel zu ermöglichen.

7. Absicherung einer Kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios

Zielstellungen sind in Umsetzung der Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale), also des „Kodexes“,

- zur **Haushaltsplanung der Stadt**, die Absicherung einer termingerechten Aufstellung und einer zwischen Kernhaushalt und Beteiligungsportfolio spiegelbildlichen Datenbasis und
- zu den **Jahresabschlüssen** der Beteiligungen, zeitnahe Möglichkeiten zur effektiven (Um-)Steuerung zu eröffnen.

Die Ziele eines ordnungsgemäßen **Prozesses** für die Aufstellung und Genehmigung einer **Wirtschaftsplanung 2019** bestehen darin, termingerecht eine spiegelbildliche Planung eines Finanzmittelbedarfes sowohl im städtischen Haushalt als auch in den jeweiligen Beteiligungen zu ermöglichen.

Der **Prozess** der Aufstellung, Prüfung und Feststellung eines **Jahresabschlusses** zielt darauf ab, die aus der Analyse des Jahresabschlusses ersichtlichen Erkenntnisse aus einem abgelaufenen Wirtschaftsjahr (**ex-post-Erkenntnisse**) für die Plausibilisierung einer aktuell zu erstellenden Planung einzusetzen. Die **Beschleunigung** von **Zahlungsflüssen** dient nicht nur der möglichst schnellen Vereinnahmung der Gewinnausschüttungen von Beteiligungen im städtischen Haushalt.

Personalwirtschaftlich soll eine zeitnahe Zahlung von Tantiemen an Führungskräfte einen Anreiz für weitere erfolgreiche Arbeit zum Nutzen des Konzerns Stadt bieten.

8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Mitglieder in Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Eine **aktivere Rolle** nimmt die BMA aufgrund einer Zielvorgabe durch ihren Verwaltungsrat wahr.

Im **Konzern Stadt** wurde eine Effizienzsteigerung durch verstärkte Einmischung, Anteilnahme bzw. Lenkung erreicht, und zwar

- durch die Konzeption eines **Gesamtstädtischen Vergütungskonzeptes** mit der Zielstellung einer in sich konsistenten, transparenten, angemessenen und marktüblichen Alimentation der Geschäftsführer/Vorstände im Beteiligungsportfolio der Stadt,
- durch Unterstützung bei der Konzeption und Gestaltung von Entscheidungsprozessen bei Geschäftsführungs-Angelegenheiten,

- bei der **Zoologischer Garten Halle GmbH** bei der Unterstützung zur Umsetzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen und durch einen Systemisierungsvorschlag zur strategischen Neuausrichtung mit seinen konzeptionellen Eckdaten,
- bei der **Stadion Halle Betriebs GmbH** durch die Begleitung der Umsetzung einer Rekommunalisierung der Gesellschaftsanteile,
- bei der **Theater, Oper und Orchester GmbH Halle** durch Unterstützung des Entscheidungsprozesses über die Einstellung der neuen Generalmusikdirektorin sowie durch Unterstützung bei der Verhandlung und der Ausgestaltung des Zuwendungsvertrages 2019-2023 mit dem Land einschließlich Beschlussvorlage für den städtischen Gremienlauf,
- bei der **Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH** mit der Unterstützung bei der Umsetzung eines geordneten Generationenwechsels mit Fahrplan, Stellenausschreibung, Anforderungsprofil und Abschluss des neuen Anstellungsvertrages,
- bei der **Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG** mit der Unterstützung bei der Abstimmung mit dem Land zur Auslegung des Berechnungsschemas zur Bestimmung der jährlichen Abgeltungsverpflichtungen der Stadt gegenüber dem Land,
- beim **Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH** durch Unterstützung der Entscheidungsfindung in Geschäftsführungs-Angelegenheiten,
- bei den **Gründerzentren TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH** und die **Bio-Zentrum Halle GmbH** im Hinblick auf die Entwicklung eines Strategiekonzeptes, das strukturiert aus dem Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) abgeleitet wird und
- bei der **Saalesparkasse** mit einer Analyse über ihre Leistungsfähigkeit, mit einem Impuls-Vortrag zu einer Einbindung des Kreditinstitutes in den Konzern Stadt Halle (Saale) und mit der Abstimmung von Lösungsansätzen auf Vorstandsebene.

Außenwirkung über den Konzern Stadt hinaus entfaltete die BMA

- durch die Mitwirkung im **Arbeitskreis Wirtschaft** im Hinblick auf die Entwicklung der gesamtstädtischen Wirtschaftsförderung,
- durch die Erarbeitung und Abstimmung einer Vereinbarung über die **Finanzierung der Stiftung Händel-Haus** mit dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt für die Haushaltsjahre 2018 bis 2022,
- bei der Erweiterung der Mandatsbetreuung für Einrichtungen außerhalb des Portfolios aus dem Anwendungsbereich des Kommunalverfassungsgesetzes (**Stiftung Händel-Haus**) sowie
- durch die Mitwirkung an der „Arbeitsgruppe TOOH“ gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (TOOH) und Vertretern des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt.

Lage der Anstalt

Die Erhöhung der **Bilanzsumme** beruht im Wesentlichen auf dem Jahresgewinn 2018.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und das **Sachanlagevermögen** sind nahezu vollständig abgeschrieben. Investitionen beschränken sich auf den Ersatz von Ausstattungsgegenständen, die in der Gründungsphase angeschafft wurden.

Die **Finanzanlagen** dienen zur Ausfinanzierung der Pensionszusage an den Gründungsvorstand.

Im **Eigenkapital** wirkte sich in den Vorjahren die Thesaurierung von Jahresgewinnen aufgrund nicht verbrauchter städtischer Transferzahlungen aus. Aufgrund des Jahresgewinns 2018 hat sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die **sonstigen Rückstellungen** haben sich planmäßig verringert. Die während der Aktivphase erdienten Gehaltsansprüche des ehemaligen Vorstandes aus seinem Dienstvertrag wurden anteilig für das Jahr 2018 rätierlich ausgezahlt.

Investitionen werden aus den Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) finanziert und aufwandswirksam dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen zugeführt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der Rückstellungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Ertragslage** ist dadurch gekennzeichnet, dass die zur Finanzierung der Anstalt geleisteten städtischen Transferzahlungen im Wirtschaftsjahr 2018 mit 93 TEUR (Vorjahr: 18 TEUR) nicht vollständig verwendet wurden.

Die Planung für das Wirtschaftsjahr 2018 ist von einem Jahresverlust in Höhe von 20 TEUR ausgegangen. Ursache für die Vermeidung des Jahresverlustes sind hauptsächlich die nicht ausgeschöpften Budgets im Bereich der Personalkosten und der Rechts- und Beratungskosten.

Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) hat die Anstalt in Höhe von 1.026 TEUR (Vorjahr: 978 TEUR) erhalten.

Die **Kostenstruktur** ist im Vergleich mit Dienstleistungsunternehmen marktüblich. Die Quote der um den Investitionsanteil bereinigten Sachkosten im Verhältnis zu den Personalkosten beläuft sich auf 16 % (Vorjahr: 18 %).

Die **Personalkosten** bewegen sich leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Erstmals wirkten sich der Generationenwechsel sowie die Einstellung eines neuen Beteiligungsmanagers mit einer der Qualifikation entsprechenden Dotierung voll aus.

Die gegenüber dem Vorjahr deutlich geringeren (Steuer-)Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuerbarkeit der städtischen Transferzahlungen beruhen auf der noch ausstehenden endgültigen Entscheidung des Finanzamtes, so dass dafür noch keine Kosten angefallen sind. Die übrigen Sachkosten bewegen sich entgegen dem Preistrend auf einem stabilen Niveau.

Die **Finanzierung** der Anstalt erfolgt durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2018 ganzjährig gesichert.

Nach den Grundsätzen einer fristenkongruenten Finanzierung dient der **Finanzmittelbestand** zum Stichtag der Erfüllung der vertraglich und betrieblich gebundenen Verpflichtungen im Folgejahr.

Zusammenfassend ergaben sich gegenüber dem Vorjahr in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage keine wesentlichen Veränderungen.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Wesentlichen an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2018 im Sinne von § 130 KVG LSA,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2018 in Kurzform,
- Erstellung der Beteiligungs-Reports,
- Public Corporate Governance Kodex - kodexkonforme Anwendung und Umsetzung,
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik,
- Absicherung einer Kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios und
- Unterstützung bei der Durchführung des Verfahrens zur Neubesetzung von Aufsichtsgremien nach der Kommunalwahl 2019.

Im folgenden Wirtschaftsjahr plant die Anstalt mit einem **Jahresverlust** in Höhe von 20 TEUR bei Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 1.040 TEUR.

Ursachen sind hauptsächlich steigende Personalkosten in Anerkennung der berufsspezifischen Personalentwicklung und infolge der Anpassung an das Vergütungskonzept der Anstalt sowie einmalig zu erwartende Rechts- und (Steuer-)Beratungskosten für die bislang noch ausstehende endgültige Entscheidung des Finanzamtes Halle (Saale) zur Umsatzsteuerbarkeit der Transferzahlungen der Stadt an die BMA. Für den Verlustausgleich soll planungsseitig der Gewinnvortrag der Anstalt verwendet werden.

Risikomanagement

Die BMA hat als Bestandteil ihrer Regelwerke auch ein Qualitäts- und Risikomanagementsystem implementiert.

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert. Insofern wird die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger als wesentliche **Chance** der zukünftigen Entwicklung angesehen.

Gleichzeitig stellt die finanzielle Abhängigkeit von der Gewährträgerin Stadt (Halle) ein **Risiko** für die Anstalt dar.

Bedingt durch die geänderte Rechtsauffassung der Finanzverwaltung hinsichtlich der ertragsteuerlichen und umsatzsteuerlichen Behandlung der BMA ab dem Veranlagungszeitraum 2018 besteht das Risiko eines sich erhöhenden Jahresverlustes sowie der Erhöhung der finanziellen Deckungslücke im Wirtschaftsjahr 2019 für die Steuerjahre 2018 und 2019, sofern die Aufgabenträgerin die Transferzahlungen der Wirtschaftsjahre 2018 und 2019 nicht nachträglich um die steuerlichen Mehrbelastungen erhöhen sollte.

Aus personalwirtschaftlicher Sicht besteht ein weiteres Risiko darin, dass eine fachlich geeignete Nachbesetzung bei dem Wechsel eines Belegschaftsmitgliedes zu einem anderen Arbeitgeber im Konzern Stadt Halle (Saale) wegen der Übernahme weiterführender Aufgaben nicht möglich ist.

Die BMA ist nur mit einer für ein qualitativ hochwertiges Beteiligungsmanagement erforderlichen Fachkräfte-Ausstattung in der Lage, die satzungsmäßigen Aufgaben sach- und fristgerecht zu erbringen.

Angesichts fehlender Standard-Ausbildungen an Hochschulen wären wiederum zeitaufwendige und Personal-Ressourcen bindende Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich, bis das neue Belegschaftsmitglied das persönliche Aufgabenspektrum vollständig abbildet.

Saalessparkasse

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer Sitz
Anschrift:	Rathausstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Träger:	Stadt Halle (Saale) Landkreis Saalekreis

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Saalessparkasse ist ein Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie erbringt ihre Leistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, und die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der Markterfordernisse. Sie fördert das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung.
- (2) Die Saalessparkasse betreibt die in der nach § 32 Nr. 1 des Sparkassengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA) zu erlassenden Verordnung vorgesehenen Geschäfte. Sparkassenzentralbankgeschäfte, Bauspargeschäfte, Investmentgeschäfte und Versicherungsgeschäfte sollen im Verbund mit den Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben werden.
- (3) Die Saalessparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Wahrung ihres öffentlichen Auftrages.
- (4) Die Saalessparkasse ist Mitglied des Ostdeutschen Sparkassenverbandes und des Sparkassenbeteiligungsverbandes Sachsen-Anhalt.

(vgl. § 2 SpkG-LSA)

Öffentlicher Zweck:

Die Saalessparkasse ist in ihrem Geschäftsgebiet, das sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis erstreckt, tätig. Aufgaben der finanzwirtschaftlichen Grundversorgung der Bevölkerung, zur Förderung der privaten Eigenvorsorge, der kreditwirtschaftlichen Begleitung mittelständischer Unternehmen, der Sicherung von Wettbewerb und Systemstabilität sowie der Förderung des Gemeinwesens werden wahrgenommen.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Fox, Jürgen Meßmer, Alexander
------------------	--------------	--------------------------------------

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(bis 09.01.2018 Mitgliedschaft ruhend, seit 10.01.2018 Vorsitzender)
	1. stellv. Vorsitzender	Bannert, Frank	(bis 09.01.2018 Vorsitzender, seit 10.01.2018 1. stellv. Vorsitzender)
	2. stellv. Vorsitzender	Lange, Hendrik	(bis 09.01.2018 1. stellv. Vorsitzender, seit 12.03.2018 2. stellv. Vorsitzender)
		Bartl, Harald	
		Beyer, Jens	
		Bürger, Tino	
		Dr. Czikowsky, Halina	
		Dr. Papendieck, Michael	
		Ettingshausen, Rüdiger	
		Hänsel, Andreas	
		Haufe, Andrej	
		Helmich, Dennis	
		Janka, Wolfgang	
	Koehn, Gottfried		
	Leibrich, Uwe		
	Müller, Thomas		
	Prinzler, Torsten		
	Sachse, Günter		
	Schwab, Tobias		
	Ulbricht, Guido		
	Wunschinski, Ralf	(bis 11.03.2018 2. stellv. Vorsitzender)	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€	T€
Vorstand	keine Angabe	1.493	keine Angabe
Verwaltungsrat	104	97	100

d) Beteiligungen

unmittelbar	%
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	0,23
Merseburger Innovations- und Technologiezentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung (mitz)	23,37
Ostdeutscher Sparkassenverband	3,74
S-BG Sparkassenbeteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH	18,18
S Direkt-Marketing GmbH & Co. KG	5,90
s-Immobilien-gesellschaft Halle mbH	100,00
Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt	17,69
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	20,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2018		2017		2016		Veränderungen 2018 zu 2017	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Barreserve	503.680	11	309.229	7	78.806	2	194.451	63
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	85.425	2	57.713	1	49.756	1	27.712	48
Forderungen an Kunden	2.360.343	51	2.162.538	49	2.017.776	47	197.805	9
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	1.265.187	27	1.477.164	34	1.628.536	38	-211.977	-14
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	317.877	7	269.010	6	395.971	9	48.867	18
Beteiligungen	11.337	0	28.261	1	28.325	1	-16.924	-60
Anteile an verbundenen Unternehmen	25	0	25	0	25	0	0	0
Treuhandvermögen	66.471	1	57.462	1	59.679	1	9.009	16
Immaterielle Anlagewerte	155	0	198	0	236	0	-43	-22
Sachanlagen	49.648	1	44.451	1	44.191	1	5.197	12
Sonstige Vermögensgegenstände	8.292	0	11.920	0	12.543	0	-3.628	-30
Rechnungsabgrenzungsposten	1.727	0	613	0	461	0	1.114	182

Bilanzsumme	4.670.167	100	4.418.584	100	4.316.305	100	251.583	6
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	187.343	4	185.684	4	286.649	7	1.659	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.923.552	84	3.686.256	84	3.534.621	82	237.296	6
Treuhandverbindlichkeiten	66.471	2	57.462	1	59.679	1	9.009	16
Sonstige Verbindlichkeiten	3.107	0	3.080	0	3.379	0	27	1
Rechnungsabgrenzungsposten	678	0	859	0	1.116	0	-181	-21
Rückstellungen	36.873	1	43.449	1	47.133	1	-6.576	-15
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0	0	413	0	0	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken	245.100	5	236.800	5	180.400	4	8.300	4
Eigenkapital	207.043	4	204.994	5	202.915	5	2.049	1

Bilanzsumme	4.670.167	100	4.418.584	100	4.316.305	100	251.583	6
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

Eventualverbindlichkeiten	30.604		29.550		37.413		1.054	4
Andere Verpflichtungen	106.460		110.633		128.876		-4.173	-4

¹⁾ Änderung der Bilanzierungsmethode ab dem Jahr 2016 (Wertpapierleihegeschäfte)

bb) GuV

	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Zinserträge	74.357	78.777	86.579
Zinsaufwendungen	7.559	9.448	10.248
Laufende Erträge	11.444	14.575	13.959
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0	9	0
Provisionserträge	39.179	35.626	27.513
Provisionsaufwendungen	2.636	1.607	1.709
Sonstige betriebliche Erträge	13.287	6.784	4.479
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	71.147	73.833	81.090
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3.647	4.783	3.756
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.017	9.802	15.106
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	5.154	396	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	0	5.448
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	12.620	0	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0	34.037	1.919
Aufwendungen aus Verlustübernahme	7	0	70
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	8.300	56.400	15.400
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	18.180	13.539	12.518
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	11.292	10.283
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	16.132	168	169
Jahresüberschuss	2.048	2.079	2.066
Bilanzgewinn	2.048	2.079	2.066

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Rentabilität des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	2,34	15,26	4,77	%
Cash-Flow:	23.469	7.258	5.822	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeiter:	204	197	185	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	31,82	32,20	33,60	%

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,06	1,01	1,02	%
Quote des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	9,68	10,00	8,88	%
Fremdkapitalquote:	90,32	90,00	91,12	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	Angaben in
Kundeneinlagen	3.923,6	3.686,3	3.535,0	Mio. €
Spareinlagen	1.018,4	1.155,8	1.146,3	Mio. €
Forderungen an Kunden	2.360,3	2.162,5	2.017,8	Mio. €
Filialen	46	46	46	Anzahl
SB-Filialen	40	40	39	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht der Saalesparkasse 2018

- 1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche**
- 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 1.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse**
- 2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit
- 2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung
- 2.3 Kreditgeschäft
- 2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute
- 2.5 Anteilsbesitz
- 2.6 Einlagengeschäft
- 2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft
- 2.8 Verbundgeschäft
- 2.9 Vertrieb und Produkte
- 2.10 Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung
- 2.11 Ressourcen
- 3 Vermögenslage der Saalesparkasse**
- 4 Finanzlage der Saalesparkasse**
- 5 Ertragslage der Saalesparkasse**
- 6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse**
- 7 Risikomanagement der Saalesparkasse**
- 7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten
- 7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement
- 7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden
- 7.2.2 Risikomanagementorganisation
- 7.3 Risikobetrachtung im Detail
- 7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken
- 7.3.2 Management der Marktpreisrisiken
- 7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken
- 7.3.4 Management der operationellen Risiken
- 7.3.5 Management der Provisionsrisiken
- 7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken
- 7.4 Beurteilung der Risikolage
- 8 Prognosebericht**
- 8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 8.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse
- 8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse
- 8.5 Zusammenfassende Würdigung

1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im ersten Halbjahr 2018 konnte Deutschland zunächst seine aus den letzten vier Jahren gewohnt hohe Wachstumsdynamik aufrechterhalten. Handelspolitische Unsicherheiten aus der Weltwirtschaft, ausgeprägte Sondereffekte insbesondere in der Automobilindustrie sowie die lange Trockenheit führten im Ergebnis dazu, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im zweiten Halbjahr 2018 eher verhalten war. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes errechnet sich aus dem wechselhaften Verlauf im Gesamtjahr 2018 eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 1,5%.

Der private Konsum hat sich 2018 lediglich um 1,0% ausgeweitet und verzeichnet damit die schwächste Rate der letzten fünf Jahre.

Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen im Jahresdurchschnitt 2018 um 1,9%. Die Kerninflation lag mit 1,0% jedoch deutlich darunter.

Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelte sich im zurückliegenden Jahr weiter positiv. Die Arbeitslosenquote für Deutschland für das Jahr 2018 ist mit 5,2% gegenüber 5,7% im Vorjahr noch einmal leicht zurückgegangen. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland erhöhte sich im Jahresdurchschnitt nochmals um 1,3% auf knapp 44,8 Mio.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2018 nochmals leicht auf 7,7% gegenüber 8,4% im Vorjahr. Bezogen auf das Geschäftsgebiet der Saalesparkasse sind die Arbeitslosenquoten der Stadt Halle (Saale) sowie des Saalekreises für 2018 im Vergleich zum Vorjahr ebenso leicht gesunken.

Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung im Geschäftsgebiet insgesamt ist nach wie vor rückläufig. Dies resultiert insbesondere aus der Entwicklung im Saalekreis. Vonseiten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird für den Saalekreis bis zum Jahr 2030 ein weiterer wesentlicher Bevölkerungsrückgang prognostiziert, während dessen für die Stadt Halle von einer leicht positiven Entwicklung ausgegangen wird.

1.2 Entwicklung der Finanzbranche

Bei den kurzfristigen Zinsen (drei Monate bis ein Jahr) bewegten sich die Zinssätze im Verlauf des gesamten Jahres 2018 im negativen Bereich mit einer anhaltenden leichten Aufwärtsbewegung. Im mittelfristigen Laufzeitbereich (fünf Jahre) wurde im Jahresverlauf eine Seitwärtsbewegung des Zinssatzes mit einer Stabilisierung im positiven Bereich verzeichnet. Bei den langfristigen Laufzeiten (bis zehn Jahre) konnte ebenso eine leichte Seitwärtsbewegung festgestellt werden. Der Unterschied zwischen dem kurz- und dem langfristigen Zinssatz weitete sich im Jahresverlauf zwischenzeitlich leicht aus, zum Jahresende bewegte sich dieser geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres.

Der Verlauf des deutschen Aktienindex (DAX) war in 2018 sehr volatil mit insgesamt fallender Tendenz. Der deutsche Leitindex erreichte am Jahresende mit einem Stand von 10.559 Punkten einen erheblichen Jahresverlust von 18,3%. An den Devisenmärkten verringerte der Euro im Jahresverlauf seinen Außenwert und verschlechterte sich im bilateralen Wechselkurs zum US-Dollar 2018 um rund sechs US-Cent. Zum Jahreswechsel erreichte der Kurs die Marke von 1,14 US-Dollar/Euro.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen im Jahr 2018 unverändert gelassen, insbesondere die Verzinsung für Guthaben der Geschäftsbanken (Einlagefazilität). Für Überschussreserven blieb die schon seit März 2016 geltende Negativverzinsung in Höhe von 0,4% ebenso konstant. Die EZB hat in diesem Umfeld 2018 ihr Wertpapierankaufprogramm in bereits halbiertem monatlichem Netto-Umfang zunächst fortgesetzt. Allerdings wurden zum Jahresende 2018 die Nettokäufe wie bereits angekündigt eingestellt.

Wesentliche Grundlagen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Bankensektor sind die Erweiterungen des Baseler Rahmenwerkes („Basel III“) in Verbindung mit den EU-Richtlinien und EU-Verordnungen, die schärfere Eigenkapitalvorschriften und Liquiditätsanforderungen für alle Institute beinhalten. Die Umsetzung dieser Anforderungen erfolgt auf Basis der Veröffentlichung von Aufsichts-Standards durch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, wobei sich die Umsetzungsfristen bis ins Jahr 2019 hinein bewegen werden. Darüber hinaus werden im Rahmen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) erweiterte Anforderungen gestellt („5. MaRisk-Novelle“).

2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die Saalesparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Halle (Saale). Das Geschäftsgebiet erstreckt sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Institutssichernde Einrichtung der Saalesparkasse im Sinne des § 23a Abs. 1 KWG ist der Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse sind das Kreditwesengesetz (KWG), das Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA), die Sparkassenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Satzung der Saalesparkasse.

Die Organe der Saalesparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand (§ 7 SpkG-LSA).

2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsvolumen der Saalesparkasse (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden und bewegt sich damit leicht über den geplanten Erwartungen. Im Geschäftsjahr 2018 konnten die Planannahmen in den Geschäftsfeldern Kredit- und Einlagengeschäft im Wesentlichen erreicht werden.

Der Zinsüberschuss konnte über den Planwert hinaus zulegen, bewegt sich allerdings deutlich unter dem Vorjahreswert. Das Provisionsergebnis konnte die geplanten Ziele nicht in vollem Umfang erreichen, es liegt aber wesentlich über dem Vorjahr. Die Verwaltungsaufwendungen bewegen sich erfreulicherweise unter dem Planwert. Die insgesamt gegenüber den Planungen als positiv einzuschätzende Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse im Jahr 2018 wurde jedoch durch erforderliche Bewertungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Investments der Saalesparkasse bei der NORD/LB stark negativ beeinflusst.

Dennoch sind wir aufgrund des positiven Ergebnisses im operativen Bereich mit der Geschäftsentwicklung insgesamt zufrieden.

2.3 Kreditgeschäft

Der Bestand der Forderungen gegenüber Kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht und stieg um 197,8 Mio. EUR auf 2.360,3 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von 9,2% gegenüber dem Vorjahr. Damit wurden die Planvorgaben erreicht.

Der Bestand der Kommunalkredite bewegte sich mit einem Rückgang um 2,5% (Vorjahr -9,3%) geringfügig unter dem Vorjahreswert. Das Kreditvolumen an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen konnte um 6,5% (Vorjahr 8,7%) erhöht werden, bewegt sich damit jedoch leicht unter den Erwartungen. Der Bestand von Krediten an Privatpersonen wurde um 8,1% (Vorjahr 10,7%) über die Planvorgaben hinaus leicht ausgeweitet. Im Bereich der Konsumentenkredite erhöhte sich der Bestand leicht um 6,4% (Vorjahr 2,4%). Der Bestand an Schuldscheindarlehen von Unternehmen und öffentlichen Haushalten wurde um 122,9 Mio. EUR bzw. 16,7% über die Erwartungen hinaus deutlich ausgeweitet.

Hinsichtlich der Laufzeiten der Ausleihungen war ein Zuwachs bei kurz- bis mittelfristigen Krediten zu verzeichnen (+34,3 Mio. EUR bzw. +10,6%). Ebenso erhöhten sich die langfristigen Ausleihungen im Jahresverlauf um 164,6 Mio. EUR bzw. 8,7%.

Im außerbilanziellen Bereich haben sich die Eventualverbindlichkeiten um 1,1 Mio. EUR auf 30,6 Mio. EUR erhöht und die unwiderruflichen Kreditzusagen um 4,2 Mio. EUR auf 106,5 Mio. EUR verringert.

2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute

Die Eigenanlagen in Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich bis Ende 2018 um 135,4 Mio. EUR (-7,5%) auf insgesamt 1.668,5 Mio. EUR und bewegen sich damit unter unseren Planannahmen.

Bei der Position der Forderungen an Kreditinstitute ist gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Zuwachs um 27,7 Mio. EUR (48,0%) auf 85,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Das Anlagevolumen erstreckt sich insbesondere auf inländische Kreditinstitute.

Der Wertpapierbestand (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) verringerte sich um 163,1 Mio. EUR auf 1.583,1 Mio. EUR. Dies entspricht einer Verringerung um 9,3% gegenüber dem Vorjahr und ist insbesondere auf die geringeren Neugeschäfte im Depot A zurückzuführen. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere hat sich gegenüber dem Vorjahr um 478,7 Mio. EUR bzw. 52,4% auf 434,6 Mio. EUR stark verringert. Das Anlagevolumen des Wertpapierbestandes besteht hauptsächlich aus Schuldverschreibungen inländischer Kreditinstitute, Unternehmensanleihen und Staatsanleihen.

Die Saalesparkasse ist Inhaber von Anteilen an diversen Spezialfonds (Buchwerte: 296,9 Mio. EUR) sowie an einem Publikumsfonds (Buchwert: 20,0 Mio. EUR). Das in Fonds investierte Vermögen hat sich im Jahresverlauf um 48,8 Mio. EUR erhöht. Insgesamt sind ca. 76,5% des Fondsvolumens in Immobilien investiert und 15,7% der Anlagen in den Spezialfonds entfallen auf den Bereich Infrastruktur. Bei dem im Bestand befindlichen Publikumsfonds handelt es sich um einen offenen Immobilienfonds.

2.5 Anteilsbesitz

Das originäre Beteiligungsgeschäft erstreckt sich maßgeblich auf Verbundbeteiligungen mit strategischer Ausrichtung.

Die Saalesparkasse weist Beteiligungen über 11,3 Mio. EUR aus, die in Höhe von 6,1 Mio. EUR auf den Ostdeutschen Sparkassenverband sowie in Höhe von 3,9 Mio. EUR auf den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt entfallen.

Der Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt hat die für die Sparkassen gehaltene Beteiligung an der NORD/LB aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Landesbank im Jahresabschluss vom 31. Dezember 2018 auf einen Erinnerungswert von 1 EUR abgeschrieben. Infolgedessen ist die Beteiligung der Saalesparkasse um 16,6 Mio. EUR zurückgegangen.

Die Saalesparkasse hält darüber hinaus eine stille Einlage an der NORD/LB in Höhe von 10,0 Mio. EUR, deren Bewertung, bedingt durch die kritische wirtschaftliche Lage, zu einer nennenswerten Abschreibung in 2018 führt.

Zudem hält die Saalesparkasse mit der seit 1998 bestehenden S-Immobilien-Gesellschaft Halle mbH eine 100%-ige Tochtergesellschaft, deren Geschäftszweck im Erwerb, der Entwicklung, der Vermietung, der Verwaltung und dem Verkauf von Immobilien besteht. Aus dem für die Tochtergesellschaft bestehenden Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Saalesparkasse ergibt sich im Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2018 nach einer Verlustübernahme durch die Saalesparkasse ein ausgeglichenes Ergebnis.

Neben den Verbundbeteiligungen werden durch die Saalesparkasse operative Beteiligungen über 1,0 Mio. EUR gehalten, die durch Investitionen in internationale Gewerbeimmobilien, vorwiegend in Ländern der Eurozone, der Diversifizierung der Anlagen der Saalesparkasse dienen. Diese sind durch einen Verkauf einer Beteiligung um 5,9 Mio. EUR zurückgegangen.

2.6 Einlagengeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 237,3 Mio. EUR (6,4%) auf 3.923,6 Mio. EUR und übertreffen damit nochmals unsere Planannahmen.

Insgesamt haben sich die Spareinlagen mit einem Rückgang um 137,3 Mio. EUR oder 11,9% auf 1.018,4 Mio. EUR erneut merklich verringert. Innerhalb der Struktur der Spareinlagen kam es entsprechend unserer Planannahmen nochmals zu einer Verschiebung insbesondere zulasten der langfristigen Anlageformen mit Festzins, die sich unter anderem in einem nochmaligen Rückgang des Zuwachssparens, aber insbesondere in einem deutlichen Rückgang des Prämien sparens um 161,2 Mio. EUR widerspiegelte. Dem gegenüber haben sich die normalverzinslichen Spareinlagen einschließlich der Bestände auf den Spar-Plus-Konten um 31,0 Mio. EUR erhöht.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entwickelten sich insgesamt mit +374,6 Mio. EUR wesentlich positiver. Dabei zeichneten sich aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase diese Zuwächse in den Beständen der täglich fälligen Verbindlichkeiten ab, die im Jahresverlauf um diesen Betrag erneut zulegten und damit unsere Planwerte übertrafen.

Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Gelder hat sich um 1,7 Mio. EUR bzw. 0,9% auf 187,3 Mio. EUR kaum verändert.

2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr verringerte sich das Depotvolumen unserer Kunden in bei uns geführten Depots deutlich um 53,9 Mio. EUR oder 23,5% auf 175,4 Mio. EUR.

Die Anzahl der Fondsdepots von Kunden bei unserem Verbundpartner Deka-Bank erhöhte sich im Jahr 2018 um 476 Stück auf 28.122 Stück. Dem gegenüber verringerte sich das Depotvolumen unserer Kunden bei der Deka-Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht um 11,1 Mio. EUR oder 1,7% auf 661,4 Mio. EUR.

2.8 Verbundgeschäft

Im Versicherungs- und Verbundgeschäft zeigt sich ein überwiegend positives Bild, da in fast allen Bereichen die geplanten Erwartungen erreicht werden konnten. Das Gesamtergebnis im Versicherungsgeschäft der Saalesparkasse zeigte für 2018 im Volumen eine positive Entwicklung. So lag der vermittelte Jahresbeitrag 2018 für die Lebensversicherungen bei 2,1 Mio. EUR und damit 0,3 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Für Rentenversicherungen erreichte die Saalesparkasse einen Wert von 6,7 Mio. EUR. Der Vorjahreswert wurde um 0,8 Mio. EUR übertroffen. Bei der betrieblichen Altersvorsorge verbesserte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert weiter auf 0,3 Mio. EUR. Bei den Sachversicherungen veränderte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert nur unwesentlich. Bei den Krankenversicherungen ist eine leichte Verschlechterung festzustellen, welche die Gesamtentwicklung jedoch nicht beeinflusst.

Bei den Bausparverträgen konnte eine positive Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr erreicht werden. Das im Jahr 2018 abgeschlossene Volumen liegt bei 106,1 Mio. EUR und damit um 14,7 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

In Bezug auf die vermittelten Objekte im Geschäft mit der LBS Immobilien GmbH konnte das Vorjahresergebnis sehr deutlich gesteigert werden. Insgesamt wurden 156 Objekte von den Handelsvertretern der Saalesparkasse vermittelt. Der durchschnittliche Kaufpreis je Objekt steigerte sich im gleichen Zeitraum ebenfalls deutlich auf 0,2 Mio. EUR. Die in 2018 erzielten Courtagen aus Kaufobjekten betragen 1,9 Mio. EUR.

2.9 Vertrieb und Produkte

Die hervorragende Beratungsqualität der Saalesparkasse wurde durch insgesamt fünf verliehene Auszeichnungen bestätigt und betrifft alle Bereiche der Kundenberatung, wie die Privat- und Geschäftskundenberatung, die Private Banking-Beratung sowie die Baufinanzierungsberatung. Dass die Saalesparkasse neben einer ausgezeichneten Kundenberatung auch über einen hervorragenden Service verfügt, bestätigt die verliehene Auszeichnung als „Service-König in Halle (Branche Banken)“. Darüber hinaus erhielt im Jahr 2018 erstmals ein Finanzierungsprodukt der Saalesparkasse eine Auszeichnung. Das Produkt „SparkassenCard Plus“ wurde von n-tv als „Bester Rahmenkredit im Großraum Halle“ ausgezeichnet.

Die anhaltende Niedrigzinsphase begrenzte das Produktangebot der Saalesparkasse für Geldanlagen unverändert. Aufgrund dieser Situation an den Kapitalmärkten mit teilweise negativen Zinssätzen hat die Saalesparkasse einen Teil der im Bestand befindlichen Verträge „S-Prämien sparen flexibel“ ohne Laufzeitbegrenzung gekündigt. Betroffen waren ausschließlich Verträge, die die höchste Prämienstufe erreicht bzw. bei denen die höchste Prämie bereits mehrfach ausgezahlt wurde. Der deutlich überwiegende Teil der betroffenen Kunden nahm unser Angebot der Beratung zu alternativen Anlageformen an und entschied sich in der Mehrzahl für eine Tagesgeldanlage mit befristeter Sonderverzinsung für ein Jahr.

Im Jahr 2018 ist es den für die Saalesparkasse in Vertretung der LBS Immobilien GmbH tätigen Immobilienmaklern gelungen, die Zahl der vermittelten Objekte deutlich zu steigern.

Die Kunden nutzen verschiedene Produkte, die über das Internet angeboten werden. Weiterhin können die Kunden bestimmte Aktionen in der Internetfiliale beginnen und bei Bedarf gemeinsam mit ihren Kundenberatern oder selbstständig beenden.

Das Angebot rund um das Girokonto wurde weiter ausgebaut. Seit Ende Juli 2018 besteht für Android-Smartphone-Besitzer die Möglichkeit, die Zahlungsvorgänge darüber abzuwickeln. Zudem können unsere Kunden seit August 2018 im Online-Banking ihr Geld per Echtzeit zum Empfänger transferieren. Darüber hinaus wurde das umfangreiche Angebot der Internetfiliale nochmals erweitert.

2.10 Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung

Zu den Besonderheiten unseres Geschäftsmodells zählt ein tief in unserem Selbstverständnis verwurzelt Verantwortungsgefühl für die Region, in der wir tätig sind, und für die Menschen, die hier leben. Diese Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl ist der Kern des öffentlichen Auftrags der Saalesparkasse.

Die Saalesparkasse setzt auf langfristigen Werterhalt, statt auf kurzfristige Gewinnmaximierung und ist immer an der Seite der Menschen, der Unternehmen und Kommunen, wenn es darum geht, neue Entwicklungen anzustoßen und umzusetzen.

Aber die Saalesparkasse übernimmt nicht nur ökonomisch Verantwortung. Sie gehört auch zu den Förderern von gemeinnützigen Vereinen und Initiativen in ihrem Geschäftsgebiet. Insgesamt konnten auch im Jahr 2018 gemeinnützige Initiativen und Projekte in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Soziales, Wirtschaftsförderung, Umwelt, Kultur und Sport mit rund 3,5 Mio. EUR unterstützt werden.

Im Mittelpunkt der Förderung stand im Jahr 2018 das Projekt „Spielen ist einfach“. Im Januar hatte die Saalesparkasse dazu aufgerufen, Bewerbungen zur Förderung von Spielplatzrenovierungen einzureichen. Zahlreiche Vorschläge sind eingegangen und wurden bewertet. Im Ergebnis konnten zahlreiche Projekte unterstützt werden.

Im Mittelpunkt standen im vergangenen Jahr außerdem die weitere Unterstützung unserer langjährigen Partnerschaften, wie zum Beispiel der Carl-Loewe-Gesellschaft in Löbejün, des Vereins „Alte Brennerei in Niemberg e. V.“, des Europäischen Romanikzentrums und der Burg Querfurt sowie der Stiftung Händelhaus, der Stiftung Moritzburg und des Zoologischen Gartens in Halle.

Im sportlichen Bereich konzentriert sich die Saalesparkasse traditionell auf die Förderung des Nachwuchs- und Breitensports.

2.11 Ressourcen

Zum 31. Dezember 2018 waren in der Saalesparkasse 695 bankspezifisch Beschäftigte tätig. Damit hat sich der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr marginal verringert. Der Bestand an 273 Teilzeitkräften ist gegenüber dem Vorjahr höher. Im Berichtsjahr haben 19 Auszubildende am 1. August 2018 ihre Ausbildung begonnen. Zum Stichtag werden 38 Auszubildende zu Bankkaufleuten ausgebildet. 31 Mitarbeiter befinden sich zurzeit in der Arbeitsphase der Altersteilzeit. Die in der Saalesparkasse zur Stellenbesetzung erforderlichen Qualifikationsanforderungen, wie die Ausbildung als Bankkaufmann/frau bzw. die Weiterbildung zum Betriebswirt sowie die Aufrechterhaltung des erreichten Wissensniveaus, schaffen wir die Grundlagen zur Erreichung einer hohen Kundenzufriedenheit, der Sicherung der Marktposition und Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden deshalb im Berichtsjahr 0,5 Mio. EUR aufgewendet.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Investitionen zur Modernisierung und zum Umbau bestehender Bausubstanz sowie zur Erweiterung der Technik und zur Systemunterstützung mit einem Gesamtbetrag von nahezu 2,2 Mio. EUR vorgenommen.

Zur Intensivierung der Betreuungsqualität wird ein besonderes Augenmerk auf die stetige Aktualisierung der Beratungs- und Systemunterstützung in allen unseren Filialen gelegt.

Über das Netz der Kundenselbstbedienungsgeräte, bestehend aus 116 Geldausgabeautomaten, 108 Kontoauszugsdruckern und 17 Überweisungsterminals, wurden im Geschäftsjahr 2018 rund 9,5 Mio. Transaktionen getätigt, wobei an den Geldausgabeautomaten rund 1.008,8 Mio. EUR verfügt wurden.

Um die Saalesparkasse vor dem Hintergrund des aktuellen Zinsniveaus sowie der demografischen Entwicklung weiterhin zukunftsfähig zu machen, werden kontinuierlich Maßnahmen zum Kostenmanagement fortgeführt, um die Verwaltungsaufwendungen in den kommenden Jahren in einem begrenzten Rahmen zu halten.

3 Vermögenlage der Saalesparkasse

Die Saalesparkasse verfügt über eine solide Kapitalausstattung, die hinreichend Spielraum für die geplanten Geschäftsaktivitäten bietet. Mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Zuführung des Bilanzgewinnes wird die Sicherheitsrücklage 207,0 Mio. EUR (4,4% der Bilanzsumme) betragen.

Insgesamt belaufen sich die Eigenmittel der Saalesparkasse zum Jahresende 2018 unter Berücksichtigung einer Abzugsposition von 0,3 Mio. EUR für immaterielle Anlagegüter auf 441,5 Mio. EUR. Diese bestehen vollständig aus Kernkapital. Die Gesamtkapitalquote nach Capital Requirements Regulation (CRR) lag per 31. Dezember 2018 mit 15,7% über dem von der Bankenaufsicht für 2018 vorgeschriebenen Mindestwert.

Dabei hat die Saalesparkasse neben den Mindestkapitalanforderungen gemäß CRR (8,0%) auch die von der BaFin angeordneten zusätzlichen Kapitalanforderungen gemäß Supervisory Review and Evaluation Process (SREP; 2,0%) sowie die Kapitalpufferanforderungen gemäß § 10c KWG (Kapitalerhaltungspuffer) und § 10d KWG (antizyklischer Kapitalpuffer) einzuhalten. Die Mindestanforderung für 2018 beträgt inklusive des für die Saalesparkasse individuell festgelegten SREP-Aufschlages und der Kapitalpufferanforderungen 11,875% und wurde somit eingehalten.

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 50,5% (Vorjahr 49,0%) der Bilanzsumme und die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere mit 27,1% (Vorjahr 33,4%) die bedeutendsten Posten dar.

Auf der Passivseite wird die Kapitalstruktur von den Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden) mit 84,0% (Vorjahr 83,4%) der Bilanzsumme dominiert. Darüber hinaus erstrecken sich die Refinanzierungsmittel der Saalesparkasse auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (4,0%), die im Vorjahresvergleich (4,2%) nahezu konstant blieben.

Geschäfte im eigenen Management der Saalesparkasse wurden ausschließlich in Euro getätigt. Im Eigenanlagengeschäft wurden keine neuen Swappeschäfte zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen, eine Sicherungsbeziehung endete planmäßig und eine weitere wurde im Zusammenhang mit dem Verkauf der Grundposition aufgelöst.

Die Ansätze der Aktiv- und Passivpositionen in der Bilanz entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit den zum Jahresultimo 2018 vorgenommenen Einzelbewertungsmaßnahmen, die auch die Bildung von Rückstellungen beinhalten, ist den erkennbaren Risiken und Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden.

Die Saalesparkasse hat ihren Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens werden die Anschaffungskosten bzw. die fortgeführten Buchwerte angesetzt.

Die übrigen Vermögensgegenstände sind vorsichtig bewertet. Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag sowie Rückstellungen mit ihrem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere im Wertpapierbestand, bestehen stichtagsbezogen Kursreserven sowie saldierte schwebende Gewinne aus Schuldscheindarlehen. Außerdem besteht zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges zusätzlich eine Vorsorge nach § 340f HGB.

Die Kapitalausstattung der Saalesparkasse sieht der Vorstand als solide an. Die Vermögenslage ist geordnet.

4 Finanzlage der Saalesparkasse

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Berichtsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geforderte Kennzahl gemäß delegierter Verordnung (EU) 2015/61 wurde stets eingehalten.

Die zur Erfüllung der Mindestreservebestimmungen vorgeschriebenen Guthaben wurden bei der zuständigen Filiale der Deutschen Bundesbank unterhalten. Die von der Norddeutschen Landesbank (NORD/LB) eingeräumte Kreditlinie wurde dispositionsbedingt teilweise in Anspruch genommen.

Die Zahlungsverpflichtungen auf der Passivseite sind aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase überwiegend kurzfristig gebunden. Dem gegenüber stehen auf der Aktivseite ausreichend Zahlungsmittel in Form von Guthaben bei der Bundesbank sowie liquiden Wertpapieren zur Verfügung. Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen zum Stichtag 106,5 Mio. EUR.

Die Saalesparkasse ist als Mitglied der S-Finanzgruppe Teil eines leistungsfähigen Liquiditätsverbundes und verfügt zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen über verschiedene Refinanzierungsquellen. Hauptrefinanzierungsquellen stellen neben den Kundeneinlagen die Landesbanken und die Europäische Zentralbank (EZB) dar. Um den Zugang zur Liquiditätsbeschaffung über die EZB zu gewährleisten, verfügt die Saalesparkasse in ausreichendem Maße über notenbankfähige Sicherheiten. Im Jahr 2018 war der Zugang zu den Refinanzierungsquellen jederzeit gegeben.

Die Finanzlage ist geordnet und die Saalesparkasse wird aus heutiger Sicht auch zukünftig in der Lage sein, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

5 Ertragslage der Saalesparkasse

Die nachstehende Ergebnisdarstellung orientiert sich an der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise.

Position	31.12.2018 in Mio. EUR	in % der DBS	in % der DBS LSA*	31.12.2017 in Mio. EUR	in % der DBS	in % der DBS LSA
Zinsüberschuss	75,9	1,70	1,89	81,3	1,88	2,02
Provisionsüberschuss	36,5	0,82	0,75	34,2	0,79	0,75
Sonstige betriebliche Erträge	2,8	0,06	0,04	2,5	0,06	0,04
Verwaltungs- aufwendungen	-68,8	-1,54	-1,61	-69,0	-1,60	-1,67
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2,7	-0,06	-0,03	-2,4	-0,06	-0,03
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern	43,7	0,98	1,04	46,6	1,08	1,11
Bewertungsergebnis	-19,7	-0,44	-0,47	27,6	0,64	-0,01
Neutrales Ergebnis	2,3	0,05	-0,15	-4,5	-0,10	-0,01
Ertragsteuern	-16,0	-0,36	-0,28	-11,3	-0,26	-0,33
Veränderung des Fonds für allg. Bankrisiken	-8,30	-0,19	-0,09	-56,4	-1,31	-0,69
Jahresüberschuss	2,0	0,05	0,04	2,1	0,05	0,06

* Vergleichszahlen: Auswertung Betriebsvergleich 2018
Abkürzungen: DBS – Durchschnittliche Bilanzsumme
LSA – Land Sachsen-Anhalt

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Der im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Mio. EUR bzw. um 6,7% geringere Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Saalesparkasse.

Der Planwert konnte deutlich übertroffen werden, wobei die Abweichung insbesondere auf einen geringeren Zinsaufwand aus dem Kundengeschäft sowie aus Derivaten zurückzuführen ist. Gegenüber der ursprünglichen Neugeschäftsplanung erfolgten Wiederanlagen der Kundengelder aus der Kündigung unbefristeter Prämiensparverträge in nur geringerem Umfang. Darüber hinaus erfolgten Neugeschäfte im Depot A in reduziertem Umfang und somit war der Absicherungsbedarf über Swaps insgesamt geringer als geplant.

Die im Vergleich zum Vorjahr mit 89,6 Mio. EUR (Vorjahr: 96,2 Mio. EUR) deutlich geringeren Zinserträge liegen insbesondere in einem Bestandsrückgang sowie in der veränderten Struktur der Geschäfte im Depot A begründet. Die im Vergleich zum Vorjahr mit 8,8 Mio. EUR (Vorjahr: 9,8 Mio. EUR) nochmals leicht verminderten Zinsaufwendungen resultieren überwiegend aus geringeren Aufwendungen für Prämiensparverträge.

Für die Saalesparkasse ergab sich auf der Grundlage der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) eine gegenüber dem Vorjahr leicht geringere Zinsspanne von 1,70%, die zwar leicht über dem Planwert, aber unter dem Landesdurchschnitt der Sparkassen in Sachsen-Anhalt (1,89%) liegt.

Der Provisionsüberschuss lag deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Darüber hinaus bewegte er sich auch leicht über dem geplanten Wert (36,3 Mio. EUR). Die größten Ergebnisbeiträge resultieren aus den Entgelten im Privatgiroverkehr und aus dem Immobiliengeschäft. Weiterhin führte das Wertpapier-Leihgeschäft zu einem Ergebnis in Höhe von 1,2 Mio. EUR, welches die getroffene Planvorgabe von 0,5 Mio. EUR erneut kräftig überschritt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge, die sich wie im Vorjahr insbesondere aus Grundstücks- und Gebäudeerträgen sparkasseneigener Immobilien zusammensetzen, fielen leicht über dem Planwert (2,6 Mio. EUR) aus.

Die Verwaltungsaufwendungen waren nahezu auf dem Niveau des Vorjahres, sie lagen wegen eines gegenüber der Planung geringeren Sachaufwands leicht unter der Planvorgabe (69,9 Mio. EUR).

Die Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung betragen 43,7 Mio. EUR (0,98% der DBS) und lagen damit leicht über dem Planungsniveau.

Der Sachaufwand lag bei 25,1 Mio. EUR (0,56% der DBS) und fiel damit merklich geringer als geplant aus. Leichte Erhöhungen insbesondere beim Aufwand für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie bei den Dienstleistungen Dritter konnten vor allem durch unter den Planungen liegende Aufwendungen in den Bereichen EDV, Beiträge und Gebühren sowie beim Aufwand für Geschäftsräume überkompensiert werden.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern hat sich um 2,9 Mio. EUR oder 6,3% gegenüber dem Vorjahresergebnis verringert. Damit liegt die Saalesparkasse jedoch deutlich über dem Planwert (39,6 Mio. EUR).

Insgesamt hat sich das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Bruttoertrag (Cost-Income-Ratio) mit 61,1% um 1,5 Prozentpunkte leicht verschlechtert (Vorjahr 59,7%). Gegenüber dem Planwert ist im Gegensatz dazu eine positive Entwicklung zu verzeichnen (63,9%).

Unter Berücksichtigung der Gewinne und Verluste aufgrund von Fälligkeiten und der Veräußerung von Wertpapieren sowie des Ergebnisses aus der Saldierung von Abschreibungen und Zuschreibungen ergibt sich ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von -7,0 Mio. EUR (-0,16% der DBS). Die deutlich negativere Entwicklung gegenüber dem Planwert (-4,1 Mio. EUR) resultiert insbesondere aus höheren Abschreibungen auf Schuldscheindarlehen.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft bewegte sich mit +4,0 Mio. EUR im positiven Bereich und hat sich damit im Vergleich zum negativen Wert im Vorjahr wesentlich verbessert. Der Planwert in Höhe von -4,5 Mio. EUR wurde damit deutlich unterschritten.

Die negative Entwicklung der NORD/LB spiegelt sich maßgeblich im sonstigen Bewertungsergebnis (-18,4 Mio. EUR) sowie im neutralen Aufwand (-6,1 Mio. EUR) der Saalesparkasse wider. Die Bewertungsmaßnahmen der über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt gehaltenen indirekten Beteiligung und auch der direkt gehaltenen stillen Einlage prägen das sonstige Bewertungsergebnis in Höhe von -16,7 Mio. EUR, welches gegenüber dem Vorjahresergebnis (-6,0 Mio. EUR) höher ausfällt gleichzeitig den Planwert für 2018 stark überschreitet.

Das Bewertungsergebnis insgesamt stellt sich mit -19,7 Mio. EUR negativ dar und hat sich infolge der Entwicklung des sonstigen Bewertungsergebnisses stark verschlechtert. Im Vergleich mit dem ebenso deutlich negativen Landesdurchschnitt entwickelte sich das Bewertungsergebnis der Saalesparkasse insgesamt leicht günstiger.

Das neutrale Ergebnis entwickelte sich durch den gestiegenen neutralen Aufwand, der in hohem Maße aus der NORD/LB-Bewertung resultiert, sowie einer Veränderung der Swapbewertung, die sich auf das neutrale Ergebnis insgesamt auswirkte, mit insgesamt 2,3 Mio. EUR dennoch deutlich positiver als im Vorjahr (-4,5 Mio. EUR).

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,044%.

Zur Stärkung der Kernkapital- und Gesamtkapitalquote (Basel III) wird der Bilanzgewinn in Höhe von 2,0 Mio. EUR mit der Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt. Darüber hinaus wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB um 8,3 Mio. EUR auf 245,1 Mio. EUR aufgestockt.

6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse

Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Saalesparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, das für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften.

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr gewährleistet. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind aus der Bilanzstruktur nicht erkennbar.

Die Bewertung der NORD/LB führte zu ungünstigen Auswirkungen auf die Ertragslage der Saalesparkasse. Gleichwohl konnte im operativen Ergebnis ein positiver Geschäftsverlauf entsprechend der Planvorgaben verzeichnet werden, der nach Einschätzung des Vorstands für das Geschäftsjahr insgesamt zu einer dennoch zufrieden stellenden Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt.

7 Risikomanagement der Saalesparkasse

7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten

Geschäfte mit Finanzinstrumenten sind der wesentliche Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse. Die Saalesparkasse erwirbt Kundeneinlagen und Gelder von Kreditinstituten und investiert diese in Vermögenswerte, um entsprechende Margen zu erwirtschaften. In diesem Sinne gibt die Saalesparkasse vorhandene Mittel an Kunden und Kreditinstitute oder investiert in Beteiligungen, in Spezial- und Publikumsfonds sowie in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen öffentlicher Haushalte, aber auch von Kreditinstituten und Unternehmen. Diese Aktivität schließt nicht nur bilanzwirksame Geschäfte ein, sondern auch nicht bilanzwirksame wie Avale, Garantien und Kreditzusagen.

Die Saalesparkasse bevorzugt grundsätzlich den Einsatz von Kassainstrumenten. Zur Sicherung von Einzelgeschäften oder im Rahmen der Absicherung einer größeren Anzahl von Geschäften kann die Saalesparkasse jedoch auch derivative Finanzinstrumente einsetzen. Im Produktkatalog der Saalesparkasse sind dafür Zinsswaps aufgeführt.

Zu Steuerungs- und Sicherungszwecken erfolgte im Geschäftsjahr 2018 der Einsatz von Derivaten in Form von Zinsswaps. Der Abschluss weiterer Zinsswapgeschäfte zur Reduzierung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war aufgrund wesentlicher Unterschreitung der Grenze beim BaFin-Zinsrisikokoeffizienten nicht erforderlich. Ein Zinsswapgeschäft wurde fällig und ein weiteres wurde durch den Verkauf des Grundgeschäftes aufgelöst. Nähere Angaben sind dem Anhang aus der Übersicht zu den derivativen Finanzgeschäften zu entnehmen.

Geschäfte in Fremdwährung bestehen im Rahmen unserer Anlagen in Spezialfonds.

7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement

7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden

Die nachhaltige Gewährleistung einer stetigen Ertragskraft bei gleichzeitiger Sicherung des Vermögens der Saalesparkasse zur Erfüllung des gesetzten Unternehmenszwecks ist das Grundprinzip der Geschäftspolitik der Saalesparkasse. Dabei nimmt ein aktives Risikomanagement einen hohen Stellenwert ein.

Das Risikomanagement umfasst Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse und ist Bestandteil der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation der Saalesparkasse. Ziel des Risikomanagements ist die Optimierung des Erfolgs vor dem Hintergrund des eingegangenen Risikos.

In der Saalesparkasse kommt ein strategiebasiertes Risikomanagementsystem zur Anwendung, welches im Sinne der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterentwickelt wird. Die Grundlagen dafür bilden dabei eine vom Vorstand formulierte Geschäftsstrategie sowie nachgelagerte Teilrisikostrategien. In der Geschäftsstrategie der Saalesparkasse wurden für das Jahr 2018 folgende quantitative und qualitative strategische Ziele verankert:

Quantitative strategische Ziele:

- Erzielen einer Aufwands-Ertrags-Relation von maximal 70%
- Erzielen einer bilanziellen Eigenkapitalrentabilität vor Steuern zwischen 3,5% und 3,8%
- Gewährleistung einer Bilanzsumme zwischen 4,0 und 4,5 Mrd. EUR
- Bewusstes Eingehen von Risiken unter Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in den steuerungsrelevanten Szenarien bei Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen unter Berücksichtigung des individuellen SREP-Kapitalaufschlages
- Stetige Stärkung des bilanziellen Eigenkapitals durch maximal mögliche Gewinnthesaurierung zur Sicherstellung der nach den regulatorischen Anforderungen erforderlichen Kapitalausstattung
- Ausbau des Marktanteils im Privatkundenmarkt in den Lebensphasen Berufsstart und Etablierung, Halten des Marktanteils in den übrigen Lebensphasen
- Hebung von Potenzialen im Firmenkundenmarkt

Qualitative strategische Ziele:

- Sicherstellung der kreditwirtschaftlichen Versorgung im Geschäftsgebiet
- Qualitätssicherung in Bezug auf Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit
- Ausrichtung der Vertriebsstrukturen und -kanäle an Kundenbedürfnissen und Rentabilität
- Reduzierung der personellen sowie technisch-organisatorischen Ressourcen
- Zusammenarbeit mit Dienstleistungs- und Kooperationspartnern

Die einzelnen Geschäftsfelder werden unabhängig von der Geschäftsverteilung auf die einzelnen Vorstände vom Gesamtvorstand verantwortet. Er legt die Strategien für die betriebswirtschaftliche Steuerung der Saalesparkasse fest. Die Risikostrategie soll dabei gewährleisten, dass die Risiken, die aus den in der Geschäftsstrategie genannten Geschäften resultieren, auch getragen werden können. Im mindestens jährlichen Rhythmus überprüft der Vorstand die Strategien und passt diese ggf. an. Die Strategien werden dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert. Die Erörterung bezieht sich dabei auch auf mögliche Ursachen im Falle festgestellter Abweichungen von strategischen Zielen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 war die Einhaltung der festgelegten wesentlichen strategischen Ziele sichergestellt.

Die Saalesparkasse teilt ihre Bankgeschäftsrisiken in die Risikoarten Adressen-, Markt-preis-, Beteiligungs- und Liquiditätsrisiko sowie operationelles Risiko und sonstige Risiken ein.

Ausgehend von den in der Risikostrategie definierten wesentlichen Risikoarten des Bankgeschäftes werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit nachfolgende Risikoarten limitiert:

- Adressenrisiko Kundengeschäft
- Adressenrisiko Eigengeschäft
- Zinsspannenrisiko
- Marktpreisrisiko Depot A
- Immobilienobjektrisiko
- Beteiligungsrisiko
- Operationelle Risiken
- Vertriebsrisiko Dienstleistungsgeschäft

Darüber hinaus gilt das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos als wesentliches Risiko. Dieses wird jedoch aufgrund seines Charakters nicht über die Risikotragfähigkeit limitiert.

Die Festlegung der wesentlichen Risikoarten erfolgt im Rahmen einer Risikoinventur, die Bestandteil des jährlichen Strategieprozesses zur Unternehmensplanung ist.

Für die Umsetzung der Strategien bei der Durchführung der Geschäfte stellt der Gesamtvorstand den hierarchisch unterstellten Organisationsebenen seine Maßgaben in Rahmenanweisungen für die Geschäftsbereiche Vertrieb, Kreditgeschäft, Beteiligungs- und Handelsgeschäft, Steuerung, Betrieb und Liquiditätsrisiken zur Verfügung.

In der Saalesparkasse wird der Begriff „Risiko“ seit dem Geschäftsjahr 2018 als negative Abweichung von einem Erwartungswert bzw. als negative Abweichung von einem erwarteten Wert definiert.

Zielsetzungen des Managements von Risiken sind deren Identifizierung, die Bewertung, das Reporting, die Steuerung und die Überwachung innerhalb der Saalesparkasse. Dabei können festgestellte Risiken über deren Vermeidung, Reduzierung, Akzeptanz oder den Transfer des Risikos an Dritte gesteuert werden.

Im Vordergrund des Risikomanagements der Saalesparkasse steht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen eines Risikotragfähigkeitskonzeptes. Jährlich sowie anlassbezogen erfolgen die Überprüfung und bei Bedarf die Anpassung der Risikotragfähigkeitskonzeption, der zugrunde liegenden Annahmen und Methoden zur Berücksichtigung der wesentlichen Risikoarten.

Zur Steuerung in der Saalesparkasse dient die periodenorientierte Sichtweise der Risikotragfähigkeit im Rahmen eines Fortführungsansatzes (Going-Concern). Dabei wird sichergestellt, dass der Teil der regulatorischen Eigenmittel, der mindestens zur Erfüllung der bankaufsichtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen unter Berücksichtigung der harten Kapitalanforderung gemäß SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) notwendig ist, nicht zur Risikoabdeckung bereitgestellt wird.

Die periodenorientierte Risikotragfähigkeitskonzeption ist aufgrund durchgeführter methodischer Anpassungen seit dem Geschäftsjahr 2018 als rollierende Zwölfmonats-Betrachtung ausgestaltet.

Das einsetzbare Risikodeckungspotenzial setzt sich aus den nicht zur Erfüllung der Eigenmittelanforderungen gebundenen Sicherheitsrücklage, dem aufsichtsrechtlich ungebundenen Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und dem erwarteten Betriebsergebnis nach Bewertung und nach Steuern zusammen.

Als steuerungsrelevantes Szenario dient das Risikoszenario. Das Gesamtlimit im Risikoszenario wird ausgehend vom einsetzbaren Risikodeckungspotenzial unter Beachtung der in der Risikostrategie verankerten strategischen Zielgröße, einer Gesamtkapitalkennziffer von mindestens 9,0% zuzüglich der harten Kapitalanforderung gemäß SREP, bereitgestellt.

Aus dem insgesamt bereitgestellten Limit werden Teillimite für die in der Risikotragfähigkeitskonzeption definierten Risikoarten abgeleitet. Dabei handelt es sich um die Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft (Depot A) sowie die Marktpreisrisiken im Depot A und die Zinsspannenrisiken. Des Weiteren werden auch die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft, die operationellen Risiken sowie Beteiligungsrisiken erfasst.

Die Inanspruchnahme der Limite wird regelmäßig durch das Risikocontrolling auf der Grundlage von Szenarioanalysen überprüft, es werden Limitauslastungen gemessen und ggf. Limite angepasst. Das Risikoszenario dient als steuerungsrelevantes Szenario mit dem Ziel der Sicherstellung des Fortbestandes einer geordneten Geschäftstätigkeit. Die Risikomessung erfolgt dabei auf der Basis eines Konfidenzniveaus von 95%.

Mithilfe von Stresstests wird zusätzlich analysiert, wie sich außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse auf die Portfolien auswirken. Somit ist sichergestellt, dass die Saalesparkasse auch in Extremsituationen über genügend Eigenkapital verfügt, um die Fortführung der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Durch sogenannte inverse Stresstests wird zudem regelmäßig untersucht, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit der Saalesparkasse gefährden könnten.

Ergänzt wird die Risikotragfähigkeitsbetrachtung um eine mehrjährige Kapitalplanungsrechnung, deren Betrachtungszeitraum sich an dem der allgemeinen Planung orientiert. Ziel ist es, einen langfristigen Bedarf für internes und regulatorisches Kapital frühzeitig zu identifizieren, damit dieser bei der strategischen Ausrichtung berücksichtigt werden kann. Adverse Entwicklungen werden im Kapitalplanungsprozess angemessen berücksichtigt.

Die Berücksichtigung von Risikokonzentrationen einschließlich Ertragskonzentrationen im Risikomanagementprozess ist sowohl durch die Ausgestaltung der Szenarien als auch durch Festlegung von Risikotoleranzen in Form von Limit- und Ampelsystemen sichergestellt.

Die auf Gesamtrisikoebene und auf Ebene der einzelnen wesentlichen Risikoarten installierten Limitsysteme fungieren als 3-Farben-Ampelsysteme und geben über festgelegte Warnschwellen frühzeitig Signale für die Notwendigkeit des Eingriffs durch eine aktive Risikosteuerung. Über Limitüberschreitungen sowie sonstige unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen wird ad hoc berichtet und Handlungsbedarf aufgezeigt.

Mindestens vierteljährlich erfolgt die Berichterstattung über die Ergebnisse der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsüberprüfungen, die Auslastung der Limite und die Kapitalplanungsrechnung an den Gesamtvorstand. Diese Berichterstattung wird darüber hinaus dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

7.2.2 Risikomanagementorganisation

Den Aufgabenbereich des zentralen Risikomanagements hat der Gesamtvorstand auf die organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennte Abteilung Gesamtbanksteuerung übertragen.

Die operative Verantwortung für die Adressenrisikosteuerung ist vom Markt organisatorisch getrennt in der Abteilung Kreditmanagement angesiedelt. Das Risikocontrolling wird von der Abteilung Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Für die Steuerung der Beteiligungsrisiken sind grundsätzlich die gleichen Verantwortlichkeiten wie für die Steuerung der Adressenrisiken festgelegt. In die Initiierung von Beteiligungen ist darüber hinaus auch die Abteilung Treasury / Eigenhandel eingebunden.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement wird von den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Meldewesen durchgeführt. Die Verantwortung für das strategische Liquiditätsrisikomanagement liegt bei den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Risikocontrolling.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt zentral von der Abteilung Gesamtbanksteuerung. Die Verantwortlichkeit für das dezentrale Management operationeller Risiken liegt bei den Führungskräften in den Organisationseinheiten.

Die Steuerung und Überwachung sowohl der Provisions- als auch der Marktpreisrisiken wird ebenso von der Abteilung Gesamtbanksteuerung verantwortet. Im Bereich der Marktpreisrisikosteuerung der Handelsgeschäfte wird dabei durch die Zuordnung zu dem von Markt und Handel unabhängigen Bereich dem Prinzip der Funktionstrennung nach den MaRisk Rechnung getragen.

Die Saalesparkasse lässt einen Teil ihres Wertpapiervermögens im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Die Anlagerichtlinien werden durch die Saalesparkasse vorgegeben und in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Anlageausschusses überprüft. Die primäre Steuerung dieser Fonds obliegt dem Fondsmanagement. Durch die von den Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen ist sichergestellt, dass die Fonds in den Risiküberwachungsprozess eingebunden sind. Des Weiteren werden die Mandate von den jeweiligen Fachbereichen begleitet.

Den MaRisk entsprechend wurden eine Risikocontrolling-Funktion und eine Compliance-Funktion eingerichtet. Beide Funktionen sind unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt, haben jedoch kein Weisungs- oder Vetorecht. Darüber hinaus werden Prüfungsaufgaben von der Abteilung Interne Revision wahrgenommen.

Die Saalesparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Gesamtbanksteuerung angesiedelt. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Unterstützung der Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie, bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken sowie der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Darüber hinaus ist die Risikocontrolling-Funktion für die Durchführung der Risikoinventur, die damit verbundene Erstellung des Gesamtrisikoprofils, die laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die regelmäßige Risikoberichterstattung und die Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen verantwortlich.

Die Compliance-Funktion ist innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Vorstandsstab / Compliance installiert. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Identifizierung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens des Instituts führen kann, die Durchführung einer Risikoanalyse, Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie die Ausübung einer Koordinierungs-, Informations- und Kommunikationsfunktion.

Die Abteilung Interne Revision prüft regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Risikomanagementaktivitäten in der Saalesparkasse und berichtet ihre Prüfungsergebnisse sowie Handlungsempfehlungen unmittelbar an den Gesamtvorstand.

7.3 Risikobetrachtung im Detail

7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken

Unter den Adressenrisiken wird in der Saalesparkasse die Gefahr möglicher Verluste infolge des Ausfalls bzw. der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern verstanden. Darüber hinaus besteht auch die Gefahr, dass Sicherheiten während der Kreditlaufzeit teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder sogar überhaupt nicht beitragen können.

Ihrer Geschäftstätigkeit entsprechend ist für die Saalesparkasse das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft, bei den Eigenanlagen einschließlich der Forderungen an Kreditinstitute und der außerbilanziellen Instrumente (Zinsswaps) sowie bei den Beteiligungen inklusive der sonstigen Vermögensgegenstände von größter Bedeutung.

Das Länderrisiko ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft und umfasst das Risiko eines Ausfalls oder einer Bonitätsänderung eines Schuldners, der selbst ein ausländischer öffentlicher Haushalt ist. Ein weiterer Bestandteil des Länderrisikos ist das Ländertransferrisiko. Darunter wird die Gefahr verstanden, dass ein ausländischer Schuldner trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit oder -bereitschaft seines Sitzlandes seine Zahlungen nicht fristgerecht oder überhaupt nicht leisten kann.

Kreditausreichungen der Sparkasse erfolgten zu ca. einem Viertel an Kreditnehmer mit einem Sitz außerhalb Deutschlands. Diese Anlagen unterliegen einer regelmäßigen Beobachtung der Saalesparkasse im Hinblick auf mögliche Länderrisiken. Dabei stellen die Staaten Frankreich und Österreich die Sitzländer mit den höchsten Investitionsvolumen dar. Der Schwerpunkt der Anlagen insgesamt mit Länderrisiken liegt in Wertpapieranleihen von Unternehmen, Staaten und Kreditinstituten.

Das Engagement in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 auf insgesamt 158,6 Mio. EUR. Hiervon entfallen auf Kreditnehmer mit Sitz in Italien 102,8 Mio. EUR sowie auf Kreditnehmer mit Sitz in Spanien 38,3 Mio. EUR.

Die Steuerung der Adressenrisiken erfolgt über Limite, die einerseits in Form von Risikolimiten aus der Risikotragfähigkeitsrechnung abgeleitet werden. Andererseits werden in den Rahmenanweisungen Kundenkreditgeschäft sowie Beteiligungs- und Handelsgeschäft Limite für die Geschäfte zum Beispiel in Form von Volumenbegrenzungen je Kreditnehmer oder Asset- bzw. Ratingklasse festgelegt, um eine ausgewogene Diversifikation des Portfolios zu erreichen. Darüber hinaus bestehen für Handelsgeschäfte auch Volumen beschränkende Länderlimite.

Grundlage der Risikoermittlung ist unter anderem die regelmäßige Risikoklassifizierung des einzelnen Kreditnehmers bzw. Emittenten (ggf. auch der Emission des Wertpapiers), aus der sich die Ausfallwahrscheinlichkeit ableitet. Dabei erfolgt die Risikoklassifizierung über innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren und über die Nutzung externer Ratingnoten bekannter Ratingagenturen.

Das Kreditportfolio wird turnusmäßig nach verschiedenen Strukturmerkmalen (zum Beispiel Ratingklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten) differenziert dargestellt und nach sich daraus ableitenden Risiken bzw. Risikokonzentrationen untersucht.

Die Portfoliostrukturen des Kundenkreditgeschäftes, des Depot A sowie der Beteiligungen, die ermittelten Risiken sowie die Limitauslastungen werden vierteljährlich überwacht und die Ergebnisse umfangreich an die Verantwortlichen berichtet. In aggregierter Form erhält der Verwaltungsrat vierteljährlich Auskunft.

> Kundenkreditgeschäft

Um Adressenrisiken frühzeitig begegnen zu können, werden in einem Risikofrüherkennungsprozess private und gewerbliche Kreditnehmer, die mit erhöhten Risiken behaftet sind, identifiziert. Daneben erfolgt eine regelmäßige Bonitätsprüfung aller Kreditnehmer im Rahmen einer Risikoklassifizierung. Die Kreditentscheidung wird in Abhängigkeit von der Kredithöhe, der Kreditart, der Risikoklassifizierung (Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren) sowie den eingereichten Sicherheiten getroffen.

Die Risikostruktur der Kundenkredite lässt vertretbare Risiken erkennen und wird als unkritisch eingeschätzt. Mit 94,1% ist der höchste Anteil der ungesicherten Kredite der Risikoklasse I mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Insgesamt 2,9% der ungesicherten Kredite entfallen auf die Risikoklasse II mit höheren Risiken, während die auf die Risikoklasse III entfallenden ungesicherten Kredite der Ratingnoten 17 und 18 wenn erforderlich durch eine Risikovorsorge abgesichert sind.

Die in den Kreditüberwachungsprozess integrierten Aufgaben führen neben der laufenden Engagementüberwachung zu einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Risikovorsorge. Die erforderliche Risikovorsorge ist Gegenstand der internen Berichterstattung und umfasst den nicht durch Sicherheiten gedeckten ermittelten Kapitalanteil notleidender sowie ggf. erstmalig Wert zu berichtender Engagements sowie Vorsorge für latente Risiken (Pauschalwertberichtigung).

Die Adressenrisiken im Kundengeschäft einschließlich sich ergebender Konzentrationsrisiken werden unter Anwendung des Kreditportfoliomodells CreditPortfolioView (CPV) der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) überwacht. Wesentliche Einflussfaktoren sind dabei die Höhe der Kredite, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Kreditnehmer. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 95,0% für das gesamte Portfolio ermittelt. Das Kundenkreditportfolio zeigt sich dabei sehr gut diversifiziert. Ergänzt werden diese Auswertungen um vierteljährliche Szenarioanalysen unter Einbindung des Kreditportfoliomodells mit dem Ziel der Hochrechnung der erwarteten Risikovorsorge, wobei auch bestehende Risikokonzentrationen aus der Größenklassen- und Sicherheitenstruktur in der Risikoermittlung Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse dieser Analysen fließen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Saalesparkasse sowie in die vierteljährliche Gesamtbankberichterstattung ein.

Bedingt durch Fremdblösungen, aber auch durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde im Kundenkreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr entgegen der Erwartung ein deutlich günstigerer Ist-Wert als der ursprünglich erwartete Bewertungsbedarf ermittelt.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird unter Berücksichtigung des geplanten Wachstums im Kreditgeschäft ein höherer Bewertungsbedarf als der Ist-Wert 2018 erwartet.

Das gemäß der rollierenden Ausgestaltung der Risikotragfähigkeitskonzeption für die kommenden 12 Monate festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 7,0 Mio. EUR für Abweichungen vom Erwartungswert wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 65,1% beansprucht.

> Depot A/ Eigenanlagen

Im Depot A werden im Rahmen einer Risikofrüherkennung regelmäßig die Ratings sowie die Spreadentwicklung der Asset-Swap-Spreads überwacht. Bei auffälligen Entwicklungen werden die Ursachen analysiert und die Kursentwicklung verstärkt überwacht. Auch die Positionen des Depot A unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsprüfung mittels einer Risikoklassifizierung.

Die Risikostruktur des Eigengeschäfts zeigt mit einem Anteil von 78,1% im Investment-Grade (Ratingklassen 1 bis 5) sowie 6,8% im Speculative-Grade (Ratingklassen 6 bis 18) vertretbare Risiken auf. Weitere 15,1% der Volumen entfallen auf die Liquiditätshaltung bei der Deutschen Bundesbank und weisen kein Rating aus.

Die Anwendung des Kreditportfoliomodells CPV auf das Depot A zur Identifizierung von Konzentrationsrisiken zeigt temporär bestehende Größenkonzentrationen in Bezug auf der S-Finanzgruppe zugehörige Kreditnehmer. Die Saalesparkasse ist sich dieser Konzentrationsrisiken bewusst und toleriert diese aufgrund der bestehenden Sicherungsmechanismen im Rahmen der S-Finanzgruppe, die Gewähr für den Fortbestand der Institute bieten. Zur Reduzierung von Größenkonzentrationen wurden Bestände einzelner Emittenten im Verlauf des Geschäftsjahres abgebaut.

Das Adressenrisiko im Depot A umfasst Risiken der Emittenten (Herausgeber von Wertpapieren) bzw. Emission (Wertpapier) und Kontrahenten (Vertragspartner bei Wertpapierleihe). Zur Abbildung der Adressenrisiken auf Einzelkreditnehmerebene wird für jeden Emittenten und Kontrahenten ein Volumenlimit eingeräumt. Darüber hinaus wird zur Steuerung der Emittenten- und Kontrahentenrisiken ein Risikolimit aus der Risikotragfähigkeit für den Adressenausfall abgeleitet.

Die Ermittlung der Adressenausfallrisiken für Eigenanlagen für Zwecke der Risikotragfähigkeit erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2018 in Analogie zum Kundengeschäft über ein Kreditportfoliomodell, welches sowohl die aktuelle Portfoliostruktur als auch das geplante Neugeschäft berücksichtigt. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 95,0% für das gesamte Portfolio ermittelt. Neben den Portfoliodaten (insbesondere Volumen und ratingbezogene Ausfallwahrscheinlichkeit) werden dabei auch übergreifende Parameter (beispielsweise eine Migrationsmatrix und Recovery Rates) berücksichtigt.

In die auf Ratings basierende Risikoermittlung werden auch Länderrisiken ausgehend von den Länderratings einbezogen. Die Länderrisiken erstrecken sich dabei nahezu vollständig auf Positionen aus Ländern des EWR sowie der OECD.

Die Auslastung der für die Emittenten und Kontrahenten eingeräumten Volumenlimite wird täglich überwacht. Darüber hinaus wird das Adressenrisiko des Depot A regelmäßig in der Risikotragfähigkeit dargestellt, die auch im Rahmen von Szenarioanalysen identifizierte Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind unerwartete wirtschaftliche Negativentwicklungen bei einzelnen Schuldern eingetreten, welche bei der Sparkasse zu über den Planungen liegenden Risikovorsorgemaßnahmen führten.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird unter Berücksichtigung der geplanten Neugeschäfte ein unter dem Ist-Wert von 2018 liegendes Adressenrisiko im Eigengeschäft erwartet.

Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit für Abweichungen vom Erwartungswert in Höhe von 10,0 Mio. EUR wird aus heutiger Sicht voraussichtlich eingehalten und zu 53,4% beansprucht.

7.3.2 Management der Marktpreisrisiken

Als Marktpreisrisiko wird in der Saalesparkasse die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position definiert, welche sich aus der Veränderung von wertbeeinflussenden Parametern ergibt. Als wertbeeinflussende Parameter gelten Zinsen, Spreads, Währungen, Aktienkurse und Immobilienpreise.

Die Marktpreisrisikosteuerung der Saalesparkasse erfolgt für das Bankbuch durch den Vorstand. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Überwachung der Zinsänderungsrisiken, die aus Fristeninkongruenzen bzw. inkongruentem Zinsanpassungsverhalten von Passivgeschäften gegenüber den Aktivgeschäften entstehen.

Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung am Bewertungs- oder Realisationsstichtag zu Verlusten führen. Das Zinsänderungsrisiko kann sich sowohl in einem niedrigeren Zinsüberschuss (Zinsspannenrisiko) als auch in einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft niederschlagen.

Die Marktpreisrisiken werden sowohl periodisch als auch wertorientiert betrachtet. Steuerungsrelevant ist dabei die periodische Sichtweise.

Auf Basis hausindividueller Planungen bzw. Prognosen zur Zins-, Margen- und Bilanzstrukturentwicklung werden mindestens vierteljährlich Simulationen zur Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos durchgeführt. Für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung haben wir mithilfe des Modells der gleitenden Durchschnitte geeignete Annahmen abgeleitet.

Zusätzlich werden die Zinsänderungsrisiken mit ihrer Auswirkung auf den barwertigen Vermögenswert der Saalesparkasse über den Value-at-Risk quantifiziert. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht besagen, dass Institute die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung von aktuell +200 Basispunkten und -200 Basispunkten auf den Barwert zu überprüfen haben. Die Barwertänderung im Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln ergibt den Zinsrisikokoeffizienten. Institute, die als Ergebnis der Berechnungen einen Zinsrisikokoeffizient größer als 20,0% aufweisen, gelten als Kreditinstitute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Der Zinsrisikokoeffizient der Saalesparkasse lag Ende Dezember 2018 bei 9,7% und damit unterhalb von 20,0%. Der Maximalwert wurde im März 2018 mit 17,1% ausgewiesen.

Die Marktpreisrisiken im Depot A und das Zinsspannenrisiko werden von ihrer Ausprägung als bedeutsam angesehen. Die Absicherung des Zinsänderungsrisikos einzelner Anleihen bzw. Schuldscheindarlehen erfolgt durch Zinsswaps im Rahmen von Micro-Hedges. Zum Bilanzstichtag bestanden 20 Sicherungsgeschäfte.

Im Rahmen der Optimierung der Depot A-Anlagen wurde die Duration im Wertpapierportfolio geringfügig erhöht und liegt damit etwas über dem Niveau des Vorjahres. Im Ergebnis dessen konnte, trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus, auch durch diese aktiven Steuerungsmaßnahmen der geplante Zinsüberschuss für das Geschäftsjahr 2018 positiv beeinflusst und übertroffen werden.

Für die im Anlagevermögen der Saalesparkasse befindlichen Wertpapiere wird im Jahresabschluss das gemilderte Niederstwertprinzip angewandt.

Die Risikopositionen der Handelsgeschäfte, deren Abschreibungspotenziale, die realisierten und schwebenden Ergebnisse der Gewinn- und Verlust-Rechnung (GuV) werden handelsmäßig für das Anlagebuch und das Gesamtdepot ermittelt. Die in den Eigenhandel eingebundenen Bereiche werden täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, den handelsrechtlichen Gewinn/Verlust sowie den Value-at-Risk für eine Haltedauer von 10 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 95 % informiert.

Für Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung werden für die Handelsgeschäfte zusätzlich in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen (Risikoszenario, Stressszenario) durchgeführt. Die Basis hierfür bilden die verschiedenen Risikoarten (Zinsänderungsrisiko, Spreadrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Optionsrisiko, Immobilienrisiko), soweit sie im aktuellen Portfolio auftreten können. Ausgehend von der historischen Entwicklung werden mögliche negative Entwicklungen für jeden Risikotreiber statistisch ermittelt und die Auswirkungen auf die Bestände für jedes Teilrisiko separat bestimmt. Zinsänderungs- und Spreadrisiken werden dabei im Risikoszenario auf der Basis von integrierten Renditeszenarien und einem Konfidenzniveau von 95% gemeinsam betrachtet und bei der Aggregation mit den übrigen Teilrisiken summiert. Die Stresstestanalysen gehen von einer vollständigen additiven Verknüpfung sämtlicher Teilrisiken, auch der Zinsänderungs- und Spreadrisiken, aus.

Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der Handelsgeschäfte der Saalesparkasse. Die Geschäftsführung und die im Eigenhandel verantwortlichen Bereiche werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen umfassend informiert. Die in den Analysen verwendeten Zinsszenarien werden ebenfalls mit ihrer Wirkung auf das Zinsergebnis simuliert. Die Effekte werden als Zinsspannenrisiko quantifiziert. Hierfür werden angemessene Limite vorgehalten.

Die Risikosituation in Bezug auf Marktpreisrisiken stellt sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 als vertretbar dar. Das in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit für Marktpreisrisiken im Depot A und das Limit für das Zinsspannenrisiko wurden eingehalten.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres werden höhere Marktpreisrisiken bezogen auf den Ist-Wert des Berichtsjahres erwartet. Die für die kommenden zwölf Monate in der Risikotragfähigkeit festgelegten Werte im Risikoszenario für das Marktpreisrisiko im Depot A in Höhe von 115,0 Mio. EUR und für das Zinsspannenrisiko in Höhe von 4,0 Mio. EUR für Abweichungen von den Erwartungswerten werden zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 67,9% sowie 14,4% ausgelastet.

7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken

Die Saalesparkasse unterscheidet ihr Liquiditätsrisiko in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko sowie in das Refinanzierungsrisiko. Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Saalesparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die Verbindlichkeiten das zur Verfügung stehende Liquiditätspotenzial übersteigen. Das Refinanzierungsrisiko als Ertragsrisiko definiert sich über die Gefahr höherer Refinanzierungskosten infolge einer Beschaffung liquider Mittel zu ungünstigeren Konditionen aufgrund schwankender Liquiditätsspreads. Die Notwendigkeit der Mittelbeschaffung besteht dann, wenn infolge einer längerfristigen Verwendung von kurzfristig zur Verfügung stehenden Mitteln (Liquiditätsfristentransformation) die Refinanzierung des Instituts nicht vorbehaltlos sichergestellt ist.

Die Beurteilung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos schließt das Marktliquiditätsrisiko ein. Dieses bezieht sich auf die Liquidität von Produkten und Märkten. Es beschreibt die Gefahr, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Die Saalesparkasse betreibt zur Erzielung von Erträgen Liquiditätsfristentransformation. Das aus der langfristigen Investition kurzfristig zur Verfügung stehender Mittel resultierende Risiko der Zahlungsunfähigkeit wird im Rahmen des strategischen Liquiditätsrisikomanagements überwacht und begrenzt. Dazu werden vierteljährlich auf der Basis von Liquiditätsbedarfsübersichten die Liquiditätszu- und -abflüsse für einen Gesamtzeitraum von fünf Jahren aggregiert dargestellt.

Um den zukünftigen Liquiditätsbedarf auch bei einem angespannten Marktumfeld zu analysieren, werden im Rahmen von Szenarioanalysen ausgewählte Ereignisse simuliert, die zu einer Belastung der Liquiditätssituation führen. Dafür werden die Risikofaktoren und die zugehörigen Risikoparameter, die die Liquidität beeinflussen, identifiziert sowie operationalisiert. Im Ergebnis werden die sich im Zeitverlauf ergebenden Zeiträume mit Liquiditätsüber- und -unterdeckung aufgezeigt. Die Limitierung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs erfolgt durch Vorgabe einer strukturellen Mindestliquidität mittels volumenbezogener Limite. Zusätzlich wird im Szenarioansatz eine Reichweite limitiert. Diese definiert den Zeitraum, in dem die Saalesparkasse auch bei Eintritt liquiditätsbelastender Ereignisse unter Heranziehung ihres Liquiditätspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen muss, um zahlungsfähig zu bleiben.

Zur Beurteilung des Risikos der Zahlungsunfähigkeit zieht die Saalesparkasse neben der Auslastung des Volumen- und Reichweitenlimits auch die Höhe der aufsichtsrechtlichen Kennzahl „Liquidity Coverage Ratio“ (LCR) zur Messung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos heran. Die LCR beschreibt das Verhältnis der liquiden Aktiva zum Gesamtwert der Liquiditätsabflüsse abzüglich der Liquiditätszuflüsse innerhalb einer 30-tägigen Stressphase.

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Jahr 2018 zu jeder Zeit gegeben. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen und Auswertungen ergaben sich keine Hinweise auf einen Liquiditätsengpass. Die institutsspezifisch festgelegten quantitativen Frühwarnmarken, mit deren Hilfe Störungen oder ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass frühzeitig erkannt werden sollen, wurden nicht erreicht. So lag die Auslastung des Volumenlimits in 2018 weit unter der Frühwarnstufe in Höhe von 80,0% und beläuft sich zum Stichtag 31. Dezember 2018 auf null. Auch die Reichweite als weiterer Indikator lag deutlich über der Frühwarnmarke von 12 Monaten und beträgt am Jahresultimo 20 Monate. Die Mindestquote für die LCR gemäß delegierter Verordnung (EU 2015/61) wurde an allen Meldestichtagen eingehalten. Sie bewegte sich an den Meldestichtagen in einer Bandbreite zwischen 146,0% und 416,2% und belief sich zum Jahresultimo 2018 auf 201,9%.

Insgesamt halten wir die Risikosituation in Bezug auf die Liquiditätsrisiken aufgrund der Liquiditätsausstattung und der ausgedehnten Reichweite (Survival Period) für vertretbar.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird aus der Sicht per 31. Dezember 2018 kein Liquiditätsengpass erwartet. Die Auslastungen der Indikatoren zur Früherkennung eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses liegen alle in unkritischen Bereichen.

7.3.4 Management der operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind die Gefahren von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt die aufsichtsrechtliche Definition operationeller Risiken aus der CRR vollumfänglich ein. Strategische Risiken und Geschäftsrisiken bleiben ausgenommen. Das Reputationsrisiko stellt für die Saalesparkasse ein Folgerisiko operationeller und auch anderer Risiken (zum Beispiel Markt- und Adressenrisiken) dar. Sofern sich Reputationsrisiken auf operationelle Risiken zurückführen lassen, werden sie in die Betrachtung einbezogen. Eine Quantifizierung von Reputationsrisiken ist nicht vorgesehen.

Die Identifikation von Ex-ante-Risiken erfolgt mittels Risikoinventur. In diesem Zuge werden durch strukturierte Interviews mit den Abteilungsleitern und Gebietsdirektoren Einschätzungen über die Risikosensitivität der durch die Befragten verantworteten Prozesse im Institut gewonnen. Zusätzlich kommt es zur Schätzung von Verlustpotenzialen, die sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit von standardisierten und individuellen Risikoszenarien sowie deren qualitativer und quantitativer Bewertung ergeben. Der realistische Maximalverlust für Schäden aus operationellen Risiken beläuft sich per Risikoinventur 2018 auf 2,2 Mio. EUR und fließt im Geschäftsjahr 2018 sowohl in die Ermittlung des Risikopotenzials im Risikoszenario als auch im Stressszenario der periodischen Risikotragfähigkeit ein.

Ex-post-Risiken können aus der Schadensfalldatenbank abgeleitet werden. Die Dokumentation der Schadensfälle wird mithilfe standardisierter Erfassungssoftware dezentral aufbereitet und dem zentralen operationellen Risikocontrolling zur Verfügung gestellt. Dort erfolgt die Auswertung der erfassten Schadensfälle. Die Ergebnisse fließen sowohl in das unterjährige Gesamtrisiko-Reporting als auch in das jährliche Berichtswesen zu operationellen Risiken ein. Gleichzeitig ist der Prozess der Schadensmeldung in das Ad-hoc-Berichtssystem integriert. Die Bruttoschadenssummen bilden die Grundlage zur Ermittlung des Limits in der periodischen Risikotragfähigkeit.

Zur Quantifizierung operationeller Risiken setzt die Saalesparkasse das Schätzverfahren „OpRisk“ der SR Sparkassenrating und Risikosysteme GmbH ein.

Die innerhalb der Risikoinventur 2018 identifizierten operationellen Risiken haben keine bedeutsame Auswirkung auf die Risikolage der Saalesparkasse. Die Saalesparkasse ist sich der festgestellten Risikokonzentrationen bewusst. Die Konzentrationen resultieren einerseits aus den Einzelschäden der Risikokategorie Externe Einflüsse (Schadenshöhe). Andererseits sind die Konzentrationen (Realistischer Maximalverlust) auf gleichgelagerte externe kriminelle Handlungen zurückzuführen, deren Regulierung ex post mit Sensibilisierungsmaßnahmen beim Kunden sowie Präventionsmaßnahmen (Updates im IT-Bereich) einhergehen. Es besteht kein akuter Handlungsbedarf.

Zur Steuerung operationeller Risiken werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, um Schäden vorzubeugen, zu vermeiden oder in ihrer Anzahl bzw. ihrem Schadensausmaß zu begrenzen. Dabei werden die Steuerungsmaßnahmen im Einzelfall unter Kosten- und Nutzenaspekten selektiert.

Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen trägt zur Begrenzung operationeller Risiken bei. Darüber hinaus wird für die Steuerung der operationellen Risiken die Vernetzung verschiedener Prozesse und Informationskanäle genutzt, die beispielsweise dem Bereich des Notfall- und Arbeitsschutzbeauftragten, dem Beauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit sowie den Beauftragten für Compliance (Wertpapierhandelsgesetz) und MaRisk-Compliance zugeordnet werden. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die Zentrale Stelle ein, die unter anderem mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betraut ist.

Die Arbeitsabläufe in der Saalesparkasse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse werden über Organisationsrichtlinien geregelt. Die Konzeption der Notfallplanung ist dafür geeignet, wesentliche Prozesse nach einem Störfall weiterzuführen oder wieder herzustellen.

Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit für Operationelle Risiken in Höhe von 3,0 Mio. EUR wird aus heutiger Sicht voraussichtlich eingehalten und zu 72,2% beansprucht.

7.3.5 Management der Provisionsrisiken

Provisionsrisiken werden in der Saalesparkasse als Unterrisikoart innerhalb der sonstigen Risiken betrachtet.

Das Provisionsrisiko bezeichnet das Risiko, dass der geplante Provisionsüberschuss unterschritten wird. Dieses beinhaltet sowohl den dem Vertrieb zuzurechnenden Teil des Provisionsüberschusses als auch den aus dem Eigengeschäft und anderen Elementen.

In der Saalesparkasse ergeben sich Risiken im Provisionsüberschuss im Wesentlichen aus Abweichungen zur Vertriebsplanung bezogen auf das Dienstleistungsgeschäft. Daher wird das Provisionsrisiko im Rahmen der periodischen Risikotragfähigkeitsrechnung innerhalb des Vertriebsrisikos aus dem Dienstleistungsgeschäft limitiert.

In die Limitanrechnung fließen insbesondere negative Planabweichungen in Bezug auf das Provisionsergebnis ein, die die Vertriebsplanung betreffen. Ergänzend werden Szenarioanalysen durchgeführt. Die Konsistenz zur monatlichen Berichterstattung in Bezug auf das Vertriebsergebnis ist sichergestellt.

Zusätzlich zur Betrachtung im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird die Entwicklung des Provisionsgeschäftes in der Saalesparkasse wöchentlich bzw. in Verbindung mit dem kalkulierten Kundengeschäftsergebnis monatlich überwacht und an die Verantwortlichen berichtet. Bei Bedarf werden entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Die von der Saalesparkasse angebotenen Produkte und Dienstleistungen unterliegen zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit einer regelmäßigen Überprüfung und einer aktiven Anpassung an die vorherrschenden Marktbedingungen.

Die für das Jahr 2018 gesetzten Vertriebsziele im Provisionsgeschäft konnten zwar nicht durchgängig erfüllt werden. Unterdurchschnittliche Zielerreichungen konnte jedoch durch die Übererfüllung anderer Bereiche teilweise kompensiert werden. Es ergibt sich ein Gesamtzielerreichungsgrad von 97,7% der angestrebten Vertriebsleistung im Provisionsgeschäft. Die Risikosituation in Bezug auf die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft stellt sich damit zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 insgesamt als unkritisch dar.

Für das folgende Geschäftsjahr hat die Saalesparkasse ihre Vertriebsplanung auf die Erreichung des geplanten Provisionsüberschusses ausgerichtet. Dabei bildet der geplante Provisionsüberschuss zugleich den Erwartungswert bei der Betrachtung der Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft in der Risikotragfähigkeit der Sparkasse ab. Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 6,0 Mio. EUR für Abweichungen vom Erwartungswert wird aus heutiger Sicht voraussichtlich eingehalten.

7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus Beteiligungen (Beteiligungsrisiko) umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung) sowie dem Risiko eines Nachschusses. Das Risiko eines Nachschusses kann sich sowohl aus einer vertraglichen Vereinbarung als auch der Erwartung in Bezug auf eine Entscheidung im Krisenfall ergeben. Je nach Beteiligungsart unterscheidet die Sparkasse nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen oder operativen Beteiligungen. Das Beteiligungsrisiko bezieht sich nur auf die Eigenkapitalbestandteile und nicht auf Kredite an Beteiligungsgesellschaften.

Neben unmittelbaren Beteiligungen hält die Saalesparkasse auch mittelbar Beteiligungen über den Ostdeutschen Sparkassenverband und den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt, die in das Risikomanagement eingebunden sind.

Die direkt gehaltenen Beteiligungen unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsbewertung mittels einer Risikoklassifizierung. Zur Risikosteuerung werden die Beteiligungsrisiken über die Risikotragfähigkeitskonzeption limitiert. Dabei werden Risiken aus unmittelbar sowie aus mittelbar gehaltenen Beteiligungen berücksichtigt. Der Risikoeermittlung liegen die Höhe der Beteiligungen, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Beteiligungsunternehmen, aber auch Erträge aus Beteiligungen sowie ggf. bereits identifizierte Risiken zugrunde. Die Höhe der Risiken sowie die Limitauslastung werden vierteljährlich in der Risikotragfähigkeit ermittelt und im Gesamtrisikobericht veröffentlicht.

Innerhalb der Risikostruktur der unmittelbaren Beteiligungen entfallen 67,3% des Volumens auf die Ratingklassen 1 bis 9 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten. 32,7% des Beteiligungsvolumens werden als erhöht risikobehaftet klassifiziert.

Die für Beteiligungen in 2018 bestehenden Risiken übersteigen die ursprünglich in der GuV geplanten Risiken erheblich. Grund sind Bewertungsaufwendungen an Beteiligungen der NORD/LB, die über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt und auch direkt durch die Saalesparkasse gehalten werden.

Für das Folgejahr wird unter Berücksichtigung der bereits vorgenommenen Wertberichtigungen im Vergleich zum Ist-Wert ein wesentlich geringeres Risiko erwartet. Das für die kommenden zwölf Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit für Abweichungen vom Erwartungswert in Höhe von 4,0 Mio. EUR wird aus heutiger Sicht voraussichtlich eingehalten und zum Stichtag zu 40,6% ausgelastet.

7.4 Beurteilung der Risikolage

Die Saalesparkasse verfügt über Techniken zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken, die ständig den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, den Änderungen des Marktes, der Entwicklung der Geschäfte sowie der Entwicklung der Saalesparkasse angepasst und kontinuierlich verbessert werden.

Das für Zwecke der Risikotragfähigkeit einsetzbare Risikodeckungspotenzial konnte auch im Jahr 2018 durch die erfolgten Reservezuführungen im Zuge des Jahresabschlusses des Vorjahres gestärkt werden.

Im Jahresverlauf wurde das ursprünglich festgelegte Gesamtlimit in der Risikotragfähigkeit angepasst. Dies erfolgte aufgrund einer temporären Warnschwellenüberschreitung bei den simulierten Marktpreisrisiken des Depot A und dem Beteiligungsrisiko.

Die höchsten Risikopotenziale wurden im Laufe des Geschäftsjahres 2018 bei den Risikotragfähigkeitsüberprüfungen der Saalesparkasse bei den Marktpreisrisiken des Depot A, den Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft sowie den Beteiligungsrisiken gemessen.

Die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse war in der periodischen Betrachtungsweise im Verlauf des Jahres 2018 jederzeit gegeben. Limitüberschreitungen waren unterjährig nicht zu verzeichnen. Insgesamt waren die für die einzelnen Risikoarten in Anspruch genommenen Teile der Risikotragfähigkeitsmasse der Saalesparkasse im Berichtsjahr ausreichend und gewährleisteten einen genügenden Spielraum zur Weiterentwicklung des Unternehmens.

Aus den durchgeführten Stresstests ergaben sich die höchsten Risikoausprägungen beim risikoartenbezogenen Stressszenario „Marktpreisrisiko“, welches außergewöhnliche Ereignisse sowohl für Zinsspannen- als auch Marktpreisinklusive Spreadrisiken des Depot A unterstellt, sowie beim risikoartenübergreifenden Stressszenario „schwerer konjunktureller Abschwung“.

Diese Stresstests zeigten zwar temporär bestehende bemerkenswerte Risikoausprägungen auf, jedoch war im Ergebnis einer regelmäßigen kritischen Reflexion der Ergebnisse und der konservativen Szenarioannahmen kein besonderer Handlungsbedarf abzuleiten, sodass die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse auch in extremen Marktsituationen gewährleistet ist. Die bestehenden Risiken werden aktiv beobachtet und in der Risikoausrichtung der Saalesparkasse angemessen berücksichtigt.

Für den Prognosezeitraum der kommenden zwölf Monate ist weiterhin sowohl die Einhaltung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR unter Berücksichtigung des SREP-Kapitalaufschlages als auch der Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt. Das für das steuerungsrelevante Risikoszenario der Risikotragfähigkeit festgelegte Gesamtlimit (150,0 Mio. EUR) wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 64,7 % beansprucht.

Die Risikosituation der Saalesparkasse wird auf dieser Basis zum Ende des Jahres 2018 durch den Vorstand als vertretbar eingeschätzt.

Risiken aus der Zugehörigkeit zur Sparkassen-Finanzgruppe hat die Saalesparkasse im Risikomanagementsystem durch entsprechende Überwachungs- und Controllingmaßnahmen erfasst. Mögliche Ertragsbelastungen werden in der Risikotragfähigkeitsberechnung für das Jahr 2019 berücksichtigt.

8 Prognosebericht

8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der gesamtwirtschaftliche Ausblick für das kommende Jahr ist mit umfangreichen Risiken behaftet. Die Unsicherheiten, mit denen die Entwicklung der Weltwirtschaft insgesamt behaftet ist, reichen von Themen wie zunehmend konkretisierten Handelskonflikten, dem bevorstehenden bisher ungelösten Brexit sowie den recht hohen Aktienkursverlusten in den letzten Monaten des Jahres 2018 an nahezu allen Börsenplätzen. Hier kommt die gewachsene Sorge an den Märkten zum Ausdruck, dass der lang anhaltende Aufschwung der Weltwirtschaft vor einer zyklischen Wende stehen könnte.

Deutschland kann seinen Aufschwung im Jahr 2019 voraussichtlich weiter fortsetzen, jedoch wird sich das Tempo etwas verlangsamen. Vom Außenhandel ist kein Wachstumsbeitrag zu erwarten, denn die Exporte sollten angesichts der Hemmnisse in der Weltwirtschaft nicht so stark wachsen wie die von der Binnennachfrage getriebenen Importe. Der Hauptantrieb für den Aufschwung stützt sich demnach voraussichtlich auf die Binnennachfrage. Sowohl der staatliche als auch der private Konsum werden 2019 mit einem wieder etwas kräftigeren Wachstum als 2018 veranschlagt.

Auch bei den Investitionen dürften weiterhin dynamische Steigerungsraten zu erwarten sein. Die Zuwächse 2019 werden insbesondere in den Bereichen Bau und Ausrüstungen überproportional ausfallen. Nach Schätzungen der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe wird mit einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,3% für das Jahr 2019 gerechnet. Für Ostdeutschland wird seitens des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle im Rahmen der Konjunkturprognose 2018/2019 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von ebenfalls 1,3% prognostiziert.

Die privaten Konsumausgaben werden von der guten Arbeitsmarktlage gestützt. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt gehen die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für 2019 von einer weiterhin steigenden Erwerbstätigkeit und von einer weiter leicht rückläufigen Arbeitslosigkeit aus. Für Deutschland wird daher für 2019 eine Arbeitslosenquote in Höhe von 4,9% prognostiziert.

Die Perspektiven für die Preisentwicklung sind dagegen noch verhaltener. Für 2019 erwartet die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe bei den Verbraucherpreisen eine Steigerungsrate von 1,7%. Diese prognostizierte Rate gilt für 2019 im Gleichlauf sowohl für Deutschland als auch für den Euroraum. Erst in den Jahren danach dürfte in Deutschland aufgrund der größeren Arbeitsmarktengpässe und daraus resultierendem Lohndruck eine etwas höhere Preissteigerung im Vergleich zum Euroraum eintreten. Insgesamt wird sich die Preisentwicklung 2019 weiter unter bzw. nahe dem Niveau der Zielmarke der EZB in Höhe von 2,0% bewegen.

8.2 Entwicklung der Finanzbranche

Die Phase der Negativzinsen wird in 2019 auch in Abhängigkeit von der künftigen Zinspolitik der EZB voraussichtlich weiter anhalten. Hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung erwarten wir sowohl für den Geldmarkt als auch für den Kapitalmarkt einen leicht steigenden Verlauf im Jahr 2019 und im Folgejahr. Im kurz- und mittelfristigen Bereich (drei Monate bis ein Jahr) werden sich die Zinsen bis Mitte 2020 weiter geringfügig im negativen Bereich bewegen. Im Kapitalmarktbereich verbleiben sowohl der 5-Jahreszins als auch der 10-Jahreszins leicht über dem positiven Niveau zu Jahresbeginn. Der Abstand zwischen dem 3-Monats- und dem 10-Jahreszins wird dabei mit 130 Basispunkten bis Mitte 2020 weiter beibehalten.

Zum Thema Leitzinsanhebung kündigte die EZB im Herbst 2018 an, die Leitzinsen nicht vor Ende des Sommers 2019 erhöhen zu wollen. Demnach wurde erwartet, dass im Herbst 2019 zunächst der Einlagesatz um 0,15 Prozentpunkte auf -0,25% angehoben wird. Nachdem die EZB den Umfang ihrer Wertpapierkäufe im Laufe des Jahres 2018 zurückgefahren und die Nettokäufe Ende 2018 ganz eingestellt hat, ist auch im Zuge der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage mit einem fort währenden Ausstieg der EZB aus der unkonventionellen Geldpolitik zu rechnen. Ein Abschmelzen des angesammelten Anleiheportfolios ist 2019 und wohl auch noch geraume Zeit darüber hinaus jedoch nicht zu erwarten.

Zum aktuellen Zeitpunkt geht die EZB allerdings davon aus, dass die Leitzinsen mindestens über das Ende 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2,0% auf mittlere Sicht sicherzustellen.

8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

Bezogen auf unser Geschäftsgebiet bilden die vergleichsweise geringe Wirtschaftskraft, der unterdurchschnittliche Anteil des produzierenden Sektors sowie die demografische Entwicklung einen engen Rahmen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse. Während die Stadt Halle (Saale) nach den aktuellen Erkenntnissen ihre gegenwärtige Bevölkerungszahl leicht steigern kann, wird es im gesamten Geschäftsgebiet voraussichtlich in den nächsten Jahren zu einem Sinken der Bevölkerungszahl kommen. Die demografische Entwicklung bleibt eine wesentliche geschäftspolitische Herausforderung der Zukunft.

Generell sieht der Vorstand die Stabilität des Geschäftsmodells der Institute der Sparkassen-Finanzgruppe und damit auch für das der Saalesparkasse, das besonders auf die Region und auf Kundennähe ausgelegt ist, als weiterhin gegeben. Mit unserer soliden Kapitalausstattung und einer stabilen Liquiditäts- sowie Finanzierungsbasis erfüllen wir wichtige Voraussetzungen, um den zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein. Zu diesen gehören die noch nicht ausgestandene Finanzkrise im Euroraum in Verbindung mit der Geldpolitik der EZB, die anhaltende Niedrigzinsphase sowie steigende Regulierungsanforderungen.

Trotz des schwierigen Marktumfeldes, insbesondere wegen der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase, wird 2019 das Betriebsergebnis vor Bewertung unter dem Niveau des Jahres 2018 liegen. In den Folgejahren bis zum Ende unseres Prognosehorizontes 2021 erwarten wir wieder einen Anstieg des Betriebsergebnisses auf das Niveau des Jahres 2018 und im Ergebnis dessen einen größeren Spielraum zur Stärkung des bilanziellen Eigenkapitals. Dies ist die Voraussetzung, um Privatkunden sowie Unternehmen in der Region auch zukünftig im Rahmen von Finanzierungsvorhaben vollumfängliche begleiten zu können. Im Zuge der aufsichtsrechtlichen Anforderungen können zudem weitere Erhöhungen der Mindestquoten und zusätzliche Kapitalpuffer nicht ausgeschlossen werden.

Das Erreichen der wirtschaftlichen Ziele ist Voraussetzung für die Fortsetzung unseres Engagements bei kulturellen, sozialen und sportlichen Einrichtungen und Projekten.

Die Anforderungen sowohl an die Fach- als auch an die Sozialkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigen stetig an. Die Herausforderungen reichen von der Einführung technischer Neuerungen im Zuge der Digitalisierung über die nachhaltige Sicherung der Beratungsqualität der Saalesparkasse bis hin zum Umgang mit immer schneller werdenden Veränderungsprozessen.

Für das Geschäftsjahr 2019 erwarten wir ein fühlbares Wachstum des Geschäftsvolumens. Im Kundenkreditgeschäft ist die Ausweitung des Geschäftes mit Privat- und Unternehmenskunden geplant. Wachstumspotenziale sehen wir insbesondere in Immobilienfinanzierungen sowie gewerblichen Investitionsdarlehen, sodass in 2019 das Kundenkreditgeschäft im Bereich der Privat- und Unternehmenskunden deutlich ausgeweitet werden soll. Dagegen wird ein weiterer Rückgang der Kredite an Kommunen erwartet. Für die Folgejahre gehen wir im Kundenkreditgeschäft von einem jährlichen Wachstum in Höhe von 3,0% für 2020 und 3,5% im Jahr 2021 aus.

Die Eigenanlagen sollen 2019 durch Investitionen insbesondere in Spezialfonds und Schuldscheindarlehen ausgebaut werden. Für die Folgejahre bis 2021 erwarten wir dagegen einen Rückgang der festverzinslichen Wertpapiere. Liquiditätsüberschüsse werden in variablen Forderungen an Kreditinstitute geparkt.

Für das Jahr 2019 wird mit einem weiteren deutlichen Zuwachs der Kundeneinlagen, insbesondere der Sichteinlagen, gerechnet. Für die Folgejahre gehen wir von einem jährlichen Bestandszuwachs in Höhe von 1,7% aus.

Der Vertrieb wird im Jahr 2019 auf den Ausbau des Kreditgeschäftes mit Privat- und Firmenkunden ausgerichtet sein. Die Saalesparkasse plant, nach Anpassungen im Vorjahr die Modelle und Konditionen im Girobereich im Jahr 2019 konstant fortzuführen. Gleichzeitig wollen wir den Provisionsertrag aus dem Verbundgeschäft stabilisieren. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern, der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt und der Deka-Bank.

Den unterschiedlichen Vertriebskanalpräferenzen der Kunden entsprechend verfolgen wir eine konsequente Multikanal-Strategie und implementierten eine den stationären Vertrieb ergänzende digitale Filiale. Wir wollen deshalb die Angebote der digitalen Filiale erweitern, um den bisherigen Anteil der Kunden von derzeit 0,6 Prozent weiter auszubauen. Über alle Kundengruppen hinweg wollen wir die Qualität und Quantität unserer Beratung und Betreuung weiterhin verbessern. Es gilt deshalb, die bestehenden Betreuungs- und Beratungskonzepte der mindestens jährlichen Kundenkontakte zu verstetigen, um auch zukünftig mithilfe der ganzheitlichen, strukturierten und bedarfsorientierten Beratung das marktführende Kreditinstitut im Geschäftsgebiet mit einem Anteil von 55,0% der geführten Girokonten im Geschäftsgebiet nach den Marktanalysen des DSGV zu bleiben.

Im Hinblick auf die prognostizierte Geschäfts- und Zinsentwicklung erwarten wir für das Geschäftsjahr 2019 einen Zinsüberschuss, der sich aufgrund der fortdauernden Niedrigzinsphase deutlich unter dem Niveau des Vorjahres befinden wird. Der starke Rückgang der Zinserträge infolge auslaufender Festzinsbindungen im Kundenkreditgeschäft sowie der Fälligkeit von höherverzinslichen Kupons im Depot A kann dabei nicht vollständig von dem nochmaligen Rückgang der Zinsaufwendungen im Kundeneinlagengeschäft kompensiert werden. In den Folgejahren wird der Zinsüberschuss jedoch wieder deutlich ansteigen, sofern der erwartete leichte Anstieg der Geld- und Kapitalmarktzinsen eintritt und die geplanten Zuwächse im Kundenkreditgeschäft erreicht werden können.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft wird sich im kommenden Jahr 2019 bei Erreichen der Vertriebsziele leicht über dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird der Provisionsüberschuss mit abnehmender Tendenz leicht zurückgehen.

Die Entwicklung des Personalaufwandes wird im kommenden Jahr von erwarteten Tarifierhöhungen sowie leicht steigenden Sozialversicherungsbeiträgen beeinflusst. Für das Jahr 2019 werden sich die Personalaufwendungen leicht erhöhen. Der Sachaufwand wird sich im Jahr 2019 nahezu auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird sich der Personalaufwand ab dem Planjahr 2021 weiter leicht erhöhen, während sich der Sachaufwand auf gleichbleibendem Niveau stabilisieren wird.

Die Cost-Income-Ratio wird sich in 2019 mit 64,4% geringfügig über dem Niveau des Jahres 2018 bewegen. In den Folgejahren ist mit einer weiteren Stabilisierung zu rechnen.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird sich nach unseren Planungen für das Jahr 2019 weiter deutlich reduzieren. Insgesamt erwarten wir im Geschäftsjahr 2019 ein gegenüber 2018 wesentlich geringeres Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 38,6 Mio. EUR bzw. 0,84% der DBS. Für 2019 sowie für die Folgejahre gehen wir bei zukünftig wieder höherem Zinsüberschuss und damit deutlich ansteigenden Betriebsergebnissen von einer stabilen und damit auskömmlichen Ertragslage aus.

Aus dem Wertpapiereigengeschäft wird ein Bewertungsergebnis von -5,5 Mio. EUR im Jahr 2019 eingeplant. Gleichwohl können weitere Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten und damit eine zusätzliche Belastung des Bewertungsergebnisses nicht ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang ist bereits berücksichtigt, dass die Wertpapiere der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet werden. Für die Folgejahre wird von leicht rückläufigen, jedoch weiter schwankenden Bewertungsergebnissen ausgegangen.

Im Jahr 2019 werden auf der Grundlage einer Simulation ermittelte steigende Bewertungsaufwendungen für das Kundenkreditgeschäft in Höhe von 3,6 Mio. EUR erwartet, die sich im Vergleich mit dem Wert aus 2018 deutlich negativer darstellen werden. In den Folgejahren wird der Bewertungsbedarf im Kundenkreditgeschäft auf geringfügig steigendem Niveau prognostiziert.

Das sonstige Bewertungsergebnis wird sich im Vergleich zum Jahr 2018 wesentlich verbessert zeigen. Für die Folgejahre wird von konstanten Bewertungsaufwendungen ausgegangen.

Das für 2018 erwartete Jahresergebnis in Höhe von 2,0 Mio. EUR sowie die weiteren erwarteten Zuführungsmöglichkeiten zum Fonds für allgemeine Bankrisiken sollen zur Stärkung der Eigenmittel genutzt werden. So können langfristig die Einhaltung der erhöhten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen des Baseler Regelwerks und damit auch die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt werden.

Die Ertragslage insgesamt stellt sich über den Planungshorizont hinweg als auskömmlich dar, so dass aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar sind.

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse kann aus gegenwärtiger Sicht auch für zukünftige Zeiträume sichergestellt werden. Für eine Beeinträchtigung der künftigen Liquiditätslage gibt es derzeit keinen Anhaltspunkt.

8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse

Gerade in den Zeiten der noch andauernden Finanzkrise hat sich das solide, langfristig angelegte und am Kunden und an der Region orientierte Geschäftsmodell der Saalesparkasse als stabil erwiesen. In diesen unsicheren Zeiten dominiert auf der Kundenseite unverändert das Sicherheitsbedürfnis bei den Anlageentscheidungen. Aufgabe der Saalesparkasse bleibt es, dem gewachsenen Vertrauensbonus dauerhaft gerecht zu werden. Nur dann kann es gelingen, dieses Vertrauen als Basis zur Festigung bestehender Kundenverbindungen sowie auch zur Neukundengewinnung zu nutzen.

Insgesamt ist die Vermögenslage geordnet und die Ertragslage zufriedenstellend. Durch ein weiteres Wachstum im Privatkunden- und Unternehmenskundenkreditgeschäft sowie einen nahezu gleichbleibenden Aufwand sieht der Vorstand die Chance, die Weichen für eine erfolgreiche, aber gleichzeitig schwierige Zukunft gestellt zu haben.

Bei Unterstellung einer nach wie vor anhaltenden Niedrigzinsphase besteht jedoch ein Kapitalanlagedruck durch das weitere Anwachsen der Kundeneinlagen. Damit verbunden wären unvorhersehbare Folgen bei der Weitergabe von Negativzinsen an die Kunden. Die daraus resultierenden Risiken würden die Kundenbeziehungen nachhaltig negativ belasten.

In den aktuellen Planungen geht der Vorstand ferner von einer Stabilisierung der Wirtschaftsaktivitäten aus, wodurch positive Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung der Saalesparkasse zu erwarten sind. Sollte die europäische Schuldenkrise die deutsche Konjunktur dennoch weiter belasten, werden die avisierten Ertragsziele mit größter Wahrscheinlichkeit nur schwer erreicht werden können. In diesem Zusammenhang unterliegen auch die Länderrisiken im Portfolio der Saalesparkasse mit der Entwicklung der Länderratings einer besonderen Beobachtung. Im Wesentlichen entfallen die Auslandsvolumina auf Länder des EWR und der OECD mit Ratingeinstufungen im Investment-Grade und damit geringen Risiken. Chancen können sich aus Ratinghochstufungen und damit geringeren Risiken ergeben, während bei Ratingherabstufungen die Ertragsziele durch steigende Risiken belastet werden könnten.

In der durch die Maßnahmen der EZB geprägten Zinsumgebung fällt auch für uns die Möglichkeit nahezu weg bzw. wird stark beeinträchtigt, aus der sogenannten Fristentransformation Erträge zu erzielen. Die Chancen, das Ergebnis der Saalesparkasse dadurch wieder nennenswert positiv zu beeinflussen, werden in der Zukunft weiterhin als eher gering eingeschätzt.

Die künftigen Zinsänderungsrisiken werden sowohl von möglichen negativen Entwicklungen des Zinsüberschusses als auch von einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft, insbesondere bei stark steigenden Zinsen, getrieben. Die Entwicklung des Zinsüberschusses ist maßgeblich von der Zinsstruktur und vom Kundenverhalten abhängig. Mittelfristig werden Chancen zur Steigerung des Zinsüberschusses in der Ausweitung des Kundenkreditgeschäftes sowie in einem moderaten Anstieg und einer Versteilerung der Zinsstrukturkurve gesehen. Risiken, die zu einer Minderung des Zinsüberschusses aus dem Kundenkreditgeschäft führen können, ergeben sich dagegen bei einem weiteren Zinsrückgang bzw. einer Verflachung der Zinskurve.

Die Zinsentwicklung nimmt auch Einfluss auf das Bewertungsergebnis Wertpapiere. Stark steigende Zinsen generieren zinsinduzierte Bewertungsrisiken, die wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Sparkassen haben können. Zu deren Begrenzung wurden Sicherungsgeschäfte abgeschlossen, so dass wir uns auch für die Zukunft gut gerüstet sehen.

Im Jahr 2018 hat es unter den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine negativen Auswirkungen auf das Adressenrisiko aus dem Kundengeschäft der Saalesparkasse gegeben. Im Bereich des Adressenrisikos aus dem Eigengeschäft ist es hingegen zu über die Planungen hinausgehenden Bewertungserfordernissen gekommen. Diese resultieren ausschließlich aus Schuldscheindarlehenbeständen. Auch in Zukunft werden wir dem Adressenrisiko weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. Wir gehen davon aus, die zukünftigen Risiken mit den in der Planung aufgenommenen Werten in ausreichendem Umfang berücksichtigt zu haben. Falls es aufgrund der wirtschaftlichen Lage jedoch zu erheblichen Bonitätsverschlechterungen in Verbindung mit unerwarteten Bewertungsaufwendungen kommt, kann dies die Ertragslage der Saalesparkasse zusätzlich negativ beeinträchtigen. Aufgrund der bisher stets vorsichtigen Planannahme konnte in den Vorjahren insbesondere im Kundengeschäft ein Bewertungsergebnis erzielt werden, welches sich jeweils unter den Planannahmen bewegte. Sollte dieser Fall auch für das Folgejahr eintreten, ist mit weiteren positiven Auswirkungen auf das Betriebsergebnis zu rechnen.

Bei der weiteren Planung wird angestrebt, durch eine Intensivierung der Kundenbindung die Ausrichtung auf den Vertrieb weiter auszubauen. Sollten die im Rahmen der Planung avisierten Ziele im Vertrieb nicht erreicht werden können, so ist für das Jahr 2019 mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Saalesparkasse insbesondere beim Zins- und Provisionsergebnis zu rechnen.

Die umfangreichen Änderungen und Erweiterungen der regulatorischen Anforderungen haben auch weiterhin wesentlichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Saalesparkasse. Sollte es zukünftig zu weiteren Verschärfungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen kommen, könnten sich diese auch negativ auf die Saalesparkasse sowie auf die gesamte Sparkassenorganisation auswirken.

8.5 Zusammenfassende Würdigung

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen wird sich das Betriebsergebnis vor Bewertung im Geschäftsjahr 2019 unter dem des Jahres 2018 bewegen. Abweichungen gegenüber der Planung können primär durch die Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie die Konjunktorentwicklung verursacht werden, die sich sowohl auf die Erträge aus den Eigenanlagen als auch in Form ggf. erforderlicher Wertberichtigungen auswirken könnten.

Generell werden im Geschäftsgebiet noch Potenziale für den Zugewinn von Marktanteilen gesehen, sowohl bei bestehenden Kundenverbindungen als auch bei Unternehmen und Personen, die derzeit nicht Kunden der Saalesparkasse sind. Sofern dieses gelingt, wären weitere Ertragsausweitungen die Folge.

Zunehmende Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit hat eine effiziente Marktbearbeitung, die verstärkt auf Kostensenkung und Digitalisierung des Leistungsangebotes setzt. Darüber hinaus wird weiterhin im Gesamtbetrieb durch ein konsequentes Kosten- und Prozessmanagement versucht, Kostensenkungspotenziale zu identifizieren und möglichst auch nachhaltig zu nutzen.

Der Vorstand sieht die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse unter Berücksichtigung der vorgenommenen Simulationen in den kommenden Jahren als geordnet an.